Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Digitale Reprints

Sebastian Brünger

Geschichte und Gewinn

Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit

DOI: 10.14765/zzf.dok-2354

Digitaler Reprint der ursprünglich in der ZZF Schriftenreihe **Geschichte der Gegenwart** im Wallstein Verlag im März 2017 erschienenen Monographie:
https://www.wallstein-verlag.de/9783835330108-geschichte-und-gewinn.html

Copyright © 2023 – Clio online – Historisches Fachinformationssystem e. V. und Autor/in, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk ist zum Download und zur Vervielfältigung für nicht-kommerzielle Zwecke freigegeben. Es darf jedoch nur erneut veröffentlicht werden, sofern die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Dies betrifft auch die Übersetzungsrechte. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>. Für die Neuveröffentlichung von Bild-, Ton- und Filmmaterial, das in den Beiträgen enthalten ist, sind die dort jeweils genannten Lizenzbedingungen bzw. Rechteinhaber zu beachten.

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Sebastian Brünger
Geschichte und Gewinn

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Geschichte der Gegenwart

Herausgegeben von
Frank Bösch und Martin Sabrow

Band 15

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Inhalt

1 Einleitung 9

1.1 Ausgangsbeobachtungen und Leitfragen 9

1.2 Forschungsstand 15

1.3 Methodik, Quellen und Aufbau der Arbeit 23
Methodische und inhaltliche Eingrenzung 23 — Quellen 36 — Aufbau der Arbeit 39

2 Selbstbehauptung in der unmittelbaren Nachkriegszeit . . 42

2.1 Kriegsende, Entnazifizierung und erste Deutungen 42
1945 und der beginnende Opferdiskurs 42 — Alliierte Besatzungspolitik und die deutsche Wirtschaft 48 — Frühe Geschichtsdeutungen deutscher Unternehmen 53

2.2 Der Nürnberger IG Farben-Prozess und seine Narrative 57
Auftakt in Nürnberg und die Rolle der Wirtschaft 57 — Vorbereitungen des IG-Prozesses und widerstreitende Narrative 62 — Die Hauptverhandlung und das Narrativ der IG-Verteidigung 70 — Das Urteil und seine Rezeption 84

2.3 Konsolidierung und Kontinuität bei Bayer 94
Entflechtung und Neugründungen 98 — Wiedergutmachung, Restitution, Prozesse 103 — Unternehmensgeschichtspolitik und Firmenimage 113

2.4 Firmengeschichtsschreibung zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaft 120
Firmenchroniken und andere Aufträge 121 — Die Anfänge der wissenschaftlichen Unternehmensgeschichte 128

2.5 Zwischenbilanz 132

3 Entlastung und erster Widerspruch im Systemwettstreit der langen sechziger Jahre 134

3.1 Das Jahr 1958 und seine Folgen 134

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
3.2 Die geschichtspolitischen Kampagnen der SED 138
Die DDR und die NS-Vergangenheit 138 — Narrative zwischen Propaganda und Wissenschaft 141 — Juristische Bühnen 150

3.3 Der Gerichtsprozess »Abs, Deutsche Bank vs. Czichon« 159
Kampfzeit 1968 159 — Publizistischer Streit um die Deutungshoheit 162 — Im Gerichtsaal 174

3.4 Die Institutionalisierung der Unternehmensgeschichte in der Bundesrepublik. 200
Jubiläen und Festschriften 200 — Die Gründung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte 209

3.5 Zwischenbilanz 214

4 Bewältigung und Wandel in der Übergangszeit der achtziger Jahre 218

4.1 Geschichtspolitik, Historikerstreit und »vergessene Opfer« 218

4.2 Das Daimler-Benz-Jubiläum 1986 als Zäsur 228
Das Autojubiläum und ein Forschungsauftrag 231 — »Gegenpublikationen« und alte Deutungskämpfe 244

4.3 Zwangsarbeit und Auftragsforschung. 253
Daimler-Benz: Von der Verweigerung zur Symbolpolitik 253 — Volkswagen: Die Frage der Unabhängigkeit 272

4.4 NS-Unternehmensgeschichte und andere Streitfälle 279
Firmenjubiläen: Kontinuitäten und Skandalpotentiale 279 — Neue Impulse der Unternehmensgeschichte 292

4.5 Zwischenbilanz 296

5 Im Zeichen der Aufarbeitung nach 1989/90 299

5.1 Mauerfall, Gedächtnisboom und opferzentrierte Erinnerungskultur 299

5.2 Der lange Schatten der Degussa 308
Die erneute Frage der Wiedergutmachung 310 — Öffentlichkeit und Auftragsforschung 316

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

5.3 Zwangsarbeiterentschädigung und Kollektivlösungen 327

Erste US-Klagen und erste Individualentschädigungen 329 — Stiftungslösungen und Deutungshoheiten 336

5.4 Der Boom der NS-Unternehmensgeschichte 353

Historische Kommissionen und Selbstvergewisserungsfragen 353 — Forschungskonjunktur und Ergebnisse 368 — Folgepublikationen, Unternehmenskultur und Normierungsprozesse – *Best Practice* der Aufarbeitung? 376

5.5 Zwischenbilanz 390

6 Fazit: Deutsche Konzerne als Objekte und Akteure der deutschen Geschichtskultur 394

6.1 Narrative und Zäsuren 394

6.2 Unternehmensgeschichtsschreibung und Historische Wissenschaft 398

6.3 Geschichte und Gewinn 405

Dank 410

Abkürzungen 412

Quellen und Literatur 414

Personenregister 449

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

1 Einleitung

1.1 Ausgangsbeobachtungen und Leitfragen

Nachdem das Urteil im Nürnberger Prozess gegen die IG Farben am 30. Juli 1948 verkündet worden war, wurden die Verurteilten, einer von ihnen Fritz ter Meer, wieder zurück in ihre Zellen im Nürnberger Justizpalast gebracht. Das Gericht hatte keine geringen Freiheitsstrafen verhängt. Ter Meer war als einer der wichtigsten Vorstände des Chemieriesen zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden. Nichtsdestotrotz machte er sich umgehend an die Arbeit und verfasste einen kämpferischen Brief an die Vorstandsbüros der westdeutschen Wirtschaft, in dem er das Urteil als einen »überwältigenden Sieg unserer Sache« interpretierte: »Den schlimmsten Punkt der Anklage – das angebliche Bündnis mit Hitler und die Vorbereitung eines Angriffskrieges – haben wir so sauber ad absurdum geführt, dass der diesbezügliche Teil des Urteils für die IG, für die deutsche Industrie und das deutsche Volk eine ganz klare Entlastung bringt.« Auch im Falle Auschwitz hätten sie »zu 90 % obsiegt« und das Urteil sei »mehr eine Reinwaschung von wilden Anklagen, als die Zuerkennung einer persönlichen Schuld.« Hinsichtlich der verhängten Strafe glaube er »nie und nimmer, dass die ganzen Jahre abgesessen werden«, und er rief seine Kollegen persönlich dazu auf, dass »die, die draußen in der Freiheit sind, dazu beitragen, die Wahrheit in die breitesten Kreise zu tragen.«[1] Schon diese kurzen Auszüge deuten an: Hier verteidigte sich niemand defensiv mit dem Rücken zur Wand, sondern vertrat offensiv seinen unzweideutigen Anspruch, die nahe NS-Vergangenheit gegen alle Widerstände selbst auszudeuten.

Szenenwechsel: Am 13. Februar 2014 herrschte im Foyer der neuen Vertriebszentrale von Mercedes-Benz in Berlin eine feierliche, entspannte Atmosphäre, obwohl ein dunkles Kapitel der Unternehmensgeschichte Anlass für die Zusammenkunft war. In dem neu erschlossenen Gewerbegebiet sollte die an das Daimler-Gebäude angrenzende »Planstraße D« ihren offiziellen Namen erhalten, über den es in der links geprägten Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Friedrichshain-Kreuzberg eine monatelange Diskussion gegeben hatte. Verschiedene weibliche Namensvorschläge waren diskutiert worden, und auch der Autobauer hatte mit Bertha Benz und Mercédès Jellinek zwei Vorschläge für eine repräsentative Firmenadresse gemacht. Jedoch hatte kein Name eine Mehrheit in der BVV erhalten, bis die Fraktion der Berliner Piraten die jüdisch-ungarische Künstlerin Edith Kiss als Namensstifterin vorgeschlagen hatte. Edith Kiss war 1944 zur Zwangsarbeit bei Daimler-Benz verschleppt worden und hatte nach ihrer Rückkehr nach Budapest ihre Erlebnisse und

1 BAL, 374/209, Briefentwurf Fritz ter Meer, 4.8.1948.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Erfahrungen in dreißig Gouachen zu verarbeiten versucht. Edith Kiss und ihre Bilder kannte man auch bei Daimler durch die Beschäftigung mit der eigenen NS-Zeit in den achtziger und neunziger Jahren und hatte Kopien ihrer Bilder im Archiv aufbewahrt. In jenen Jahrzehnten hatte Daimler mehrmals auf Grund seiner NS-Zeit im Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik gestanden und dabei öfter unbeholfen reagiert. Mit der jetzigen kommunalen, kritisch gemeinten Initiative, die Straße vor der Firmenrepräsentanz nach einer ehemaligen Zwangsarbeiterin des Konzerns zu benennen, wusste man bei Daimler jedoch umzugehen. Während nur die kleine CDU-Fraktion in der BVV gegen den Vorschlag stimmte, weil sie die Ehrung von NS-Opfern für antikapitalistische Ressentiments instrumentalisiert sah, erklärte Daimler, dass das Gedenken an die NS-Opfer »wichtig und richtig« sei und begrüßte die Entscheidung der BVV.[2] Zudem entwickelte Daimler in Zusammenarbeit mit einer KZ-Gedenkstätte ein Ausstellungskonzept, um zeitgleich zur Einweihung der Edith-Kiss-Straße im Foyer der angrenzenden Vertriebszentrale die Bilder der Malerin auszustellen und ihrer Person zu gedenken. Zur Ausstellungseröffnung sprachen nicht nur Vertreter des Konzerns, die die »historische und moralische Verantwortung« von Daimler und seine verschiedenen Maßnahmen zur »Aufarbeitung« der NS-Zeit betonten, sondern auch die Leiterin der Gedenkstätte und eine Vertreterin der BVV, die den Tag als Beispiel einer gegenwärtigen »lebendigen Erinnerungskultur« begriffen. Aus Budapest wurde darüber hinaus eine Freundin von Edith Kiss und ebenfalls ehemalige Zwangsarbeiterin bei Daimler-Benz live zugeschaltet, die sich über die Ehrung ihrer Freundin freute und für die »Geste der Versöhnung von Daimler-Benz« bedankte. Nicht zuletzt erklärte die anwesende Gesandte der ungarischen Botschaft den deutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit als »vorbildlich und beispielgebend« für Ungarn und Europa und verband wie alle ihre Vorredner die Ausstellung mit dem zukunftsgewandten Appell, aus der Geschichte zu lernen, die Menschenrechte zu verteidigen, so dass etwas derart Grauenvolles nie wieder passiere.[3] Von Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Wirtschaft über Zeitzeugen bis hin zu Akteuren der Gedenkpraxis bzw. der Zivilgesellschaft – die Szene versinnbildlicht, wie die einstigen Antagonisten früherer Vergangenheitsdiskurse sich inzwischen gemeinsam als Protagonisten einer verbindenden Erinnerungskultur verstehen. Die Redebeiträge der Ausstellungseröffnung deuten an, wie grundlegend das seit den achtziger Jahren gewachsene und heftig umstrittene Erinnerungsgebot sich inzwischen im öffentlich-institutionalisierten Umgang mit der Vergangenheit zu einem Erinnerungskonsens etabliert hat, wie der Holocaust zur universellen Katastrophen-Chiffre geworden ist und mit

2 Stellungnahme Mercedes-Benz Vertrieb Deutschland, 20.12.2012.

3 Vgl. Redemanuskripte Lothar Ulsamer, Harald Schuff (Daimler), Insa Eschenbach (Leiterin Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück), Jana Borkamp (Bezirksstadträtin Friedrichshain-Kreuzberg), Ágnes Bertha, Katalin Karsai (Gesandte der Botschaft von Ungarn). Die Reden online unter URL: https://vimeo.com/86644068 (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
welchem gewachsenen Selbstbewusstsein auch Unternehmen wie Daimler sich als Akteure dieser Erinnerungskultur begreifen bzw. als solche akzeptiert werden.

Zwischen den beiden oben beschriebenen Begebenheiten liegen fast siebzig Jahre Zeitgeschichte und ein offensichtlicher Wandel im Auftritt deutscher Unternehmen, wenn es um ihre NS-Vergangenheit geht. Während das erste Schlaglicht von 1948 eine Ahnung von dem sich abzeichnenden Kampf um die Deutungshoheit der NS-Unternehmensgeschichte vermittelt, der über Jahrzehnte von den Nürnberger Prozessen geprägt bleiben sollte, so versinnbildlicht das zweite Schlaglicht von 2014 einen vorläufigen Schlusspunkt dieser Auseinandersetzung, an dessen Ende Unternehmen wie Daimler stolz auf ihre »Erfolgsgeschichte« der Aufarbeitung zurückblicken. Wie ist dieser offenkundig veränderte Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit zu erklären?

Die vorliegende Arbeit untersucht die Kontinuitäten und Brüche der Vergangenheitsbearbeitung deutscher Unternehmen seit 1945 unter besonderer Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Deutungen und Bewertungen. Dabei geht es nicht darum, das Verhalten der Unternehmen aus heutiger Sicht als erfolgreiche oder misslungene Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte zu bewerten, sondern es vielmehr in ihren historischen Kontexten zu situieren und seine Widersprüche sowie Widerstände verständlich zu machen. Wenn in der Folge von »Bewältigung« oder »Aufarbeitung« gesprochen wird, dann auch, um damit für die Historizität dieser Begriffe zu sensibilisieren. Denn das, was in der Gegenwart als adäquater Umgang mit der NS-Vergangenheit erscheint und inzwischen unter dem Begriff »Aufarbeitung« in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen breite Akzeptanz erfährt, war jahrzehntelang von heftigen Auseinandersetzungen geprägt und insbesondere von Seiten der Unternehmen von sehr unterschiedlichem Verhalten bestimmt.

In der westdeutschen Gesellschaft führte ein langer Prozess der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit von einem Entlastungskonsens der fünfziger Jahre über eine anschließende Phase der lagerpolitisch aufgeladenen »Vergangenheitsbewältigung« zu einem überwiegenden Erinnerungskonsens der neunziger Jahre, der inzwischen als Phänomen sowohl affirmativ als auch kritisch mit dem Begriff »Erinnerungskultur« beschrieben und als neues Paradigma der »Vergangenheitsaufarbeitung« gefasst wird.[4] Diese Arbeit will zeigen, dass auch Unternehmen Objekte bzw. Akteure dieser Vergangenheitsdiskurse von einem abschließenden zu einem bewahrenden Umgang mit der NS-Geschichte gewesen sind und die Umgangsweisen deutscher Unternehmen mit ihrer

4 Zu dieser Periodisierung der deutschen Vergangenheitsdiskurse vgl. Sabrow, »Vergangenheitsaufarbeitung«. Für andere Einteilungen und Bezeichnungen vgl. A. Assmann/Frevert, Geschichtsvergessenheit; Classen, Was bleibt; Reichel u. a., Nationalsozialismus. Zur Diskussion des Begriffs »Erinnerungskultur« vgl. Frölich u. a., Unbehagen; A. Assmann, Unbehagen. Zur jahrhundertealten Tradition der öffentlichen »Nicht-Erinnerung« von schlimmen Vergangenheiten und der Besonderheit in Deutschland nach 1945 vgl. Meier, Gebot.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
NS-Vergangenheit einem übergreifenden Paradigmenwandel der deutschen Geschichtskultur folgen, der sich als Übergang von der »Heroisierung« zur »Viktimisierung« fassen lässt und der in einer »opferidentifizierten Erinnerungskultur« seinen gegenwärtigen Ausdruck findet.[5] Der generationelle Wandel und das damit einhergehende Verschwinden der NS-Zeitgenossenschaft hat nicht nur die Institutionalisierung des Holocaust-Gedenkens in der Bundesrepublik beschleunigt, sondern auch in den Unternehmen einer jüngeren Managergeneration neue Umgangsweisen mit der Konzerngeschichte eröffnet. Im Zuge des Aufstiegs der Erinnerung zur »Pathosformel«[6] der Gegenwart und der Etablierung der Opferorientierung zur erinnerungspolitischen Norm haben sich, wie oben angedeutet, auch Unternehmen wie Daimler in den Erinnerungskonsens der Vergangenheitsaufarbeitung eingereiht und gebrauchen im Vergangenheitsdiskurs über den Nationalsozialismus das begriffliche Instrumentarium in einer inzwischen meist unhinterfragten Selbstverständlichkeit.

Die Frage nach dem Umgang deutscher Konzerne mit ihrer Vergangenheit impliziert immer auch die Frage, welches historische Verständnis von der Beziehung zwischen den Konzernen und dem NS-Regime zu Grunde gelegt wird. Nicht nur die betroffenen Konzerne haben nach 1945 das Machtverhältnis zwischen Wirtschaft und NS-Politik immer wieder unterschiedlich interpretiert. Auch ein breiteres öffentliches Meinungsbild und die geschichtswissenschaftlichen Bewertungen waren einem kontinuierlichem Wandel unterworfen, der von unterschiedlichen Einflussfaktoren abhängig gewesen ist. Die Veränderungen des NS-Bildes der öffentlichen Vergangenheitsdiskurse nach 1945 und insbesondere das dominierende Verständnis von der Wirtschaft im Nationalsozialismus sind daher nicht zuletzt von der historischen Forschung mit geprägt worden. Dementsprechend gilt es, diese Historiographiegeschichte im Rahmen dieser Arbeit kritisch zu reflektieren und in die Vergangenheitsdiskurse einzuordnen, die sie selbst mit beeinflusste. Oder anders ausgedrückt: Es gilt bei der Untersuchung des Umgangs deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit, die Wechselwirkungen zwischen dem öffentlichen Streit um die NS-Zeit deutscher Konzerne und der historischen Forschung zu berücksichtigen. Der Umstand, dass die wissenschaftliche Geschichtsschreibung über Unternehmen im Nationalsozialismus in verschiedenen Formen von den Unternehmen oftmals selbst in Auftrag gegeben worden ist und auf die eigenen Selbstdarstellungen zurückwirkte, macht eine Bewertung nicht einfacher – und sensibilisiert wiederum für die jeweiligen Bedingungen und damit die Historizität der Zeitgeschichtsforschung.

Das Spektrum an Verhaltensweisen von Unternehmen im Nationalsozialismus war – ohne an dieser Stelle abschließende Bewertungen vornehmen zu wollen – sehr groß. Je nach Unternehmensgröße und Branchenzugehörigkeit

5 Vgl. Sabrow, Held (erstes Zitat S. 46); Jureit/Schneider, Gefühlte Opfer (zweites Zitat, S. 10).

6 Sabrow, »Erinnerung«, S. 89.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bzw. Kriegswichtigkeit lassen sich unterschiedliche Freiheitsgrade für die Unternehmen bestimmen, deren Ausnutzung nicht zuletzt von der jeweiligen Unternehmensleitung abhängig war. Zudem ist es bedeutsam, das Verhalten der Unternehmen in ihrem zeitlichen Kontext einzuordnen.[7] Während bis 1936 nahezu alle Unternehmen die Chancen der Wiedererstarkung nach der verheerenden Weltwirtschaftskrise nutzten, war das Verhalten zwischen 1936/37 und 1941/42 schon differenzierter. Es reichte von der Ablehnung wirtschaftspolitischer Forderungen durch das NS-Regime und Hilfestellung gegenüber jüdischen Mitarbeitern bis hin zur Übernahme offizieller Ämter in der NS-Wirtschaftsverwaltung und aktiven Beteiligung an »Arisierungen«. Nach 1942 war das Mitmachen durch die Logik des Kriegs bestimmt, mit der Unternehmen alle Kapazitäten auf ihre Kriegswichtigkeit verlagerten, um Handlungsmöglichkeiten zu bewahren und das Überleben auch über das sich abzeichnende Kriegsende hinaus zu sichern. Einzelne Beispiele können diese Bandbreite an Verhaltensweisen andeuten: Prominente Industrieunternehmen wie Krupp wurden zu wichtigen Stützen der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft. Großbanken wie die Dresdner Bank beteiligten sich an »Arisierungen« und finanzierten Firmenübernahmen bzw. Neugründungen im Zuge der Expansion des »Dritten Reiches« in Europa. Automobilhersteller wie BMW profitierten anfangs von der wirtschaftlichen Erholung unter der NS-Regierung, um dann später ihre zivilen Produktionskapazitäten auf Rüstungsgüter umzustellen. Aus den Autarkiebestrebungen des »Dritten Reiches« zog die chemische Industrie ihren Nutzen, indem sie wie die IG Farben synthetische Verfahren für beispielsweise Benzin, Kautschuk und Naturfasern entwickelte bzw. verbesserte. Die Unterschiede in den Handlungen spiegeln sich in den verbliebenden Handlungsspielräumen der Unternehmen. So wurden in den meisten Betrieben in Industrie und Landwirtschaft Zwangsarbeiter beschäftigt, deren Arbeitsbedingungen jedoch von den Unternehmen sehr unterschiedlich ausgestaltet wurden. Auch der Umgang der Unternehmen mit ihren jüdischen Mitarbeitern reichte von Drangsalierungen und fristlosen Entlassungen bis hin zu indirekten Hilfen. An den extremen Enden des Spektrums stehen auf der einen Seite Unternehmen, die direkt an den NS-Verbrechen beteiligt waren – wie beispielsweise Topf & Söhne, die die Krematoriumsöfen von Auschwitz bauten – während auf der anderen Seite einzelne Unternehmer stehen, die durch ihr mutiges Verhalten jüdische Zwangsarbeiter vor eben diesen Vernichtungsstätten retteten. So verschieden und eigenwillig die deutschen Unternehmen ihre Wege zwischen den Jahren 1933 und 1945 suchten und dabei manche strukturelle Gemeinsamkeiten aufwiesen, so galt es für alle Unternehmen nach Kriegsende, einen Umgang mit der unmittelbaren Vergangenheit zu finden. Ob im Gerichtssaal oder in der Öffentlichkeit – Unternehmen mussten sich erklären und ihrer Geschichte eine Form geben.

7 So W. Plumpe, Unternehmen, S. 266; Zu den Phasen vgl. auch Hildebrand, Das Dritte Reich, S. 209 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Die Geschichte dieser Arbeit ist die Geschichte des Umgangs deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit. Oder anders formuliert: Es ist die Darstellung von ausgewählten Unternehmen in der (öffentlichen) Auseinandersetzung mit ihrer NS-Zeit, wobei ihr Verhalten und insbesondere ihre Selbstdarstellungen in ihren jeweiligen geschichtskulturellen Kontexten situiert werden. Dabei basiert diese Studie auf der grundlegenden Hypothese, dass der Modus der Vergangenheitsbearbeitung vieler Unternehmen, ihre Verhaltens- und Deutungsmuster sich an die geschichtskulturellen Rahmenbedingungen ihrer Zeit angepasst haben und gleichzeitig in die Vergangenheitsdiskurse zurückgewirkt haben. Argumentationsmuster, dramaturgische Erzählbögen, wiederkehrende Strukturelemente, bestimmte Metaphern und Schlüsselwörter – diese Merkmale können zu Typen von Erzählungen und Rollenzuschreibungen zusammengefasst und damit als Indikatoren bzw. Faktoren der deutschen Geschichtskultur analysiert werden. Ein besonderer Fokus der Arbeit liegt auf jener Phase, in der sich der Wandel der Unternehmen im Umgang mit ihrer Vergangenheit zu verstärken begann. Dabei gilt es auch das Spezifische des Untersuchungsobjekts »Unternehmen« nicht aus dem Auge zu verlieren. Fragt man nach den Gründen für den Wandel der Unternehmen im Umgang mit ihrer NS-Vergangenheit, wird geradewegs auf die amerikanischen Sammelklagen der späten neunziger Jahre verwiesen. Entgegen der vorschnellen Perspektivverengung auf diese Phase der Auseinandersetzung folgt diese Arbeit der Vorstellung, dass es ein langfristiges reziprokes Verhältnis von geschichtskulturellen Faktoren und ökonomischer Rationalität – zwischen Geschichte und Gewinn – gibt. Der sich wandelnde Umgang der Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit erschließt sich demnach umfassender aus dessen Einordnung in die großen geschichtskulturellen Veränderungen der Bundesrepublik. Diese Arbeit setzt daher die Phase des Wandels früher, nämlich Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre an. In der oben beschriebenen Szene bei Daimler finden sich bereits einzelne Hinweise auf diese Phase, in der insbesondere und zu allererst Daimler-Benz versuchte, im hochgradig emotional und geschichtspolitisch aufgeladenen Vergangenheitsdiskurs der achtziger Jahre einen entsprechenden Umgang zu finden. Die wachsende Bedeutung von Geschichte in der Politik, das gestiegene Interesse an der NS-Zeit in der Gesellschaft und nicht zuletzt die wiederaufkeimende Debatte um die Zwangsarbeiterentschädigung schufen den Hintergrund, vor dem auch eine neue Generation an Unternehmensmanagern die hauseigenen Narrative zu überdenken begann und einen anderen Umgang mit der NS-Zeit initiierte. Diese Studie beabsichtigt daher zu zeigen, wie erst die Veränderungen auf geschichtskultureller *und* unternehmenskultureller Ebene in den achtziger Jahren zu einem beginnenden Wandel der unternehmerischen Vergangenheitsbearbeitung führten, der in den neunziger Jahren durch das Ende des Ost-West-Konflikts, die globale Liberalisierungspolitik, die generationelle Ablösung der Betroffenen, den Forschungsboom zur Zwangsarbeit und schließlich die damit einhergehenden amerikanischen Sammelklagen beschleunigt wurde. Mit der

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
unternehmensspezifischen Vergabe von Forschungsaufträgen und der kollektiven Regelung der Entschädigungsfrage mittels einer gemeinsamen Stiftung wurde somit ab Mitte der neunziger Jahre ein Modell zum gängigen Verhaltensmodus deutscher Unternehmen, das bereits ein Jahrzehnt zuvor von einzelnen wenigen angedacht und umgesetzt worden war.

Ziel dieser Arbeit ist es, den Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit zu erklären und dabei Unternehmen als Akteure der deutschen Geschichtskultur kritisch zu reflektieren. Um sich diesem Ziel in mehreren Schritten zu nähern, stehen die folgenden Fragen im Mittelpunkt der Untersuchung. Erstens gilt es, die Inhalte der öffentlichen Vergangenheitsdiskurse über die NS-Zeit in den Blick zu nehmen, d. h. nach den Deutungsmustern der Vergangenheit und ihrer Funktionalisierung für die jeweiligen Gegenwarten. Oder anders für die Unternehmen gefragt: Welche Akteure, Ereignisse und Diskurse waren für das Verhalten und die Entscheidungen der Konzerne im Umgang mit ihrer NS-Vergangenheit ausschlaggebend? In einem zweiten Schritt gilt es dann, konkret die Publikationen bzw. Äußerungen der Unternehmen zur NS-Zeit zu untersuchen: Welche Narrative, Geschichtsbilder und Deutungsmuster lassen sich bei den ausgewählten Unternehmen identifizieren und an welche längeren Linien schließen sie an bzw. gegen welche Narrative setzen sie sich ab? Daran anschließend nimmt die Arbeit drittens das Feld der Unternehmensgeschichte in den Blick: Wie hat sich die Unternehmensgeschichtsschreibung im Spannungsfeld zwischen hauseigener, journalistischer und akademischer Geschichtsschreibung entwickelt und welche Rolle kam Historikern im Rahmen der Auseinandersetzung um die NS-Zeit deutscher Unternehmen zu?

Diese Fragen umreißen das Analysefeld des unternehmerischen Umgangs mit der NS-Vergangenheit im Kontext von Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft, das gleichzeitig integraler Bestandteil einer »zweiten Geschichte« des Nationalsozialismus ist. Die Geschichte des Umgangs deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit kann somit auch immer als ein exemplarisches Kapitel der sich verändernden Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland gelesen werden, die bis in die Gegenwart reicht. Seit Ende der achtziger Jahre führte der Streit um Firmengeschichten zu einer Welle an Forschungsaufträgen, in deren Folge inzwischen auch andere Bereiche – von staatlichen Einrichtungen wie Ministerien und Behörden bis hin zu nichtstaatlichen Institutionen und Verbänden aus Wissenschaft, Sport oder Kirche – vom Aufarbeitungsparadigma erfasst worden sind. Insoweit kommt dem Höhepunkt der Debatte um die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne eine zäsurmarkierende Bedeutung zu, die weit über ihren Gegenstand hinausreicht.

1.2 Forschungsstand

Die Forschungsliteratur zur Zeit des Nationalsozialismus stellt siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einen hoch ausdifferenzierten Korpus

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
dar. Ebenso haben sich die vergangenen siebzig Jahre des Umgangs mit der NS-Zeit in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem etablierten Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung entwickelt. Das Spektrum der methodischen Zugriffe ist dabei so breit wie das Spektrum der Arbeiten. Ob politik-, gedächtnis- oder alltagsgeschichtliche, diskursanalytische oder sozialpsychologische Untersuchungen – der juristische[8], politische[9], wissenschaftliche, kulturelle[10], private oder öffentliche[11] Umgang mit dem Nationalsozialismus wird unter den Stichworten »Vergangenheitsbewältigung« oder »Aufarbeitung der Vergangenheit« subsummiert und ist Gegenstand von inzwischen vielen Studien. Die Rezeptionsgeschichte des Nationalsozialismus in Deutschland wird dabei sowohl für bestimmte Zeitabschnitte als auch über den gesamten Zeitraum seit 1945 analysiert. Zudem ergänzen Ländervergleiche mit anderen postdiktatorischen Gesellschaften die deutsche Perspektive[12], und zuletzt wurde die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in Deutschland auch vermehrt in europäische bzw. globale Prozesse der Erinnerung eingeordnet.[13] Eine spezifisch deutsche Besonderheit ist dabei, dass die Rezeptionsgeschichte des Nationalsozialismus in Deutschland über vierzig Jahre eine doppelte war und sich der Umgang mit der NS-Zeit in der DDR und der Bundesrepublik gegenseitig bedingte und beeinflusste.[14] Vor dem Hintergrund dieser breiten Forschungsliteratur kann diese Arbeit an verschiedene Forschungszweige anschließen – und ist bezüglich des langen Untersuchungszeitraums und seines inhaltlichen Fokus auf Unternehmen doch neuartig.

Das betrifft erstens die zeithistorische Rezeptionsgeschichte zum Nationalsozialismus im Allgemeinen. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass die bisherige zeitgeschichtliche Forschungsliteratur die zahlreichen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus nach 1945 bis in die Gegenwart untersucht hat – eine Darstellung des Umgangs der deutschen Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit fehlt jedoch. Umfangreiche Sammelbände zur »zweiten Geschichte« des Nationalsozialismus verfolgen in einem breiten Spektrum an Perspektiven die unterschiedlichsten Akteure – Unternehmen kommen dabei so gut wie gar nicht vor.[15] Auch im Hinblick auf die steigende Pluralisierung von Geschichtsbildern entbehren selbst Sammelbände, die dezidiert die nicht-wissenschaftlichen

8 Vgl. bspw. Osterloh/Vollnhals, NS-Prozesse; Priemel/Stiller, NMT; Frei u. a., Geschichte vor Gericht.
9 Frei, Vergangenheitspolitik.
10 Vgl. bspw. Reichel, Erfundene Erinnerung; Beiträge in Reichel u. a., Nationalsozialismus.
11 Sabrow u. a., Streitgeschichte; Bösch/Goschler, Public History.
12 Bspw. Cornelißen u. a., Erinnerungskulturen; Hofmann u. a., Diktaturüberwindung.
13 Vgl. etwa Knigge, Arbeit; Hammerstein u. a., Aufarbeitung.
14 Vgl. Danyel, Geteilte Vergangenheit; Herf, Zweierlei Erinnerung; Bender, Zweimal Deutschland.
15 Vgl. Reichel u. a. Nationalsozialismus.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
NS-Darstellungen in der Öffentlichkeit untersuchen, einer Perspektive, die Unternehmen als Akteure und Unternehmenspublikationen als Texte der Vergangenheitsdiskurse berücksichtigt.[16]

Einen speziellen Fall stellt in diesem Zusammenhang das konkrete Forschungsfeld der Wiedergutmachung dar. Wenn privatwirtschaftliche Akteure in diesen zeitgeschichtlichen Studien thematisiert werden, dann meist eher untergeordnet im Rahmen einer staatlichen Restitutions- und Wiedergutmachungspolitik.[17] Internationale Verträge wie das Luxemburger Wiedergutmachungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Israel bzw. der JCC 1952 oder das Londoner Schuldenabkommen (LSA) 1953 ermöglichten es deutschen Unternehmen, sich über Jahrzehnte jeglichen Ansprüchen gegenüber rigoros abweisend zu verhalten und nur in einer Handvoll von Fällen Zugeständnisse zu machen. Individuelle Ansprüche aus dem Inland waren gesetzlich geregelt, und Forderungen aus dem Ausland galten fortan als Reparationsforderungen, deren Klärung durch das LSA auf einen zeitlich unabsehbaren Friedensvertrag verschoben worden war. Die Frage der Entschädigung von Zwangsarbeitern erfuhr ihre erste Darstellung erst ab den achtziger Jahren durch die Protagonisten selbst, die das Thema Zwangsarbeit neu im Vergangenheitsdiskurs zu etablieren begannen[18] Erst im Zuge dessen entstanden bahnbrechende Pionierstudien.[19] Später wurde durch die in den neunziger Jahren folgenden US-Sammelklagen bzw. die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft das Thema auch von der zeithistorischen Forschung verstärkt aufgenommen und sowohl die Verhandlungen als auch die Durchführung der Entschädigung dargestellt.[20] Gesondert hervorzuheben ist hier Henning Borggräfes Studie zur Zwangsarbeiterentschädigung, die Zwangsarbeit als paradigmatischen Fall des Umgangs mit der NS-Zeit jenseits von Verhandlungs- und Auszahlungsdokumentationen begreift, die verschiedenen Deutungsmuster der beteiligten Akteure historisiert und das Thema breiter in die Vergangenheitsdiskurse der Bundesrepublik einbettet.[21] Diese Arbeit liefert aufschlussreiche Hinweise über den spezifischen Diskurs zur Zwangsarbeit insbesondere seit den achtziger Jahren, in dem sich auch Unternehmen wie Daimler-Benz neu positionierten. So detailliert Borggräfe verschiedene gesellschaftliche Akteure und insbesondere wissenschaftliche Arbeiten in diesem Diskurs aufzufächern versteht, so bleiben jedoch Fragen zu internen Aushandlungs- und Diskussionsprozessen in den Unternehmen offen. Für die Untersuchung der längeren Linien des

16 Bösch/Goschler, Public History; Horn, Geschichte.
17 Vgl. etwa Goschler/Lillteicher, »Arisierung«; Goschler/Ther, Raub; Hockerts u. a., Wiedergutmachung; Lillteicher, Raub; Goschler, Schuld; Frei u. a., Wiedergutmachung; Goschler, Entschädigung.
18 Ferencz, Lohn; Stengel/Konitzer, Opfer.
19 Vgl. Peukert, Volksgenossen; Herbert, Fremdarbeiter.
20 Vgl. etwa Spiliotis, Verantwortung; Niethammer, Zwangsarbeit; Goschler: Vertrauenskapital; Goschler, Entschädigung.
21 Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Umgangs der Unternehmen mit ihrer NS-Zeit liefert die Studie nichtsdestotrotz eine wertvolle Basis, da Borggräfe anschaulich und plausibel zeigen kann, welche einschneidende Zäsur die achtziger Jahre für die Beschäftigung mit der Zwangsarbeit-Thematik darstellten und somit auch für die Unternehmen entscheidende Bedeutung gewann.

Mit seinem inhaltlichen Fokus auf den Umgang mit der NS-Zeit nach 1945 steht diese Arbeit auch eng im Kontext einer expliziten Gedächtnisgeschichte.[22] Die Begriffe Gedächtnis und Erinnerung sind seit den neunziger Jahren zu Schlüsselkategorien der Geistes- und Sozialwissenschaften avanciert, die im Zuge des »cultural turn« unterschiedliche akademische Disziplinen erweitert und geprägt haben. Grundsätzlich steht das Gedächtnis-Paradigma in einer geistes- und kulturgeschichtlichen Kontinuität, die die soziale Konstruktivität der Wirklichkeit, der Geschichte und eben des Gedächtnisses selbst betont. All diese Vorstellungen vom Gedächtnis haben gemeinsam, dass sie den Erinnerungsvorgang nicht im Sinne einer individuellen Gedächtniskunst der »ars memoriae«[23] beschreiben, sondern das Gedächtnis als soziales Phänomen begreifen, wie es Maurice Halbwachs mit seinen Arbeiten zum »kollektiven Gedächtnis« bereits Anfang des 20. Jahrhunderts beschrieben hat.[24] Prägend für sie ist ein Vergangenheitsverständnis im sozialkonstruktivistischen Sinne, dass »Vergangenheit überhaupt dadurch erst entsteht, dass man sich auf sie bezieht.«[25] Dieser Ansatz hat seit den neunziger Jahren verschiedene

22 Jan Assmann definiert »Gedächtnisgeschichte« wie folgt: »Im Unterschied zur Geschichte im eigentlichen Sinne geht es der Gedächtnisgeschichte nicht um die Vergangenheit als solche, sondern um die Vergangenheit, wie sie erinnert wird. Sie untersucht die Pfade der Überlieferung, die Netze der Intertextualität, die diachronen Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Lektüre der Vergangenheit. Gedächtnisgeschichte steht nicht im Gegensatz zur Geschichtswissenschaft, sondern bildet einen ihrer Zweige wie auch Ideengeschichte, Sozialgeschichte, Mentalitätsgeschichte oder Alltagsgeschichte.« In: J. Assmann, Moses, S. 26 f.

23 So die bei Cicero erzählte Urszene der Gedächtniskunst des griechischen Dichters Simonides, der die Toten nach einem Festhalleneinsturz nach ihrem vorherigen Sitzplatz identifizierte und somit ein individuelles Gedächtnis über eine räumliche Struktur erlernte. Vgl. J. Assmann, Gedächtnis, S. 29 f. und 215 f.

24 Anders als frühe Gedächtnistheoretiker wie Friedrich Nietzsche oder Sigmund Freud beschreibt Halbwachs Erinnern im Rahmen des »kollektiven Gedächtnisses« als einen notwendigen individuellen Vorgang der Selbsteinordnung und Selbstvergewisserung innerhalb des sozialen Kollektivs: »Es gibt kein mögliches Gedächtnis außerhalb derjenigen Bezugsrahmen, deren sich die in der Gesellschaft lebenden Menschen bedienen, um ihre Erinnerungen zu fixieren«. Das Gedächtnis ist für Halbwachs nichts »Aufgezwungenes« – Subjekt von Gedächtnis und Erinnerung bleibt immer das einzelne Individuum, aber in Abhängigkeit von den »Bezugsrahmen«, die seine Erinnerung organisieren. Das bedeutet, dass über soziale Interaktion und Kommunikation stets eine bestimmte Vergangenheit rekonstruiert wird, deren Eigenart sich aus den wandelnden Sinnbedürfnissen der jeweiligen fortschreitenden Gegenwarten her ergibt. Vgl. Halbwachs, Gedächtnis (Zitat S. 121). Für einen Überblick über Halbwachs' Schriften, vgl. J. Assmann, Gedächtnis, S. 34-48.

25 J. Assmann, Gedächtnis. S. 31.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
theoretisch-methodische Erweiterungen und empirische Überprüfungen erfahren.[26] Insbesondere Jan und Aleida Assmann haben mit ihren Arbeiten den Halbwachs'schen Begriff vom »kollektiven Gedächtnis« weiter differenziert. Dabei hat Jan Assmann wegweisend zwischen Halbwachs' Konzeption als »kommunikativem Gedächtnis« und zeitlich stabileren bzw. verobjektivierten Formen der Erinnerungen als »kulturellem Gedächtnis« unterschieden.[27]

Zur Forschungsliteratur der Gedächtnisgeschichte ist für diese Arbeit festzuhalten, dass Unternehmen als Akteure innerhalb des Forschungsparadigmas »Gedächtnis« bislang so gut wie gar nicht berücksichtigt worden sind.[28] In den prominenten Werken der Gedächtnisgeschichte werden Unternehmen in der Theorie, wenn überhaupt, nur unterkomplex behandelt und in der analytischen Darstellung überhaupt nicht berücksichtigt.[29] Folgt man bspw. Aleida Assmanns Unterteilung der Gedächtnisformationen, lassen sich vier Formationen anhand unterschiedlicher Dimensionen und Komponenten unterteilen, die Erfahrungen, Erinnerungen sowie Identitäten organisieren bzw. stiften.[30] In diesem Zusammenhang und entgegen Reinhart Kosellecks genereller Skepsis, dass Kollektive kein Gedächtnis haben,[31] versteht Aleida Assmann auch Unternehmen als eine Art von »Wir-Gruppe«, die die kollektiven Bedingungen des Erinnerns organisiert: »Institutionen und Körperschaften wie Kulturen, Nationen, Staaten, die Kirche oder eine Firma ›haben‹ kein Gedächtnis, sondern ›machen‹ sich eines mithilfe memorialer Zeichen und Symbole. Mit diesem Gedächtnis ›machen‹ sich Institutionen und Körperschaften zugleich

26 Vgl. Erll, Kollektives Gedächtnis.
27 Vgl. J. Assmann, Gedächtnis, S. 137 f.
28 Ausgenommen Wiesen, Public Relations.
29 Vgl. A. Assmann, Schatten, S. 21 bzw. 35; A. Assmann, Geschichtsvergessenheit.
30 Laut Aleida Assmann bezieht sich das »individuelle Gedächtnis« auf das menschliche Gehirn und fokussiert primär auf die neuronalen Prozesse des Erinnerns in seiner instabilen Flüchtigkeit. Dagegen betont das »Soziale Gedächtnis« im Halbwachs'schen Sinne den sozialen Charakter von Erinnerung, wie körperliche Interaktion und sprachliche Kommunikation Erinnerungsgemeinschaften wie Familien oder Generationen begründen sowie Erinnerungen aktualisieren. Ruhen nun diese beiden ersten Gedächtnisformationen auf biologischen Trägern, die – im Falle des sozialen Gedächtnis – zeitlich auf bis zu drei Generationen befristet sind, so beziehen sich die zwei weiteren Gedächtnisformationen auf die symbolische Vermittlung von Erinnerung und insbesondere auf Sicherungsformen der Dauer (Schift) und Wiederholung (Riten), die längere Zeiträume sicherstellen können. Das »politische Gedächtnis« verweist auf größere politische Kollektive wie Nationen und unterstreicht den präskriptiven Charakter, wie Vergangenheiten für Zwecke der Gegenwart vereinheitlicht und instrumentalisiert werden. Das »Kulturelle Gedächtnis« umfasst im oben beschriebenen Sinn als stabilste Verobjektivierung von Erinnerungen alle Formen von Monumenten, Riten, Texten und Bildern. Vgl. A. Assmann, Schatten, S. 21-61, insbesondere S. 23, 26, 57 und 58.
31 »Es gibt keine kollektive Erinnerung, wohl aber kollektive Bedingungen möglicher Erinnerung«, in Koselleck, Gedächtnis, S. 6.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
eine Identität.«[32] Assmanns Überlegungen zu Unternehmen bleiben damit jedoch sehr oberflächlich und versäumen, den Bogen zu den Kernzielen von Unternehmen zu schlagen.

Andere Arbeiten der Gedächtnisgeschichte sparen den Bereich der Wirtschaft zumeist ganz aus. So berührt zum Beispiel das groß angelegte Projekt zur Erforschung deutscher »Erinnerungsorte« nur in einem einzigen Beitrag unternehmensgeschichtliche bzw. wirtschaftsgeschichtliche Aspekte.[33] Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass dieser Forschungszweig sensibilisiert ist für die Bedeutung von zeitlichen Zäsuren und die Tradierung von Narrativen. Aber die unternehmerischen Formen, bspw. Erinnerungen in Firmenjubiläen zu aktualisieren bzw. in Unternehmenschroniken zu überliefern, sind bislang kein Gegenstand dieser Forschung gewesen.

Etwas anders gelagert ist der Fall, wenn man sich aus unternehmens- bzw. wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive dem Gegenstand nähert. Hier ist zum einen festzustellen, dass der Streit um den Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Zeit seit den achtziger Jahren zu diversen Forschungsaufträgen führte, die letztlich in einem Boom der NS-Unternehmensgeschichte gipfelten. Das Gros dieser von Unternehmen in Auftrag gegebenen Studien konzentriert sich eng auf den Untersuchungszeitraum 1933 bis 1945 und berücksichtigt, wenn überhaupt, nur sehr begrenzt die unmittelbare Nachkriegszeit.[34] Andere Auftragsstudien sind über die komplette Lebensspanne des Unternehmens ausgelegte Darstellungen, die jedoch in den Kapiteln nach 1945 die NS-Zeit höchstens noch in ihren ökonomischen Konsequenzen berücksichtigen.[35] Auf der anderen Seite ist in den letzten Jahren jenseits der Auftragsarbeiten eine Vielzahl an unternehmensgeschichtlichen Arbeiten entstanden, die jedoch ebenfalls den Umgang mit der NS-Vergangenheit nur in Ausschnitten berücksichtigen.[36] Der Flick-Konzern kann dabei beispielhaft als ein inzwischen gut erforschtes Unternehmen aufgeführt werden, das gleichsam zeigt, wie in der unternehmensgeschichtlichen Forschung eine kulturwissenschaftliche Perspektive auf den Umgang mit der NS-Zeit nur eine untergeordnete Rolle spielt.[37] Einige wenige Ausnahmen stellen Studien dar, die Unternehmen in ihrem Umgang mit der NS-Zeit sehr konkret untersuchen und dabei Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der Akteure berücksichtigen. Jonathan Wiesen hat für die westdeutsche Industrie nachgezeichnet, wie nach Kriegsende deutsche Unternehmer in ihrem Selbstbewusstsein, ihrer persönlichen Integrität und ihrem sozialen Status zutiefst verunsichert waren und sich im Zuge des beginnenden Kalten Krieges, der Gründung der Bundesrepublik und der Etablierung der

32 A. Assmann, Schatten, S. 35.
33 Schütz, Volkswagen.
34 Bspw. Feldman, Allianz; Hayes, Degussa; Lindner, Hoechst.
35 Bspw. Abelshauser, BASF; kaum bzw. gar keine Rolle mehr spielt sie in Bänden wie Gall u. a., Deutsche Bank; Gall, Krupp.
36 Eine Ausnahme ist Ahrens, Dresdner Bank.
37 Bähr u. a., Flick; Priemel, Flick; Frei u. a., Flick.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
sozialen Marktwirtschaft neu erfanden, indem sie ältere Charakteristiken des »Unternehmers« mit neuen Methoden der Selbstvermarktung zu einem neuen Bild vom »neuen Unternehmer« verbanden.[38] Public Relations und eine gut organisierte Struktur der Interessenvertretung ermöglichten es, dieses neue Bild vom Unternehmer in der westdeutschen Öffentlichkeit zu etablieren und die biografische Verunsicherung durch die Zäsur von 1945 in den Unternehmerkarrieren zu glätten. In diesem Sinne hat auch Kim Christian Primel konkret zeigen können, wie westdeutsche Industrielle in den fünfziger Jahren populärwissenschaftliche Darstellungen als politisches Instrument nutzten, um ihre Rolle in der NS-Zeit zu relativieren und ihren Führungsanspruch in der Nachkriegsgesellschaft zu legitimieren.[39] Wiesen betont, dass die Nürnberger Wirtschaftsprozesse den »Höhepunkt der Demütigung« für die deutsche Wirtschaftselite darstellten. In diesem Sinne wird der Nürnberger Gerichtssaal in dieser Studie genauer als ein konstitutiver Ort der Ausgestaltung entlastender Narrative untersucht werden.[40] Während die Wirtschaftsprozesse gegen Angehörige des Krupp- bzw. Flick-Konzerns bereits mit ihren Deutungsmustern und Geschichtsbildern dargestellt worden sind, fehlt bislang eine solche detaillierte Analyse für den IG-Farben-Prozess.[41] Zusammenfassend lässt sich für die unternehmensgeschichtliche Forschung feststellen, dass der unternehmerische Umgang mit der NS-Zeit im Sinne eines öffentlichen Diskurses wenn überhaupt, dann nur für die Nachkriegszeit untersucht worden ist. Die langen Linien des unternehmerischen Umgangs mit der NS-Zeit sind bislang nur in groben Zügen reflektiert worden.[42] Einzig Tim Schanetzky hat zuletzt eine Phaseneinteilung des unternehmerischen Umgangs entworfen. Er macht nach einer »Inkubationsphase« in den achtziger Jahren eine Kombination von politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Faktoren für den Wandel nach 1990 verantwortlich. Die Mehrzahl der deutschen Großkonzerne hat sich, so argumentiert Schanetzky, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts in einer Entscheidungssituation der »entgrenzten Unsicherheit« wiedergefunden, die sie abhängiger gegenüber ausländischen Geldgebern, Absatzmärkten und Öffentlichkeiten gemacht hat.[43]

38 Wiesen, West German Industry, Kapitel 2-4. Vgl. auch Wiesen, Overcoming Nazism; Wiesen, Public Relations.

39 Priemel, Gekaufte Geschichte.

40 Erst jüngst hat ein umfangreicher Sammelband die Bedeutung der Nürnberger »Nachfolgeprozesse« hervorgehoben und ihren juristischen und vergangenheitspolitischen Stellenwert herausgearbeitet: Priemel/Stiller, NMT. Vgl. dazu auch Osterloh/Vollnhals, NS-Prozesse.

41 Zu Krupp vgl. Priemel, Sonderweg; zu Flick vgl. Frei u. a., Flick, S. 401 ff.; Priemel, Flick, S. 616 ff.; zu Rasche vgl. Ahrens, Exempelkandidat. Zur IG Farben vgl. übersichtshaft Boll, IG-Farben-Prozeß; mit anderem Untersuchungsschwerpunkt Lindner, Urteil.

42 Vgl. Feldman, Vergangenheitsbearbeitung.

43 Vgl. Schanetzky, Distanzierung (Zitate S. 120, 121).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Ein besonderes Forschungsfeld in der Unternehmens- bzw. Wirtschaftsgeschichte bearbeiten nicht zuletzt prosopographische bzw. kollektivbiographische Untersuchungen, die den Umgang mit der NS-Zeit auf personeller Ebene der Wirtschaftseliten untersuchen.[44] Hier wird seit geraumer Zeit insbesondere darüber diskutiert, ob das Jahr 1945 für die personelle Zusammensetzung der deutschen Wirtschaftselite eine Zäsur markierte.[45] Auf der einen Seite wird dabei die Beschleunigung der Elitenzirkulation durch den Nationalsozialismus betont, in dessen Folge junge Parteibuchindustrielle die alte Wirtschaftselite verdrängt und nach Kriegsende wiederum schnell vor dem abrupten Karriereaus gestanden hätten.[46] Die Masse an Vorstands- und Aufsichtsratsposten sei in bestimmten Branchen neu besetzt worden.[47] Auf der anderen Seite wird eine personelle Kontinuität als Regel konstatiert[48] und mittels längerer Linien jenseits von allzu formalen Kriterien zu differenzieren versucht.[49]

Zum Abschluss dieses Forschungsüberblicks sei noch auf die Geschichte der Unternehmensgeschichtsschreibung eingegangen. Nicht zuletzt zielt diese Arbeit auf die Historisierung der unternehmenshistorischen Forschung selbst ab und untersucht die Wechselwirkungen zwischen dem Streit um die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne und der Entwicklung der Unternehmensgeschichte in Deutschland. In ihren Anfängen nach Kriegsende führte die akademische Beschäftigung mit Unternehmen in Deutschland lange Zeit ein Nischendasein.[50] Während sich in der DDR auf Grundlage des marxistisch-orthodoxen Geschichtsverständnisses ab den fünfziger Jahren das Fach »Betriebsgeschichte« fest etablieren konnte, so waren es in Westdeutschland lange Zeit akademische Einzelgänger, die das Feld der »Firmengeschichte« abzustecken begannen. Für die Darstellung und Aufbereitung ihrer eigenen Geschichte beauftragten westdeutsche Konzerne noch zumeist hauseigene Mitarbeiter oder den Unternehmen nahestehende Journalisten – dementsprechend zwiespältig war der Ruf dieser Arbeiten als »Hofberichterstattung«. Die Institutionalisierung der »Unternehmensgeschichte« als akademisches Fach in Westdeutschland begann erst Mitte der siebziger Jahre und wurde nicht zuletzt von einigen Schwergewichten der deutschen Wirtschaft gezielt gefördert. Demzufolge umstritten blieb ihr Status zwischen interessengeleiteter Pseudowissenschaft und unabhängiger eigenständiger Forschung. Fortan stand die Entwicklung der Unternehmensgeschichte in engem Zusammenhang mit der öffentlichen Auseinandersetzung um die NS-Geschichte deutscher Unternehmen, war ge-

44 Ahrens, »Säuberung«.
45 Grundlegend zur sozialhistorischen Bürgertumsforschung und soziologischen Elitenforschung vgl. Ziegler, Großbürger.
46 W. Plumpe, Unternehmen, S. 250. Die klassische Studie zur Zäsur »1945« ist Zapf, Wandlungen.
47 Unger, Herren aus dem Westen.
48 Schanetzky, Unternehmer, S. 77, 79. Ähnlich auch Boldorf, Kollaboration.
49 Joly, Kontinuität. Vgl. auch Berghahn u. a., Wirtschaftselite.
50 Vgl. Schröter, Institutionalisierung.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
prägt von einer Vielzahl an Forschungsaufträgen und gipfelte schließlich in einer »Sonderkonjunktur«[51] der NS-Unternehmensgeschichte. Zeitgleich führte diese Entwicklung in der größer werdenden Zunft zu einer Selbstvergewisserungsdebatte über methodische Zugriffe, theoriegeleitetes Arbeiten und immer wieder über die Frage der Unabhängigkeit von Auftragsforschung. Die Wechselwirkungen zwischen der von Unternehmen geschriebenen oder initialisierten Unternehmensgeschichte und der sich langsam institutionalisierenden akademischen Unternehmensgeschichte sind bislang kaum untersucht worden – Ansätze der Selbsthistorisierung sind bisher die Ausnahme.[52] Auch jüngere Felder der angewandten Geschichtswissenschaft bzw. Public History, die sich mit »Corporate History« und »History Marketing« beschäftigen, reflektieren kaum die Narrativität und Zeitgebundenheit ihrer Gegenstände und verharren oftmals in einer betriebswirtschaftlichen Verwertungslogik.[53] Die innerfachliche Diskussion über den Status der Auftragsforschung hält unterdessen bis in die Gegenwart an.[54]

1.3 Methodik, Quellen und Aufbau der Arbeit

Methodische und inhaltliche Eingrenzung

Die methodischen Herausforderungen der Zeitgeschichte als einer »Geschichte, die noch qualmt« sind wiederholt betont worden.[55] Der Umstand, dass der Zeitgenosse kein besserer Zeithistoriker, der Zeithistoriker aber selbst auch oftmals Zeitgenosse ist, gehört zu den konstitutiven Bedingtheiten der zeithistorischen Forschung. Wenn in dieser Studie aus heutiger Sicht das unternehmerische Verhalten im Nationalsozialismus und dessen spätere Eigeninterpretation analysiert und bewertet werden sollen, so zielt dies also auch darauf, die der Geschichtskultur eigenen Historizität zu verdeutlichen. Die Selbstreflexion der Zeitgeschichtsforschung bietet dabei die Möglichkeit, sich der

51 Banken, Nationalsozialismus.

52 Vgl. Frei/Schanetzky, Unternehmen; Banken, »Verschweigen«. Zuerst Feldman, Unternehmensgeschichte; Feldman, Holocaust Assets; konkret für die Nachkriegszeit und die fünfziger Jahre insbesondere Wiesen, West German Industry und Priemel, Gekaufte Geschichte. Spezifisch zur Zwangsarbeiterforschung Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung.

53 Vgl. Hardtwig/Schug, History sells!; Kühberger/Pudlat, Vergangenheitsbewirtschaftung (darin als Ausnahme Grieger, Hybridisierung). Eine Besonderheit stellt in diesem Zusammenhang die Dissertation von Susanne Knabe dar, die das Geschichtsbewusstsein deutscher Unternehmen zwischen 1846 und 1997 anhand von Firmenjubiläen und Festschriften untersucht. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit ist jedoch nur ein Nebenaspekt der Untersuchung, vgl. Knabe, Firmenjubiläen.

54 Vgl. Gregor, Wissenschaft; Gregor, History; Rauh, »Angewandte Geschichte«; Pierenkemper, »Moderne« Unternehmensgeschichte; Schanetzky, Mitläuferfabrik; Schöllgen, Geschichte.

55 Vgl. etwa Sabrow, Zeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Unmittelbarkeit der Geschichtskultur zu entziehen, um geschichtskulturelle Rahmenbedingungen zu reflektieren und Vergangenheitsdiskurse zu analysieren, zu deren Protagonisten nicht zuletzt auch die Historiker selbst gehören. Das kann zu einer »Art von Unschärferelation«[56] führen: Wissenschaftliche Beiträge zum Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Zeit werden zugleich auch Teil des aktuellen Vergangenheitsdiskurses über dieses Thema und verändern damit den Forschungsgegenstand. Darüber hinaus gilt es für den Historiker zu beachten, in einer historischen Darstellung die Geschichte nicht von ihrem Ende her zu erzählen und immer wieder zu versuchen, sich aus seiner Gegenwart herauszudenken. Gerade für den Umgang deutscher Unternehmen ist es wichtig zu reflektieren, dass der Wandel unter anderem von den Unternehmen selbst als Erfolgsgeschichte wahrgenommen, verinnerlicht und nicht zuletzt vermarktet wird. Tatsächlich war aber an vielen Grenzsteinen des Weges, den diese Arbeit nachvollzieht, das Geschehen grundsätzlich offen und nicht zwangsläufig in seiner Entwicklung bestimmt.

Im Zentrum dieser Untersuchung steht der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit nach 1945. Dabei mussten allerdings inhaltliche Grenzen gezogen werden, weil eine historische Arbeit verständlicherweise nicht alle deutschen Unternehmen in ihren Eigenarten und kontingenten Entwicklungen erfassen kann. Diese Untersuchung konzentriert sich daher auf bestimmte westdeutsche Großkonzerne.[57] Die erste Eingrenzung auf Westdeutschland ist sinnvoll, da es in der DDR keinen vergleichbar dynamischen Prozess der Auseinandersetzung gab und in nahezu allen Fällen die Betriebe in der SBZ verstaatlicht und neuorganisiert wurden. Die Konzentration auf Großkonzerne erscheint wiederum plausibel vor dem Hintergrund ihrer öffentlichen Stellung und Wirkung sowie nicht zuletzt der Quellenzugänglichkeit.[58] Konkret stehen vier Großkonzerne – die IG Farbenindustrie AG (später als einer der Nachfolger die Bayer AG), Deutsche Bank AG, Daimler-Benz AG und Degussa AG[59] – im Fokus dieser Arbeit, die exemplarisch für einen

56 Goschler, Schuld, S. 19.

57 Die Begriffe »Unternehmen« und »Konzern« werden umgangssprachlich häufig synonym gebraucht. In dieser Arbeit wird einem Verständnis gefolgt, dass Konzerne Verbindungen von zwei oder mehrerer Unternehmen unter einer einheitlichen Leitung sind, innerhalb derer die einzelnen Unternehmen ihre rechtliche Selbstständigkeit bewahren, ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit jedoch verlieren. Zur differenzierten aktien- und handelsrechtlichen Unterscheidung und ihren juristischen Konsequenzen vgl. Theisen, Konzern, S. 65 ff.

58 In der Mehrzahl führen nur die Großkonzerne Unternehmensarchive von entsprechender Tiefe und Laufzeit.

59 In allgemeinen, überblickshaften Teilen dieser Arbeit werden die Konzerne mit dem Namen bezeichnet, den sie die längste und prägendste Zeit führten. Das heißt, generell wird von Daimler-Benz (und nicht DaimlerChrysler oder inzwischen Daimler) bzw. Degussa (und nicht Degussa-Hüls) die Rede sein. Eine Ausnahme bilden die Textabschnitte, die sich konkret auf die Zeitphasen beziehen, in denen das Unternehmen einen anderen Namen trug.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bestimmten Zeitabschnitt des geschichtspolitischen Umgangs nach 1945 untersucht werden, wobei der Blickwinkel der Untersuchung stets weit genug bleibt, um andere Unternehmen nicht aus den Augen zu verlieren. Die konkrete Auswahl begründet sich dadurch, dass bereits ein erster Blick auf den sich wandelnden Diskurs über den Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit seit 1945 bei diesen vier Konzernen prägnante Verhaltens- bzw. Erzählmuster erkennen lässt, die eine nähere Untersuchung lohnenswert und ertragreich erscheinen lassen. Die vier Konzerne befanden sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten in den Brennpunkten öffentlicher Geschichtsdebatten und standen in engem Zusammenhang mit der Entwicklung der Unternehmensgeschichtsschreibung in Deutschland.

Impulse für die methodische Herangehensweise zur Erfassung des Umgangs deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit kommen unter anderem aus den Bereichen der Diskursanalyse.[60] Diese Studie basiert somit auf einem geistes- und kulturwissenschaftlichen Verständnis, das die soziale Konstruktivität von Wirklichkeit, Geschichte und Erinnerung betont.[61] Bei der Diskursanalyse handelt es sich weniger um eine konkrete Methode, sondern eher um eine Forschungsperspektive, die aus unterschiedlichen Wissenschaftszweigen beeinflusst worden ist – dementsprechend uneinheitlich sind auch die verschiedenen Diskurs-Begriffe.[62] Grundsätzlich lassen sich Ansätze unterscheiden, die eher sprachliche oder außersprachliche Phänomene in den Fokus diskursanalytischer Untersuchungen stellen bzw. die mit bereits vorhandenen theoretischen Kategorien operieren oder die Kategorisierungen erst aus den zu untersuchenden Aussagen entwickeln.[63] Diese Studie folgt einem umfassenden Verständnis von »Diskursen« als »Praktiken, die Aussagen zu einem bestimmten Thema systematisch organisieren und regulieren und damit die Möglichkeitsbedingungen des (von einer sozialen Gruppe in einem Zeitraum) Denk- und Sagbaren bestimmen.«[64] Mit Michel Foucault gesprochen geht es um den Unterschied zwischen dem, was sich grammatikalisch korrekt sagen, praktisch machen und theoretisch denken lässt und dem, was tatsächlich gesagt, gemacht und gedacht wird.[65] »Diskurs« in diesem Sinne meint damit mehr als den alltagssprachlichen Gebrauch für »Diskussion« oder »Gespräch«, da seine entscheidende Kraft die Organisation von Wissen und Wirklichkeit

60 Vgl. grundlegend Sarasin, Diskursanalyse; Mills, Diskurs.
61 Vgl. Goertz, Unsichere Geschichte.
62 Zu den historischen Einflüssen und unterschiedlichen Diskurstheorien vgl. Landwehr, Diskursanalyse, S. 26-90. Für eine prägnante Übersicht der unterschiedlichen Definitionen von »Diskurs« vgl. Eder, Diskursanalyse, S. 11.
63 Pollak, Diskursanalyse, S. 34.
64 Eder, Diskursanalyse, S. 13. »Aussagen« sind dabei nach Foucault als regelmäßig auftauchende und funktionstragende Elemente des Diskurses zu verstehen und nicht einfach mit Sätzen oder Sprechakten gleichzusetzen, da es auch Gegenstände oder Handlungen sein können.
65 Vgl. Foucault, Schriften, S. 874 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ist. Als solche lassen sich Diskurse sowohl repressiv als auch produktiv denken: Diskurse sind strukturiert und bringen ihrerseits Strukturen hervor – und sind damit untrennbar mit Formen von Macht verbunden.[66] Es ist dabei wichtig festzuhalten, dass der Diskurs-Begriff auf einem Verständnis von Wirklichkeit basiert, die »nie an sich, sondern immer nur für uns« erfahrbar ist. Historische Ereignisse, Strukturen und Prozesse sind somit ebenfalls nur in ihrer über Zeichensysteme vermittelten Form zugänglich. Das Ziel der historischen Diskursanalyse ist es, diesen historischen Formen und Regeln der Repräsentation nachzuspüren bzw. den »Wahrnehmungsprozessen, Bedeutungskonstruktionen und Identitätsstiftungen in ihrer historischen Veränderung auf den Grund zu gehen.«[67] Für diese Arbeit bedeutet dies, die Forschungsperspektive der diskurshistorischen Bild- und Textanalyse zu nutzen, um den sozialen Konstruktionscharakter einer historischen Wirklichkeit, nämlich die der NS-Vergangenheit deutscher Konzerne, sichtbar zu machen. Das heißt konkret, die unterschiedlichen Narrative und Geschichtsbilder im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne zu rekonstruieren und deren Wandel nachzuvollziehen.[68]

Neben diesen grundsätzlichen Überlegungen orientiert sich diese Studie grob an den Untersuchungsschritten einer historischen Diskursanalyse, wie sie Achim Landwehr erarbeitet hat.[69] Für den Zuschnitt des konkreten Korpus, oder anders formuliert für die Quellenauswahl, gilt es der Frage nachzugehen, wo und auf welche Weise über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne gesprochen worden ist. Orte der Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen waren insbesondere in der unmittelbaren Nachkriegszeit Gerichte und Parlamente. In diesen Bereich fallen die Entnazifizierungsprozesse im Allgemeinen und die Nürnberger Wirtschaftsprozesse im Speziellen, in denen sich Unternehmer und Industrielle verantworten und zumindest für eine kurze Zeit auch Strafen abbüßen mussten. In diesem Zusammenhang gehört auch die Frage nach der personellen Kontinuität in den Unternehmen, das heißt inwieweit die Führungseliten der NS-Wirtschaft bzw. deren zweite Reihe durch die juristischen Verfahren ihre Positionen in der westdeutschen Nachkriegswirtschaft verloren oder hielten bzw. sogar ausbauen konnten – und dieses Verhalten im Vergangenheitsdiskurs der fünfziger Jahre akzeptiert wurde. Schließlich ist zu diesem politisch-juristischen Bereich auch die sogenannte »Wiedergutmachung« zu zählen. Die bundesrepublikanische Geschichte der Wiedergutmachung bzw. der Entschädigung des nationalsozialistischen Unrechts ist ebenso lang wie die Bundesrepublik, und es gehörte über Jahrzehnte zu den Selbstverständlichkeiten des westdeutschen Vergangenheitsdiskurses, dass Unternehmen in diesem Zusammenhang nur eine unterge-

66 Vgl. Landwehr, Diskursanalyse, S. 20 (Zitat) bzw. 92 f.
67 Ebd., S. 128.
68 Der Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne ist damit integraler Bestandteil des allgemeinen deutschen Vergangenheitsdiskurses über das »Dritte Reich«.
69 Vgl. Landwehr, Diskursanalyse, S. 101-131.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ordnete Rolle spielten. Als weiterer zentraler Orte der Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen ist die massenmedial strukturierte Öffentlichkeit zu nennen, aber auch kleinere Teilöffentlichkeiten.[70] Der allgemeine NS-Vergangenheitsdiskurs in Westdeutschland ist von Beginn an von einer hohen Heterogenität der Akteure geprägt worden, und Unternehmen haben über die Zeit unterschiedliche Rollen eingenommen. Kurzum: Der spezielle Diskurs um die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne war von verschiedenen Konjunkturen geprägt, die ihn mal stärker, mal schwächer im öffentlichen NS-Vergangenheitsdiskurs hervortreten ließen. Waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die Nürnberger Anklagen Unternehmen kurzzeitig im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung, konnten sie sich über mehrere Jahrzehnte erfolgreich einer öffentlichen Diskussion ihrer NS-Zeit entziehen. Es ist erklärungsbedürftig, warum die meisten Unternehmen neue juristische Verfahren wie den Auschwitz-Prozess und scharfe, ideologische Kritik von Seiten der Studenten oder der staatlichen DDR-Propaganda weitestgehend unbeschadet überstanden, während sich andere Gruppen wie bspw. Juristen, Politiker und Hochschullehrer ab den sechziger Jahren massiv mit ihrer NS-Vergangenheit konfrontiert und zu Verhaltensänderungen gedrängt sahen. Erst die achtziger Jahre brachten für die Unternehmen neue Rahmenbedingungen für den Diskurs um ihre NS-Vergangenheit mit sich, die den Druck auf die Unternehmen erhöhten, sich anders mit ihrer NS-Zeit zu beschäftigen. Um diese Diskursverläufe und »Diskursverschränkungen«[71] nachzuvollziehen, gilt es, eine ganze Bandbreite an unterschiedlichen Texten, Materialien und Praktiken zu untersuchen, deren konkrete Bestimmtheit weiter unten im Abschnitt zu den Quellen näher erörtert wird.

Für die historische Diskursanalyse ist dabei zentral, diese Quellen in ihren unterschiedlichen Kontexten (situativ, historisch, medial, institutionell) einzuordnen und zu reflektieren, um letztlich die regelmäßig auftauchenden, konstitutiven Elemente des Diskurses, die »Aussagen«, herauszuarbeiten. Anhand von Makro- und Mikroanalysen, von der Text- über die Satz- und Wortebene bis hin zur parasprachlichen Ebene, lassen sich erste Annäherungen an den Diskurs vornehmen und Aussagen über den jeweiligen Konstruktionscharakter historischer Wirklichkeit treffen.[72] Wenn in dieser Studie nach dem Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Zeit gefragt wird, dann sind insbesondere die mikroanalytischen Aspekte der Argumentation, Stilistik und Rhetorik aufschlussreich, um Narrative, Deutungsmuster und Geschichtsbilder im Diskurs um die NS-Vergangenheit von deutschen Konzernen zu rekonstruieren. Auf der einen Seite bringen Unternehmen dabei selbst Narrative (bspw. in Form von Firmenchroniken) in den Diskurs ein. Auf der anderen Seite wirken

70 Zur Differenzierung vgl. Requate, Öffentlichkeit.

71 Jäger, Diskursive Vergangenheit.

72 Vgl. Landwehr, Diskursanalyse, S. 105 ff. bzw. 110 ff. In der linguistischen Diskursanalyse wird dieser Schritt auch »textueller Kontext« oder »Kotext« genannt. Vgl. Pollak, Diskursanalyse, S. 42.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
vorhandene diskursive Muster auf die Unternehmen zurück, welche sie tradieren bzw. gegen die sie sich abzugrenzen versuchen. Ein spezielles Augenmerk dieser Studie gilt daher den Selbstbeschreibungen und Vergangenheitsdeutungen der Unternehmen bzw. ihrer Angehörigen, um die Sagbarkeitsregeln des Diskurses über die NS-Vergangenheit deutscher Konzern zu ergründen. Als zentrales Element der diskursiven Umsetzung und Vermittlung bestimmter Perspektiven erweist sich dabei in allen Zeitphasen die Jubiläumsschrift. Hier finden sich die dominanten Themen und Perspektiven sowie ihre typischen sprachlich-rhetorischen Realisierungen. Hier drückt sich die Konstruktion von Rollenstereotypen zu Akteuren und Akteursgruppen aus. Ebenfalls in ihrer graphischen Gestaltung und Bildsemantik lassen die Festschriften erhellende Rückschlüsse zu. Für die fünfziger Jahre lässt sich so beispielsweise zeigen, dass der Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit nicht auf einem generellen Ausblenden oder Verschweigen ihrer NS-Zeit basiert, sondern auf der diskursiven Konstruktion bestimmter Kausalzusammenhänge, auf der Relativierung bestimmter historischer Ereignisse und auf der Forcierung bestimmter Deutungen. Anhand von Unternehmenspublikationen wie Jubiläumsschriften lassen sich darüber hinaus die unternehmerischen Narrative, Geschichtsbilder und Interpretationsmuster auch in ihrer zeitlichen Veränderung aufschlussreich untersuchen. Nicht zuletzt können die von den Unternehmen selbst verfassten Eigennarrative mit den wissenschaftlichen Narrativen der akademischen Unternehmensgeschichtsschreibung abgeglichen werden, deren Status über die vergangenen Jahrzehnte von unterschiedlichen Graden der affirmativen Nähe bzw. kritischen Distanz zu ihrem Gegenstand geprägt gewesen ist.

Trotz des primären Fokus dieser Studie auf die Vergangenheitsdiskurse zur unternehmerischen NS-Zeit, ist es ein dezidiertes Ziel dieser Arbeit, die Akteure dieser Diskurse nicht aus den Augen zu verlieren. In Anlehnung an eine viel zitierte Formulierung von Karl Marx über das komplexe Wechselverhältnis von Individuen und ihrer Umwelt ließe sich salopp feststellen, dass zwar auch Unternehmen ihre eigene Geschichte »machen«, dies jedoch »unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.«[73] In diesem Sinne wird in dieser Arbeit das Verhältnis von Diskurs und Akteur stets mitreflektiert werden. Weder werden ausschließlich die Strukturen und Regeln der Diskurse überbetont, was die Vorstellung von autonomen Subjekten komplett negieren würde, noch werden alleinig die Akteure mit ihren vermeintlich bewussten und intentionalen Strategien für das historische Geschehen verantwortlich gemacht.[74] Diese analytische Mittelposition folgt der Überlegung, dass die Vergangenheitsbearbeitung sozialer Gruppen weniger von den stra-

73 Vgl. Marx, Brumaire, S. 1.
74 Vgl. Sarasin, Diskursanalyse, S. 159-162.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
tegischen Handlungen ihrer Mitglieder geprägt ist, als sich vielmehr an den »sinnweltlichen Normalitätsstandards ihrer Zeit« ausrichtet.[75]

Insbesondere für Unternehmen und mehr noch für Großkonzerne stellt sich die Frage, was diese wirtschaftlichen Akteure von anderen öffentlichen Diskursteilnehmern unterscheidet – ja, noch allgemeiner gefragt, was ist überhaupt ein Unternehmen und wer handelt hier? An dieser Stelle ist auf Überlegungen der jüngeren Wirtschaftsgeschichte zurückzugreifen. Der klassischen Definition von Erich Gutenberg zufolge sind Unternehmen spezielle Betriebsformen im marktwirtschaftlichen System, die sich durch das Streben nach Gewinnmaximierung, Privateigentum und autonomes wirtschaftliches Handeln auszeichnen. In diesem Sinne werden in der gängigen Betriebswirtschaftslehre Unternehmen als »zweckgebundene Organisationen« oder »funktionale Organisationen« verstanden, die zur Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen auf anonymen Märkten existieren.[76] Dabei sind sich Neoklassik und Neue Institutionenökonomie ähnlich in der Auffassung von der intentionalen Steuerbarkeit von Unternehmen auf Grundlage ökonomisch-rationaler Entscheidungen – eine Auffassung, die auch in der älteren makroökonomisch orientierten Wirtschaftsgeschichte lange Zeit geteilt wurde und historischen Wandel und entscheidende Innovation dem Unternehmer als »schöpferischen Zerstörer« (Josef Schumpeter) zuschrieb.[77] Dagegen betont die jüngere, mikroökonomisch orientierte Wirtschaftsgeschichte die kontingente, singuläre Entwicklung von Unternehmen sowie ihre internen Austausch- und Verhandlungsprozesse.[78] Unternehmen sind demnach keine »trivialen Maschinen« und keine homogenen Akteure, sondern komplexe »Aushandlungsarenen« – die Vorstellung von Unternehmen als »ökonomisch-funktionale Organisationen« wird somit ergänzt durch den Blick auf Unternehmen als »soziale Organisationen«, in denen Entscheidungssequenzen organisiert werden, um Güter und Dienstleistungen in spezifischen Formen der sozialen Arbeitsteilung zu produzieren. Daher gelte es im Kern jeder Beschäftigung mit Unternehmen, so der Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe, die »Binnenperspektive« von Unternehmen zu untersuchen, das heißt die organisationsinternen Entscheidungsprozesse zu analysieren, wie aus intern aufbereiteten Umweltreizen Entscheidungen entstehen.[79]

75 Vgl. Sabrow, Unbehagen.
76 Vgl. Domschke/Scholl, Betriebswirtschaftslehre, S. 5.
77 Zur Betonung der Bedeutung des Managers, der formalen Organisationskriterien und der rationalen Steuerbarkeit in der Unternehmensentwicklung vgl. die einflussreichen Klassiker der amerikanischen Business History, etwa Chandler, Strategy and Structure; Chandler, Visible Hand, Chandler, Scale and Scope. Für einen Überblick vgl. Erker, Aufbruch, S. 322 f.; W. Plumpe, Unternehmen, S. 62 f.
78 Vgl. W. Plumpe, Unwahrscheinlichkeit, S. 146-154; ebenso W. Plumpe, Unternehmen.
79 W. Plumpe, Unternehmensgeschichte, S. 411 bzw. 422.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Der wichtigste Zweck von Unternehmen ist ihre Bestandserhaltung und Existenzsicherung. Oder wie es Plumpe vor dem Hintergrund formuliert, dass Unternehmen nicht nicht-entscheiden können: »Unternehmensorganisationen erfüllen genau den Zweck, bestandserhaltene Entscheidungen durch routinisierte Erwartungsbildung zu ermöglichen.« Er kritisiert daher unternehmenshistorische Untersuchungen, die den persönlichen Motiven der am Entscheidungsprozess beteiligten Akteure zu viel Aufmerksamkeit schenken und die spezifischen Eigenarten von Unternehmen als Organisationen aus den Augen verlieren. Plumpe betont dagegen, die organisationsbedingten Prozesse der Erwartungsbildung zu untersuchen, die zur Entscheidungsfindung von Unternehmen geführt haben.[80] Entscheidungssituationen und Entscheidungsprozesse in Unternehmen sind daher laut Plumpe unabhängig von der Motivation der Unternehmensangehörigen zu untersuchen, die das komplexe Zusammenspiel der Organisationsteile auf die voluntaristischen Akte einiger weniger reduzieren.[81] Diese Überlegungen seien an dieser Stelle dargelegt, um nicht die gängige Selbstwahrnehmung vieler Unternehmensleitungen zu reproduzieren, starke »Herren« im Vorstand würden stets auf der Grundlage objektiver Daten rationale Entscheidungen treffen, die einer Top-Down-Logik folgend durch die Unternehmenshierarchie exekutiert werden würden. Ebenfalls beugt diese Perspektivenverschiebung einer Anthropomorphisierung des Unternehmens vor, die komplexe, funktional ausdifferenzierte Organisation als ein homogenes Subjekt misszuverstehen. Gleichermaßen muss allerdings auch eingewandt werden, dass es für einen unternehmenshistorischen Zugriff aufgrund der verfügbaren Quellen äußerst schwierig ist, mehr als nur die Spitzenebene eines Unternehmens abzubilden.

Die Beschäftigung mit der eigenen Unternehmensgeschichte kann für Unternehmen durchaus existentiell sein und hat mitunter einen sehr realen ökonomischen Kern. Das lässt sich nicht nur mit einem schnellen Blick auf die unmittelbare Nachkriegszeit zeigen, als vielen Unternehmen im Rahmen der alliierten Politik die Zerschlagung drohte. Auch für viele Unternehmensangehörige waren die Jahre nach dem Krieg existenzbedrohend, da sie ihre eigene individuelle Biographie vor dem Hintergrund der kollektiven Vergangenheit des Unternehmens rechtfertigen mussten. Aus der direkten Bedrohung wurde in den späteren Phasen der Bundesrepublik ein indirektes Risiko. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit war keine Sonntagsfrage, sondern musste von den Unternehmen weiterhin in Gerichtssälen verteidigt und durch die zunehmende moralische Aufladung in der medialen Öffentlichkeit ausgefochten werden. Der bereits angesprochene Streit um die Zwangsarbeiterentschädigung ab den achtziger Jahren ist das augenfälligste Beispiel der komplexen Verknüpfung von ökonomischen Interessen und moralischen Werten.

80 W. Plumpe, Unternehmen, S. 260.
81 W. Plumpe, Unwahrscheinlichkeit, S. 154.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Der Umgang mit der NS-Vergangenheit ist in diesem Sinne stets eine Infragestellung des Selbstverständnisses der Unternehmensangehörigen und der Unternehmensidentität gewesen. Unternehmensidentität kann dabei trotz aller Kritik am Identitätsbegriff als diffuses »Plastikwort« durchaus als eine spezifische Form der kollektiven Identität und damit als Teilidentität begriffen werden, die nicht von einer bereits gegebenen Übereinstimmung zwischen Individuum und Kollektiv ausgeht, sondern vielmehr »die Entstehung von kollektiver Identität aus der Kommunikation und dem Selbstbild der Beteiligten beobachtet«.[82] Unternehmen werden mit solchen kulturtheoretischen Ansätzen als »Sinndeutungsgemeinschaften« fassbar, die von der »permanenten Auseinandersetzung um das kollektive Selbstverständnis der Beteiligten auf allen Ebenen der Unternehmenshierarchie« geprägt sind.[83] Ein Unternehmen ist eben nicht nur ein »durch Verträge und Interessen, Herrschaft und Abhängigkeiten zusammengehaltenes Sozialsystem, sondern auch eine Kultur, deren Angehörige durch gemeinsame Überzeugungen, Einstellungen, Gewohnheiten und Wirklichkeitsinterpretationen verbunden sind, unterstützt von gemeinsamen Symbolen und Ritualen.«[84] In diesem Sinne spielt »Unternehmenskultur« eine wichtige Rolle als »gemeinsame Konstruktion von Sinn«, die »von einem Kollektiv getragen [wird], das die Sinnhaftigkeit dieser partiellen Welt als objektiv erfährt und beständig neu schafft.«[85] »Unternehmenskultur« umfasst dabei das »Ensemble aller Praktiken in einer ökonomischen Institution, bei denen die Beteiligten […] auf diejenigen Bedeutungsmuster und Sinninhalte handlungsleitend rekurrieren, die für den Typ der Organisation spezifisch sind« – und zwar unabhängig davon, ob dies »bewusst oder nicht, zielgerichtet, konsensorientiert oder konfliktschürend« geschieht.[86] Zu einem solch umfassenden Verständnis von Unternehmenskultur, das mehr als ein »von oben« verordnetes Managementkonzept ist,[87] gehört auch der Umgang mit und die Deutung von der Vergangenheit des Unternehmens. Aus historischer Perspektive gilt es dabei, Unternehmenskultur »als Ergebnis historisch-kontingenter Prozesse und eben nicht planvoller Handlungs- und Steuerungsleistungen« zu begreifen, um nach den jeweiligen zeitlichen formellen und informellen Normenvorstellungen zu fragen, die sich Unternehmen in zu erklärenden Prozessen aneigneten, mit ihren eigenen Funktionslogiken abglichen und

82 Vgl. für diese Überlegung Ahrens, Dresdner Bank, S. 5. Zur Frage der Unternehmenskultur bzw. -identität vgl. Nieberding/Wischermann, Unternehmensgeschichte; Wischermann u. a., Unternehmenskommunikation. Zur Kritik am Identitätsbegriff vgl. Doßmann/Niethammer, Identität.

83 Wischermann, Unternehmensgeschichte, S. 40.

84 Kocka, Unternehmenskultur, S. 23.

85 Nieberding/Wischermann, Unternehmensgeschichte, S. 42.

86 Wellskopp, Unternehmenskulturen, S. 272.

87 Zur Kritik am BWL-Verständnis von Unternehmenskultur im engeren Sinne als Managementkonzept vgl. ebd., S. 267 f. Beispielhaft für einen betriebswirtschaftlich-typologisierenden Ansatz vgl. Schreyögg, Unternehmenskultur.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
intern umsetzten.[88] Für den Umgang mit der NS-Vergangenheit von Unternehmen bedeutet das, die unterschiedlichen Aushandlungsprozesse zwischen den Unternehmensbeteiligten zu untersuchen und die ggf. unterschiedlichen Geschichtsbilder gegeneinander abzugleichen. Wenn daher im Folgenden offizielle Texte (wie Firmenchroniken), Rituale (wie Jubiläumsfeiern) und Symbole (wie Markenzeichen) als Versuche des Vergangenheitsbezugs und der Identitätskonstruktion interpretiert werden, die Legitimität nach innen und außen zu vermitteln suchen, dann immer unter dem Vorbehalt, dass sie umstritten gewesen sind und nicht zwangsläufig für alle Unternehmensangehörigen gleichermaßen stehen. Das bedeutetet wiederum nicht, dass Unternehmensleitungen nicht gerade diese Fiktion eines kollektiv-normativen Vergangenheitsbezugs aufrechtzuerhalten suchen: So wie individuelle Biographien Zäsuren und Brüche in die Narrative ihrer Lebensgeschichten einbetten,[89] so können auch offizielle Unternehmensgeschichten als Versuche gesehen werden, einer kollektiven Vergangenheit eine Form zu geben und sie mithilfe unterschiedlicher Artefakte, Symbole und Rituale zu verobjektivieren. Unternehmensarchive wären in diesem Sinne die Speicher, über deren Zugriffsrechte die Unternehmensleitung ebenso verfügt, wie sie über die Interpretation und Auslegung ihrer Quellen zu wachen versucht.

In diesem Zusammenhang seien abschließend noch zwei Begriffe diskutiert, die für diese Arbeit wichtige Verständnisfelder abstecken und gleichwohl einen prekären Status haben, da sie sowohl als publizistische Streit- bzw. Affirmationsvokabeln gebraucht als auch als Forschungskonzepte genutzt werden. Zum einen betrifft das den Begriff »Geschichtspolitik«, der im Sinne einer politischen Indienstnahme von Geschichte zu einem der wichtigsten übergreifenden Forschungsbegriffe für den Umgang mit der NS-Vergangenheit nach 1945 geworden ist.[90] Wenngleich die Begriffe »Erinnerungspolitik«, »Geschichtspolitik« und »Vergangenheitspolitik« in der Forschungsliteratur zum Teil unscharf bzw. synonym gebraucht werden, so ist für diese Arbeit ein eher von der politischen Zeitgeschichte geprägtes Verständnis von »Geschichtspolitik« von Interesse. Der Begriff »Vergangenheitspolitik« ist von Norbert Frei geprägt worden, der damit ein Bündel von politisch-juristischen Maßnahmen der »Amnestie, Integration und Abgrenzung« beschreibt, die den Umgang mit dem institutionellen und personellen Erbe der NS-Zeit in den unmittelbaren Nachkriegsjahren und der jungen Bundesrepublik nachhaltig beeinflussten.[91] In Abgrenzung zur »Vergangenheitspolitik«, die einen bestimmten kurzen Zeitabschnitt des Umbruchs und der Konsolidierung beschreibt, hat Edgar Wolfrum den Begriff »Geschichtspolitik« als offene Analysekategorie des

88 Petzina/W. Plumpe, Unternehmenskultur, S. 16 bzw. 18.

89 Zur Konvergenz von Erzählstrukturen, individueller bzw. lebensgeschichtlicher Sinnkonstruktion und gesellschaftlicher Vergangenheitskonstruktion vgl. Markus, Schreiben.

90 Vgl. bspw. Reichel, Politik; Wolfrum, Geschichtspolitik; Schmid, Geschichtspolitik.

91 Frei, Vergangenheitspolitik.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
öffentlich-symbolischen Umgangs mit Geschichte geprägt und konzeptionell präzisiert. Wolfrum versteht unter »Geschichtspolitik« ein »Handlungs- und Politikfeld, auf dem verschiedene Akteure Geschichte mit ihren spezifischen Interessen befrachten und politisch zu nutzen versuchen.« Wenn dabei »konkurrierende Deutungseliten [wie] Politiker, Journalisten, Intellektuelle und Wissenschaftler, die Geschichtskultur erzeugen und prägen«, gilt Wolfrums Fokus insbesondere den politischen Eliten und der Frage, »wie, durch wen, warum, mit welchen Mitteln, welcher Absicht und welcher Wirkung Erfahrungen mit der Vergangenheit thematisiert und politisch relevant werden.«[92] Im Hinblick auf die moderne Massendemokratie interessiert ihn, wie politisches Handeln im demokratischen Meinungs- und Entscheidungsbildungsprozess durch die Instrumentalisierung von Geschichte legitimiert und Öffentlichkeit mittels Geschichte mobilisiert und polarisiert wird: »Bei Geschichtspolitik handelt es sich um einen öffentlichen und massenmedial vermittelten Prozess, in dem sichtbar Kräfte und Gegenkräfte am Werk sind und um die Hegemonie von Diskursen und Deutungsmustern ringen.«[93] Ein besonderes Augenmerk gilt dabei dem Spannungsverhältnis von Wissenschaft und Politik zwischen »Objektivität und Parteilichkeit, Engagement und Distanz«. Während Geschichtspolitik dabei aus der politischen Sphäre heraus als »Indienstnahme von Geschichte zur Beeinflussung von Gegenwartsdebatten und ihren politischen Konsequenzen« gedacht werden kann, impliziert Geschichtspolitik vom Historischen her den »Problemzusammenhang, dass [… historische] Gesamturteile und Geschichtsbilder stets öffentliche Angelegenheiten betreffen […und] damit unabweislich politische Implikationen« transportieren.[94] Harald Schmid hat diese konzeptionelle Begriffsbildung weiter differenziert und fünf Kernbereiche von Geschichtspolitik skizziert: Neben Formen, Inhalten, Funktionen und normativen Kontexten ist insbesondere die Kategorie der Akteure für diese Arbeit interessant. Schmid unterscheidet hier hauptsächlich in Politiker, die Geschichtsbilder instrumentalisieren, Medien, die diese und eigene Geschichtsbilder verbreiten, und schließlich Historiker, die (im Idealfall) für die Systematisierung und Objektivierung des Vergangenheitswissens zuständig sind.[95] Wenn nun aus dieser Perspektive Geschichte ein Produkt gesellschaftlicher Deutungskämpfe ist, so stellt sich vor dem Hintergrund des oben skizzierten Problemhorizonts zur Geschichtskultur die Frage, ob nicht auch Unternehmen Geschichtspolitik als Handlungsfeld nutzen und in der öffentlichen Auseinandersetzung um Vergangenheiten gezielte Strategien im Umgang mit der eigenen Vergangenheit entwickeln.[96]

92 Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 25 f.
93 Ebd., S. 28.
94 Ebd., S. 29-30.
95 Vgl. Schmid, Forschungskonzept, S. 72-74.
96 Zur Diskussion der potentiellen Akteure vgl. auch Fröhlich/Heinrich, Geschichtspolitik.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Der zweite wichtige Begriff für diese Arbeit ist »Erinnerungskultur« bzw. »Geschichtskultur«. Der Begriff »Erinnerungskultur« hat in den neunziger Jahren zunächst eine steile Karriere zum »Leitbegriff der modernen Kulturgeschichtsschreibung« erfahren, unter dem formal »alle denkbaren Formen der bewussten Erinnerung an historische Ereignisse, Persönlichkeiten und Prozesse […], seien sie ästhetischer, politischer oder kognitiver Natur« subsumiert werden können.[97] In diesem breiten Verständnis von »Erinnerungskultur«, die alle »Repräsentationsmodi von Geschichte« umfasst, sind die Träger dieser Kultur Individuen, soziale Gruppen bis hin zu Nationen.[98] Da der Begriff »Erinnerungskultur« auf den »funktionalen Gebrauch der Vergangenheit für gegenwärtige Zwecke, für die Formierung einer historisch begründeten Identität«[99] abhebt, liegt ein Fokus insbesondere auf den Verhaltens- und Umgangsformen einer Gesellschaftsformation oder Gruppe als Erinnerungsgemeinschaft, die ein kollektiv geteiltes Wissen über die Vergangenheit abruft oder neu konstituiert. Die Kontext- und Gruppenbindung bedingen dabei sowohl die Pluralität als auch das Konfliktpotential einer Erinnerungskultur. Je nach Untersuchungsebene lassen sich demnach unterschiedliche Akteure im Rahmen der Erinnerungskultur in den Blick nehmen, wobei sich die Erinnerungskultur eben durch ihre Heterogenität auszeichnet und Begriffe wie »Erinnerungs-« oder »Geschichtspolitik« eher Teilaspekte von »Erinnerungskultur« beschreiben.

In jüngster Zeit mehren sich die kritischen Stimmen, die für einen bewussten Abschied vom Erinnerungsparadigma plädieren, weil der »Gedächtnis«-Begriff im Allgemeinen und der Begriff »Erinnerungskultur« für seine wissenschaftliche Anwendung inzwischen inhaltlich überfrachtet sei bzw. aus seinem Entstehungskontext der neunziger Jahre immer stärker für geschichts- und identitätspolitische Interessen instrumentalisiert worden sei.[100] Nachvollziehbar ist dabei, dass der »Gedächtnis«-Begriff nicht nur seine wissenschaftliche Strahlkraft, sondern auch seine tiefe alltagssprachliche Durchdringung in den neunziger Jahren je mehr in Deutschland entwickeln konnte, desto zentraler der Holocaust und die nationalsozialistische Vergangenheit zum identifikatorischen bundesdeutschen Bezugspunkt geworden sind und gleichzeitig unter dem Topos »Abschied von den Zeitzeugen« die Frage nach der Überführung der erfahrungsgeschichtlichen Perspektive immer dringlicher wahrgenommen wurde.[101] Wenn nun auf der einen Seite beklagt wird, dass »Erinnerung« im

97 Cornelißen, Erinnerungskultur, S. 548.

98 Ebd., S. 1. Für ein Verständnis von Erinnerungskultur im engeren Sinne, das die professionelle Fachhistorie außerhalb der Erinnerungskultur verortet, vgl. Hockerts, Zugänge, S. 17-30.

99 Cornelißen, Erinnerungskultur, S. 1.

100 Vgl. Knigge, Zukunft; Frölich u. a., Unbehagen; A. Assmann, Unbehagen.

101 Als weitere Faktoren für den »Gedächtnis«-Boom der neunziger Jahre können der rasante Medienwandel und die postmoderne Theoriebildung genannt werden. Zudem ermöglichte das Ende des »Kalten Krieges« anderen (zumeist ost-)europäischen

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
öffentlichen Diskurs zunehmend als »moralisch aufgeladene, eher diffuse Pathosformel«[102] gebraucht werde, dann scheint es auf der anderen Seite gute Argumente dafür zu geben, das Forschungsparadigma »Gedächtnis« nicht gänzlich fallen zu lassen, sondern das analytische Potential der Kategorien zu schärfen und eine differenzierte Anwendung zu reflektieren.[103] Für diese Arbeit soll jedoch »Erinnerungskultur« ausschließlich als Zeitbegriff gebraucht werden, der seit den neunziger Jahren von Akteuren in Politik, Geschichtspraxis und künstlerischen Bereichen aufgegriffen wurde, um einen qualitativen Unterschied im Umgang mit der NS-Vergangenheit zu den vorangegangenen Jahrzehnten zu markieren. »Erinnerungskultur« wird daher im Folgenden als konsensuelles, emotional-affirmatives Schlagwort des Vergangenheitsdiskurses der Gegenwart verstanden, die immer »mehr Teil des Problems [ist], als dessen Lösung sie auftritt«.[104] Im Gegensatz dazu wird in dieser Arbeit der geschichtspolitisch weniger aufgeladene Begriff »Geschichtskultur« gebraucht werden, wie er in der Geschichtsdidaktik entwickelt worden ist.[105] Letztlich scheinen »Erinnerungskultur« (im ursprünglich analytischen Sinne) und »Geschichtskultur« gar nicht so weit auseinander zu liegen, zielen beide Begriffe doch grundsätzlich auf den Konstruktionscharakter von Geschichte in der öffentlichen Vergegenwärtigung von Vergangenheit in der Gegenwart ab.[106]

Eine letzte Anmerkung zielt auf die Sensibilisierung für die in den Quellen gebrauchten Begriffe. Der Sprachgebrauch, wie in den jeweiligen Vergangenheitsdiskursen seit 1945 die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bezeichnet worden ist, enthält aufschlussreiche Hinweise auf Deutungsmuster und normative Vorstellungen ihrer Sprecher. Ob »Fertigwerden«, »Bewältigung« oder »Aufarbeitung« der Vergangenheit: »Als Schlagwörter komprimieren sie – je nach Standpunkt – entweder mit positiver semantischer Füllung die Forderung nach einer erfolgreichen, weiteren bzw. ausführlicheren Auseinandersetzung mit der Vergangenheit oder aber negativierend die rigorose Ablehnung einer solchen Aufarbeitung bzw. sie implizieren deren Scheitern, da entweder eine ›Bewältigung‹ der NS-Vergangenheit als nicht möglich betrachtet wurde oder aber ein ›Schlussstrich unter die Vergangenheitsbewältigung‹ gezogen werden solle.«[107] In dieser Arbeit soll daher vom »Umgang« bzw. von der »Auseinandersetzung« mit der Vergangenheit oder von der

Gesellschaften einen neuen Zugriff auf die Vergangenheit jenseits von Ideologie und Dogmen, und verschiedene gesellschaftliche Gruppen beanspruchten Gehör für ihre Geschichte, während sich Politiker und Parlamente mit Kommissionen und Ausschüssen diesen Geschichten zuwandten. Für einen Überblick vgl. Moller, Erinnerung.

102 Knigge, Zukunft, S. 10.

103 Vgl. Lindenberger/Blaive, Zeitgeschichte. Dazu auch Cornelißen, Erinnerungskultur.

104 Schmid, Ungehagen, S. 177.

105 Vgl. Rüsen, Geschichtskultur; Oswalt/Pandel, Geschichtskultur.

106 Vgl. Demantowsky, Zusammenhang; Schönemann, Erinnerungskultur.

107 Eitz/Stötzel, Wörterbuch, S. 616.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
»Vergangenheitsbearbeitung«[108] bzw. »Vergangenheitsvergegenwärtigung«[109] gesprochen werden, um die semantische Sensibilität der Begriffe aufzuzeigen. Gleichzeitig werden die einzelnen Phasen der Auseinandersetzung jedoch, wie in der Gliederung dieser Arbeit ersichtlich, mit den Kampfvokabeln ihrer Zeit gekennzeichnet, um anhand der Begriffe die jeweiligen dominanten Umgangsweisen und ihren markanten Wandel zu verdeutlichen.

Quellen

Den Ausgangsfragen dieser Untersuchung entsprechend wurde ein vielschichtiger Quellenkorpus erstellt und systematisch ausgewertet. Auf der einen Seite lag die Priorität in der Erfassung der ausgewählten Konzerne. Erstens wurde die Vielzahl an Unternehmenspublikationen und von Unternehmensangehörigen öffentlich getätigten Aussagen gesammelt, die sich auf die Geschichte des Unternehmens in der NS-Zeit bezogen. So entstand einer breiter Textkorpus, der von Firmenchroniken und juristischen Plädoyers über Artikel in hauseigenen Zeitschriften oder redaktionellen Beiträgen für Tageszeitungen bis hin zu Jubiläumsreden oder speziell zum NS-Thema veranstalteten Pressekonferenzen reicht. Insbesondere die von Mitarbeitern selbst verfassten oder bei Journalisten in Auftrag gegebenen Unternehmensgeschichten sind wichtige Texte, da sich die Unternehmensleitungen von ihnen Legitimität nach außen und Loyalität von innen versprachen. Grundsätzlich sind alle diese unterschiedlichen Texte auf ihre Argumentationslinien, Erzählbögen und Geschichtsbilder hinsichtlich der NS-Zeit untersucht worden, um in einem weiteren Schritt die semantischen Gemeinsamkeiten der Texte zu speziellen Narrativen zu typologisieren. Zweitens wurde in den jeweiligen Konzernarchiven nach unveröffentlichten Dokumenten recherchiert, die ebenfalls Rückschlüsse auf die geschichtlichen Deutungsmuster der Unternehmensleitungen bzw. ihrer Mitarbeiter zulassen. So geben beispielsweise schriftliche Korrespondenzen oder Gesprächsnotizen Hinweise auf Narrative, die bewusst oder unbewusst im Unternehmen tradiert wurden und den Umgang des Unternehmens mit seiner NS-Vergangenheit prägten. Diese unveröffentlichten Archivalien sind es auch, die im Idealfall den Aushandlungs- und Entscheidungsprozess im Unternehmen nachvollziehbar und die Wahrnehmung der entscheidenden Akteure im Unternehmen rekonstruierbar machen. Das in der Außendarstellung einheitlich wirkende Verhalten eines Unternehmens kann so durch die Binnenperspektive verschiedener Akteure aufschlussreich differenziert werden. Die Recherche hat im Zuge dessen auch einige neue, bislang unbearbeitete Quellen erschließen und auswerten können. Während im Fall der IG Farben die Prozessprotokolle zwar schon seit Jahrzehnten vorliegen, so sind sie doch noch nicht in dem Maße systematisch analysiert worden, wie das für den Krupp- oder Flick-Prozess

108 Nach Feldman, Vergangenheitsbearbeitung.
109 Nach Sabrow, »Erinnerung«.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bereits geschehen ist. Für das Fallbeispiel der Deutschen Bank konnte erstmals auf den Nachlass von Hermann J. Abs zurückgegriffen werden, der bislang nur exklusiv einer wissenschaftlichen Biographie über Abs vorbehalten war. Im Fall von Daimler konnten wiederum erstmals umfangreiche Aktenbestände zur internen Vorbereitung der Zwangsarbeiterentschädigung ausgewertet werden. Hinsichtlich des unveröffentlichten Quellenmaterials ist allerdings eine Einschränkung zu konstatieren. Da die nicht-veröffentlichten Dokumente der Unternehmensarchive in der Regel einer Sperrfrist von dreißig Jahren unterliegen, konnten nur die verfügbaren Archivmaterialien bis Mitte der achtziger Jahre berücksichtigt werden. Dies betrifft insbesondere das vierte Fallbeispiel der Degussa. Dieser Mangel konnte jedoch dadurch kompensiert werden, dass für die neunziger Jahre indirekt über zugängliche Quellen auf die Wahrnehmung der Entscheidungsträger geschlossen wurde. Beispielsweise lassen Pressesammlungen der Unternehmen durch ihre Verteiler- und Sammelkriterien bzw. -zeitpunkte Rückschlüsse auf die Sensibilität der Unternehmensebenen gegenüber NS-Themen zu. Zudem wurde eine Vielzahl an Personeninterviews durchgeführt, um Anhaltspunkte für die unternehmensinternen Entscheidungs- und Diskussionsprozesse zu erlangen. Hinsichtlich der durchgeführten Interviews sei unterstrichen, dass die Interviews nicht als Primärquellen analysiert wurden. Einige der Interviewpartner haben sich inzwischen schon mehrfach zu den Themen öffentlich geäußert – dementsprechend haben sich bei ihnen bisweilen Darstellungsweisen und Erinnerungsmuster etabliert, die mitunter mehr über die Gegenwart des Sprechers als über die miterlebte Vergangenheit ausdrücken. Die Grenze zwischen Gewesenem und Gewünschtem bleibt bisweilen diffus. Nichtsdestotrotz haben die mündlichen und schriftlichen Auskünfte hilfreiche Hinweise gegeben und das recherchierte Quellenmaterial kontextualisiert.

Jenseits der Unternehmen beinhaltet der Quellenkorpus dieser Arbeit jene Texte, die Aufschluss über die größeren Vergangenheitsdiskurse geben, die den unternehmerischen Umgang mit der NS-Zeit kontextualisieren. Zu diesen Diskursen gehören ästhetische Zeugnisse der künstlerischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit von Unternehmen: Im Fall der IG Farben sind das zum Beispiel Filme wie die DEFA-Produktion *Der Rat der Götter* oder Romane wie *Bei IG Farben*. Dazu zählen ebenfalls wie oben angedeutet die politischen Verlautbarungen zum Komplex Wirtschaft im Nationalsozialismus wie ausgewählte Bundestagsdrucksachen und -reden. Wichtige Diskurselemente lassen sich durch Archivalien der politischen Zeitgeschichte abbilden, beispielsweise in den Prozessakten der Nürnberger Nachfolgeprozesse (National Archives, USA), der alliierten Wirtschaftspolitik (Bundesarchiv Koblenz) oder den geschichtspolitischen Kampagnen der SED (BStU Berlin). Nicht zuletzt wurden große deutsche Tageszeitungen, verschiedene historische oder juristische Fachzeitschriften sowie zeitgenössisches Schriftgut ausgewertet, um die öffentliche Debatte um die NS-Zeit deutscher Konzerne abbilden zu können. Die Selbstbeschreibungen deutscher Unternehmen treten durch ihre Situierung in den

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
jeweiligen Vergangenheitsdiskursen umso deutlicher hervor, als dass sie nicht selten auf andere Fremdbeschreibungen, um nicht zu sagen Anklagen und Vorwürfe reagierten. Zu den prägnantesten unternehmerischen Narrativen im Diskurs um die NS-Zeit deutscher Konzerne gibt es immer auch Gegennarrative (zum Beispiel die der alliierten Besatzungsbehörden in der Nachkriegszeit, der studentischen Protestbewegung in den sechziger Jahren oder der Vertreter der ehemaligen Zwangsarbeiter in den neunziger Jahren), die es miteinander abzugleichen und in Beziehung zueinander zu setzen gilt.

Einen speziellen Quellenbestand stellt für diese Arbeit nicht zuletzt die ausgewählte Forschungsliteratur der akademischen Unternehmensgeschichte dar. Die ersten wissenschaftlichen Arbeiten zur Firmengeschichte in der Bundesrepublik waren in großen Teilen noch von einer Nähe zu den Unternehmen geprägt, die sich mitunter in unkritischer Affirmation zum Gegenstand und in Einzelfällen in finanzieller Abhängigkeit ausdrückte. Auch wenn die sich langsam institutionalisierende Unternehmensgeschichte über die Jahrzehnte mehr und mehr kritische Distanz zu den Unternehmen gewann, so macht doch der Umstand, dass eine Vielzahl an wissenschaftlichen Arbeiten im Kontext des Booms der NS-Unternehmensgeschichte entstand und mitunter von den Unternehmen selbst initiiert wurde, Forschungsarbeiten zu einem wichtigen, zu historisierenden Gegenstand. Damit soll den Arbeiten der Auftragsforschung jedoch nicht von vorneherein mangelnde Unabhängigkeit und damit fehlende wissenschaftliche Redlichkeit unterstellt werden. Die wissenschaftlichen Texte können zum einen in die längeren Linien der Historiographiegeschichte eingeordnet und damit selbst als Narrative begriffen werden, die bestimmte Geschichtsbilder und Argumentationsfiguren sowohl prägten als auch reproduzierten. Zum anderen sind die wissenschaftlichen Texte eine interessante Folie, vor der die nachfolgenden Publikationen und Aussagen der ausgewählten Konzerne betrachtet werden können, um zu überprüfen, ob und wie die wissenschaftlichen Texte auf die Narrative der Konzerne zurückgewirkt haben. Damit wird nicht zuletzt die Wechselwirkung zwischen wissenschaftlicher und konzerneigener Unternehmensgeschichte untersucht. Hier beschränkt sich die vorliegende Untersuchung jedoch vorwiegend auf jene wissenschaftlichen Arbeiten, die im Zusammenhang mit den ausgewählten vier Fallbeispielen entstanden.

Abschließend sei an dieser Stelle festgehalten, dass alle im Rechercheprozess angeschriebenen Unternehmen im Großen und Ganzen aufgeschlossen reagierten. Insbesondere auf der Ebene der Archive waren die Unternehmensmitarbeiter sehr hilfreich bei dem Versuch, der Unternehmensnarrative in materieller Form habhaft zu werden. Die positive Resonanz mag sicherlich daran liegen, dass sich diese Studie auf eben jene Großkonzerne konzentriert, die bereits im Fokus der öffentlichen Kritik gestanden haben und nicht zuletzt stolz auf den Wandel im Umgang mit der eigenen Geschichte sind. Wären die Anfragen an kleinere bzw. mittelständische Unternehmen gegangen, wären die Antworten nicht nur aufgrund der oftmals wenig professionell geführten

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bzw. gar nicht vorhandenen Archive sicherlich spärlicher ausgefallen. Die Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und erst recht mit der NS-Zeit ist bei allem geschichtskulturellen Wandel der Gegenwart kein Automatismus in den Unternehmen. In jenen Branchen und in jenen kleinen Unternehmen, die noch nicht Gegenstand öffentlicher Aufmerksamkeit oder gar medialer Skandalisierung gewesen sind, ist die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit oftmals überhaupt kein Thema. Das gilt auch immer noch für einige große Familienunternehmen bzw. Konzerne, die primär von Familien geführt werden, auch wenn sich jüngst auch in diesen Kreisen ein Wandel bemerkbar macht.[110] Somit ist der Umstand, dass nahezu alle Großkonzerne gegenüber den Rechercheanfragen dieser Arbeit positiv gegenüberstanden, nicht zuletzt ein sprechendes Indiz für einen Prozess, den diese Arbeit in seiner Entwicklung untersucht und der gleichsam die Aktualität, aber auch die Begrenztheit dieses Forschungsvorhabens unterstreicht.

Aufbau der Arbeit

Der Aufbau der vorliegenden Arbeit orientiert sich an wichtigen Zäsuren und Wendepunkten im Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit, wobei in jedem der vier Kapitel jeweils ein Unternehmen paradigmatisch im Zentrum der Untersuchung steht. Die Konzerne IG Farben bzw. Bayer, Deutsche Bank, Daimler-Benz und Degussa bilden somit vier spezifische Fallbeispiele für die entsprechenden Phasen der Geschichte des unternehmerischen NS-Vergangenheitsdiskurses ab. Die vier Kapitel sind wiederum systematisch nach den drei oben erörterten Untersuchungsfragen gegliedert. Jedes Kapitel wird eingeleitet durch einen Überblick über den geschichtskulturellen und geschichtspolitischen Kontext des jeweiligen Zeitabschnitts. Im Hauptteil wird dann eines der vier Unternehmen exemplarisch und vertiefend auf seine Umgangsstrategien und Deutungsmuster untersucht, ohne dass die anderen drei Vergleichsunternehmen völlig aus dem Fokus geraten. Jedes Kapitel wird schließlich abgerundet durch einen Blick auf die generelle Unternehmensgeschichtsschreibung, ihre Entwicklung und ihre Rolle im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne.

Das erste Kapitel konzentriert sich auf die unmittelbare Nachkriegszeit, die erste von den Alliierten forcierte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die frühen Selbstbehauptungsversuche deutscher Unternehmen. Hier stehen die Nürnberger Prozesse und insbesondere das Verfahren gegen die Direktoren der IG Farben im Mittelpunkt. Die im IG Farben-Prozess herausgebildeten Anklage- und Verteidigungsnarrative sowie die Rezeption des Gerichtsurteils werden bis in die fünfziger Jahre nachvollzogen, in denen sie den Diskurs um die NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen weiterhin prägten. Verschiedene Konfliktfelder werden zudem skizziert, in denen Un-

110 Vgl. bspw. Scholtyseck, Quandts; Finger u. a., Dr. Oetker.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ternehmen wie Bayer begannen, die Firmenvergangenheit auszudeuten und funktional einzusetzen. Vor diesem Hintergrund wird der Fokus in einem letzten Abschnitt vergrößert und auf die Anfänge der Firmengeschichtsschreibung der unmittelbaren Nachkriegszeit gerichtet, die zwischen Werbung und Wissenschaft changierte.

Im zweiten Kapitel werden die beginnenden geschichtskulturellen Veränderungen der »langen sechziger Jahre« mit dem Entlastungsdiskurs deutscher Unternehmen abgeglichen. Als wichtiger Faktor werden die vergangenheitspolitischen Kampagnen der SED untersucht, die in den Bereichen Politik, Verwaltung und Justiz die bundesrepublikanischen Eliten unter Druck setzten. Inwieweit sich die staatlich gelenkte Geschichtspropaganda auch auf den Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit auswirkte, wird primär am Beispiel der Deutschen Bank untersucht. Der Prozess »Abs, Deutsche Bank vs. Czichon« wird dabei als paradigmatischer Fall analysiert, wie der Kalte Krieg und der antagonistische Systemwettstreit die Auseinandersetzung um die NS-Zeit deutscher Konzerne überformte und die Deutungsmuster – im Gerichtssaal und in der Öffentlichkeit – prägte. Als Konsequenz des Gerichtsverfahrens werden am Ende des Kapitels die Institutionalisierung der westdeutschen Unternehmensgeschichtsschreibung beleuchtet und die gängigen Narrative in den Unternehmenspublikationen der sechziger und siebziger Jahre verglichen.

Der beginnende Paradigmenwandel im Umgang deutscher Konzerne mit der NS-Vergangenheit in den achtziger Jahren ist Gegenstand des dritten Kapitels. Im Kontext des polarisierenden, öffentlichen Streits über den Umgang mit dem Nationalsozialismus und der geschichtskulturellen Transformationsphase von einer vergangenheitsabschließenden zu einer vergangenheitsbewahrenden Perspektive wird Daimler-Benz als eines der ersten Unternehmen untersucht, das von den über Jahrzehnte etablierten Verhaltens- und Deutungsmustern abwich. Dabei werden insbesondere die unternehmenskulturellen Faktoren, aber auch die Rolle der neuen sozialen Bewegungen, ihre Gegennarrative und der Einfluss der Öffentlichkeit analysiert. Im Kernkonfliktthema Zwangsarbeit wird zudem die besondere Bedeutung der Auftragsforschung und eine neue Form der Symbolpolitik herausgearbeitet, die für weitere Konzerne in späteren Phasen prägend werden sollte. Der letzte Abschnitt konzentriert sich wiederum auf die Unternehmenspublikationen jenseits von Daimler-Benz und fragt anhand der Firmenjubiläen der achtziger Jahre nach fortwährenden Kontinuitäten und den Mechanismen der öffentlichen Skandalisierung.

Das vierte Kapitel verfolgt den sich in den neunziger Jahren durchsetzenden geschichtskulturellen Trend zu einer weitestgehend konsensuellen, opferzentrierten Erinnerungskultur und den Aufstieg des Erinnerungsgebots zur identitätsstiftenden Struktur des deutschen Vergangenheitsdiskurses, an den letztlich auch das Gros der deutschen Großunternehmen Anschluss suchte und fand. Am Beispiel der Degussa wird der Frage nachgegangen, inwieweit Unternehmen sich an die neuen geschichtskulturellen Rahmenbedingungen anpassten

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
und dabei prägende vergangenheitspolitische Kontroversen der späten neunziger Jahre auch auf die Unternehmenskultur der Degussa zurückwirkten. Vor dem Hintergrund der Raubgold-Debatte und der Diskussion um Zwangsarbeiterentschädigung werden zwei Verhaltensweisen – die Vergabe von Forschungsaufträgen und die Beteiligung an der Stiftungslösung – analysiert, mittels derer nicht nur die Degussa, sondern nun auch die Mehrzahl der deutschen Großunternehmen die öffentliche Diskussion zu beschwichtigen und den drohenden Imageverlust mit entsprechend ökonomischen Konsequenzen abzuwenden versuchten. Inwieweit die in Auftrag gegebenen Forschungsarbeiten auf die Selbstbilder und Eigendarstellungen der Unternehmen zurückwirkten, wird im letzten Abschnitt des Kapitels dargelegt.

Zum Aufbau der Arbeit sei zum Schluss bemerkt, dass auf eine einführende Darstellung der Wirtschaft im Nationalsozialismus nach dem neusten Forschungsstand bewusst verzichtet worden ist, um den Eindruck eines eigenen *master narrative* zu vermeiden. Vielmehr gilt es, wie bereits betont, in den einzelnen Kapiteln der Arbeit die unterschiedlichen Deutungsmuster in ihren jeweiligen Zeitabschnitten nach 1945 in ihrer Entwicklung nachzuvollziehen. Dazu gehören sowohl die verschiedenen Interpretationen und Geschichtsbilder der Konzerne als auch die ihrer Kritiker – und nicht zuletzt die Deutungsangebote des wissenschaftlichen Forschung.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

2 Selbstbehauptung in der unmittelbaren Nachkriegszeit

2.1 Kriegsende, Entnazifizierung und erste Deutungen

1945 und der beginnende Opferdiskurs

Die erste Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit in Deutschland war keine freiwillige, sondern eine von außen erzwungene – und es war eine primär juristische. Die USA, Großbritannien und die Sowjetunion hatten sich bereits während des Krieges auf verschiedenen Konferenzen über die Kriegsziele und die Grundsätze einer gemeinsamen Besatzungspolitik beraten. Die Schwerpunkte dieser Pläne für die Nachkriegszeit lassen sich anhand der programmatischen D-Schlagworte zusammenfassen: Denazifizierung, Demilitarisierung, Demokratisierung und Dekartellisierung. Mit dem Potsdamer Abkommen von August 1945 einigten sich die alliierten Sieger (inzwischen gehörte auch Frankreich diesem Kreis an) formal auf Leitlinien einer gemeinsamen Besatzungspolitik, auch wenn bereits im letztlich verabschiedeten Text die Widersprüche und Scheinkompromisse deutlich ablesbar waren. In der Folgezeit interpretierte jede Besatzungsmacht die Beschlüsse in ihrem Sinne und setzte sie eigenmächtig um. Insbesondere in der Frage der Einheit und Wirtschaftsordnung Deutschlands, im Umgang mit Reparationsforderungen sowie in der Umsetzung der Entnazifizierungsabsichten sollten sich zwischen den Alliierten deutlich unterschiedliche Auffassungen herausstellen. Die daraus resultierenden Konflikte beschleunigten letztlich den Zerfall der alliierten Kriegskoalition und beförderten einen Prozess, der in der Teilung Deutschlands und der »doppelten Staatsgründung« mündete.[1]

Unmittelbar nach Kriegsende einte die alliierten Siegermächte jedoch noch der Wille, die politischen, wirtschaftlichen, militärischen und gesellschaftlichen Grundlagen des Nationalsozialismus unwiederbringlich zu beseitigen – auch wenn die jeweiligen Beteiligten unter »Ausrottung des Nazismus« sicherlich etwas anderes verstanden. Der Anspruch der Alliierten, Deutschland zu »denazifizieren« bzw., wie es später hieß, zu »entnazifizieren«, setzte auf unterschiedlichen Ebenen an und wurde vor allem mit den juristischen Mitteln der Strafverfolgung und der politischen Säuberung umgesetzt. Insbesondere die Amerikaner verbanden mit dem Versuch, die Geschichte des »Dritten Reiches« mit den Mitteln des Rechts öffentlichkeitswirksam zu bearbeiten, die didaktische Absicht, eine neue politische Kultur in Deutschland

1 Für einen Überblick über die Besatzungspolitik der Alliierten vgl. grundsätzlich Herbert, Geschichte, S. 557-580; Kleßmann, Staatsgründung, S. 66-120; Kielmansegg, Katastrophe, S. 16-45.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zu ermöglichen. Zentrales Kernstück der alliierten Entnazifizierung war der Musterprozess gegen die verbliebene Führungsspitze des NS-Regimes vor dem International Military Tribunal (IMT). Parallel bzw. dem IMT folgend initiierten die Alliierten in ihren Besatzungszonen eine ganze Reihe von weiteren Verfahren. Während in der sowjetischen Besatzungszone die sowjetischen Militärtribunale ihre Tätigkeit aus der Kriegszeit unmittelbar fortsetzten, sollten die Amerikaner später in den sogenannten Nürnberger Nachfolgeprozessen die Funktionseliten des »Dritten Reiches« vor Gericht bringen. In den drei westlichen Besatzungszonen wurden zudem verschiedene Prozesse gegen das Personal von Konzentrationslagern geführt, und nicht zuletzt sollte auch die übrige Bevölkerung über ihr Handeln in der NS-Zeit mittels Fragebögen und Spruchkammern Rechenschaft ablegen.[2]

Nachdem die Alliierten am 8. August 1945 beschlossen hatten, ein gemeinsames internationales Militärtribunal »zur Verfolgung und Bestrafung der Hauptkriegsverbrecher der europäischen Achse« einzurichten, wurde zwei Monate später Anklage gegen 24 hochrangige Repräsentanten des NS-Regimes erhoben, denen Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt wurden.[3] Für weitere Verfahren legte das Kontrollratsgesetz Nr. 10 die straf- und prozessrechtliche Grundlage fest. Im Prozess trafen so unterschiedliche Interessen aufeinander, wie die Ambitionen der US-Amerikaner, ein neues völkerrechtliches Strafrecht zu etablieren und die NS-Verbrechen einer breiten Öffentlichkeit zu veranschaulichen, bis hin zu den bisweilen hoch emotionalen Auftritten der Angeklagten im Zeugenstand, die ihr Nicht-Wissen und ihre Unschuld zu beweisen suchten.[4] Der präzedenzlose Musterprozess vor dem IMT, der erstmals hochrangige Politiker und Militärs strafrechtlich zur individuellen Verantwortung für Kriegsverbrechen ziehen und damit ein neues Kapitel in der Geschichte des Völkerrechts aufschlagen sollte, war dabei immer auch ein Ringen um die Deutungshoheit über die nationalsozialistische Vergangenheit. Am Ende des Prozesses am 1. Oktober 1946 standen zwölf Todesstrafen, sieben unterschiedlich lange Gefängnisstrafen und drei Freisprüche. In der Öffentlichkeit wurden bezeichnenderweise die Freisprüche kritisiert, und in Umfragen zeigte sich ein Großteil der Befragten überzeugt, dass das Verfahren »fair« und »gerecht« gewesen sei.[5] Die von den Alliierten initiierte, breite Berichterstattung über den Prozess trug somit wesentlich zu einer ersten Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bei – auch wenn die große öffentliche Aufregung zu Beginn des Prozess im Verlauf der Verhandlung abgeflaut war. Nicht zuletzt wurden die zusammengetragenen Dokumente der Anklagebehörde zu einer

2 Vgl. dazu Weinke, Verfolgung, S. 24-39.

3 Zum IMT vgl. Steinbach, Nürnberger Prozess (Zitat S. 34); Weinke, Nürnberger Prozesse. Zur Entwicklung des juristischen Anklagekonzeptes amerikanischer Prägung vgl. Smith, Road, S. 50-98.

4 Vgl. Bloxham, Genocide.

5 Zahlen der OMGUS-Umfragen in Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 245.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ersten wichtigen Quellenbasis für die historiografische Erforschung des Nationalsozialismus. Der Prozess leistete jedoch auch einem Verständnis vieler Deutscher Vorschub, das rigoros zwischen den »Hauptkriegsverbrechern« und den Deutschen im Allgemeinen unterschied, weil, wie es der Chefankläger Robert H. Jackson formulierte, ein »unseliges Bündnis« und nicht die »Stimmenmehrheit« der Deutschen die Nazi-Partei an die Macht gebracht habe. Man habe nicht die Absicht, das »ganze deutsche Volk zu beschuldigen«.[6] Exemplarisch für die frühen Erklärungsversuche des Nationalsozialismus schrieb etwa der Historiker Friedrich Meinecke die Verantwortung für die »deutsche Katastrophe« der »dämonischen Persönlichkeit Hitlers und seinem »Verbrecherclub« zu, die das deutsche Volk zu seiner Gefolgschaft und für begrenzte Zeit auf einen Irrweg gezwungen habe: »Die Zahl der urteilslosen, aber von Hause aus harmlosen und anständigen, ja sogar idealistisch sein wollenden Mitläufer des Nationalsozialismus« sei ungeheuer groß gewesen.[7] In diesem Sinne erlahmte das öffentliche Interesse am IMT noch während des laufenden Verfahrens gegen die »Hauptschuldigen«, und die Bereitschaft der Deutschen zur weiteren juristischen Strafverfolgung schlug wenig später in ihr Gegenteil um.[8] Die Abwehrreflexe gegenüber den alliierten Anklagen waren schon in der IMT-Verteidigung deutlich geworden: Auch die Alliierten hätten Kriegsverbrechen begangen und das IMT verstoße gegen zentrale rechtliche Grundsätze wie das Rückwirkungsverbot. Diese Vorbehalte gegenüber dem IMT waren im weiteren Verlauf die Grundlage, auf der in der öffentlichen Diskussion die alliierte Entnazifizierungspolitik als »Siegerjustiz« diskreditiert wurde und Forderungen nach einem »Schlussstrich« lauter wurden.[9]

Nichtsdestotrotz kann das IMT und dessen Rezeption als ein Teil jener frühen Geschichtskultur des besetzten Deutschlands interpretiert werden, die sich noch durch eine gewisse »Brüchigkeit« (Dolf Sternberger) und eine nicht zu entgehende Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit auszeichnete. Die Ankläger und Richter des IMT hatten wiederholt die ungeheuerlichen Dimensionen der Verbrechen auf politische Entscheidungen und individuelle Verantwortlichkeiten zurückzuführen versucht, um damit einen Kontrapunkt zu setzen gegen die drastische Gegenwart der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die meisten Deutschen konzentrierten sich auf die Bewältigung der Nachkriegsleiden und verloren darüber den Umstand aus den Augen, dass die eigentlichen Ursachen der Zerstörung bereits im Jahr 1933 lagen. Der vordringliche Alltag war jedoch nunmehr für den Großteil der Bevölkerung geprägt von den Folgen des Krieges. Die Geschichte der unmittelbaren Nach-

6 Zitiert in Reichel, Vergangenheitsbewältigung, S. 49.
7 Meinecke, Katastrophe, S. 140 f. bzw. 153.
8 Vgl. bspw. die privaten Briefe zahlreicher Deutscher an den amerikanischen Hauptankläger Robert H. Jackson in Bernhard, Briefe. Vgl. grundsätzlich Krösche, Nachkriegsöffentlichkeit.
9 Vgl. Eitz/Stötzel, Wörterbuch, s. v. »Schlussstrich«, hier S. 456 f.; Bloxham, Genocide, S. 149 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

kriegszeit war aus der Sicht der Betroffenen eine »Geschichte des Hungerns, des Frierens, des Suchens«[10]. Die Wohnungsnot in vielen zerstörten Städten, die Nahrungsmittelknappheit, die schwierige Aufnahme der Flüchtlinge bzw. Vertriebenen, die heimkehrenden und vermissten Soldaten, die sexuelle Gewalt gegenüber Frauen – all diese Erlebnisse verstärkten den Eindruck vom »Kriegsende auf Raten«[11] und bildeten die erfahrungsgeschichtliche Grundlage vieler Deutschen für ihre Wahrnehmung und Haltung.[12] Die vielstimmigen Beiträge in der sich langsam wieder entwickelnden Zeitschriftenlandschaft in Westdeutschland vermitteln einen Eindruck von der Gefühlslage der Deutschen zwischen Zusammenbruch und Neubeginn.[13] Von einem pauschalen Schweigen über die unmittelbare Vergangenheit kann in dieser Zeit keine Rede sein – der Krieg und seine Folgen waren allgegenwärtig.[14] Die Erinnerung daran wurde jedoch in unterschiedlichen Erzählgemeinschaften strukturiert und tradiert. Ob kriegsheimkehrende Soldaten oder ausgebombte Familien, ob Überlebende der Vernichtungslager oder Kämpfende im antifaschistischen Widerstand – die Bezugspunkte zur unmittelbaren Vergangenheit waren äußerst heterogen, wurden politisch unterschiedlich eingebunden und spiegelten sich beispielsweise im frühen Nachkriegsdiskurs in der Bezeichnung des Kriegsendes als »Befreiung« oder »Niederlage«.[15] Ausländische Beobachterinnen und Beobachter registrierten dabei schon früh die gängigen Redewendungen und stereotypen Rollenzuschreibungen. Die amerikanische Journalistin Martha Gellhorn beispielsweise resümierte ihre Gespräche mit Deutschen im April 1945 mit den Worten:

> »Niemand ist ein Nazi. Niemand ist je einer gewesen. Es hat vielleicht im nächsten Dorf ein paar Nazis gegeben […]. Um die Wahrheit zu sagen, […] es hat hier eine Menge Kommunisten gegeben. Wir waren immer als Rote verschrien. Oh, die Juden? […] gab in der Gegend nicht viele Juden. […] Ich habe sechs Wochen lang einen Juden versteckt. […] Die Nazis sind Schweinehunde. […] Ach, was haben wir gelitten.«[16]

10 Kielmansegg, Katastrophe, S. 80.
11 Echternkamp, Krieg, S. 8.
12 Aus erfahrungs- und sozialgeschichtlicher Perspektive ist daher auch weniger das konkrete Datum der militärischen Kapitulation von Bedeutung, das später in der Metapher »Stunde Null« vereinfacht rückgedeutet und geschichtspolitisch aufgeladen wurde, sondern eine längere Übergangsphase von den letzten Kriegsjahren bis in die ersten Besatzungsjahre. Vgl. Herbert/Schildt, Kriegsende, S. 7 f.; Herbert, Geschichte, S. 549-557; Kleßmann, Staatsgründung, S. 37; Broszat u. a., Stalingrad; dazu auch Herbert, Überlegungen: Die Zäsuren sind aus der Sicht der Befragten eher die Jahre 1942 und 1950.
13 Vgl. Brelie-Lewien/Laurien, Kultur.
14 Vgl. die Zeitzeugenberichte in Enzensberger, Ruinen. Ebenso Moeller, War Stories; Glaser, 1945.
15 Eitz/Stötzel, Wörterbuch, Band 1, s. v. »Befreiung/Niederlage«, S. 116.
16 Enzensberger: Ruinen, S. 32.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Jenseits der juristischen Prozesse gab es unmittelbar nach Kriegsende Versuche der alliierten Besatzungsbehörden, diesen Formen der selektiven Erinnerung entgegenzutreten. In der lizensierten Tagespresse wurden Berichte über die deutschen Konzentrationslager platziert, auf öffentlichen Plätzen hingen große Plakate mit Bildern von KZ-Leichenbergen, und Broschüren sowie Filme wurden über das NS-Lagersystem erstellt. Die radikale Konfrontation mit den Verbrechen bewirkte jedoch einen ähnlichen Abwehrreflex wie die juristischen Prozesse: Die Plakate, Berichte und Filme wurden als »Greuelpropaganda« abgetan und die Verbrechen den »Nazi-Banden« zugewiesen, mit denen der normale Deutsche nichts zu tun gehabt habe.[17] Maßnahmen wie diese bestärkten nunmehr viele Deutsche in ihrer Wahrnehmung, von den Alliierten mit dem pauschalen Vorwurf der »Kollektivschuld« aller Deutschen konfrontiert zu werden.[18] Selbst ein ehemaliger Buchenwald-Häftling wie Eugen Kogon übernahm in seinem vielverbreiteten Buch *Der SS-Staat* das Postulat einer »These von der Kollektivschuld«, um sie umgehend zu verwerfen und für das »Fiasko« der Entnazifizierungspolitik verantwortlich zu machen.[19] Gegen die tatsächlich von den Alliierten nie aufgestellte Behauptung einer »Kollektivschuld« begann sich im öffentlichen Vergangenheitsdiskurs früh ein rhetorisches Muster zu etablieren, das zeitgenössische Beobachter wiederum als Annahme einer »Kollektivunschuld« beklagten.[20]

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges bildeten dabei den Hintergrund eines sich verstärkt verändernden Geschichtsbewusstseins der Deutschen, das das Opfergedenken nahezu vollständig an die Stelle der Heldenverehrung setzte.[21] Getragen von der unmittelbaren Kriegserfahrung bildeten sich erste Versatzstücke eines Entlastungsnarrativs heraus, das in der Figur des Opfers seinen wichtigsten Ausdruck fand. Die »Memorialfigur der Selbstviktimisierung«[22] erlaubte es somit einem Großteil der deutschen Bevölkerung, sich der kritischen Selbstbefragung hinsichtlich einer moralischen Mitverantwortung zu entledigen. Stattdessen verbanden sich ausgehend von den Kriegserlebnissen unterschiedliche Leidenszählungen zu einem diskursiven Muster, das die Deutschen als Opfer von Hitlers dämonischen Verführungskünsten und alliiertem »Bombenterror« bzw. »Siegerwillkür« stilisierte. In dem Maße, in dem die Erinnerung an die Deutschen als Opfer die Erinnerung an die Opfer der Deut-

17 Für die visuellen Strategien der Alliierten und die Aussagen über die Wirkungen der Bilder vgl. Brink, Ikonen, insbesondere S. 36 f. und 84 f.

18 Vgl. Frei, Erfindungskraft.

19 Kogon, SS-Staat, S 327 f.

20 So der Mitherausgeber der *Zeit* Ernst Friedländer, in Die Zeit, 9.10.1947. Vgl. zum Gebrauch des Begriffs »Kollektivunschuld« Eichmüller, Generalamnestie, S. 119, Fußnote 340.

21 Bereits die nationale Kriegserinnerung an den Ersten Weltkrieg war von einer Verschmelzung von Held und Opfer geprägt, in der die Märtyrer-Helden den Opfertod fürs Vaterland starben. Zu dieser paradigmatischen Verschiebung in der deutschen Geschichtskultur vgl. Sabrow, Held und Opfer; Koselleck, Transformation.

22 Sabrow, Weltkrieg, S. 18.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

schen zu überlagern begann, konnte sich die deutsche Nachkriegsgesellschaft als »Gemeinschaft von Opfern« konstituieren.[23] In dieser Opfergemeinschaft rückten diejenigen ins verdächtige Abseits, die angeblich keinerlei Entbehrungen hinzunehmen gehabt hatten. So wurden beispielsweise die Exilanten kritisiert, die aus »den Logen und Parterreplätzen des Auslands dem deutschen Unglück« zugeschaut hätten.[24] Wenn Karl Jaspers in seiner Schrift *Die Schuldfrage* zwischen vier Schuldbegriffen zu differenzieren versuchte, um jedem Einzelnen jenseits von pauschalen Vorwürfen eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zu ermöglichen,[25] dann verhallte dieser vorsichtige Appell in der unmittelbaren Nachkriegsgesellschaft zunehmend zwischen den dominanter werdenden Stimmen von der Selbstrechtfertigung über die gezielte Ausblendung und Entkonkretisierung bis hin zu Schuldzuweisungen an das Ausland und Aufrechnungsrhetorik. Bereits in den Jahren 1946/47 verfestigte sich somit die Stimmung in der deutschen Bevölkerung, dass nach der Phase der legitimen, aber fehlerhaften alliierten Entnazifizierungspolitik der Blick wieder nach vorn gerichtet und ein »Recht auf den politischen Irrtum« (Eugen Kogon) eingeräumt werden müsse.

Die ersten Erklärungsversuche des Nationalsozialismus, die unmittelbare Debatte der Schuldfrage und auch die frühen abwehrenden Verhaltensmuster mit der Vergangenheit sind Ausdruck des Einschnitts, den das Übergangsjahr 1945 für die meisten Deutschen bedeutete, weil es jenseits der physisch-materiellen Not nicht zuletzt die eigenen Lebenswege fundamental in Frage stellte. Auch die vehemente Abwehr eines eingebildeten Pauschalvorwurfs kann dabei als Symptom eines durchaus verbreiteten schlechten Gewissens der persönlichen Verstrickung gedeutet werden.[26] Nicht zuletzt die Fragebögen der Entnazifizierungsbehörden und Spruchkammerverfahren hielten die Befragten dazu an, über ihr Verhalten in der NS-Zeit Rechenschaft abzulegen. In der amerikanischen Besatzungszone betraf das immerhin jeden erwachsenen Deutschen. Auch wenn sich in der Praxis die Verfahren weniger als eine Suche nach Verantwortung und Schuld, sondern vielmehr als eine Entlastung und Rehabilitierung der breiten Masse herausstellen sollten, die in einer »allgemeinen Exkulpationssolidarität«[27] der Deutschen gipfelte, so war doch das »Kriegsende auf Raten«[28] vorerst eine tiefe Zäsur der Verunsicherung und Erschütterung.

23 Vgl. Franzen, Erinnerung, (Zitat S. 49); Moeller, War Stories.
24 So Walter von Molo in einem Brief an Thomas Mann, zitiert nach Echternkamp, Krieg, S. 202. Weitere prominente Beispiele sind der spätere Bundeskanzler Willy Brandt oder der spätere hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, vgl. Krohn, Rückkehr; Steinke, Bauer.
25 Vgl. Japsers, Schuldfrage.
26 Vgl. Frei, Erfindungskraft, S. 161, 168.
27 Kielmansegg, Schatten, S. 35.
28 Echternkamp, Krieg, S. 8.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Die Situation bei Kriegsende war für die Eliten der deutschen Wirtschaft nicht groß anders als für den Rest der Bevölkerung. Wenn die Manager der deutschen Kriegswirtschaft nicht schon seit dem Stalingrad-Desaster von 1943 oder im Zuge der zunehmenden alliierten Bombenangriffe auf ihre Produktionsstätten in den letzten Kriegsjahren eine Ahnung von der drohenden Kriegsniederlage gehabt oder wie etwa bei Daimler-Benz oder der Degussa bereits die Bedingungen einer möglichen Nachkriegswirtschaft ins Auge gefasst hatten,[29] so mussten sie spätestens mit der offiziellen Kapitulation einsehen, dass der »totale Krieg« in der totalen Niederlage geendet hatte. Damit fanden sie sich, wie die übrige deutsche Bevölkerung, in der Mitte der »Zusammenbruchsgesellschaft«[30] wieder und mussten sich auf harsche Einschnitte durch die von den alliierten Siegern angedrohten Maßnamen einstellen.

Mit dem Potsdamer Abkommen vom August 1945 wurden nicht zuletzt auch für die Unternehmen die Richtlinien für die Besatzungspolitik festgelegt. In vielen Bereichen blieben die Vereinbarungen jedoch unkonkret und wurden von den vier Besatzungsbehörden jeweils unterschiedlich ausgelegt.[31] Da sich die Siegermächte auf keine einheitliche Reparationssumme einigen konnten, befriedigten sie ihre Reparationsforderungen aus den Beständen ihrer eigenen Besatzungszonen. Für die deutschen Unternehmen war vor allem die Umsetzung der Entnazifizierung und der Demontagen von zentraler Bedeutung. Wie unterschiedlich die jeweilige Durchführung der Maßnahmen war, erfuhren insbesondere jene Unternehmen, deren Betriebsstätten breit über das deutsche Reichsgebiet verteilt lagen. Ein Konzern wie die IG Farben sah sich dabei vier unterschiedlichen Ansprüchen und Politikstilen unterworfen, da es der Zufall ergab, dass in jeder der vier Besatzungszonen eine große IG-Betriebsgemeinschaft lag. Während den Sowjets die Kontrolle über die Betriebsgemeinschaft Mitteldeutschland (insbesondere die Leuna-Werke) zufiel, so lag die Betriebsgemeinschaft Oberrhein (BASF-Werke) im französischen, die Betriebsgemeinschaft Mittelrhein (Hoechst-Werke) im amerikanischen und die Betriebsgemeinschaft Niederrhein (Bayer-Werke) im britischen Besatzungsgebiet.

Am extremsten waren die Maßnahmen in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Die sowjetische Militäradministration (SMAD) verfolgte mit der Bodenreform, der Verstaatlichung der Großindustrie und des Bankensektors sowie der individuellen Strafverfolgung eine radikale Umwälzung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse.[32] Die Geschäftstätigkeit der Deutschen Bank in Berlin beispielsweise wurde unmittelbar nach dem Einmarsch der Roten Armee unterbunden, und die Großbanken wurden letztlich zugunsten

29 Zu den Nachkriegsplänen der Degussa vgl. Hayes, Degussa, S. 322-325. Zu Daimler-Benz vgl. Gregor, Daimler-Benz, S. 328-333.
30 Kleßmann, Staatsgründung, S. 37.
31 Für einen prägnanten Überblick vgl. Wiesen, West German Industry, S. 42 f.
32 Vgl. Vollnhals, Säuberung; Kleßmann, Staatsgründung, S. 80-84.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Neuordnung des Bankensektors in der SBZ komplett geschlossen.[33] Die Entnazifizierung der deutschen Wirtschaft in der SBZ war in diesem Sinne vor allem ein struktureller Eingriff in die Besitzverhältnisse der Unternehmen und eine personelle Säuberung ihrer Betriebsleitungen. Sowjetische Stellen hatten bereits unmittelbar nach der Besetzung der Industriebetriebe mit deren Demontage begonnen, und nachdem die Potsdamer Konferenz die Befriedigung von Reparationsansprüchen den jeweiligen Besatzungszonen überlassen hatte, sahen sich nahezu alle Unternehmen der SBZ mit dem Abbau von Betriebsanlagen und deren Transport Richtung Osten konfrontiert.[34] Dieses »in der Weltgeschichte einmalige Demontageprogramm«[35] war ein existentieller Einschnitt für die Unternehmen im Osten. Die IG Farben beispielsweise musste im sowjetischen Besatzungsgebiet den Totalverlust bilanzieren. Was die sowjetische Militäradministration an wertvollen Produktionsanlagen nicht demontieren und in die Sowjetunion transportieren ließ, wurde enteignet und bildete die Grundlage für die staatlichen Großbetriebe. So entwickelte sich aus den Überresten der Leuna-Werke, die nicht von westalliierten Bomben zerstört oder von sowjetischen Abbaumaßnahmen betroffen gewesen waren, der größte Chemiebetrieb der DDR.[36] Auf der Basis der IG Auschwitz in Monowitz entstand später die größte Kunststoffproduktionsstätte in Polen.[37] Auch anderen großen Industriekonzernen wie beispielsweise Flick drohte die komplette Enteignung – ein Prozess, der, anfangs durch SMAD-Befehle, später durch Referenden der SBZ-Länder vorangetrieben, zur Etablierung von Volkseigenen Betrieben und Sowjetischen Aktiengesellschaften führte.[38] Ähnlich erging es auch den Chemiewerken der Degussa auf sowjetischem Besatzungsgebiet.[39] Auch wenn die personelle Säuberung aufgrund des Fachkräftemangels von der sowjetischen Militärregierung in den Unternehmen nicht so rigide durchgeführt wurde wie bspw. in der öffentlichen Verwaltung, so wurden doch diverse Unternehmensleitungen verhaftet.[40] Ein anderer Teil an Führungskräften – so auch die Spitze der IG Farben-Manager aus Berlin und Mitteldeutschland – versuchte, sich der Internierung zu entziehen, indem er die sowjetische Zone fluchtartig verließ (um dann später von den Amerikanern verhaftet zu werden). In der sowjetischen Besatzungszone wurde damit das eigene Verständnis von Entnazifizierung vergleichsweise schnell und konsequent umgesetzt, um

33 Gall u. a., Deutsche Bank, S. 435 ff. Vgl. ebenfalls Ahrens, Dresdner Bank, S. 133-154.
34 Zu Umfang und Phasen der sowjetischen Demontagepolitik vgl. Baar u. a., Kriegsfolgen; Karlsch/Laufer, Demontagen.
35 Musial, Beutezug, S. 256.
36 Vgl. Lehmann/Schatz, Leuna. Zur zeitgenössischen Einschätzung in der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. Rheinischer Merkur, 1.11.1947; Handelsblatt, 13.5.1948.
37 Vgl. Wagner, IG Auschwitz, S. 296 f.
38 Vgl. Priemel, Flick, S. 607 ff.; Frei u. a., Flick, S. 608 f.
39 Vgl. Degussa, Sonne und Mond, S. 220.
40 Vgl. Remy, Funktionselite, S. 232-237; Müller, Netzwerke. Grundsätzlich zur sowjetischen Entnazifizierungspolitik vgl. Biddiscombe, Denazification, S. 119-153.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
jedoch dann auch einfache NSDAP-Mitglieder in den Prozess des Wiederaufbaus integrieren zu können.[41]

Ein differenziertes Bild ergibt der Blick in die drei westlichen Besatzungszonen.[42] Zwar wurde eine mit der in der SBZ vergleichbare Bodenreform in keiner westlichen Besatzungszone durchgeführt, grundlegende Eingriffe in die Besitzverhältnisse von Unternehmen hatten anfangs jedoch auch für die westlichen Siegermächte eine hohe Priorität. Nach Kriegsende wurden diverse Großbetriebe aus der Bergbau-, Stahl- und chemischen Industrie beschlagnahmt und Treuhändern übergeben – die britische Labour-Regierung kündigte gar die Sozialisierung der Eisen- und Stahlindustrie an.[43] Großbanken wie die Deutsche Bank wurden zwar nicht geschlossen wie in der SBZ, aber zumindest die amerikanische Besatzungspolitik hatte durchaus konkrete Dezentralisierungspläne für eine Neuordnung des Bankensektors.[44] Darüber hinaus wurden umfangreiche Demontagelisten erstellt, die zum Teil den Abbau ganzer Betriebsstätten vorsahen. Der Alliierte Kontrollrat hatte bereits Ende 1945 eine Liste mit 84 zu demontierenden Fabriken verabschiedet und mit dem ersten Industrieplan vom März 1946 Richtlinien für das deutsche Industrieniveau vorgegeben. Doch so wie der SMAD seine eigenen Interessen verfolgte, setzten auch die westalliierten Siegermächte ihre Maßnahmen unterschiedlich um.[45] Während die Franzosen den gesetzten Rahmen der Abbauten überschritten, um die Demontagen als Bestandteil der Reparationsleistungen und als stabilisierenden Beitrag zur desolaten ökonomischen Situation des eigenen Landes zu nutzen, setzten die Amerikaner und Briten ihre Vorhaben nur zögerlich um. Von deutscher Seite wurden die Demontagen nichtsdestotrotz als schwerwiegendes, existentielles Problem wahrgenommen. Als im Oktober 1947 die vermeintlich endgültige Demontageliste mit 682 Betrieben für die Bizone bekannt gegeben wurde und kurz darauf noch 236 Namen für die französische Zone folgten, kam es in der Öffentlichkeit zu massiver Kritik. Die alliierte Politik zwischen Marshallplan auf der einen und fortgesetzten Demontageplänen auf der anderen Seite wurde zunehmend als widersprüchlich und sinnlos wahrgenommen.[46] Prominente Politiker des kompletten Parteienspektrums beklagten die »Ausplünderung der Industrie« und betonten den

41 Vgl. zu diesem Prozess ausführlich Seite 138 ff. dieser Arbeit.

42 Vgl. hierzu und im Folgenden Kleßmann, Staatsgründung, S. 84-92.

43 Vgl. Petzina, Entwicklung, S. 525-549.

44 Zu den anfangs miteinander konkurrierenden Plänen der Dezentralisierung innerhalb der amerikanischen Besatzungsbehörde und zum westalliierten Umgang mit Großbanken allgemein vgl. Gall u. a., Deutsche Bank, S. 456-486.

45 Für einen Überblick über die jeweiligen Demontagepolitik vgl. Kleßmann, Staatsgründung, S. 102-108; Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 75-84. Zur Entwicklung der westalliierten Demontagemaßnahmen und ihrer öffentlichen Diskussion vgl. Köchling, Demontagepolitik.

46 Vgl. die Presseresonanz in Die Welt, 17.10.1947; Rheinische Post, 18.10.1947; Hamburger Allgemeine, 21.10.1947; Handelsblatt, 23.10.1947; Rhein-Neckar-Zeitung, 8.11.1947.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Wiederaufbau einer »leistungsfähigen Friedenswirtschaft« als »Voraussetzung zur Wiedergutmachung«.[47] Nicht zuletzt die betroffenen Unternehmen selbst legten gegen die geplanten Demontagen heftigen Protest ein und feilschten mit den Besatzungsbehörden um jede Produktionskapazität sowie die konkrete Ausführung des Abbaus.[48] Von den Unternehmen initiierte Kampagnen mobilisierten die Arbeiter der eigenen Betriebe, und auch die Gewerkschaften stellten sich auf die Seite der Unternehmensleitungen.[49] Zum Beispiel veröffentlichte der Henkel-Konzern im Herbst 1947 eine schrille Broschüre gegen den Abbau der eigenen Produktionsstätten. Mit dem pathetischen Titel »Leben oder Tod« sah sich Henkel verpflichtet, »an das Weltgewissen zu appellieren«, um auf den drohenden Ausfall der Waschmittelproduktion durch die Demontagepolitik hinzuweisen.[50] Für die chemische Industrie wie die IG Farben oder die Degussa hatte die Demontagepolitik zudem noch eine nicht-materielle Seite, da sie den Verlust von Produktionsverfahren und betrieblichem Know-how fürchtete. Das deutsche Auslandsvermögen, darunter auch die Auslandspatente und -guthaben der Unternehmen, war bereits durch alliierte Gesetze und Abkommen enteignet worden. Die Motive der Zerschlagung, so argwöhnten nicht nur deutsche Zeitungen, seien eben nicht nur politischer, sondern auch handfester ökonomischer Natur.[51] Manchem britischen, französischen oder amerikanischen Chemiekonzern kam eine Schwächung des deutschen Wettbewerbers durchaus entgegen. Die Tatsache, dass die Alliierten deutsche Patente konfiszierten und von heimischen Firmen kostenlos nutzen ließen, wurde flankiert durch die zahlreichen technischen Forschungsgruppen der einzelnen Besatzungsmächte, die sich bespielsweise in den IG-Werken innovative Herstellungsverfahren erklären und Produktionsanweisungen aushändigen ließen.[52]

Die personelle Entnazifizierung der deutschen Wirtschaft organisierten die westalliierten Militärregierungen ebenfalls in ihren jeweiligen Besatzungszonen nach unterschiedlichen Verständnissen, wobei insbesondere die Amerikaner hohe Ansprüche formulierten und den höchsten Verwaltungsaufwand

47 Konrad Adenauer (CDU) bzw. Erich Ollenhauer (SPD) zitiert in Rheinische Post, 18.10.1947.

48 Vgl. bspw. im Fall der IG Farben den Schriftwechsel zu den einzelnen Werken in: BAL, 205/4.

49 Zu den Stimmungsberichten der alliierten Behörden und Streikdrohungen der Gewerkschaften vgl. Schmidt, Neuordnung. Zur Kritik an der Demontagepolitik durch die deutsche Politik und Wirtschaft vgl. Köchling, Demontagepolitik, S. 47 ff. Darin auch eine umfangreiche Liste an zeitgenössischen Stellungnahmen und Denkschriften zur Demontagefrage, S. 369 f.

50 BAL, 205/6, Henkel Denkschrift »Leben oder Tod«, 1947. Vgl. auch Wiesen, West German Industry , S. 61-65.

51 Bspw. Rheinische Post, 18.10.1947; Hamburger Allgemeine, 25.10.1949. Zur Kritik nicht-deutscher Zeitungen vgl. Tribune, 13.8.1948; The Economist, 9.10.1948.

52 Vgl. Stokes, Divide, S. 41 f. Zur Degussa vgl. Degussa, Sonne und Mond, S. 220.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
betrieben.[53] Die erste Besatzungsdirektive JCS 1067 vom April 1945 sah vor, dass in der amerikanischen Besatzungszone alle nominellen NSDAP-Mitglieder aus wichtigen öffentlichen Positionen in Verwaltung, Wirtschaft oder Bildungswesen zu entlassen seien. Angesichts der schätzungsweise acht Millionen Parteimitglieder in Deutschland war das ein ambitioniertes Vorhaben. Das im August von der amerikanischen Militärregierung verfügte Gesetz Nr. 8 konkretisierte die Durchführung der Entnazifizierung – nicht zuletzt auch für die deutschen Unternehmen. Zum einen sollten ehemalige Parteimitglieder in unternehmerischen Leitungsfunktionen entlassen oder in der Unternehmenshierarchie zurückgestuft werden. Bei der Degussa beispielsweise hatte dies zur Konsequenz, dass innerhalb kürzester Zeit sieben von zehn Vorstandsmitglieder und eine ganze Reihe leitender Angestellter aus dem Unternehmen ausschieden (wenngleich nicht ohne großzügige finanzielle Unterstützung).[54] Zum anderen wurde in allen westalliierten Besatzungsgebieten ein Meldeverfahren eingerichtet, das alle fraglichen Personen zur Beurteilung ihrer Verantwortlichkeit mittels Fragebögen und Spruchkammerverfahren in fünf Kategorien – vom »Kriegsverbrecher« über »Mitläufer« bis »Entlasteten« – einstufen sollte. Wenn im Endergebnis die Amerikaner rigoroser verfuhren als die pragmatischer agierenden Briten und Franzosen, stellte sich doch in allen drei Westzonen alsbald heraus, dass die Entnazifizierung aufgrund der fehlenden Informationen und Interpretationsdefizite ohne die Mithilfe deutscher Behörden nicht möglich war. Nach und nach wurden daher die Spruchkammern auch mit Deutschen besetzt. In den westdeutschen Unternehmen setzte somit auch unterhalb der Unternehmensspitze ein Prozess ein, der anfangs alle Mitarbeiter in unterschiedlichem Maße betraf. Auch in diesem Bereich zeigten sich »Verständnisbrücken« zwischen Arbeiterschaft und Industriellen, wo sich das Gros der Betriebsräte nachsichtig gegenüber den Vorgesetzten zeigte und im Zweifel eher für einen sicher geführten als für einen führungslosen Betrieb votierte.[55] Nachdem betriebseigene Denazifizierungskommitees gebildet worden waren, in denen Werksangehörige eine Vorprüfung der belasteten Mitarbeiter vornahmen, legten die zuständigen Denazifizierungsausschüsse des Kreises die Fälle der Bezirksmilitärregierung zur endgültigen Entscheidung vor. Jeder Betriebsangehörige ab dem Status eines Vorabeiters musste einen detaillierten Fragebogen hinsichtlich der Zugehörigkeit zur NSDAP und deren Unterorganisationen ausfüllen und im Zweifel in einem persönlichen Gespräch vor dem Betriebskomitee weitere Fragen beantworten. Am Beispiel der Werke der IG-Betriebsgemeinschaft Niederrhein lässt sich dabei ablesen, wie die anfangs scharfen Bestimmungen zur Entlassung von belasteten Mitarbeitern von den Briten selbst nach und nach aufgeweicht wurden und es letztlich in diver-

53 Hierzu und zum Folgenden vgl. Ahrens, »Säuberung«. Grundsätzlich zur Entnazifizierungspolitik der Westmächte vgl. Biddiscombe, Denazification.

54 Hayes, Degussa, S. 327 f.

55 Plato, Lebenswelten, S. 302.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
sen Fällen bei Herabstufungen innerhalb des Betriebes belassen wurde. Die britischen Besatzungsbehörden reagierten dabei auf die vielfach eingelegten Protestschreiben der Betriebe, die durch die Entlassungen des kompetenten Personals dauerhafte Störungen in den Betriebsabläufen prophezeiten.[56]

So unterschiedlich die einzelnen Maßnahmen verliefen, gemeinsam war ihnen allen die schockartige Wirkung in den Reihen der deutschen Wirtschaftselite.[57] Während die industrielle Elite sich bemühte, ein Maximum an Kooperationsbereitschaft gegenüber den westalliierten Besatzungsmächten zu signalisieren und in den ersten Besatzungswochen eine gewisse Sorglosigkeit ihren Umgang sowie ihre Äußerungen zur NS-Zeit prägte, waren es schließlich die persönlichen Verhaftungen und Vermögenssperren, die die ehemaligen »Wehrwirtschaftsführer« und Unternehmer mit oder ohne Parteiabzeichen in ihrem Selbstverständnis tief trafen.[58] Einzelne Industrielle wie etwa Hugo Stinnes jr., die allzu selbstsicher gegenüber den Alliierten auftraten, weil sie annahmen, dass man sie brauchen werde, mussten sich eines Besseren belehren lassen. Nachdem unmittelbar nach dem Einmarsch der US-Truppen die amerikanische Militärverwaltung nur einzelne Industrielle dem Namen nach, wie etwa Alfried Krupp von Bohlen und Halbach, festgesetzt hatte, ließ sie im Juni systematisch eine große Bandbreite an deutschen Managern und Technikern verhaften und unter anderem in ein privilegiertes Speziallager auf Schloss Kransberg bei Frankfurt bringen – darunter prominente Namen wie Walter Rohland und diverse IG Farben-Manager. Die britische Besatzungsbehörde ließ ihrerseits im Herbst mehrere Verhaftungswellen folgen, in deren Rahmen 83 Montanmanager von Rhein und Ruhr festgenommen wurden. Auch die Westalliierten wollten klar zu verstehen geben, dass es kein »business as usual« für die deutschen Unternehmen geben werde.

Frühe Geschichtsdeutungen deutscher Unternehmen

Angesichts der Vielzahl an unterschiedlichen Maßnahmen und der Unwägbarkeiten sowohl für die eigene Person als auch für die Unternehmen als Ganzes hat Jonathan Wiesen anschaulich nachvollzogen, was für einen tiefen Einschnitt das Kriegsende für das Selbstverständnis der deutschen Wirtschaftselite bedeutete.[59] Denn all den oben geschilderten alliierten Maßnahmen unterlag ein mehr oder weniger explizit gemachter Vorwurf gegenüber der deutschen Wirtschaft, dass sie maßgebliche Verantwortung für die Entstehung und Entwicklung des »Dritten Reiches« sowie für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs trage: Die Demontagepolitik wurde nicht zuletzt mit dem Abbau an Kapazitäten der Rüstungsindustrie gerechtfertigt; die Dekartellisierung

56 Vgl. Schriftwechsel und Rundschreiben des Werks Dormagen, in: BAL, 325/5.
57 So Wiesen, West German Industry, S. 53; Plato, Lebenswelten, S. 301.
58 Vgl. zum Folgenden Henke, Besetzung, S. 480-496, 502, 533 f., 541.
59 Hierzu und im Folgenden vgl. Wiesen, West German Industry, S. 17-67.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bzw. Dekonzentration richtete sich gegen die postulierte Macht der Großkonzerne, die es Hitler erlaubt habe, seine Ziele durchzusetzen; die persönlichen Verhaftungen und die folgenden Verhöre basierten auf der Annahme, dass die Unternehmer und Manager des »Dritten Reiches« wenn nicht gar selbst überzeugte Nationalsozialisten gewesen waren, zumindest die NS-Ideologie billigend in Kauf genommen hatten, um erfolgreich Geschäfte zu tätigen. In all diesen Aushandlungs- und Verhandlungsprozessen mit den alliierten Besatzungsbehörden war es für die Manager und Unternehmer extrem belastend, stets unter »Kriegsverbrecher«-Verdacht zu stehen. Ganz zu schweigen von dem Reputationsverlust, den sie sowohl für ihren eigenen gesellschaftlichen Status als auch für ihre Unternehmen befürchteten, die wie etwa die IG Farben weltweit auf unterschiedlichen Märkten vertreten waren.

Bereits unmittelbar nach Kriegsende kam es daher in einzelnen Unternehmen zu gezielten Aktivitäten, die die Firmenreputation retten und die alliierten Anschuldigungen zurückweisen sollten. Der als existentiell wahrgenommenen Bedrohung sollte mit publizistischen Mitteln entgegengetreten und die Deutungshoheit über die eigene Geschichte verfochten werden. Oder wie es Wolfgang Pohle, Vorstandsvorsitzender der Mannesmannröhren-Werke AG, pathetisch formulierte: den »Kampf um unsere ›edelsten Rechte‹, um unsere Daseinsberechtigung, um unser Recht auf Arbeit und Wiederaufbau«.[60] Angesichts drohender Verhaftungswellen entwickelte man beispielsweise bei Siemens eine Gegenerzählung zum Stigma der »Kriegsverbrecherfirma«, die insbesondere auf die lange Geschichte des Unternehmens und ihrer prominenten Gründerpersönlichkeiten rekurrierte.[61] Im Vordergrund stand das Bild eines friedfertigen Unternehmens, das sich traditionell jenseits aller Politik ausschließlich der technologischen Forschung verschrieben habe. Der Umstand, dass Siemens im »Dritten Reich« Rüstungsgüter produziert hatte, wurde nicht verleugnet, wohl aber als unausweichliches Ergebnis von staatlichem Zwang und unternehmerischem Selbsterhalt gerechtfertigt. Die Rüstungsproduktion habe zwar dem Geist des Hauses entgegengestanden, man habe aber den politischen Forderungen, so gut es ging, widerstanden. Weder habe man den Aufstieg Hitlers aktiv unterstützt, noch seine ideologischen Ziele geteilt. Vielmehr sei jüdischen Mitarbeitern geholfen worden und selbst den zugewiesenen Zwangsarbeitern habe man im Rahmen der Möglichkeiten akzeptable Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen. Zusammengefasst zeichnete dieses Entlastungsnarrativ Siemens als unpolitisches Opfer der NS-Diktatur, dessen Führungsspitze trotz des staatlichen Drucks ihre integre Haltung bewahrt habe. Es ist bemerkenswert, dass bereits in diesen ersten Texten viele der wesentlichen Elemente enthalten waren, die in den Nürnberger Wirtschafts-

60 Wolfgang Pohle zitiert nach Priemel, Gekaufte Geschichte, S. 180.

61 Die entsprechenden Texte »Zur Frage der ›Kriegsverbrechereigenschaft‹ von Siemens«, »Die Haltung des Hauses Siemens während des Hitler-Regimes« und »Einsatz ausländischer Zivilarbeiter, Kriegsgefangene, Juden und KZ-Häftlinge im Hause Siemens« werden ausführlich dargelegt in Wiesen, West German Industry, S. 28-41.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
prozessen zum zentralen Verteidigungsnarrativ ausgebaut wurden und über Jahrzehnte das Selbstbild deutscher Unternehmen bestimmen sollten. Vorerst diente das Narrativ aber vor allem dem argumentativen Schutz gegenüber den Besatzungsbehörden, um sich als moralisch einwandfreies Unternehmen auszuweisen und sich als wichtige Stütze im Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft anzudienen.

Weitere Beispiele für diesen frühen Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne lassen sich in verschiedenen Unternehmen finden: Edouard Houdremont zum Beispiel, der Vorsitzende des Krupp-Direktoriums, versuchte mittels eines im Mai 1945 abgefassten Memorandums, das allseits vorherrschende Bild von Krupp als »größtem Kriegsgewinnler« zu korrigieren, das Unternehmen vielmehr als Opfer des unerbittlichen Zugriffs staatlicher Kontrolle darzustellen und an die amerikanischen Militärregierung zu appellieren, Krupps Potential in den Wiederaufbau Deutschlands mit einzubinden.[62] Ernst Poensgen wiederum schrieb in seiner Eigenschaft als ehemaliger Direktor der Vereinigten Stahlwerke einen umfangreichen Bericht, in dem er seine Anständigkeit betonte und ausführlich darlegte, dass er von den Verbrechen des NS-Regimes erst nach Kriegsende erfahren habe. Poensgens Bericht zirkulierte in den Reihen seiner ehemaligen Vorstandskollegen und fand in Bezug auf die Vereinigten Stahlwerke einige Nachahmer.[63] Auch die Mitarbeiter von Friedrich Flick suchten eilfertig Argumente gegen die sich abzeichnende Anklageerhebung durch die US-Militärregierung.[64] Und selbst Unternehmen, die nicht im grellen Untersuchungslicht der alliierten Kontrollbehörden standen und Gefahr liefen, zerschlagen zu werden, sammelten intern Argumente, um sich gegen antizipierte Vorwürfe zu wappnen. Bei Daimler-Benz verwand die »Ausländerabteilung« einige Mühe darauf, die Beschäftigung von »Fremdarbeitern« in den Werken Untertürkheim und Sindelfingen in langen Zahlentabellen zu dokumentieren. Man wollte klarstellen, dass die »gestellte Aufgabe« des Arbeitseinsatzes und der Unterbringung »gemessen an den seinerzeitigen Verhältnissen als mustergültig« erfüllt bezeichnet werden könne – was nicht zuletzt angefügte Dankesschreiben von ehemaligen »Fremdarbeitern« beglaubigen sollten.[65] Selbst in den Fragebögen der Entnazifizierungsverfahren bzw. in den beigelegten Zusatzerklärungen scheinen zwischen den Zeilen erste Muster der Selbstrechtfertigung durch, in denen sich Industrielle auf ein Unternehmerbild bezogen, dass sie selbst in den langen Traditionen ihrer Unternehmen im Dienste ihrer Mitarbeiter, wenn nicht der Menschheit, oder bei der Entwicklung von technologischem Fortschritt beschrieb. Grundsätzlich unter-

62 Vgl. dazu Henke, Besetzung, S. 494 f.

63 Ernst Poensgen zitiert nach Henke, Besetzung, S. 522; vgl. auch Priemel, Gekaufte Geschichte.

64 Vgl. Priemel, Flick, S. 653-663.

65 Vgl. »Mercedes-Benz und Fremdarbeiter 1941-1945. Entwurf einer Disposition«, verfasst vom Leiter der Ausländerabteilung, Konrad Zapf, nach 1945 (Zitat S. 3). Eine Kopie des Dokuments verdanke ich Neil Gregor.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
schieden sie sich damit kaum von den stereotypen Entschuldigungsgründen der breiten Masse an Spruchkammerbetroffenen.[66] Waren die Industriellen vor nicht allzu langer Zeit noch in der Außendarstellung dekorierte Kämpfer an der Heimatfront gewesen, prägten nun stereotype Rollenbeschreibungen vom unpolitischen Techniker und Kaufmann ihre Selbstbeschreibungen. Hermann Schlosser zum Beispiel, der mit (später) NSDAP-Mitgliedschaft und wichtigen Positionen in der »Selbstverwaltung der Wirtschaft« in den Kriegsjahren die prägende Vorstandspersönlichkeit der Degussa gewesen war, beschrieb sich in seinen Auskünften als Opfer der Verhältnisse. Der Betriebsrat der Degussa sekundierte, dass es den Interessen des Unternehmens und den alliierten Wiederaufbauplänen völlig widersprechen würde, wenn »Herr Schlosser etwa wegen seiner durch die Verhältnisse erzwungene Parteimitgliedschaft von seinem Posten als Führer unseres Unternehmens enthoben würde oder wegen seiner Übernahme von Ehrenämtern, die er nicht zurückweisen konnte«.[67]

Bei allem politischen Druck und wahrgenommenen Zwang zur Rechtfertigung waren die einzelnen Manager und Unternehmer keineswegs allein auf sich gestellt. Bereits unmittelbar nach Kriegsende kam es zu ersten Formen wirtschaftlicher Interessenorganisationen, die an die alten Verbandsstrukturen der Weimarer Zeit anschlossen und sich trotz personeller Kontinuität an die neuen politischen Verhältnisse anzupassen versuchten.[68] Insbesondere die Industrie- und Handelskammern waren nicht nur für die Unternehmen wichtige Institutionen der Selbstorganisation und eine frühe Möglichkeit der Interessenvertretung bzw. politischen Einflussnahme, auch für die Besatzungsbehörden waren sie hilfreiche Vermittlungsinstanzen, auf deren lokales Wissen sie nicht verzichten konnten. Erste Fachverbände gründeten sich ebenfalls auf regionaler Ebene noch im Jahr 1945. Obwohl überregionale Zusammenschlüsse von den Besatzungsmächten aufgrund etwaiger Machtkonzentration verboten waren, so gab es doch Beispiele, etwa in der britischen Zone den »Wirtschaftsverband Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie« mit dem späteren BDI-Präsidenten Fritz Berg an der Spitze, wie diese Vorgaben umgangen werden konnten. Diese ersten Interessenvertretungen waren so etwas wie die Blaupause für Strukturen der Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit, die in den kommenden Jahren eine wichtige Rolle dabei spielen sollten, die Eigeninterpretation der NS-Vergangenheit auszuarbeiten und deren effektive Verbreitung in der Öffentlichkeit sicherzustellen. Im Zusammenhang der Demontage-Debatte gab beispielsweise der Wirtschaftsverband Chemische Industrie im Herbst 1947 eine umfangreiche Broschüre zum Demontage-Plan der amerikanisch-britischen Militärregierungen heraus. Darin wurde darauf insistiert, dass die angeblichen »verbotenen Industrien« der Kriegswirtschaft wie der Öl- oder Kautschuk-Synthese tatsächlich »Ausdruck einer normalen

66 Vgl. Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 609-613.
67 Zitiert in Degussa, Geschichte, S. 125.
68 Vgl. Kleßmann, Staatsgründung, S. 114-117; Henke, Besetzung, S. 496-512.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
friedensmäßigen Entwicklung der Technik« gewesen seien, die in allen Chemie betreibenden Ländern der Welt errichtet worden wären. Die Demontage der Kapazitäten solcher »Grundstofferzeugung«, so warnte der Verband, würde den Fortbestand der leistungsfähigen chemischen Industrie in Deutschland massiv gefährden und die von den Besatzungsbehörden vorgesehenen Beiträge zum deutschen Gesamtexport ernsthaft in Frage stellen.[69] Der Adressat und die Motive der Broschüre standen dabei im Kontext der öffentlichen Demontage-Debatte, in der vermehrt Stimmen Zweifel anmeldeten, ob die alliierten Demontagen und Produktionsverbote wirklich Sicherheitsbedenken oder nicht vielmehr Konkurrenzgründe zur Grundlage hätten. Nicht nur für deutsche Unternehmen gewann die unmittelbare Vergangenheit an Gewicht im Wettbewerb um Marktanteile und neue Märkte.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Akteure der deutschen Wirtschaftselite in der unmittelbaren Nachkriegszeit den Verlust ihrer Stellungen und die Inhaftierung bzw. Befragung als einschneidende Zäsur erlebten. Die Unternehmen und Betriebe, über die sie vor nicht allzu langer Zeit verfügt hatten, waren zum Kriegsende hin von alliierten Bomberverbänden teilweise schwer beschädigt worden. Nach Kriegsende waren sie nun zum Teil von umfangreichen Demontagemaßnahmen betroffen, sahen sich mit ihrer geplanten Entflechtung konfrontiert, wenn nicht gar die komplette Enteignung und Verstaatlichung drohte. Diese prägenden Erfahrungen waren der Hintergrund, vor dem deutsche Industrielle und Bankmanager begannen, Anschluss an den sich etablierenden Opferdiskurs der Nachkriegszeit zu suchen und eigene Gegennarrative zu entwickeln. Diese ersten unternehmerischen Deutungsansätze verweisen auf einen frühen Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne, in dem Konzernleitungen versuchten, nicht nur sich gegenüber den drohenden Anklagen mit einer tragfähigen Version ihrer eigenen Geschichte zu wappnen, sondern auch mittels einer neuen Unternehmensidentität in der Öffentlichkeit sowie unter ihren eigenen Mitarbeitern verloren geglaubte Legitimität zurückzugewinnen. Das Kriegsende und die ersten Nachkriegsjahre bedeuteten für Unternehmer und Manager vorerst eine tiefe Verunsicherung in ihrer Selbstwahrnehmung und ihrem sozialen Status, dabei stand der »Höhepunkt dieser Demütigung«[70] noch aus: die Nürnberger Industriellen-Prozesse.

2.2 Der Nürnberger IG Farben-Prozess und seine Narrative

Auftakt in Nürnberg und die Rolle der Wirtschaft

Im internationalen Militärtribunal gegen die sogenannten Hauptkriegsverbrecher sollte ursprünglich auch ein Repräsentant der deutschen Industrie auf der Anklagebank Platz nehmen. Neben der verbliebenen NS-Führungsspitze

69 BAL, 205/4, Demontage-Plan und Chemische Industrie, 29.10.1947.
70 Wiesen, West German Industry, S. 68.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
und den führenden Militärs beabsichtigten die alliierten Anklagevertreter, symbolisch einen deutschen Unternehmer anzuklagen. Obwohl der Rüstungsbeitrag der IG Farben zur deutschen Kriegswirtschaft der vielseitigste und umfangreichste gewesen war, so hatte der traditionsreiche Name Krupp als »Deutschlands Kanonenkönige« und »Rüstungsschmiede der Nation« im In- und Ausland den bedeutsameren Assoziationsraum.[71] Ein altes Familienunternehmen, das, geführt vom Familienpatriarchen, konkrete Waffen wie Geschütze und Panzer herstellte, personifizierte im Sinne der Anklage die Rüstungswirtschaft griffiger als ein hochdifferenzierter Chemie-Konzern mit seinen unterschiedlichen Vorprodukten zur Waffenherstellung. Allein: Den alliierten Hauptankläger war ein folgenschwerer Fehler in der Vorbereitung der Anklage unterlaufen.[72] Während die britischen, französischen und russischen Vertreter davon ausgingen, dass das prominente Familienoberhaupt Gustav Krupp von Bohlen und Halbach angeklagt werden sollte, wollten die amerikanischen Ankläger um Robert Jackson den weniger bekannten Sohn Alfried vor Gericht stellen, der ab 1943 der tatsächliche Unternehmenschef gewesen war. Dieser entscheidende Unterschied fiel den alliierten Anklagevertretern erst zum Ende der Anklagevorbereitung auf, und sie versäumten es, sowohl die den beiden Krupps zur Last gelegten Verbrechen miteinander zu vergleichen, als auch den Gesundheitszustand des älteren Krupp zu überprüfen. Als schließlich kurzerhand Gustav Krupp von Bohlen und Halbach auf die Anklageliste gesetzt wurde und man ihm die Anklageschrift überbringen wollte, traf der amerikanische Vertreter des IMT einem greisen Mann an, der bettlägerig war, kaum mehr sprechen konnte und von schwerer Krankheit gezeichnet war. Nachdem seine Verhandlungsunfähigkeit ärztlich festgestellt worden war, stellte Jackson den Antrag, den Sohn Alfried nachzunominieren, aber letztlich wurde dieser Versuch vom Gericht abgewiesen, und der in der Öffentlichkeit anfangs viel beachtete und nicht unumstrittene »Hauptkriegsverbrecherprozess« in Nürnberg wurde ohne einen Industriellen geführt.

Es war unter anderem diese Leerstelle, die insbesondere bei den amerikanischen Anklägern die Absicht nährte, ein weiteres internationales Tribunal, ein »IMT 2«, einzurichten, das sich ausschließlich mit Vertretern der Wirtschaft befassen sollte.[73] Den Beteiligten war dabei bewusst, dass die Anklage gegen Industrielle einige Fallstricke mit sich brachte und das bereits im IMT-Prozess bemühte »Tu quoque«-Argument zum Bumerang für die Alliierten werden konnte. Der angeklagte ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht hatte es gegenüber einem US-Offizier so auf den Punkt gebracht:

71 Vgl. z. B. Menne, Krupp.

72 Vgl. Taylor, Nürnberger Prozesse, S. 118 ff.; Abelshauser, Rüstungsschmiede, S. 462-465. Anders in der Einschätzung dagegen Priemel, Tradition, S. 438.

73 Hierzu und zur im weiteren Verlauf dargestellten Genese der Nürnberger Industriellen-Prozesse vgl. Priemel/Stiller, »Nürnberg«; Priemel, »Story of Betrayal«.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

»Wenn Sie Industrielle, die mitgeholfen haben, Deutschland aufzurüsten, anklagen wollen, dann müssen Sie sich auch Ihre eigenen Industriellen vorknöpfen. Die Opel-Werke, zum Beispiel, die nichts als Kriegsausrüstung produzierten, gehörten Ihren General Motors. Nein, so kann man das nicht machen. Sie können nicht Industrielle anklagen.«[74]

Schacht sollte nicht Recht behalten. Noch während der IMT-Prozess andauerte, gab es im Frühjahr 1946 zwischen den alliierten Prozessbeteiligten Rücksprachen über eine mögliche weitere Anklageliste, auf der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach nunmehr gesetzt sein sollte. Die Amerikaner erwogen, aus einer Liste von 125 in Frage kommenden Bankiers und Industriellen eine kleine Gruppe von sechs bis acht Personen auszuwählen, um ein möglichst prägnantes Spektrum der deutschen Wirtschaft abzubilden. Darunter waren unter anderem Hermann Schmitz und Georg von Schnitzler von der IG Farben, Friedrich Flick, Hermann Röchling, Kurt von Schröder und Paul Pleiger. Auch wenn eine Vielzahl von Unternehmen anfangs im Fokus der alliierten Anklagebehörden gestanden hatten, so orientieren sich diese ersten Strafverfolgungsansätze doch oftmals an der Prominenz der Unternehmen und vermochten die NS-Wirtschaft noch nicht in ihrer Tiefe zu erfassen. Ein Konzern wie die Degussa zum Beispiel musste sich trotz seiner Verstrickung mit der NS-Rüstungs- und Vernichtungspolitik vorerst keiner strafrechtlichen Verantwortung stellen – zu wenig aussagekräftig waren offenbar die in der Konzernzentrale verbliebenen Firmenunterlagen, und die amerikanischen Ermittler sahen von einer kollektiven Anklage gegen das Unternehmen ab.[75]

Zu einem »IMT 2« sollte es jedoch nicht mehr kommen. Die wachsenden Unstimmigkeiten zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Militärregierung, aber auch der Unwille auf Seiten der Briten, weitere Verfahren anzuschieben, führten dazu, dass sich die Alliierten auf keinen weiteren gemeinsam geführten Prozess mehr einigen konnten. Der entsprechende Plan wurde im Herbst 1946 endgültig verworfen, und weitere Verfahren wurden, wie es im Kontrollratsgesetz Nr. 10 angelegt worden war, den jeweiligen Besatzungszonen überlassen. Vor diesem Hintergrund übernahm vor allem die amerikanische Besatzungsbehörde die Initiative, in ihrer Zone weitere Prozesse zu organisieren.[76] Die bereits zu Jahresanfang eingerichtete und von Telford Taylor geleitete »Subsequent Proceedings Division« erhielt mehr Eigenständigkeit und weiteres Personal, um die schon laufenden Recherchen auszubauen. Im weiteren Verlauf wurden umfangreiche Dokumentenserien angelegt und der Fokus der Strafverfolgung auf weitere Verbrechenskomplexe und Tätergruppen

74 Schacht zitiert in Gilbert, Tagebuch, S. 425. Vgl. ebenfalls S. 307 (»Die anderen Mächte haben es [die Aufrüstung] doch genauso gemacht. Das ist doch kein Verbrechen […].«)

75 Vgl. Hayes, Degussa, S. 327.

76 Die Franzosen richteten noch einen einzigen Prozess gegen Hermann Röchling ein. Vgl. Berger/Joly, »Fall 13«.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ausgeweitet, die im IMT nur am Rande zur Sprache gekommen waren. Auch auf ihre Außenwirkung bedacht, sollten die zusätzlichen Gerichtsverfahren klarstellen, dass jenseits der »Hauptkriegsverbrecher« auch weitere Funktionseliten des »Dritten Reiches« zur Verantwortung gezogen werden würden. Die Auswahl der Angeklagten und die konzeptionelle Gliederung der Verfahren deuteten den »institutionellen Ansatz« der US-Ankläger an, dass mit juristischen Mitteln die Funktionsweisen und Machtstrukturen des »Dritten Reiches« analysiert werden sollten. Letztlich wurden vor insgesamt zwölf weiteren Militärgerichtshöfen exemplarisch Vertreter unter anderem aus den Bereichen Justiz, politische Verwaltung, Diplomatie, Wehrmacht und Medizin angeklagt. Mit einem deutlichen Schwerpunkt konzentrierte sich das Prozessprogramm mit allein drei bzw. vier von zwölf Verfahren auf den Bereich der Wirtschaft, in denen Anklage erhoben wurde gegen Friedrich Flick und fünf seiner engsten Mitarbeiter, gegen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach und elf Direktoren des Krupp-Konzerns sowie gegen dreiundzwanzig Manager der IG Farben.[77]

Schon die Planung und Entwicklung des IMT hatte auf westalliierter Seite im Zeichen verschiedener Diskurse britischer und amerikanischer Juristen, Politikwissenschaftler, Historiker und nicht zuletzt Ökonomen gestanden, wie das »Dritte Reich« zu begreifen und abzuwickeln war. Eine der einflussreichsten Studien war Franz L. Neumanns 1942 unter dem Titel »Behemoth« erschienene Analyse über die »Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944« gewesen. Das »Dritte Reich«, so argumentierte Neumann, war kaum als Staat zu begreifen, sondern war vielmehr durch vier Machtblöcke geprägt, die mit ihren widersprüchlichen Interessen und Kompromissen die Herrschaft nach eigenen Regeln ausübten. Als die vier eigenständigen, aber wechselseitig abhängigen Blöcke identifizierte Neumann die NSDAP bzw. SS, das Militär, die Ministerialbürokratie und die »Monopolwirtschaft«, wobei er insbesondere die Zeit der NS-Kriegswirtschaft durch einen Prozess der stetigen Verschmelzung von Wirtschaft, Partei und Staat charakterisiert sah und eine langsame Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den »herrschenden Gruppen« zu Gunsten der NSDAP bzw. SS ausmachte.[78] Neumanns Studie »Behemoth« und seine Betonung der Bedeutung von Kartellen war einer von vielen Texten, die den diskursiven Hintergrund der US-Ankläger bildeten, vor dem sie die Rolle von Unternehmen im Nationalsozialismus zu verstehen und wichtige Repräsentanten der Wirtschaft verantwortlich zu machen suchten. In diesem Sinne verdichteten sich die Industriellen-Prozesse zu der Frage nach

77 Im »Wilhelmstraßen«-Prozess standen jenseits des Fokus auf Repräsentanten des Auswärtigen Amtes auch die fünf »Manager mit politischem Amt oder Mandat« Wilhelm Keppler, Paul Körner, Paul Pleiger, Hans Kehrl und Emil Puhl sowie der Vorstandssprecher der Dresdner Bank Karl Rasche vor Gericht. Vgl. Ahrens, Wilhelmstraßen-Prozess (Zitat S. 353).

78 Neumann, Behemoth. Vgl. dazu Kershaw, NS-Staat, S. 95 f. Zum fraglichen Einfluss auf die NMT-Verfahren vgl. Ahrens, Wilhelmstraßen-Prozess, S. 371-375; Drecoll, Auftakt, S. 381 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
dem Verhältnis von Nationalsozialismus und Kapitalismus bzw. zu der Unterscheidung eines »guten« und eines »pervertierten Kapitalismus«.[79] Vor dem Hintergrund des vielstimmigen amerikanischen Antitrust-Diskurses und der langjährigen, traditionellen US-Gesetzgebung war das Anklagekonzept von Taylor und seinen Mitarbeitern durchzogen von der Differenzierung zwischen zwei Formen der Wirtschaftsorganisation: Auf der einen Seite traten sie für das Idealbild einer liberalen Marktwirtschaft ein, die Wettbewerb fördere und allgemeinen Wohlstand mehre. Auf der anderen Seite sahen sie eine korrumpierte Form von Kapitalismus, die sich vor allem in staatsnahen Trusts ausdrücke und deren verhängnisvolle Machtkonzentration nicht nur wirtschaftliche Entwicklung behindere, sondern auch Pluralismus und Demokratie sowie letztlich den internationalen Frieden gefährde.[80]

In diesem Sinne waren alle drei bzw. vier Anklagen gegen Repräsentanten der Wirtschaft geprägt von einer Vorstellung der unheilvollen Verschwörung zwischen der NS-Politik und der deutschen Wirtschaft, in der Kartelle und Trusts eine entscheidende Rolle bei der Planung und Durchführung des gigantischen NS-Eroberungsfeldzuges gehabt hätten. Friedrich Flick und seine führenden Mitarbeiter waren die Ersten, gegen die im Februar 1947 Anklage erhoben wurde. In diesem »Musterfall« stand vor allem die Person Flick im Mittelpunkt der Anklage, die von Flick das Bild eines »Prototypen des Monopolkapitalisten« zeichnete, der opportunistisch-dankbar die Angebote der NS-Politik angenommen und sich an »Arisierungen«, Plünderungen, Aufrüstung sowie der Ausbeutung von Zwangsarbeitern beteiligt habe.[81] Von langer Hand geplant war, wie oben beschrieben, auch das Verfahren gegen den Krupp-Konzern, das jedoch erst im August 1947 offiziell eröffnet wurde. Krupp war für die Anklagevertreter geradezu das Synonym für Rüstung und Schwerindustrie – in einer langen Traditionslinie von preußischem Militarismus, deutschem Imperialismus und industriellem Expansionsstreben, die es nun endgültig zu zerschlagen gelte.[82] Mit Karl Rasche und einer heterogenen Gruppe von Schlüsselfunktionären der NS-Kriegswirtschaft standen zudem ein hochrangiger Bankvorstand und fünf namhafte »Manager mit politischem Amt oder Mandat« vor Gericht. Rasche war dabei als ehemaliger Vorstandssprecher der Dresdner Bank der »Exempelkandidat« für die von der Anklage beschworene Gefahr der deutschen Großbanken, deren willige Finanzierung von Krieg und Verbrechen eigentlich in einem eigenen Verfahren hätte aufgegriffen werden sollen.[83] Zu guter Letzt war das wohl prominenteste Beispiel für den fehler-

79 Priemel, »Story of Betrayal«, S. 71

80 Vgl. ebd., S. 89-100.

81 Zum Flick-Prozess vgl. grundsätzlich Priemel, Flick, S. 620-649; Frei u. a., Flick, S. 401-441; Drecoll, Auftakt, S. 376-404 (Zitate S. 377, 384).

82 Zum Krupp-Prozess vgl. grundsätzlich Priemel, Sonderweg; Abelshauser, Rüstungsschmiede, S. 465-472; Priemel, Tradition.

83 Vgl. dazu grundsätzlich Ahrens, Exempelkandidat; Ahrens, Dresdner Bank, S. 80-114; Ahrens, Wilhelmstraßen-Prozess (Zitat S. 353).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
haften deutschen Kapitalismus und die verhängnisvolle Machtkonzentration in der deutschen Industrie in den Augen der US-Ankläger der Archetyp eines Trusts schlechthin: die IG Farben.

Vorbereitungen des IG-Prozesses und widerstreitende Narrative

IG Farben – dieser Name stand einst für gewaltige Wirtschaftskraft. Durch den Zusammenschluss von acht deutschen Chemieunternehmen im Jahr 1925, darunter Bayer, BASF und Hoechst, und mit prägenden Unternehmerpersönlichkeiten wie Carl Bosch und Carl Duisberg war die IG Farben nicht nur das größte nichtstaatliche Unternehmen der Weimarer Republik, sondern zählte hinsichtlich der Mitarbeiterzahlen und der Umsatzstärke zu den größten Konzernen weltweit.[84] Sie unterhielt zahlreiche internationale Geschäftsbeziehungen und unter anderem enge Verbindungen in die USA zu DuPont und Standard Oil. Mit ihrem finanzstarken Forschungsapparat, der enormen Produktpalette und der tiefen Wertschöpfungskette deckte die IG ein großes Spektrum der chemischen Produktion ab – von Medikamenten und Farbstoffen über Düngemittel, synthetische Treibstoffe und synthetischen Kautschuk bis hin zu künstlichen Fasern und Fotopapier.

IG Farben – dieser Name war einst diskursiver Zündstoff. Die IG Farbenindustrie beflügelte neben dem »Kanonenkönig« Krupp wie kein zweites deutsches Unternehmen die Phantasie von Freund und Feind. Die Größe der IG war immer auch eine riesige Projektionsfläche für die Geschichten und Gerüchte unterschiedlichster Interessengruppen. So entwickelten sich seit den zwanziger Jahren die verschiedensten Narrative über die IG Farben, die sowohl im Wirtschaftsdiskurs als auch im politisch-ideologischen Diskurs ihrer Zeit um Deutungshoheit rangen. Ob Marxisten, Nationalsozialisten oder bürgerliche Konservative der Weimarer Republik – Kritiker und Konkurrenten der IG, aber auch die IG-Angehörigen selbst schufen so in den ersten Jahren der IG einen vielseitigen Mythos, dessen Geschichte immer wieder in den unterschiedlichen politischen Kontexten funktionalisiert wurde.[85]

Ein bedeutsames Narrativ über die IG Farben entstand unterdessen nicht in Deutschland, sondern in den USA. Die Marktmacht der IG machte sie für manche amerikanische Beobachter bereits in den zwanziger Jahren zu einer »monströs getarnten Treibmine im aufgewühlten Meer des Weltfriedens«.[86] Der kritische Blick auf die IG Farben stand in engem Zusammenhang mit

84 Zur Geschichte der IG Farben vgl. Hayes, Industry; G. Plumpe, IG Farbenindustrie; Roth, Anmerkungen. Für die einzelnen Betriebsgruppen vgl. auch Lindner, Hoechst; Stokes, BASF.

85 Vgl. bspw. Wickel, I.-G. Deutschland (»geheime Regierung der Republik«). Zur Funktionalisierung der IG in den Folgeverhandlungen zum Versailler Vertrag in den späten zwanziger Jahren, der Rolle in der Weimarer Republik und der ambivalenten Haltung zur NSDAP vor 1933 vgl. Hayes, Industry, S. 32-68.

86 Zitiert im Vorwort von Peter Hayes in: Lindner, Hoechst, S. X.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
einem traditionellen Anti-Trust-Politikverständnis in den USA, das auf den Sherman Act von 1890 zurückging. Die Verfechter der reinen Lehre des liberalen Kapitalismus sahen die deutsche Form des »korporativen« Kapitalismus, der die Zusammenarbeit der Unternehmen über den Wettbewerb stellte, äußerst kritisch und als wesensfremd zur demokratischen Idee.[87] Während die Debatte über die Ächtung von Kartellen in der amerikanischen Politik über Jahrzehnte kontrovers verlaufen war, dominierten ab Mitte der dreißiger Jahre und spätestens ab dem Kriegseintritt der USA wieder die scharfen Angriffe gegen die IG aus den Reihen jener Ökonomen und Juristen, die auch später an der Nürnberger Anklage gegen die IG Farben maßgeblich beteiligt sein sollten. Das Aufkommen von internationalen Kartellen stellte in ihren Augen eine wachsende Bedrohung für die amerikanische Industrie dar und die IG Farben waren fast immer das wichtigste Beispiel. Einer der prominentesten Kartell-Bekämpfer war Senator Harley M. Kilgore im US-Kongress. In dem nach ihm benannten Senatskomitee wurden regelmäßig Anhörungen durchgeführt und diverse Berichte herausgegeben, die die amerikanische Öffentlichkeit für die Gefahr von Kartellen wie die IG Farben zu sensibilisieren suchten: Die IG behindere US-Unternehmen in ihren Aktivitäten, ziehe Betriebsgeheimnisse ab und verwehre den Zutritt zu ausländischen Märkten – dies seien die »Waffen der ökonomischen Kriegsführung« gegen den Weltfrieden.[88] Zeitgleich erschienen in den Kriegsjahren eine Reihe von Publikationen mit teils akademischem, teils polemischem Charakter. Darunter war auch ein vielbeachtetes Buch des Leiters der Kartellabteilung im Justizministerium, der das deutsche Weltmachtstreben insbesondere durch Kartelle wie das der IG-Farben getragen sah.[89] Vor dem Hintergrund, dass die IG Farben umfangreiche Geschäftsbeziehungen mit US-Firmen wie Standard Oil unterhielt, wurde nicht zuletzt die Frage hitzig diskutiert, ob die IG Farben nicht auch das Rüstungspotential der US-Industrie untergrabe. Dementsprechend plakativ zeichnete etwa ein illustriertes Pamphlet von 1942 die IG Farben als riesige schwarze Krake, die mit ihren mächtigen Tentakeln den gesamten Erdball fest im Griff hielt.[90]

So polemisch manche Publikationen als Kriegspropaganda eingeordnet werden können, so fand das Narrativ vom kriegstreiberischen Chemiekartell doch auch Eingang in die US-Regierungspolitik.[91] Es war kein Geringerer als US-Finanzminister Henry Morgenthau, der sich der US-Planung einer finanzwirtschaftlichen Nachkriegsordnung annahm und sich für eine radikale Entmilitarisierung und Deindustrialisierung des Deutschen Reiches stark-

87 Vgl. Priemel, »Story of Betrayal«, S. 78 f.; zur »korporativen Marktwirtschaft« in Deutschland vgl. grundsätzlich Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, 51-59.

88 Vgl. Maddox, Kilgore, S. 174-194 (das Zitat von US-Präsident Franklin D. Roosevelt in Reaktion auf die Kilgore-Berichte, S. 179).

89 Borkin/Welsh, Germany's master plan.

90 Boylan, Apocalypse.

91 Zur Entwicklung der US-Besatzungspolitik in Bezug auf die deutsche Wirtschaft vgl. Stokes, Divide, S. 38 ff.; Wiesen, West German Industry, S. 41-44.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
machte – die IG Farben stand neben den Konzernen der Schwerindustrie dabei im Mittelpunkt der Überlegungen.[92] Der später sogenannte »Morgenthau-Plan« war in der amerikanischen Administration jedoch höchst umstritten: Auf der einen Seite standen Morgenthau und seine Mitarbeiter, die zumeist ihre politische Sozialisation in der New-Deal-Politik von Franklin D. Roosevelt erfahren hatten, wie der Leiter der OMGUS-Finance Division Bernard Bernstein. Die andere Seite wurde maßgeblich vertreten durch Mitarbeiter des US-Außenministeriums, darunter der Leiter der OMGUS-Economic Division William H. Draper. Im Einklang mit den meisten amerikanischen Großindustriellen befürworteten sie einen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft und betonten vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion die Notwendigkeit eines wirtschaftlich starken Deutschlands.[93]

Auch wenn der Morgenthau-Plan nie offizielles Besatzungsprogramm wurde, so waren die ersten Anordnungen der amerikanischen Militärregierung wie die JCS 1067 als Grundlage der amerikanischen Besatzungspolitik durchaus noch von ihm beeinflusst. Im Juli 1945 erklärte ein Ausführungsbefehl der US-Militärregierung zum Kontrollratsgesetz Nr. 52 unmissverständlich: »Der IG Farben-Konzern hat eine herausragende Rolle in der deutschen Kriegswirtschaft gespielt und durch seine internationalen Aktivitäten die Verteidigungsbereitschaft der Alliierten gefährdet; solange er sich unter deutscher Kontrolle befindet, bedeutet er eine Gefahr für die Welt. Deshalb werden alle IG-Betriebe in der amerikanischen Besatzungszone unter Aufsicht der Militärverwaltung gestellt, das Management entlassen und die Rechte der Aktionäre außer Kraft gesetzt.«[94] Diese Haltung gegenüber der IG Farben übernahmen alle Alliierten für ihre jeweiligen Besatzungszonen, und das im September 1945 eigens erlassene Kontrollratsgesetz Nr. 9 besiegelte die Beschlagnahmung und Kontrolle des gesamten Vermögens der IG Farben.

Als wichtigste Argumentationshilfe und späterer Beweis diente dabei ein Bericht der Finance Division unter dem langjährigen Morgenthau-Mitarbeiter Bernard Bernstein, der alle Aspekte des amerikanischen Narrativs vom aggressiven Industrieimperium vereinte. Bereits zu Kriegszeiten hatten jene »field teams« der Finance Division ihre Ermittlungen begonnen, die Morgenthau dem amerikanischen General Eisenhower an die Seite gestellt hatte, um im Rücken der siegreichen US-Armee auf deutschem Gebiet aussagekräftige Akten für potentielle Wirtschaftsprozesse zu beschlagnahmen. Unter der Leitung Bernsteins verfasste die Finance Division einen Bericht, der das gesammelte Belastungsmaterial zusammenführte und schwere Vorwürfe erhob: Die IG sei durch ihre Geldspenden nicht nur mitverantwortlich für Hitlers »Machtergreifung«, ihre ökonomische Macht und insbesondere ihre zahlreichen, zum

92 Vgl. Morgenthau, Germany. Dazu auch Greiner, Morgenthau-Legende.
93 Vgl. Mausbach, Morgenthau und Marshall, S. 75-80, 114 f.
94 Zitiert nach Boll, IG Farben-Prozess, S. 133.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Teil getarnten Auslandsbeteiligungen seien eine wesentliche Unterstützung bei der Planung und Durchführung des Angriffskrieges gewesen. Zudem sei die IG das zentrale Fundament der NS-Kriegswirtschaft gewesen, da sie nicht zuletzt mit ihren synthetischen Produkten wie Benzol (Treibstoff) oder Buna (Kautschuk) das NS-Regime mit kriegswichtigen Rohstoffen versorgt und die alliierte Rohstoffblockade untergraben habe. Schließlich habe sie eine herausragende Rolle bei der Ausbeutung der eroberten Länder gespielt und es auf die Herrschaft über die gesamte Chemieindustrie Europas abgesehen.[95] Vor dem Kilgore-Senatskomitee bezeichnete Bernstein die IG Farben als »Industrie- und Wirtschaftsimperium, das als treibende Kraft in der deutschen Industrie zweimal innerhalb einer Generation an der Führung von Kriegen beteiligt war, die auf die Zerstörung und Versklavung der gesamten zivilisierten Welt abzielten.«[96] So wie andere erste Ansätze zur Analyse des NS-Regimes die US-Ermittler in ihren Vorstellungen von der NS-Wirtschaft geprägt hatten,[97] so gab der Bericht Bernsteins wichtige Impulse für den Prozess gegen die IG Farben und die entsprechenden Planungen zu ihrer Entflechtung. Als Anfang 1947 die Anklagevertretung berufen und Josiah E. DuBois zum stellvertretenden Chefankläger ernannt wurde, schloss sich ein Kreis: Mit der Ernennung von DuBois, der während des Kriegs ebenfalls zum engeren Zirkel um Morgenthau gehört hatte, führte eine klare Linie vom Anti-Kartell-Gestus der Kriegszeit über die Ermittlungen von Bernsteins Finance Division zur Anklageschrift im Nürnberger IG-Farben-Prozess. Das Narrativ von der IG Farben als kriegstreiberisches Chemiekartell hatte sich vorerst durchgesetzt.

Die inhaftierten IG-Manager nutzten das pathetisch-düstere US-Narrativ, um diesem ihre eigene geschichtliche Darstellung plakativ entgegenzusetzen. Sie hatten ihre Rechtsanwälte sorgfältig ausgesucht, und Chefankläger Telford Taylor konnte bereits erahnen, was auf das Gericht zukommen sollte, kannte er doch viele der Rechtsanwälte aus dem IMT und den laufenden Nürnberger »Nachfolgeprozessen«. Rechtsanwalt Rudolf Dix beispielsweise hatte im IMT erfolgreich den ehemaligen Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht verteidigt – in den folgenden Industriellen-Prozessen übernahm er nun die Verteidigung von Friedrich Flick und dem IG-Vorstandsvorsitzenden Hermann Schmitz. Die Rechtsanwälte Otto Kranzbühler und Walter Siemers wiederum hatten sich im IMT intensiv mit der amerikanischen und völkerrechtlichen Rechtsauslegung beschäftigt und die Großadmirale Karl Dönitz und Erich Raeder vertreten – nun hielten beide Anwälte Mandate für eine ganze Reihe von

95 Vgl. OMGUS, IG Farbenindustrie, S 15-28, 161 ff., 193 ff., 263.

96 OMGUS, I. G. Farbenindustrie, S. 308.

97 Im Allgemeinen etwa Franz Neumanns Analyse *Behemoth* (vgl. Ahrens, Wilhelmstraßen-Prozess, S. 371-375; Drecoll, Auftakt, S. 381 f.) oder konkret im »Fall Krupp« Bernhard Mennes Buch *Krupp. Deutschlands Kanonenkönige* (vgl. Priemel, Sonderweg).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

prominenten Krupp-, Flick- und IG-Managern.[98] Angesichts der drohenden Anschuldigungen hatten bereits während des noch laufenden IMT-Verfahrens die der Industrie nahestehenden Anwälte begonnen, ein Dokumentenarchiv am Gerichtsort aufzubauen.[99] Das alsbald sogenannte »Industriebüro« wurde finanziert insbesondere durch Mittel der deutschen Schwerindustrie und sollte fortan entlastende Schriftstücke und Zeugenaussagen sammeln sowie öffentlichkeitswirksame Schadensbegrenzung in der westdeutschen Presse betreiben. Materialsammlungen wurden nicht nur zu den Schwergewichten der deutschen Industrie erstellt, sondern auch zu den weniger bekannten Unternehmen, die von der Entnazifizierung betroffen waren. Als im Frühjahr 1947 die ersten Anklagen gegen Industrielle erhoben wurden, konnte das Büro seine Funktion als Koordinationsstelle der Rechtsanwälte und als Pressestelle für die Außendarstellung der Verteidigung unter Beweis stellen. Die Verteidiger der drei Industriellen-Prozesse gaben sich untereinander wichtige Dokumente weiter und tauschten sich über entlastende Beweisführungslinien aus.[100] Während enge Flick-Mitarbeiter erste Argumentationsvorlagen erstellten, arbeitete man auch bei der Krupp AG an einer eigenen Darstellung der Konzerngeschichte.[101] Aber auch die IG-Angeklagten selbst waren nach ihrer Verhaftung nicht untätig geblieben. Dabei stach insbesondere ein Angeklagter hervor: Fritz ter Meer.

Schon in den ersten Monaten nach Kriegsende hatte sich ter Meer als eine der dominanten Persönlichkeiten der IG Farben behauptet, die er auch die Jahre zuvor als Vorstandsmitglied und Direktor des »Technischen Ausschusses« (TEA) gewesen war. Fritz ter Meer entstammte einer alteingesessenen niederrheinischen Familie und war der Sohn von Edmund ter Meer, dem Begründer der Teerfarbenfabrik in Uerdingen, die sich 1925 auch an dem IG Farben-Zusammenschluss beteiligte und dessen neuem Vorstand Fritz ter Meer von Anfang an angehörte. Sein Arbeitsbereich erstreckte sich über ein großes Spektrum von chemischen Zwischen- und Endprodukten, darunter so wichtige Forschungsfelder wie die Kautschuk-Synthese. Die Verhandlungen mit staatlichen Wirtschafts- und Rüstungsplanern über den Bau von Buna-Fabriken, die Erprobung neuer Verfahren und die Ausweitung von Produktionskapazitäten machten ter Meer zu einem wichtigen Protagonisten der

98 Kranzbühler vertrat Odilo Burkhart (Flick), zeitweise Hermann Schmitz und Alfried Krupp von Bohlen und Halbach persönlich – im französischen »Nachfolgeprozess« verteidigte er Hermann Röchling; Siemers übernahm die Mandate für Bernhard Weiß (Flick), IG-Vorstand Georg von Schnitzler und Karl Eberhardt bzw. Eduard Houdremont aus dem Krupp-Vorstand. Eine Übersicht über die Verteidiger und deren Mehrfachmandate bietet Priemel/Stiller NMT, S. 773 f., 797-812.

99 Zum »Industriebüro« vgl. Wiesen, West German Industry, S. 70-73; Wiesen, Verteidigung, S. 636 f.; Priemel, Gekaufte Geschichte, S. 182.

100 Vgl. exemplarisch die Absprachen zwischen Walter Siemers und dem Leiter des »Industriebüros«, Heinz Nagel, über die Nutzung von Gutachten im Flick- und im IG-Farben-Prozess, in: BAL, 207/17.

101 Zu den Prozessvorbereitungen bei Flick und den Verbindungen zum »Industriebüro« vgl. Priemel, Flick, S. 625-634. Zu Krupp vgl. Priemel, Tradition, S. 450 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
nationalsozialistischen Rüstungs- und Autarkiepolitik – bis er im April 1945 von amerikanischen Truppen in Italien festgenommen wurde.[102] Nach Kriegsende wurden alle Vorstandsmitglieder von den jeweiligen Besatzungsbehörden inhaftiert und bis zum Winter 1945 intensiv verhört. Dabei äußerten sich insbesondere die Manager des Kaufmännischen Ausschusses freimütig gegenüber den US-Offizieren und machten Aussagen zu wichtigem Beweismaterial der Anklage. So gab etwa der Direktor des Kaufmännischen Ausschusses, Georg von Schnitzler, unumwunden zu Protokoll, die IG habe in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft eine »entscheidende Rolle« gespielt.[103] Als sich die Inhaftierten Anfang des Jahres 1946 im Gefängnis Kransberg wiedersahen, war es insbesondere ter Meer, der diese Aussagen hart kritisierte und darauf drängte, eine gemeinsame Verteidigungsstrategie zu entwickeln. In nahezu täglichen Besprechungen wurden Aussagen abgeglichen und Sichtweisen diskutiert – sie sollten am Ende stringent und widerspruchsfrei sein. Ter Meer versammelte seine Kollegen des »Technischen Ausschusses« hinter sich und setze die »Kaufleute« dermaßen unter Druck, dass diese ihre Aussagen letztlich alle korrigierten bzw. widerriefen.[104] Um eine einheitliche Verteidigung aufzubauen und Personen wie Schnitzler auf eine Linie einzuschwören, skizzierte ter Meer eine kurze Argumentationshilfe gegen die Auschwitz-Vorwürfe[105] und verfasste eine eigene Darstellung der IG-Geschichte, die er auch im Prozess als Beweisstück seiner Verteidigung vorlegen sollte.[106] Diese »Kransberger Denkschrift« von Fritz ter Meer, ein »Überblick über die technische Entwicklung

102 Für eine ausführliche Darstellung der Biographie ter Meers vgl. Brünger, Vergangenheit, 186-192.

103 Von Schnitzlers Aussage vom August 1945 zitiert in NAW, T301, Reel 38, Affidavit Georg von Schnitzler, NI-5196, S. 1 f.

104 Seine mehrfachen Korrekturen und Nachbesserungen begründete von Schnitzler mit den Worten, er habe sich als »Nichttechniker und Kaufmann« erst durch die »in der Denkschrift ter Meer niedergelegten Vorgänge« ein einwandfreies Bild verschaffen können (vgl. NAW, T301, Reel 38, NI-5191, Affidavit Georg von Schnitzler, 4.3.1947, S. 4, bzw. NAW, T301, Reel 38, NI-5196, Affidavit Georg von Schnitzler, 18.3.1947). Noch im Verlauf des Prozesses musste sich von Schnitzler von den Mitangeklagten kritisieren lassen und sich letztlich der Gesamtverteidigung fügen, die seine Aussagen als von den US-Ermittlern abgepresste Aussagen einzustufen versuchte. Das Gericht schloss sich dieser Argumentation an und bewertete Schnitzlers ursprüngliche Aussagen als »fragwürdige« Beweisstücke (BAL, 207/23, Walter Siemers an alle IG-Verteidiger, 10.12.1947; NAW, M892, Reel 112, Schlussurteil, 29.7.1948, S. 54). Auf Grundlage seiner Denkschrift intervenierte ter Meer im März 1946 auch in anderen Fällen wie zum Beispiel bei Hermann Schmitz, dessen Aussagen er nachträglich umfangreich abänderte (vgl. den Schriftwechsel in BAL, 207/15, vol. 1).

105 BAL, 207/7.2, »Die I. G. in Auschwitz«, o. D.

106 Zum gezielten Umgang mit der Denkschrift vgl. BAL, 207/15, vol. 6, Fritz ter Meer an Lameth, 15.8.1947. Die Bezeichnung der Denkschrift im Prozess zitiert bspw. NAW, M892, Reel 52, Zeugenaussage ter Meer, 11.2.1947, S. 6928. Als Beweisstück der Verteidigung Nr. 334 eingebracht in: NAW, T301, Reel 58, NI-5187, »Kransberger Denkschrift«. Ein Manuskript der Denkschrift in BAL, 563/563/1 (o. D.).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der IG Farbenindustrie AG seit der Gründung bis zum Ende des Krieges«, gab die Leitlinie der Verteidigung vor und diente späteren Darstellungen der IG-Geschichte als Grundlage.

Das 19-seitige Dokument war grob nach den antizipierten Anklagepunkten gegliedert und führte entsprechende Gegenargumente auf. Gegen den amerikanischen Anti-Kartell-Gestus ordnete ter Meer einleitend die IG Farben als normalen Firmenzusammenschluss in einer für die gesamte Weltwirtschaft »ausgesprochenen Epoche der großindustriellen Entwicklung« ein. Es sei »einfach eine logische Folgerung« gewesen, dass die IG durch die technologischen Innovationen und Forschungen im Bereich der chemischen Industrie groß gewachsen sei – und zwar bereits vor 1933.[107] Daraufhin listete das Papier eine Vielzahl wissenschaftlicher Forschungsleistungen und innovativer technischer Verfahren auf, mit denen die IG Farben der Welt gedient habe. Dabei griff ter Meer auf Rollenbeschreibungen von Forschern und Kaufleuten zurück, die schon in den IG-Selbstbeschreibungen der zwanziger Jahre gern genutzt worden waren. Im Hauptteil argumentierte er präventiv gegen die zentral im Raum stehenden Anschuldigungen der alliierten Anklagebehörde. Um den Vorwurf der politischen und finanziellen Unterstützung der NSDAP vor und nach der »Machtergreifung« zu entkräften, rekurrierte ter Meer auf die populäre Behauptung über die Friedfertigkeit der ersten Wirtschaftsprogramme der NSDAP (»Arbeit und Brot für das deutsche Volk!«), um im gleichen Atemzug die »grundsätzlich ablehnende Einstellung« der Partei gegenüber der Großindustrie anzuführen – die Parteispenden und Absprachen mit Hitler ließ er dabei unter den Tisch fallen.[108] Hinsichtlich der Aufrüstungspolitik bemühte er sich zu differenzieren, dass die chemische Industrie »kein Wehrmachtsmaterial im engeren Sinne des Wortes« hergestellt und ihre Bedeutung für die Wiederbewaffnung nur darin gelegen habe, dass sie grundsätzlich alle Industrien ohne Ausnahme mit Chemikalien, Rohstoffen und Hilfsmaterialien versorgt habe.[109] In Bezug auf die NS-Autarkiepolitik und die Expansion der IG im europäischen Ausland hielt ter Meer fest: »Alle diese nach Hunderten von Millionen zählenden Investierungen erfolgten nach rein privatwirtschaftlichen Erwägungen, frei von Regierungsplänen und in Fortsetzung der altbewährten Zielsetzung der IG, auf allen ihren Arbeitsgebieten die neuesten Errungenschaften von Wissenschaft und Technik in die Praxis umzusetzen.«[110] Zum Aspekt der Fremdarbeiter fanden sich in ter Meers Schrift keine Ausführungen. Andere prekäre Punkte wurden jedoch durchaus thematisiert: Die »Vermittlungsstelle W« (ein Verbindungsbüro der IG zur Wehrmacht/Reichswehr) sei nur in Reaktion auf den 1933 neu eingeführten Straftatbestand des »wirtschaftlichen Landesverrats« eingerichtet worden, um zweifelhafte

107 NAW, T301, Reel 38, NI-5187, »Kransberger Denkschrift«, S. 2 f.
108 Ebd., S. 5 bzw. 8.
109 Ebd., S. 10.
110 Ebd., S. 7.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Fälle mit militärischen Stellen zu klären.[111] Auch die Person Carl Krauchs sei nur vorbeugend im Rahmen des Vierjahresplans zur Verfügung gestellt worden, da es »im Interesse der deutschen chemischen Industrie« besser gewesen sei, »die Aufgabe durch eine energische und vor allem sachkundige Persönlichkeit durchführen zu lassen, anstatt sie – der damaligen Mode folgend – einer politisch abgestempelten und fachlich unzureichenden Persönlichkeit zu übertragen.«[112] Den USA, repräsentiert durch die Standard Oil, sei als potentiellem Kriegsgegner kein Buna-Know-how vorenthalten worden, sondern allein der Kriegsausbruch habe die vertraglich vereinbarte Kooperation verhindert.[113] Die Entscheidung für ein Buna-Werk in Auschwitz sei allein von staatlicher Seite aufgrund der Bombengefahr getroffen worden.[114] Die IG habe die Entwicklung und Produktion von Gaskampfstoffen immer abgelehnt – erst nach Kriegsausbruch habe man sich »der Sachlage nicht mehr entziehen können«, dass der Gegner offensive Gaskampfstoffe entwickelt habe.[115]

Anhand dieser Beispiele zielte ter Meer im Kern darauf ab, das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik zu definieren und unter der stichwortgebenden Überschrift »Planwirtschaft« die zunehmende Abhängigkeit der IG von den staatlichen Behörden zu veranschaulichen:

> »Die wirtschaftliche Betätigung sollte nicht nach dem Interesse des Einzelnen, sondern nach dem Wohle des Volksganzen ausgerichtet sein; die Privatinitiative wurde nicht ausgeschaltet, aber durch staatliche Lenkung nach einer zentralen Planung zur Geltung gebracht. In der Mitte der dreißiger Jahre begann die Planwirtschaft in Deutschland greifbare Gestalt anzunehmen. […] Die Initiative allen wirtschaftlichen Schaffens ging in steigendem Maße in die Hände zentraler staatlicher Stellen über; die Wirtschaft selbst hatte sich mit den Schattenseiten dieser Planwirtschaft abzufinden und den Kampf gegen Bürokratismus, dauernde Einmischung ungeeigneter und unerfahrener Beamte und Berge von Papier aufzunehmen.«[116]

Weiter hieß es in dem Papier:

> »Mit dem Kriegsausbruch erfuhren die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland eine neue Wandlung; die Planwirtschaft, die bereits alle Entscheidungen in die Hände staatlicher Organe gelegt hatte, erweiterte sich zur Kriegswirtschaft. Die zuständigen Reichsstellen verfügten die Beschlagnahme von Mangelstoffen und bewirtschafteten zahlreiche Rohstoffe und Fabrikate. Der freie Arbeitsmarkt wurde gesperrt und die Zuweisung von Arbeitskräften strengen Kontrollen unterworfen; die zuständigen Behörden

111 Ebd., S. 18.
112 Ebd., S. 14.
113 Ebd., S. 15 f.
114 Ebd., S. 19.
115 Ebd., S. 11 f. bzw. 19.
116 Ebd., S. 8.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

erhielten später zentrale Weisungen durch den ›Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz‹. Im September 1943 wurde Planung und Lenkung der gesamten industriellen Erzeugung vm Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion übernommen. Selbstverständlich wurde die Tätigkeit der IG nach Kriegsausbruch mehr und mehr durch Kriegsnotwendigkeiten diktiert.«[117]

Das Dokument machte damit bereits vor Prozessbeginn den roten Faden der Verteidigung und die dominante Grundierung des NS-Geschichtsbilds deutlich: Es war das Opfer-Narrativ vom patriotischen Kaufmann bzw. Forscher, dessen friedensliebende Kräfte nolens volens in eine Kriegswirtschaft gezwungen worden seien. Die IG-Manager seien in zunehmenden Maße diktatorischen Behördenauflagen unterworfen gewesen und ihre Innovationen bzw. Erzeugnisse in einer allumfassenden Kriegswirtschaft missbraucht worden. Mit diesem ersten Entlastungsnarrativ setzte sich Fritz ter Meer im Kreis seiner Kollegen durch und legte die Basis für eine einheitliche Verteidigung. Kein anderes Deutungsmuster sollte von den Beteiligten im Prozess und in den folgenden Jahren mehr bemüht werden als diese um klare Distinktion ringende Rollenzuschreibung.

Die Hauptverhandlung und das Narrativ der IG-Verteidigung

Der Gerichtshof Nr. VI konstituierte sich am 8. August 1947 und bestand aus zwei konservativ-republikanischen Richtern und einem liberal-demokratischen Richter.[118] Der Prozess selbst wurde am 27. August im Justizpalast in Nürnberg eröffnet, und insgesamt waren vierundzwanzig Vertreter der IG-Farben angeklagt: Neben den prominentesten unter ihnen, dem Aufsichtsratsvorsitzenden Carl Krauch, dem Vorstandsvorsitzenden Hermann Schmitz, dem Direktor des Technischen Ausschusses Fritz ter Meer und dem Direktor des Kaufmännischen Ausschusses Georg von Schnitzler, nahmen auch die übrigen fünfzehn Vorstandsmitglieder sowie vier weitere IG-Mitarbeiter in wichtigen Leitungspositionen auf der Anklagebank Platz.[119] Trotz des sich abzeichnenden Kalten Krieges und ungeachtet der scharfen Kritik aus dem »big business«-Lager der US-Politik blieben die Anklagevertreter um Taylor und DuBois ihrem »institutionellen Ansatz« und ihrer Überzeugung treu: Eine Ursache des Zweiten Welt-

117 Ebd., S. 12.

118 Zum politischen Hintergrund der Richter und ihrem Verhältnis untereinander vgl. Lindner, Urteil.

119 Konkret waren das die Vorstandsmitglieder Fritz Gajewski, Heinrich Hörlein, August von Knieriem, Christian Schneider, Otto Ambros, Ernst Bürgin, Heinrich Bütefisch, Paul Häflinger, Max Ilgner, Friedrich Jähne, Hans Kühne, Carl Lautenschläger, Wilhelm Mann, Heinrich Oster, Karl Wurster bzw. Walther Dürrfeld, Heinrich Gattineau, Erich von der Heyde und Hans Kugler. Die ursprünglich erhobene Anklage gegen Max Brüggemann wurde aufgrund seiner gesundheitlichen Probleme fallengelassen.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
kriegs habe in der ökonomischen Potenz der deutschen Industrie und deren Mitwirkung in der deutschen Rüstungs- und Kriegswirtschaft bestanden. Die Folge könne nur eine konsequente Zerschlagung der Kartelle und Trusts sein. Vor diesem Hintergrund legte die Anklage das Hauptgewicht auf die Anklagepunkte 1 (Verbrechen gegen den Frieden durch Planung, Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen) und 5 (Verschwörung zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden). Telford Taylor nahm sich in seiner Eröffnungsrede einleitend viel Zeit, die Geschichte der IG Farben im Zusammenhang mit dem Aufstieg und der Entwicklung des Nationalsozialismus darzulegen. Die Gründung und die Entwicklung der IG Farben verdichteten sich in seiner Darstellung zum Bild eines machthungrigen Industrieimperiums, das Hitlers Machtübernahme gefördert und im weiteren Verlauf die NS-Expansions- und Aggressionspolitik für seine Zwecke eingemünzt habe. Das stellte die Anklage vor die Herausforderung, den einzelnen Angeklagten ein individuelles Wissen über die Kriegspläne und eine individuelle Unterstützung der Kriegsdurchführung nachweisen zu müssen. Taylor legte vor Gericht viel Wert darauf, dass die angeklagten IG-Männer keine einfachen, rechtschaffenen Männer gewesen seien, die unter staatlichem Druck oder in spontaner Eingebung gehandelt hätten. Stattdessen betonte er ihre »äußerste Überlegung« und »rücksichtslose Zielstrebigkeit«, die letztlich zum größten Krieg der Menschheitsgeschichte und ungeheuren Verbrechen beigetragen habe. Nicht jeder könne volle Kenntnis aller Einzelheiten gehabt haben, aber die »Hauptfäden in diesem Netz an Verbrechen« seien allen bekannt gewesen.[120] Bezeichnenderweise ahnte Taylor bereits, mit welchen Argumenten die IG-Verteidigung seinen persönlichen Anschuldigungen begegnen würde:

> »Die Angeklagten werden uns zweifelsohne mitteilen, dass sie nur übereifrige und fehlgeleitete Patrioten seien. Wir werden hören, dass alles, was sie zu tun gedachten, jeder andere Geschäftsmann unter den gleichen Umständen auch getan hätte … Was die Brutalität des Krieges und die Ermordung unschuldiger Menschen betrifft, sei zu beachten, dass diese Taten ein Teil der Hitler- und Nazi-Diktatur gewesen seien, unter der auch sie zu leiden hatten.«[121]

Die weiteren Anklagepunkte im IG-Prozess waren: Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Plünderung und Raub von öffentlichem und privatem Eigentum in den annektierten und besetzten Ländern (Punkt 2); Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Versklavung, Misshandlung, Folter und Ermordung von Kriegsgefangenen, Zivilisten und KZ-Insassen (Punkt 3); und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen wie der SS (Punkt 4). Während die Anklage ihren Schwerpunkt auf die Verschwörung zum Angriffskrieg legte, sollten die nachgeord-

120 NAW, M892, Reel 47, Eröffnungsrede Taylor, 27.8.1947, S. 42 bzw. 180.
121 Ebd., S. 43.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
neten Anklagepunkte für die Verteidigung von entscheidender Bedeutung sein. Der Übernahme von ausländischen Vermögenswerten im besetzten Polen und Frankreich sowie insbesondere das Buna-Werk »IG Auschwitz« sollten sich als die Achillesferse der IG-Verteidigung herausstellen. Wie Taylor in seiner Eröffnungsrede betonte, habe das Management die Wahl des Standorts Auschwitz unter dem Gesichtspunkt gebilligt, dass dort günstige Arbeitskräfte aus dem KZ zur Verfügung gestellt werden würden. Zudem fielen laut Taylor die tödlichen Bau- und Arbeitsbedingungen in den Verantwortungsbereich der IG-Leitung. Zum Prozessauftakt hielten die leitenden Ankläger Taylor und DuBois jedoch primär an ihrer Strategie fest, den Angeklagten das vermeintliche Kriegsbündnis mit Hitler nachzuweisen – eine Strategie, die auch im bereits parallel laufenden Flick-Prozess zur Anwendung gekommen war und sich in Teilen eher wie ein Anti-Kartellverfahren ausnahm. Taylors Eröffnungsplädoyer war in diesem Sinne eine detaillierte, umfassende Wiedergabe des amerikanischen Narrativs über die IG Farben als kriegstreiberischer Chemie-Trust. Im pathetischen Ton verknüpfte er die Geschichte des Konzerns mit der Geschichte der Zerstörung Europas und beschrieb die Manager der IG als die »Fäden im dunkeln Todesmantel, der sich über Europa senkte. […] Sie waren die Zauberkünstler, die die Phantasien von *Mein Kampf* wahr machten.«[122]

Nachdem die Anklage erhoben und die Beweisaufnahme abgeschlossen worden war, stand es im November 1947 den Angeklagten zu, sich zu verteidigen. Hatte ter Meer stets darauf gedrungen, eine stringente Position der Verteidigung zu formulieren, so prägte er zum Prozessauftakt auch die Koordination der Verteidigung. Die Angeklagten gründeten ein inoffizielles Gremium, das den kompletten Schriftwechsel zwischen den Rechtsanwälten und allen Angeklagtem übermittelte, um eine »solidarische« und »einheitliche Verteidigungslinie« sicherzustellen – diesem Gremium stand Fritz ter Meer vor.[123] Darüber hinaus übernahm mit Walter Siemers jener Rechtsanwalt die praktische Organisation der Verteidigung, der ein Jahr zuvor zu den Gründern des »Industriebüros« gehört hatte.[124] Mittels Rundschreiben wurden die regelmäßigen Verteidigerbesprechungen und anstehenden Gerichtstermine abgestimmt sowie Materialien und Presseartikel zum laufenden Verfahren versandt. Zudem versuchte die Kanzlei Siemers einen gemeinsamen Wissensstand der Verteidigung herzustellen, indem sie anfangs in den eigenen Büroräumen wichtige Dokumente zur Einsichtnahme bereitstellte und später in einem Raum im Nürnberger Justizpalast eine Stichwortkartei für die Dokumentenbücher und die deutschen Sitzungsprotokolle anlegte. Insgesamt arbeiteten über achtzig Anwälte für die Verteidigung der angeklagten IG-Manager, die dafür abgestellten Konzernmitarbeiter nicht mitgerechnet. Der bereits er-

122 Ebd., S. 43 f.

123 Vgl. das Rundschreiben der Angeklagten an alle IG-Verteidiger vom 16.11.1947, in: BAL, 207/23.

124 Zu Absprachen der Organisation vgl. den Schriftwechsel zwischen Walter Siemers und seinem Assistenten Rolf W. Müller in: BAL, 207/6.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wähnte Rechtsanwalt Rudolf Dix, Verteidiger von Hermann Schmitz, trat als Sprecher der Gesamtverteidigung gegenüber dem Gericht auf. Damit war das Feld abgesteckt, auf dem sich die IG Verteidigung in den kommen Monaten bewegen sollte.

Die im Dezember 1947 gehaltenen Eröffnungsplädoyers der Verteidigung spiegelten bereits diese inhaltlichen und organisatorischen Koordinierungsleitungen. Die erste Linie der Verteidigung wurde mithilfe der grundsätzlichen Kritik gezogen, die auch schon im Prozess gegen die »Hauptkriegsverbrecher« das Gerichts zu delegitimieren versucht hatte: Die Siegermächte hätten ein Gericht eingesetzt, dass auf einer gesetzlichen Grundlage urteile, die erst nach den zu verhandelnden Taten entstanden sei und damit gegen die allgemein anerkannte Rechtsnorm *nullum crimen, nulla poena, sine lege* verstoße. In einer zweiten Verteidigungslinie argumentierten die Verteidiger wie im ersten Industrieellenprozess gegen Flick, dass die Wirtschaftsprozesse nicht gegen einzelne Angeklagte, sondern gegen die gesamte deutsche Wirtschaft geführt werde, als deren Symbole die Angeklagten herhalten müssten.[125] Zum einen reproduzierte dieses Argument auf latente Weise den vermeintlichen Kollektivschuldvorwurf der Alliierten und konstruierte geschickt eine potentielle Diskreditierung aller (deutschen sowie amerikanischen) Kapitalisten. Darüber hinaus zielte das Argument insbesondere auf den neuralgischen Punkt der Anklage, auf völkerrechtlicher Grundlage Privatpersonen zur Verantwortung ziehen zu wollen, was von der Verteidigung unter Bezugnahme auf den Prozess gegen die »Hauptkriegsverbrecher« immer wieder als unrechtmäßig zurückgewiesen wurde. Waren im IMT einzelne Personen völkerrechtlich verurteilt worden, weil sie als Vertreter des Staates gehandelt hatten, so stand und fiel die gesamte Anklage mit der Annahme, dass Privatpersonen der Wirtschaft ebenso unmittelbar für den Staat »im Bündnis mit Hitler« gehandelt und zusammen mit dem Staat die völkerrechtliche Verantwortung zu tragen hätten. Es sollte im Prozessverlauf zu weiteren gegenseitigen Anlehnungen der Verteidiger in den drei Industrieprozessen kommen. So brachten die Anwälte der IG Farben im November 1947 eine *Joint Motion* ein, die die Beweislage bezüglich der Anklagepunkte I und V für unerheblich erklären sollte und die – wie im Flick-Prozess tatsächlich geschehen – zu einer Beendigung der Verhandlung der Punkte »Angriffskrieg« und »Verschwörung« führen sollte. Während sich die Anwälte der IG Farben damit nicht durchsetzen konnten, konnten die Krupp-Anwälte mit einem ähnlichen Schritt erfolgreich ein Zwischenurteil erwirken.[126]

Erst in einer dritten Verteidigungslinie wurden die einzelnen Anklagepunkte gegen die IG-Farben spezifisch aufgenommen. Dabei kündigten die Verteidiger für die Verhandlung an, durch die Vorlage von Dokumenten wie

125 Vgl. Priemel, Flick, S. 635 f.

126 Vgl. *Joint Motion* von Metzler 4.11.1947 und *Joint Motion* Krupp, 12.3.1948. in: BAL, 207/17. Dazu Priemel, Flick, S. 642 f.; Priemel, Tradition, S. 456.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Reichsgesetzen, Befehlen von prominenten Regimevertretern und Anordnungen von Reichsstellen sowie entsprechenden Schriftwechseln den passiven Status der IG im »Dritten Reich« aufzuzeigen. Des Weiteren wurde von allen Angeklagten eine Vielzahl an eidesstattlichen Erklärungen Dritter zusammengetragen, die die integre Persönlichkeit des Angeklagten und seine korrekte politische Haltung bezeugen sowie hilfreiche Einordnungen der Stellung der IG-Farben in der NS-Wirtschaft geben sollten.[127] Dabei wurden auch ehemalige »gutwillige Häftlinge« gesucht und diese anhand vorgefertigter Fragebogen mit suggestiven Fragen gebeten, Stellungnahmen und entlastende Aussagen abzugeben.[128] Wohlwollende Stellungnahmen wurden auch von Vertretern der Kirche, Politik und Wirtschaft eingeworben.[129] Jenseits dieser schriftlichen Zeugnisse plante die Verteidigung eine Reihe von Zeugen vor Gericht zu laden, die ihre Darlegungen stützen sollten. Nicht zuletzt beabsichtigten auch die Angeklagten selbst im Zeugenstand zu erscheinen, um im Kreuzverhör der Anwälte ihre Selbstdarstellungen und Eigeninterpretationen zu etablieren. Exemplarisch für diese dritte Verteidigungslinie stand in den folgenden Monaten wiederum Fritz ter Meer, der sich mit seinem Argumentationsmuster nicht nur im Kreis seiner Mitangeklagten durchsetzte, sondern auch im Prozessverlauf die Positionen der Verteidigung repräsentativ gegenüber den einzelnen Anklagepunkten markierte. Zum Stolz seines Verteidigers verteidigte sich ter Meer zu großen Teilen im Rahmen seiner eigenen Zeugenaussage selbst – und dies zum merklichen Eindruck bei den Richtern detailliert, eloquent und gegenüber den Anklagevertretern zum Teil sogar auf Englisch. Auf diese Auftritte hatte er sich speziell vorbereitet, umfangreiche Materialsammlungen erstellt und in großer Zahl (teils vorformulierte) eidesstattliche Erklärungen eingeworben – zu Prozessende sollte er die mit Abstand meisten Beweismaterialien der Verteidigung vorlegen.[130]

127 Zu den intern formulierten Anforderungen an die einzuwerbenden Stellungnahmen, »absolut positiv und beweiskräftig« zu sein, vgl. das »Merkblatt II« (o. D.), in: BAL, 207/7.2.

128 Vgl. das standardisierte Schreiben von Rechtsanwalt Alfred Seidl im Namen des Angeklagten Walther Dürrfeld an ehemalige Zwangsarbeiter des Buna-Werks »IG Auschwitz« (o. D.), in: BAL, 207/7.2. Exemplarisch aus dem beigelegten Fragebogen: »Machen Sie für das, was Sie an Schwerem erdulden mussten, die IG mitverantwortlich oder ist es nicht vielmehr so, dass allein die SS die Verantwortung hierfür trifft?«, »War es im Lager nicht spürbar, dass die IG zusätzliche Lebensmittel für die Küchen des Lagers IV beschafft und zugeliefert hat?«, »Sind Sie zusammenfassend der Meinung, dass die Häftlinge die bei der IG arbeiteten, bezüglich Unterbringung, Verpflegung, Kleidung und Arbeitsverhältnisse besser gestellt waren als andere Häftlinge in den KZ-Lagern?«.

129 Exemplarisch für das Einholen von Affidavits aus Wirtschaftskreisen vgl. das Schreiben von Rechtsanwalt Rudolf Aschenauer an ehemalige Vorstandsmitglieder der Vereinigten Stahlwerke vom 24.2.1948, in: BAL, 207/7.2.

130 Ter Meer arbeitete vor und im Prozess an mehreren detaillierten Fragebögen, anhand derer er die ihm zur Last gelegten Anklagepunkte zu entkräften gedachte. Diese Fragebögen gingen themenspezifisch an die ehemaligen IG-Standorte und ans

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

War ter Meers »Kransberger Denkschrift« der Auftakt zum Prozess gewesen und hatte sie die Verteidigungsstrategie sowie die Argumente der Zeugenaussagen geprägt, so wurde der Schlussakkord nicht von ihm persönlich angestimmt. Die Synthese der von ter Meer vorgegebenen Deutungsmuster zog zum Ende des Prozesses der junge Rechtsanwalt Friedrich Silcher in einem leidenschaftlichen Schlussplädoyer für die Gesamtverteidigung. Bemerkenswert ist, dass Silcher schon zu Prozessbeginn einen ersten Entwurf als »Grundlinie […] und Fahrplan der Verteidigung« ausgearbeitet hatte. Die Rohfassung war ter Meer vorgelegt worden, der sie mit Anmerkungen versah.[131] Silcher und ter Meer kannten sich jenseits ihrer geschäftlichen Beziehungen bei der IG auch persönlich gut. Beide gehörten dem Corps Suevia Tübingen an. Die »Unvollendete«, wie ter Meer die Rede Silchers mehrdeutig taufte, wurde letztlich zum Schlussplädoyer auserkoren und von Silcher ausgearbeitet. Es war das dramatische Pathos der Anklagebehörde, dem Silcher nun zum Prozessende seine eigene bildreiche Darstellung der IG entgegenstellte, um zu klären, »ob im Gedächtnis der Menschheit die IG als das verbrecherische Ungeheuer weiterleben wird, zu dem sie die Anklage machen will, oder als ein unglückliches Opfer des deutschen Gesamtschicksals.«[132]

Damit schloss sich für die IG-Verteidigung ein argumentativer Kreis, der von ter Meers »Kransberger Denkschrift« über die Zeugenaussagen vor Gericht bis zu Friedrich Silchers »Unvollendeter« führte und alle zentralen Verteidigungstopoi beinhaltete.

An erster Stelle ist dabei das Rollenmuster zu nennen, mit dem insbesondere der Hauptanklagepunkt der Verschwörung zum Angriffskrieg abgewehrt werden sollte. Hatte schon ter Meer in seiner Denkschrift die Entwicklung der IG Farben als Geschichte kaufmännischer Erfolge und wissenschaftlicher Errungenschaften dargestellt, so waren auch in Silchers Plädoyer die Rollen klar verteilt: hier das NS-Regime, dort das »für die IG typische[n] Bündnis von Wissenschaft, Technik und Unternehmergeist«, das »auf dem Wege des Fortschritts der Menschheit« vorangeschritten sei. Für Silcher waren die IG-Angehörigen entweder Wissenschaftler, die durch ihre »Pionierleistungen« die »Marksteine friedlichen Fortschritts« gesetzt und an »der Befreiung von einer Knechtschaft gegenüber der Materie« gearbeitet hätten. Oder Kaufleute, die als »passionierte, weltkundige Geschäftsleute« stets treu nach den Maßstäben »Anständigkeit, Fairness, Linie halten« gehandelt hätten. Die hinter diesen

IG-Archiv in Griesheim, wobei ihn insbesondere sein einstiger Assistent und späterer Stellvertreter im TEA-Büro Oskar Loehr mit den angeforderten Unterlagen versorgte. Emsig und akribisch gruppierte ter Meer zu jedem einzelnen Anklagepunkt verschiedene Dokumente, erweiterte die Fragebögen und forderte diverse Affidavits ein – zum Teil mit konkreten Formulierungsvorschlägen, wie diese auszusehen hätten und welche Inhalte nicht genannt werden sollten. Vgl. dazu die Fragebögen und Affidavits sowie den Schriftwechsel in: BAL, 207/15.

131 Vgl. BAL, 207/15, vol. 3, Entwurf »Verteidigungsrede«, 23.7.1947.

132 BAL, 207/7.1, vol. 2, Schlussplädoyer Silcher, 9.6.1948, S. 137.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Rollenmustern liegende Logik deutete sich in Silchers Zwischenfazit an: »Kein Instrument, mag es von genialen Pionieren auch noch so reinen Herzens geschaffen werden, ist dagegen gefeit, von Bösewichtern auch zum Fluche der Menschheit gebraucht zu werden.«[133] Schon ter Meer hatte mittels des Begriffs »Friedenswirtschaft« auf den ambivalenten Charakter der Forschungserzeugnisse hingewiesen: Es sei »nunmal eine Tatsache […], dass eine ganze Menge von Erzeugnissen im Frieden völlig normale Friedensprodukte darstellen und im Kriege im verstärkten Ausmaße nun einmal wichtige Erzeugnisse für militärische Zwecke darstellen.« Das sei eben unvermeidlich, »oder man muss aufhören, Fabriken zu bauen.«[134] Dieses Argument war wichtig für die Angeklagten, um darzulegen, dass sie nichts von den Plänen für einen Angriffskrieg gewusst hätten und die Entwicklung von synthetischen Produkten wie Buna rein technologisch-ökonomischen Überlegungen gefolgt sei. Für ter Meer kam erschwerend hinzu, beweisen zu müssen, dass er seinem US-amerikanischen Vertragspartner, der Standard Oil, keine kriegswichtige Technologie wie die Buna-Erzeugung vorenthalten hatte, um das Rüstungspotential der USA zu schwächen.[135] Vor Gericht zielte das Argument von der Umnutzung der Friedenswirtschaft auch auf die Wirtschaft der Westalliierten. Wie schon im IMT wurde in solchen Momenten der Anklagebehörde mit der rhetorischen Figur des *tu quoque* vorgehalten, dass in der Logik der Anklage auch die USA wie etwa General Motors durch die Modernisierung und den Ausbau der Opel-Werke die Wiederaufrüstung Deutschlands gefördert hätten – und damit vor Gericht gehörten.[136] Die »Friedfertigkeit« der IG Farben wurde von ter Meer ebenfalls mit ihrer »Exportabhängigkeit« begründet: Ein Krieg, das hätten alle seit dem Ersten Weltkrieg gewusst, hätte den Geschäften der international bestens vernetzten IG nur geschadet.[137] Diesen Nimbus der Friedfertigkeit bemühte auch Silcher in seinen Schlussworten, um den Konzern zugleich mit einer ganzen Reihe von Etiketten zu adeln: »Die IG fühlte sich als Hort und Vorkämpfer friedlichen menschlichen Fortschritts, der Völkerverständigung, des Weltbürgertums, der abendländischen Art zu leben, des Unternehmertums, der wirtschaftlichen Vernunft und dies alles in einem so diametralen Gegensatz zum nationalsozialistischen Regime«.[138]

Dieses schwarzweiße Rollenmuster sollte eine klare Abgrenzung gegenüber »den« Nazis schaffen. Während sich Silcher bemühte, das Deutsche gegenüber dem Nationalsozialistischen mit den Worten zu retten, die IG habe »für das

133 Ebd., S. 115.

134 NAW, M892, Reel 52, Prozessprotokoll, 16.2.1948, S. 7168 f. Zur »Friedensproduktion« der IG vgl. auch NAW, M892, Reel 51, Eröffnungsrede von Erich Berndt für ter Meer, 18.12.1947, S. 4797 sowie NAW, T301, Reel 38, NI-5187, »Kransberger Denkschrift«, S. 5.

135 NAW, M892, Reel 51, Eröffnungsrede Berndt für ter Meer, 18.12.1947, S. 4795 f.

136 NAW, M892, Reel 52, Prozessprotokoll, 16.2.1948, S. 7168.

137 Ebd., S. 7179.

138 BAL, 207/7.1, vol. 2, Schlussplädoyer Silcher, 9.6.1948, S. 140.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ewige Deutschland als Teil der Welt [gehandelt], das schon tausende von Jahren herrlichster Geschichte hinter sich hatte und auch diese Periode der Gewaltherrschaft einiger Deutscher, die diesen Namen nicht verdienten, es zum Teil bekanntlich auch nicht waren, überdauern würde.«[139] So nutze ter Meer diese schematische Rollenzuschreibung ganz konkret, wenn er seine Beteiligung an den Verhandlungen zur Übernahme ausländischer Firmen als reine »technische Beratung« darstellte, die sich im Rahmen geltender Gesetze bewegt habe. Er sei schließlich kein Nazi gewesen. Vielmehr habe er sich immer von rein betriebswirtschaftlichen Erwägungen leiten lassen, sich um einen guten Ton gegenüber den ausländischen Kollegen bemüht und letztlich das Überleben der Betriebe gesichert.[140] Wenngleich es gute Gründe gibt, das Übernahmeverhalten der IG im Ausland auch aus heutiger Sicht als eher »defensiv«[141] zu beschreiben, so blendete ter Meers kleinteilige ökonomische Logik doch die Eigenarten der NS-Wirtschaftsverwaltung aus und spiegelte das bereits oben beschriebene charakteristische (Un-)Schuldbewusstsein der unmittelbaren Nachkriegszeit.[142] Im Rahmen eines Schulddiskurses, der die Schuld externalisierte,[143] war die Haltung der angeklagten IG-Manager typisch: Es ging ihnen darum, eine klare Grenze zwischen der IG und dem NS-Regime zu ziehen. Die IG Farben, so ihre Argumentation, sei stets »als Fremdkörper scheel angesehen« worden, ja gar »das bestgehasste Unternehmen« gewesen: »international, verjudet, plutokratisch, national unzuverlässig – das waren die Urteile und Bezeichnungen, die bei diesen [NS-]Stellen für uns üblich waren.«[144] Dabei wurde stets Wert auf die subtile Unterscheidung gelegt zwischen »Parteimann«, was niemand im Vorstand und Aufsichtsrat gewesen sei, und »Parteimitglied«, deren Vielzahl in eben jenen Gremien geflissentlich übergangen wurde. Dagegen stilisierten die IG-Angeklagten um ter Meer Hitler zu einem »Wahnsinnigen«, der »Deutschland ins Verderben getrieben« habe.[145] Sie reproduzierten damit ebenfalls ein typisches Entlastungsmuster der Nachkriegszeit, das über die fünfziger Jahre hinaus in der westdeutschen Öffentlichkeit nachwirken sollte: die Dämonisierung der Person Hitlers.[146]

139 BAL, 207/7.1, vol. 2, Schlussplädoyer Silcher, 9.6.1948, S. 141.
140 NAW, M892, Reel 52, Prozessprotokoll, 16.2.1948, S. 7000 ff., 7100 f.; NAW, T301, Reel 38, NI-5187, »Kransberger Denkschrift«, S. 2 f.
141 Hayes, Industry, S. 264.
142 Vgl. Enzensberger, Ruinen, S. 32; Padover, Lügendetektor, S. 46, 93 f.
143 Zum Begriff »Externalisierung«, der auf den Soziologen Rainer M. Lepsius zurückgeht, vgl. A. Assmann, Schatten, S. 170.
144 BAL, 207/7.1, vol. 2, Schlussplädoyer Silcher, 9.6.1948, S. 142.
145 NAW, M892, Reel 52, Prozessprotokoll, 16.2.1948, S. 7166 und S. 7334.
146 Etwa in populären Bestsellern wie Peter Bamms Roman *Die unsichtbare Flagge* (München 1952), der Nazis nur als »die Anderen«, angeführt vom »primitiven Mann«, stigmatisierte, oder in erfolgreichen Theaterstücken wie Carl Zuckmayers *Des Teufels General* (Berlin 1947), das Hitler als Teufel stilisierte. Vgl. dazu auch Reichel, Erfundene Erinnerung, S. 51-60.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Als zweiten Verteidigungstopos griffen ter Meer und Silcher auf das Narrativ der »Zwangswirtschaft« zurück. Es sollte die IG Farben trotz ihrer unbestreitbaren Leistungskraft zwischen 1933 und 1945 gegen den Vorwurf der aktiven Mitwirkung schützen. Die Hauptlinie dieses Arguments formulierte Silcher im Ton von ter Meers »Kransberger Denkschrift«: »Es ging um die Totalisierung und Politisierung der Wirtschaft, auf der anderen Seite um die Erhaltung der unternehmerischen, an wirtschaftlicher Vernunft ausgerichteten unpolitischen, über Staats- und Volksgrenzen hinwegdenkenden Wirtschaft. Wirtschaftliche Vernunft – politische Macht: auf diese zwei Schlagworte ließ sich der Gegensatz ungefähr bringen.« Silcher schloss daraus: »Nicht die Verbündete Hitlers war die I. G., sondern, wie vieles in Deutschland, seine in seine Dienste gezwungene Gefangene.«[147]

Dieses Narrativ der »Zwangswirtschaft« versuchten ter Meer und seine Anwälte mit der siebenbändigen Dokumentensammlung »Wirtschafts-Regelung im Dritten Reich« zu belegen. Der Untertitel der Sammlung lautete: »Mit Hilfe dieser Gesetze und Verordnungen wurde die ursprünglich freie deutsche Privatwirtschaft während des Dritten Reiches nach und nach zunächst in allgemeine Planungen einbezogen, dann staatlich gesteuert, nationalsozialistisch beherrscht und schließlich rücksichtslos unterworfen, wodurch sie in eine *kommandierte* Wirtschaft umgewandelt wurde.«[148] In einem ersten Kapitel wurden dazu verschiedene Gesetze aufgeführt, die die »allmähliche Durchdringung und Beherrschung der freien Wirtschaft« aufzeigen sollten, wobei insbesondere anhand der »Kriegswirtschaftsverordnung« vom 4.9.1939 die Zwangslage (»Todesstrafe bei kriegsschädlichem Verhalten«) herausgestellt wurde.[149] Ein weiterer Abschnitt war den »Arbeitseinsatz-Gesetzen« gewidmet, die »das deutsche Volk, und zwar zuletzt jeden einzelnen seiner Angehörigen auf dem Wege über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über die Arbeitsbeschaffung, Befriedigung des Bedarfs an Arbeitskräften, Arbeitsplatzwechsel-Verbote usw. in die absolute Arbeitsdienstpflicht des totalen Staates führten.«[150] Während der dritte Abschnitt die »nationalsozialistischen Zwangsvorschriften über die Preis- und Gewinngestaltung« umfasste, die »in ihrem praktischen Endergebnis die freie Unternehmerinitiative ausschlossen und die Wirtschaft von der Preis- und Gewinn-Kalkulationsseite her vollständig in die Hände der nationalsozialistischen Staatsführung brachte«[151], versammelte der vierte Abschnitt Dokumente zur »Devisengesetzgebung des Dritten Reiches«, die »immer engmaschiger« geworden sei und letztlich »auch die Geschäftsführung von ausländischen Firmen weitgehend der Kontrolle der nationalsozialistischen Wirtschaftsbehör-

147 BAL, 207/7.1, vol. 2, Schlussplädoyer Silcher, 9.6.1948, S. 142. So im Ton auch die »Kransberger Denkschrift«, NI-5187, NAW, T301, Reel 58, S. 10.

148 BAL, 207/4, Dokumentbuch I, Die Wirtschafts-Regelung im Dritten Reich, S. I (Hervorhebung im Original).

149 Ebd., S. III und V.

150 Ebd., S. XI.

151 BAL, 207/4, Dokumentbuch II, Die Wirtschafts-Regelung im Dritten Reich, S. III.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
den« unterworfen habe.[152] Unter der Überschrift »Spezialgesetze des Dritten Reiches zum Zwecke der Beherrschung von Produktion und Güterhandel« wurden fünftens die Gesetze aufgelistet, die »im Laufe der Zeit immer eindeutiger zu einer die Freiheit des Privatunternehmers völlig ausschließenden Behördenwirtschaft führten«.[153] Schließlich bildete die sechste Gruppe an Dokumenten exemplarisch die »Zwangsbewirtschaftungsmaßnahmen auf dem Bau-Sektor« ab, um in einem letzten Kapitel »das antikapitalistische Ergebnis der nationalsozialistischen Unterdrückung der freien Unternehmer-Wirtschaft« zu resümieren (was insbesondere Gesetze zur Körperschaftssteuer feststellen sollten). Was in dieser Dokumentenedition an semantischen Elementen zusammengeführt wurde, spiegelte sich auch in allen Verhören und Aussagen vor Gericht. Ob »Kommandowirtschaft«, »gelenkte Wirtschaft«, »Plan-«, »Behörden-«, »Kontroll-« oder »Zwangswirtschaft« – allen gebrauchten Begriffen lag ein und dasselbe Deutungsmuster zugrunde: Das Primat der Politik wurde verabsolutiert, ein klares hierarchisches Abhängigkeitsverhältnis postuliert und somit unterstellt, dass das Unternehmen keinen Handlungsspielraum gehabt habe.

Der dritte richtungsweisende Verteidigungstopos war der an das Narrativ »Zwangswirtschaft« anschließende Versuch, das eigene Handeln durch einen höheren Befehl und eine damit verbundene Zwangslage zu rechtfertigen. Obwohl die Richter dieses Argument bereits in den ersten NS-Prozessen und insbesondere im IMT als Strafausschließungsgrund verworfen hatten, beriefen sich militärische Befehlsempfänger – vom Dachauer SS-Mann bis zum Chef des Oberkommandos der Wehrmacht – auf ihre soldatische Pflichterfüllung und erklärten, sie hätten die Rechtmäßigkeit der Befehle nicht zu hinterfragen gehabt.[154] Die Angeklagten in den Wirtschaftsprozessen überführten diesen militärischen Befehlsgehorsam in eine Art zivilen »Notstand«[155] und meinten damit den physischen und psychischen Druck in einer Situation, in der sie als Unternehmer gezwungen gewesen seien, Befehlen Folge zu leisten, auch wenn diese moralisch zweifelhaft gewesen sein mochten. Nachdem im Dezember 1947 das Urteil im parallel laufenden Flick-Prozess verkündet worden war, wurde die Stellungnahme des Gerichts zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft von der IG-Verteidigung mit kaum zurückgehaltener Genugtuung zitiert, die entsprechenden Beweisstücke aus dem Flick-Prozess auch im IG-Prozess eingebracht und Flick selbst später als Zeuge der Verteidigung geladen.[156] Das Flick-Urteil hatte einen Notstand für die deutsche Wirtschaft bestätigt, da der Staat im »Dritten Reich« mit seinen Exekutivorganen immer

152 Ebd., S. VIa.
153 BAL, 207/4, Dokumentbuch III, Die Wirtschafts-Regelung im Dritten Reich, S. III.
154 Vgl. Kämper, Schulddiskurs, S. 22 f.
155 So etwa Krauch, NAW, M892, Reel 51, Prozessprotokoll, 14.1.1948, S. 5252.
156 NAW, M892, Reel 51, Prozessprotokoll, 16.1.1948, S. 5411 bzw. Reel 53, Prozessprotokoll, 26.2.1948, S. 7781 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
allgegenwärtig gewesen sei. Die deutsche Wirtschaft sei demnach berechtigt gewesen, Widerstand gegen unrechtmäßige Befehle zu unterlassen. Rechtsanwalt Rudolf Dix, zugleich Verteidiger im Flick- und IG-Prozess, fasste dieses Argument in nuce zusammen: »Notstand der deutschen Industrie, hervorgerufen durch Zwangswirtschaft und Terror«.[157]

Mithilfe dieser Stichworte versuchte beispielsweise ter Meer die Brisanz des Werks in Auschwitz zu entschärfen. Ein viertes Buna-Werk in Schlesien zu errichten, sei ein »klarer Befehl des Reiches« gewesen – gegen die Einwände der IG –, die Standortwahl habe das Reichsamt für Wirtschaftsausbau »bestimmt«. Das Potential an Zwangsarbeitern habe für den Konzern keine Rolle gespielt, die KZ-Häftlinge seien letztlich ebenfalls »auf Befehl« zugewiesen worden.[158] Während ter Meer das entscheidende Mitwirken der IG bei der Standortwahl und dem Bau des Werks ebenso aussparte wie die aktive Zusammenarbeit mit der SS,[159] beschrieb auch Krauch die Notwendigkeit, von der SS zugewiesene KZ-Arbeiter zu akzeptieren, als einen »Befehl, einen Notstand, der von der Regierung verfügt war, der unbedingt befolgt werden musste.«[160] Für die drohenden Konsequenzen einer Verweigerung wurden regelmäßig die selben Beispiele angeführt: Bereits in der Vorkriegszeit habe die Verstaatlichung der Junkers-Werke, die Gründung der Brabag oder die Flucht und Verhaftung Fritz Thyssens die Gefahr für Unternehmen und ihre Leitungen verdeutlicht.[161] Rechtsanwalt Dix war es in diesem Zusammenhang, der Görings Art, Industrielle unter Druck zu setzen, als »wohlwollende Sonderbehandlung« bezeichnete.[162] Für die Kriegszeit bestätigten Friedrich Flick und Feldmarschall Erhard Milch als Zeugen der IG-Verteidigung die drohenden Sanktionen und harten Strafen für »Defätismus« und »Kriegswirtschaftssabotage«: Absetzung und Enteignung im Falle von Einwänden gegen die staatlichen Produktionsforderungen sowie KZ-Haft, wenn nicht gar Todesstrafe bei Unterlassen von behördlichen Anweisungen.[163]

Es ist viertens wichtig festzuhalten, dass die IG-Angeklagten bei ihrer Verteidigung nicht nur auf die zweckrationale Logik ihrer Berufsgruppen und die vermeintliche Zwangslage abhoben, sondern sich durchaus auch auf Werte beriefen. Der wichtigste hieß »Patriotismus«. Fritz ter Meer formulierte es als

157 NAW, M892, Reel 51, Prozessprotokoll, 28.1.1948, S. 5986 f.
158 NAW, M892, Reel 52, Prozessprotokoll, 16.2.1948, S. 7050.
159 Vgl. dazu Wagner, IG Auschwitz, S. 37 ff. und 91 ff.; Hayes, Industry, S. 347-361.
160 NAW, M892, Reel 51, Prozessprotokoll, 16.1.1948, S. 5252.
161 Vgl. bspw. in ihren Aussagen Carl Krauch (NAW, M892, Reel 51, Prozessprotokoll, 12.1.1948, S. 5069 ff.), Friedrich Flick (NAW, M892, Reel 54, Prozessprotokoll, 12.3.1948, S. 9140 ff.), Heinrich Bütefisch (NAW, M892, Reel 54, Prozessprotokoll, 9.3.1948, S. 8841 ff.), Fritz Gajewski (NAW, M892, Reel 53, Prozessprotokoll, 2.3.1948, S. 8321 f.), Carl Wurster (NAW, M892, Reel 56, Prozessprotokoll, 12.4.1948, S. 11324 f.).
162 NAW, M892, Reel 48, Prozessprotokoll, 16.10.1947, S. 2289.
163 Zur Aussage Flicks vgl. NAW, M892, Reel 54, Prozessprotokoll, 12.3.1948, S. 9142 f. und 9151 f. Zur Aussage Milchs vgl. NAW, M892, Reel 51, Prozessprotokoll, 15.1.1948, S. 5365.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Dilemma, dass es »ein starker Konflikt für jeden Menschen [ist], wenn er auf der einen Seite seine Pflicht gegenüber seinem Land fühlt, und im Kriege sich selbstverständlich auch verpflichtet fühlt, auch die Pflicht zu erfüllen, und wenn er auf der anderen Seite auf Schritt und Tritt beobachten muss, dass von der Partei Maßnahmen ergriffen werden, und daher auch unter den Kriegsverhältnissen aufoktroyiert werden, zu denen er selbst als freiwillig handelnder Mensch niemals greifen würde.«[164] Als Zeuge der Verteidigung unterstrich Flick, »dass es für jeden anständigen deutschen Industriellen, wenn er noch so sehr gegen die Entfesselung des Krieges als solches eingestellt war, dennoch wohl eine vaterländische Selbstverständlichkeit war, nach Ausbruch des Krieges seine Pflicht als Produzent zu erfüllen.«[165] Vaterlandsliebe war somit nicht nur eine Charakterzuschreibung, die das kalte Bild vom wertelosen Unternehmer korrigieren sollte, sondern auch ein affirmativer Gemeinplatz in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, auf den sich ein Großteil der deutschen Bevölkerung zurückziehen konnte. Die IG war demnach Opfer (im Sinne von *victima*) des brutalen, allumfassenden NS-Regimes geworden und hatte zugleich Opfer (im Sinne von *sacrificium*) der patriotischen Pflichterfüllung erbracht. Im Sinne dieser doppelten Opferrolle waren die Argumentationslinien der IG-Verteidigung Indikator und Faktor eines geschichtskulturellen Umfelds der Selbstviktimisierung in der unmittelbaren Nachkriegsgesellschaft. Physische Zerstörung, materielle Not, die Erfahrungen von Flucht, Vertreibung und Bombenkrieg bildeten den Erfahrungshintergrund eines schuldentlastenden Opferbewusstseins im frühen Nachkriegsdeutschland. Dieses Bewusstsein bestärkte eine Täter-Opfer-Umkehr, die auch die spätere Diskussion um Wiedergutmachung insbesondere gegenüber den jüdischen Opfern so schwierig machen sollte.

Ein fünfter und letzter Topos wirkt im Rückblick geradezu paradox. Denn obwohl die Angeklagten viel Zeit darauf verwandten, ihre Unkenntnisse über Kriegspläne und Verbrechen darzulegen, reklamierte die Verteidigung dennoch eine eigenwillige Form des Widerstands für die IG-Angeklagten gegen die NS-Politik. Demnach hätten die IG-Angehörigen zum einen den eigentlichen Charakter der IG durch eine Art »window dressing«, also formale Zugeständnisse und öffentliche Lippenbekenntnisse, bewahren können und hätten zum anderen durch notgedrungenes Mitmachen das Schlimmste zu verhüten gewusst. So wollte ter Meer die Übernahme von Ämtern und Positionen in der NS-Wirtschaftsverwaltung von Anfang an als Versuch verstanden wissen, den Einfluss der Partei auf die deutsche Wirtschaft einzudämmen.[166] Schon der alte IG-Patriarch Carl Bosch habe jegliche Maßnahmen befürwortet, damit keine »Dilettanten und Theoretiker aus der Partei« wichtige Positionen in der deutschen Wirtschaft übernähmen.[167] Diesem angeblichen Motiv entsprechend

164 NAW, M892, Reel 53, Prozessprotokoll, 18.2.1948, S. 7332 f.
165 NAW, M892, Reel 54, Prozessprotokoll, 12.3.1948, S. 9143 f.
166 NAW, T301, Reel 38, NI-5187, »Kransberger Denkschrift«, S. 14.
167 NAW, M892, Reel 51, Prozessprotokoll, 12.1.1948, S. 5091.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wollte auch Krauch (in Bezug auf seine Stellung bei der Brabag) ein »Gegengewicht gegenüber den Parteibestrebungen« gewesen sein und rechtfertigte seine Amtsübernahme im Vierjahresplan damit, die »Überfremdung der Wirtschaft durch die Partei« zu verhindern versucht zu haben.[168] Silcher vergrößerte diese Haltung in seinem Schlussplädoyer folgendermaßen:

> »So aber, wie die Dinge sich entwickelt hatten, hätte eine klar opponierende Haltung unausbleiblich und sofort zu einer gewaltsamen Okkupierung der IG durch das Regime, einer völligen Eroberung dieser wirtschaftlichen Machtposition durch den Nationalsozialismus, einer 100%igen Einspannung des Unternehmens in die Ziele des ›Dritten Reiches‹ geführt. Der zweite, allein erfolgversprechende Weg war der des weichen, hinhaltenden, ausweichenden, in Einzelheiten notfalls nachgebenden Widerstandes, um so im Kern die Stellung zu halten und die wirtschaftliche Vernunft zu retten. Nur so bestand für die IG die Chance, sich im Rahmen des Möglichen selbstständig und frei zu halten, einer völligen Vereinnahmung durch das Regime zu entgehen, sich sogar im wesentlichen nazirein zu halten und so mitten im nationalsozialistischen Deutschland der Bruder der Welt zu bleiben.«[169]

Der Nürnberger Gerichtssaal entwickelte sich zu einem wohlwollenden Resonanzraum für derartige Solidarisierungsversuche mit den westalliierten Siegern über das nationalsozialistische Deutschland, als die internationale Politik und der sich abzeichnende Kalte Krieg das Verfahren zu überschatten begannen. Nicht nur in der deutschen Presse regte sich Kritik, insbesondere die amerikanische Öffentlichkeit wurde zunehmend von einer antikommunistischen Stimmung erfasst, die einflussreiche US-Politiker und Juristen gezielt zu schüren und gegen die Nürnberger Industrieprozesse auszuspielen versuchten. Die Verteidigung wusste diese Angst vor einer kommunistischen Bedrohung zu nutzen und appellierte insbesondere an die US-Amerikaner, dass Kapitalisten der kommunistischen Gefahr vereint trotzen müssten.[170] Es war wiederum Rechtsanwalt Silcher, der in seinem Schlussplädoyer diesen Schulterschluss wortreich übte, indem er den Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus als »*die* Schicksalsfrage unserer Welt« darstellte. Er gebrauchte dabei bewusst oder unbewusst die alten NS-Propagandabilder, als er eine »Festung Europa« beschwor, die »vollends im Chaos zu versinken und den andrängenden Gewalten zu erliegen« drohe.[171] Kommunisten und Nationalsozialisten hätten gleichermaßen die private Wirtschaft bekämpft, und nun seien es ausgerechnet

168 NAW, M892, Reel 51, Prozessprotokoll, 12.1.1948, S. 5071 bzw. NAW, M892, Reel 51, Prozessprotokoll, 16.1.1948, S. 5468.

169 BAL 207/7.1, vol. 2, Schlussplädoyer Silcher, 9.6.1948, S. 141.

170 Vgl. bspw. Walter Siemers Eröffnungsrede für Georg von Schnitzler, S. 3, BAL 207/4.

171 BAL 207/7.1, vol. 2, Schlussplädoyer Silcher, S. 126, 144 (Hervorhebung im Original).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die USA, die »Hochburg des freien Unternehmertums«, die das »Testament Hitlers« vollstreckten und die Pläne zur Zerschlagung der IG in die Tat umsetzten, »worüber sich die Kommunisten nur freuen würden«.[172]

Zusammenfassend lässt sich für die IG-Verteidigung feststellen, dass es ihr im Laufe der Verhandlung erfolgreich gelang, eine einheitliche Verteidigungslinie abzustimmen und ein gemeinsames Narrativ herauszubilden. Hatte ter Meer mit seiner »Kransberger Denkschrift« die Richtung vorgegeben, so verdichtete sich in den Plädoyers und Zeugenaussagen ein Opfer-Narrativ mit klaren Rollenzuschreibungen, das die IG-Manager als Patrioten und ansonsten unpolitische Industrielle in einer diktatorischen Zwangswirtschaft darstellte. Das Bild, das dabei von den Angeklagten entstand, zeichnete sie in klarer Abgrenzung zum NS-Staat und war geprägt vom Rückzug auf die Rolle des brillanten Forschers erstaunlicher Substanzen, des begnadeten Ingenieurs komplexer Produktionsverfahren und des anständigen Kaufmanns der Menschheit dienender Produkte. Ihre Forschungsleistungen und Produkterzeugnisse seien schließlich in einer auswuchernden Behördenwirtschaft missbraucht worden – den »Befehlen«, auch wenn man sie nicht gutgeheißen habe, habe man sich nicht entziehen, geschweige denn verweigern können.

Das Entlastungsnarrativ der IG-Verteidigung hatte dabei markante Ähnlichkeit zu den vorgetragenen Argumenten im parallel laufenden Flick- bzw. Krupp-Prozess, die sich alle im interpretativen Rahmen einer »sehr simplen Totalitarismustheorie« bewegten.[173] Maßgeblichen Anteil daran hatten Verteidiger wie Dix, Siemers oder Kranzbühler, die diverse Mandate in allen drei Industriellenprozessen hielten und den Transfer von schlüssigen Argumentationsvorlagen sicherstellten. Im Falle Flicks waren die zentralen Topoi der Verteidigung, »staatlicher Zwang, Opferstatus, moralische Integrität […] und zumindest passive Widerstandstätigkeit«, von gleicher Bauart wie die im IG Farben-Prozess.[174] Flick-Anwalt Kranzbühler fasste das Verhältnis von Politik und Wirtschaft in das später viel zitierte Bild vom NS-Regime als »Hammer« und den Unternehmen als »Amboss«.[175] Flick selbst nutzte die Möglichkeit eines Schlusswortes, um am Ende des Prozesses zu bekräftigen: »Nichts wird uns davon überzeugen, dass wir Kriegsverbrecher waren.«[176] Im Verfahren gegen Alfried Krupp von Bohlen und Halbach und den Krupp-Vorstand setzte die Verteidigung ebenfalls auf die bewährten Deutungsmuster, was in diesem speziellen Fall dazu führte, dass der Prozess sich zu einem Streit um die Deutungshoheit sowohl über die Geschichte des Essener Unternehmens, als auch über die Geschichte des deutschen Imperialismus im Allgemeinen ent-

172 BAL 207/7.1, vol. 2, Schlussplädoyer Silcher, S. 142. Vgl. auch NAW, M892, Reel 49, Prozessprotokoll, 29.10.1947, S. 2969.
173 Ahrens, Wilhelmstraßen-Prozess, S. 368. In diesem Sinne auch Priemel, Tales.
174 Zur Flick-Verteidigung vgl. Drecoll, Auftakt, S. 393-396, 400 f. (Zitat S. 396); Priemel, Flick, S. 635-642; Frei u. a., Flick, S. 419-425.
175 Otto Kranzbühler zitiert in Frei u. a., Flick, S. 424.
176 Friedrich Flick zitiert in Drecoll, Auftakt, S. 401.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

wickelte.[177] Gegen das Narrativ der Anklagebehörde, das den Montankonzern als Akteur auf dem militaristisch-imperialistischen Weg Deutschlands in die Katastrophe begriff, verfochten Krupp und seine Anwälte die Ehrenrettung des Konzerns und legten ihre eigene Geschichte des Traditionsunternehmens vor. »Niemand«, so beharrte der Krupp-Chef in seinem Schlusswort, »wird uns vorwerfen können, dass wir in der Not des Krieges den Weg der Pflichterfüllung gingen.«[178] Und selbst im Wilhelmstraßen-Prozess, wo es keine langen Linien einer Firmenhistorie zu verhandeln gab, beriefen sich die politischen Funktionäre der Rüstungswirtschaft und der Dresdner Bank-Manager Karl Rasche auf die selben Rollenmuster und das Notstandsargument.[179]

Die detaillierte Analyse der Verteidigungsstrategie im IG Farben-Prozess macht daher deutlich, dass die IG-Angeklagten um Fritz ter Meer zusammen mit ihren Anwälten ein Selbstbehauptungsnarrativ der Viktimisierung herausarbeiten, das sich dezidiert gegen die Narrative der US-Ankläger richtete und auf den einschneidenden Reputationsverlust nach Kriegsende reagierte. Die Darstellung der Genese der zentralen Verteidigungstopoi zeigt den Prozess der zunehmenden Professionalisierung der Verteidigung, im Zuge dessen sich biographische und unternehmensgeschichtliche Erzählungen vereinten und für die absehbare Zeit des Wiederaufbaus neu aufzustellen suchten. Damit waren die IG-Angeklagten wichtige Protagonisten einer Phase unternehmerischer Selbstversicherung in der unmittelbaren Nachkriegszeit, deren kritischer Höhepunkt die Nürnberger Industriellenprozesse waren. Der Nürnberger Gerichtssaal wurde zum konstitutiven Ort der Ausgestaltung entlastender Narrative und damit zum diskursiven Fokalisationspunkt einer ersten Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit deutscher Großkonzerne. Auch wenn die Gerichtsurteile in den Prozessen letztlich sehr unterschiedlich ausfielen, so sollten die in Nürnberg herausgebildeten Narrative über Jahrzehnte hinweg diskursive Strahlkraft für die gesamte deutsche Wirtschaft in der Bundesrepublik haben.

Das Urteil und seine Rezeption

Der Prozess gegen die IG Farben endete nach 152 Sitzungstagen am 30. Juli 1948. Er endete damit zu einem Zeitpunkt, der sich in politischer Hinsicht sehr vom Prozessbeginn im Juli 1947 unterschied. Der Zusammenschluss der amerikanischen und britischen Besatzungszone zur Bizone im Januar 1947, die Einbindung der westlichen Besatzungszonen in das European Recovery Program ab April 1948 und die Währungsreform vom 20. Juni 1948 hatten zu einem

177 Zur Krupp-Verteidigung vgl. Priemel, Tradition, S. 450-458; Priemel, Sonderweg, S. 413-421.

178 Alfried Krupp von Bohlen und Halbach zitiert in Priemel, Sonderweg, S. 419.

179 Vgl. Ahrens, Exempelkandidat, S. 656 ff.; Ahrens, Wilhelmstraßen-Prozess, S. 366 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ersten wirtschaftlichen Aufschwung geführt.[180] Der Marshallplan hatte den Morgenthauplan verdrängt und die Basis für das folgende »Wirtschaftswunder« mit geschaffen, wovon auch die chemische Industrie und insbesondere die alten IG-Werke profitierten.[181] Zudem war die im Sommer 1948 beginnende Berlin-Blockade ein erster Höhepunkt des Kalten Kriegs. Der Fokus der westalliierten Deutschlandpolitik hatte sich verschoben: Deutschland mit seiner Wirtschaftskraft wurde nun als Partner im Kampf gegen einen als expansiv wahrgenommenen kommunistischen Block benötigt.

Vor diesem Hintergrund erschienen die Prozesse gegen führende deutsche Wirtschaftsvertreter in einem anderen Licht – und die Urteile standen im diskursiven Kontext der Kehrtwende der amerikanischen Deutschlandpolitik. Für die Anklagevertretung war der Ausgang des Verfahrens jedoch eine herbe Niederlage. Die Ankläger waren entsetzt angesichts der milden Haftstrafen, mit denen, wie DuBois bemerkte, »ein Hühnerdieb hätte zufrieden sein können«.[182] Das Gericht verwarf insbesondere die primären Anklagepunkte hinsichtlich der Verschwörung zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden. In enger Auslegung der im IMT festgelegten Grundsätze, dass sowohl »Kenntnis als auch tätige Beteiligung zweifelsfrei bewiesen« sein müssten, urteilten die Richter, dass letztlich keine Beweise für das Wissen oder die Unterstützung von Plänen eines Angriffskrieges vorlägen – die IG-Angeklagten seien dem Grade nach vielmehr »Mitläufer« als »Führer« gewesen.[183] Damit wurden der Anklagebehörde auch im IG-Prozess die Grenzen ihres »institutionellen Ansatzes« aufgezeigt. Die »historische Analyse des Interaktionsverhältnisses von Staat und Industrie« hatte sich schon im Falle Flicks »als völkerrechtsuntauglich erwiesen«.[184] Und auch im Krupp-Prozess hatten die Verteidiger gezielt darauf hingearbeitet, diese Achillesferse des Anklagekonzepts freizulegen, wo die Richter auf Antrag der Verteidigung die Anklagepunkte »Angriffskrieg« und »Verschwörung« per Zwischenentscheid aus der laufenden Verhandlung gestrichen hatten. Die »außergewöhnliche historische Aufladung des Anklagenarrativs […] belastete die Prozesse unnötig und war materiell nicht zu halten«.[185] Auch wenn sich die Richter im IG-Prozess in einigen Themen durchaus uneins waren, so sprachen sie letztlich zehn Angeklagte in allen Punkten frei und belegten dreizehn Angeklagte aufgrund der Anklagepunkte 2 (»Plünderung und Raub«) und 3 (»Versklavung und Massenmord«) mit unterschiedlich hohen Haftstrafen. Fritz ter Meer, als Einziger in diesen beiden Punkten für schuldig befunden, erhielt mit sieben Jahren Haft eine

180 Zur deutschen Nachkriegswirtschaft vgl. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 114-154.
181 Vgl. Stokes, Divide, S. 137 ff.
182 DuBois, Devil's Chemists, S. 213.
183 NAW, M892, Reel 112, Schlussurteil, 29.7.1948, S. 26 bzw. 55.
184 Drecoll, Auftakt, S. 404. Zu den Problemen der Flick-Anklage vgl. auch Frei u. a., Flick, S. 428 f.
185 Priemel, Tradition, S. 462.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der höchsten Freiheitsstrafen. Voll und ganz folgten die Richter der Anklage im dritten Anklagepunkt hinsichtlich der Beschäftigung von KZ-Häftlingen im Buna-Werk Auschwitz bzw. dessen Aufbau. Da das Gericht es als erwiesen ansah, dass die Häftlingsarbeit durch den Technischen Ausschuss »aus eigenem Antriebe […] geplant und durchgeführt« und das Werk nicht unter Zwang aufgebaut worden sei, wurden alle drei unmittelbar mit dem Werk betrauten IG-Manager sowie die verantwortlichen Vorgesetzten ter Meer und Krauch für schuldig gesprochen.[186] Diese Urteilspassagen sollten nicht nur von den Angeklagten, sondern auch von späteren Bayer-Angehörigen immer wieder kritisiert werden. Das Vernichtungslager Auschwitz, argwöhnten sie, werde mit dem Werk der IG Farben gleichgesetzt, und die Massenmorde von Auschwitz würden durch die Zyklon-B-Blechdosen versinnbildlicht, so dass das Gerichtsurteil auch eine »weithin sichtbare Sühne« einfordere.[187]

In der öffentlichen Rezeption des Urteils sollten jedoch zwei andere Passagen aus der Urteilsbegründung regelmäßig zitiert werden und die Interpretation des Gesamturteils bestimmen.[188] Im ersten Auszug wurde der Vorwurf verworfen, die Angeklagten seien wegen der Mittäterschaft an einem Angriffskrieg verantwortlich zu machen:

> »Es ist selbstverständlich undenkbar, dass die Mehrheit aller Deutschen verdammt werden soll mit der Begründung, dass sie Verbrechen gegen den Frieden begangen hätten. Das würde der Billigung des Begriffs der Kollektivschuld gleichkommen […]. Wir können von einem gewöhnlichen Bürger nicht erwarten, dass er sich in eine Zwangslage versetzen lässt, in der er mitten in der aufregenden Kriegsatmosphäre entscheiden muss, ob seine Regierung Recht oder Unrecht hat, oder, wenn sie anfangs im Recht gewesen ist, den Augenblick bestimmen muss, von dem an sie sich ins Unrecht gesetzt hat. Wir können nicht verlangen, dass dieser Bürger wegen der Möglichkeit nach den Bestimmungen des Völkerrechts als Verbrecher zu gelten, sich zu der Überzeugung bekennt, dass sein Land zum Angreifer geworden sei, und dass er seinen Patriotismus, seine Treue zu seinem Heimatland und die Verteidigung seines eigenen Herdes aufgibt, weil er Gefahr läuft, eines Verbrechens gegen den Frieden beschuldigt zu werden, während er doch andererseits zu einem Verräter an seinem eigenen Land werden würde, wenn er auf Grund von Tatsachen, von denen er nur eine ungenaue Kenntnis hat, eine falsche Entscheidung trifft.«[189]

186 NAW, M892, Reel 112, Schlussurteil, 29.7.1948, S. 112 bzw. 159.
187 Vgl. BAL, 374/209, Briefentwurf von ter Meer, 4.8.1948; BAL, 207/7.1, Das Urteil im IG Farben-Prozess, o. D., S. 11; BAL, 563/1, Curt Duisberg, Darstellung ter Meer in Nürnberg, 10.8.1955, S. 19 (Zitat).
188 Vgl. BAL, 207/28, Rolf W. Müller, Entwurf. Der I. G.-Prozess im Spiegel der Pressekritik, 18.6.1949.
189 NAW, M892, Reel 112, Schlussurteil, 29.7.1948, S. 63 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Die Richter folgerten, dass nur Personen, die für die Festlegung und Durchsetzung der grundsätzlichen politischen Richtlinien verantwortlich seien, für Angriffskriege zur Verantwortung gezogen werden dürften. Indem sie die Angeklagten mit »gewöhnlichen Bürgern« gleichsetzten, folgten sie nicht nur dem Entlastungsnarrativ der IG-Manager, die sich zu unpolitischen Kaufleuten und Wissenschaftlern stilisiert hatten. Die Richter zementierten auch zentrale Deutungsmuster im Schulddiskurs der unmittelbaren Nachkriegszeit. Indem sie den Begriff der »Kollektivschuld« explizit verwarfen, bestärkten sie zum einen indirekt die in breiten Teilen der deutschen Bevölkerung als gerechtfertigt empfundene Abwehr gegen einen vermeintlichen alliierten Kollektivschuld-Vorwurf.[190] Zum anderen bestätigten sie in höchstrichterlicher Instanz jene Stimmen, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit eine entlastende Grenze zwischen den Nationalsozialisten und den Deutschen gezogen hatten. Sie leisteten so jener Externalisierung der Schuld und jener Täter-Opfer-Umkehr in den folgenden Jahren weiteren Vorschub, die schon die IG-Angeklagten im Prozess betrieben hatten.[191]

Ein zweiter wichtiger Auszug aus dem Urteil verneinte,

> »dass die Angeklagten die Unwahrheit gesagt haben, wenn sie versicherten, dass ihnen keine andere Wahl geblieben sei, als in allen Angelegenheiten des Sklavenarbeiterprogramms in Einklang mit den Befehlen Hitlers zu handeln. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, dass die Weigerung eines leitenden Angestellten der I. G. […] als hochverräterische Sabotage behandelt worden wäre und sofort harte Vergeltungsmassnahmen im Gefolge gehabt hätte. Es ist sogar glaubhaft bewiesen worden, dass Hitler die Gelegenheit, an einer führenden Persönlichkeit der I. G. ein Exempel zu statuieren, freudig begrüsst hätte.«[192]

Die Richter bestätigten damit nicht nur den Rechtfertigungstopos der Verteidigung vom »Notstand der deutschen Industrie durch Zwangswirtschaft und Terror« (außer im Fall »IG Auschwitz«), sie akzeptierten auch das Deutungsmuster einer »Zwangslage« der deutschen Wirtschaft, das die Verteidigung immer wieder vertreten hatte. Zudem bekräftigten die Richter mit ihrer Formulierung die Einschätzung aus dem IMT und dem Flick-Prozess, die in der bundesrepublikanischen Nachkriegszeit den NS-Justizdiskurs untermauern sollte: Der sogenannte »Befehlsnotstand« fand in den fünfziger Jahren nicht nur Eingang in den öffentlichen Sprachgebrauch, sondern indirekt auch in die bundesdeutsche Amnestiegesetzgebung, und sollte für viele weitere NS-Prozesse von entscheidender Bedeutung sein, in denen Nationalsozialisten – wenn überhaupt – meist nur wegen Beihilfe und nicht als Täter verurteilt wurden.[193]

190 Vgl. Frei, Erfindungskraft.
191 Vgl. Fischer/Lorenz, Lexikon, s. v. »Schuld- und Unschuldsdebatten«.
192 NAW, M892, Reel 112, Schlussurteil, 29.7.1948, S. 136.
193 Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 129. Spätestens mit dem Eichmann-Prozess 1961 sollte der Neologismus »Befehlsnotstand« zum viel diskutierten Schlagwort in

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Um die Tragweite der Narrative aus dem IG-Prozess in der öffentlichen Wahrnehmung einzuschätzen, lohnt ein Blick in die in- und ausländische Presse jener Zeit, die auch die IG-Angeklagten und insbesondere Fritz ter Meer akribisch verfolgten.[194] Die meisten Redaktionen begleiteten den IG-Prozessverlauf mehr oder weniger sachlich. Es gab aber durchaus Zeitungen, die den Prozess kritisch kommentierten und insbesondere den Vorwurf der Verschwörung zu einem Angriffskrieg kontrovers diskutierten. Die Argumente der IG-Angeklagten fanden dabei in der deutschen Presse ihren Widerhall, wenn beispielsweise die *Süddeutsche Zeitung* beklagte, dass die im IMT beseitigte Kollektivschuld in den »Nachfolgeprozessen« wieder durch die Hintertür eingeführt werde, oder *Die Zeit* unterstrich, dass »mit der Anklage der Repräsentanten bestimmter sozialer Stände Kollektiv-Kriminalität« erzielt werde.[195] Auch das Deutungsmuster von der »normalen Industrietätigkeit«, der die IG-Angehörigen wie ihre ausländischen Kollegen in anderen Ländern nachgegangen seien, spiegelte sich in der deutschen Presse.[196] Insbesondere *Die Zeit* tat sich immer wieder hervor, den IG-Angeklagten ein exponiertes Forum für ihre Darstellungen zu geben und druckte in ihrer Berichterstattung auch längere Passagen der Verteidigungsreden ab.[197] Die Anklagepunkte zu Plünderung und Sklavenarbeit bzw. Massenmord wurden dagegen in der westdeutschen Presse, wenn überhaupt, nur am Rande erwähnt. Durchgehend kritisch begleiteten nur die Zeitungen aus der SBZ den Prozess – insbesondere das *Neue Deutschland* agitierte regelmäßig gegen »die Anstifter der Katastrophe«.[198]

Die amerikanische Anklagevertretung und die IG-Verteidigung rangen nicht nur im Gerichtssaal um die Deutungshoheit über die unmittelbare IG-Vergangenheit, sondern versuchten auch konkret die deutsche Presse für ihre Zwecke zu nutzen. So beschwerte sich die Verteidigung während des Prozesses und noch Monate danach, dass die Anklagebehörde das Anklagematerial der in- und ausländischen Presse zugänglich gemacht und damit die Öffentlichkeit

der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit werden, vgl. Eitz/Stötzel, Wörterbuch, Bd. 2, s. v. »Befehlsnotstand«.

194 Vgl. bspw. ter Meers Sammlung von Presseartikeln, in: BAL, 207/15 vol. 3. Ein synoptischer Überblick in der Pressesammlung von Rolf W. Müller, in: BAL, 207/28. Entwurf. Der IG-Prozess im Spiegel der Pressekritik, 18.6.1949, S. 7. Eine große Sammlung an Presseartikeln auch in BAB, BY 5/V 279/36, VVN/BRD, Sekretariat der britischen Besatzungszone.

195 Süddeutsche Zeitung, 7.4.1949; Die Zeit, 27.5.1948.

196 Vgl. etwa Der Kurier, 27.8.1947.

197 Vgl. Die Zeit, 27.11.1947, 12.2.1948, 27.5.1948, 8.7.1948, 12.8.1948.

198 Neues Deutschland, 28.8.1947. Vgl. ebenfalls Neues Deutschland, 7.2.1947 (»IG Farben, der größte Plünderer der Weltgeschichte«); Volksstimme 5.5.1947 (»Giftgaskönige auf der Anklagebank«); Tribüne, 29.8.1947; Neues Deutschland, 17.9.1947 (»Millionen starben für Konzerne«); Neues Deutschland, 26.11.1947 (»Vor Sensation bei IG-Prozess. Mohrenwäsche wird vorbereitet«).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bewusst manipuliert habe.[199] Die Presse habe die Dokumente der Anklage teils mit teils ohne Kommentar als bereits feststehende Fakten abgedruckt und damit diverse Gerüchte in Umlauf gebracht. Dabei hatte auch die Verteidigung sehr konkret mit der Presse zusammengearbeitet und eine Einflussnahme auf die deutsche Öffentlichkeit angestrebt. Journalisten sollten dahingehend angesprochen werden, regte die Leitung in Leverkusen an, wie *Die Zeit* »positiver, kritischer und kräftiger […] zum IG-Prozess« Stellung zu nehmen.[200] Die Kritik in der *Zeit* war dabei kein Zufall. In ter Meers Verteidigungsakten befindet sich eine Sammlung an Manuskripten des Journalisten Oswald Gerhardt, der offenbar ter Meer seine Artikel zur Ansicht und Korrektur gab, bevor sie in der *Welt* bzw. in der *Zeit* veröffentlicht wurden.[201] Dabei reproduzierte Gerhardt die prägnanten Topoi ter Meers hinsichtlich der Rollenzuschreibung mit Überschriften wie »Forschung auf der Anklagebank« und beschrieb die IG Farben als »Allianz zwischen dem königlichen Kaufmann, dem wissenschaftlichen Forscher und dem praktisch realisierenden Techniker.«[202]

Das Schlussurteil im IG-Prozess (und einen Tag später im Krupp-Prozess) erfuhr in der deutschen Presse eine breite Aufmerksamkeit. Exemplarisch für die unterschiedliche Bewertung der beiden Urteile durch die Zeitungen der westlichen Besatzungszonen übertitelte *Die Zeit* die beiden Urteile mit »Rehabilitierung und Rache« und beschrieb symptomatisch für die allgemein alarmistische Stimmung das Ende zweier Gerichtsverfahren, bei dem »am Vorabend eines dritten Weltkrieges Kapitalisten über Kapitalisten und Antikommunisten über Antikommunisten zu Gericht gesessen haben.«[203] Während das Krupp-Urteil harsch kritisiert wurde, wurde das Urteil im IG-Prozess insbesondere aufgrund der richterlichen Feststellung eines Nichtbestehens einer allgemeinen deutschen Kollektivschuld wohlwollend gewürdigt.[204] Vor dem Hintergrund des IG-Urteils wurde festgehalten, dass »die Industrie demnach nicht Drahtzieher der Hitler-Aggressionen« gewesen war und die von der Anklagebehörde aufgestellte Kriegsschuldthese der deutschen Industrie »ohne Beweis« geblieben sei.[205] Einer der IG-Rechtsanwälte fasste in einem eigens erstellten Pressespiegel dann auch zufrieden die wichtigsten Pressestimmen zusammen, dass der entscheidende Wert des Urteils darin liege, »dass es eine völlige Rehabilitierung des Unternehmens beinhalte, dass die IG aus diesem

199 Vgl. BAL, 207/28, Rolf W. Müller, Denkschrift über den Prozess-Verlauf, 29.4.1949, S. 43 f.

200 Vgl. BAL, 207/15 vol. 3, Vermerk Direktionsabteilung, 2.12.1947.

201 Die Manuskripte in BAL, 207/15, vol. 3, Akte 46. Die Tatsache, dass ter Meer Oswalds Namen mehrfach unterschiedlich und dabei falsch schrieb, lässt darauf schließen, dass er ihn (zu dem Zeitpunkt) nicht sonderlich gut gekannt haben kann.

202 Die Zeit, 13.1.1949; Die Welt, 9.6.1948.

203 Die Zeit, 12.8.1948.

204 Vgl. bspw. Witschaftszeitung, 14.8.1948; Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 31.7.1948.

205 Die Zeit, 12.8.1948, bzw. Wirtschaftszeitung, 20.4.1949.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Prozess in ihrem Prestige und ihrer Firmenehre unangetastet hervorgegangen sei, und dass das Gericht nicht umhin gekonnt habe, sich der Anerkennung der wissenschaftlichen wie sozialen Leistungen der IG zu verschließen.«[206] Damit wurden nicht nur wichtige Selbstbeschreibungsmuster der IG-Angeklagten in der deutschen Presse tradiert, sondern auch deren Deutungsmuster zum Verhältnis von Wirtschaft und NS-Regime weitergegeben. Die *Allgemeine Zeitung* beispielsweise räsonierte über den »Zwang der Verhältnisse« für deutsche Unternehmer, oder *Die Zeit* sprach von dem »aggressiven Zweck der Aufrüstung«, »in die die IG eingespannt wurde« und der »ihren Leitern unbekannt war«.[207] Daher leiteten nicht nur die IG-Angehörigen, sondern auch einige sympathisierende Zeitungen ganz konkret aus dem Urteil ab, dass dem Kontrollratsgesetz Nr. 9 als »Sondergesetz« der IG nun seine Grundlage entzogen worden sei.[208] Einzig die Zeitungen aus der Sowjet-Zone kritisierten das »milde« Urteil und berichteten von Protesten ehemaliger KZ-Opfer.[209] Die westliche internationale Presse hingegen folgte dem Urteil in seiner Begründung und ließ die offenen wirtschaftspolitischen Fragen anklingen, wie nun mit der »gewaltigsten Kriegsbeute aller Zeiten« umzugehen sei.[210] Hatte 1945 der Sonderstatus des IMT noch auf eine gewisse Zustimmung in der deutschen Bevölkerung bauen können, so spiegelte sich bereits 1948 in diversen Zeitungskommentaren zum alliierten »Gericht der Sieger« und zum Makel des Nürnberger »Sonderrechts« der geschichtskulturelle Wandel, der sich in den folgenden Jahren in der Forderung nach einem »Schlussstrich« zuspitzen sollte.[211]

Dass das Urteil im IG-Prozess in hohem Maße von der personellen Richter-Anwalts-Konstellation und der allgemeinen Atmosphäre im Gerichtssaal geprägt wurde, verdeutlicht der Vergleich mit dem Ausgang des Flick- bzw. Krupp-Prozesses.[212] Während das Verfahren gegen Flick und seine Mitarbeiter durchgehend von einer entspannten Gesprächsatmosphäre und einem positiven Verhältnis des Gerichts zur Verteidigung bestimmt war, war der Krupp-Prozess von Beginn an durch die Konfrontation zwischen Richtern und Verteidigern geprägt, was zwischenzeitlich im protesthaften Auszug der Vertei-

206 Wirtschaftszeitung, 20.4.1949; Flensburger Tageblatt, 21.8.1948; Christ und Welt, 14.8.1949, zitiert in BAL, 207/28, Rolf W. Müller, Entwurf. Der IG-Prozess im Spiegel der Pressekritik, 18.6.1949, S. 7.

207 Allgemeine Zeitung, 2.9.1948; Die Zeit, 12.8.1948.

208 Vgl. Kölnische Rundschau, 1.10.1948; Wirtschaftszeitung, 20.8.1948; Allgemeine Zeitung, 10.8.1948.

209 Berliner Zeitung, 24.8.1948; Freiheit, 3.8.1948.

210 Continental Press, 2.8.1948; The Times, 30.7.1948 (Zitat).

211 Vgl. etwa Hamburger Freie Presse, 30.10.1948; Die Zeit, 27.11.1947. Dazu Urban, Wahrnehmung; Eitz/Stötzel, Wörterbuch, Bd. 1, s. v. »Schlussstrich«.

212 Vgl. dazu und im Folgenden Jung, Rechtsprobleme, S. 206-222; zum Flick-Urteil Priemel, Flick, S. 642 f.; Frei u. a., Flick, S. 426 f.; Drecoll, Auftakt, S. 402 f. Zum Krupp-Urteil Priemel, Tradition, S. 458 f. Zum biographischen Hintergrund der IG-Richter und deren verständnisvolle und (nach US-Recht) faire Verhandlungsführung vgl. Lindner, Urteil.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
diger aus dem Gerichtssaal und deren vorübergehender Verhaftung eskaliert war. Wenngleich die vorgetragenen Argumente der Verteidigung sich durchaus ähnlich waren und der Schwerpunkt der Anklage hinsichtlich der Verschwörung zum Angriffskrieg in allen Urteilen verworfen wurde, so waren die Schuldsprüche in den Anklagepunkten »Plünderung und Raub« sowie »Versklavung und Massenmord« doch unterschiedlich. Das Flick-Urteil war in weiten Teilen geprägt von einem wohlwollenden Verständnis für die Angeklagten und hatte wichtige präjudizierende Wirkung für die folgende Rechtsprechung wie unter anderem im IG-Prozess. War den angeklagten Juristen, Ärzten und Militärs in den vorangegangenen Nürnberger Prozessen die Schutzbehauptung des »Notstands« nicht eingeräumt worden, schlossen die Richter im Flick-Prozess diesen Einwand nicht grundsätzlich aus. Des Weiteren stellten die Richter die Unzuständigkeit des Gerichts in der Frage der »Arisierungen« fest, da Eigentumsdelikte ohne direkten Kriegsbezug an dieser Stelle völkerrechtlich irrelevant seien – was einer weiteren Ohrfeige für die Anklagevertreter gleichkam. Auch wenn Friedrich Flick in den Punkten »Sklavenarbeit« und »Plünderung« schuldig gesprochen wurde, so erhielt er dennoch nur eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Dagegen wurden im Krupp-Prozess und auch im Wilhelmstraßen-Prozess vergleichsweise drakonische Strafen verhängt. Alfried Krupp von Bohlen und Halbach wurde zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt, und sein gesamtes Vermögen wurde beschlagnahmt. War das Notstandsargument im Flick- und IG-Prozess erfolgreich angewandt worden, um die Verantwortung für den Zwangsarbeitereinsatz zu mindern, so verwarfen die Richter im Krupp-Prozess diese Schutzbehauptung in allen fraglichen Fällen. Nicht nur die Anklagevertreter um Telford Taylor konstatierten den krassen Unterschied zwischen dem Flick-Urteil (»übertrieben milde und versöhnlich«) und dem Krupp-Urteil (»einmütig und sehr scharf«), auch die Verteidiger wie Otto Kranzbühler bewerteten die Schuldsprüche in diesem Sinne spiegelbildlich als »gewissenhaft« bzw. »überzogen«.[213]

Der Bandbreite der Verfahrensausgänge entsprechend waren die Schlussurteile für die Prozessbeteiligten nicht das Ende der Auseinandersetzung um ihre NS-Vergangenheit. Die Debatte verlagerte sich nun aus dem Gerichtsaal in die breite Öffentlichkeit bzw. in die Hinterzimmer der amerikanischen Militärregierung. Nachdem die Revisionsverfahren endgültig ausgeschlossen worden waren, unternahmen die Verurteilten, deren Rechtsanwälte und die mit ihnen sympathisierenden Berufs- und Verbandsorganisationen enorme Anstrengungen, um die Deutungshoheit über die Urteile zu gewinnen, ihre eigenen historiografischen Deutungen in der deutschen Öffentlichkeit zu etablieren und Druck auf die amerikanische Militärverwaltung auszuüben. Öffentlichkeitswirksame Schützenhilfe kam auch von Industriellen wie August Heinrichsbauer, der mit seiner Broschüre *Schwerindustrie und Politik* den gleichen Tenor

213 Taylor, Kriegsverbrechen, S. 81 bzw. 87; Kranzbühler, Rückblick, S. 15.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
anschlug, wie ihn die Nürnberger Angeklagten bemüht hatten.[214] Koordiniert wurden viele Initiativen und öffentliche Kampagnen von den Rechtsanwälten der Nürnberger Prozesse. Der eigens gegründete »Heidelberger Juristenkreis« versammelte die juristische Expertise; das »Industriebüro« setzte seine Arbeit der Aktenrecherche und Pressearbeit fort. In juristischen Fachzeitschriften wurde zudem die Kritik der Verteidiger auch jenseits des Gerichtssaals weitertradiert: Die Nürnberger Gerichtshöfe hätten den Angeklagten keinen fairer Prozess gemacht, sie hätten ihre Rechtsprechungsbefugnisse überschritten und gegen das Rückwirkungsverbot verstoßen.[215] Symptomatisch für die Perspektivenverengung resümierte Rechtsanwalt Hellmuth Dix, der Bruder von NMT-Verteidiger Rudolf Dix, für die Wirtschaftsprozesse: »Durch diese Verfahren wurde der Mythos von der Mitschuld der deutschen Industrie und ihrer wichtigsten Repräsentanten am Ausbruch des Krieges und seinen Unmenschlichkeiten zerstört und der Weg frei für ihren friedlichen Wiederaufbau.«[216] Aber auch jenseits dieses Fachdiskurses traten die Verteidiger mit eigenen Publikationen an die Öffentlichkeit und wiederholten mit den bereits im Gerichtssaal erprobten Argumenten die Amnestieforderungen ihrer Mandanten.[217]

So wie Flick als auch Krupp nichts unversucht ließen, die amerikanische Militärregierung zu beeinflussen und die deutsche Öffentlichkeit für ihre Argumente einzunehmen,[218] so versuchten auch die IG-Angeklagten das Urteil in ihrem Sinne in der Öffentlichkeit auszulegen. Während beispielsweise bei Bayer umfangreiche Eigeninterpretationen der Anklage zum internen Gebrauch erstellt wurden (»grundlos und unberechtigt«), Verurteilte wie Hans Kühne eine Memoiren-Form wählten, um das »erfreuliche Urteil« zu loben, so war es wiederum Fritz ter Meer, der am stärksten in die Außendarstellung drängte und dabei vom Tonfall an die bereits zitierten Schlussworte von Friedrich Flick und Alfried Krupp von Bohlen und Halbach anschloss.[219] Unmittelbar nach Verkündigung des Urteils verfasste ter Meer einen kämpferischen Brief an die Vorstandsbüros der westdeutschen Wirtschaft, in dem er das Urteil als einen »überwältigenden Sieg unserer Sache« deutete. Ungeachtet des Umstands, dass auch er offenbar von seinem eigenen Schuldspruch tief erschüttert

214 Für eine detaillierte Darstellung und Analyse der Broschüre vgl. Wiesen, Verteidigung.

215 Vgl. die Zeitschriftenbeiträge in *Der Jurist* und *Neue Juristische Wochenschrift* in den Jahren 1947/48. Für eine Übersicht über die Literatur vgl. Jung, Rechtsprobleme, S. 2-4.

216 Dix, Urteile.

217 Vgl. Kranzbühler, Rückblick; Laternser, Verteidigung. Dazu ebenfalls Anders, Irrgarten; Schacht, Abrechnung.

218 Zu den Revisionsbemühungen, Gnadengesuchen und öffentlichen Kampagnen im Fall Flicks vgl. Priemel, Flick, S. 645-648; Frei u. a., Flick, S. 429-441. Zu Krupp vgl. Priemel, Tradition, S. 461 f.

219 Vgl. BAL, 207/7.1, Das Urteil im IG Farben-Prozess, o. D. (erstes Zitat S. 16); BAL, 207/7.1, Hans Kühne, Erinnerungen an Nürnberg, o. D., (zweites Zitat S. 5); BAL, 374/209, Fritz ter Meer, Briefentwurf, 4.8.1948.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
war,[220] versuchte er in der Außendarstellung seine Interpretation des Urteils zu etablieren: »Den schlimmsten Punkt der Anklage – das angebliche Bündnis mit Hitler und die Vorbereitung eines Angriffskrieges – haben wir so sauber ad absurdum geführt, dass der diesbezügliche Teil des Urteils für die IG, für die deutsche Industrie und das deutsche Volk eine ganz klare Entlastung bringt.« Auch im Falle Auschwitz hätten sie zu »90 % obsiegt« und das Urteil sei »mehr eine Reinwaschung von wilden Anklagen, als die Zuerkennung einer persönlichen Schuld.«[221] Nicht zuletzt organisierten die IG-Angeklagten ebenfalls eine Vielzahl an Eingaben und Petitionen, um beim zuständigen Militärgouverneur der US-Zone, Lucius D. Clay, eine Überprüfung und Aufhebung ihrer Strafen zu erwirken. Dabei wandten sie sich auch direkt an ihn, um auf die Richtigkeit ihrer im Gerichtssaal vorgetragenen Narrative zu beharren. So schrieb beispielsweise Walther Dürrfeld in seinem Gnadengesuch, dass das Gericht das »Recht der Berufung auf den Notstand allen IG-Werken zuerkannte, nur dem Werk Auschwitz nicht«, obwohl es doch nach »gleichen Grundsätzen« gearbeitet habe und zudem auf Reichsbefehl gebaut worden sei.[222] Im Hinblick auf den aufziehenden Kalten Krieg betonten alle Verurteilten ihre Kompetenzen, mit denen sie »an einem bescheidenen Platz zum Wiederaufbau in Westdeutschland beitragen« könnten.[223]

Hatte das Krupp-Urteil bei seiner Verkündung Schockwellen in den Reihen der deutschen Wirtschaft verursacht, wurde das IG-Urteil in den Kreisen der chemischen Industrie ambivalent bewertet – und führte gleichfalls zu einer Vielzahl öffentlichkeitswirksamer Kampagnen, die unter anderem durch das Nürnberger Industriebüro orchestriert wurden. Während im Falle Flick und Krupp die alten Rivalitäten in der Schwerindustrie wieder aufbrachen und den vorübergehenden Schulterschluss von Nürnberg überlagerten,[224] konnten sich die IG-Angeklagten der Solidarität ihrer Branche sicher sein. Im September 1948 solidarisierten sich eine Gruppe namhafter deutscher Hochschullehrer sowie die »Gesellschaft deutscher Chemiker« mit den Inhaftierten, die sie primär als »ehrenwerte Männer« der »Wissenschaft und Technik« verstanden wissen wollten.[225] Im Oktober 1948 veröffentlichte die neu gegründete »Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes« eine ausführliche Dokumentation des IG-Prozesses mit einer eigenen Stellungnahme zum Urteil, die alle prägnanten Topoi der IG-Verteidigung wortgewaltig zusammenführte. Das Diktum der Anklagevertretung zur IG als »Staat im Staate« wurde dabei umgedeutet im Sinne eines »antirevolutionären Blocks«

220 Ein Anwalt von ter Meer berichtete ein paar Jahre später von einem »Nervenzusammenbruch« ter Meers in Landsberg, vgl. Lindner, Hoechst, S. 357 f.
221 BAL, 374/209, Fritz ter Meer, Briefentwurf, 4.8.1948.
222 BAL, 207/4, Statement Walther Dürrfeld für Gnadengesuch, S. 9.
223 BAL, 207/4, Statement Walther Dürrfeld für Gnadengesuch, S. 10.
224 Vgl. Frei u. a., Flick, S. 433.
225 Publikationen zitiert in Balke, IG Farben-Prozess, S. 35.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
des latenten Widerstands.[226] Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Wilhelm Alexander Menne, der später auch Präsident des »Verbands der Chemischen Industrie« und Hoechst-Vorstand werden sollte, unterstrich auf einer eigens einberufenen Kundgebung, dass alle Beschuldigten in den Hauptanklagepunkten »Angriffskrieg, Mord durch Giftgas und verbrecherische Experimente an Menschen« freigesprochen worden seien. Dazu verlas der Vorsitzende des Chemieverbands Nordrhein, Theo Goldschmidt, der noch bis vor Kurzem Miteigentümer der Degesch gewesen war, Auszüge aus dem oben skizzierten Brief von Fritz ter Meer, der »die hohe menschliche Haltung, die die Verurteilten bewahren« wiedergebe. Es komme jetzt darauf an, »durch den Nebel der Propaganda und den Sumpf des Hasses eine Gasse zu bahnen für die Wahrheit, für das Recht und für die Versöhnung unter den Menschen und den Völkern.«[227] Im Dezember wurde das »moraltheologische Gutachten« über »das Verhalten der Unternehmer im Dritten Reich« publiziert, das bereits im Prozess als Beweisstück der Verteidigung die Aussichtslosigkeit eines offenen Widerstands und die Zwangsläufigkeit des Notstands für die Unternehmer hatte belegen sollen. In einem hinzugefügten Nachwort wurde das IG-Urteil nun zur »Ehrenrettung« der Angeklagten erklärt, das »die Vorstandsmitglieder der IG Farben und ihre Mitarbeiter aus dem Verbrecherkeller […] herausgeholt und in den Kreis anständiger Menschen eingeführt« habe.[228] Weitere Publikationen wurden für das Jahr 1949 vom Nürnberger Industriebüro und Theo Goldschmidt geplant.[229]

Bei allem öffentlichen Druck, den die IG-Mitstreiter und ihre Rechtsanwälte aufzubauen verstanden, war es aber erst die Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949, die das geschichtskulturelle Klima in Deutschland nachhaltig veränderte, die letzten alliierten Vorbehalte schrittweise auflöste und die Bemühungen der IG-Angehörigen einem Erfolg zuführte. Wie Samen waren dabei die Narrative der Selbstbehauptung im Nährboden der Nürnberger Prozesse gesät worden. Diese Saat sollten in den kommenden Jahren aufgehen.

2.3 Konsolidierung und Kontinuität bei Bayer

Wann immer man das Ende der Nachkriegszeit im Rückblick bestimmen mag – ob mit der Währungsreform 1948, der Erlangung der Souveränitätsrechte 1955, dem kulturellen Bruch der Protestbewegung um 1968 oder mit der

226 Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebiete, Urteil, S. 12.

227 Wilhelm Alexander Menne zitiert in Westdeutsche Wirtschaftskorrespondenz, 16.10.1948; BAL, 3/280, Theo Goldschmidt, Eröffnungsansprache, (o. D.).

228 Priballa, Gutachten, S. 15.

229 Vgl. die Manuskripte und den Briefwechsel zwischen Heinz Nagel und Theo Goldschmidt, in: BAL, 3/281.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
deutschen Wiedervereinigung 1989/90[230] –, für die deutschen Unternehmer und Manager endete die Nachkriegszeit mit der Gründung der Bundesrepublik. Die Phase der ersten Verunsicherung unmittelbar nach Kriegsende wurde Ende der vierziger bzw. Anfang der fünfziger Jahre nach und nach überlagert durch eine Phase der wiedergewonnenen Selbstsicherheit und ökonomischen Stabilität. Die in den Nürnberger Prozessen erprobten Verteidigungstopoi stellten dabei den semantischen Fundus bereit, auf den sich die neue Selbstbehauptung stützte. Die Eigendarstellungen der NS-Vergangenheit schlossen indessen direkt an den sich voll etablierenden Opferdiskurs der fünfziger Jahre an, der eine deutsche Opfergemeinschaft konstruierte, zu der die eigentlichen Opfer der Deutschen nicht gehörten.[231] Der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik und der Mythos vom »Wirtschaftswunder« waren schließlich das Fundament, auf dem deutsche Unternehmer und Manager mit beiden Beinen selbstsicher stehen und den Blick wieder nach vorn richten konnten.

War die deutsche Wirtschaftselite anfangs noch vorsichtig gegenüber den Besatzungsmächten aufgetreten, hatte sie die Währungsunion bereits optimistisch gestimmt, so dass sie ab dem Zeitpunkt der Weichenstellung auf staatliche Souveränität und Marktwirtschaft im Jahr 1949 mit neuem Selbstbewusstsein und offensiver Öffentlichkeitsarbeit auftrat, um ihr neues Rollenverständnis selbstsicher zu vertreten. Dabei reagierte sie insbesondere auf den internationalen Wandel der politischen Großwetterlage. Als die ideologischen Spannungen zwischen den Besatzungsmächten stetig wuchsen und sich die ökonomische Lage in den Zonen nicht besserte, begann sich die Deutschlandpolitik der Westalliierten zu wandeln, und die Briten und Amerikaner setzten verstärkt auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands. Produktionskontingentierungen wie etwa die von Roheisen oder Rohstahl wurden wieder gelockert und letztlich ganz aufgegeben. Die bedrohlichen Damoklesschwerter der alliierten Besatzung – Demontage, Entnazifizierung, Prozesse, Entflechtung – wurden dementsprechend nach und nach weniger, bis sie im Zuge des Wiederaufbaus der Bundesrepublik ganz verschwanden.

Von unmittelbar entscheidender Bedeutung für die Unternehmen war die schrittweise Revision der Reparations- und Demontagepolitik.[232] Die Proteste aus Politik und Wirtschaft gegen die westalliierten Demontagelisten waren seit 1947 nicht ohne Wirkung geblieben. Nach längeren diplomatischen Verhandlungen wurde im Sommer 1948 eine Sachverständigenkommission eingesetzt, die unter dem Vorsitz des amerikanischen Industriellen Humphrey die aufgelisteten Betriebe erneut überprüfte. Zeitgleich befeuerten diverse öffentlichkeitswirksame Kampagnen der Unternehmen, die auch von Gewerkschaften unterstützt wurden, die öffentliche Diskussion und erhöhten den politischen

230 Zur Diskussion der Periodisierung der »Nachkriegszeit« vgl. Naumann, Einleitung, S. 11.

231 Vgl. Moeller, War Stories.

232 Zur Entwicklung der alliierten Pläne und der deutschen Abwehrargumentation ab 1947 vgl. grundsätzlich Köchling, Demontagepolitik, S. 47-204.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Druck. Beispielsweise klagte eine vom Verein Deutscher Eisenhüttenleute und vom Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebene Broschüre anhand einer Reihe aufwendig illustrierter Beispiele, unter anderem aus den Bereichen Stahl- und Maschinenbauindustrie, über die unsinnige »Vernichtung von Betrieben der Friedensproduktion«.[233] Die Vereinigten Stahlwerke veröffentlichten im Oktober 1948 einen »Warnruf« zur Frage der Demontagen in der Eisenindustrie.[234] Die Arbeitsgemeinschaft Elektroindustrie stellte unumwunden fest, dass die Produktion von elementaren Erzeugnissen zur Steigerung der Industrieleistung durch die Demontagen gefährdet seien.[235] All diesen Publikationen war durchweg gemeinsam, dass sie sich von jedweder Rüstungsproduktion distanzierten, sich voll und ganz im Zeichen einer »Friedenswirtschaft« sahen und die Demontagen als Gefahr für die Marshallplan-Entwicklung sowie die deutsche Exportproduktion beschrieben. Die Demontagen wurden, wenn überhaupt, nur noch am Rande als grundsätzlich gerechtfertigte Reparationsleistungen oder »Wiedergutmachung« bezeichnet. Der ursprünglich von den Alliierten ausgegebene Zweck der Demontagen, die Kriegsverhütung, wurde durch die dominierende Friedens-Semantik zunehmend in den Hintergrund gedrängt. In der öffentlichen Diskussion begann somit der Wiederaufbau die NS-Vergangenheit als Legitimationsmotiv alliierter Besatzungspolitik nahezu vollständig zu ersetzen.

Letztlich folgten auch die westalliierten Außenminister im April 1949 vielen Vorschlägen des Humphrey-Ausschusses und revidierten die Demontagelisten dahingehend, dass fast ein Drittel der zum Abbruch vorgesehenen Werke in Deutschland belassen werden sollte. In der westdeutschen Presse spiegelten sich jedoch überwiegend die »enttäuschten Hoffnungen« und jene Stimmen, die für die verbliebenen »schwersten Opfer« wie die August-Thyssen-Hütte eintraten.[236] Zwar wurden noch diverse Demontagepläne tatsächlich umgesetzt, und bestimmte Produktionsverfahren blieben verboten. Aber spätestens mit der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 war klar, dass die Wende in der alliierten Demontagepolitik vollzogen war und die Stärkung der deutschen Wirtschaft in einem westlich orientierten Europa Priorität hatte. Im November 1949 wurde schließlich nach Verhandlungen zwischen Adenauer und den westalliierten Hohen Kommissaren ein großflächiger Demontagestopp verhängt und, nur noch einzelne wenige Demontagen wurden zu Ende geführt. Auch in den ehemaligen Betriebsgemeinschaften der IG Farben nahm man die Erklärung der Hohen Kommissare zufrieden zur Kenntnis, dass unter anderem die letzten Demontagevorhaben der synthetischen Treibstoff- und Gummiwerke in Leverkusen und Hüls ersatzlos gestrichen worden waren.[237]

233 BAL, 205/6, Demontage?, Oktober 1948.
234 BAL, 205/6, Zur Frage der Demontagen in der Eisenindustrie (o. D.).
235 BAL, 205/6, Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft Elektroindustrie, September 1948.
236 Handelsblatt, 22.3.1949 (erstes Zitat); Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 16.4.1949 (zweites Zitat). Vgl. auch Die Welt, 14.1949; Neue Zürcher Zeitung, 21.4.1949.
237 BAL, 205/5, Verordnungsblatt für die Britische Zone, 29.11.1949.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Die westalliierte und insbesondere amerikanische Entnazifizierungspolitik war ein weiterer für die deutschen Unternehmer wichtiger Bereich, der einem sukzessiven, fundamentalen Wandel unterlag. Das Jahr 1947 hatte auch hier den Beginn eines Veränderungsprozesses markiert.[238] Mit der Gründung der Bizone und der Einführung des Marshallplans erlahmte der Wille, die anfangs akribische Entnazifizierung in den Reihen der Wirtschaft und der politischen Verwaltung mit gleichen Kräften weiterzuverfolgen. Viele der härteren, vorerst zurückgestellten Fälle kamen damit gar nicht mehr zur Verhandlung. Die einstmals hohen Ansprüche des amerikanischen Entnazifizierungsprogramms wurden durch seine schiere Größe und seinen bürokratischen Aufwand ad absurdum geführt und hatten in Teilen eher paradoxe Nebeneffekte der »Renazifizierung«.[239]

Mit der Gründung der Bundesrepublik im Mai 1949 veränderte sich ebenfalls das geschichtskulturelle Klima in Deutschland nachhaltig. Das alliierte Besatzungsregime wurde auf ein ziviles Hochkommissariat, die Alliierte Hohe Kommission für Deutschland (AHK), reduziert, womit spätestens jetzt auch der geschichtspolitische Erziehungsanspruch der Alliierten ad acta gelegt wurde. Auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs war das Interesse an loyalen Verbündeten größer als die konsequente Auseinandersetzung mit NS-Unrecht. Die westdeutsche Strafverfolgung von NS-Gewaltverbrechen nahm drastisch ab, und die nun nicht mehr unter alliierter Aufsicht stehende mediale Berichterstattung wurde weniger und deutlich ablehnender.[240] Die Adenauer-Regierung nutzte ihre neue Gestaltungsfreiheit umgehend zur Amnestierung und Integration von NS-Belasteten. Die entsprechenden Gesetze bildeten die Grundlage jener »Vergangenheitspolitik«, die Norbert Frei als die »Bewältigung der frühen NS-Bewältigung« beschrieben hat.[241]

Der neue Hochkommissar McCloy sah sich daher, kaum in sein Amt eingeführt, auch mit den oben erwähnten Gnadengesuchen der in Nürnberg Verurteilten konfrontiert, die sich ihm mit ihren Kompetenzen andienten. Der öffentliche Druck stieg, und auch Bundeskanzler Konrad Adenauer drängte die US-Vertreter, die »verwirrten Zeitverhältnisse« hinter sich zu lassen und »generell tabula rasa zu machen«.[242] Durch den Koreakrieg und die Blockkonfrontation 1950/51 verschoben sich die vergangenheitspolitischen Maßstäbe der Alliierten endgültig. Auf die zunehmend kritische Diskussion der »Kriegsver-

238 Vgl. Biddiscombe, Denazification, S. 74-82.

239 Zur überwiegend negativen Beurteilung der amerikanischen Entnazifizierungspolitik vgl. Niethammer, Mitläuferfabrik, S. 540-550, 617-625, 653 f.; Biddiscombe, Denazification, S. 217 ff.; Kielmansegg, Katastrophe, S. 112.

240 Vgl. Eichmüller, Verfolgung.

241 Zu den ersten Schritten dieser Vergangenheitspolitik von »Amnestie, Integration und Abgrenzung« vgl. insbesondere die Abschnitte zum Amnestiegesetz 1949, dem Ende der Entnazifizierung 1950, der Reintegration der »131er« 1951, und dem Zweiten Straffreiheitsgesetz 1954, in Frei, Vergangenheitspolitik (Zitat S. 13).

242 Zitiert nach Frei, Vergangenheitspolitik, S. 31.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
brecherfrage« in der deutschen Politik und Öffentlichkeit folgte die schrittweise Begnadigung und frühzeitige bzw. reguläre Entlassung des Großteils der in Nürnberg verurteilten Personen.[243]

Am Beispiel des IG Farben-Nachfolgeunternehmens Bayer lässt sich der Prozess der unternehmerischen Konsolidierung nach 1949 weiter differenzieren, wie das in Nürnberg erprobte Entlastungsnarrativ immer wieder eine selbstvergewissernde Wirkung nach innen und eine verteidigende Funktion nach außen haben sollte.

Entflechtung und Neugründungen

Ein Politikfeld von existenzieller Bedeutung war nicht nur für die IG Farben das der Dekartellisierung.[244] Die Auflösung wirtschaftlicher Machtkonzentration, insbesondere die Aufhebung monopolartiger Stellungen von Großkonzernen, war, wie oben dargestellt, ein wesentliches Kriegsziel der US-Politik gewesen. Im Zentrum der Dekartellisierungspläne standen neben der Schwerindustrie seit jeher die chemische Industrie mit der IG Farben.[245] Den ordnungspolitischen Vorstellungen der US-Militärregierung hatten sich formal auch die anderen drei alliierten Besatzungsmächte angeschlossen, als das Kontrollratsgesetz Nr. 9 vom November 1945 die radikale Entflechtung der IG Farben festgelegt hatte. Zwar hatte sich in den westlichen Besatzungszonen schon früh eine pragmatische Politik der kleinen Schritte durchgesetzt, die nach und nach den alten IG-Werken wieder Selbstständigkeit einräumte und ihre Produktionskapazitäten anfahren ließ. Der Prozess der Aufspaltung wurde jedoch mit dem sogenannten Dekartellisierungsgesetz vom Februar 1947 durchaus eingeleitet und ein Jahr später in der Bizone das »*Bipartite IG Farben Control Office« (BIFCO)* zur Ausarbeitung konkreter Pläne gegründet.[246] Dem anglo-amerikanischen BIFCO wurde zudem eine Kommission deutscher Sachverständiger zur Seite gestellt (FARDIP), die Empfehlungen vorlegen konnte und beratend tätig wurde. Das stellte ein ungewöhnliches Mitspracherecht der deutschen Industrie dar, die erstmals mit den alliierten Kontrollbehörden auf Augenhöhe verhandeln konnte. Unter diesen deutschen Experten waren unter anderem ehemalige »Wehrwirtschaftsführer« wie der

243 Zu Diskussionen und Verhandlungen um die »Kriegsverbrecherfrage« vgl. Brochhagen, Nürnberg, S. 32-73; Weinke, Verfolgung, S. 50-62.

244 Zur Entflechtung der IG Farben vgl. Kreikamp, Entflechtung; Stokes, Divide; Heinelt, Entflechtung.

245 Auch die Degussa stand anfangs im Fokus der amerikanischen Dekartellisierungspläne als eine von fünf Firmen in der US-Zone, die für eine potentielle Entflechtung im Gespräch waren, vgl. Degussa, Sonne und Mond, S. 221 f.

246 Das Gesetz Nr. 56 der amerikanischen Militärregierung über »das Verbot übermäßiger Konzentration deutscher Wirtschaftskraft« vom 12.2.1947 zitiert in Heinelt, Entflechtung, S. 10. Das BIFCO wurde später durch französische Vertreter zur »Tripartite IG Farben Controll Group« (TRIFCOG) erweitert.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
FARDIP-Vorsitzende Gustav Brecht und enge Mitarbeiter der in Nürnberg verurteilten IG-Vorstände wie Oskar Loehr (Assistent von Fritz ter Meer im Technischen Ausschuss).

Von der NS-Vergangenheit der IG Farben war in den konkreten Entflechtungsverhandlungen ab 1950 kaum mehr eine Rede. Eine letzte Reminiszenz an die Überzeugung, dass die hohe Konzentration von wirtschaftlicher Macht in Deutschland eine Ursache des nationalsozialistischen Expansionsfeldzugs gewesen war, schwang noch im Rahmengesetz Nr. 35 der AHK zur Aufspaltung der IG Farben mit. Das führte zu massiver Kritik in der deutschen Öffentlichkeit an den »Anti-IG-Fanatikern in Frankfurt und Washington«. Schließlich habe das Urteil im IG-Prozess dem Kontrollratsgesetz Nr. 9 die Grundlage entzogen und alle Unterstellungen widerlegt. Die IG sei offensichtlich das »Opfer inmitten eines Versuchsfeldes wirtschaftlicher Atomisierung«.[247] Ansonsten war der Nationalsozialismus kein Gegenstand der Diskussion mehr. Ob offizielle Sitzungsprotokolle oder vertrauliche Schriftwechsel und Absprachen – sie waren größtenteils rein betriebswirtschaftlicher Natur. Im Vordergrund stand die Diskussion um organisatorische Betriebszugehörigkeiten, technische Produktionsabläufe, ökonomische Rationalität – in anderen Worten die Lebens- und Konkurrenzfähigkeit der neuen Betriebseinheiten, nicht zuletzt gegenüber dem Ausland.[248] Die Vertreter der chemischen Industrie legten größten Wert darauf, die »Politisierung des Problems« bewusst zu vermeiden und vermeintlich unpolitische »Sachzwänge« betriebs- und volkswirtschaftlicher Art in den Vordergrund zu stellen.[249] Selbst in der internationalen Presse, die sehr wohl gegenüber einer »Rekartellisierung« sensibilisiert war, schien man die Wiederherstellung der deutschen Chemieindustrie eher aus Wettbewerbserwägungen zu kritisieren – was nicht hieß, dass man in den Presseabteilungen der alten IG-Werke nicht hellhörig blieb, die ausländischen Kommentare genau prüfte und Gegenargumente stets bereithielt.[250]

Als sich im weiteren Verlauf auch die Adenauer-Regierung und weitere prominente Wirtschaftsgrößen wie Hermann J. Abs in die konkreten Verhandlungen einschalteten, wurde zunehmend deutlich, dass der Prozess der Entflechtung mehr von deutscher als von alliierter Seite geprägt wurde. Letztlich folgte die Alliierte Hohe Kommission tendenziell dem ursprünglichen Vorschlag der FARDIP, drei große Nachfolgegesellschaften zu gründen, indem sie zunächst zwölf eigenständige Betriebseinheiten vorsah. Da jedoch »Umgruppierungen« erlaubt waren, standen am Ende des Entflechtungsprozesses wieder die »gro-

247 Reichelt, IG Farben, S. 74 (erstes Zitat). Vgl. zur Presseresonanz exemplarisch FAZ, 29.8.1950 (»IG-Gesetz im Geist von 1945«); Die Zeit, 14.9.1950 (»Beispielhafte Werksfamilie«); Die Zeit, 22.2.1951 (zweites Zitat).

248 Vgl. die Schriftwechsel, Gutachten und Aktennotizen in BAL 206/10-12, BAL 4/C.31.76 und BAK, B102/60752.

249 Oskar Loehr zitiert in Kreikamp, Entflechtung, S. 225 bzw. 228.

250 Vgl. bspw. BAL 381/81, Liste »Nachkriegsliteratur über die IG«, 4.4.1951; BAL 206/12, Vermerk Pressebesprechung, 23.3.1953.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ßen Drei« der deutschen Chemieindustrie, die die alte IG-Betriebsgruppenstruktur spiegelte. 1951/52 wurden Bayer, Hoechst und die BASF neugegründet, 90 Prozent der Vermögenswerte der alten IG Farben wurden maßstabsgetreu übertragen und der Rest der »IG Farben in Liquidation« (IG i. L.) überantwortet.[251] Kurzum: »Zwar war das bisherige ›Konzerndach‹ abgetragen, doch die umfassende Reform war ausgeblieben«.[252] Von der einstigen amerikanischen Kriegszielpolitik, die große Konzentration wirtschaftlicher Macht in Deutschland radikal zu zerschlagen, war nicht viel übrig geblieben. Das einstmals prägende amerikanische Narrativ vom kriegstreiberischen, machthungrigen Chemiekartell hatte sich endgültig überlebt. In der deutschen Öffentlichkeit wurde vielmehr über die Presse das Deutungsmuster der IG-Angehörigen tradiert; das Nürnberger Urteil habe der amerikanischen Entflechtungspolitik die fadenscheinige Rechtsgrundlage entzogen, denn »ebenso hätte man anordnen können, Straßenbahnen auseinander zu nehmen, die im Dritten Reich Pg's befördert hätten«. Die US-Politik gegen die IG Farben sei vor allem von einer aus Neid und Furcht gespeisten dogmatischen »Haß-Kampagne« geprägt gewesen.[253]

Einzig bei der personellen Besetzung der IG Farben-Nachfolger schwang die NS-Zeit immer wieder kritisch mit. Die zwei neuen Vorstandsvorsitzenden bei Bayer, Ulrich Haberland, und Hoechst, Karl Winnacker, waren alte IG-Männer der zweiten Reihe – typisch für das Rekrutierungsmuster »Hauskarriere« der Wirtschaftselite nach 1945.[254] Bei der BASF hatte sich sogar der ehemalige IG-Vorstand und in Nürnberg verurteilte Carl Wurster an der Spitze halten können. Besonders vielsagend war der Fall bei Bayer. Der IG-Aufsichtsrat hatte Haberland während des Krieges zum Direktor der Betriebsgemeinschaft Niederrhein ernannt, aber nicht in den Kreis der Vorstandsmitglieder aufgenommen, obwohl ihm dieses Amt qua Stellung eigentlich zugestanden hätte. Doch schon 1943 war es eine gezielte Personalstrategie der IG Farben gewesen, Haberland nicht zu exponieren, um ihn im Falle einer militärischen Niederlage und den dann drohenden Konsequenzen aus dem Blickfeld der Alliierten zu halten.[255] Brisant blieb aber die Rolle der in Nürnberg verurteilten alten IG-Vorstände.[256] Das Rahmengesetz Nr. 35 der AHK von 1950 verbot ihre Wiedereinstellung. Dies führte dazu, dass sich unter anderen Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard 1952 persönlich für die »durchweg überragenden Fachleute

251 Zu diesem Zeitpunkt wurde mit Casella noch eine weitere kleinere Einheit gegründet, die aber auch in den siebziger Jahren von Hoechst übernommen wurde.

252 Kreikamp, Entflechtung, S. 250.

253 FAZ, 6.6.1952.

254 Vgl. Joly, Kontinuität, S. 69 f. Zur Kontinuität bei Hoechst und der BASF vgl. Lindner, Schatten; Stokes, BASF, S. 357 ff.

255 So der spätere Bayer-Vorstandsvorsitzende Kurt Hansen, zitiert nach Hayes, Industry, S. 337. Ähnlich auch Heine, Verstand, S. 104.

256 Vgl. dazu etwa den Schriftwechsel zwischen dem Bundeswirtschaftsministerium und IG Farben-Nachfolgern, 1952, in: BAK, B102/134000.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Chemiewirtschaft« einsetzte, für die angesichts des Konkurrenzkampfes mit dem Ausland und »im Interesse der deutschen Wirtschaft überhaupt« gegenüber den Alliierten eingetreten werden müsse.[257] Zuletzt verhandelte Adenauer persönlich mit McCloy und setzte sich durch. Sehr zur Genugtuung auf Seiten der alten IG Farben legte das alliierte »IG-Liquidationsschlussgesetz« vom Januar 1955 fest, dass auch die in Nürnberg verurteilten IG-Manager wieder Ämter in den Nachfolgeunternehmen übernehmen durften. Prompt wurden prominente IG-Persönlichkeiten in die Aufsichtsräte der IG Farben-Nachfolger gewählt. Fritz ter Meer etwa wurde Aufsichtsratsvorsitzender bei Bayer, Friedrich Jähne Aufsichtsratsvorsitzender bei der BASF. Ähnlich erging es den allermeisten Nürnberger Verurteilten, die in hohe Positionen der deutschen Industrie zurückkehrten.[258] Insbesondere Winnacker setzte sich in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender bei Hoechst für die »Opfer« der Entnazifizierung ein und versorgte seine alten IG-Kollegen mit Beraterverträgen und neuen Positionen in der deutschen Chemieindustrie.[259] Damit war im Fall der IG Farben die personelle Kontinuität erfolgreich sichergestellt, und zahlreiche ihrer wichtigsten Führungskräfte wie etwa Fritz ter Meer waren rehabilitiert worden. Wie die apologetische Biographiensammlung eines Bayer-Mitarbeiters noch Jahrzehnte später nicht ohne Stolz vorrechnete, wurden mindestens 11 der 19 verurteilten Vorstandsmitglieder nach ihrer Entlassung wieder in Aufsichtsräte und Vorstände berufen.[260]

Ein ähnliches Ergebnis der alliierten Entflechtungspolitik lässt sich für andere Branchen der deutschen Wirtschaft feststellen. Auch im Bereich der Stahlindustrie war das Ergebnis der Neuordnung letztens Endes nicht so radikal wie ursprünglich von den Unternehmen gefürchtet.[261] Zwar wurden unmittelbar nach Kriegsende die großen Zechen und Hütten im Ruhrgebiet beschlagnahmt und unter die direkte Kontrolle der britischen Militärregierung gestellt sowie ab 1947 die großen Verbundkonzerne in 24 kleinere Betriebsfüh-

257 BAK, B102/134000, Ludwig Erhard an Konrad Adenauer, 24.4.1952.

258 Neben dem Vorstandsvorsitzenden Ulrich Haberland bei Bayer (1951-1961) konnten sich auch Karl Winnacker bei Hoechst (1952-1969) und Carl Wurster bei der BASF (1952-1972) erfolgreich halten und etablieren. Weitere IG-Angeklagte waren Heinrich Hörlein (Bayer), August von Knieriem (IG Farbenindustrie AG i. L.), Fritz Gajewski (Dynamit Nobel AG), Christian Schneider (Süddeutsche Kalistickstoff-Werke AG), Otto Ambros (BASF-Tochtergesellschaften), Heinrich Bütefisch (Ruhrchemie AG), Walther Dürrfeld (Phenolchemie), Hermann Schmitz (Deutsche Bank) und selbst Carl Krauch (Chemische Werke Hüls AG). Das einzige prominentere Führungsmitglied, das nach 1948 einen Weg jenseits der Chemie einschlug, war Georg von Schnitzler; er hatte sich im Rahmen des IG-Farben-Prozesses mit seinen alten Kollegen überworfen. Vgl. Klee, Personenlexikon; Heine, Verstand; Bartmann/W. Plumpe, Gebrochene Kontinuitäten?

259 Vgl. Lindner, Schatten.

260 Heine, Verstand, S. 295. Nicht mitgezählt wurden dabei die vier leitenden Angestellten.

261 Vgl. dazu und im Folgenden Petzina, Entwicklung.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
rungsgesellschaften ausgegründet. Die tatsächlich erfolgte Entflechtung sollte jedoch kein radikaler Einschnitt in der Frage der Eigentumsverhältnisse sein.[262] Bereits unmittelbar nach der endgültigen Festlegung der Einheitsgesellschaften 1951/53 präsentierte sich beispielsweise der Flick-Konzern wieder als traditionelles Verbund-Unternehmen von Bergbau und Stahl – die Entflechtung stellte nicht das Ende des Konzerns, sondern vielmehr seinen Neubeginn dar.[263] Ähnlich wie im Fall der IG Farben nutzten auch die Protagonisten der Schwerindustrie die in Nürnberg entwickelten Narrative, um die Geschichte ihrer Unternehmen neu zu legitimieren. Aufträge wurden an Journalisten vergeben, um öffentlichkeitswirksame Publikationen zu erstellen, die das ramponierte Image der Konzerne und ihrer prominenten Führungspersönlichkeiten aufpolieren sollten. Insbesondere die Bücher von Gert von Klass wie etwa *Die drei Ringe* für Krupp oder die konzipierte Biographie über den Aufsichtsratsvorsitzenden der ehemaligen Vereinigten Stahlwerke AG Albert Vögler waren gezielte Instrumente im politischen Diskurs der Re-Verflechtung in der Schwerindustrie.[264]

Im Fall der Neuordnung des deutschen Bankensystems hatte die tatsächlich vollzogene Zerschlagung der Großbanken verdeutlicht, dass die amerikanische Besatzungspolitik der Dezentralisierung trotz der sich abzeichnenden programmatischen Wende zum Wiederaufbau der deutschen Industrie durchaus ernst genommen werden musste und schließlich auch von den westalliierten Partnern mitgetragen wurde. Unter Verweis auf die finanzpolitische Macht der Banken, die eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Durchdringung des NS-Regimes gewesen sei, wurde beispielsweise die Deutsche Bank faktisch aufgelöst, so dass ihre Niederlassungen ab 1947/48 nur noch im Rahmen von zehn Regionalbanken weiterexistieren konnten.[265] Jedoch ebenso wie es die Vertreter der chemischen Industrie geschafft hatten, die alliierte Zerschlagungspolitik in ihren Konsequenzen abzumildern, so gelang es auch

262 Langfristig waren im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie eher die indirekten Folgen der Entflechtung. In Reaktion auf die drohenden Verstaatlichungspläne der britischen Labour-Regierung hatten bereits einige Industrielle ihre antigewerkschaftliche Haltung zumindest zeitweise aufgegeben und waren gegenüber den Gewerkschaften zu Zugeständnissen der Mitsprache bereit gewesen. Im Zuge der durchgeführten Entflechtungen wurde dann 1947 das Modell der qualifizierten Mitbestimmung im Montanbereich eingeführt, das letztlich im Montanmitbestimmungsgesetz (1951) fixiert wurde. Auch wenn dieses Modell nicht auf andere Branchen übertragen wurde, so stand es doch exemplarisch für ein neues Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmerschaft. Zum nachlassenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit und dementsprechend zum nachlassenden Rechtfertigungsdruck auf die Unternehmensleitungen vgl. Wiesen, West German Industry, S. 179-200.

263 So das Fazit in Priemel, Flick, S. 688 f.

264 Priemel, Gekaufte Geschichte, S. 183 ff.

265 Vgl. Gall u. a., Deutsche Bank, S. 469-486. Zur Dresdner Bank vgl. Ahrens, Dresdner Bank, S. 155-194.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
den drei dezentralisierten Großbanken, unmittelbar nach der Gründung der Bundesrepublik einen politischen Prozess zu initiieren, der auf die Wiederzusammenführung der zerschlagenen Teilinstitute abzielte. Hier war es insbesondere der ehemalige Deutsche Bank-Vorstand Hermann J. Abs, der nach erfolgreich überstandenem Entnazifizierungsverfahren seine Vorstellungen von einer Neuordnung des Bankensystems über seine guten Kontakte zu britischen Vertretern einbringen und unter Verweis auf die Stärkung der deutschen Wirtschaft erfolgreich durchsetzen konnte. Auf internationaler Ebene hatte der Korea-Krieg verdeutlicht, dass sich die Blockkonfrontation des Kalten Krieges weiter verhärten und ein wirtschaftlich verlässliches Westdeutschland wichtiger denn je sein würde. Vor diesem Hintergrund führte Abs' pragmatisches Verhandlungsgeschick dazu, dass die einstigen alliierten Bedenken gegen die Macht der Großbanken in den Hintergrund traten und die Bundesregierung selbst ein Gesetzgebungsverfahren initiieren konnte, das die Bundesrepublik in nunmehr drei Bankbezirke einteilte. Im Fall der Deutschen Bank wurden so 1952 aus den zehn Regionalbanken drei größere, überregionale Bankeinheiten gegründet, die letztlich 1957 wiederum unter dem alten Namen zu einer Einheit zusammengeschlossen wurden.[266]

Wiedergutmachung, Restitution, Prozesse

Während die alten Betriebsteile der IG als eigenständige Unternehmen neu entstanden und sich der Zukunft zuwandten, verblieb mit der »IG Farben in Liquidation« eine Rechtsnachfolgerin des alten Chemiekonzerns, der ausschließlich die Lasten der Vergangenheit zurückgelassen wurden. Die positiven Vermögenswerte waren auf die neuen Unternehmen übertragen worden, die negative Geschichte und deren »Verbindlichkeiten« verblieben vorerst in der Bilanz der alten IG Farben – was insbesondere die Leistungen der sogenannten »Wiedergutmachung« gegenüber den heterogenen Gruppen von NS-Verfolgten betraf.

In der Bundesrepublik stand die Debatte um die Wiedergutmachung von Beginn an in einem »konstitutiven Spannungsverhältnis von Schuld und Schulden«: Die Wiedergutmachungspolitik der Adenauer-Regierung war geprägt von einem Prozess, in dem »zivilrechtliche Ansprüche der Verfolgten gegen ihre individuellen Verfolger […] überwiegend in einen öffentlichrechtlichen Anspruch gegen den Staat umgewandelt« und damit »konkrete Täter-Opfer-Beziehungen in den abstrakten Raum eines universalen Opfer-Schicksals verschoben« wurden.[267] Individuelle Schuld und deren materielle

266 Vgl. Gall u. a., Deutsche Bank, S. 495-525; Gall, Bankier, S. 207-227. Für den ähnlichen Verlauf der »Wiedervereinigung« der Dresdner Bank vgl. Ahrens, Dresdner Bank, S. 241-256.

267 Zur Wiedergutmachungspolitik vgl. hier und im Folgenden Goschler, Vertrauenskapital (zweites Zitat S. 154); Goschler, Schuld (drittes Zitat S. 215); Goschler, Wiedergutmachungspolitik (erstes Zitat S. 63).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Entschädigung wurde somit »vergesellschaftet« und der frühe Umgang mit NS-Unrecht in einen »Prozess der Verrechtlichung und der Monetarisierung« überführt, der nicht zuletzt auf eine Entmoralisierung des Diskurses und gesellschaftliche Beruhigung zielte.[268] Für die deutsche Privatwirtschaft traf dieser Prozess allerdings nur bedingt zu. Hinsichtlich zweier Themen sahen sich Unternehmen mit direkten Ansprüchen konfrontiert, die bezeichnenderweise beide in der deutschen Öffentlichkeit nicht als eindeutige NS-Verbrechen angesehen wurden: die »Arisierung« von jüdischem Eigentum und die Beschäftigung von Zwangsarbeitern in der deutschen Kriegswirtschaft.

Für die Westalliierten hatte die Rückerstattung von geraubtem Eigentum anfangs die größte Bedeutung, betraf sie doch unmittelbar das Selbstverständnis einer kapitalistisch-liberalen Gesellschaftsordnung und die Eigentumsrechte ihrer Mitglieder. Gegen die entsprechenden alliierten Gesetze formierte sich in den Reihen der Wirtschaft schon früh Widerstand, der sich auf ein bestimmtes Interpretationsmuster und eine formalistische Rechtsauslegung zurückzog.[269] Demnach waren »Arisierungen« von staatlichen Stellen angeordnet worden bzw. die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch die Politik verändert worden. Deutsche Unternehmen hätten sich dabei schlicht an die »Marktveränderungen« angepasst und sich gegenüber jüdischen Eigentümern im Sinne des BGB bloß als »gutgläubige Erwerber« verhalten. »Arisierungen« waren nach dieser Lesart nichts anderes als »normale Geschäfte« gewesen. Zudem betonten im Zweifelsfall alle Rückerstattungspflichtigen ihre moralische Integrität, dass sie den jüdischen Alteigentümern mit den Verkaufserlösen doch nur geholfen hätten, die Flucht ins Ausland zu ermöglichen. Nicht zuletzt spielten die Wirtschaftsverbände gegenüber den Besatzungsbehörden gezielt die Restitution gegen den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft aus.

Nach der Gründung der Bundesrepublik beharrten die Alliierten zwar auf der Umsetzung der Rückerstattung und ließen sich dies 1952 auch vertraglich festschreiben, die hohe Quote der geschlossenen Vergleiche zwischen jüdischen Alteigentümern und Nutznießern der »Arisierung« lässt es jedoch zumindest fraglich erscheinen, ob beide Seiten in gleichem Maße aus einer Position der Stärke heraus verhandelten. Eine gewisse »Regelmäßigkeit« scheint es in dem Sinne gegeben zu haben, dass bei kleineren Streitwerten eher der soziale Status der aktuellen Besitzer die Hauptrolle spielte und oftmals länger und zäher verhandelt wurde, während es bei größeren Vermögenswerten wie oftmals Unternehmensanteilen eher um die »ökonomische Handlungssicherheit« der Parteien ging und man sich trotz aller Verhandlungstricks eher zügig

268 Goschler, Schuld, S. 215.

269 Zu den alliierten Rückerstattungsgesetzen 1947/1949, den langen Linien der Restitutionsfrage und den Deutungsmustern in der deutschen Wirtschaft vgl. grundlegend Lillteicher, Restitution; Goschler, Rückerstattung; Lillteicher, Rechtstaatlichkeit; Goschler, Schuld, S. 100-121.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
auf Entschädigungszahlungen einigte.[270] Der wohl wichtigste Faktor bei der Umsetzung der Rückerstattung war der Umstand, dass die Unternehmen und Lobbyverbände wie die »Bundesvereinigung für loyale Restitution« mit ihrem Narrativ in westdeutschen Finanzbehörden (mit dem Bundesfinanzministerium an der Spitze) und Gerichten auf offene Ohren stießen. Finanzbeamte und Richter teilten in der Mehrheit ihren praktischen Widerwillen gegen die alliierten Rückerstattungsgesetze und folgten nur allzu gern der legalistischen Argumentationsweise.[271] Während die meisten Rückerstattungsanträge gegen Privatpersonen bereits Mitte der fünfziger Jahre vorerst erledigt waren, sollten die Ansprüche gegen den Staat noch Jahrzehnte Gegenstand von Debatten und Gesetzen bleiben.[272]

Von den in Nürnberg verurteilten Industriellen war es Friedrich Flick, für den die Rückerstattungsgesetze die größte Bedeutung hatten und der sich in den folgenden Restitutionsstreitfällen explizit auf die bereits im Gerichtssaal dargelegte Argumentation bezog.[273] Für die »IG Farben in Liquidation« und ihre Nachfolgeunternehmen war hingegen der zweite Aspekt der Wiedergutmachung wichtiger, wie er auch von der gesamten deutschen Industrie als drohender Dammbruch an finanziellen Forderungen wahrgenommen wurde: die Entschädigung von ehemaligen Zwangsarbeitern der deutschen Kriegswirtschaft.

In den fünfziger Jahren war die Akteurskonstellation in der Auseinandersetzung um Entschädigungen von einer »grundlegenden Statik« geprägt.[274] Auf der einen Seite stand primär die Bundesregierung, die die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung als Teil des grundsätzlichen Reparations- und Schuldenproblems zu regeln versuchte. Auf der anderen Seite klagten ehemalige Zwangsarbeiter und deren Interessenvertreter für die Entschädigung geleisteter Zwangsarbeit gegen deutsche Unternehmen, während sowohl staatenlose Flüchtlinge als auch westliche Staaten gegenüber der Bundesregierung für die Anerkennung der Zwangsarbeit als NS-Unrecht stritten. Konstitutiv für die Auseinandersetzung war das Territorialprinzip, anhand dessen die Wiedergutmachungspolitik der Adenauer-Regierung in In- und Ausländer unterteilte: Die gesetzlichen Entschädigungsregelungen, vor allem das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) von 1956, betrafen nur diejenigen politisch, religiös

270 Vgl. Goschler, Vertrauenskapital, S. 160. Exemplarisch für die Bandbreite an unterschiedlichen Konstellationen und Ergebnissen vgl. die Wiedergutmachungs- und Restitutionsleistungen der Dresdner Bank in Ahrens, Dresdner Bank, S. 411-420.

271 Zu den Grenzen des Rechts und der Rolle der westdeutschen Finanzämter vgl. Lillteicher, Rechtstaatlichkeit; Lillteicher, Rückerstattung.

272 Vgl. Lillteicher, Restitution, S. 96-101; Goschler, Rückerstattung, S. 115-121.

273 Vgl. Priemel, Flick, S. 703-715.

274 Zur ersten Phase der Diskussion um Zwangsarbeiterentschädigung vgl. grundsätzlich Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 29-79 (Zitat S. 39); Goschler, Schuld, S. 147-217. Zur entschädigungsrechtlichen Ausgangsposition und den gesetzlichen Regelungen vgl. ebenfalls Adamheit, Entschädigung, S. 88-97.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
oder rassisch Verfolgten, die zum Zeitpunkt der Verfolgung auf dem Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 gelebt hatten. Ausländische Verfolgte wurden dagegen in der Regel als »Nationalverfolgte« angesehen, die nicht unter das BEG fielen und die ihre Ansprüche über ihre Staaten im Rahmen von Reparationsregelungen geltend machen sollten. Die größte Gruppe der ausländischen NS-Verfolgten setzte sich dabei aus ehemaligen Zwangsarbeitern zusammen, die im Zweiten Weltkrieg in der deutschen Industrie und Landwirtschaft gearbeitet hatten und deren Beschäftigung in der deutschen Nachkriegsgesellschaft als notwendiges Übel des Krieges (»Kriegsfolge«) und eben nicht als NS-Verbrechen angesehen wurde.

Hier griff jedoch entscheidend das maßgeblich von Hermann J. Abs ausgehandelte Londoner Schuldenabkommen von 1953, das nicht nur einen Rahmen für die Behandlung der deutschen Auslandsschulden der Nachkriegszeit schaffte und damit die internationale Kreditwürdigkeit Deutschlands wiederherstellte, sondern auch den Umgang mit ausländischen Entschädigungsforderungen provisorisch regelte. So bestimmte Artikel 5 (2) des Vertragswerks, dass die »Prüfung der aus dem Zweiten Weltkrieg herrührenden Forderungen von Staaten, die sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden oder deren Gebiet von Deutschland besetzt war, und von Angehörigen dieser Staaten gegen das Reich und im Auftrage des Reichs handelnde Stellen oder Personen […] bis zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage zurückgestellt« wurden.[275] Diese ausschlaggebende Klausel ermöglichte es letztlich der Bundesrepublik, die Ansprüche ausländischer NS-Verfolgter auf die ferne Zukunft eines Friedensvertrages zu verweisen.[276] Waren Vertreter der deutschen Industrie anfangs enttäuscht von dem Abkommen gewesen und hatte die konservative Presse von einem »Sieg der Auslandsgläubiger« gesprochen,[277] so sollte sich der Vertrag für die deutschen Unternehmen als äußerst vorteilhaft herausstellen. Der Vertragstext war die perfekte Schablone, in die sich die unternehmerische Interpretation von Zwangsarbeit als Beschäftigung im Auftrag des Staates passgenau einfügen ließ. Damit konnten individuelle Forderungen ehemaliger Zwangsarbeiter fortan in den Bereich der staatlichen Reparationsregelungen abgeschoben werden.

Vor diesem Hintergrund erwirkte der ehemalige Zwangsarbeiter Norbert Wollheim, der bereits im Nürnberger IG-Prozess als Zeuge der Anklage aufgetreten war und 1951 die IG Farben auf Entschädigungen für den vorenthaltenden Lohn verklagte, das Unvorstellbare: Die IG Farben in Liquidation schloss nach einem jahrelangen Rechtsstreit 1957 mit der Jewish Claims Conference ein außergerichtliches Abkommen und verpflichtete sich, knapp 30 Millionen

275 Zum Londoner Schuldenabkommen vgl. Goschler, Schuld, S. 152-159 (Zitat S. 153); Abs, Entscheidungen. Zur völkerrechtlichen Ausgangsposition vgl. Adamheit, Entschädigung, S. 74-83.

276 Vgl. Herbert, Wiedergutmachungsansprüche.

277 Vgl. FAZ, 1.8.1952; Die Welt, 1.8.1952. Zu den Reaktionen in den Reihen der deutschen Industrie vgl. Abs, Entscheidungen, S. 195 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
DM an mehrere tausend ehemalige Zwangsarbeiter der »IG Auschwitz« zu zahlen.[278]

Zu Prozessbeginn hatten sich die Nachfolgeunternehmen der IG noch zögerlich, dann aber umso entschiedener an den Verteidigungsbemühungen beteiligt. Zwar waren sie als eigenständige Nachfolgegesellschaften von der Klage nicht betroffen, aber die Sorgen über die unkalkulierbaren Entschädigungssummen und über den Ruf der IG, der ein zweites Mal nach Nürnberg gerichtlich beschädigt zu werden drohte, mobilisierte die Kräfte der einstigen IG-Kollegen. Zudem hatte Hoechst-Chef Winnacker kurz vor Prozessbeginn keinen Geringeren mit einer Anstellung bei Hoechst versorgt als den ehemaligen Leiter des IG-Werks Auschwitz, Walther Dürrfeld.[279] Es war insbesondere der inzwischen zum Bayer-Vorstand aufgestiegene Friedrich Silcher, der die Koordination unter den IG Farben-Nachfolgern übernahm und ein Treffen ehemaliger NMT-Prozessbeteiligten initiierte. Das daraus hervorgehende Gremium an Rechtsanwälten unterstützte die IG-Verteidigung in Frankfurt auf unterschiedliche Weise. Zum einen wurden weitere Anwälte rekrutiert, die sich schon in den Nürnberger Prozessen bewährt hatten. Zum anderen wurden die einschlägigen Dokumentenbücher der Nürnberger Verteidigung zum Werk in Auschwitz aus dem Archiv geholt und nach Frankfurt geschickt, wo sie die Verteidigung als Beweismittel einbrachte. Konsequenterweise berief sich die Verteidigung in Frankfurt alsbald auf einen »Notstand«, der die IG nicht anders habe handeln lassen können, als die KZ-Häftlinge zum Bau des Werks einzusetzen. Die verkürzte Version über die Standortwahl wurde ebenfalls wieder neu aufgelegt, und jegliche Verantwortung für die Lebens- und Lagerbedingungen wurden auf die SS abgeschoben, wo doch die IG-Angehörigen alles in ihrer Macht Stehende getan hätten, um das Schicksal der Häftlinge zu erleichtern. Vor dem Hintergrund, dass das Nürnberger Gericht eben genau für den Fall Auschwitz das Notstandsargument nicht gelten gelassen hatte, führten die IG Farben i. L.-Verteidiger nun nur jene Auszüge aus dem NMT-Urteil vor Gericht an, die die IG in ein positives Licht setzten – während der Anwalt Norbert Wollheims auch die zusätzlichen Passagen des Urteils vorlegte. Die Anwälte der IG Farben i. L. bemühten sich zudem im Verlaufe des Prozesses verstärkt darum, Einfluss auf die Presse zu nehmen, die sich in zwei Lager zu teilen begann. Ein kleinerer Teil an links-liberalen und jüdischen Zeitungen verfocht die Opfer-Perspektive von Wollheim. Der weitaus größere Teil der Presse stellte sich auf die Seite der deutschen Wirtschaft, die sich wieder als Ganzes angegriffen wähnte. »Wollheim gegen IG Farben – ein neuer Kollektivschuldprozess?« titelte beispielsweise das *Handelsblatt*.[280] Symptomatisch hielt

278 Zur folgenden Darstellung des Wollheim-Prozess vgl. Rumpf, Wollheim, S. 126-290; Ferencz, Lohn, Kap. 2 bzw. die Übersicht auf S. 264 f.; Benz, Wollheim-Prozeß.

279 Dessen Dienstantritt Winnacker letztlich noch abzuwenden versuchte und ihn anderweitig unterbrachte, vgl. Lindner, Hoechst, S. 362-365.

280 Zur Polarisierung der Presse vgl. Rumpf, Wollheim, S. 187 ff. (Zitat S. 210 – Original in Handelsblatt, 31.5.1953); Benz, Wollheim-Prozeß, S. 309.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die *Zeit*-Journalistin Marion Gräfin Dönhoff den alliierten Siegermächten vor, gleichwertiges Unrecht begangen zu haben, und tradierte dabei en passant die alte IG-Verteidigungslinie:

> »Wenn man nämlich ungeachtet der Tatsache, dass der IG gar nichts anderes übrig blieb, als die ihr zugewiesenen Zwangsarbeiter (und zwar zu den vom Staat diktierten Bedingungen) anzunehmen, diese Unternehmen für individuell haftbar erklären wollte, ist nicht einzusehen, warum nicht auch in vielen anderen Fällen Schadensersatz gezahlt werden muss. Was ist beispielsweise dann mit den Kriegsgefangenen, die noch sieben Jahre nach Kriegsende praktisch ohne Entschädigung in der Sowjetunion Sklavenarbeit leisten? Was ist mit den Deutschen, die während der letzten Jahre aus französischer Untersuchungshaft entlassen wurden, weil sich inzwischen herausgestellt hat, dass sie an den ihnen zur Last gelegten Kriegsverbrechen unschuldig waren? Was ist mit den Deutschen, die nach Kriegsende von den Amerikanern ohne Verfahren als ›potential war criminals‹ verhaftet wurden oder um einer Namensverwechslung willen zwei Jahre im Lager saßen und dann mit der Bemerkung ›sorry, it was a mistake‹ entlassen wurden?«[281]

Das Frankfurter Landgericht stellte sich im Juni 1953 entgegen der öffentlichen Meinung auf die Seite Wollheims, sah die Fürsorgepflicht des Konzerns verletzt und sprach Wollheim das Recht auf Schadensersatz und Schmerzensgeld in Höhe von 10.000 DM plus Zinsen zu. Die IG Farben i. L. wollte das Urteil ebenso wenig akzeptieren wie die alten NMT-Beteiligten bei den IG-Nachfolgeunternehmen. Zudem schaltete sich auch der BDI ein, der eine erfolgreiche Klage eines ehemaligen Zwangsarbeiter als Beginn einer Lawine von Schadensersatzforderungen ansah. Ein Präzedenzfall müsse unbedingt verhindert werden. Weitere Großkonzerne wie Krupp und Mannesmann suchten das Gespräch mit Vertretern der Bundesregierung, um im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens zum BEG ihr Notstands-Narrativ bzw. ihre »Werkzeugtheorie« gesetzlich festschreiben zu lassen: Zwangsarbeiter seien von staatlichen Stellen angewiesen worden, die deutsche Industrie habe nur Folge geleistet, folglich seien Entschädigungen nur über den Staat und das BEG zu leisten – ein Versuch, der trotz allem Wohlwollen im Bundesfinanzministerium für die Industrie letztlich scheiterte.[282] Die IG-Verteidigung legte indessen Berufung gegen das Urteil ein, und die Anstrengungen in den Rechtsabteilungen der IG Farben-Nachfolger wurden noch einmal erhöht. Bei Bayer forderte Walther Dürrfeld, dass die alte IG, vertreten durch ihren alten Vorstand und die Nachfolgewerke, »eine geschlossene Phalanx«[283] bilden müsse, um im Berufungsverfahren erfolgreich zu sein. Der ehemalige Chefjustiziar der IG, August von

281 Marion Gräfin Dönhoff zitiert in Rumpf, Wollheim, S. 198 (Original in Die Zeit, 25.12.1952).
282 Vgl. dazu Goschler, Schuld, S. 250 f.
283 Walther Dürrfeld zitiert in Rumpf, Wollheim, S. 228.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Knieriem, organisierte daraufhin die Zeugenaussagen aller alten am IG Auschwitz-Werk Beteiligten, und Krauch, ter Meer sowie Ambros sagten ihre Unterstützung zu. Für die alten IG-Vorstände war die Berufungsklage weniger eine finanzielle Frage – für sie ging es wieder um den eigenen guten Ruf. In enger Abstimmung mit dem BDI und weiteren Justiziaren großer Industrieunternehmen baute der gewachsene Kreis an Anwälten eine neue Verteidigungslinie auf, die von der Notstandsbehauptung über die fragliche Fürsorgepflicht bis hin zu grundsätzlichen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Verfahrens führte. Es war wiederum Friedrich Silcher, der als einer der Ersten vorschlug, eine moralische Verantwortung einzugestehen, eine rechtliche Verantwortung unter Verweis auf das fehlende Arbeitsverhältnis jedoch abzulehnen – und damit den Weg zu einer Vergleichslösung zu öffnen.[284] Auch wenn er sich damit im Kreis seiner Kollegen vorerst noch nicht durchsetzen konnte, sollte es letztlich genau so kommen. Ab Herbst 1954 verhandelten Vertreter der IG Farben i. L. sowohl mit Wollheims Rechtsanwalt als auch mit den inzwischen eingeschalteten jüdischen Organisationen über die Konditionen einer Entschädigungszahlung. Nachdem auch das Oberlandesgericht Frankfurt den Parteien einen Vergleich nahegelegt hatte, einigten sich die Verhandlungsführer schließlich auf ein Abkommen, das im Februar 1957 unterzeichnet wurde. Darin bestand die IG Farben auf die Garantie einer einmaligen Entschädigungszahlung – eine Garantie, die ihr, wenn überhaupt, nur eine Organisation von der Größe und Legitimität der Jewish Claims Conference geben konnte. Das brachte wiederum die JCC in die undankbare Position zwischen Opfer und IG Farben i. L. Die Vertreter der IG Farben hatten sowohl in den Verhandlungen als auch öffentlich bis zuletzt klargestellt, dass die Zahlung keine rechtliche »Schuldanerkennung« bedeute.[285] Gleichzeitig konnten die IG-Vertreter erfolgreich ein parteiübergreifendes Gesetzgebungsverfahren im deutschen Bundestag anstoßen, das die Ansprüche der Zwangsarbeiter gegenüber der »IG Farben in Liquidation« fortan regeln und alle nicht »rechtzeitig« angemeldeten Ansprüche zeitnah als verjährt verfallen lassen sollte. Ein entscheidender Faktor für das Zustandekommen des Abkommens – das sahen auch die Vertreter der JCC so – war die Person Walter Schmidts, der als Liquidator der IG Farben die Verhandlungsführung übernommen hatte und nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner eigenen Biographie von der Richtigkeit einer Entschädigungszahlung überzeugt war.[286] Dass man in den Reihen der Verteidiger jedoch wenig an den eigenen Überzeugungen geändert hatte, zeigte drei Jahre später die Reaktion der IG Farben i. L. auf die Klage nicht-jüdischer Polen, in der sie vor Gericht wieder die alten

284 Zur Verteidigungslinie im Berufungsprozess und Silchers Vorschlag vgl. Rumpf, Wollheim, S. 280 ff.

285 Vgl. den Schriftwechsel zwischen Walter Schmidt und Vertretern der JCC in: USHMMA, BBFC, RG 12.004.12*2,1-3 und die Geschäftsberichte der Liquidatoren der IG Farben für die Geschäftsjahre 1954-57 in: USHMMA, BBFC, RG 12.004.12*39.

286 USHMMA, BBFC, RG 12.004.12*18,1, Walter Schmidt an Benjamin B. Ferencz, 10.4.1958; Benjamin B. Ferencz an Walter Schmidt, 2.4.1958.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Schriftsätze und Dokumente aus Nürnberg und dem Wollheim-Prozess mit den bekannten Schlagworten und Narrativen einbrachten.[287]

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Wollheim-Prozess bereits wichtige Strukturen skizzierte, die für die spätere Auseinandersetzung um die Zwangsarbeiterentschädigung bedeutsam werden sollten. Erstens zeigte der Wollheim-Prozess, dass der Streit über Entschädigungen nicht nur im Gerichtssaal, sondern auch über die Medien in der deutschen Öffentlichkeit ausgefochten wurde und wie bedeutsam die Presse als Mittel der Auseinandersetzung werden würde. Zweitens wurde die Zahlung des Betrags von der IG Farben seinerzeit als reine »Geste des guten Willens« dargestellt und an die Bedingungen von Rechtssicherheit und Schutz vor weiteren Klagen geknüpft – eine Haltung seitens der Wirtschaft, die sich bis in die Verhandlungen der Jahrtausendwende fortsetzen und als solche kritisiert werden würde.[288] Drittens hatte das Verfahren angedeutet, dass bereits in den fünfziger Jahren eine »Konkurrenz der Opfer« zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Verfolgten herrschte, in der nicht-jüdische Organisationen wie zum Beispiel das Internationale Auschwitz Komitee stets die schlechtere Verhandlungsposition hatten.[289] Das Wollheim-Abkommen blieb jahrzehntelang das einzige Vertragswerk, das auch nicht-jüdische Verfolgte berücksichtigte – was symptomatisch für das öffentliche Wahrnehmungsgefälle zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Verfolgten war und sich erst in den achtziger Jahren ändern sollte.

So bedeutsam der Erfolg der Wollheim-Klage war, eine erste Feststellung der Entschädigungspflicht und eine Entschädigungszahlung erstritten zu haben, so blieb das Wollheim-Urteil jedoch ein spektakulärer Einzelfall. Zwar sollte die JCC in den folgenden Jahren noch weitere Abkommen mit Krupp, Siemens und Rheinmetall aushandeln können.[290] In den allermeisten Fällen mussten die ehemaligen Zwangsarbeiter jedoch vor deutschen Gerichten bittere Erfahrungen machen. Im Falle von ausländischen Betroffenen wurden ihre Ansprüche als zu früh im Sinne des Londoner Schuldenabkommens bezeichnet. Im Falle von deutschen Betroffenen wurden ihre Klagen als zu spät bewertet, da die Verjährungsfristen bereits verstrichen seien.[291] Damit war das Londoner Schuldenabkommen genau zu jenem Schutzschild für deutsche Unternehmen geworden, das einzelne kritische Stimmen bereits in den Londoner Verhand-

287 Vgl. USHMMA, BBFC, RG 12.004.12*24, Verteidigungsschriftsätze der IG Farben.
288 Vgl. bspw. T. Kuczynski, Brosamen.
289 Vgl. Ferencz, Lohn, S. 77 und 120. Zum IAK vgl. Stengel, Langbein, S. 230-279.
290 Vgl. die entsprechenden Kapitel in Ferencz, Lohn. Die Auswahl der Unternehmen durch die JCC war bisweilen von Zufällen geprägt und rekurrierte mangels eigener Recherchemöglichkeiten nicht zuletzt auf die Unterlagen der Nürnberger Prozesse. Friedrich Flick gelang es in einem jahrzehntelangen Versteckspiel, sich den Forderungen der JCC erfolgreich zu entziehen.
291 Vgl. Adamheit, Entschädigung, S. 99-105; Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 63; Goschler, Schuld, S. 251; Ferencz, Lohn, S. 90.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
lungen befürchtet hatten, deren Einwände der deutsche Verhandlungsführer Hermann J. Abs jedoch erfolgreich heruntergespielt hatte.[292]

Hatte der Name der IG Farben im Zuge des Wollheim-Prozesses in der deutschen Zeitungslandschaft heftig polarisiert, so blieben die IG Farben-Nachfolger von der Presse-Diskussion weitestgehend unberührt. Zwar war man bei Bayer, Hoechst und der BASF stark sensibilisiert für den Prozess und nahm entscheidenden Einfluss auf die Verteidigungslinie der IG Farben i. L., aber in der deutschen Öffentlichkeit der fünfziger Jahre mussten sich die Nachfolgeunternehmen vorerst keiner vergleichbaren Diskussion um ihre NS-Vergangenheit stellen. So wie die bundesrepublikanische Nachkriegsgesellschaft ihre NS-Vergangenheit und eine mögliche Verantwortung den »Hauptkriegsverbrechern« überlassen hatte, so hatten auch die drei Nachfolgeunternehmen ihre NS-Zeit erfolgreich an die »IG Farben in Liquidation« abgetreten.

Eine dritte Form der Vergangenheitsbearbeitung für die IG Farben stellten kleinere Prozesse nach Nürnberg dar, in die sie indirekt involviert war. Das Verfahren mit der potentiell größten Sprengkraft war der Prozess gegen die Geschäftsführung der Degesch, die insbesondere das Vernichtungslager Auschwitz mit tödlichem Zyklon B beliefert hatte. Während jedoch ab Februar 1949 das Verfahren in Frankfurt lief und die deutsche Presse ausführlich über den ersten Kriegsverbrecherprozess vor deutschen Richtern berichtete, war die IG-Farben (und auch die Degussa) kaum im Fokus der Berichterstattung.[293] Die Verteidigung des Degesch-Geschäftsführers Gerhard Peters hatte Rechtsanwalt Erich Berndt übernommen, der schon im Farben-Prozess die entsprechenden IG-Angeklagten erfolgreich mit dem Argument verteidigt hatte, dass die IG keinen bestimmenden Einfluss auf die Geschäftsführung der Degesch gehabt und auch keine detaillierten Kenntnisse von den Geschäftsbeziehungen zur SS gehabt habe.[294] Wenn in Frankfurt die IG Farben überhaupt noch erwähnt wurden, dann nur beiläufig mit der nüchternen Feststellung, dass »die Degussa und die IG Farben mit je 42,5 % [an der Degesch] beteiligt waren und nicht als Verkäufer des Giftgases in Erscheinung traten.«[295] Hatten die verurteilten IG-Manager in Nürnberg noch darüber geklagt, dass das Thema »Auschwitz« in Bezug auf die IG überbewertet gewesen sei, so stellte sich nun heraus, dass das Kapitel »Zyklon B« zumindest auf juristischer Ebene erfolgreich abgeschlossen war. Für den Hauptangeklagten Peters allerdings folgten noch diverse Gerichtsverfahren, nachdem er im Nürnberger IG-Prozess noch als Entlastungszeuge

292 Zur Rolle von Abs in den Verhandlungen vgl. Goschler, Schuld, S. 157 f.

293 Vgl. etwa Frankfurter Rundschau, 28.2.1949; Der Tagesspiegel, 31.3.1949. Ein britisches Militärgericht hatte bereits im Mai 1946 Bruno Tesch und seinen leitenden Berater Karl Weinbacher zum Tode verurteilt. Das Unternehmen Tesch & Stabenow hatte den Vertrieb und die Anwendung von Zyklon B für die Gebiete östlich der Elbe für die Degesch übernommen.

294 Vgl. NAW, M892, Reel 101, Closing-Brief für den Fall Degesch, S. 7-17, 25-42.

295 Zitiert in Frankfurter Rundschau, 18.3.1949 (»800.000 Tote klagen an«).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Verteidigung aufgetreten war. Peters wurde zunächst wegen Beihilfe zum Totschlag und zum Mord verurteilt und saß über zwei Jahre im Gefängnis, bis eine Gesetzesänderung ihm ein Wiederaufnahmeverfahren ermöglichte, das 1955 mit einem »Freispruch dritter Klasse« endete.[296]

Wirkte der Ausgang des Degesch-Prozesses beruhigend auf die Vorstandsreihen der entflochtenen IG-Betriebe, so war das Verfahren und seine öffentliche Rezeption noch bezeichnender für den Status der Degussa im frühen Nachkriegsdiskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne. Wie Rechtsanwalt Berndt in Nürnberg mehrfach argumentiert hatte, gab die paritätische Anzahl an Mitgliedern im Verwaltungsausschuss der Degesch ein verzerrtes Bild über die tatsächliche Einflussnahme der nominell gleichberechtigten Gesellschafter wieder. Die Degesch war ursprünglich ein Tochterunternehmen der Degussa, und erst 1930 wurden die unterschiedlichen Geschäftsaktivitäten in der Schädlingsbekämpfung der Firmen Degussa, IG Farben und Th. Goldschmidt unter dem Dach der Degussa zusammengeführt. Die Geschäftsräume und ein Großteil der Mitarbeiter blieben dieselben, und fast alle Geschäftsführer wurden von der Degussa gestellt.[297] Für die Degussa saß ab 1940 Hermann Schlosser im Degesch-Verwaltungsausschuss, der sich als Vorstandsvorsitzender der Degussa nach Kriegsende auch unter anderem dafür verantworten musste. Schlosser wurde verhaftet, von den britischen Besatzungsbehörden verhört, aber letztlich nie angeklagt und in einem Spruchkammerverfahren in Frankfurt als »Minderbelasteter« eingestuft. Vor diesem Hintergrund bleibt es symptomatisch für die erste Phase der Vergangenheitsbearbeitung der unmittelbaren Nachkriegszeit, wie die IG Farben sich erfolgreich mit einem Argument entlasten konnte, das nicht zu einer entsprechenden Belastung der Degussa führte. Im Gegenteil, die Degussa blieb im Vergleich zur IG Farben, von den ersten Verhaftungen abgesehen, sowohl von der amerikanischen Anklage- und Dekartellisierungspolitik als auch der öffentlichen Aufmerksamkeit weitestgehend unbeachtet. Die Degussa unterstützte derweil den Angeklagten Peters im laufenden Prozess und beschäftigte ihn zwischenzeitlich wieder, da man ihn in einer »verzweifelten Lage« wähnte, »in die er ohne eigenes Verschulden durch die chaotischen Wirrnisse des Drittens Reiches gestoßen worden« sei.[298] Die Degesch nahm später die Herstellung von Zyklon B wieder auf und vertrieb das Schädlingsbekämpfungsmittel unter diesem Namen noch bis 1974.

296 Vgl. Frankfurter Rundschau, 3.5.1950 (»5 Jahre Zuchthaus für Dr. Peters«). Die Bewertung des Freispruchs zitiert in Hayes, Degussa, S. 311.

297 Im Gegenzug hatten die Degussa und die IG Farben vereinbart, dass die IG Farben ihrerseits die unmittelbare Beratung und Kontrolle der Geschäftsführung des Chemiewerks Homburg AG ausübte, an dem beide Firmen ebenfalls mit gleichwertigen Anteilen beteiligt waren.

298 So Degussa-Vorstandsmitglied Heinz Scherf 1950, zitiert in Hayes, Degussa, S. 313.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Die Bundesrepublik bzw. die deutsche Industrie insgesamt konnte sich in den fünfziger Jahren konsolidieren und an der Seite der ehemaligen Kriegsgegner als Wirtschafts- und Bündnispartner im Rahmen der Montanunion, des Nordatlantikpakts und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft etablieren.[299] Auch die drei großen Nachfolgegesellschaften der IG Farben profitierten vom allgemeinen Wirtschaftswachstum. Ihre Produktionskapazitäten waren voll ausgelastet und die Umsatzzahlen stiegen in kürzester Zeit dementsprechend.[300] Unter ökonomischen Gesichtspunkten waren die schwerwiegendsten Folgen des Krieges und der NS-Zeit damit in Leverkusen, Frankfurt und Ludwigshafen bereits überstanden. Die Kontinuität über die Umbruchsjahre 1945/1948 hinweg umfasste aber nicht nur die Personen, Betriebsteile und ökonomischen Erfolgsziffern, sondern auch die Mentalitäten und Selbstbilder, die eingebettet waren in die Geschichtskultur der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren.

Während bei Hoechst der neue Vorstandsvorsitzende Winnacker den Umgang mit der NS-Vergangenheit prägte und die alte »IG-Kultur« am Leben erhielt[301], waren dies im Fall von Bayer Fritz ter Meer und Friedrich Silcher. Beide, ter Meer als graue Eminenz und Silcher als Chefjustiziar, fühlten sich bei Bayer auch weiterhin für die Geschichtspolitik im Konzern verantwortlich und behielten die öffentliche Meinung im Blick.[302] Denn die Deutungskämpfe wurden auch nach dem Ende der Nürnberger Prozesse mit publizistischen Mitteln weiter ausgefochten.[303] Auf der einen Seite erschienen von alten IG-Angehörigen verfasste Bücher, die das Opfernarrativ von den friedliebenden Wissenschaftlern in der NS-Zwangswirtschaft tradierten. Die IG-Verteidiger wussten zudem mit Zeitschriftenbeiträgen und Vorträgen die andauernden Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verfahrens zu nähren.[304] Auf der anderen Seite verarbeiteten ehemalige Vertreter der Nürnberger Anklagebehörde und alte Bernstein-Mitarbeiter der »trust buster«-Fraktion in der US-Militärregierung nicht nur ihren Frust über den ihrer Meinung nach gescheiterten Gerichtsprozess und die ausgebliebene konsequente Zerschlagung des Konzerns, sondern auch ihr altes Narrativ vom kriegstreiberischen Chemiekartell zu um-

299 Vgl. Hardach, Wirtschaftsgeschichte, S. 222 ff.; Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 215 ff.

300 Vgl. Abelshauser, Neugründung, S. 358 ff.

301 Vgl. Lindner, Schatten; Lindner, Hoechst (Zitat S. 375).

302 Vgl. dazu etwa BAL 381/81, Exposé Silcher »Nachkriegsliteratur über die I. G.«, 4.4.1951.

303 Für Krupp vgl. bspw. die Apologetik »Warum wurde Krupp verurteilt?« (Stuttgart 1950), verfasst unter der Leitung des Onkels des verurteilten Konzernchefs, Tilo Freiherr von Wilmowsky. Vgl. dazu auch Wiesen, Verteidigung, S. 647 f.

304 Vgl. Kranzbühler, Rückblick; Dix, Urteile; Knieriem, Nürnberg; Reichelt, IG Farben.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
fangreichen Artikeln und Büchern.[305] Fritz ter Meer selbst publizierte bereits 1953 im populären Econ-Verlag eine Geschichte der IG Farben.[306] Im Kern war dies eine reine Technikgeschichte mit Schwerpunkt auf den zwanziger und dreißiger Jahren. In den Passagen über die NS-Zeit griff ter Meer wortgetreu auf die Formulierungen der »Kransberger Denkschrift« zurück, reproduzierte das Rollenmuster von den Wissenschaftlern bzw. Kaufleuten und beschwor den Notstand der deutschen Industrie. Grundsätzlich resümierte er 1953 wie schon 1946: »Für ein Unternehmen wie die I. G. […] bedeutete der Krieg den härtesten Schlag. […] Gleichwohl hat die I. G. für ihr um seine Existenz ringendes Land ihre selbstverständliche Pflicht bis zum bitteren Ende getan.«[307] Mit der Betonung der Pflichtergebenheit war ter Meer in den Reihen der deutschen Wirtschaft nicht allein, und auch in anderen gesellschaftlichen Selbstbehauptungsdiskursen wie beispielsweise in der Memoirenliteratur deutscher Wehrmachtsgenerale war sie das zentrale Entlastungsmotiv.

Ter Meers Narrativ wirkte sich auch bei Bayer auf die Darstellung der eigenen Vergangenheit aus.[308] Als 1952 unmittelbar nach der Neugründung von Bayer das 75-jährige Jubiläum des Werkes Uerdingen anstand, war es ter Meer, der bestimmte, welche Geschichte intern erarbeitet wurde – obwohl er zum damaligen Zeitpunkt noch gar kein offizielles Amt bei Bayer besaß.[309] Nachdem ter Meer eine eigens in Auftrag gegebene Festschrift abgelehnt hatte, stellte man eine umfangreiche Mappe mit Materialien zur Firmengeschichte zusammen, die von ihm gesichtet, zusammengestrichen und abgezeichnet wurde.[310] Das Jubiläum feierte man vorerst nur mit einem Festakt, bei dem man die stolze Tradition des Werkes beschwor. Die lokale Presse griff dies dankbar auf.[311] Die später publizierte Festschrift beschrieb die Werksgeschichte dann als glorreiche Technikgeschichte ohne direkte NS-Bezüge. Zur Sprache kamen allein die Opfer des Unternehmens – in Form der gefallenen Mitarbeiter und

305 Vgl. Sasuly, IG Farben; Martin, Men; DuBois, Devil's Chemists; DuBois, Generals; Taylor, War Crime Trials; Taylor, Kriegsverbrechen; später auch Borkin, Allianz.

306 Ter Meer, I. G.-Farben. Bereits 1952 auch als Sonderbeilage der Jubiläumsausgabe der Zeitschrift *Chemische Industrie* veröffentlicht – ein Exemplar davon in BAL 208/15.

307 Ter Meer, I. G.-Farben, S. 112 f.

308 Vgl. etwa das Exposé »85 Jahre Farbenfabriken Bayer«, 26.7.1948, in; BAL 563/1; oder die »Bayer-Werbebroschüre«, die der ter Meer nahestehende Journalist Oswald Gerhardt 1950 schreiben sollte, in: BAL 1/4.4.

309 Welche Rolle ter Meer in der Bayer-Hierarchie beigemessen wurde, drückte sich exemplarisch in der Sitzordnung des firmeninternen Festessens am 6.9.1952 aus. Am Kopf der riesigen Tafel saß ter Meer als Privatmann, und erst an den Seiten saßen die Vorstände und eigentlichen Aufsichtsräte. Der Direktor des Werkes Uerdingen begrüßte den Ehrengast als »großen Wirtschaftsführer«. BAL 374/228.

310 BAL 374/259 und 374/230, Bestand »75 Jahre Werk Uerdingen«.

311 Rheinische Post, 7.9.1952.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Bombenschäden. Zu Fragen der NS-Zeit und der IG-Geschichte wurde explizit auf ter Meers Buch verwiesen.[312]

Das Ringen um die Deutungshoheit über die Geschichte der IG setzte sich auch in Romanen, Sachbüchern und Filmen fort. So schlug Karl Aloys Schenzinger in seinem 1953 erschienenen Roman *Bei I. G. Farben* einen ähnlich technisch versierten Ton an wie ter Meer und trug Argumente vor, wie dieser sie für die IG Farben zu etablieren versucht hatte.[313] Die Geschichte der IG wurde hier anhand von fünf revolutionären und kriegswichtigen Chemieprodukten erzählt. Am Ende des Romans stellte ein Arzt fest, dass jede Erfindung dem Frieden wie dem Krieg dienen könne: »Man mißbraucht die Erfindungen, um Macht zu gewinnen.«[314] Eine ähnliche Lesart etablierte der vielgelesene Publizist Fritz Pritzkoleit in seinen diversen Sachbüchern über die deutsche Wirtschaft. Mit einer Mischung aus umfassender Quellenrecherche und pathetischem Enthüllungsgestus stilisierte Pritzkoleit »Männer, Mächte, Monopole« und »Bosse, Banken, Börsen« zu mysteriösen Akteuren eines elitären Mächtespiels – und war dabei selbst nicht frei von Bewunderung für die »großen Herren im Wandel der Zeiten«.[315] Dabei zog er in Einzelfällen die personellen Kontinuitätslinien durchaus konkret nach, die über das »Dritte Reich« hinaus bis in die Bundesrepublik führten, jedoch ohne diese ebenso wie das Verhalten der Unternehmen in der NS-Zeit insgesamt als besonders fragwürdig einzustufen. Die Manager der IG Farben und ihrer Nachfolgegesellschaften waren für Pritzkoleit, ähnlich wie die Personen Abs oder Krupp, »große Gestalten der jüngsten Wirtschaftsgeschichte« und eindrucksvolle Protagonisten des Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik, die zu Unrecht in Nürnberg angeklagt worden waren.[316]

In Filmen wie *Der Rat der Götter* (1950) wurden Fritz ter Meer und die IG Farben dabei zum Gegenstand der deutsch-deutschen Geschichtspolitik, denn die Nürnberger Prozesse beschäftigten nicht nur die Politik und Wirtschaft in der Bundesrepublik. Die KPD/SED hatte bereits die Nürnberger Industriellenprozesse in ihren Presseorganen spitz kommentiert, um die Politik in den Westzonen als »restaurativ« zu diskreditieren und die eigenen Enteignungsmaßnahmen in der Ostzone zu legitimieren. Insbesondere beim IG-Farben-Prozess argwöhnte man, dass hier die »Mohrenwäsche der Kriegs-

312 Bayer, Uerdingen, S. 78.

313 Schenzinger hatte im Dritten Reich unter anderem populäre Propagandaromane wie »Hitlerjunge Quex« (1932) verfasst und bereits 1937 mit Anilin einen Roman über bedeutende deutscher Chemiker und deren Entdeckungen im Bereich der organischen Chemie geschrieben. Der Roman war von einem ähnlich technikgläubigen, nationalistisch unterlegten Tenor geprägt und wurde in einer abgeschwächten Version auch in der Nachkriegszeit erfolgreich weiter verkauft.

314 Schenzinger, I. G. Farben, S. 379.

315 Pritzkoleit, Männer; Pritzkoleit, Bosse; Pritzkoleit, Herren (Zitat S. 11); Pritzkoleit, Deutschland. Weitere Bücher entstanden bis Mitte der sechziger Jahre mit ähnlichem Tenor.

316 Vgl. Pritzkoleit, Deutschland, S. 548-569; Pritzkoleit, Männer, S. 31 (Zitat).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
verbrecher« vorbereitet werde und das amerikanische mit dem deutschen Großkapital unter einer Decke stecke.[317] Gegen die in Nürnberg vorgebrachten Verteidigungsargumente entwickelte die SED ein spezifisches Narrativ, das in ihr marxistisch-orthodoxes Geschichtsbild eingepasst wurde und über Jahrzehnte ein propagandistisches Arsenal an Topoi bereithalten sollte. Flick und die IG Farben blieben dabei die präferierten Ziele der SED-Kampagnenpolitik, die ab den fünfziger Jahren zur ideologischen Selbstversicherung bzw. Außenabgrenzung initiiert wurden. Regelmäßig wurde dabei der angebliche Schulterschluss zwischen Nationalsozialismus und Großindustrie gegeißelt und die Bundesrepublik aufgrund ihrer »braunen« personellen Kontinuität zu delegitimieren versucht.[318] Ein frühes Beispiel dieses Narrativs war der DEFA-Film *Der Rat der Götter* von 1950, der alle negativen Rollenmuster zusammenführte, die im Farben-Prozess von der US-Anklagebehörde angeführt worden waren (Monopolisten, Hitlerförderer, Kriegstreiber). Die aufwendig gestaltete offizielle Begleitbroschüre zum Film unterstrich dabei, dass der Film auf der Grundlage von Dokumenten des Nürnberger IG-Prozesses und des Buches von Richard Sasuly, einem Mitarbeiter der Finanzabteilung der US-Militärregierung, erarbeitet worden sei – und legitimierte mit dem Abdruck ausgewählter Textstellen und Photos den quasi dokumentarischen Anspruch des Films.[319] Der Film griff jedoch nicht nur die IG Farben an, sondern er erweiterte das US-Narrativ zu einer allgemein-ideologischen Anklage gegen den »imperialistischen Kapitalisten-Pakt« zwischen der IG und den amerikanischen Chemiekonzernen. Ein Deutungsmuster, das insbesondere der SED-Chef-Agitator Albert Norden in den fünfziger Jahren regelmäßig wiederholen würde.[320] Die DDR-Presse feierte den Film als ein »wichtiges Stück Geschichtsschreibung«, das die »Demaskierung des expansiven Monopolkapitalismus« betreibe.[321]

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieses vielstimmigen Diskurses über die IG-Vergangenheit und der eigenen Ambitionen, sich wieder auf dem Weltmarkt zu etablieren, begann man bei Bayer eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben und das eigene Firmenimage aufzupolieren. Hatte man die Verbreitung des Films *Der Rat der Götter*, der in der DDR ein großes Publikum gewann, bei Bayer aufmerksam nachvollzogen,[322] so entstanden zeitgleich in der Filmabteilung in Leverkusen eigene filmische Narrative, die das öffentliche

317 Vgl. Osterloh, »Hauptkriegsverbrecher« (Zitat S. 124). Das Originalzitat in Neues Deutschland, 26.11.1947.

318 Vgl. bspw. Kling, IG Farben; Ausschuss für Deutsche Einheit, IG Farben; Nationalrat der Nationalen Front, Braunbuch, S. 13-63. Zu Flick vgl. Frei u. a., Flick, S. 606-619. Zur Kampagnenpolitik der SED vgl. Kapitel 3.2 dieser Arbeit.

319 Ein Exemplar der Film-Broschüre in BAL 92/2. Das Buch von Sasuly wurde kurz darauf auch in der DDR in deutscher Übersetzung und mit einschlägigem Vorwort veröffentlicht, vgl. Sasuly, IG Farben.

320 Vgl. etwa Nordens Text »Die ›Sechsundsiebzig‹«, in: Norden, Aufsätze, S. 216.

321 Berliner Zeitung, 13.5.1950 bzw. Leipziger Volkszeitung, 21.4.1950.

322 Vgl. die Analyse des Films, die gesammelten Werbematerialien von Vorführungen in westdeutschen Kinos und Presseartikel in: BAL 92/2.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Bild der IG Farben-Nachfolger aufzuhellen versuchten und die wissenschaftlichen Forschungs- und Ingenieursleistungen präsentierten. Die Filme stießen auf ein reges Publikumsinteresse und begannen ein eigenes Genre der Industriefilme zu etablieren. Insbesondere der Dokumentarfilm *Das Werk am Rhein* von Bayer aus dem Jahr 1952 wurde in der westdeutschen Presse begeistert aufgenommen und von der Filmbewertungsstelle trotz seines angemahnten Werbecharakters mit dem Prädikat »wertvoll« ausgezeichnet.[323] Nur die DDR-Presse kritisierte so deutlich wie vorhersehbar: »Unternehmerpropaganda«[324] – und lag damit sicherlich nicht komplett falsch. Wie der Titel andeutet, suchte der Film in einer nahezu überzeitlichen, unpolitischen Erzählung die Analogie von Werk und Natur und konzentrierte sich dabei auf die Forschungsleistungen einer abstrakten Fabrik ohne konkrete Menschen. Das Filmskript legte die Eingangssequenz wie folgt fest: »Aufnahme des Rheinstroms, der in einer mächtigen Windung gegen den Horizont verläuft. Die Kamera schwenkt vom Wasser nach oben und erfasst auf der anderen Seite des Stroms in eindrucksvollen Bildern: Das Werk Leverkusen.« Zu diesen Bildern kommentierte eine Stimme aus dem Off: »Der Rhein – Schicksalsstrom seit Jahrtausenden. Glück und Unglück, Frieden und Krieg, Zerstörung und Aufbau wechselten – aber immer blieb der Wille zum Schaffen, die Lust zur segensreichen Arbeit und der Glaube an den nächsten Tag …«.[325] Der Film wurde unter anderem auf der Biennale in Venedig gezeigt, in mehrere Sprachen synchronisiert, mit diversen Kurzfilmpreisen ausgezeichnet und lief in vielen deutschen Groß- und Kleinstädten sowie Betrieben der IG Farben-Nachfolger.[326] Zufrieden und stolz resümierte 1954 die Bayer-Werkszeitung seinen »internationalen Erfolg und die Anerkennung berufener und offizieller Stellen«.[327] Von diesem Zuspruch beflügelt, entstanden in den Folgejahren diverse Kurz- und längere Dokumentarfilme. So verstand es Bayer, die Filme als Qualitätsbeweis für die eigene Farbfilmtechnik zu nutzen und zugleich die Geschichte des Unternehmens jenseits der belastenden NS-Vergangenheit öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

Offensive Öffentlichkeitsarbeit blieb auch in einer anderen Hinsicht für Bayer in den fünfziger Jahren von Bedeutung, die weiterhin in einem Spannungsfeld von Vergangenheitsauseinandersetzung und Zukunftsorientierung stand und gezielt eine »Vertrauens-Sphäre« auf den heimischen und internationalen Märkten schaffen wollte.[328] Seit den Demontagestopps war der Streit um die von den Alliierten beschlagnahmten Vermögenswerte weiter fortgesetzt worden, und insbesondere gegenüber den USA entbrannte eine heftige Ausein-

323 Der Film *Das Werk am Rhein* in BAL 92/1.1.
324 Freie Presse, 27.5.52.
325 BAL 92/1.1, Drehbuchmanuskript »Werk am Strom« [ursprünglicher Titel], o. D., S. 1.
326 Vgl. BAL 92/1.1, Rundschreiben der Abteilung Werbeplanung, 14.8.1953.
327 Unser Werk 4 (1954), H. 1, S. 21.
328 Zum Folgenden und dem zitierten Dokument »Haupt-Ziele der Bayer Vertrauenswerbung« vom 15.11.1954 vgl. Kleinschmidt, Autarkie (Zitat S. 213).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
andersetzung, in der die eine Seite das »feindliche Auslandsvermögen« zu recht beschlagnahmt sah, die andere Seite wiederum das Recht auf Privateigentum verletzt wähnte. Während in der deutschen Öffentlichkeit das Thema hohe Wellen schlug und Adenauer sowie Abs für die deutsche Seite in Washington verhandelten, standen in der amerikanischen Öffentlichkeit immer wieder die IG Farben-Nachfolgeunternehmen in der Kritik. Angesichts ihrer Wachstumsraten prophezeite die *New York Times* bereits die »Rückkehr der IG Farben«.[329] Für Bayer war nicht nur ein Image in den USA jenseits des stigmatisierten Farben-Namens wichtig. Die Debatte um ausländische Vermögenswerte hatte immense Bedeutung, da Bayer für bestimmte Exportprodukte keinen Patentschutz mehr besaß. Vor diesem Hintergrund machte man sich bei Bayer auf die Suche nach einem professionellen Lobbyisten, der in den USA Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit nehmen sollte – und engagierte schließlich den amerikanisch-jüdischen PR-Berater Julius Kein.[330] Der US-Generalmajor a. D. unterhielt insbesondere im Bereich der deutsch-amerikanischen Beziehungspflege gute Kontakte, war Berater der US-Regierung in Fragen der Deutschlandpolitik und in Washingtoner Kongresskreisen gut vernetzt. Als strammer Republikaner und Antikommunist trat er vehement für die grundsätzliche Rückerstattung des beschlagnahmten deutschen Auslandsvermögens und die Förderung einer wirtschaftlich starken Bundesrepublik bzw. ihrer Unternehmen ein. Klein war im Laufe der fünfziger und sechziger Jahre nicht nur für diverse deutsche Großkonzerne, sondern auch für die Adenauer-Regierung tätig, ein Deutschland-freundliches Bild in den USA zu befördern.[331]

Für Bayer entwickelte Klein diverse Tätigkeiten mit unterschiedlichem Erfolg. Klein setzte von Anfang an darauf, das vorherrschende IG Farben-Bild in der US-Öffentlichkeit zu entkräften und stattdessen das Image von Bayer als »unabhängiger Gesellschaft« zu stärken: Einem Unternehmen, das »seit mehr als 50 Jahren […] der freien Welt seine langjährige Erfahrung und Kenntnisse dem Fortschritt und der Wohlfahrt der Menschheit« widme.[332] Mehrmals betonte er gegenüber dem Vorstand die Notwendigkeit, den in den USA weit verbreiteten Bayer- und IG-kritischen Büchern und Broschüren ein gleichwertiges Buch entgegenzusetzen, das das verzerrte Bild korrigieren und Journalisten und Historikern als Referenz dienen könne.[333] Letztlich überzeugte Klein den Vorstand, durch eine offensive Werbekampagne selbst in der amerikanischen

329 The New York Times, 1953 (»The Return of the IG«).

330 Vgl. BAL 81/2.7, Aktennotiz über das erste Treffen zwischen Bayer-Vertretern und Klein, 29.6.1954; Brief Oskar Loehr an Julius Klein, 5.8.1954; Aktennotiz Handelspolitisches Büro, 13.8.1954. Bemerkenswert erschien den Bayer-Verantwortlichen in einer internen Pro- und Contra-Liste Kleins jüdischer Hintergrund als wichtigstes Argument *gegen* seine Beauftragung (BAL 81/2.7, Notiz Oskar Loehr, o. D.).

331 Zur vielseitigen Rolle von Julius Klein vgl. Wiesen, Germany's PR Man.

332 BAL 81/2.7, Entwurf »PR-Representation« von Julius Klein, 1954; Protokoll des Gesprächs zwischen Julius Klein und Bayer-Vertretern, 7.4.1955 (Zitat S. 5).

333 BAL 81/2.7, Brief Julius Klein an Walter Bachem, 27.11.1954.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Öffentlichkeit aufzutreten. 1956 erschienen in ausgewählten US-Tageszeitungen verschiedene Anzeigen, die Bayer als »forward-looking and enterprising chemical firm on the Rhine« präsentierten.[334] Bayer versorgte Kleins PR-Büro währenddessen mit Deutungsmustern und Argumentationshilfen zur NS-Zeit, falls das Unternehmen ins Kreuzfeuer der Kritik geraten sollte.[335] Als beispielsweise Fritz ter Meer 1955 wieder in den Aufsichtsrat bei Bayer berufen werden sollte, bekam Klein präventiv auch ein Exposé zur Karriere von Fritz ter Meer mit den Argumenten der Nürnberger Verteidigung zugestellt, um »kritische öffentliche Stimmen zu entkräften, falls sie auftreten«.[336] Bayer ließ sich Kleins Tätigkeit als PR-Berater ab 1954 jährlich 50.000 US-Dollar plus Spesen und zusätzlicher Erfolgshonorare kosten, um das Image des Konzerns in den USA zu verbessern.[337] Insbesondere im Zusammenhang mit dem Wollheim-Prozess erschien den Bayer-Verantwortlichen das Engagement von Klein als sehr sinnvoll, insofern Klein die Berichterstattung in den USA und die Haltung wichtiger Kongressmitglieder in ihren Augen offenbar beeinflusste.[338] Bayer vertraute auf Klein so lange, bis er selbst Ende der fünfziger Jahre wegen seiner positiven Haltung in der Frage der Rückgabe deutschen Eigentums immer stärker in die Kritik geriet und sich insbesondere Anfang der sechziger Jahre in der amerikanischen Öffentlichkeit gegen Vorwürfe verteidigen musste, er sei ein Agent Deutschlands.[339] Damit verlor der Stern von Julius Klein an Strahlkraft für Bayer, und auch die meisten anderen deutschen Konzerne beendeten ihre Zusammenarbeit mit Klein.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die fünfziger Jahre für Bayer – wie für die meisten deutschen Großkonzerne – ein vergangenheitspolitisches Plateau waren, auf dem sie sich konsolidieren und rehabilitieren konnten. Die geschichtskulturellen Rahmenbedingungen der jungen Bundesrepublik waren das Umfeld, in dem Konzerne wie Bayer ihre eigenen Vergangenheitsdeutungen etablieren konnten und diese wiederum auch in der westdeutschen Öffentlichkeit kaum in Frage gestellt wurden. Die Rollenstereotypen vom »anständigen Kaufmann« oder »unpolitischen Techniker« dienten dabei nicht nur der Vergangenheitsabsicherung, sondern passten sich auch ein in den sich etablierenden Wirtschaftswundermythos, innerhalb dessen die deutsche Wirtschaftselite als zuverlässige Stütze der demokratisch-kapitalistischen Bundesre-

334 BAL 167/9.12, Bayer Anzeigen, 1957. Abgedruckt in Kleinschmidt, Autarkie, S. 215.

335 BAL 81/2.7, Übersetzung eines Auszugs des Buches *75 Jahre Bayer* von 1938 für den internen Gebrauch, 13. Oktober 1955; Brief an Julius Klein mit der »Bayer-Broschüre«, 14.11.1955; Briefe an Juluis Klein mit »Unterlagenmaterial über IG Farbenindustrie«, 11.11.1955 und 5.1.1956.

336 BAL 81/2.7, Brief Oskar Loehr an Julius Klein, 13.8.1955.

337 BAL 81/2.7, Vertrag zwischen Bayer und Julius Klein, 4.9.1954.

338 Vgl. BAL 81/2.7, Schriftwechsel Ulrich Haberland (Bayer) und Walter Schmidt (IG Farben in Liquidation), Frühjahr 1958. Vgl. ebenfalls BAL 206/10, Vermerke zum Wollheim-Prozess, 1958/59.

339 Vgl. dazu Die Welt, 10.1.1964; Handelsblatt, 14.2.1964.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
publik wahrgenommen wurde.[340] Die ehemaligen Angeklagten im Nürnberger IG-Prozess nutzten ihre wiedergewonnenen Stellungen, um ihre Eigeninterpretationen sowohl in den Unternehmen als auch in der Öffentlichkeit zu tradieren. Auffällig ist dabei, wie die anfangs dominante Rechtfertigungsliteratur, die sich explizit auf die NS-Zeit und die in Nürnberg erhobenen Vorwürfe bezog, nach und nach durch öffentlichkeitswirksame Publikationen und Filme aus der PR-Arbeit bei Bayer abgelöst wurden, deren Geschichtsdarstellungen die NS-Zeit zunehmend aussparten, wenn sie nicht gleich ihren Blick ausschließlich auf die Zukunft richteten. Die Argumente der Nürnberger Verteidigung blieben gleichwohl prägend im Hintergrund der entscheidenden Bayer-Verantwortlichen.

2.4 Firmengeschichtsschreibung zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaft

Mit der aktiven Arbeit am Firmenimage und mit der Tradierung der in Nürnberg erprobten Argumente stand Bayer in den fünfziger Jahre bei weitem nicht allein. An die Phase der ersten Verunsicherung unmittelbar nach Kriegsende anschließend waren die fünfziger Jahre für die meisten deutschen Unternehmen eine Zeit, in der sie sich wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich wieder rehabilitieren konnten. Jonathan Wiesen hat für die ersten zehn Jahre nach dem Krieg nachgewiesen, wie die Führungseliten der deutschen Wirtschaft ihre Rehabilitierung vor allem mit publizistischen Mitteln erkämpften.[341] In der Folge der Nürnberger Prozesse gewannen sie eine neue Selbstsicherheit, die sich nicht nur auf die im Gerichtssaal bewährten Verteidigungstopoi stützte, sondern unmittelbar auch an ein neues Unternehmerbild geknüpft war, das mit innovativen Mitteln der »public relations«-Arbeit in der deutschen Öffentlichkeit verbreitet wurde. Waren Industrielle vor Gründung der Bundesrepublik noch vorsichtig gegenüber den alliierten Behörden aufgetreten, so ging die westdeutsche Industrie in den fünfziger Jahren insgesamt dazu über, selbstbewusst und offensiv ein »neues Unternehmertum« zu vertreten, das die NS-Zeit als Opfer überstanden habe. Die defensive Strategie der vergangenheitsorientierten Rechtfertigung wurde somit zunehmend abgelöst durch eine aktive Vermarktung eines zukunftszugewandten Unternehmerideals, das ältere Rollenmuster des 19. Jahrhunderts vom unternehmerischen Erfinder und »Firmenvater« mit neuen Aspekten einer sozial engagierten, politisch denkenden Unternehmerfigur verband. Pioniere im Bereich der Public Relations wie Carl Hundhausen (bei Krupp) oder Albert Oeckl (bei der IG Farben, später BASF) schufen ein Bewusstsein in Unternehmen für eine aktive Öffentlichkeitsarbeit und konnten dies auch als akademische Disziplin an Universitäten

340 Vgl. dazu auch Rehling, Wirtschaftseliten.
341 Vgl. grundlegend dazu Wiesen, West German Industry, S. 94-156.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
etablieren.[342] Bei der Wiederherstellung und Vermarktung eines positiven Kapitalistenbildes vertrauten die Unternehmen nicht nur auf die Anfang der fünfziger Jahre neu gegründeten Verbände wie den BDI oder Institutionen wie das Deutsche Industrieinstitut (DI). Auch aus den eigenen Reihen der Unternehmen versuchten prominente Unternehmensangehörige, die »richtige« Darstellung der Unternehmenshistorie sicherzustellen. Die zwei bedeutsamsten Erzählformen waren dabei Firmenchroniken und das populäre Genre der Unternehmerbiographie.

Firmenchroniken und andere Aufträge

Bereits im 19. Jahrhundert hatten Unternehmen begonnen, eine wachsende Anzahl an Festschriften zu publizieren, um sich ihrer Geschichte nach innen und nach außen zu versichern.[343] Um die Jahrhundertwende gewannen Festschriften und Firmenchroniken nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Industrialisierung und ihrer sozialen Folgen an Bedeutung, um die Rolle von großen Industrieunternehmen und Banken politisch und gesellschaftlich zu legitimieren. Erste systematisch gepflegte Firmenarchive (Krupp 1905, Siemens 1907) verdeutlichten, dass Unternehmen ein wachsendes Bewusstsein für die Funktion ihrer eigenen Geschichte zu entwickeln begannen.

Festschriften und Unternehmenschroniken waren daher schon immer Instrumente der Selbstdarstellung und Selbstversicherung, die auf ihre Weise Indikatoren bzw. Faktoren ihrer jeweiligen Zeit waren. Ein kursorischer Blick in die Firmenchroniken zu unterschiedlichen Zeitpunkten offenbart dabei ihre Historizität und Kontextualität. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs präsentierte sich beispielsweise Daimler äußerst stolz auf die Beiträge zur Mobilisierung der Reichswehr und illustrierte seinen Festschriftband mit diversen Bildern von Panzerwagen und Zugwagen für militärisches Gerät. Dazu hieß es:

> »[Man] kann jetzt mit Genugtuung und besonderem Stolz auf das verflossene Vierteljahrhundert zurückblicken, denn die Entwicklung des Unternehmens ist mit ein Teil jenes Werkes, an dem das geeinte Deutsche Reich seit mehr als vier Jahrzehnten arbeitet: der Nation den Platz zu sichern, der ihrer Großmachtstellung zukommt und diesen Platz im internationalen Wettbewerb zu festigen. Seit ihrer Gründung half die Daimler-Motoren-Gesellschaft mit, dieses Ziel zu erreichen, heute, da ein Weltenbrand um Deutschland und die befreundete Nachbarmonarchie lodert, mit verdoppelter Kraft. So begeht die Daimler-Motoren-Gesellschaft mit Stolz den Gedenktag ihres 25-jährigen Bestehens, während die donnernde Ouvertüre einer neuen Zeit die Erde in ihren Grundfesten erzittern lässt.[344]

342 Vgl. dazu Heinelt, »PR-Päpste«.

343 Vgl. Knabe, Firmenjubiläen; Berghoff, Unternehmensgeschichte, S. 359; Pierenkemper, Unternehmensgeschichte, S. 28 ff.

344 Daimler-Motoren-Gesellschaft, Zum 25-jährigen Bestehen, S. 5.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Ein Vierteljahrhundert später und am Vorabend eines neuen Weltkriegs feierte Bayer das 75jährige Bestehen seiner Werke. Im opulenten Begleitband zum Jubiläum wurde der Zuversicht Ausdruck verliehen, dass »die Blüte der Wirtschaft in dem größeren, unter einem Führer geeinten, durch seine Wehrkraft gesicherten Dritten Reiche von Dauer sein wird«.[345] Die Geschichte des Unternehmens wurde dabei in eine nationale Aufstiegserzählung eingebettet und Bayers chemische Produktion als ehrenvolle Pflichterfüllung für Volk und Staat stilisiert:

> »Als Friedrich Bayer seine Fabrik in Barmen gründete, gab es noch kein Deutsches Reich. Heute sind die Werke der ehemaligen Farbenfabriken mit in den Dienst des großen neuen Deutschlands eingegliedert. Jeder Werksangehörige, an welcher Stelle er auch tätig ist, kann sich mit Stolz sagen: meine Arbeit ist Leistung im Dienst der Volksgemeinschaft!«[346]

Es mag in beiden Fällen dahingestellt bleiben, ob die emphatische Kriegsbegeisterung und der betonte Nationalstolz obligatorische Floskeln gegenüber dem Staat (mit seinen Aufträgen) darstellten, echte Überzeugung in den Reihen der Vorstände spiegelten oder vielmehr grundsätzlich in den diskursiven Kontext ihrer Zeit eingeordnet werden müssen.[347] Auffallend und gleichwohl nicht überraschend für die Festschriften, die nach 1945 entstanden, war in jedem Fall der Umstand, dass nationalistische Töne schlagartig verstummten und kriegsunterstützende Rüstungsproduktion für die meisten Unternehmen keine erwähnenswerte glorreiche Leistung mehr darstellte – weder die der Jahre 1914 bis 1918, noch die der Jahre 1939 bis 1945. Wenn es überhaupt noch positive Bezüge zum Krieg gab, dann eher solche, die zugleich die Rüstungsleistungen als patriotischen Akt der Vaterlandsverteidigung rechtfertigten. Zum Beispiel wurde in der Festschrift von Telefunken stolz auf das Radargerät »Würzburg« verwiesen, das deutsche Städte vor »feindlichen Bombern« beschützt habe.[348]

Stellvertretend für das Gros der Firmenchroniken, die Ende der vierziger und in den fünfziger Jahren erschienen, kann die Firmengeschichte der Degussa herangezogen werden, die anlässlich des 75jährigen Bestehens im Jahr 1948 erschien.[349] Den Text hatte der Historiker Hermann Pinnow verfasst, der unter anderem auch schon die oben genannten Festschriften zum 75. Jubiläum von Bayer und Hoechst 1938 angefertigt hatte.[350] So pathetisch der

345 IG Farben/Pinnow, Werksgeschichte, S. 184.
346 Ebd., S. 201.
347 Weitere Beispiele finden sich etwa in Allianz, Fünfzig Jahre, S. 78-81 (»der dem Reich durch seine Feinde aufgezwungene Krieg«); Krupp, 125 Jahre Krupp.
348 Vgl. Telefunken, Festschrift, S. 188.
349 Degussa, Werden und Wesen. Zum Jubiläum 1948 vgl. auch Degussa, Sonne und Mond, S. 223-225.
350 Bemerkenswert für den Diskurs der Unternehmensgeschichtsschreibung in der unmittelbaren Nachkriegszeit ist der Umstand, dass es für das Verhältnis von Wissenschaft und Firmengeschichte durchaus eine Sensibilität gab, die in ihrem spezifisch

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Titel des Degussa-Buches war (»Werden und Wesen der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt vormals Roessler«), so emotional und affirmativ war auch der Ton der historischen Darstellung, die primär die wichtigsten Unternehmens- und Personalentwicklungen sowie technologischen Errungenschaften nachzeichnete. Dabei ist auffallend, dass sowohl in der Festschrift als auch in den Jubiläumsansprachen die unmittelbare NS-Vergangenheit durchaus immer wieder Erwähnung fand. Zu präsent waren allen Beteiligten der Krieg und seine Folgen – die Feierlichkeiten mussten im Speisesaal der Degussa-Hauptverwaltung abgehalten werden, da man keinen entsprechend großen Saal im zerstörten Frankfurt hatte finden können. Grundsätzlich ließen sich im Rahmen des Degussa-Jubiläums jene Selbstbehauptungstopoi wiederfinden, wie sie im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne zu jener Zeit charakteristisch waren. Den roten Faden der Degussa-Erzählung bildete das Rollenmuster vom unpolitischen Kaufmann und Erfinder: »Technischer Erfindungsgeist und kaufmännischer Wagemut, begünstigt durch den allgemeinen Aufschwung, haben von der kleinen Scheideanstalt der Brüder Roessler zu der großen Degussa geführt.«[351] Mit dem für die unmittelbare Nachkriegszeit typischen Nebel der Abstraktion, der über vielen Sätzen lag, wurde dabei die Degussa subtil vom Nationalsozialismus abgegrenzt:

> »Die Degussa hat sich in diesen 75 Jahren allen Fährnissen, allen Wechselfällen, allen Zwangsmaßnahmen zum Trotz den gesunden Geist des Unternehmers erhalten. Sie ist eine Persönlichkeit geblieben. […] dass sie sich diesen Geist des guten Unternehmertums, den guten Ruf des ehrbaren Kaufmanns […] bis heute erhalten hat.«[352]

Direkte Aussagen zur Stellung der Degussa in der NS-Wirtschaft wurden in der Festschrift nur in Ansätzen getroffen, jedoch vermittelten beispielsweise die regelmäßig gebrauchten unpersönlichen Passivkonstruktionen den Eindruck, dass die Degussa im Grunde nur auf staatliche Vorgaben und Gesetze reagiert habe. Die Tatsache, dass eine Vielzahl der Degussa-Erzeugnisse wichtige chemische Vorprodukte für die Aufrüstung der dreißiger Jahre und spätere Kriegswirtschaft gewesen waren, versuchte die Festschrift mit einer sehr schematischen Auslegung von Kriegs- und Friedensproduktion zu verschleiern:

zeitlichen Kontext verortet werden kann. So stellte der hessische Wirtschaftsminister Harald Koch (SPD) auf der Degussa-Jubiläumsfeier die rhetorisch gemeinte Frage: »Zeugt es nicht für das Verantwortungsbewusstsein dieser Geschäftsleitung, wenn sie einem namhaften Historiker, wie Herrn Dr. Pinnow, das Wort gegeben hat, obwohl sie wusste, dass er mit historischer Schärfe ein wirklichkeitsgetreues Bild der Degussa zeichnen würde?«, vgl. Degussa, Reden, S. 64.

351 So Hermann Pinnow, der Verfasser der Jubiläumsfestschrift, in: Degussa, Reden, S. 36.

352 So Alfred Petersen, Präsident der IHK Frankfurt am Main, in: Degussa, Reden, S. 76.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

> »[1940] stand Deutschland bereits seit über einem Jahr in dem furchtbaren Kriege, den der verbrecherische Wahn seiner Machthaber über die Welt gebracht hatte. Da die Betriebe [der Degussa] schon immer nur für den Friedensbedarf arbeiteten – so weit sich auch die Produktion der Degussa verzweigt hatte, mit der Herstellung von Waffen und Kriegsgerät irgendwelcher Art befaßte sie sich in keiner Weise – bedeutete der Ausbruch des Krieges für eine ganze Reihe von ihnen die Stilllegung oder eine wesentliche Einschränkung ihrer Produktion.«[353]

Besonders heikle Untiefen der NS-Zeit wurden hingegen gleich vollständig umschifft. Während das spektakuläre Wachstum der Degussa auch zu Kriegszeiten und die damit einhergehende wachsende Belegschaft an mehreren Stellen des Textes wortreich dargelegt wurde, fand die Tatsache, dass darunter auch eine hohe Zahl von Zwangsarbeitern gewesen war, keine Erwähnung. So klingen manche Sätze aus heutiger Sicht schon ungewollt zynisch: »Im Unterschied zu anderen chemischen Großbetrieben hatte die Degussa zeit ihres Bestehens niemals Mühe, die Reihen ihrer Mitarbeiter zu ergänzen.« Ebenfalls von der Beteiligung an »Arisierungen« war keine Rede. Die Übernahme von Betrieben aus der Hand jüdischer Eigentümer wurde vielmehr verbrämt als ein natürlicher Prozess des Unternehmenswachstums: »So blieb die alte Firma, immer neue Arbeitsgebiete den gewohnten angliedernd, eine organische Ganzheit, im Fortschreiten sich ständig verjüngend.« Unfreiwillig zynisch liest sich auch jene Passage, die auf die Geschäftstätigkeiten der Degesch einging. Während drei Vorstandsmitglieder der Degussa im selben Jahr in Untersuchungshaft mussten und der Prozess gegen die Degesch vorbereitet wurde, hielt die Jubiläumsschrift für die Kriegsjahre nüchtern fest: »Für die Degesch ergab sich […] ein großes Arbeitsfeld.« Der Fluchtpunkt dieser großen Erzählung der Degussa war schließlich die eigene Leidensgeschichte, die das Unternehmen als Opfer eines autoritären Regimes und eines zerstörerischen Krieges darstellte. Mit »tiefem Dank« wurde den Arbeitern und Angestellten gedacht, die »zu den Waffen gerufen« worden waren und nun in Toten- und Vermisstenlisten aufgeführt wurden.[354] Den selben Tenor schlug auch Vorstandsmitglied Ernst Bernau bei der Jubiläumsfeier an, um sich mit mehreren Superlativen so weit wie möglich von der NS-Herrschaft zu distanzieren: »Die großen Zerstörungen, die der unsinnigste aller Kriege auch bei uns verursacht hat […]. Auch unsere Mitarbeiter sind unvergessen, die ihr Leben in dem verwerflichsten aller Kriege opfern mussten.«[355] Nicht zuletzt wurden in der Festschrift die alliierten Luftangriffe (»In wenigen Stunden war vernichtet, was Fleiß und Erfindungskraft in drei Generationen aufgebaut hatten«) und die nach Kriegsende

353 Degussa, Werden und Wesen, S. 92.
354 Alle Zitate ebd., S. 88 bzw. 93.
355 Zitat Ernst Bernau, in: Degussa, Reden, S. 45.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
erfolgten Enteignungs- und Demontagemaßnahmen beklagt.[356] Vor diesem semantischen Spannungsfeld zwischen »Katastrophe« und »Zusammenbruch« konnte umso eindringlicher der »unbeirrbare Wiederaufbauwille« beschworen werden – »zum Besten unseres Vaterlandes und der Menschheit!«[357]

Auch wenn die Festschrift in der Mangelwirtschaft der Nachkriegszeit noch keine hohe Auflage hatte – wegen der herrschenden Papierknappheit wurden für die knapp 6000 Degussa-Mitarbeiter bloß einzelne Exemplare in den Werksbüchereien ausgelegt –, so zeugte der Text doch von dem verbindlichen Versuch, sich mittels der eigenen Unternehmensgeschichte in einer als unsicher wahrgenommenen Zeit zu behaupten. Adressat des Textes war dabei sowohl die Belegschaft der Degussa, in deren Reihen es galt, ein selbstversicherndes Image wiederherzustellen, als auch die deutsche Öffentlichkeit sowie die deutsche und alliierte Politik, wo Vertrauen und Prestige zurückgewonnen werden sollten. Die Umgangsmuster mit der NS-Zeit der Degussa – das Entkonkretisieren, das Auslassen, das Umdeuten – waren dabei exemplarisch: Deutsche Industrielle mussten sich nicht nur vor Gericht verantworten, die Unternehmen selbst mussten sich in der deutschen Öffentlichkeit erst wieder neu erfinden – und Firmengeschichten waren ein probates Mittel dieser Selbstbehauptung.

Die Festschriften und Unternehmerbiographien, die in den fünfziger Jahren entstanden, zeugten davon, dass sich dieser Trend noch einmal verstärkte, was ihren Ruf als unkritische Jubelschriften mit hagiografischem Charakter über Jahrzehnte prägen sollte.[358] In Zeiten der erfolgreich etablierten Marktwirtschaft, der spektakulären Wachstumszahlen und dem nachlassenden Konflikt zwischen Kapital und Arbeit ließ der Rechtfertigungsdruck in den Unternehmenspublikationen bald spürbar nach.[359] Die NS-Zeit wurde immer weniger thematisiert, bisweilen wurde sie nur noch mit ein paar allgemeinen Sätzen gestreift. Ob bei der Deutschen Bank, bei Daimler-Benz oder bei Bayer – die Jubiläumsbände wurden wieder prachtvoller in ihrer Ausgestaltung, die NS-Zeit trat in den Hintergrund, der Fokus lag auf Technik und Forschung oder es wurden einfach ältere Unternehmenspublikationen aus der Zeit vor dem Krieg um ein paar einschlägige Zeilen ergänzt und neu herausgegeben.[360] Nun wurde die Wiedererstarkung der Unternehmen in der Bundesrepublik zum

356 Degussa, Werden und Wesen, S. 94. Ähnlich auch Ernst Bernau in: Degussa, Reden, S. 22.

357 Degussa, Werden und Wesen, S. 94 f. Ebenso Ernst Bernau in: Degussa, Reden, S. 45.

358 Vgl. Pierenkemper, Unternehmensgeschichte, S. 29 f.; Rasch, Festschrift, S. 15-48.

359 Zur sich abschwächenden Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaften und Unternehmensleitungen unter anderem im Rahmen des Mitbestimmungsgesetzes (1951) bzw. des Betriebsverfassungsgesetz (1952) vgl. Wiesen, West German Industry, S. 179-200.

360 Bayer, Uerdingen; Daimler-Benz, Fahrzeuge und Motoren; Deutsche Bank, Urbig; Deutsche Bank, Männer; vgl. ebenso Siemens, 50 Jahre Schuckert; Dykerhoff, Bogen.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
letzten Markierungsstein eines triumphalen Unternehmensweges, der in den Chroniken mit Genugtuung nachvollzogen wurde. Die NS-Zeit war in diesem Unternehmensbild nur noch ein diffuser dunkler Hintergrund, vor dem die hellen Farben der Gegenwart umso stärker wirken konnten.

Nicht nur Unternehmen arbeiteten in den fünfziger Jahren an ihrer Selbsthistorisierung, auch Branchenverbände beteiligten sich an der Beeinflussung ihres Bildes in der Öffentlichkeit. Der Verband der Chemischen Industrie zum Beispiel gab in Erinnerung an den 75. Jahrestag der Gründung seiner Vorgängerorganisation ein umfangreiches Buch heraus, das unter anderem darlegte, wie die Branche ab 1933 als Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie gleichgeschaltet und zunehmend in die »Fesseln der Befehlswirtschaft« gelegt worden sei. In Bezug auf Hermann Schlosser, den Vorstandsvorsitzenden der Degussa, der im Rahmen der Speer'schen Reformen 1943 die Leitung der Wirtschaftsgruppe übernommen hatte, wusste die Verbandschronik festzuhalten, dass Schlosser dies nur auf Bitten seiner Kollegen getan habe, um »den Rest eines freizügigen Denkens und Wirtschaftens in eine spätere Zeit hinüberzuretten«.[361]

Für die Firmen- und Branchengeschichtsschreibung der fünfziger Jahre lässt sich festhalten, dass sie zuallererst firmenfinanzierte Auftragshistoriographie war. Wenn die Unternehmensgeschichten nicht direkt von Mitarbeitern der Unternehmen wie etwa Archivaren erstellt wurden, dann gingen die Aufträge primär an Journalisten und Publizisten, in manchen Fällen auch an Historiker.[362] Es gab Verlage wie den Rainer Wunderlich Verlag (Tübingen) oder den Verlag Hoppenstedts Wirtschaftsarchiv (Darmstadt), die sich auf die lukrative Nische der Firmenfestschriften und Unternehmerbiographien spezialisierten. Einer der prominentesten Protagonisten dieses Genres war Gert von Klass, der vor allem in den fünfziger Jahren eine Vielzahl an Unternehmens- und Werksgeschichten verfasste.[363] Klass hatte sich in den dreißiger Jahren als Journalist und Autor von Romanen und Bühnenstücken einen Namen zu machen versucht, bevor er sich in der Nachkriegszeit der Firmengeschichtsschreibung zuzuwenden begann. Kim Priemel hat am Beispiel der Schriften von Klass aufgezeigt, in welchem hohen Maße Firmengeschichten und Unternehmerbiographien von den Unternehmen genutzt und mitgestaltet wurden, um ein »alternatives Interpretationsangebot« zu entwickeln, »das den führenden Industriellen für die unmittelbare Vergangenheit politisch unbelastete und ökonomisch produktive Rollen zuwies und gleichzeitig für die Gegenwart der Nachkriegsgesellschaft den Führungsanspruch der Wirtschaftselite erneuerte.«[364]

361 Verband der Chemischen Industrie, 75 Jahre Chemieverband, S. 57 bzw. 72.

362 Für eine Übersicht der bedeutsamsten Unternehmenschronisten dieser Zeit vgl. Rasch, Festschrift.

363 Zu Klass' Biographie und einer Auswahlbibliographie vgl. Rasch, Festschrift, S. 32. Mitte der dreißiger Jahre war er Hauptschriftleiter des *Neuen Theater-Tageblattes*.

364 Hierzu und im Folgenden vgl. Priemel, Gekaufte Geschichte (Zitat S. 198).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Das bekannteste Werk von Klass war die Unternehmenschronik *Die drei Ringe* (1953) über den Krupp-Konzern, das gezielt in Auftrag gegeben worden war, um dem negativen Firmenimage in der eigenen Belegschaft und in der Öffentlichkeit entgegenzuwirken. Der Text schilderte in leuchtenden Farben die Tradition eines Familienunternehmens von Weltrang, das in die »Wandlungen und Wirrungen« seiner Zeit unlöslich verflochten gewesen sei, »obwohl seine Besitzer von Politik nichts wissen wollten«. Krieg und Rüstungsproduktion erschienen hier im Verlauf der Jahrzehnte als ein notwendiges Übel. Dabei wurde die NS-Vergangenheit des Unternehmens alles andere als ausgespart. Wortreich wurde dargelegt, wie Gustav Krupp von Bohlen und Halbach als patriotischer Unternehmer tragischerweise dem »falschen Propheten« gefolgt sei, um schließlich mit seinem Unternehmen einem »Zwangssystem« unterworfen zu sein und seine Pflicht für Deutschland zu erfüllen.[365]

Ebenfalls aus den Reihen der Montanindustrie kam der Anstoß, eine Biographie über Albert Vögler, den ehemaligen Vorstands- bzw. Aufsichtsratsvorsitzenden der Vereinigten Stahlwerke, zu verfassen. Die 35 Mitglieder des illustren »Freundeskreis Albert Vögler«, zu dem unter anderem auch Friedrich Flick und ehemalige VSt-Kollegen wie Walter Rohland gehörten, nahmen dabei dermaßen auf den Text von Klass Einfluss und versuchten ihre apologetischen und zum Teil widersprüchlichen Interpretationen durchzusetzen, dass die Zusammenarbeit mit Klass eher einem »Autorenkollektiv als einem Auftragsverhältnis«[366] glich. Dabei ging es den Beteiligten nicht nur um die Reputation ihresgleichen. Die Finanzierung öffentlichkeitswirksamer Geschichtsdarstellungen stellte für die entflochtenen Bergbau-, Eisen- und Stahlunternehmen auch eine Investition in die Zukunft dar, setzten sie doch alles daran, die alliierten Dekonzentrationsmaßnahmen rückgängig zu machen und einem Wiederzusammenschluss den öffentlichen und politischen Schrecken zu nehmen. Nach längeren redaktionellen Auseinandersetzungen um Deutungen und Argumente erschien *Albert Vögler. Einer der Großen des Ruhrreviers* schließlich 1957 und die beteiligten Montanindustriellen ließen sich wie selbstverständlich als Opfer nationalsozialistischer »Akte der Willkür, der Rechtsbeugung und der Missachtung des organischen wirtschaftlichen Wachsums« präsentieren.[367] Klass knüpfte durch seine Bücher gute Kontakte in den Reihen der westdeutschen Industrie und konnte sich diverse Folgeaufträge sichern – darunter eine Biographie über Hugo Stinnes (1958) und die Festschrift zum 150jährigen Krupp-Jubiläum (1961).

Auch bei Bayer nahm man Klass in Vorbereitung auf das 1963 anstehende 100jährige Firmenjubiläum schon früh in seine Dienste. Das Krupp-Buch von 1953 hatte auch die Mitarbeiter des Bayer-Archivs von Klass' schriftstellerischer Qualität überzeugt (»eine der besten Firmengeschichten überhaupt«), so dass

365 Klass, Die drei Ringe, S. 21, 400, 435.
366 Priemel, Gekaufte Geschichte, S. 200.
367 Vgl. Klass, Vögler. Zur Opferrolle Priemel, Gekaufte Geschichte, S. 197.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
man anstelle einer üblichen, kaum gelesenen Konzernmonographie ein Buch bei Klass in Auftrag zu geben plante, das auch in den Buchhandel gegeben und nicht unter dem offensichtlichen Konzernnamen verkauft werden konnte.[368] In seinen Exposés stellte Klass in Aussicht, die Bayer-Geschichte »in einer auch für den Laien verständlichen und packenden Weise darzustellen«, denn grundsätzlich seien Unternehmer in der »Vorstellungswelt des Kleinbürgers […] machthungrig, geldgierig, asozial, skrupel- und seelenlos« – dieses »Verständnis der breiten Masse« könne durch »Einwirkung auf die Presse«, durch Filme und nicht zuletzt sein Buch wirkungsvoll angepackt werden.[369] Klass wurde von Bayer über mehrere Jahre mit entsprechendem Honorar unter Vertrag genommen und wohnte zeitweise auf Kosten des Unternehmens nahe des Werksgeländes in Leverkusen.[370]

Klass' Werke blieben nicht ohne Widerspruch. Das Genre wurde schon seinerzeit als »Hofbiographie« und Klass selbst als »Hersteller schönfärbender Industriellenbiographien« kritisiert.[371] Seine Bücher gehörten dennoch zum Kern einer zeitgenössischen Firmengeschichtsschreibung, die breit rezipiert wurde. Unternehmensgeschichten wie die von Klass setzten ihre Auftraggeber affirmativ in Szene und zeichneten ein Bild hinsichtlich ihrer NS-Zeit als Opfer, als Widerstandskämpfer und als moralisches Gewissen eines neuen Deutschlands.[372] Damit waren sie prägend für den Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne in den fünfziger Jahren.

Die Anfänge der wissenschaftlichen Unternehmensgeschichte

Die akademische Unternehmensgeschichtsschreibung fristete in Deutschland lange Zeit ein Nischendasein.[373] Während sich in anderen Ländern aus den Bereichen der Geschichtswissenschaften und der Wirtschaftswissenschaften eine akademische Beschäftigung mit Unternehmen entwickelte, waren in Deutschland aus dem potentiellen Zweig der Historischen Schule der Nationalökonomie des 19. Jahrhunderts nur wenige Anstöße für eine Unternehmensgeschichtsschreibung erfolgt. Wirtschaftsgeschichtsschreibung in Deutschland war und blieb auch nach 1945 in ihrer Perspektive vorerst makroökonomisch orientiert. Ganz anders lagen die Dinge in den USA, wo bereits in den zwan-

368 BAL 563/563.1, Curt Duisberg an Ulrich Haberland 2.12.1954; Walter Bachem an Ulrich Haberland, 26.6.1954 (Zitat).

369 BAL 1/7.27, Gert von Klass, Großkonzerne in falscher Perspektive, o. D.; Gert von Klass, Das Jahrhundertbuch der Farbenfabrik Bayer, April 1955.

370 Zu den Vertragsmodalitäten vgl. die diesbezüglichen Schriftwechsel in BAL 302/381.

371 Bücher-Kommentare. Vierteljahreshefte für Buchkritik, 15.11.1958; Der Spiegel, 18.2.1959.

372 Vgl. als weiteres prominentes Beispiel das von Wilmowsky initiierte Buch von Louis Lochner *Die Mächtigen und der Tyrann* (1955). Dazu ausführlich Wiesen, West German Industry, S. 215-235.

373 Vgl. Schröter, Institutionalisierung; Pierenkemper, Unternehmensgeschichte, S. 28 ff.; Berghoff, Unternehmensgeschichte, S. 359 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ziger Jahren eine akademische Etablierung des Fachs begonnen hatte.[374] Unternehmensgeschichte wurde ein zentraler Bestandteil des betriebswirtschaftlichen Studiums, und ein erster Lehrstuhl für Business History an der Harvard University sowie eigene Publikationsorgane zeugten von dem eigenständigen Prozess der Institutionalisierung, der 1947 in der Gründung der Business History Foundation mündete.

In Westdeutschland waren es hingegen lange Zeit akademische Einzelgänger, die das Feld der Firmengeschichte abzustecken begannen. Den wichtigsten Impuls zur Institutionalisierung der Unternehmensgeschichtsschreibung setzte 1956 der Göttinger Historiker Wilhelm Treue mit der Gründung der *Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie*. Unterstützung erfuhr er dabei insbesondere von Fritz Redlich, der in der NS-Zeit in die USA emigriert war und inzwischen in Harvard die Entwicklung der Business History mitprägte. Redlich verhalf der deutschen Unternehmensgeschichtsschreibung zu etwas internationaler Aufmerksamkeit, und seine Arbeiten erschienen auch in der *Tradition*.[375] Treue verstand seine Zeitschrift als Versuch, die institutionelle Leerstelle in der deutschen Unternehmensgeschichtsschreibung zu füllen, und brach zudem eine Lanze für die »wissenschaftliche Firmengeschichte«, die im Vergleich zur »populären Firmengeschichte« die wirkungsvollere, weil nachhaltigere Darstellung eines Unternehmens sei.[376] Ausdrücklich beklagte er, dass viel Geld für Firmengeschichten zu Reklamezwecken aufgewendet werde, die zumeist von pensionierten Unternehmensangehörigen, Journalisten oder anderen Laien geschrieben würden und kaum Nutzen für eine differenzierte Erforschung von Unternehmen hätten. Auch wenn die *Tradition* sich in den folgenden Jahren bemühte, ein gewisses Niveau an wissenschaftlicher Selbstreflexion zu erreichen, so zeichnete sich doch das Gros der Beiträge durch eine thematische und methodische Beliebigkeit ohne nennenswerten Theoriebezug aus. Der Titel und die kostenintensive Aufmachung der Zeitschrift mit ihren aufwendigen Kunstdrucktafeln waren symptomatisch für das unkritische Verhältnis der meisten Autoren zu ihrem Gegenstand. Während Treue später als »Nestor« der deutschen Unternehmensgeschichtsschreibung verehrt wurde, an dessen Stellung in der Zunft lange Zeit nicht gerüttelt werden durfte,[377] so waren er und die *Tradition* in den fünfziger und sechziger Jahren tatsächlich gewichtige Faktoren im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne. Zum einen pflegte Treue gute Kontakte zu den großen Namen der deutschen Industrie und verfasste selbst eine Vielzahl an Unternehmensfestschriften, die durch seine Stellung als Universitätsprofessor das Signum einer objektiven und unabhängigen Wissenschaftlichkeit trugen.[378] Zum anderen

374 Zur Etablierung der Business History in den USA vgl. Hausman, Business History.
375 Vgl. Redlich, Beginnings; Redlich, Anfänge.
376 Treue, Zeitschrift, S. 10.
377 Vgl. Teuteberg, Nestor. Für Aufregung hatte ein kurzer Beitrag zum 25. Jubiläum der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte gesorgt: Hartig, Gründung.
378 Vgl. etwa Ilseder Hütte, Geschichte; Treue/Uebbing, Feuer.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wurden in seinen Schriften und in der *Tradition* bisweilen dieselben Rollenmuster und Geschichtsbilder tradiert, auf die sich Industrielle und Unternehmen in der unmittelbaren Nachkriegszeit berufen und anhand derer sie ihre NS-Vergangenheit umgedeutet hatten.[379] Als beispielsweise 1958 der 20. Jahrestag der »Reichskristallnacht« anstand, beschäftigte sich eine ganze Ausgabe der *Tradition* mit dem Thema »Die Juden in der deutschen Wirtschaft«. Anstelle eines systematischen Überblicks kamen hier nun aber zwei jüdische Unternehmer ausführlich zu Wort, die im Rückblick ihre »Versuche, sich zu behaupten« schilderten und dabei en passant die gängigen Topoi des bewährten Entlastungsnarrativs wiederholten. Man habe 1933 darauf vertraut, dass die »Hitler-Regierung« alsbald abgewirtschaftet haben werde; bis 1938 habe man selbst als jüdischer Unternehmer noch einen »gewissen Widerstand zu leisten« vermocht, bis der staatliche Druck und die drohende Gewalt zu groß geworden seien; die »Arisierungen« seien von staatlichen Stellen organisiert gewesen und deutsche Geschäftspartner hätten schließlich bei der Flucht ins Ausland geholfen.[380] Diese Erfahrungen mochten in den Zeitschriftenbeiträgen subjektiv richtig dargestellt sein, in ihrer exklusiven Präsentation mussten sie jedoch den trügerischen Eindruck vermitteln, dass sie repräsentativ für die Schicksale aller jüdischen Geschäftsleute gewesen wären. Von all den anderen Aspekten der Verfolgung – von der bewussten Ausnutzung der jüdischen Not durch deutsche Konkurrenten über die Deportation und Ermordung breiter Familienteile bis hin zur schleppenden Restitution der jüdischen Eigentümer nach 1945 – war hier keine Rede.

Dieser perspektivisch verengte Blick auf den Nationalsozialismus war jedoch keineswegs nur für die Anfänge der akademischen Unternehmensgeschichtsschreibung charakteristisch. Auch für die Geschichtswissenschaft nach 1945 und die sich neu formierende Zeitgeschichtsschreibung lassen sich dominierende Erkenntnisinteressen feststellen. 1950 war das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München gegründet worden ab 1953 erschienen die von Hans Rothfels herausgegebenen *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (VfZ). Die unmittelbare Vergangenheit des Nationalsozialismus war das zentrale Forschungsfeld der jungen Disziplin. Die ersten Forschungsschwerpunkte lagen jedoch eher in der Genese des Nationalsozialismus und der Frage, ob das »Dritte Reich« als fatales Ergebnis der deutschen Geschichte einzuschätzen oder als Bruch mit den preußisch-deutschen Traditionen anzusehen sei.[381] Andere Fragestellungen sollten erst später wichtige Bedeutung erlangen. Die Opfer des Nationalsozialmus und insbesondere die Vernichtung der europäischen Juden waren für die

379 Zum Rollenmuster des unpolitischen Kaufmanns bzw. Technikers vgl. bspw. Treue, Verhältnis; Treue, Erfinder (darin explizit zur Rolle von Ferdinand Porsche als »unpolitischer Mitläufer« S. 268 f.).

380 Vgl. Treue, Juden; Robinson, Versuch; Bernsheimer, Hitlerregierung.

381 Vgl. Hildebrandt, Das Dritte Reich, S. 309. Zu den ersten nationalgeschichtlichen Deutungs- bzw. Rettungsversuchen von Friedrich Meinecke, Gerhard Ritter und Hans Rothfels vgl. Berg, Holocaust, S. 47-92.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
westdeutsche Geschichtswissenschaft bis Ende der fünfziger Jahre kaum ein Thema.[382]

Auch Fragen nach der Wirtschaft im Nationalsozialismus spielten anfangs nur eine untergeordnete Rolle. Am deutlichsten traten sie noch hervor in der Debatte zwischen totalitarismus- und faschismustheoretischen Interpretationsansätzen, die bereits seit den dreißiger Jahren den Nationalsozialismus als ein aus der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung resultierendes Phänomen bzw. als einen antiliberalen, antiparlamentarischen (und damit dem Marxismus vergleichbaren) Gegenentwurf zu erklären versucht hatten. In der Bundesrepublik der fünfziger Jahre erlebten nicht zuletzt vor dem Hintergrund der sich erhärtenden Blockkonfrontation Totalitarismustheorien ihre Blütezeit.[383] 1957 erschien das einflussreiche Buch von Carl Friedrich, das anhand von sechs Kriterien die Wesenszüge nationalsozialistischer und kommunistischer Diktatur zusammenfasste: »eine Ideologie, eine Partei, eine terroristische Geheimpolizei, ein Nachrichtenmonopol, ein Waffenmonopol und eine zentral gelenkte Wirtschaft.«[384] Der Totalitarismusbegriff wurde in den fünfziger Jahren zu einem grundlegenden Bestandteil der westdeutschen Geschichtswissenschaft und zentral in ihren ersten Interpretationsansätzen des Nationalsozialismus beispielsweise in der Pionierarbeiten von Karl Dietrich Bracher.[385]

Die breite Rezeption der Totalitarismustheorie in den fünfziger Jahren war nicht nur durch den politischen Kontext des »Kalten Kriegs« bedingt. Totalitarismustheoretische Aspekte waren für weite Teile der deutschen Bevölkerung anschlussfähig, sowohl an die eigenen subjektiven Erfahrungen im »Dritten Reich« als auch an die rückwirkend entlastenden Deutungsmuster dieser Zeit. Die meisten Deutschen standen unter dem Eindruck, »dass das ›Dritte Reich‹ ein rational durchorganisiertes, perfektes System terroristischer Herrschaft dargestellt habe«[386]. Auch die Spitzen der deutschen Wirtschaft, die in Nürnberg auf der Anklagebank saßen, rekurrierten wie oben dargestellt dankbar auf totalitarismustheoretische Ansätze, die ihre entlastenden Argumentationslinien untermauerten. Nicht zuletzt schloss in den fünfziger Jahren die Unternehmensgeschichtsschreibung durch Firmenangehörige, Journalisten oder Historiker mittelbar an den Totalitarismus-Diskurs in der Bundesrepublik an. Ob das Rollenmuster des unpolitischen Kaufmanns oder die Topoi »Zwangswirtschaft« und »Notstand« – sie alle standen im Zusammenhang einer wissenschaftlich legitimierten großen Erzählung, mittels derer sich die Akteure der deutschen Wirtschaft als unpolitische Opfer eines allmächtigen Regimes stilisieren konnten.[387]

382 Vgl. Herbert, Geschichtsschreibung.
383 Zur Darstellung totalitarismustheoretischer Ansätze vgl. Kershaw, NS-Staat, S. 39-49; Hildebrandt, Das Dritte Reich, S. 158-163.
384 Friedrich, Diktatur, S. 80. Erstmals angedacht in Friedrich, Character.
385 Vgl. Kershaw, NS-Staat, S. 47 f.
386 Hans Mommsen zitiert nach Hildebrandt, Das Dritte Reich, S. 221.
387 So auch Wiesen, Verteidigung, S. 647.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

2.5 Zwischenbilanz

Die IG Farben und ihre Direktoren stehen paradigmatisch für den unternehmerischen Umgang mit der NS-Vergangenheit in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Das Kriegsende bedeutete für sie, wie für die meisten Deutschen, eine tiefe Zäsur der Verunsicherung. In kürzester Zeit galt es, die Transformation von der NS-Diktatur zur demokratischen Nachkriegsgesellschaft zu durchlaufen. Mit einem Bein noch in der NS-Zeit, mit dem anderen schon im Wiederaufbau, musste der physische, materielle und mentale Zusammenbruch von 1945 in die eigene Lebensgeschichte eingebettet werden. Die von den Alliierten initiierte Vergangenheitsbearbeitung bedeutete zudem für die deutsche Wirtschaftselite wie für die großen Konzerne eine Bedrohung ihrer ökonomischen Existenz, wurden die Maßnahmen der Demontage, Entflechtung und Entnazifizierung nicht zuletzt mit der unmittelbaren NS-Vergangenheit, dem Krieg und den Verbrechen begründet.

Jonathan Wiesen hat für die westdeutsche Industrie nachgezeichnet, wie zutiefst verunsichert deutsche Industrielle nach Kriegsende in ihrer Selbstwahrnehmung und ihrem sozialen Status waren und inwiefern die Nürnberger Industriellen-Prozesse für sie den »Höhepunkt dieser Demütigung« darstellten.[388] In diesem Kapitel konnte nun detailliert aufgezeigt werden, wie der Nürnberger Gerichtssaal zugleich konstitutiver Ort und zentraler Resonanzraum für die Ausgestaltung entlastender Gegennarrative für die deutsche Wirtschaftselite war, um die Deutungshoheit über die NS-Vergangenheit ihrer Biographie und die »ihrer« Unternehmen zu verteidigen. Die Nürnberger Angeklagten waren somit die wichtigsten Protagonisten eines frühen Selbstvergewisserungsdiskurses der deutschen Industrie, die die von ihnen behauptete Stringenz ihrer eigenen Biographie erfolgreich verfochten und daran mitwirkten, das öffentliche Bild des Industriellen zu rekultivieren. Hat die bisherige Forschung sich bislang auf den Flick- bzw. Krupp-Prozess konzentriert, so konnte hier gezeigt werden, dass die Verteidigung der IG Farben Teil eines Prozesses war, der ein Selbstbehauptungsnarrativ hervorbrachte, das bis in die fünfziger Jahre immer ausgefeilter und belastbarer wurde. Mit dem Opfer-Narrativ vom patriotischen Kaufmann bzw. Forscher, dessen friedensliebende Kräfte nolens volens in eine Kriegswirtschaft gezwungen worden seien, hatten die in Nürnberg angeklagten Industriellen eine Perspektive geschaffen, die durch die beginnende Blockkonfrontation des Kalten Krieges begünstigt und qua Gerichtsurteil legitimiert worden war und die auch anderen Unternehmen und Unternehmern die Vorlage lieferte, um ihrer NS-Zeit eine Form zu geben.

Dieses Selbstbehauptungsnarrativ war prägend für den Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne in der jungen Bundesrepublik, der damit anschlussfähig wurde an den gesamtgesellschaftlichen Opferdiskurs der fünfziger Jahre. In diesem geschichtskulturellen Umfeld der Selbstviktimisie-

388 Wiesen, West German Industry, S. 68.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
rung konnten sich die Industriellen einreihen in jene Masse an Deutschen, die in der NS-Zeit nur ihre Pflicht getan haben wollten und sich damit in ihrem sozialen Status und ihren Positionen erfolgreich rehabilitieren. Die personelle und institutionelle Kontinuität bedeutete aber auch, wie das Beispiel Bayer zeigt, eine Kontinuität der Selbstbilder und Mentalitäten. Ein Umdenken, wie es in der Forschungsliteratur nahegelegt wird,[389] oder gar ein Schuldeingeständnis war nicht die Regel. So wie der Opportunismus im »Dritten Reich« weitverbreitet gewesen war, so passten sich auch nach 1945 Unternehmer an die neuen politisch-juristischen Rahmenbedingungen an. Die eigenen Geschichtsdeutungen waren dabei ein Mittel zum Zweck, um sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren und am Wiederaufbau beteiligen zu können. Nachdem die alliierten Maßnahmen der Entnazifizierung und Dekartellisierung erfolgreich abgemildert bzw. überstanden worden waren, wussten Industrielle wie Fritz ter Meer erfolgreich eine Unternehmensgeschichtspolitik zu betreiben, die ihre in Nürnberg erprobten Geschichtsdarstellungen in der deutschen Öffentlichkeit weiter tradierte und sie zugleich zu tragenden Stützen des demokratisch-kapitalistischen Wirtschaftswunder-Deutschlands stilisierte. Selbst die langen Schatten der NS-Vergangenheit wie Restitutionsverfahren und Prozesse um Zwangsarbeiterentschädigung konnten diesem positiven Image keinen Schaden mehr zufügen. Die nunmehr PR-sensibilisierten Abteilungen der Konzerne vergaben Aufträge an Journalisten und Wissenschaftler, auf dass ihr Geschichtsbild auch in entsprechenden Festschriften und Unternehmenschroniken festgehalten wurde. Auch wenn die erste Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit primär in Gerichtssälen stattgefunden hatte, so deutete sich doch bereits an, dass es für die Konzerne ebenso wichtig werden würde, neben den juristischen Prozessen auch die deutsche Öffentlichkeit für sich zu gewinnen.

Kurzum: Umgangsweisen und Narrative der Konzerne wie der IG Farben-Nachfolger können sowohl als Indikatoren als auch als Faktoren für die Geschichtskultur nach Kriegsende bis in die fünfziger Jahre gedeutet werden. Industrielle wie Fritz ter Meer verstärkten mit ihrem Opfernarrativ den Vergangenheitsdiskurs der Nachkriegszeit in seiner doppelten Selbstviktimisierung der Deutschen und beeinflussten darüber hinaus den frühen zeit- und unternehmensgeschichtlichen Diskurs in seiner Semantik der »Zwangswirtschaft« auf Jahrzehnte. Die erste Phase des Umgangs deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit war daher auch weniger durch einen »Konsens des Vergessens und Beschweigens«,[390] sondern vielmehr durch einen Konsens der offensiven Selbstdeutung und narrativen Konsolidierung geprägt.

389 Z. B. Plato, Wirtschaftskapitäne, S. 391; Henke, Besetzung, S. 571; Joly, Kontinuität, S. 72.

390 Schanetzky, Unternehmer, S. 79.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

3 Entlastung und erster Widerspruch im Systemwettstreit der langen sechziger Jahre

3.1 Das Jahr 1958 und seine Folgen

Im Zuge der Gründung der Bundesrepublik 1949 hatte die systematische »Vergangenheitspolitik« der Adenauer-Regierung dazu geführt, dass das Gros der traditionellen Eliten wieder in ihre einstigen Positionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zurückgekehrt war.[1] Die breite Integration von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern führte zu der – auf den ersten Blick – paradoxen Situation, dass sich in der jungen Bundesrepublik ein relativ stabiler »antinationalsozialistischer Gründungskonsens« etablierte.[2] Die ehemaligen Funktionseliten wurden – von einigen prominenten Ausnahmen abgesehen – innerhalb weniger Jahre amnestiert und re-integriert, wenn sie denn bereit waren, sich dem neuen Staat gegenüber loyal zu verhalten. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Täterinnen und -Tätern kam zu einem »fast vollständig[en] […] Stillstand«.[3] Zur »Vergangenheitspolitik« gehörten neben Amnestie und Integration auch Versuche der klaren Abgrenzung von den ideologischen Restgruppen des Nationalsozialismus.[4] Das Beispiel der neofaschistischen Sozialistischen Reichspartei Deutschlands mit ihren anfänglichen Wahlerfolgen zeigt, wie nationalsozialistisches Gedankengut in der westdeutschen Bevölkerung durchaus noch vorhanden war – ihr Parteiverbot 1952 und die weiteren spektakulären Einzelfälle der fünfziger Jahre geben jedoch darüber Aufschluss, wie politisch inopportun ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus bereits erschien.[5]

Das bedeutet allerdings nicht, dass es eine umfassende kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gegeben hätte. In der westdeutschen Öffentlichkeit dominierten die Opfer- und Entlastungsnarrative im Hinblick auf die NS-Zeit, und ansonsten herrschte eine »gewisse Zurückhaltung in der öffentlichen Thematisierung individueller und auch institutioneller Nazi-Vergangenheiten«, die für Herrmann Lübbe die »sozialpsychologisch und politisch nötige« Voraussetzung war für die »Verwandlung der Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik«.[6]

1 Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik.
2 Hardtwig, Geschichtskultur, S. 361.
3 Kielmansegg, Katastrophe, S. 638. Ähnlich Frei, Vergangenheitspolitik, S. 304. Vgl. dagegen Eichmüller, Generalamnestie.
4 Dazu Frei, Vergangenheitspolitik, S. 307 ff.
5 Vgl. Reichel, Vergangenheitsbewältigung, S. 139 ff.
6 Lübbe, Bewusstsein, S. 339 bzw. 341.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Aber die viel zitierte »gewisse Stille« der fünfziger Jahre war keine vollkommene Stille; der Konsens des diskreten Nicht-Thematisierens erwies sich immer wieder als brüchig. Ab Mitte der fünfziger Jahre mehrten sich die einzelnen Stimmen einer kritischen Öffentlichkeit, die für eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen eintraten. Gegen die programmatische Schlüsselvokabel der frühen fünfziger Jahre »Schlussstrich« begann sich das Schlagwort »unbewältigte Vergangenheit« bzw. »Bewältigung der Vergangenheit« zu etablieren. Obgleich der Ausdruck »Bewältigung« bereits früh aus den selben Gründen kritisiert wurde, mit denen etwas später auch Theodor W. Adorno den Begriff »Aufarbeitung« ablehnte, so zielten die Fürsprecher einer Vergangenheitsbewältigung doch ursprünglich auf das offene Thematisieren der NS-Zeit und gerade nicht auf einen abschließenden Akt des »aus der Erinnerung wegwischen«.[7] Spätestens Ende der fünfziger Jahre deutete sich ein langsamer Wandel im öffentlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit an, der sich insbesondere im politisch-rechtlichen Feld, aber auch in der Wissenschaft und ästhetischen Kultur vollzog – und der eine erste »geschichtskulturelle Achsenzeit« der Bundesrepublik markierte.[8] Anstöße für diesen Wandel kamen durch zeitgenössische Ereignisse wie die Häufung von antisemitischen Vorfällen – das prägendste Ereignis waren die Hakenkreuzschmierereien an der Kölner Synagoge Weihnachten 1959 –, die die Sensibilität für die braune Kontinuität erst im Ausland und dann auch im Inland erhöhte und auf die wiederum auch die Politik mit Gesetzen sowie Bildungsinitiativen zu reagieren versuchte. Wichtige Impulse für den geschichtskulturellen Wandel setzten zudem einzelne Personen, die sich gegen die dominanten geschichtskulturellen Beharrungskräfte durchzusetzen verstanden, und nicht zuletzt spielten bisweilen schlichte Zufälle eine große Rolle.

Dies trifft insbesondere für die Ende der fünfziger Jahre wiedereinsetzende Strafverfolgung von NS-Verbrechen zu. Ein Zusammenspiel von dreistem Unrechtsbewusstsein eines ehemaligen Einsatzkommando-Angehörigen, pflichtwidrigen Verschleppungsversuchen der zuständigen Ermittlungsbehörden und dem beherzten Eintreten eines Generalstaatsanwaltes führte 1958 zum Ulmer Einsatzgruppen-Prozess, der in mehrerer Hinsicht eine wichtige Übergangsphase markierte.[9] Auf der einen Seite führte der Prozess erstmals die Mordaktionen der Einsatzgruppen einer breiten Öffentlichkeit vor Augen und schärfte die öffentliche Wahrnehmung für die bis dato unsystematischen bzw. inzwischen zum Erliegen gekommenen Strafverfolgungsbemühungen von NS-Tätern. Dies erhöhte auch den politischen Druck und führte unmit-

7 Vgl. Thorsten/Stötzel, Wörterbuch, s. v. »Vergangenheitsbewältigung« (das Adorno-Zitat S. 605).

8 Für einen Überblick über den geschichtskulturellen Umbruch im Zuge des Jahres 1958 vgl. Herbert, Geschichte, S. 769-777; Reichel, Vergangenheitsbewältigung, S. 144-154; Schmid, »Vergangenheitsbewältigung« (Zitat S. 172).

9 Weinke, Verfolgung, S. 339 f.; Peter Steinbach spricht sogar von einer »schockartigen Zäsur«, Steinbach, Gewalttaten, S. 23.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
telbar zur Einrichtung der »Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen« in Ludwigsburg.[10] Erstmals lagen damit seit den Nürnberger Prozessen zumindest potentiell alle Ermittlungsinstrumente in den Händen einer zentralen Strafverfolgungsbehörde. Im Hinblick auf die Strafverfolgung von NS-Tätern stand die Zentrale Stelle nun für den Umschwung von der »verordneten« – also alliierten – zur »freiwilligen Vergangenheitsbewältigung«.[11] Auf der anderen Seite stand das Ulmer Gerichtsurteil, das die Angeklagten nicht als »Täter«, sondern nur als »Gehilfen« mit entsprechend niedrigeren Strafen verurteilte, für die sich durchsetzende milde Urteilspraxis in der Bundesrepublik. Trotz aller politischen Zusagen sollten die Ludwigsburger Ermittler nur sehr schleppend vorankommen. Dabei war Ulm nur der Beginn einer langen Kette von spektakulären Gerichtsverfahren, von denen der Eichmann-Prozess 1961 und die Auschwitz-Prozesse ab 1963 die Höhepunkte der öffentlichen Aufmerksamkeit darstellen sollten.[12]

Die Wiederaufnahme der juristischen Strafverfolgung von NS-Tätern fiel in eine Zeit, in der sich auch Schriftsteller und Filmemacher kritisch mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen begannen. 1959 kam Wolfgang Staudtes Film *Rosen für den Staatsanwalt* in die Kinos, der eben jene opportunistische Unbekümmertheit der ehemaligen NS-Juristen in der Bundesrepublik thematisierte. Zeitgleich veröffentlichten Günter Grass und Heinrich Böll ihre Romane *Die Blechtrommel* bzw. *Billard um halb zehn*. Darin wurde nicht nur aus alltagsgeschichtlicher Perspektive der Mikrokosmos der Bevölkerung im »Dritten Reich« beschrieben, sondern auch die Nachkriegsgesellschaft in ihrer Wirtschaftswunderanpassung und Vergangenheitsauseinandersetzung ironisiert. In den folgenden Jahren sollten weitere kulturellen Produkte davon zeugen, dass NS-Themen im Theater (wie etwa Max Frischs Parabelstück *Andorra*), im Fernsehen (wie die Dokumentationsreihe *Das Dritte Reich*) oder in Büchern (wie der Bildband *Der gelbe Stern*) ein kritisches Publikum fanden und sich eine erste gesellschaftliche Diskussion entwickelte.[13] Kam die erste künstlerische Kritik noch im Mantel der Ironie daher, verstanden sich bspw. spätere Theaterstücke (wie Rolf Hochhuths *Der Stellvertreter* oder Peter Weiss' *Die Ermittlung*) selbst als Tribunale mit nicht weniger Anspruch auf eine historische Wahrheit als die parallel laufenden juristischen Verfahren.[14]

Teil des geschichtskulturellen Wandels um die Jahrzehntewende war auch eine neue Rolle der Geschichtswissenschaft.[15] Das Institut für Zeitgeschichte hatte sich etabliert und sollte in den Auschwitz-Prozessen anhand von Gutachten seine Bedeutung unter Beweis stellen. Den kritischen Blick auf die NS-Vergangenheit unterstützte nicht zuletzt auch eine jüngere Riege an Politik-

10 Vgl. Weinke, Gesellschaft.
11 Wolffsohn, Vergangenheitsbewältigung.
12 Vgl. Werle/Wandres, Auschwitz; Greve, NS-Gewaltverbrechen.
13 Vgl. Reichel, Vergangenheitsbewältigung, S. 149 f.; Schilling, Gegenwart, S. 25 ff.
14 Reichel, Erfundene Erinnerung, S. 215 ff.; Schilling, Gegenwart, S. 37 ff.
15 Vgl. dazu Herbert, Geschichtsschreibung, S. 73 ff.; dagegen Berg, Holocaust, S. 193 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wissenschaftlern und Historikern. Wie unterschiedlich das Selbstverständnis als Wissenschaftler in Bezug zur deutschen Geschichte zwischen den Generationen war und welche geschichtspolitische Brisanz in der Zeitgeschichte lag, verdeutlichte die »vergangenheitspolitische Schlüsseldebatte« um die Thesen von Fritz Fischer.[16] Sein Verdikt vom »erheblichen Teil der historischen Verantwortung« Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkriegs war auch eine Infragestellung längerer historischer Prozesse, die vom Kaiserreich ins »Dritte Reich« führten. Fischers Thesen waren bereits bei ihrem Erscheinen 1959 nicht ohne Widerspruch geblieben. Aber erst mit der Publikation des Buches *Griff nach der Weltmacht* 1961 und Rezensionen in großen Tageszeitungen wurde die Kontroverse zu der Mischung aus Fachdisput, öffentlichem Medienereignis und politischer Auseinandersetzung um das historische Selbstverständnis der Bundesrepublik, die auf dem Historikertag 1964 ihren Höhepunkt erreichte.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Ende der fünfziger Jahre ein geschichtskultureller Wandel den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik veränderte. Ob im Gerichtssaal oder im Bundestag, im Theater oder in den Tageszeitungen – die NS-Verbrechen und der Nationalsozialismus wurden auf unterschiedlichen Bühnen öffentlichkeitswirksam neu diskutiert.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob und inwieweit auch die westdeutschen Unternehmen von diesem Wandel ab den Jahren 1958/59 erfasst wurden. Wie im vorangegangenen Kapitel dieser Arbeit dargestellt, waren die fünfziger Jahre für die Unternehmen grundsätzlich ein vergangenheitspolitisches Plateau, auf dem sie sich stabilisierten und konsolidierten. Nach den ökonomisch unsicheren Phasen der unmittelbaren Nachkriegszeit unter alliierter Besatzung und der kurzfristigen eigenen Verunsicherung hatten sich westdeutsche Industrielle im Rahmen des neuen Selbstbildes vom »neuen Unternehmertum« rehabilitiert und im Zuge des Wiederaufbaus und des sogenannten »Wirtschaftswunders« als ökonomisch wichtige und damit gesellschaftspolitisch stabilisierende Säulen der Nachkriegszeit etabliert.[17] Ihre NS-Vergangenheit hatten sie erfolgreich in ein entlastendes Opfer-Narrativ eingebettet, das auch in der westdeutschen Öffentlichkeit kaum mehr in Frage gestellt wurde. Eine überdurchschnittlich kritische Aufmerksamkeit wurde allenfalls einigen wenigen von ihnen zuteil, beispielsweise den IG Farben im Rahmen der Prozesse und Verhandlungen um die Entschädigung von Zwangsarbeitern. Wie standen daher westdeutsche Unternehmen im Blickfeld der Öffentlichkeit, als verschiedene Faktoren und Ereignisse die Sensibilität für die Dimensionen des »Dritten Reiches« erhöhte? Ein zentraler Faktor für den geschichtskulturellen Wandel Ende der fünfziger Jahre war dabei nicht zuletzt die propagandistisch zugespitzte Kritik aus der DDR, die, auch wenn sie weniger um Aufklärung als um Diffamierung bemüht war, durchaus Verstärker

16 Vgl. dazu Jarausch, Tabubruch (Zitat S. 21); Große Kracht, Fischer.
17 Vgl. Wiesen, West German Industry.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
für erste kritische Debatten war. Auch die westdeutschen Unternehmen sollten regelmäßig ins Visier der SED-Kampagnen geraten – darunter insbesondere die IG Farben und die Deutsche Bank.

3.2 Die geschichtspolitischen Kampagnen der SED

Die DDR und die NS-Vergangenheit

Die Last der NS-Geschichte musste auch die DDR tragen, hatte die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung den Nationalsozialismus doch ebenso gestützt wie die westdeutsche. Jedoch nahm die SED-Führung diesen Umstand zum Anlass, den in ihren eigenen kommunistischen Widerstandsbiografien angelegten Antifaschismus zur offiziellen Staatsdoktrin zu erheben, der kaum auf die tatsächlichen individuellen Erfahrungen seiner Bürger abhob, sondern stattdessen auf ideologische Indoktrinierung und symbolisch-formale Bekenntnisrituale setzte. Diese antifaschistische Erziehungsdiktatur mit ihrem Aufbauprogramm einer sozialistischen Gesellschaft gewann ihre Legitimation gerade aus der direkten Bezugnahme auf die NS-Zeit – jedoch ohne dabei eine individuelle selbstkritische Auseinandersetzung mit ihr zu initiieren.[18]

Grundlage für diesen staatlich »verordneten Antifaschismus« bildete die Faschismus-Definition der Kommunistischen Internationale von 1935, die den Faschismus als die »offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« (Georgi Dimitroff) begriff. In diesem Sinne wurde der Nationalsozialismus als eine spezifische Ausprägung des Faschismus und Ausgeburt der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gedeutet. In Zeiten der krisenhaften Bedrohung pervertiere die bürgerliche Demokratie in eine faschistische Diktatur, wenn das »Monopolkapital« die direkte, unvermittelte Herrschaft mit staatlich autorisiertem Zwangsapparat übernehme, um die Kapitalverwertung aufrechtzuerhalten.[19] Die faschistische Diktatur sei also eine spezifische Form der Verflechtung von Wirtschaftsmonopolen und Staatsmacht. Bildlich zusammengefasst wurde diese Deutung im viel zitierten Titelbild der *Arbeiter Illustrierten Zeitung* von 1932, die Hitler mit zum Hitler-Gruß erhobener Hand zeigte, in die ein feister Anzugträger ein paar üppige Geldscheine legte. Kurzum: Der Faschismus im Allgemeinen war dieser Deutung zufolge der exzessive Höhepunkt in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Nationalsozialismus im Besonderen die »brutalste […] offen terroristische Diktatur des Monopolkapitals«.[20]

In diesem Sinne ließ schon die KPD in einem ihrer ersten Aufrufe nach Kriegsende keinen Zweifel daran, wer primär die Schuld und Verantwortung

18 Vgl. Bialas, Antifaschismus.
19 Buhr/Kosing, Wörterbuch, S. 22.
20 Vgl. dazu das DDR-Standardwerk Zumpe, Wirtschaft (Zitat S. 2).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
am Krieg trug: »Es sind […] die aktiven Anhänger und Helfer der Nazipartei. Es sind die Träger des reaktionären Militarismus […]. Es sind die imperialistischen Auftraggeber der Nazipartei, die Herren der Großbanken und Konzerne, die Krupp und Röchling, Poensgen und Siemens.«[21] Antifaschismus und Antikapitalismus waren dahingehend zwei Seiten derselben Medaille. Ein sozialistischer bzw. kommunistischer Staat konnte damit qua definitionem nicht faschistisch sein. Mit dieser Setzung entledigte die SED-Führung den Nationalsozialismus seines deutschen Kontextes und schob zugleich die Schuldfrage dem Rechtsnachfolger des »Dritten Reiches«, der kapitalistischen Bundesrepublik, zu.

Vor diesem Hintergrund hatte die SED-Führung zusammen mit dem SMAD bereits vor der doppelten Staatsgründung auf die systematische antifaschistische Säuberung von Politik, Verwaltung, Bildung, Wirtschaft und Kultur gesetzt. Die wellenartigen Internierungs- und Entnazifizierungskampagnen machten dabei schnell deutlich, dass es weniger um individuelle, rechtsstaatlich zu ahnende Schuld und Sühne ging, sondern darum, mittels einer tatsächlichen oder behaupteten NS-Vergangenheit politische Gegner kaltzustellen oder gefügig zu machen.[22] Auch die Neuordnung der Eigentumsverhältnisse und insbesondere die Enteignung der Großkonzerne wie beispielsweise Flick wurde mit dem verbrecherischen Charakter des »Monopolkapitals« und ihrer Verantwortung für die NS-Diktatur gerechtfertigt.[23] Spätestens der SMAD-Befehl Nr. 201 von August 1947, der die weitere Strafverfolgung überwiegend in deutsche Hände legte, deren schnelle Durchführung anwies und von sogenannten »nominellen« NSDAP-Mitgliedern explizit absah, verdeutlichte den ambivalenten, instrumentellen Umgang mit der NS-Vergangenheit. Der Befehl Nr. 201 war ein innenpolitisches Signal und Integrationsangebot an alle ehemaligen Parteimitglieder und Wehrmachtsangehörigen, dass ihre Vergangenheit unberührt blieb, wenn sie sich nur loyal dem Machtanspruch der SED unterordneten und offen zum Aufbau einer neuen politischen Ordnung bekannten. Konsequenterweise konnte bereits im Februar 1948 der Abschluss der Entnazifizierung per SMAD-Befehl verkündet werden. Während Millionen ehemalige Reichsbürger ihren Platz im neu gegründeten »ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden« zu finden versuchten, wurden im Rahmen der Waldheimer Prozesse auch die in den sowjetischen Internierungslagern Verbliebenen – darunter 170 Personen aus der Wirtschaft – in zum größten Teil willkürlichen Eilverfahren und einigen wenigen öffentlichen Schauprozessen abgeurteilt.[24]

Mit den Waldheimer Prozessen war die erste Phase der ostdeutschen Vergangenheitsbearbeitung auf einen Schlag abgewickelt worden. Fortan kam die

21 Zentralkomitees der KPD, Aufruf an das deutsche Volk, 11.6.1945, S. 1.
22 Vgl. Vollnhals, Säuberung; ebenfalls dazu Weinke, Verfolgung, S. 29 f. bzw. 43 ff.
23 Vgl. Frei u. a., Flick, S. 608 f.
24 Zu den Waldheimer Prozessen und ihren Folgen vgl. Leide, NS-Verbrecher, S. 39 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
SED-Vergangenheitspolitik von Integration und Amnestie voll zum Tragen, die sich ausdrückte in einer »zentral gesteuerten Reduzierung des antifaschistischen Anspruchsniveaus – bei allerdings exemplarisch fortgesetzter und öffentlich demonstrierter Unnachsichtigkeit«.[25] Ab 1952 erfolgten mehrere Wellen von Straferlassungen sowie Strafaussetzungen. Bis 1956 waren beispielsweise von den noch lebenden 3014 in Waldheim verurteilten Personen bis auf zwei Fälle alle wieder auf freiem Fuß – darunter nicht nur viele unschuldig Verurteilte, sondern auch einige unzweifelhafte NS-Verbrecher. Das Ministerium für Staatssicherheit nutzte dabei die Masse an NS-Belasteten als »Rekrutierungsreservoir« und setzte Inhaftierte bzw. aus der Haft Entlassene unter Druck, als »Geheime Mitarbeiter«, später »Inoffizielle Mitarbeiter« für die Staatssicherheit zu arbeiten.[26]

Die politische sowie soziale Integration von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern in der DDR erstreckte sich auf viele gesellschaftliche Bereiche, einzig im politischen Verwaltungs-, Polizei- und Justizapparat wurden die Schranken höher gesetzt.[27] In den volkseigenen Betrieben der Schlüsselindustrien oder in den Krankenhäusern, wo qualifiziertes Personal gefragt und der Wettbewerbsdruck mit dem Westen hoch war, beließen die Kaderabteilungen die Fachleute und Experten trotz NSDAP-Mitgliedschaft in ihren Positionen.[28] Nicht zuletzt war selbst in den eigenen Reihen der SED jeder zehnte Genosse ein ehemaliger »Pg«, und einige von ihnen brachten es in hohe Staatsämter.[29] Von den SED-Parteifunktionären mit brauner Vergangenheit verschwiegen die meisten diesen Aspekt ihrer Biographie in offiziellen Unterlagen und die Zentrale Parteikontrollkommission fragte auch nicht so genau nach. Bis Ende der fünfziger Jahre galt eine unausgesprochene Vereinbarung der sich gegenseitig deckenden Loyalität.[30] Erst Anfang der sechziger Jahre begann das MfS, Karrierechancen zu beschneiden und bei zu brisanten Fällen präventiv in die juristische Offensive zu gehen.[31] Der DDR-spezifische Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand hatte sich somit früh von individuellen Schicksalen und Erfahrungen abgelöst und war in der »entdifferenzierten Bekenntnisideologie« des Antifaschismus aufgegangen, die politisch stark normiert und zunehmend kanonisiert für die ostdeutsche Gesellschaft kathartische und integrative Funktionen übernahm.[32]

25 Frei, NS-Vergangenheit, S. 131.
26 Vgl. Leide, NS-Verbrecher, S. 54 f. (Zitat auf S. 55).
27 Vgl. Vollnhals, Säuberung, S. 135 ff.
28 Vgl. Müller, Netzwerke.
29 Vgl. Malycha/Winters, SED, S. 410 f.; Meenzen, Klassenbewusstsein.
30 Best, Formation, S. 36-46.
31 Vgl. bspw. BStU, MfS, ZAIG, Nr. 10866, Bl. 402-408, Information [zu als »Nazi-Aktivisten entlarvten« Angehörigen des DDR-Staatsapparats, des Justiz- und Bildungswesens], 3.8.1962. Dazu auch Leide, NS-Verbrecher, S. 52.
32 Vgl. Danyel, Verfolgtenperspektive (Zitat S. 42).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Wenngleich der Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR und der Bundesrepublik unterschiedliche Grundlagen hatte, so war er sich doch in der gesellschaftlichen Disposition und seiner vergangenheitspolitischen Ausprägung durchaus ähnlich.[33] In beiden deutschen Gesellschaften herrschte ein weit verbreitetes »Ruhebedürfnis« (Fritz Bauer) vor, das die unmittelbare Vergangenheit im wahrsten Sinne des Wortes auf sich beruhen lassen wollte, und gleichzeitig fühlten sich die politischen Entscheidungsträger in beiden Teilen Deutschlands unter der scharfen Beobachtung des Auslands, das den politisch-juristischen Umgang mit der NS-Zeit genau verfolgte. In diesem »Spannungsverhältnis von innenpolitischen Schlussstrich-Forderungen und außenpolitischen Erwartungsdruck«[34] nahmen die jeweiligen Formen der Vergangenheitspolitik von Amnestie und Integration in Ost und West ihre konkreten Ausprägungen an und beeinflussten sich wechselseitig.

Konstitutive Stütze des antifaschistischen Selbstverständnisses der DDR war seit der Staatsgründung die Anklage der »braunen Bundesrepublik«. Der Vorwurf der »faschistischen Kontinuität« der Bundesrepublik gehörte zur gängigen politischen Praxis der SED. Hatte die Deutschlandpolitik, das heißt die »West-Arbeit« der SED, nach der Staatsgründung noch die Balance zwischen Wiedervereinigung und Aufbau des Sozialismus zu halten versucht, so lag spätestens ab Mitte der fünfziger Jahre mit der Verkündung der »Zwei-Staaten-Theorie« durch den Generalsekretär der KPdSU, Nikita Chruschtschow, die Priorität auf der Etablierung eines sozialistischen (Teils) Deutschlands.[35] Fortan waren Einheitsrhetorik und real praktizierte Zweistaatlichkeit zwei Eckpfeiler derselben SED-Strategie. Vor dem Hintergrund des Wettkampfs der Systeme und dem Umstand, dass beide deutsche Staaten um internationale Anerkennung warben, begann die West-Politik der SED Mitte der fünfziger Jahre systematisch, öffentlichkeitswirksame Kampagnen gegen die Bundesrepublik zu erarbeiten, um sich von der »faschistischen Bonner Republik« abzugrenzen. War die West-Arbeit zwischen verschiedenen überlappenden und miteinander konkurrierenden Institutionen aufgeteilt, so wurden die Propaganda-Kampagnen insbesondere von der »Nationalen Front« bzw. dem »Ausschuss für deutsche Einheit« (ADE) koordiniert.[36] Zentrale Figur war hier Albert Norden, der zunächst als Sekretär des ADE und später als Sekretär im SED-Zentralkomitee sowie als Politbüromitglied die Westarbeit in beiden Organen verantwortete. Der ADE verstand es, das Schlagwortpaar von der

33 Vgl. dazu und im Folgenden Weinke, Verfolgung; ähnlich auch Frei, NS-Vergangenheit.

34 Weinke, Verfolgung, S. 333.

35 Zur Entwicklung der West-Arbeit und ihren Institutionen vgl. Amos, Westpolitik.

36 Zu nennen sind hier die »Westabteilung« beim SED-ZK, die »Westkommission« beim Politbüro, das »KPD-Arbeitsbüro« und das MfS, deren Namen und Zuständigkeiten sich in den fünfziger Jahren mehrmals änderten. Vgl. die Organigramme in Amos, Westpolitik, S. 351-354.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
»nazistischen BRD« und der »antifaschistischen DDR« zu diversen Ereignissen und auf unterschiedliche Themen anzuwenden. »Was Bonn verdeckte – die DDR deckte es auf«, so sah es Norden noch Jahre später in seinen Memoiren.[37]

Obwohl dem materialistischen Geschichtsbild der SED-Ideologie zufolge der originäre Klassenfeind in den Reihen der Wirtschaft zu suchen war, lag der primäre Fokus der brisanten Personal-Kampagnen in den Bereichen Justiz und Politik. Die erste propagandistische Großoffensive richtete sich gegen die Juristen der Bundesrepublik und wurde im Mai 1957 durch eine vom ADE veranstaltete Pressekonferenz eingeleitet. Die dazu herausgegebene Broschüre *Gestern Hitlers Blutrichter – heute Bonner Justiz-Elite* listete 118 westdeutsche Juristen mit ihren Tätigkeiten im »Dritten Reich« auf. Während der ADE die Liste in den folgenden drei Jahren mehrmals aktualisierte und auf über 1000 Namen erweiterte, entwickelte sich in der Bundesrepublik – nicht zuletzt auf Druck und Nachfrage der westlichen Bündnispartner – ein langsam wachsendes Bewusstsein für die eklatanten blinden Flecken der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus.[38] Auch wenn sich die politische Lösung der NS-Richterproblematik noch lange hinziehen sollte, so verdeutlichte die von West-Berliner Studenten erarbeitete und vom ADE unterstützte Ausstellung »Ungesühnte Nazijustiz« (1959), dass die Kritik nicht mehr nur als »kommunistische Lügen« und »durchsichtige Diffamierungen« abgetan werden konnte.[39]

Um den Dekadenwechsel herum hatte unterdessen die desolate Versorgungslage sowie die rapide steigende Anzahl an »Republikflüchtlingen« die innenpolitische Krise der DDR verschärft. Auch außenpolitisch hatte die SED in der zweiten Berlin-Krise sowie im Bemühen um völkerrechtliche Anerkennung gegen die Hallstein-Doktrin der Bundesrepublik weitere Schlappen einstecken müssen. Das sozialistische Modell hatte offensichtliche Legitimationsdefizite, und auch die Deutschland-Politik der SED lief dementsprechend auf staatlich-offizieller sowie auf geheimdienstlich-verdeckter Ebene zunehmend ins Leere. Steinernes Sinnbild für die unbeholfene Ratlosigkeit der SED war 1961 der Mauerbau in Berlin. Vor diesem Hintergrund versuchte die SED-Führung den wachsenden Legitimationsverlust nach innen und außen durch den Ausbau der Kampagnenpolitik wettzumachen, wodurch der »Propagandakrieg gegen die Bundesrepublik« eine neue Qualität erhielt.[40] Die weitere Ideologisierung der Deutschlandpolitik sollte zum einen das eigene Selbstverständnis als das »bessere Deutschland« stabilisieren und zum anderen im Wettstreit um internationale Anerkennung die Bundesrepublik ab- bzw. die DDR aufwerten. »Antifaschistische, humanistische Friedenspolitik der DDR einerseits und

37 Norden, Ereignisse, S. 231.

38 Zur »Blutrichter«-Kampagne und ihren Nachwirkungen vgl. Bästlein, Nazi-Blutrichter; Weinke, Verfolgung, S. 76 ff. Zur Rolle der USA als Kritiker von Renazifizierungstendenzen in den fünfziger Jahren vgl. Brochhagen, Nürnberg, S. 179 ff.

39 Zur Diskussion vgl. Der Spiegel, 13.10.1960.

40 Vgl. dazu und im Folgenden Lemke, Kampagnen (Zitat S. 174); Lemke, Antifaschismus; Weinke, Verfolgung, S. 141 ff. Zur West-Arbeit vgl. Amos, Westpolitik, S. 276 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
aggressive, neonazistische, friedensfeindliche Politik der Bonner Regierung andererseits« – so brachte es später die SED auf den Punkt.[41] Den Auftakt bildeten die Angriffe gegen den Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer, die im Bundestag zu einer ersten Debatte über die politischen Folgekosten von Adenauers Integrationspolitik und letztlich zu Oberländers Rücktritt führten. Als zudem im Frühjahr 1960 die Meldung von der Entdeckung und Entführung Adolf Eichmanns durch den israelischen Mossad um die Welt ging, nahm die SED den angekündigten Prozess in Jerusalem zum Anlass, die hochgeschreckte internationale Aufmerksamkeit verstärkt auf die Vergangenheit der Bonner Beamten zu lenken. Dabei versuchte der ADE insbesondere Adenauers Staatssekretär Hans Globke, der mit seiner NS-Vergangenheit als Kommentator der Nürnberger Rassegesetze die »offene Wunde der westdeutschen Politik«[42] war, als die Symbolfigur für die »faschistischen Kontinuität« der Bundesrepublik darzustellen. Der Eichmann-Prozess in Jerusalem war für Norden und seine Mitarbeiter nur die Vorlage, um den »Eichmann Bonns«[43] spiegelbildlich an den Pranger zu stellen. Die Anstrengungen des ADE gipfelten 1963 in einem am Obersten Gericht der DDR eingerichteten Schauprozess, in dem Globke in Abwesenheit zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt wurde. Neben Globke gerieten auch weitere prominente Persönlichkeiten ins Visier der ADE-Kampagnenpolitik: Ob Politiker wie Bundesvertriebenenminister Hans Krüger und Bundespräsident Heinrich Lübke, Juristen wie Generalbundesanwalt Wolfgang Fränkel oder hochrangige Bundeswehrangehörige wie Generalinspekteur Hans Speidel – das Schema von Pressekonferenzen, Broschüren und Leitartikeln in den SED-Zeitungen unterschied sich kaum voneinander; nicht selten folgten in der Bundesrepublik Rücktritte und vorzeitiger Ruhestand.[44]

In der DDR zeugten die spärlichen Bemühungen, weitere NS-Täter auf ostdeutschem Boden strafrechtlich zu verfolgen, und die zögerlich einsetzende Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsinstanzen der DDR und der Bundesrepublik von der ambivalenten Haltung der SED-Führung im Umgang mit der NS-Vergangenheit.[45] Für das MfS, das im Verlauf der Jahre diese Vorgänge zunehmend koordinierte, kann festgestellt werden, dass der »Antifaschismus als tschekistische Praxis […] nicht primär darauf gerichtet [war], Straftaten zu verfolgen, sondern den zeitgenössischen Hauptfeind, die Bundesrepublik, zu bekämpfen.«[46] Auf der anderen Seite konnte es sich die DDR

41 Protokoll Nr. 107 der Sitzung des Sekretariats des ZK, 7.12.1966. Zitiert nach Leide, NS-Verbrecher, S. 83.
42 Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 219.
43 Albert Norden zitiert nach Lemke, Antifaschismus, S. 70.
44 Zu der illustren Reihe an Personen vgl. Lemke, Kampagnen, S. 165 f.
45 Zur Rechtshilfebeziehung vgl. Wieland, Rechtsbeziehungen; dazu und der ostdeutschen Strafverfolgung von NS-Tätern vgl. ebenfalls Weinke, Verfolgung, S. 110 ff. bzw. 170 ff.
46 Leide, NS-Verbrecher, S. 418.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
als selbststilisierter Hort des Antifaschismus nicht erlauben, sich von Dritten, und erst recht nicht von der Bundesrepublik, prominente NS-Verbrecher und ehemalige ranghohe Nationalsozialisten in den eigenen Reihen nachweisen zu lassen.[47] Auch das Ergebnis des instrumentellen Interesses der SED an der NS-Vergangenheit war paradox: Obgleich es ihr weniger um die Aufklärung von NS-Verbrechen als vielmehr um das Bloßstellen der Bundesrepublik ging, so stießen die Kampagnen durchaus eine Reihe von Prozessen und Veränderungen in der Bundesrepublik an. Wie die zeithistorische Forschung inzwischen festgestellt hat, war die propagandistisch zugespitzte Kritik in der Sache nicht zu bestreiten und verstärkte ab Ende der fünfziger Jahre den oben beschriebenen langsam einsetzenden Wandel im Umgang mit der NS-Vergangenheit in vielen Bereichen der Bundesrepublik.[48]

Für den Bereich der Wirtschaft trifft diese Tendenz jedoch nur eingeschränkt zu. Zwar gab es ab den fünfziger Jahren auch systematische Angriffe gegen Großindustrielle und Bankenmanager der westdeutschen Wirtschaft. Die Kampagnen gegen Flick, Abs, die IG Farben etc. verliefen aber bei Weitem nicht so spektakulär und fanden nicht den Resonanzraum in der westdeutschen Öffentlichkeit, wie dies in den Bereichen Politik, Verwaltung und Justiz der Fall war. Die ideologische Grundierung der SED-Propaganda war in den fünfziger Jahren dabei durchaus ökonomisch gefärbt geblieben und hatte damit an die Rechtfertigungen der Enteignungskampagnen der Großkonzerne in der unmittelbaren Nachkriegszeit und an die Kritik an den Nürnberger Wirtschaftsprozessen angeschlossen. Ob zur Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik oder zum sich immer deutlicher abzeichnenden wirtschaftlichen Aufschwung der Bundesrepublik – stets führten die SED-Ideologen die bundesrepublikanische Politik auf die Restauration der alten industriellen und militaristischen Kräfte zurück, die als Speerspitze des US-Imperialismus das Land wieder in die faschistische Katastrophe treiben würden. In Flugblättern und Artikeln der SED-Presse wurde insbesondere die Agententheorie reproduziert, die Hitler als Marionette der Großindustrie darstellte, und die Analogie zwischen Hitler und Adenauer gezogen, der »von den gleichen Hintermännern auf die gleiche Art finanziert« werde.[49] Die in Nürnberg verurteilte Wirtschaftsprominenz – allen voran Friedrich Flick und die IG Farben – war und blieb ständiges Ziel der SED-Propaganda. Sowohl zu Flick als auch zu den IG-Farben erschienen Broschüren, die anhand der Dokumente der NMT-Prozesse

47 Ab 1958 wurden auch in der Bundesrepublik, konkret bspw. der »Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen«, neben den Dokumentationen der Menschenrechtsverletzungen in der DDR ebenfalls Broschüren wie »Ehemalige Nationalsozialisten in Pankows Diensten« herausgegeben, die das MfS und insbesondere die Opfervereinigungen in der DDR zerknirscht zur Kenntnis nahmen. Vgl. dazu Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 221 ff.; Leide, NS-Verbrecher, S. 66.

48 Vgl. Hardtwig, Geschichtskultur, 370 ff.; Weinke, Verfolgung, S. 339 f.; Frei, Rückkehr, S. 91 f.

49 Zitiert nach Frei u. a., Flick, S. 614.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die Rolle der Konzerne im »Kriegs- und Vernichtungsfeldzug« bzw. die Rückkehr der »Kriegsverbrecher« an die »Schalttafeln der Macht« anklagten.[50] Die »Monopolherren« seien nicht nur für Krieg und Nazi-Diktatur, sondern auch für die Spaltung Deutschlands und die Militarisierung der Bundesrepublik verantwortlich – so ein gängiger Topos von SED-Chef-Agitator Albert Norden.[51] Aber auch breiter angelegte Publikationen vollzogen beispielsweise für den Fall der AEG den langen »Konzentrationsprozess« seit ihrer Gründung nach und erklärten die zunehmende staatsmonopolistische Organisation der AEG seit dem Ersten und ihre Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg vor dem Hintergrund der »Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus«.[52]

Neben den großen Industriekonzernen stand regelmäßig das »Finanzkapital« am Pranger der antikapitalistischen Agitation, und kein Mann wurde bereits in den fünfziger Jahren stellvertretend für die gesamte Branche so heftig angegangen wie Hermann J. Abs. Seine Bilderbuchbiographie bis 1945 – vom Banklehrling zum Privatbankier und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank –, seine relativ schnelle Rehabilitierung nach Kriegsende als »Unbelasteter« und sein Aufstieg zum Vorsitzenden der Kreditanstalt für Wiederaufbau und engem Finanzberater Adenauers, für den er unter anderem das Londoner Schuldenabkommen 1951/52 aushandelte, machten ihn in den Augen der SED-Agitatoren zur Symbolfigur für die Verquickung von brauner Vergangenheit, Staatsamt und Finanzmacht.[53] In den Augen von Albert Norden war Abs schlicht der »Kriegsverbrecher, der Hitler und Adenauer finanzierte«.[54] In der SED-Zeitschrift *Einheit* publizierte Norden bereits 1951 Auszüge eines OMGUS-Berichts, den bei Kriegsende die amerikanische Militärregierung zur Deutschen Bank angefordert, aber im Gegensatz zum OMGUS-Bericht zur IG Farben nie juristisch ausgewertet hatte. Im Deutsche Bank-Bericht ging es nicht um Abs' Rolle als Aufsichtsratsmitglied der IG Farben – ein Amt, das die SED-Propaganda stets hervorhob.[55] Vielmehr konzentrierte sich der Bericht im Falle Abs auf dessen Leitung der Auslandsabteilung der Deutschen Bank und dessen Beteiligung an »Arisierungen«. Der *Einheit*-Artikel zitierte dabei aus dem OMGUS-Bericht zu Abs folgendermaßen:

> »Abs war der spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Naziregimes verband … Die

50 Vgl. Ausschuss für Deutsche Einheit, IG Farben (Zitate S. 5 bzw. 10); Internationale Föderation der Widerstandskämpfer, Urteil, S. 37-41. Zu Flick vgl. Frei u. a., Flick, S. 606 ff.

51 Vgl. bspw. Albert Nordens Rede bzw. Aufsatz »Die ›Sechsundsiebzig‹. Gedanken über eine amerikanische Statistik«, 24.11.1957, und »Kriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus«, Juli 1965, abgedruckt in Norden, Aufsätze, S. 210-220, 262-274.

52 Koebel-Tusk, AEG, S. 6.

53 Zum Lebensweg von Hermann Joseph Abs vgl. Gall, Bankier, S. 23 ff.

54 Zitat von Albert Norden in Tägliche Rundschau, 12.8.1952.

55 Zur Diskussion um Abs' Rolle im Aufsichtsrat der IG Farben vgl. Gall, man, S. 127 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

> Deutsche Bank des Hermann Abs handelte wie eine Spitzeninstitution der deutschen Regierung und diente der wirtschaftlichen Durchdringung der Satellitenstaaten und der in Europa besetzten Länder … […] Abs setzte seine ganze Kraft ein zur Ausdehnung der Herrschaft Deutschlands über Europa.«[56]

Auch wenn sich später herausstellte, dass es eine solche Passage über Abs im Original des Berichts gar nicht gab, so sollte diese Textstelle in den folgenden Jahren die regelmäßigen Angriffe der SED gegen Abs flankieren.[57] Als Abs 1952 zudem Sprecher der Süddeutschen Bank und 1957 Sprecher der wiedervereinigten Deutschen Bank wurde und im Zuge dessen in über 25 Aufsichtsräten, u. a. in der IG Farben-Nachfolgegesellschaft BASF, Mandate wahrnahm, stellte die DDR-Presse Abs in Karikaturen als braune Spinne im Netz des bundesrepublikanischen Kapitalismus dar.[58] Das Deutsche Wirtschaftsinstitut warnte ebenfalls vor der wiedergewonnen Macht der »Monopolbanken« mit Abs an der Spitze.[59] Um starke Worte waren die Autoren der Darstellungen von Abs' NS-Vergangenheit dabei nie verlegen. So schrieb bspw. die *Sächsische Zeitung*: »Als Karajan des Geldes dirigierte und finanzierte er im blütenweißen Frackhemd den Chor der potentiellen Mörder«, und bezeichnete Abs als »millionenfachen Schreibtischmörder und Expansionsspezialist Hitlers«.[60] Der Effekt der lautstark inszenierten Kritik war im Westen jedoch gleich null. Die großen westdeutschen Tageszeitungen nahmen die Meldungen aus dem Osten – zum Ärger der Mitarbeiter der Staatssicherheit – so gut wie gar nicht, und wenn, dann nur deutlich distanziert auf.[61]

Eine neue Qualität gewann die SED-Kampagnenpolitik mit den »Braunbüchern«, die das recherchierte Material ab Mitte der sechziger Jahre systematisch zusammenführten und bündelten. Deren erste Auflage präsentiere Albert Norden auf einer »internationalen Pressekonferenz« am 2.7.1965 in Ost-Berlin und verortete die von Telford Taylor im Nürnberger IG Farben-Prozess beschriebene »unheilige Allianz« zwischen Wirtschaft und NS-Staat nun in der bundesrepublikanischen Gegenwart.[62] In einleitenden Kapiteln und kurzen biographischen Texten wurden die Laufbahnen aus den unterschiedlichen Bereichen vor und nach 1945 skizziert. Wenngleich die Informationen kaum juristisch verwertbar waren, da sie nur Positionen und Ämter, aber keine in-

56 Norden, Finanzoligarchen, S. 1235 f.
57 Das Zitat etwa im Braunbuch (1965/1968) auf Seite 34 bzw. 37 oder in der SED-Presse bspw. Sächsische Zeitung 22.2.1967; Berliner Zeitung, 6.9.1968; Neues Deutschland, 4.9.1970.
58 Vgl. bspw. Neues Deutschland, 1.3.1954; Der Morgen, 3.1.1958; Sächsische Zeitung, 22.2.1967.
59 Vgl. Deutsches Wirtschaftsinstitut, Konzentration; Deutsches Wirtschaftsinstitut, Deutsche Bank.
60 Sächsische Zeitung, 22.2.1967.
61 Vgl. die Pressesammlung zu Abs in BStU, MfS, HA IX, Nr. 22860.
62 Die Rede von Albert Norden abgedruckt in Neues Deutschland, 3.7.1965.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
dividuellen, strafrechtlich relevanten Taten beschrieben, und zudem stark von einer ideologischen Diktion überformt waren, so gaben die sukzessiv verbesserten und erweiterten Auflagen doch ein detailliertes Bild vom Umfang der personellen Kontinuitäten in der Bundesrepublik.[63] Die dritte Auflage aus dem Jahr 1968 versammelte unter anderem 189 hochrangige Bundeswehrangehörige, 244 Diplomaten, 300 Mitarbeiter von Polizei und Verfassungsschutz, 1118 Juristen – und nicht zuletzt 123 Unternehmer und Manager. Die deutsche Wirtschaft stand in diesen Braunbüchern zum ersten Mal im Zentrum der Angriffe und bildete das Auftaktkapitel, das eine Brücke zwischen dem Verhalten der Großkonzerne im Nationalsozialismus und ihrer bundesrepublikanischen Gegenwart nach dem Deutungsmuster des staatsmonopolistischen Kapitalismus schlug. Zum einen wurden die Vorwürfe wiederholt, die bereits in Nürnberg die Anklage bestimmt und von den Gerichtshöfen in Teilen als nicht haltbar erachtet worden waren: Die Finanzierung Hitlers; die Planung eines Angriffskrieges und dessen Aufrüstung; die Beteiligung und Bereicherung an »Arisierungen«, Plünderung, Zwangsarbeit und Judenvernichtung. Zum anderen wurden die »Monopolgewaltigen« aufgeführt, die unter der »Schutzherrschaft der amerikanischen Besatzungsmacht« eben nicht zerschlagen worden und stattdessen zu neuen »Rüstungsmagnaten« gewachsen seien.[64] Neben den zum IG Auschwitz-Komplex gehörigen ehemaligen IG Farben-Mitarbeitern (Otto Ambros, Heinrich Bütefisch, Fritz ter Meer) und Friedrich Flick war es insbesondere Hermann J. Abs, der mit Nachdruck hervorgehoben wurde. Abs habe als Aufsichtsmitglied in diversen Unternehmen unter anderem die Ausbeutung von Zwangsarbeitern gebilligt und sei als Kriegsverbrecher in Jugoslawien in Abwesenheit verurteilt worden. Der Eintrag zu Abs wurde abgerundet durch das berüchtigte Zitat aus dem OMGUS-Bericht zur Deutschen Bank.[65] Damit waren hier im »Braunbuch« bereits einige Vorwürfe formuliert und aufsehenerregend publiziert, gegen die Abs fünf Jahre später juristisch vorgehen sollte, als sie ein junger DDR-Historiker in seinem Buch wiederholte und ausbaute.

Zeitgleich zu den Kampagnen begann sich in der DDR die Betriebsgeschichte als ein spezieller Zweig der Wirtschaftsgeschichte zu etablieren, die im geschichtspolitischen Kampf der SED sekundierte.[66] Das neue Fach kann beispielhaft für die zwitterhafte Geschichtswissenschaft in der DDR gesehen werden, die sowohl politische Interessen berücksichtigen musste, als auch eigene wissenschaftliche Standards entwickeln und ihnen gerecht werden wollte.[67] Nach Vorgabe der SED sollte das Fach Betriebsgeschichte wie die sowjetische

63 Zur Diskussion einer (bis heute ausstehenden) Überprüfung der »Braunbücher« hinsichtlich ihres historischen und juristischen Wahrheitsgehalts vgl. Leide, NS-Verbrecher, S. 84 f.

64 Vgl. Nationalrat der Nationalen Front, Braunbuch, S. 13-63 (Zitat S. 28 f.).

65 Nationalrat der Nationalen Front, Braunbuch, S. 36 f.

66 Vgl. dazu und im Folgenden Kluge, Betriebsgeschichte.

67 Vgl. Sabrow, Diktat; grundlegend zur Holocaust-Forschung der fünfziger und sechziger Jahre in der DDR vgl. Käppner, Geschichte, S. 80-145.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Betriebsgeschichte der dreißiger Jahre die Geschichte der Arbeiterbewegung in den Betrieben herausarbeiten. Dabei sollten insbesondere die Facharbeiter »ihre« Geschichte selbst schreiben. Der Anspruch, die Arbeiter vom Objekt zum Subjekt der Geschichtsschreibung werden zu lassen, wurde in eigenen »Forschungskreisen« institutionalisiert, in denen Historiker die Betriebsangehörigen anleiteten. Auf der anderen Seite gab es profilierte Wirtschaftshistoriker wie Jürgen Kuczynski und dessen Schüler wie Hans Radandt, die im Rahmen des marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnisses umfangreiche Studien zur Geschichte der Betriebe erarbeiteten. Die Betriebsgeschichte wurde unter dem Dach des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Humboldt-Universität und des Instituts für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR (mit einer eigenen Abteilung) angesiedelt, und deren Ergebnisse wurden ab 1960 im *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* veröffentlicht. Das Fach war somit populärwissenschaftliche Geschichtsvermittlungsinstanz zur sozialistischen Bewusstseinsbildung in den Betrieben mit »politisch-erzieherischer Funktion« und zugleich akademische Forschungseinrichtung zur Geschichte der sozialistischen Produktionsbetriebe.[68]

In den Augen der westdeutschen Firmenhistoriker war die Betriebsgeschichte hingegen nur ein »Mittel politischer Kriegsführung«.[69] Die Tatsache, dass sich eine Vielzahl an Beiträgen der Wirtschafts- bzw. Betriebsgeschichte mit der NS-Zeit deutscher Unternehmen beschäftigte und auch jenseits ihrer marxistischen Interpretationen immer wieder Quellen veröffentlichten, die diskussionswürdig gewesen wären, bzw. der frühen westdeutschen Unternehmensgeschichte ihre eigenen Leerstellen treffsicher aufzeigten, ließ die Zunft im Westen unbeeindruckt.[70] Zum einen setzten sich meist eng fokussierte betriebsgeschichtliche Studien primär mit den Arbeitern in den Betrieben zwischen 1933 bis 1945 auseinander, die sie nicht selten allesamt zu Widerstandskämpfern verklärten. Zum anderen waren es vor allem breiter angelegte wirtschaftsgeschichtliche Arbeiten, die im Kielwasser der Nürnberger Prozesse die Rolle der westdeutschen Großunternehmen im »Dritten Reich« darlegten, Original-Dokumente abdruckten und auch für ein Publikum jenseits des Fachs veröffentlicht wurden.[71] Auf explizite Anweisung der SED-Führung war

68 Vgl. I. Radandt, Betriebsgeschichte (Zitat S. 166); H. Radandt, Bemerkungen; Wächtler, Geschichte.

69 Treue, Zeitschrift, S. 9. Das Urteil der DDR-Historiker über Treues Zeitschrift *Tradition* war keineswegs besser (»ein rein apologetischen Zwecken dienendes Organ des westdeutschen Monopolkapitalismus«), Baudis, Tradition, S. 190.

70 So analysierte beispielsweise Jürgen Kuczynski durchaus zutreffend die Jubiläumsschriften und Konzernchroniken der Nachkriegszeit auf ihre Narrative und Deutungsmuster hin. Vgl. J. Kuczynski, Unternehmensgeschichte.

71 Vgl. etwa H. Radandt, IG-Farben-Monopolisten; Drobisch, Flick-Konzern; Puchert, IG Farben; Handke, Volkswagenpläne; Kling, IG Farben; Dokumente zur Rolle der IG Farbenindustrie im Faschismus. Zusammengestellt von einem Kollektiv unter der Leitung von Dr. Hans Radandt. Herausgegeben für die Teilnehmer der Konferenz des Instituts für Geschichte der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
im Juni 1960 am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR der Arbeitskreis »Wirtschaftshistorische Probleme des Faschismus (1933-1945)« gegründet worden, der insgesamt zwanzig Historiker aus unterschiedlichen Forschungseinrichtungen der DDR versammelte. Der Arbeitskreis hatte primär die Aufgabe, die verschiedenen Forschungsleistungen zur Geschichte des deutschen Faschismus zusammenzuführen und methodisch sowie theoretisch weiterzuentwickeln. Eigens angelegte Forschungsprojekte sollten dabei die Zusammenhänge zwischen Faschismus, staatsmonopolistischem Kapitalismus und Krieg sowie gezielt die Rolle einzelner Großunternehmen herausarbeiten.[72] Neben den in Nürnberg verurteilten Konzernen stand ganz oben auf der Liste ein Forschungsprojekt zur Deutschen Bank, das Hans Radandt verantwortete. Ein erster Bericht aus dem Arbeitskreis von 1963 verdeutlichte dabei, dass sich die Forschungsprojekte im engen Rahmen der orthodoxen faschismustheoretischen Deutung des Nationalsozialismus einpassten.[73] Insbesondere zur Frage der nationalsozialistischen »Machtergreifung« bewegte sich die Argumentation der DDR-Historiker weiter auf der traditionellen Linie der sowjet-marxistischen Agententheorie, die »Monopolherren« hätten Hitlers Aufstieg ermöglicht, um später von der aggressiven Rüstungs- und Autarkiepolitik zu profitieren und sich durch »Arisierungen«, Plünderungen und Ausbeutung von Zwangsarbeitern zu bereichern. Der Bericht unterstrich, dass die Forschungsarbeiten »dem Kampf um eine friedliche, sozialistische Zukunft« dienen und die »deutschen Monopole als Feinde der deutschen Nation und der anderen Völker« entlarven würden.[74] In den folgenden Jahren erschienen weitere Arbeiten zur NS-Wirtschaft, die insbesondere das Thema Zwangsarbeit vertieften und die Verantwortung der Unternehmen herausstellten.[75]

Zusammenfassend lässt sich jedoch feststellen: So ausformuliert und seitenlang sowohl die geschichtspolitisch-propagandistischen als auch die wissenschaftlichen Geschichtsdarstellungen waren, so mäßig war ihr Effekt in der westdeutschen Öffentlichkeit Anfang der sechziger Jahre. Obwohl die historische Forschung der DDR die personellen Kontinuitäten in der bundesrepublikanischen Wirtschaft aufzeigen konnte, regelmäßig einschlägige Dokumente publiziert wurden und die Recherchen des MfS immer wieder ehemalige Parteigänger in den Reihen der Wirtschaft identifizierten, führten ihre durch die DDR-Presse verkündeten Ergebnisse in der Bundesrepublik nie zu vergleichbaren »Skandalen« und Personaldiskussionen, wie das im Fall von Juristen und Politikern geschehen war.[76] Ob Abs, Flick, Krupp, die ehemaligen

»Die Barbarei – extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland«, 19. und 20. Juni 1960. Eine Kopie des Manuskripts in BStU, HA IX, Nr. 22808.

72 Vgl. Eichholtz, Konstituierung.

73 Vgl. Eichholtz, Wirtschaftsgeschichte.

74 Ebd, S. 98.

75 Für eine Übersicht vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 57.

76 Zur unterschiedlichen Wirkung der verschiedenen Kampagnen vgl. auch Lemke, Antifaschismus, S. 81 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Direktoren der IG Farben oder Bundesbankpräsident Blessing, um nur die prominentesten Ziele zu nennen – die Vorwürfe aus Ost-Berlin schadeten weder ihren persönlichen Karrieren noch ihren Unternehmen.[77] Selbst der Höhepunkt der systematischen Angriffe auf westdeutsche Großunternehmen in Form der »Braunbücher« verpuffte im Westen relativ geräuschlos, wie auch das MfS feststellen musste. Selbst das Thema Zwangsarbeit, dass später so enorme Bedeutung erlangen sollte, war zu diesem Zeitpunkt kein wirksamer Hebel für eine größere Debatte in der westdeutschen Öffentlichkeit. Zu sehr überlagerte der antikapitalistische Duktus der Argumente die aufklärenden Aspekte zur NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen, so dass die »Enthüllungen« aus Ost-Berlin im Westen, wenn sie überhaupt Beachtung fanden, dann meist als »kommunistische Propaganda« abgetan wurden.

Juristische Bühnen

Symptomatisch für das Verpuffen der Kampagnen gegen die deutsche Wirtschaft war der erste Auschwitz-Prozess von 1963 bis 1965. Dieser Strafprozess gegen 22 Angehörige des Lagerpersonals war nach der Einrichtung der Ludwigsburger Zentralen Stelle »das sichtbarste Zeichen für einen temporären Paradigmenwechsel in der strafrechtlichen Verfolgung von NS-Gewaltverbrechen« und rückte in einer zuvor nie dagewesenen Intensität den Holocaust und die NS-Vernichtungspolitik ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung.[78] Es war insbesondere die unermüdliche Hartnäckigkeit des Hessischen Generalstaatsanwaltes Fritz Bauer, die diversen Widerständen zum Trotz und nach jahrelangen Ermittlungen zu einer Anklage führte.[79] Bauer hatte von Anfang an Wert darauf gelegt, dass das Verfahren einen repräsentativen »Querschnitt durchs Lager« auf die Anklagebank bringen sollte, um einer größtmöglichen deutschen Öffentlichkeit den Massenmord als einen arbeitsteiligen, rational organisierten Prozess zu verdeutlichen: Jeder, der die Mordmaschine wissend am Laufen gehalten habe, »ob an der Gaskammer oder in der Kleiderkammer«, trage für den Massenmord Mitverantwortung.[80] Auch wenn die Frankfurter Richter Bauers Argumentation letztlich nicht folgten und die Urteile die gängige Gehilfenrechtsprechung weiter verfestigten, so wurde die deutsche Öffentlichkeit in nie dagewesener Weise für den Holocaust sensibilisiert. Die eindringlichen Auftritte der Auschwitz-Überlebenden und deren Zeugenaussa-

77 Vgl. die Karriereläufe der genannten Personen in Frei u. a., Flick, S. 608 f.; Gall, Bankier, S. 76 ff.; Gall, Krupp, S. 550 ff.

78 Zum Auschwitz-Prozess vgl. Fischer/Lorenz, Lexikon, S. 128-131 (Zitat S. 128); Pendas, Frankfurt Auschwitz Trial; Wojak, Gerichtstag; Wagner, IG Auschwitz, S. 315 ff.; Gross/Renz, Frankfurter Auschwitz-Prozess.

79 Zur Biographie Fritz Bauers und seiner Bedeutung für die juristische Strafverfolgung von NS-Tätern in der Bundesrepublik vgl. Meusch, Bauer; Wojak, Bauer; Steinke, Bauer.

80 Fritz Bauer zitiert nach Steinke, Bauer, S. 204 bzw. 206.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
gen standen dabei in krassem Gegensatz zum »demonstrativ zur Schau gestellten Unschuldsbewusstsein«[81] der Angeklagten. So wie Bauer das Verfahren in seiner juristischen und didaktischen Ausrichtung an die Nürnberger Prozesse anlehnte, so standen auf der Verteidigerseite tatsächlich einige ehemalige Nürnberger Rechtsanwälte wie Hermann Laternser oder Rudolf Aschenauer, die die einst im IMT bzw. NMT erfolgreich angebrachten Narrative vom Befehlsnotstand wiederholten.[82]

Im Zuge der Verhandlungen gerieten auch zeitweise deutsche Unternehmen und insbesondere die IG Farben in den Fokus des Verfahrens, was vor allem auf die Anstrengungen des Vertreters der Nebenklage, des Ost-Berliner Rechtsanwalts Friedrich Karl Kaul, zurückging.[83] Kaul war seit Anfang der sechziger Jahre der Initiator derjenigen Kampagnen der SED, die darauf abzielten, westdeutsche NS-Prozesse zum Schauplatz der geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik zu machen. Das Konzept, als Nebenkläger aufzutreten und die juristischen Verfahren mit der politischen Kritik am westdeutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit zu verbinden, hatte er ursprünglich zusammen mit der Westabteilung der SED für den Eichmann-Prozess 1961 entwickelt. Voll zum Tragen kam es allerdings erst im ersten Auschwitz-Prozess. Sein eloquentes Auftreten, seine jüdisch-kommunistische Biographie und seine guten Kontakte zur SED-Spitze wusste Kaul gezielt einzusetzen, und so wurde er zur Symbolfigur der vermeintlich konsequenten Vergangenheitspolitik der SED, die der Bundesrepublik ihre strafrechtlichen Versäumnisse vorhielt.[84]

Auf sein Drängen hin beschloss das Politbüro der SED im November 1963, den Auschwitz-Prozess in ein »Tribunal gegen den IG Farben-Konzern« zu verwandeln, Kaul als Vertreter der Nebenklage nachträglich im Prozess ein-

81 Langbein, Auschwitz-Prozess, S. 31. Zu Langbeins Zeugenaussage und Engagement im Prozess vgl. Stengel, Langbein, S. 509-517.

82 Vgl. z. B. das Plädoyer von Hans Laternser für den ehemaligen Leiter der Lagerapotheke Victor Capesius, abgedruckt in Laternser, andere Seite, S. 286 ff. Vgl. dazu Dirks, Selekteure.

83 Vgl. dazu und im Folgenden Rosskopf, Kaul, S. 232-293; Rosskopf, Anwalt; Weinke, Verfolgung, S. 236-257.

84 Kaul, 1906 in Posen geboren und aufgewachsen in Berlin, verkehrte schon als junger Anwalt in kommunistischen Kreisen und war Mitglied der »Roten Hilfe«. Nach der »Machtergreifung« wurde er aufgrund seiner jüdischen Mutter aus dem Justizdienst entlassen, wurde 1935 von der Gestapo verhaftet und ins KZ Dachau gebracht. Von dort gelang es ihm, nach Lateinamerika und schließlich in die USA zu emigrieren. Nach Kriegsende kehrte er nach Berlin zurück. Er erhielt eine Anwaltszulassung beim Berliner Kammergericht, die es ihm auch nach der Trennung der alliierten Justizsysteme erlaubte, in West-Berlin und der Bundesrepublik als Strafverteidiger aufzutreten. So war er bereits in den fünfziger Jahren an verschiedenen westdeutschen Verfahren gegen Kommunisten und FDJ-Mitglieder beteiligt. Zur Biographie Kauls vgl. Rosskopf, Kaul.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zusetzen und eine »antifaschistische« Begleitkampagne zu organisieren.[85] In diesem Sinne ließ Kaul durch die DDR-Presse wissen, dass er alles tun werde, um »die wahren Hintermänner der […] vor Gericht stehenden 22 SS-Banditen zu entlarven«[86] und die deutsche Industrie bzw. die IG Farben auf die Anklagebank zu bringen. Unterstützt wurde Kaul dabei von Mitarbeitern des MfS, die systematisch Akten im hauseignen »Zentralarchiv«, in ehemaligen IG-Werksarchiven und ausländischen Forschungseinrichtungen sichteten und auf »Belastungsmaterial« hin auswerteten.[87] Kauls Argumentationslinie zeichnete im Grunde die bereits in Nürnberg verhandelte Zusammenarbeit zwischen der IG Farben und den NS-Behörden bzw. der SS hinsichtlich des Werkbaus und der Ausbeutung von Zwangsarbeitern nach – nicht umsonst beantragte er später die Verlesung des Nürnberger Urteils –, versuchte jedoch anhand der Nürnberger Dokumente, die Verquickung der ökonomischen Interessen der IG Farben und der Vernichtungspolitik des gesamten KZ-Systems nachzuweisen und damit am Beispiel des Werks »IG Auschwitz« das offiziell-marxistische Geschichtsverständnis vom »faschistischen staatsmonopolistischen Kapitalismus« zu untermauern.[88] Dieses Deutungsmuster wurde auch jenseits des Gerichtssaals in DDR-Publikationen verbreitet: »Die Industriekapitäne des IG-Farben-Konzerns, die nach 1945 in der Bundesrepublik zum Teil die gleiche Macht in ihren Händen konzentrieren konnten wie während des ›Dritten Reiches‹ – sie sind die wirklich Schuldigen.«[89] Hatte Fritz Bauer angesichts der bis dato marginalen zeitgeschichtlichen Forschung zur Judenvernichtung gezielt Sachverständigengutachten unter anderem beim Institut für Zeitgeschichte in Auftrag gegeben, um der deutschen Öffentlichkeit den historischen Kontext des Massenmords aufzuzeigen, so behandelten die vor Gericht auftretenden Historiker wie Martin Broszat das Lager Auschwitz-Monowitz und das IG-Werk nur am Rande. Nicht zuletzt deshalb erstritt Kaul vor Gericht ein Gutachten des Ost-Berliner Wirtschaftshistorikers Jürgen Kuczynski zur »Verflechtung von sicherheitspolizeilichen und wirtschaftlichen Interessen bei der Einrichtung und dem Betrieb des KZ Auschwitz und seiner Nebenlager«.[90]

85 SAPMO-BAB, DY 30/J IV 2/2 A-999, Beschluss des Politbüros, 19.11.1963, Anlage Nr. 1 zum Arbeitsprotokoll der Sitzung Nr. 41 vom 19.11.1963, S. 9. Vgl. dazu ebenfalls SAPMO-BAB, DY 30/J IV 2/3-937, Arbeitsprotokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK, 18.12.1963, Anlage Nr. 7 zum Protokoll Nr. 77/63 vom 18.12.1963, S. 1 f.

86 Neues Deutschland, 9.1.1964.

87 Vgl. bspw. BStU, MfS, AS, Nr. 1306/67, Bd. 1, Bl. 265-268, Bericht Ehemaliges Werk Auschwitz – IG Farbenindustrie, 14.4.1964 (Zitat Bl. 265).

88 Vgl. Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz, Schlussvortrag. Die Plädoyers Kauls, in: Fritz Bauer Institut Archiv, Frankfurter Auschwitz-Prozess, 4 Ks 2/63.

89 Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz, IG Farben – Auschwitz – Massenmord, S. 4. Vgl. auch Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz, IG Farben – Auschwitz – Experimente.

90 Für eine historisch-kritische Würdigung des Gutachtens vgl. Schmaltz, Gutachten. Vgl. auch Weinke, Verfolgung, S. 241 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Da jedoch der Verteidiger Rudolf Aschenauer in Nürnberg 1948/49 einen IG-Angehörigen vertreten hatte, kannte dieser die Dokumente, auf die sich Kuczynski stützte, selbst sehr gut und konnte Kuczynskis lückenhafte Kenntnisse der Quellen offenlegen und letztlich sein Gutachten diskreditieren. Kauls Erfolg, Kuczynski als Sachverständigen in der Hauptverhandlung eingeladen zu haben, stellte sich somit als kurzlebig heraus. Zwar sollte Kauls Insistieren auf dem IG Farben-Komplex den politischen Nebeneffekt haben, dass im Frühjahr 1964 das ehemalige IG-Vorstandsmitglied Heinrich Bütefisch sein ihm soeben verliehenes Bundesverdienstkreuz zurückgeben musste, aber zeitgleich ernannte Bayer Fritz ter Meer anlässlich seines 80. Geburtstags zum Ehrenvorsitzenden und gründete die mit einem Startkapital von 2 Millionen DM ausgestattete Fritz-ter-Meer-Stiftung – ohne dass jegliche öffentliche Kritik laut wurde. Auch im Gerichtssaal verlor Kaul nach und nach an Boden. Seine Beweisanträge zum Lager Monowitz, um die IG Farben zum Verfahrensgegenstand zu machen, wurden nicht zugelassen und seine Versuche, prominente IG-Angehörige wie Fritz ter Meer in die Anklage miteinzubeziehen, wurden abgewiesen. Der vorsitzende Richter versuchte seinerseits den Mammutprozess auf die Tatorte der Angeklagten zu beschränken, und das waren vor allem das Stammlager Auschwitz und Auschwitz-Birkenau. Spätestens im Sommer 1964 mit dem krankheitsbedingten Ausscheiden des einzigen Angeklagten, der als Sanitätsdienstgrad in Auschwitz-Monowitz eine direkte Verbindung zum IG-Komplex aufwies, geriet die Kampagne in eine Sackgasse.

Bei den IG Farben-Nachfolgern selbst (und auch bei der Degussa[91]) nahm man gleichwohl zu Beginn des Prozesses die Anschuldigungen durchaus ernst. Bei Bayer war es wie schon in den fünfziger Jahren Chef-Justiziar Friedrich Silcher, der sich mit den Mitarbeitern der Volkswirtschaftlichen Abteilung und dem Werksarchiv der Sache annahm und eine Reihe von Aktivitäten entwickelte. Ein wichtiger Fokus lag dabei auf der öffentlichen Diskussion. Zum einen verfolgte man in einem eigens angelegten Pressespiegel, wie die Vorwürfe gegen die IG Farben in den Nachrichten aus Ost und West dargestellt wurden und ließ sie im Zweifelsfall von Mitarbeitern des Werksarchivs intern überprüfen.[92] Des Weiteren stieß man detaillierte Nachforschungen an, wo in der Bundesrepublik und im Ausland die Nürnberger Dokumente lagen und vom wem nachgefragt wurden bzw. einsehbar waren.[93] In besonderen Einzelfällen wie der parallel laufenden Auschwitz-Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche wurden Journalisten beauftragt, Berichte über den Inhalt des Gezeigten und dessen Rezeption zu schreiben.[94] Nicht zuletzt nahm Silcher schon

91 Zur Degussa vgl. das Expose der Rechtsabteilung »Tatsachen zum Thema Zyklon B«, April 1961, in EKA, Druckschriften.

92 BAL, 207/10, Presse.

93 Vgl. BAL, 207/10, Übersicht »Archivlage, Zustand der Archivalien, Frequenz der Besucher«, o. D.

94 BAL, 207/10, Brief Ralf Vogel an Friedrich Silcher, 19.11.1964, darin Bericht »Die Auschwitz-Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche«, 18.11.1964.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
frühzeitig Kontakt zur Degussa auf, deren Beteiligung an der Produktion von Zyklon B in der Öffentlichkeit sowie für die SED kein Thema war, und besprach sich darüber, ob einer der Verteidiger für Bayer als »Informationsquelle« geeignet sei.[95] Die wichtigste Maßnahme war jedoch die Ausarbeitung einer ausführlichen Stellungnahme zum IG Auschwitz-Komplex, die gezielt in journalistischen sowie politischen Kreisen verteilt wurde.[96] Grundlage für das Dokument war eine Erklärung von Otto Ambros, die Silcher zu einer 17seitigen Generalverteidigung ausformulierte.[97] Darin nahm er im Grunde genau jene Verteidigungslinie wieder auf, wie er sie 1948 im Schlussplädoyer in Nürnberg zusammengefasst bzw. im Wollheim-Prozess aufbereitet hatte, und wiederholte zum Teil wortwörtlich die damals vorgetragenen Argumente. Auch im Jahr 1964 beharrte Silcher noch auf dem Standpunkt, dass die Handlungen der IG (Bau des Werks, Beschäftigung von KZ-Häftlingen) nur im Zusammenhang mit der in der Deutschland herrschenden »Kommandowirtschaft« gesehen werden könnten, und verwies auf den »Notstand« der IG Farben gegenüber den »Befehlen« der Reichsbehörden.[98] Die Wahrhaftigkeit dieser Ausführungen versuchte Silcher mit den jeweiligen Passagen aus dem Nürnberger Urteil zu beglaubigen, die auch schon nach Prozessende die Rezeption des IG-Prozesses bestimmt hatten.[99] Im selben Stil versuchte Silcher auch die Vorwürfe der wissentlichen Zyklon B-Lieferung an die SS und der medizinischen Experimente zu entkräften, wobei er konkret auf die »sowjetzonale Presse« Bezug nahm. Als sich im Februar bzw. April 1965 tatsächlich auch ehemalige Angehörige der IG Farben im Frankfurter Auschwitz-Prozess als Zeugen äußern mussten, nahmen Otto Ambros, Carl Krauch und Walther Dürrfeld die bereits 1948 in Nürnberg erprobten Standpunkte ein. In der westdeutschen Presse wurde diese Identität der Argumentationslinien nicht wahrgenommen.[100]

Publizistisch sekundiert wurde diese Verteidigungslinie vom Deutschen Industrieinstitut (DI), das die »absurden Propaganda-Gags« aus dem Osten zu kontern versuchte und lautstark gegen die »Geschichtslügen vor deutschen Gerichten« Stellung bezog.[101] Das DI hatte dabei mit der SED seinen ganz eigenen Strauß auszufechten. War das DI laut eigenem Selbstverständnis verantwortlich für eine »breitgefächerte volkswirtschaftliche Aufklärungsarbeit über Leistungen und Grundsätze der freien Unternehmerwirtschaft auf der Grundlage von wissenschaftlich einwandfreien Erkenntnissen«, war es in den

95 BAL, 207/10, Brief Rechtsabteilung der Degussa an Friedrich Silcher, 3.1.1964.
96 BAL, 207/10, Die IG Farbenindustrie und der Bau einer chemischen Fabrik Auschwitz 1941-1944, Juni 1964.
97 Vgl. BAL, 207/10, Brief Otto Ambros an Friedrich Silcher, 21.3.1964.
98 BAL, 207/10, Die IG Farbenindustrie und der Bau einer chemischen Fabrik Auschwitz 1941-1944, Juni 1964, S. 6, 10.
99 Vgl. S. 84 ff. dieser Arbeit.
100 Vgl. BAL, 207/11, Sitzungsprotokolle Auschwitz-Prozess; vgl. Pressestimmen in BAL, 207/10.
101 Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts (1966), Nr. 35.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Augen der SED-Agitatoren jedoch schlicht die »Propagandazentrale der westdeutschen Monopole«.[102] Im Herbst 1965 hatte das MfS Dokumente an die ostdeutsche Presse weitergereicht, die den Direktor des DI, Ludwig Losacker, als Regierungsrat und SS-Sturmbannführer im Generalgouvernement Polen zwischen 1940 und 1943 auswiesen.[103] Während das *Neue Deutschland* verkündete »Vizegouverneur Hitlers heute Monopolsprecher«, beeilte sich das DI der westdeutschen Presse zu versichern, dass die Angaben nur »eine der üblichen Verleumdungen der DDR gegen führende Persönlichkeiten der westdeutschen Wirtschaft und Politik« seien.[104] Zum Gegenangriff ging das DI und der ihm nahestehende Historiker Hans-Eckhardt Kannapin in einem 300 Seiten starken Buch von 1966 über. Schon der vielsagende Titel des Buches (*Wirtschaft unter Zwang*) wies darauf hin, an welches Narrativ hier angeschlossen wurde. Eine einschlägige Begriffsverwendung (»totalitärer Staat«, »totalitäre Diktatur«) und die wiederkehrenden Vergleiche von Stalin- und Hitler-Regime zeugten zudem von der einseitigen Aneignung der Totalitarismustheorie zur Abweisung der »ostzonalen Kritik«.[105] Am Beispiel der Vergabe von Produktionsaufträgen beschrieb Kannapin ausführlich die Zusammenarbeit von staatlichen Behörden, Wehrmacht und SS, um zu verdeutlichen, wie die deutsche Wirtschaft sukzessive einer »totalitären Wirtschaftspolitik« unterworfen und letztlich in den »Krieg gezwungen« worden sei.[106] Der Hauptteil des Textes wandte sich dem Einsatz von ausländischen Arbeitskräften und KZ-Häftlingen zu und war damit eine direkte Antwort auf die diesbezüglichen Forschungsarbeiten der DDR-Historiographie. Die deutsche Wirtschaft sei, so Kannapin, »weder rechtlich, noch politisch« für die Maßnahmen verantwortlich zu machen. Sie habe »keinen Einfluss auf arbeits- und sozialrechtliche Fragen« gehabt, »besonders was die Einsatzbedingungen der nicht-freiwilligen Arbeitskräfte betraf«. Bei deren »Anwerbung« und bei deren »Betreuung« sei kein »Mitspracherecht der deutschen Wirtschaft« gegeben gewesen. Die Verantwortung habe allein bei staatlichen Behörden und der SS gelegen. In diesem Sinne resümierte Kannapin: »Sie [die deutsche Wirtschaft] war eine gelenkte Wirtschaft. Von Zwangsmaßnahmen der Staats- und Parteiführung eingeengt, die sie in die Grenzbereiche der Staatswirtschaft totalitärer Systeme brachte.«[107]

102 Das erste Zitat in der Gründungsakte des Deutschen Industrieinstituts von 1951. Zur Zielsetzung des DI vgl. auch Mansfeld, Gründung. Das zweite Zitat in Berliner Zeitung, 26.11.1965; Der Morgen, 8.1.1966.

103 BStU, MfS, HA IX, Nr. 22808, B. 87, Bericht zu Dr. Ludwig Losacker, o. D.

104 Neues Deutschland, 30.11.1965; Frankfurter Rundschau, 29.11.1965. Losacker blieb bis 1971 Direktor des DI.

105 Kannapin, Wirtschaft, S. XV. Kannapins Vergleiche (wie etwa »Das System der Slaverei in der Sowjet-Union unter der Herrschaft Stalins war großes Vorbild für gleiche Vorhaben im Dritten Reich unter der Herrschaft Hitlers«) stießen in den sechziger Jahren noch keinen geschichtspolitischen Streit an, wie das zwanzig Jahre später Ernst Nolte mit seiner »Prius«-These tun sollte.

106 Ebd., S. 7, 49.

107 Ebd., S. 296.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

So prägend der Auschwitz-Prozess für die westdeutsche Öffentlichkeit war und mit entscheidenden Anteil an der Verjährungsdebatte 1965 hatte[108], so vergleichsweise wenig bedeutsam war er für das Verständnis der Beteiligung der deutschen Unternehmen an den Verbrechen und der Vernichtungspolitik des NS-Regimes. In der kontinuierlichen und ausführlichen Prozess-Berichterstattung des Westens spielte die IG Farben nur eine untergeordnete Rolle.[109] Peter Weiss' Theateradaption des Prozesses *Die Ermittlung*, die einen kausalen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Auschwitz betonte, wurde bezeichnenderweise deutlich häufiger auf ostdeutschen als auf westdeutschen Bühnen aufgeführt.[110] Wenn Kaul für sich und die Kampagne nach der Verkündung des Urteils dennoch ein positives Resümee zog, dann war das vor allem dem Umstand geschuldet, dass seine Argumente zur ideologischen Selbstversicherung in der DDR beigetragen hatten und er selbst in der westdeutschen Öffentlichkeit im Kontrast zur selbstherrlichen Verteidigung durchaus positiv wahrgenommen worden war. Zudem konnte die ablehnende Haltung des Gerichts gegenüber Kauls Anträgen und Plädoyers wiederum als Beleg für die faschistische Justiz in der BRD genutzt werden, die die »Bonner Politik« und ihre »Konzernherren« decke.[111]

In der internen Diskussion zweifelte man aber auch in Ost-Berlin an der »Wirksamkeit« der Nebenklage. Eine »Entlarvung der IG Farben als Drahtzieher« von Auschwitz und eine Aufdeckung der unternehmerischen »Kontinuitäten in der BRD« sei nicht vollständig gelungen – ein Prozess gegen die IG Farben bleibe das Ziel der propagandistischen Anstrengungen der DDR.[112] Als sich kurz darauf ein Anlass bot, griff die SED-Führung zu und ordnete einen eigenen Auschwitz-Prozess an, in dem der ehemalige KZ-Arzt Horst Fischer öffentlichkeitswirksam vorgeführt und im März 1966 zum Tode verurteilt wurde.[113] Fischer war den Untersuchungsorganen des MfS schon länger bekannt, aber erst die zweifelhaften Erfolge im Frankfurter Auschwitz-Prozess waren der Hintergrund, vor dem das MfS den Fall groß aufzog und de facto das Urteil

108 Als Pressedokumentation vgl. dazu Vogel, Weg.

109 Vgl. z. B. die Gerichtsreportagen des FAZ-Journalisten Bernd Naumann, in: B. Naumann, Auschwitz. Zur Auswertung der Presse in Ost und West vgl. Pendas, Frankfurt Auschwitz Trial, S. 249-287, insbesondere S. 278. Vgl. dagegen zum Kuczynski-Gutachten Schmaltz, Gutachten, Fußnote 75.

110 Die Uraufführung des Stücks am 19.10.1965 fand zeitgleich an elf ostdeutschen und fünf westdeutschen Bühnen statt. Im anderen brisanten Dokumentartheaterstück, Rolf Hochhuths *Der Stellvertreter*, wurden die sozioökonomischen Verweise zu deutschen Unternehmen im Nationalsozialismus in der West-Berliner Inszenierung 1963 gleich ganz gestrichen, während Inszenierungen in der DDR gerade diese Aspekte aufgriffen. Vgl. Marshall, Theater, S. 153 bzw. 198 f.

111 Vgl. Neues Deutschland, 20.8.1965.

112 SAPMO-BAB, DY 6/1625, Vermerk des Nationalrats der Nationalen Front, 6.4.1965.

113 Zum Fischer-Prozess vgl. Dirks, Verbrechen, S. 201 ff.; Dirks, Vergangenheitsbewältigung; Rosskopf, Kaul, S. 273-287; Weinke, Verfolgung, S. 246 f.; Wagner, IG Auschwitz, S. 317 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
präjudizierte.[114] Wenngleich Fischers Tatbeteiligung an Selektionen zum Massenmord als leitender SS-Arzt und zeitweiliger stellvertretender Standortarzt nicht zu bestreiten war, so war die nur zehn Tage dauernde Verhandlung doch nach dem Muster eines Schauprozesses organisiert und sollte gezielt auf den parallel laufenden zweiten Frankfurter Auschwitz-Prozess Einfluss nehmen. Im Ost-Berliner Verfahren nahm die Generalstaatsanwaltschaft der DDR Fischers individuelle Taten zum Anlass, um in ihrer Anklageschrift anhand der Nürnberger Dokumente noch einmal die Verantwortung der IG Farben für das gesamte KZ Auschwitz zu behaupten, und auch das Gerichtsurteil resümierte, dass eigentlich hinter Fischers »Verbrechen maßgeblich die am Profit interessierte Industrie des faschistischen Deutschlands stand«.[115] Dieses Deutungsmuster fand jedoch weiterhin nur in der SED-Propaganda und in der von der Partei gelenkten Presse Verbreitung: »Neben dem Auschwitzarzt Fischer sitzt auf der Anklagebank unsichtbar der IG-Farbenkonzern«, schrieb bspw. die *Berliner Zeitung*.[116] Auch die ostdeutsche Wirtschaftsgeschichte sekundierte mit entsprechenden Veröffentlichungen zur Geschichte der chemischen Industrie und den IG Farben.[117] Die westdeutschen Medien hingegen begleiteten den Fischer-Prozess unverhohlen skeptisch als politisch »großangelegte Kampagne gegen die IG Farben«.[118] Die SED-Spitze zog derweil aus den Prozess-Aktivitäten sowohl intern als auch öffentlich ihre ganz eigenen Schlüsse. Die Aufgabe, das Auschwitz-Verfahren in ein »Tribunal gegen die IG Farben zu verwandeln«, sei nun »im Wesentlichen erfüllt«; die Beteiligung

114 Vgl. BStU, MfS, HA XX, Nr. 3844, Bl. 28-42, Abschlussbericht zum Operativen Vorgang 111/65, 13.5.1965. Zum »Strafvorschlag« vgl. BStU, MfS, HA IX/10, ZUV 84, Bd. 17, Bl. 23, Information über die Vorbereitung und Durchführung des Prozesses gegen den SS-Arzt Dr. Fischer vor dem Obersten Gericht der Deutschen Demokratischen Republik, 2.3.1966. Fischer war ursprünglich im Jahr 1964 wegen seiner »Westkontakte« ins Visier der Staatssicherheit geraten.

115 BStU, MfS, SdM, Nr. 646, Bl. 1-96, Anklageschrift des Generalstaatsanwaltschaft der DDR gegen Dr. med. Horst Paul Sylvester Fischer, 24.2.1966; BStU, MfS, SdM, Nr. 1221, Bl. 223-272, Urteil des Obersten Gerichts der DDR, 1. Strafsenat, 25.3.1966 (Zitat Bl. 271). Zum Fokus des Verfahrens auf die IG Auschwitz vgl. Dirks, Verbrechen, S. 258 ff.

116 Vgl. exemplarisch Neues Deutschland, 9.3.1966; Der Morgen, 11.3.1966; Junge Welt, 11.3.1966 (»Er mordete für die IG Farben«); Neue Zeit, 12.3.1966; Neues Deutschland, 13.3.1966 (»Das IG-eigene Krematorium«); Junge Welt, 12./13.3.1966 (»Sklave für die IG Farben oder Tod durch Zyklon B«); Neues Deutschland, 18.3.1966; Berliner Zeitung, 25.3.1966 (Zitat); Neues Deutschland, 27.3.1966.

117 Das *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* widmete 1996 diesem Zweck einen ganzen Band (Heft 3) mit sieben Beiträgen; vgl. ebenfalls Schreyer, IG Farben-Konzern.

118 Sender Freies Berlin, 25.3.1966 (Zitat). Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.3.1966; Die Welt, 26.3.1966; Süddeutsche Zeitung, 28.3.1966 (»Der KZ-Arzt und die Hintermänner«); Der Spiegel, 28.3.1966. Ausnahmen waren die linken westdeutschen Zeitungen, vgl. Die Tat, 19.3.1966; Das andere Deutschland, Januar 1966.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der DDR am Prozess sei ein »politischer Erfolg«.[119] Auch wenn es richtig war, dass die westdeutschen Medien regelmäßig von den Auftritten Kauls berichtet hatten und der »Komplex Fischer« tatsächlich einen Einfluss auf die zweite Frankfurter Verhandlung gehabt hatte – Fischer war selbst als gezielt instruierter Zeuge der Nebenklage Kauls in Frankfurt aufgetreten –, war das Schulterklopfen in den Reihen der SED-Spitze doch ein kollektiver Akt des konsensuellen Selbstbetrugs.

Im Urteil des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses fand der Komplex IG Auschwitz so gut wie keine Erwähnung, die westdeutsche Presse hatte im Wesentlichen einen anderen Fokus und auch nach Prozessende bemühten sich die Verteidiger, Kauls Argumente weiter zu diskreditieren.[120] Ebenso hatte der zweite Auschwitz-Prozess die IG Farben alles andere als in den Mittelpunkt der Verhandlung gestellt, und die mediale Aufmerksamkeit war schon deutlich gesunken. Mit anderen Worten: »Das KZ Buna/Monowitz kam mithin in den Frankfurter Auschwitz-Prozessen im Grunde nicht vor.«[121] Die Behauptung von der »Blutschuld« der IG Farben war weder im Gerichtssaal noch in der westdeutschen Öffentlichkeit wirklich ernst genommen und geprüft worden. In Reaktion auf die von Kaul später gestellte Strafanzeige gegen IG-Angehörige wurden Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft Frankfurt gegen den Betriebsleiter des Werks in Auschwitz, Walther Dürrfeld, aufgenommen – und bald wieder eingestellt.[122] Die öffentliche Diskussion hatte die IG Farben-Nachfolger unter anderem in Leverkusen zwar kurz aufgeschreckt, aber im Generellen galt: In der Bundesrepublik konnten sich die Großunternehmen vorerst noch der großen öffentlichen Aufmerksamkeit entziehen. In Ost-Berlin wurden unterdessen weitere Maßnahmen zur Entdeckung von NS-Belasteten getroffen[123] und man wartete auf eine weitere Gelegenheit, ein deutsches Unternehmen pars pro toto auf juristischer Bühne vorführen und bloßstellen zu können.

119 SAPMO-BAB, DY 30 J IV 2/3/1113, Protokoll Nr. 73/65 der Sitzung des Sekretariats, 30.9.1965, Anlage Nr. 6 zum Protokoll Nr. 73 vom 30.9.1965, S. 1 bzw. 2; vgl. auch Neues Deutschland, 17.9.1966 (»Verbrecherrolle der IG Farben erneut nachgewiesen«); Hirthe, Ergebnisse.

120 Vgl. das Urteil des Landgerichts Frankfurt am Main in der Strafsache gegen Milka und andere vom 19./20. August 1965, abgedruckt in Gross/Renz, Frankfurter Auschwitz-Prozess, S. 575-1208, insbesondere S. 609. Zu den Publikationen der Verteidigung vgl. Laternser, Andere Seite.

121 Renz, KZ Buna/Monowitz, S. 12.

122 Dürrfeld war zu diesem Zeitpunkt schon vernehmungsunfähig erklärt worden und starb ein Jahr später an den Folgen seiner schweren Erkrankung. Die anderen von Kaul bezichtigten IG-Angehörigen waren bereits in Nürnberg verurteilt worden, und ein Abkommen mit den Alliierten ließ eine erneute Strafverfolgung nicht zu.

123 Im Februar 1968 wurde im MfS die neue Abteilung 11 der HA IX gegründet, die fortan mittels einer eigenen Materialsammel- und -aufbereitungsstelle die Recherchebemühungen um belastende Dokumente vorantreiben und bündeln sollte, um weitere Personen aus den Bereichen Politik, Verwaltung, Militär und Wirtschaft in der Bundesrepublik anzugreifen, vgl. Leide, NS-Verbrecher, S. 101.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

3.3 Der Gerichtsprozess »Abs, Deutsche Bank vs. Czichon«

Kampfzeit 1968

Die eingangs angeführten Impulse eines geschichtskulturellen Wandels in der Bundesrepublik ab 1958 können verstanden werden als Bestandteile eines generellen politischen und gesellschaftlichen Wandels, der die sechziger Jahre bestimmte. Anhand der Stichworte »Demokratisierung«, »Bildungsreform«, »Mitbestimmung«, »Emanzipation«, »Kritik am ›Establishment‹« und angesichts des Übergangs von konservativ-bürgerlichen hin zu sozialliberalen Bundesregierungen werden die sechziger Jahre als eine »Dekade des Aufbruchs« bewertet.[124] In der Rückschau werden häufig die damals umstrittenen Veränderungen auf die Chiffre »1968« reduziert bzw. auf die sogenannte »68er-Generation« als Träger dieser Aufbruchs konzentriert. Tatsächlich waren jedoch die gesamten sechziger Jahre eine »Phase der Gärung«, in der sich eine »Fülle von Veränderungsimpulsen wechselseitig verstärkten«.[125] Die Studentenproteste waren ein Teil dieses Prozesses und verstärkten seinen Grundton nachhaltig.

Die Kontroverse um die »Springer-Presse«, der Schah-Besuch, der Tod Benno Ohnesorgs, die Notstandsgesetze der Großen Koalition, der von den USA geführte Vietnamkrieg – all diese Ereignisse hatten kumulativ zu einer Zuspitzung des »außerparlamentarischen« bzw. studentischen Protestes geführt. Und neben den oben genannten Stichworten war die »unbewältigte Vergangenheit« einer der zentralen Mobilisierungsbegriffe der Protestbewegung. Der studentische Protest hatte zwar die Konfrontation mit der NS-Vergangenheit nicht selbst initialisiert, sondern vielmehr einen bereits angelaufenen Prozess »dramatisiert und popularisiert«.[126] Jedoch war es insbesondere die emotionale Vehemenz des lautstarken Protests, die den öffentlichen Vergangenheitsdiskurs endgültig gegenüber kritischen Tönen öffnete – und dabei weiter polarisierte. Denn der Anteil der westdeutschen Bevölkerung, der einen Schlussstrich einforderte, war nach einer kurzen Sensibilisierung Ende der fünfziger Jahren schon wieder in der Mehrheit.[127]

Die studentische Empörung über die in vielen gesellschaftlichen Bereichen als mangelhaft empfundene »Vergangenheitsbewältigung« nach 1945 bekam insbesondere das unmittelbare Hochschulpersonal zu spüren.[128] Unterstützt von jüngeren oder zur NS-Zeit emigrierten Professoren begann sich ab 1964 an westdeutschen Universitäten ein akademischer Diskurs zu entwickeln, der die personellen sowie geistigen Kontinuitäten der NS-Zeit herausstellte und scharf kritisierte. Ob in Seminaren oder Ringvorlesungen, Podiumsdiskussionen oder

124 Doering-Manteuffel, Westernisierung, S. 311.
125 Schönhoven, Aufbruch. S. 127.
126 Jarausch, Critical Memory, S. 21.
127 Vgl. entsprechende Umfrageergebnisse zwischen 1958 und 1969 in Siegfried, Aufarbeitung, S. 108.
128 Vgl. etwa Seeliger, Braune Universität. Dazu und zum Folgenden vgl. Rusinek, Akademische Diskurse; Schmidtke, New German Left.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Lesekreisen – die Politisierung des studentischen Diskurses ging einher mit einer Revitalisierung linker Faschismustheorien, die die NS-Vergangenheit und BRD-Gegenwart gleichermaßen zu kritisieren suchten und den Kapitalismus als ihre verbindende Grundlage begriffen.[129] Hatte die Totalitarismustheorie den Vergangenheitsdiskurs in den fünfziger Jahren bestimmt, wurde diese in den sechziger Jahren durch die Renaissance eines marxistischen, aber auch eines nicht-marxistischen Faschismusbegriffs zunehmend in Frage gestellt.[130] Die seit 1964 herausgegebenen Ausgaben der Zeitschrift *Das Argument* zu »Faschismus-Theorien«, die sich vereinzelt an westdeutschen Universitäten etablierende marxistische Geschichtsschreibung jenseits der sowjetischen Orthodoxie oder die Kritische Theorie der Frankfurter Schule waren die akademischen Institutionen, deren alternative Deutungsangebote in studentischen Kreisen popularisiert und zugespitzt wurden – was nicht selten zu deren Verflachung und Trivialisierung führte. »Wer vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«, dieser viel zitierte Satz Horkheimers und der später inflationäre Gebrauch des Worts »Faschismus« zeugten von dem Bemühen einer »zunächst theoretischen, dann aber auch politisch-moralischen Delegitimierung« der Bundesrepublik mittels der NS-Zeit.[131]

In diesem antikapitalistisch ausgerichteten Faschismus-Diskurs gerieten auch deutsche Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit in den Fokus. Das geschah zum einen auf der Ebene des studentischen Protests, wo unter anderem auf Podiumsdiskussionen oder in Flugschriften regelmäßig die in Nürnberg verurteilten Unternehmen wie die IG Farben als Verkörperung der »faschistischen Kontinuität« dargestellt wurden.[132] Gerade in diesen Schriften ließ sich feststellen, dass die Materialsammlungen der SED-Kampagnen und die offiziellen Deutungsmuster der DDR-Wirtschaftsgeschichte vom »Monopolkapitalismus« durchaus Anschluss fanden.

Auch auf der Ebene des akademischen Faschismus-Diskurses wurde die Geschichte der Unternehmen neu diskutiert. Während die bundesrepublikanische Geschichtswissenschaft der Frage nach dem Verhältnis von Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus keine große Beachtung geschenkt und die Wirtschaftsgeschichte der DDR Anfang der sechziger Jahre begonnen hatte, das Thema im Rahmen ihres marxistisch-leninistischen Geschichtsverständnisses konsequent zu verorten, war es 1966 der britische Historiker und

129 Vgl. bspw. Bauer/Abendroth, Faschismus. Vgl. zu marxistischen Faschismus-Theorien generell Kershaw, NS-Staat, S. 50-54.

130 Zu den nicht-marxistischen Faschismus-Interpretationen gehörten insbesondere die Arbeiten von Ernst Nolte (*Faschismus in seiner Epoche*) und jene aus dem Bereich der Modernisierungstheorien, vgl. dazu Kershaw, NS-Staat, S. 54-60; Hildebrand, Das Dritte Reich, S. 172 f.

131 Lübbe, Bewusstsein, S. 346.

132 Bspw. die Studentenschrift »Vernichtungswissenschaft. Ein Beitrag zum Thema Mörder und Mäzene«, Universität Bonn, 1968. Eine Kopie in: BStU, MfS, HA XX, Nr. 4369.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Marxist Tim Mason, der sich zwischen alle Stühle setzte und den Anstoß für eine breit geführte »Primat-Debatte« gab.[133] Mason kritisierte beide Interpretationslinien als zu einseitig. Die historische Forschung im Westen nivelliere die Bedeutung der Wirtschaft im »Dritten Reich« als einen Bereich unter vielen und überbewerte den ideologischen Charakter der vermeintlich »hemmungslosen politischen Diktatur«; die marxistische Geschichtswissenschaft wiederum behandele die Politik als reinen bestandssichernden Überbau der jeweiligen sozioökonomischen Basis und verneine die Existenz eines autonomen politischen Bereichs.[134] Die »Irrationalität« der NS-Politik in der Kriegsphase könne jedoch nicht mit den imperialistischen Interessen des Monopolkapitals erklärt werden, ja die Politik sei ihren Interessen in wesentlichen Punkten sogar zuwidergelaufen. Mason argumentierte daher in der Mitte zwischen den beiden Positionen und erklärte die »schwerwiegenden Strukturveränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft« zur Ursache, die spätestens ab 1936/37 die »Verselbstständigung des nationalsozialistischen Staatsapparats, [… das] ›Primat der Politik‹« ermöglicht habe.[135] Masons Insistieren auf dem marxistischen Paradigma rief hingegen die Wirtschaftshistoriker der DDR auf den Plan. Eberhard Czichon stellte Masons These das »Primat der Industrie« entgegen und versuchte dieses empirisch unter anderem anhand der IG Farben und der Deutschen Bank zu belegen – was Mason wiederum kritisierte.[136] Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler kanzelten Mason apodiktisch ab und beharrten schlicht auf der klassischen marxistisch-leninistischen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.[137] Die in den Beiträgen zugespitzte Dichotomie zwischen einem Primat der Politik und einem Primat der Wirtschaft sollte die westdeutsche Debatte zwischen der »liberal-bürgerlichen« und der orthodoxen marxistischen bzw. der nicht orthodoxen marxistischen Geschichtsschreibung um das Verhältnis von Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus bis in die achtziger Jahre prägen[138] – z. B. über die Frage nach der Rolle der deutschen Wirtschaft bei Hitlers Aufstieg zur Macht.[139] Insbesondere Masons Diktum vom »Primat der Politik« sollte entgegen seiner ursprünglich intendierten Bedeutung einen verstärkten Gebrauch in jenen akademischen Kreisen erfahren, die die deutsche Wirtschaft einer »totalitären« Diktatur unterworfen sahen, und damit zurück in den Totalitarismusdiskurs wirken.[140] Ebenfalls für die

133 Zur Primat-Debatte vgl. grundsätzlich Kershaw, NS-Staat, S. 80-111; Sachse, Revisited; Käppner, Geschichte, S. 167-174.
134 Mason, Primat der Politik, S. 473.
135 Ebd., S. 474.
136 Czichon, Primat der Industrie; Mason, Primat der Industrie.
137 Eichholtz/Gossweiler, Politik und Wirtschaft.
138 Vgl. Kershaw, NS-Staat, S. 86 ff.
139 Vgl. bspw die Debatte zwischen Henry Ashby Turner und David Abraham: Turner, Big Business (auf deutsch in: Turner, Faschismus); Abraham, Collapse; Turner, Großunternehmen.
140 Bspw. Bracher, Diktatur, S. 364.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Selbstdarstellungen der deutschen Unternehmen sollte sich Masons Begriff als anschlussfähig erweisen.

Diese Primat-Debatte war nicht zuletzt auch der erste große Auftritt auf der westdeutschen Bühne für einen bislang eher unbedeutenden DDR-Historiker gewesen: Eberhard Czichon.

Publizistischer Streit um die Deutungshoheit

Eberhard Czichon war in der akademischen Geschichtsschreibung der DDR ein Außenseiter. Er hatte nach einer absolvierten Lehre zum Großhandelskaufmann an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät Geschichtswissenschaft studiert und arbeitete danach als Lektor in verschiedenen Verlagen, später am Institut für Heimatmuseen beim Ministerium für Kultur. Er beschäftigte sich neben seiner Arbeit in der staatlichen Fachstelle mit biographischen Studien. Zugleich hatte Czichon an einer Dissertation über das Ende der Weimarer Republik und die Frage der Unterstützung Hitlers durch die deutsche Industrie geschrieben. Der Umstand, dass Czichons Doktorvater, Prof. Werner Richter, seine Thesen nicht mittragen wollte und die Promotion ausgesetzt wurde, lässt die Frage offen, ob Czichons Argumentation aus fachlichen oder aus parteidisziplinarischen Gründen abgelehnt worden war. Czichon scheint mit seinen Meinungen und Haltungen bei Kollegen und Parteigenossen regelmäßig angeeckt zu haben, und auch in der eigenen Rückschau beschreibt Czichon sich selbst als Kommunisten, der keinem Streit ausgewichen sei.[141] Czichon war zwar mit 18 Jahren SED-Mitglied geworden und hatte kurze Zeit auch für die Staatssicherheit als Inoffizieller Mitarbeiter gearbeitet. Er war jedoch immer wieder mit staatlichen und parteilichen Stellen in Konflikt geraten und war ein eigenwilliger Einzelgänger.

Auf einer Archivreise in Westdeutschland im Sommer 1966 hatte Czichon den Verlagsleiter des Pahl-Rugenstein Verlags, Paul Neuhöffer, kennengelernt, der gleichzeitig auch Redakteur der politischen Fachzeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* war. Der Pahl-Rugenstein Verlag war eine Art Schnittstelle zwischen Sozialismus ostdeutscher Provenienz und westdeutschem Marxismus. Auf der einen Seite unterhielt der Verlag enge Verbindungen zur SED, wurde zeitwillig auch von ihr finanziell unterstützt und verlegte Sachbuchautoren sowie wissenschaftliche Literatur der DDR in Lizenzausgaben für den westdeutschen Markt. Auf der anderen Seite gab der Verlag eine Reihe von Texten heraus, die insbesondere in der westdeutschen Studentenbewegung rezipiert wurde und die zum Teil auch in der DDR erhältlich waren. Paul Neuhöffer überzeugte Czichon, die Vorarbeiten für seine Dissertation für eine Broschüre zusammenzufassen, die 1967 unter dem Titel *Wer verhalf Hitler*

141 ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon: Kritische Erinnerungen an den (Abs-)Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zur Macht? in Köln erschien.[142] Darin bediente sich Czichon des klassischen marxistischen Interpretationsrahmens der Agententheorie, um anhand des Keppler-Kreises zu erklären, wie »eine Mehrheitsgruppe deutscher Industrieller, Bankiers und Großagrarier Hitlers Kanzlerschaft gewollt und organisiert« habe. Für Czichon stand fest, dass »Industrielle und Bankiers von Hitler eine neue Aufrüstung erwarteten, um über sie eine höhere Rendite ihres Kapitals zu erzielen, und dass er sie gleichzeitig […] vor der wachsenden Kampfbereitschaft der Massen schützen sollte.«[143] Die Broschüre erlangte insbesondere unter Studenten und Gewerkschaftern einen besonderen Status und wurde auch in Wirtschaftskreisen wahrgenommen.[144] Insbesondere das Deutsche Industrieinstitut und sein Mitarbeiter Hans-Eckhardt Kannapin polemisierten lautstark gegen die »tendenziöse Einengung der historischen Fakten auf die Zielsetzung eines Schuldspruchs gegen Wirtschaft und Industrie«.[145]

An diese erste erfolgreiche Zusammenarbeit anknüpfend regte Neuhöffer an, dass Czichon Nachforschungen anstellen solle, welches Material zu Hermann J. Abs und der Deutschen Bank in der DDR verfügbar war. Im Zuge dieser Recherchen stieß Czichon im Frühjahr 1967 im Keller des Deutschen Wirtschaftsinstituts (DWI) auf einen riesigen Bestand an Akten der Deutschen Bank. Die Vorgeschichte der Akten kannte Czichon damals nicht:[146] Die Berliner Zentrale der Deutschen Bank hatte angesichts der auf die Reichshauptstadt vorrückenden Roten Armee ihren Führungsstab nach Hamburg verlagert und nur einige wenige Akten des Generalsekretariats mitgenommen, während der Großteil von über 12.000 Akten, darunter auch Abs' persönliche Korrespondenz, in Berlin verblieb. Als die sowjetische Militärverwaltung 1946 die Schließung der Deutschen Bank anordnete, wurden die Akten verschiedener Großbanken zentral gesammelt. Erst Mitte der fünfziger Jahre waren es dann die Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski und Hans Radandt, die die Akten ins DWI überführen ließen und für mehrere Veröffentlichungen auswerteten. Ungeachtet (oder unwissend) dessen waren die Akten für Czichon und Neuhöffer ein spektakulärer Fund, und sie vereinbarten einen umfassenden Artikel über die Deutsche Bank für die *Blätter*. Czichon saß nun in den folgenden Monaten nach seiner eigentlichen Arbeit im Keller des DWI und versuchte, die Akten systematisch zu erschließen. Da er wiederholt Schwierigkeiten mit dem Fachvokabular hatte, wandte sich Czichon als Privatperson unter anderem auch an Abs selbst, stellte sich als Historiker vor, der zum »Problem der modernen deutschen Industrieentwicklung« schreibe, und bat um biographische Informationen.[147] Abs ließ Informationen über Czichon und seine in West-Berlin wohnende Mutter einholen, auf deren Grundlage er entschied, gar nicht

142 Czichon, Hitler.
143 Ebd., S. 54 f.
144 Vgl. Kühnl, Rezension.
145 Kannapin, Kritische Bemerkungen, S. 19.
146 Zur Überlieferungsgeschichte der Akten vgl. Müller, Überlieferung.
147 HADB, V01/4911, Eberhard Czichon an Hermann J. Abs, 10.6.1967.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
erst zu antworten, um »jeder Argumentation von vornherein aus dem Weg zu gehen«.[148] Kurz darauf erschienen in den *Blättern* der erste und zweite Teil von Czichons Artikel, der aufgrund seiner Textlänge von Neuhöffer auf drei verschiedene Ausgaben aufgeteilt worden war.[149] Angesichts der Vorwürfe, die dort versammelt waren, wandte sich Abs an Viktor Renner, einen der Herausgeber der *Blätter*, und bat höflich um »ein erklärendes Wort« zu »dieser an übelste Ostpropaganda gemahnende Lügenhaftigkeit«.[150] Renner intervenierte bei Neuhöffer und schied aus Protest aus dem Kreis der Herausgeber aus, woraufhin Neuhöffer Abs anbot, eine Gegendarstellung abzudrucken. Zudem entschied der Herausgeberkreis, den angekündigten dritten Teil von Czichons Artikel nicht mehr zu veröffentlichen.[151] Abs erwog anfangs trotz des Arbeitsaufwandes tatsächlich eine Gegendarstellung, für die der Leiter des Historischen Archivs der Deutschen Bank Fritz Seidenzahl bereits erste Vorarbeiten leistete. Abs verzichtete aber schließlich darauf, nicht zuletzt weil die Versuche, die Akten in Berlin einsehen zu können, ins Leere liefen.[152]

Während Abs sich zu diesem Zeitpunkt noch zurückhielt und eine öffentliche Diskussion vermeiden wollte, waren es andere, die Abs öffentlichkeitswirksam Schützenhilfe geben wollten. Das Deutsche Industrieinstitut bot wiederholt der Deutschen Bank und Abs an, aktiv zu werden, und verwies darauf, dass die *Blätter* – und damit die Czichon-Artikel über Abs – sogar im Schulunterricht Verwendung finden würden.[153] Ähnlich stellte sich der Vorstandsvorsitzende der Daimler-Benz AG, Heinz Schmidt, seinem Aufsichtsratsvorsitzenden Abs zur Seite und versorgte ihn in den kommenden Monaten mit Informationen und Zeitungsartikeln zu Czichon und dessen Rezeption in der Bundesrepublik. Gemeinsam waren Schmidt und das Deutsche Industrieinstitut sich einig, dass sich »irgendeine Stelle systematisch mit der Zurückweisung der Vorwürfe« befassen solle – ein »waschechter Public-Relations-Mann« sei hier »wichtiger als ein gelehrter Doktor«.[154]

Die Initiative ergriffen Schmidt und das Deutsche Industrieinstitut im Januar 1968, nachdem Czichon vom Kölner Allgemeinen Studentenausschuss und dem »Republikanischen Club Köln« eingeladen worden war, um über den »Einfluss der Banken und des Kapitals auf die Politik in Deutschland seit 1930«

148 HADB, V01/4911, Auskunft zu Eberhard Czichon, 11.7.1967; Notiz Sekretariat Abs, 14.7.1967; Hermann J. Abs an Richard Freudenberg, 14.7.1967.
149 Czichon, Abs (I) und (II).
150 HADB, V01/4911, Hermann J. Abs an Viktor Renner, 11.9.1967.
151 HADB, V01/4911, Viktor Renner an Hermann J. Abs, 13.9.1967, 19.9.1967, 6.10.1967; Paul Neuhöffer an Hermann J. Abs, 9.10.1967.
152 HADB, V01/4911, Fritz Seidenzahl an Hermann J. Abs, 3.10.1967, 13.10.1967; Hermann J. Abs an Paul Neuhöffer, 14.11.1967, 23.2.1968; Paul Neuhöffer an Hermann J. Abs, 28.2.1968; Deutsche Bank Justiziar Wolfgang Büsselberg an Paul Neuhöffer, 6.3.1968; Paul Neuhöffer an Wolfgang Büsselberg, 13.3.1968.
153 HADB, V01/4911, G. Triesch an O. G. Pirkham, 19.7.1967.
154 HADB, V01/4911, Heinz Schmidt an Hermann J. Abs, 28.7.1967, 3.11.1967, 22.2.1968, 1.10.1968; Notiz Hans-Eckhardt Kannapin, 12.11.1968 (Zitat).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zu sprechen.[155] Das DI beauftragte Kannapin, die Veranstaltung zu besuchen und mit Czichon Kontakt aufzunehmen. Nachdem Czichon seinen Vortrag gehalten hatte, passte Kannapin ihn und seinen Begleiter, den Abteilungsleiter beim DWI Hans Tammer, in der Hotelbar ab und versuchte ihn bei einem feucht-fröhlichen Gang durch die Kölner Altstadt über die Aktenlage der Deutschen Bank in Ost-Berlin auszuhorchen. Czichon und Kannapin scheinen ihre Rollen durchaus genossen zu haben, wie ein Vergleich ihrer jeweiligen Berichte andeutet. Während sie sich in ihren offiziellen Berichten gegenseitig als MfS- bzw. BND-Mitarbeiter und des übermäßigen Alkoholkonsums bezichtigten, waren sie sich offenbar gar nicht so unsympathisch. In der Sache ging es vor allem um die Akten, deren Besitz geschichtspolitischen Zündstoff barg. Während Czichon in seinem Reisebericht an das MfS beflissen darlegte, dass es wichtig sei, die Akten gegen »missbräuchliche Benutzung« zu schützen, mutmaßte Kannapin in seinem Bericht an das Deutsche Industrieinstitut, Schmidt und letztlich Abs, dass man über Czichon vielleicht an Kopien der Deutsche Bank-Akten herankäme.[156] Konsequenz dieser Begegnung in Köln war, dass Czichon und Kannapin sporadisch in Kontakt blieben und Schmidt alle weiteren Informationspuzzleteile an Abs nach Frankfurt am Main weitergab. In Ost-Berlin hingegen schaltete sich nun erstmals die Staatssicherheit ein, und MfS-Chef Mielke nahm sich der Angelegenheit persönlich an. Hatten Czichon und Neuhöffer offenbar bisher ihr Abs-Buch eigenständig vorangetrieben, war das MfS durch den Reisebericht Czichons auf den Aktenberg im Deutschen Wirtschaftsinstitut aufmerksam geworden. Die für NS-Recherchen zuständige Hauptabteilung IX/11 zählte zusammen mit der Hauptabteilung XVIII im Keller des DWI gut 35.000 Akten – davon ca. 12.000 von der Deutsche Bank und ca. 18.000 von der Dresdner Bank. Mielke veranlasste umgehend die Überführung der Akten ins Deutsche Zentralarchiv in Potsdam, wobei ein besonderer Teil von 573 Vorstandsakten der Deutschen Bank, darunter 41 Akten mit dem persönlichen Schriftverkehr Abs', für die Dokumentenablage des MfS zurückgehalten wurde.[157] Neuhöffer hatte Czichon vorgeschlagen, die drei Artikelteile[158] zu einem umfassenden Buch auszuarbeiten, und auch hier meldeten sich nun staatliche Stellen. Das Büro für Urheberrecht der DDR forderte, dass Czichons Buch erst in der DDR und dann vom Pahl-Rugenstein Verlag als Lizenzausgabe in der Bundesrepublik erscheinen sollte.

155 HADB, V01/4911, Ludwig Losacker an Hermann J. Abs, 23.1.1968; Heinz Schmidt an Hermann J. Abs, 22.2.1968.

156 Czichons Reisebericht in BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd. 1, Bl. 6-7. Der Bericht von Kannapin in HADB, V01/4911, Ludwig Losacker an Hermann J. Abs, 23.1.1968, bzw. Bericht Hans-Eckhardt Kannapin, 22.1.1968.

157 Vgl. BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd. 1, Bl. 11-13, Information über die bei dem Deutschen Wirtschaftsinstitut lagernden Aktenbestände der Deutschen Bank und der Dresdner Bank, 20.4.1968; Bl. 20, Aktenvermerk, 6.11.1968; Bl. 22, Aktenvermerk Hauptmann Zank, 3.12.1968. Vgl. dazu auch Müller, Überlieferung, S. 403 f.

158 Der dritte Teil erschien erst 1969 in einer Studentenzeitschrift: Czichon, Beispiel.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Die folgende Diskussion führte dazu, dass Czichon zusagte, zwei »Fassungen« zu schreiben, die letztlich auch nicht textidentisch waren. Czichon arbeitete somit an mehreren Buchprojekten gleichzeitig – auch eine biographische Auftragsarbeit musste in jenem Zeitraum fertiggestellt werden[159] –, und unter erheblichem Zeitdruck wurde die ostdeutsche Ausgabe *Hermann Josef Abs. Porträt eines Kreuzritters des Kapitals* pünktlich zur Leipziger Buchmesse im Herbst 1969 veröffentlicht. Die westdeutsche Ausgabe mit dem Titel *Der Bankier und die Macht* folgte im Januar 1970, deren Auflage in Höhe von 5000 Stück angeblich schnell vergriffen war.[160]

Die zwei Ausgaben waren vom Grundtenor ähnlich, unterschieden sich jedoch in ihrem inhaltlichen Umfang und ihrer formalen Gestaltung. Während sich die DDR-Ausgabe stärker auf die Person Abs konzentrierte und nicht zuletzt auch äußerlich als Biographie gestaltet war, weitete die umfangreichere Ausgabe für den bundesrepublikanischen Markt den inhaltlichen sowie theoretischen Fokus und war auch formal als wissenschaftliche Studie angelegt. Der voluminöse Fußnotenapparat, die Dokumentation von ausgewählten Aktenstücken und das ausführliche Quellen- und Literaturverzeichnis in der westdeutschen Version unterstrichen diesen wissenschaftlichen Anspruch. Imperialismus- bzw. faschismustheoretisch unterfüttert und im Deutungsrahmen des Staatsmonopolistischen Kapitalismus eingepasst, legte das zweite Buch detaillierter den Aufstieg der Deutschen Bank zu Deutschlands bedeutendster »Monopolbank« dar, um dann in der Person Hermann J. Abs die Verkörperung der Kontinuität imperialen Machtstrebens der deutschen Großindustrie in allen Facetten aufzuzeigen. Der Schwerpunkt des Textes lag auf dem Zeitraum 1933 bis 1945, um zu verdeutlichen, wie die Deutsche Bank an der Planung und Umsetzung des Hitler-Faschismus beteiligt gewesen sei und welche Rolle Abs dabei gespielt habe. Der habe nicht nur die Kriegsziele einer Neuordnung »Groß-Europas« maßgeblich mitformuliert, sondern habe das Expansionsprogramm auch selbst umgesetzt, indem er den deutschen Truppen folgend die führenden Finanzinstitute der okkupierten Länder für die Deutsche Bank übernommen habe. Darüber hinaus habe Abs im Deutschen Reich an einer Vielzahl von »Arisierungen« mitgewirkt, bei denen er sich zum Teil sogar persönlich bereichert habe.[161] Der Text beschränkte sich jedoch nicht auf die NS-Zeit. Vielmehr verwandte Czichon gut ein Drittel des Textes (in der Ost-Ausgabe sogar die Hälfte) darauf, das Wirken von Abs nach 1945 nachzuzeichnen. Abs' Entnazifizierung, sein Vorsitz bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, seine Leitung der deutschen Delegation bei der Verhandlung des Londoner Schuldenabkommens – das alles waren für Czichon die Stationen einer ungebrochenen Karriere sowie der Nachweis, dass die Westalliierten

159 Gereke, Landrat.

160 Vgl. ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon, Kritische Erinnerungen an den (Abs-)Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013, S. 7.

161 Vgl. Czichon, Kreuzritter, S. 39 ff., 84 f., 92 ff.; Czichon, Bankier, 83 ff., 101 ff., 104 f., 121 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
kein nachhaltiges Interesse an der Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse und der Zerschlagung der Banken gehabt hatten. Abs' Person, seine politische Nähe zu Adenauer und seine Vielzahl an Aufsichtsratsmandaten würden die immer noch bestehende Machtverflechtung von Politik und Wirtschaft verkörpern, die letztlich nichts anderes sei als die kontinuierliche Expansion und Aggression des Kapitals.[162]

Czichon hat später immer großen Wert darauf gelegt, dass er das Abs-Buch unabhängig von staatlicher Aufsicht und ohne Einflussnahme durch das MfS geschrieben habe.[163] Entgegen den damaligen Vermutungen aus den Reihen des DI und der Deutschen Bank finden sich heute keine Dokumente in den Archiven der BStU, die eine Einflussnahme oder gar eine eigene Autorenschaft des MfS nahelegen würden. Die Behauptung, Czichon habe im Auftrag der SED geschrieben, wird bis in die Gegenwart wiederholt.[164] Fest steht hingegen, dass Czichon das Buch nicht ohne Hilfe verfasst hat. Freunde wie der israelische Historiker Walter Grab und Lektoren der ostdeutschen sowie der westdeutschen Ausgabe hatten das Manuskript Korrektur gelesen. Der amerikanische Historiker George W. F. Hallgarten hatte ein Vorwort zur westdeutschen Ausgabe verfasst. Die später viel kritisierten Fehler und Ungereimtheiten in Czichons Text waren diesen, zum Teil renommierten Fachleuten zum damaligen Zeitpunkt offenbar nicht als solche bemerkenswert.

Der Zeitpunkt für die westdeutsche Veröffentlichung war von Czichon und Neuhöffer bewusst gewählt worden, standen Anfang der siebziger Jahre für mehrere Großbanken und insbesondere im April 1970 für die Deutsche Bank ihre 100jährigen Gründungsjubiläen an. Auf dieses feierliche Ereignis hatte die Deutsche Bank lange und intensiv hingeplant, war doch das letzte runde Jubiläum 1945 in den letzten Kriegstagen ausgefallen. Bereits 1961 war zur besseren Vorbereitung ein historisches Archiv eingerichtet und der Journalist Fritz Seidenzahl mit dessen Leitung sowie dem Verfassen einer umfangreichen Festschrift beauftragt worden.[165] Angesichts des in Berlin verbliebenen Hauptbestands an Akten sollte Seidenzahl auf verschiedenen Wegen versuchen, wenigstens die vorhandenen Dokumente diesseits des Eisernen Vorhangs zusammenzutragen.[166] Seidenzahl kontaktierte zudem die Staatliche Archivverwaltung in Ost-Berlin, aber so wie Czichon auf seine Briefe (u. a. an Seidenzahl) keine Antwort erhalten hatte, so wurde jetzt auch Seidenzahl kom-

162 Vgl. Czichon, Kreuzritter, S. 11, 123 ff.; Czichon, Bankier, S. 147 ff.

163 Czichon, Deutsche Bank, S. 270 f.; ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon, Kritische Erinnerungen an den (Abs-)Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013, S. 6.

164 Z. B. in Koch, Geldgeschäfte, S. 193; Rosskopf, Kaul, S. 334; Förster, Schatzräuber, S. 90.

165 Seidenzahl war zuvor Chefredakteur der *Börsen-Zeitung* in Frankfurt am Main gewesen und pflegte gute Kontakte zu den deutschen Großbanken.

166 Vgl. dazu Müller, Überlieferung, S. 406 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
mentarlos abschlägig beschieden.[167] Für die Ausarbeitung der Festschrift arbeitete Seidenzahl eng mit Abs zusammen, unterrichtete ihn regelmäßig über den Stand des Textes und legte ihm Kapitelentwürfe vor, noch bevor die Mitglieder des Vorstands das vollständige Manuskript zum Kommentieren erhielten.[168] Seidenzahl hatte seine Festschrift chronologisch aufgebaut, die in 22 Kapiteln die Geschichte der Deutschen Bank schilderte, und wollte sich dabei durchaus selbstbewusst von den traditionellen Jubelschriften anderer Unternehmen abheben. In seinem Begleitbrief zum Manuskript schrieb er an die Vorstände:

> »Geschildert werden die Anstrengungen und Widerwärtigkeiten [sic!] ebenso wie die Erfolge der Bank. Die Geschichte der Deutschen Bank ist so positiv gehaltvoll, dass Mühsal und Misserfolge nicht übergangen werden müssen. […] Es gab Siege, Ärgernisse, Hemmungen, Expansionen, Rückschläge, Rekorde – einfach als Folge der Entscheidungen des Managements. Und es gab Verzögerungen, Opfer, Auftriebe und Restriktionen – einfach als Folge der politischen Verhältnisse. Wie verabredet, bin ich nicht in die meist übliche Festschrift-Psychose verfallen, Zucker zu streuen und sonst zu schweigen.«[169]

Tatsächlich beinhaltete die Festschrift auch ein Kapitel über die Jahre 1933 bis 1945. Auf 17 Seiten (von insgesamt 440 Seiten) und unter der Überschrift »Die Aushöhlung der Bilanz« beschrieb Seidenzahl den Weg der Bank nach der Weltwirtschaftskrise zurück zur Rentabilität, die jedoch bald im Rahmen der »staatlich gelenkten Rüstungswirtschaft […] in die Enge getrieben« worden sei.[170] Das Unternehmen habe enorme Liquiditätsüberschüsse gehabt und es habe, um überhaupt die ihm zufließenden Mittel verwenden zu können, zunehmend auf Reichstitel zurückgreifen müssen – das war eine Darstellungsweise, die in allen Jubiläumspublikationen der Großbanken jener Jahre zu finden war.[171] Bezüglich des Verhältnisses der Bank zur NSDAP hob Seidenzahl hervor, dass

167 Der Brief Czichons erwähnt in HADB, V01/4911, Fritz Seidenzahl an Hermann J. Abs, 19.3.1968. Dazu auch Czichon selbst in ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon, Kritische Erinnerungen an den (Abs-)Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013, S. 5. Seidenzahls Schreiben in HADB, ZA 17/24, Fritz Seidenzahl an die Deutsche Akademie der Wissenschaften der DDR, 26.4.1968; Fritz Seidenzahl an Staatliche Archivverwaltung der DDR, 26.7.1968; Staatliche Archivverwaltung der DDR an Fritz Seidenzahl, 27.8.1968.

168 Schriftwechsel zwischen Seidenzahl und Vorstandsmitgliedern in HADB, ZA17/24. Schriftwechsel zwischen Seidenzahl und Abs in HADB, V01/2892.

169 HADB, ZA17/24, Fritz Seidenzahl an Vorstand, 31.3.1969.

170 Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank, S. 361, 363.

171 Vgl. die entsprechenden Kapitel in Commerzbank, 100 Jahre, S. 72 ff. (»Bankgewerbe unter staatlicher Bevormundung«); Dresdner Bank, Geschichte, S. 41 ff. (»Im Sog von Staatsfinanzierung und Kriegswirtschaft«); Dresdner Bank, Chiffren einer Epoche, S. 28 (»Dieses Jahrhundert erkennt sich nicht in den Helden, sondern in den Opfern«). Zu den längeren Linien dieser Darstellungsweise bei der Deutschen Bank vgl. die Texte des ehemaligen Pressechefs Maximilian Müller-Jabusch in Deutsche Bank, Urbig, S. 194 ff. (»Zwang«, »Vergewaltigung durch den Staat« »das

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die Bank ihre Existenz stets gegen »Feindseligkeiten« und »Anfeindungen« verteidigen musste und die durch die Partei versuchte Aushöhlung des Vorstands, »echte Nationalsozialisten […] aufzunehmen und verdächtige Vorstandsmitglieder wie Hermann J. Abs zu entfernen« letztlich misslungen sei.[172] Das Ausscheiden der jüdischen Vorstandsmitglieder erwähnte Seidenzahl hingegen nur verklausuliert und die Beteiligung an »Arisierungen« gar nicht. Die Vielzahl an Bankenübernahmen im Zuge der NS-Expansion (z. B. bei der »Eingliederung Österreichs«) wurde ebenfalls eingeebnet in die langen Linien der Geschäftstradition (»So wurden alte Beziehungen erneuert und vertieft«).[173] Abgerundet wurde diese Mischung aus Widerstands- und Opfernarrativ durch die Schilderung des desolaten Kriegsendes und ein Photo von der Zerstörung der Berliner Zentrale. Vor diesem Hintergrund konnten die anschließenden Kapitel den Wiederaufbau der Bank nach der kurzfristigen Zerschlagung in umso schillernden Tönen beschreiben – und auch der Vorstand hatte keine Einwände gegen den Abschnitt zur NS-Zeit. Diskussionsbedarf im Vorstand erregte vielmehr das letzte Kapitel »Rückschau auf ein Jahrhundert«.[174] In einem großen Bogen hatte Seidenzahl ursprünglich die Geschichte der Deutschen Bank und deren Bankpolitik in drei »Epochen« eingeteilt: eine erste »aggressive« bis 1914, eine zweite »defensive« vom Ersten bis zum Zweiten Weltkrieg und schließlich eine dritte, wiederum »aggressive«, seit 1948.[175] Das schien dem Vorstandskreis in der Wortwahl dann doch zu sehr eine potentielle Steilvorlage für jedwede Kritik am »Kapital-Imperialismus«. Man schwächte das »aggressiv« zu »offensiv« ab und gab vorsichtshalber noch ein Gutachten in Auftrag, das generell die heiklen Textstellen im Hinblick auf die ausländische Rezeption identifizieren sollte.[176] Photos wurden so ausgewählt, dass sie politisch unverfänglich waren, oder im Zweifel – mit Bildern vom Autobahnbau und der Olympiade 1936 – eher indirekt die Begeisterung für Hitler zu rechtfertigen schienen.[177] Letztlich wurde die Festschrift in einer Auflage in Höhe von 50.000 Stück in Druck gegeben. Zählt man zu dieser »Großen« Festschrift (wie man bei der Deutschen Bank sagte) noch die »Kleine« Festschrift als Broschüre in einer Auflage von 200.000 Stück und das knappe »Calendarium« hinzu, dann fand Seidenzahls Darstellung durchaus eine bemerkenswerte Verbreitung.[178]

gesamte Kollegium [im] einmütigen Widerstand«, »Nationalsozialisten […] grimmige Bankenfeinde«);

172 Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank, S. 359, 361 bzw. 371.

173 Ebd., S. 364, 366.

174 Vgl. HADB, ZA17/24, Fritz Seidenzahl an Walter Lippens, 26.8.1969.

175 Vgl. HADB, ZA17/24, Fritz Seidenzahl an Hans-Joachim Panten, 13.2.1970.

176 Vgl. Seidenzahl, 100 Jahre Deutsche Bank, S. 436; Das Gutachten in: HADB, V01/2892, Große Festschrift – Fritz Seidenzahl: »100 Jahre Deutsche Bank«, von Hans Stahr, 26.3.1970.

177 Vgl. die Broschüre *Deutsche Bank 1870-1970*, S. 31 und 32, in: HADB, V01/2892.

178 Die Zahlen in HADB, ZA17/24, Notiz »Druck der Jubiläumsschrift«, 3.7.1969.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Im April 1970 wurde das Jubiläum schließlich groß inszeniert. Den Aktionären der Deutschen Bank wurde eine spektakuläre Dividende mit Jubiläumsbonus von 25 Prozent ausgeschüttet. Im »kleinen« Kreis wurde auf zwei jeweils drei Tage dauernden Festveranstaltungen in Berlin und Frankfurt mit prominenten Gästen aus dem In- und Ausland gefeiert.[179] Prominente Redner waren unter anderem Bundesbankpräsident Karl Klasen, Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller, Vorstandsmitglied Franz Heinrich Ulrich und Hermann J. Abs als Vorsitzender des Aufsichtsrats. Bemerkenswert erscheint, mit welcher Selbstverständlichkeit alle Redner die Deutsche Bank als Spiegel der deutschen Geschichte und als Verkörperung der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik wie »ein Phönix aus der Asche« (Ulrich) nach dem »völligen Zusammenbruch« (Ulrich) bzw. der »Niederlage« (Abs) begriffen. Dabei wurde die NS-Zeit durchaus nicht ausgespart. Vielmehr diente sie als Kontrastfolie, vor der sich die Deutsche Bank mit ihrem »demokratischen Führungssystem« (Klasen) als Verfechter einer »freiheitlichen Staatsordnung« und »einer freien unternehmerischen Wirtschaft« (Ulrich) profilierte. Zudem rekurrierten die Redner auf ihre biographischen Erfahrungen aus dieser Zeit und attestierten der Deutschen Bank zwischen 1933 und 1945 eine »richtige Zuflucht« (Klasen) gewesen zu sein.[180] In diesem Sinne fasste auch die Pressemitteilung der Deutschen Bank pathetisch zusammen, dass »Fortschritt und Erfahrung« wie zwei unsichtbare Leitmotive über der Geschichte der Bank ständen und dass das Institut, das »1945 praktisch bei Null begann«, inzwischen wieder eine international bedeutende Rolle spiele.[181]

Die Resonanz der medialen Berichterstattung auf das Deutsche Bank-Jubiläum war zweigeteilt und verlief nahezu konsequent entlang der ideologischen Konfliktlinien des Eisernen Vorhangs. Auf der einen Seite ließ es sich die ostdeutsche Presse nicht nehmen, die Deutsche Bank und ihre Rekorddividende als Ausdruck des deutschen Imperialismus zu geißeln (»100 Jahre Raub, Profit und Macht«) und deren NS-Vergangenheit zu unterstreichen (»Den größten Nazis geht es heute am besten«).[182] Eberhard Czichon fasste in einem Beitrag für die westdeutsche *Tat* die Argumente seines Buches zusammen.[183] Auf der anderen Seite übernahm der überwiegende Großteil der westdeutschen Presse die Selbstdeutungen der Deutschen Bank (»Hundert Jahre Wille zu Größe

179 HADB, V01/2892, Aktennotiz »Unser Jubiläum«, 6.3.1970.

180 Alle Zitate in HADB, V01/2892, Deutsche Bank 1870-1970. Festakt am 9. April in Frankfurt am Main – Ansprachen. Die Betonung der freiheitlichen Wirtschaftsverfassung durch die Bank-Manager war nicht zuletzt vor dem Hintergrund der intervenierenden Wirtschaftspolitik der sozialliberalen Regierung und der diesbezüglichen Verteidigungsrede des anwesenden Bundeswirtschaftsministers Karl Schiller zu sehen.

181 HADB, V01/2893, Pressemitteilung Deutsche Bank, 9.4.1970, S. 2 f.

182 Neues Deutschland, 10.4.1970 (erstes Zitat); Berliner Zeitung, 9.4.1970 (zweites Zitat). Entsprechend auch Bauern-Echo, 11.4.1970; Die Wahrheit, 11.4.1970; National-Zeitung, 12.4.1970; Tribüne, 14.4.1970.

183 Die Tat, 21.3.1970.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
und Weltoffenheit«), druckte Auszüge aus der Festschrift ab und konzentrierte sich ansonsten auf die wirtschaftspolitischen Aspekte der Festreden.[184] In fast allen Beiträgen wurde zudem die Leistung von Hermann J. Abs gewürdigt, und sein Gesicht bestimmte die visuelle Berichterstattung. Auch ausländische Medien im Westen berichteten wohlwollend, ohne ein explizites Interesse an der NS-Zeit zu haben.[185] Zufrieden stellte die Presseabteilung der Deutschen Bank dementsprechend fest, dass das Jubiläum in internationalen sowie in regionalen Zeitungen »beachtliche Erfolge« erzielt habe.[186] Der Blick auf die westdeutsche Berichterstattung verdeutlicht, wie konstitutiv die Deutsche Bank bzw. Abs mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik identifiziert und damit diskursiv in der Öffentlichkeit tradiert wurden.

In den folgenden Monaten setzten einzelne ost- und westdeutsche Zeitungen den Kampf um die Deutungshoheit der Deutschen Bank-Geschichte weiter fort. Während das *Neue Deutschland* die Argumentationslinien von Czichons Büchern detailliert nachzeichnete, tat die *Welt* eben diese kurzerhand als kommunistische Agitation in der innerdeutschen Auseinandersetzung ab.[187] Seidenzahl selbst konnte sich in dieser Debatte nicht mehr zu Wort melden, da er im März 1970 plötzlich gestorben war, und auch seine Vorarbeiten für einen zweiten Festschrift-Band mit einer Chronik und biografischen Skizzen blieben unvollendet.[188] Dafür begann sich nun die Geschichtswissenschaft in der Person von Wilhelm Treue einzuschalten. War die Festschrift von Seidenzahl in der westdeutschen Jubiläumsberichterstattung noch durchweg positiv erwähnt worden, verglich Treue nun in einem viel beachteten Artikel in der *Zeit* die Bücher von Czichon und Seidenzahl und urteilte differenzierter – aber letztlich doch zu Gunsten der Deutschen Bank. Er resümierte: »eine wissenschaftliche Geschichte der Deutschen Bank gibt es bis heute nicht und wird es wohl auch kaum jemals geben.«[189] Zu diesem Zeitpunkt war die Diskussion bereits von dem sich abzeichnenden Rechtsstreit zwischen Abs und Czichon überlagert, in dem nicht zuletzt Treue selbst eine prominente Rolle spielen sollte.

184 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9.4.1970 (Zitat). Ähnlich auch Die Welt, 4.4.1970; Berliner Morgenpost, 5.4.1970; Handelsblatt, 6.4.1970; Christ und Welt, 10.4.1970; Süddeutsche Zeitung, 10.4.1970; Bild-Zeitung, 10.4.1970; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.4.1970; etwas kritischer Frankfurter Rundschau, 4.4.1970. Die Teilabdrucke der Festschrift in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.4.1970; Börsen-Zeitung, 4.4.1970.

185 Neue Zürcher Zeitung, 8.4.1970; The Financial Times, 9.4.1970; The Times 9.4.1970.

186 HADB, V01/2893, Presseecho, 20.4.1970, S. 2.

187 Neues Deutschland, 26.5.1970; Die Welt, 23.7.1970.

188 Die Vorarbeiten in HADA, ZA17/24.

189 Die Zeit, 14.8.1970. Vgl. dazu die weiteren späteren Rezensionen mit ihren jeweiligen Vorzeichen: H. Radandt, 100 Jahre Deutsche Bank; Klein, Rezension. (Im Deutsche Bank Archiv lautete das Urteil schlicht »wissenschaftlich kein großer Wurf«, in HADB, V01/2892).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Der ausschlaggebende Anlass für die Eskalation zwischen der Deutschen Bank und Czichon hätte zufälliger kaum sein können und sein nachhaltiger Effekt sagte viel über die Mentalität der sich gegenüberstehenden Protagonisten aus. Im März 1970 kündigte eine Marburger Studentin ihr Konto bei der Deutschen Bank und verwies in ihrer Begründung auf das Buch von Czichon. Der Marburger Filialleiter schrieb der Studentin einen freundlichen, aber spitzen Brief zurück, in dem er das Buch als »in allen wesentlichen Punkten sachlich unwahr und beleidigend« bezeichnete. Außerdem habe es die Deutsche Bank stets abgelehnt, sich mit »scheindokumentarischen Pamphleten, die im Ziel nur unsere politische und wirtschaftliche Ordnung in der Bundesrepublik treffen wollen«, auseinanderzusetzen. Dieser Brief kursierte im linksalternativen Studentenmilieu und wurde in der Studentenzeitung *Marburger Blätter* als Einleitung zitiert, um noch einmal detailliert die Vorwürfe Czichons zu wiederholen.[190] Über Paul Neuhöffer erlangte im Juni 1970 auch Czichon Kenntnis von dem Vorfall, und die beiden entschieden, sich an den prominenten Rechtsanwalt Friedrich K. Kaul zu wenden, um die Erfolgsaussichten einer Klage auszuloten.[191] Kaul scheint sofort von der Möglichkeit begeistert gewesen zu sein, einen prestigeträchtigen Großkonzern auf juristischer Bühne mit seiner NS-Vergangenheit zu konfrontieren. In einem Brief an die Marburger Filiale drohte er in Czichons Namen mit einer Verleumdungsklage, wenn die Deutsche Bank die Aussage über das Buch nicht zurücknehmen und »zur Buße einen Betrag von 5.000 DM zu Gunsten des Freiheitskampfes des vietnamesischen Volkes« zahlen würde.[192] Unterdessen planten Czichon und Neuhöffer eine zweite Auflage des Buches für den Herbst, in der sie auch ein paar »Druckfehler«[193] ausbessern wollten.

Kaul hatte in seinem Brief der Deutschen Bank eine Frist von einem Monat gesetzt, und genau einen Tag vor deren Ablaufen erhielt er eine Antwort.[194] Angesichts des bisherigen Verhaltens der Deutschen Bank und Abs gegenüber den auf verschiedenen Wegen veröffentlichten Anschuldigungen hatten Czichon und Neuhöffer damit gerechnet, dass die Deutsche Bank einen Prozess vermeiden wollen würde. Umso überraschter waren sie nun von der Reaktion. Die Deutsche Bank bekräftigte die gemachten Aussagen und drehte den Spieß um. Beim Landgericht Stuttgart hatte sie nun selbst Klage eingereicht gegen Czichon und den Pahl-Rugenstein Verlag wegen Verleumdung und übler Nachrede. Offenbar war sich Abs zunächst unsicher gewesen, ob er die Sache

190 Marburger Blätter, 29.5.1970, S. 25-29. Eine Kopie des Artikels in: HADB, V01/4972.

191 Dazu und dem Folgenden vgl. ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon, Kritische Erinnerungen an den (Abs-)Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013, S. 7 f.

192 HADB, V01/4972, Friedrich K. Kaul an Deutsche Bank Filiale Marburg, 14.7.1970, S. 2.

193 ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon, Kritische Erinnerungen an den (Abs-) Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013, S. 7.

194 HADB, V01/4972, Martin Löffler an Friedrich K. Kaul, 13.8.2970.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
in aller Öffentlichkeit ausgetragen wissen wollte, und hatte eine »Propagandaschlacht« befürchtet.[195] Nach der Veröffentlichung hatte auch Fritz Seidenzahl das Czichon-Buch zu lesen begonnen und Abs auf eine Vielzahl an Fehlern und Falschzitaten hingewiesen. Vor die Wahl gestellt, sich einen Prozess aufnötigen zu lassen oder den Gegenstand der Verhandlung selber festzulegen, entschied sich Abs offenbar dafür, lieber selbst in die Offensive zu gehen und als Kläger aufzutreten. Eine wichtige Rolle mag dabei auch der Umstand gespielt haben, dass die öffentliche Diskussion über Abs' Vergangenheit nicht mehr einfach ignoriert werden konnte. Der Marburger Vorfall hatte verdeutlicht, dass die ostdeutschen Narrative auch in Westdeutschland Verbreitung fanden und Konsequenzen hatten.

Durch die Klage der Deutschen Bank spitzte sich diese Diskussion allerdings auch noch einmal zu. Noch vor dem eigentlichen Prozessauftakt veröffentlichte der Schriftsteller Martin Walser im *Spiegel* eine siebenseitige Rezension der Seidenzahl-Festschrift und kritisierte die Verharmlosung ihrer nicht legitimierten politischen Macht: »Ist die Deutsche Bank naiv?«[196] Gegen Walsers Polemik, die zugleich der Theorie vom Monopolkapital das Wort redete und eine indirekte Verteidigungsrede für Czichon war, versuchte wiederum die Presseabteilung der Deutschen Bank vorzugehen. Nachdem die Bank ein Dossier mit Informationen über Walsers Vermögensverhältnisse und Publikationsauszügen erstellt hatte, setzte der Pressechef der Deutschen Bank Walther Weber den *Spiegel*-Chefredakteur Günter Gaus in mehreren Telefonaten unter Druck und forderte Platz für eine Gegendarstellung ein.[197] Diese Gegenrede wurde in Absprache mit Abs intensiv von verschiedenen Mitarbeitern vorbereitet und kurz darauf im *Spiegel* abgedruckt, in der nun Vorstandsmitglied Wilhelm Vallenthin rhetorisch zurückfragte: »Ist Martin Walser naiv?«[198] Hatte Walser es nicht fassen können, dass die Bank ungeachtet aller Regierungs- und Systemwechsel »immer« und »ohne Pause« weitergearbeitet habe, so pochte Vallenthin auf den Umstand, dass ein Dienstleistungsunternehmen wie eine Bank nicht »über Nacht seine Tätigkeiten einstellen kann, […] weil die Regierung sich geändert hat«.

Grundsätzlich führte Vallenthin den Streit auf unterschiedliche ideologische Positionen zurück:

> »Seine [Walsers] Darstellung ist Weltanschauung, ist Leninismus reinsten Wassers. Die Deutsche Bank versteht sich als ein den Gesetzen unserer Ge-

195 So hat ihn sein Rechtsanwalt Augstein in einem späteren Gespräch mit Kaul zitiert, in ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon, Kritische Erinnerungen an den (Abs-)Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013, S. 9.

196 Der Spiegel, 24.8.1970.

197 Das Dossier und die Protokolle der Telefonate in: HADB V01/2892.

198 Der Spiegel, 14.9.1970. Zur Erarbeitung vgl. HADB, V01/4956, Vermerk Walther Weber, 2.9.1970; darin auch die Manuskripte des Vallenthin-Artikels sowie der mit Anmerkungen versehene Walser-Artikel.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

sellschaftsordnung verpflichtetes Unternehmen. Von hier zu Walser führt keine Brücke.«

Damit waren nun in aller Öffentlichkeit die ideologischen Konfliktlinien festgelegt, und der Kampf um die Deutungshoheit verlagerte sich von der medialen auf die juristische Bühne. Die Aussagen über die NS-Vergangenheit von Abs waren somit zur grundsätzlichen Auseinandersetzung im deutsch-deutschen Systemwettstreit pathetisch aufgewertet worden.

Im Gerichtsaal

Schon die Klageschrift, die im Namen der Deutschen Bank und Abs am 12. August 1970 beim Stuttgarter Landgericht eingereicht wurde, machte unumwunden den geschichtspolitischen Kontext des Streitfalls explizit. Die Bücher Czichons seien »politische Kampf- und Tendenzschriften«, die in bewährter Art der »politischen Propaganda« den sogenannten »Monopolkapitalismus« diffamierten und Abs als »negative Symbolfigur« aufbauten. Das dabei gezeichnete Lebensbild von Abs sei völlig verzerrt und unwahr. Zunächst habe man bei der Deutschen Bank angenommen, dass Czichons Behauptungen in der westdeutschen Öffentlichkeit wenig Widerhall finden würden. Da aber seit 1967 die »antikapitalistischen Strömungen« zugenommen hätten, kämen die Bücher nun der Tendenz, den Kapitalismus zu verteufeln, entgegen.[199] Aber nicht nur die Tatsache der Rezeption, sondern auch die Art und Weise der Rezeption war nun für Abs und die Deutsche Bank der Grund zur Klageerhebung. In beiden Buchausgaben hatte Czichon ausdrücklich betont, dass seine Arbeit erstmals die kompletten Aktenbestände einer Großbank systematisch ausgewertet habe, wo doch sonst die Unternehmen eine uneingeschränkte Nutzung ihrer Archive stets verweigerten.[200] Diese Formulierung und der darin enthaltene Anspruch einer wissenschaftlichen Quellenarbeit griffen die Deutsche Bank und Abs scharf an. Der »Anschein der Wissenschaftlichkeit«, so erklärte der Schriftsatz, täusche darüber hinweg, dass unter anderem angebliche Quellenzitate oftmals freie Erfindungen des Autors seien. Nachdem in ost- und westdeutschen Zeitungen und Zeitschriften die Schriften von Czichon mehrfach eine Würdigung erfahren hätten, die den Kern der »unwissenschaftlich politischen Tendenzschriften« verkannt hätten, war die Deutsche Bank fest entschlossen, »die Unwissenschaftlichkeit […] der Darstellung Czichons nachzuweisen und der Verbreitung solcher Lügen mit Nachdruck entgegenzutreten.«[201] In diesem Sinne forderten die Kläger von Czichon und vom Pahl-Rugenstein Verlag die Unterlassung von zwanzig beispielhaft ausgewählten »Behauptungen« und Schadensersatz für die daraus entstandenen Schäden. Außerdem beantragten die Kläger die gerichtliche

199 HADB, V01/4933, Klageschriftsatz, 12.8.1970, S. 10 f.
200 Czichon, Kreuzritter, S. 16; Czichon, Bankier, S. XI.
201 HADB, V01/4933, Klageschriftsatz, 12.8.1970, S. 13.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Feststellung, dass sie Czichons Schriften als »unwahr und beleidigend« bzw. als »politische Tendenzschrift« ohne jeden »Anspruch auf Wissenschaftlichkeit« bezeichnen und den erwarteten Urteilsspruch in vier großen Tageszeitungen auf Kosten der Angeklagten abdrucken dürften.[202]

Die Strategie der Anklage war so pragmatisch wie wohl durchdacht. Abs und die Deutsche Bank hatten die Angelegenheit dem Stuttgarter Rechtsanwalt Martin Löffler übergeben, der für seine Expertise im Presserecht bekannt war und gezielt die Schwachstellen von Czichons Buch als Rufschädigung und Verleumdung herausarbeitete.[203] Das präzise Aufgreifen von zwanzig (zuletzt vierzig) konkreten Formulierungen Czichons hatte letztlich zum Ziel, das Buch anhand ausgewählter Beispiele als Ganzes zu diskreditieren und seine Verbreitung zu unterbinden. Dadurch war zugleich das Risiko einer ausufernden und schwer zu kontrollierenden Diskussion über die Rolle der Deutschen Bank und Abs in der NS-Zeit minimiert. Czichon hatte sicherlich recht, wenn er im Rückblick konstatierte, die Deutsche Bank habe seine Fehler ausgenutzt – aber diese Fehler waren eben auch mehr als »unscharfe Formulierungen und zweitrangige Fehldeutungen«.[204] Bereits Fritz Seidenzahl hatte bei den ersten Czichon-Artikeln schon diverse »konstruierte Zusammenhänge« ausgemacht und bei der begonnenen Durchsicht des Buches eine Vielzahl an Fehlern aufgelistet.[205] In dessen Fortsetzung hatte Abs' Büroleiter versucht, weitere Dokumente und Literatur zur Deutschen Bank zu bündeln, und Archivmitarbeiter der Deutschen Bank hatten die westdeutsche Ausgabe detailliert auf Schwachstellen und Fehler hin untersucht.[206] Die Anklageschrift griff nun zwanzig (kurz darauf dreißig) »typische« Beispiele heraus, die sie als offensichtliche

202 HADB, V01/4933, Klageschriftsatz, 12.8.1970, S. 20.

203 Weitere Rechtsanwälte für Abs waren Löfflers Sozius Karl Egbert Wenzel und Josef Augstein, der Bruder des *Spiegel*-Herausgebers Rudolf Augstein. Zu Löfflers Wirken als Rechtsanwalt gehörten bis zum damaligen Zeitpunkt sehr unterschiedliche Mandate. So erstritt er auf der einen Seite 1966 vor dem Bundesverfassungsgericht das sogenannte »Spiegel-Urteil« zum Schutz des Pressewesens. Auf der anderen Seite war er im Zweiten Weltkrieg Heeresrichter gewesen und hatte 1946 im Nürnberger IMT erfolgreich die SA verteidigt, indem er die Aktionen der SA im politischen Kampf als »defensiv« und gewaltsame Übergriffe als »Exzesse einzelner« darstellt hatte, deren Bedeutung zudem gar nicht unter die Anklagepunkte des IMT gefallen wären. Vgl. Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg, Nürnberger Prozess, S. 453 f.

204 ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon, Kritische Erinnerungen an den (Abs-) Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013, S. 13.

205 HADB, V01/4911, Fritz Seidenzahl an Hermann J. Abs, 3.10.1967, 6.10.1967.

206 Abs' Büroleiter war Georg Krupp, ein ausgebildeter Jurist, der später ebenfalls Vorstandsmitglied der Deutschen Bank wurde. Zu Krupps koordinierenden Tätigkeiten vgl. die Übersicht seiner Akten zum Czichon-Prozess, o. D., in: HADB, V01/4970. Zu Krupps Aktenrecherche bzw. -zusammenführung vgl. HADB, V01/4970, Liste »Gerettete Berliner Akten«, o. D.; eine Synopsis der Fehlersuche durch den Archivmitarbeiter Manfred Pohl, in HADB, V01/4970, Die Geschichte der Deutschen Bank. Ein Beispiel der Geschichtsschreibung der DDR, o. D.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Falschzitate und Überinterpretationen nachzuweisen versuchte und die nicht zuletzt durch ihren offiziell-marxistischen Duktus ausreichend Angriffsfläche boten. Relativ einfach zu widerlegen waren jene Punkte, in denen Czichon die Quellen schlicht falsch zitiert hatte wie bspw. in einer Abs-Rede vom Mai 1940, in der Abs laut Czichon vorgeschlagen habe, das Deutsche Reich solle solche Länder okkupieren, die einen hohen Devisen- und Goldbestand hätten.[207] Zu dieser Kategorie gehörte auch das vermeintliche Zitat aus dem OMGUS-Bericht, dass die Abs-Anwälte ein für alle Mal juristisch geklärt haben wollten.[208] Auch Czichon hatte die bereits erwähnte Passage aus dem Untersuchungsbericht der amerikanischen Militärregierung über Abs als »spiritus rector der niederträchtigen Deutschen Bank« zur Untermauerung seiner Argumente herangeführt.[209] Der Überzeugung der Bankmitarbeiter nach war dieses Zitat gefälscht. Die Rechtsabteilung bemühte sich in den amerikanischen Archiven um eine Kopie des Berichts und konnte die manipulative Kompilierung des Zitats nachweisen.[210] In ähnlicher Weise war die Behauptung, Abs sei von den Alliierten 1944 auf eine Liste der »ökonomischen Kriegsverbrecher« gesetzt worden, stark übertrieben.[211] Ebenfalls schienen Fälle schnell ins rechte Licht gerückt, in denen Czichon historische Sachverhalte undifferenziert dargelegt hatte, wie zum Beispiel der Vorwurf, Abs habe durch seine Berufung in den Beirat der Deutschen Reichsbank eine Machtposition im faschistischen System gewonnen – wobei er kein Mitglied des »Engeren Beirats«, sondern nur eins von 64 Mitgliedern des »Allgemeinen Beirats« gewesen war.[212] Auch grundsätzliche Behauptungen Czichons, wie die, Abs sei ein »überzeugter Anhänger des Nationalsozialismus mit maßgeblichem Einfluss auf die Nazi-Hierarchie« gewesen, meinte die Anklage unter Verweis auf Abs' katholischen Hintergrund, seine Distanz zur NSDAP und seine »Entnazifizierung« als »Entlasteter« aus-

207 HADB, V01/4933, Klageschriftsatz, 12.8.1970, S. 14 f.
208 HADB, V01/4933, Erweiterter Klageschriftsatz, 7.10.1970, S. 3.
209 Czichon, Abs (II), S. 927; Czichon, Kreuzritter, S. 127; Czichon, Bankier, S. 146.
210 Zur Gegendarstellung der Deutschen Bank vgl. HADB, V01/4933, Klageerweiterung in der Hauptsache, 7.10.1970, S. 13-17. Die detaillierten Analysen des Originalberichts und Gegenüberstellungen der Übersetzungen durch Mitarbeiter der Deutschen Bank u. a. in HADB, V01/4972. Die Herkunft des manipulierten Zitats ist unklar: Die erste Erwähnung findet sich im *Einheit*-Artikel von 1951. Czichon, Kaul und das MfS erhielten den gesamten Original-OMGUS-Bericht aus Washington über Mittelsmänner erst im Dezember 1970 und ließen ihn übersetzen, vgl. BSTU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd 1, Bl. 386, Vermerk, 8.2.1971. Der Wortlaut charakteristischer Begriffe in den manipulierten Zitatpassagen ist auch nicht identisch mit der DDR-Übersetzung von 1971 – eine Kopie davon in: BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 8, Bl. 144-601.
211 Es handelte sich dabei um eine Liste von über 8000 Personen, die »für die Besatzungsmächte von Interesse sein würden« und deren Namen ursprünglich einem gängigen Nachschlagewerk entnommen waren. Vgl. HADB, V01/4933, Erweiterter Klageschriftsatz, 7.10.1970, S. 3; HADB, V01/4974, Teil-Urteil des Landgerichts Stuttgart, 24.2.1972, S. 84 f.
212 HADB, V01/4933, Klageschriftsatz, 12.8.1970, S. 15.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
reichend widerlegen zu können.[213] In bestimmten Fällen schloss die Anklageschrift darüber hinaus an die traditionellen Narrative des unternehmerischen Vergangenheitsdiskurses nach 1945 an. Czichon hatte Abs vorgeworfen, er habe in seiner Rolle als Vorsitzender des Aufsichtsrats unter anderem bei der Accumulatorenfabrik AG Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kinder beschäftigen lassen. Die Anklageschrift argumentierte dagegen, dass eine maßgebliche Einflussnahme des Aufsichtsrats auf die Beschäftigung von Zwangsarbeitern nicht möglich gewesen sei, da diese Personen von behördlicher Seite zwangsweise zugewiesen worden seien. Als Beweis wurde explizit das Nürnberger Urteil im IG Farben-Prozess herangeführt, das festgestellt habe, dass die Zuteilung von Arbeitskräften in der »alleinigen Machtvollkommenheit der in den Gauen mit Arbeitsfragen befassten Dienststellen lag und dass keine Betriebsleitung – und damit erst recht nicht der Aufsichtsrat – in der Lage war, einer solchen Zuweisung Widerstand entgegenzusetzen.«[214] Auch wenn das Urteil dies so drastisch gar nicht festgestellt hatte, so war doch die lange Verteidigungslinie bis Nürnberg sichtbar und anschlussfähig. Heikel waren hingegen jene Anschuldigungen Czichons, die Abs' Verhältnis zu jüdischen Unternehmern sowie seine Rolle bei »Arisierungen« von jüdischen Unternehmen thematisierten. Insbesondere diese Punkte, das waren allein fünf der insgesamt zwanzig, sollten dann auch in der Verhandlung, wie weiter unten gezeigt werden wird, immer wieder im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen.

Anhand dieser Auflistung erwirkten die Rechtsanwälte der Deutschen Bank beim Stuttgarter Landgericht Anfang September 1970 eine Einstweilige Verfügung gegen das Czichon-Buch und schoben insbesondere der vom Verlag geplanten zweiten Auflage einen Riegel vor. Die Rechtsabteilung der Deutschen Bank ließ dieses vorbehaltliche Verkaufsverbot von Filialmitarbeitern in Buchhandlungen mehrerer deutscher Großstädte durch »Testkäufe« überprüfen und musste feststellen, dass das Buch weiterhin erwerbbar war.[215] Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund und aufsehenerregenden Presseartikeln wie der Walser-Kritik im *Spiegel* waren die Beteiligten bei der Deutschen Bank überzeugt, dass die Auseinandersetzung nicht auf den Gerichtssaal beschränkt war, sondern auch die öffentliche Meinungsbildung mindestens genauso aktiv mitzugestalten war. Der Pressechef der Deutschen Bank erwartete eine »breite und sehr kritische Berichterstattung«, und dementsprechend generalstabsmäßig wurden die Argumentationslinien gegenüber Pressevertretern festgelegt und ausgewählte Journalisten sowie die Chefredaktionen der großen Tageszeitungen mit den entsprechenden Prozessunterlagen versorgt.[216] Die west- und ostdeutsche Presse wurde detailliert beobachtet, und in diversen Fällen wurden

213 HADB, V01/4933, Klageschriftsatz, 12.8.1970, S. 23 ff.
214 HADB, V01/4933, Klageschriftsatz, 12.8.1970, S. 45 f.
215 HADB, V01/4957, Vermerk Rechtsabteilung, 18.9.1970.
216 HADB, V01/4956, Vermerk, 14.9.1970 (Zitat). Vgl. auch Vermerk, 10.9.1970, 15.9.1970. Zum »Fahrplan« für die mündliche Verhandlung der Einstweiligen Verfügung vgl. HADB, V01/4957, Vermerk 5.10.1970, 6.10.1970.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Gegendarstellungen geprüft bzw. erwirkt.[217] Die Aktivitäten der Rechts- sowie Presseabteilung wurden von Abs Büro koordiniert und liefen auf Hochtouren, dabei hatte die juristische Verhandlung in Stuttgart noch nicht einmal begonnen.

Die Prozessvorbereitungen fielen in einen Zeitraum, der unter sich wandelnden politischen Vorzeichen auf internationaler Ebene stand. Mit Richard Nixon und Leonid Breschnew hatten zwei neue Protagonisten die Führung der USA bzw. der Sowjetunion übernommen und Bemühungen zu einer Entspannungspolitik unterstrichen. Auch in der Bundesrepublik standen mit Willy Brandt und der sozialliberalen Koalition die Zeichen für ein neues Verhältnis gegenüber den östlichen Nachbarn. Im deutsch-deutschen Verhältnis setzte Brandts Ostpolitik auf den Wandel von der gegenseitigen Ablehnung zur vorsichtigen Anerkennung. In Ost-Berlin war man sich in der SED-Spitze hingegen uneinig, wie man auf Brandts Offerten und den Strategiewechsel in Moskau reagieren sollte.[218] Während Ulbricht kompromissbereit war, politische sowie wirtschaftliche Chancen sah und mit Brandt verhandeln wollte, vertrat Honecker die von Breschnew vorgegebene Linie der engen Anbindung an die KPdSU, die ausschließlich mit Bonn in Verhandlung treten wollte – was schließlich mit dem Moskauer Vertrag 1970 umgesetzt wurde. Vor dem Hintergrund dieser Entspannungsbemühungen war man sich in der SED-Führung im Herbst 1970 offenbar ebenfalls uneins, wie mit dem von Abs initialisierten Prozess umgegangen werden sollte.[219] Als Kaul sich mit seinem Mandat für Czichon an die Westabteilung des SED-ZK wandte, musste er erstaunt feststellen, dass man hier keine große Leidenschaft für den Prozess aufbrachte. Zu diesem Zeitpunkt der Entspannungsbemühungen kam der Westabteilung genau das ungelegen, was Abs und die Deutsche Bank so fürchteten: die große Propagandaschlacht. Zudem gefährdete der Prozess den Pahl-Rugenstein Verlag und bedeutete immense Kosten an Devisen. Daher plädierte der stellvertretende Leiter der Westabteilung im Namen Albert Nordens für eine defensive Strategie, den Prozess nur juristisch zu betreiben. Im Politbüro trat jedoch Hermann Matern für eine Offensivstrategie ein, um die Abs-Klage als Vorlage für eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Verantwortung der Banken in der NS-Zeit zu nutzen – eine Umsetzung, die auch Kaul favorisierte. Vor dem Hintergrund, dass die verschiedenen Institutionen der West-Arbeit nie eine eindeutige Kompetenzabgrenzung erfahren hatten, scheinen die unterschiedlichen Interessen und Perspektiven der verschiedenen Protagonisten gewertet werden zu müssen: Albert Norden und die Westabteilung des ZK auf der einen

217 HADB, V01/4956, Vermerk, 7.9.1970.

218 Vgl. Staadt, Westpolitik, S. 276; Bender, Zweimal Deutschland, S. 145-162; Malycha/Winters, SED, S. 197 f.; Weber, DDR, S. 78 f.

219 Vgl. Czichons Bewertungen dieses parteiinternen Streits in: ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon, Kritische Erinnerungen an den (Abs-)Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013, S. 14 ff. Vgl. dazu ebenfalls Behrend, Abs-Prozeß.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Seite, Hermann Matern und das ehemalige KPD-Arbeitsbüro (inzwischen »Arbeitsgruppe Spangenberg«) auf der anderen Seite und dazwischen das MfS Erich Mielkes, das eher angriffslustig war. Federführend vergab die Westabteilung daher verschiedene Aufträge, die vorerst alle Wege offenließen.

Erstens wurde im September 1970 von Albert Norden und der Westabteilung des ZK als direkte Reaktion auf die eingereichte Klage beschlossen, »wirkungsvolle Offensivmaßnahmen gegen Abs und die Deutsche Bank einzuleiten«.[220] Kaul wurde beauftragt, Czichons Verteidigung in Stuttgart zu übernehmen, und eine Arbeitsgruppe wurde gebildet, die Kaul bei der Überprüfung der Vorwürfe und beim Abfassen der Klageerwiderung unterstützen sollte. Den Vorsitz der Gruppe hatte der stellvertretende Leiter der Westabteilung des ZK, Günter Pötschke.[221] Weitere Mitglieder waren ein Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft der DDR, zwei Mitarbeiter der Hauptabteilung IX des MfS und nicht zuletzt wurde eine Reihe von namhaften Sachverständigen berufen: Hans Radandt und Dietrich Eichholtz von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Casper Schirrmeister vom Deutschen Wirtschaftsinstitut und Thomas Kuczynski von der Hochschule für Ökonomie. Czichon fiel in diesem Kreis die Aufgabe zu, seine eigenen Aussagen zu belegen und seine Arbeit zu verteidigen, denn auch die DDR-Historiker kritisierten Czichons Arbeitsweise und bemängelten seinen Umgang mit historischen Quellen. Das änderte jedoch nichts an der Tatsache, dass eine Verteidigung aufgebaut werden musste, und so saßen die Mitglieder die Arbeitsgruppe im Dokumentationszentrum des Innenministeriums und überprüften die einzelnen Formulierungen Czichons, um sie gegen die Anklage aufrechtzuerhalten oder gleich fallen zu lassen.[222]

Parallel zu diesen Maßnahmen beauftragte die Westabteilung zweitens eine Recherchegruppe des MfS, in Zusammenarbeit mit der Generalstaatsanwaltschaft der DDR eigene Ermittlungen in der Frage aufzunehmen, ob in den DDR-Archiven belastendes Aktenmaterial vorhanden wäre, das eine Anklage Abs' wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zulassen würde.[223] Fragliche Tatbestände waren im Rahmen des IMT-Statuts Beteiligungen an »Arisierungen«, Verbindungen zu »verbrecherischen Organisationen« wie SS oder Gestapo oder die Beschäftigung von Zwangsarbeitern.[224]

220 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 1, Bl. 89, Information, 5.1.1971.

221 Zur ersten Beratung der Arbeitsgruppe, wie der Klage »offensiv begegnet werden« könne, vgl. BAB, DP 3/2326, Vermerk Generalstaatsanwaltschaft der DDR, Abt. V, 9.9.1970 (Zitat S. 1).

222 Interview Thomas Kuczynski, 21.5.2014. Vgl. ebenfalls BAB, DP 3/2326, Liste der Arbeitsgruppe, o. D.

223 Die Ergebnisse der Recherche, die Schriftwechsel und Prozessunterlagen zum Stuttgarter Verfahren finden sich gesammelt in BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70 Bd 1-16. Eine Kopie davon auch in BAB, DP 3/2326-2341.

224 Vgl. BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 3, Bl. 324-328, Vermerk der Staatsanwaltschaft der DDR, Abt. V, 17.9.1970 bzw. 25.9.1970. Dazu auch der »Maßnahmeplan« vom 22.10.1970 (Bl. 332-335).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Gänzlich ungelegen war der SED-Spitze in jedem Fall das Verhalten Czichons, der auf seine eigensinnige Weise versuchte, seiner Stimme Gehör zu verschaffen.[225] In Reaktion auf seine publizistischen Alleingänge wurde Czichon von der Partei ermahnt und mit einem Publikationsverbot versehen. Zudem überwarf sich Czichon auch zunehmend mit seinem offiziellen Anwalt Kaul. Das Verhältnis zwischen den beiden kühlte sich bis zum Jahresende derart ab, dass sie mitunter nur noch schriftlich kommunizierten.[226]

Zum ersten direkten Aufeinandertreffen der Parteien kam es am 15. Oktober 1970, als in einer ersten mündlichen Verhandlung vor dem Landgericht Stuttgart die Einstweilige Verfügung verhandelt wurde. Obgleich Kaul wortgewaltig die Vorwürfe Czichons verteidigte und entlarvende Dokumente ankündigte, deutete sich die Uneinigkeit der Verteidigung bereits darin an, dass der Pahl-Rugenstein Verlag ankündigte, die Rechte an Czichon zurückzugeben, und damit einen ersten Rückzieher machte. Nichtsdestotrotz gab sich Kaul kämpferisch und erstattete Strafanzeige gegen Abs wegen angeblichen Meineids, da Abs' Anwälte seine Gegendarstellung mit verschiedenen eidesstattlichen Erklärungen untermauert hatten.[227] Fortan entwickelte sich der Rechtsstreit auf drei verschiedenen Ebenen: dem eigentlichen Hauptverfahren, dem Berufungsverfahren gegen die Einstweilige Verfügung und der Auseinandersetzung um Kauls Strafanzeige.

Der Prozessauftakt im Oktober/November war gemessen an der öffentlichen Berichterstattung zugleich der Höhepunkt des Verfahrens. Die Deutsche Bank und Kaul versuchten mit Pressemitteilungen und Pressekonferenzen ihre Sicht des Verfahrens darzulegen und die Gegenseite zu diskreditieren. Die Medien griffen je nach Ausrichtung die pathetisch gezogenen Konfliktlinien auf. Nahezu die gesamte ostdeutsche Presse berichtete aus Stuttgart und zeigte sich erst optimistisch (»Abs fürchtet Enthüllungen über seine Vergangenheit«), dann kämpferisch (»BRD-Justiz schützt Abs«).[228] Auch in der westdeutschen Presse schlug der Beginn des Prozesses hohe Wellen. Hier dominierten jedoch jene Stimmen, die Czichons Darstellung für unglaubwürdig hielten (»Vergangenheit verfälscht«) und sie als ideologische Kampagne werteten (»Kampfinstrument […] zur Beseitigung privatwirtschaftlicher Strukturen in unserer Bundesrepublik«).[229] Die *Zeit* drehte gar den Spieß um und hielt den »Auf-

225 Vgl. z. B. Die Weltbühne, 1.9.1970. Zusammen mit Manfred Behrend und Dietrich Burkhardt in Forum (1970), Nr. 17.

226 ASGB, Deutsche Bank 29, Eberhard Czichon, Kritische Erinnerungen an den (Abs-) Prozess vor dem Landgericht Stuttgart 1970-1972, 6.8.2013, S. 20.

227 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 3, Strafanzeige, 13.10.1970.

228 Neues Deutschland, 4.9.1970 bzw. 14.12.1970.

229 Vgl. Berliner Morgenpost, 14.10.1070; Die Welt, 15.10.1970; Frankfurter Rundschau, 17.10.1970; Der Spiegel, 19.10.1970; Christ und Welt, 23.10.1970 (erstes Zitat); Publik, 23.10.1970; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.11.1970; ZDF-Magazin, 11.11.1970 (zweites Zitat). Vgl. dagegen konkret, September 1970; Deutsche Volkszeitung, 18.9.1970.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
traggebern von Czichon und Anwalt Kaul« vor, dass im Vergleich zur Bundesrepublik in der DDR überhaupt keine Wiedergutmachung für »arisiertes« Vermögen gezahlt worden sei – worauf sich Kaul veranlasst sah, Strafanzeige wegen Beleidigung zu stellen.[230] Als im November das Gericht die Einstweilige Verfügung bestätigte, war das für viele westdeutsche Zeitungen bereits eine Art Vorentscheidung, während sie in den ostdeutschen Zeitungen nur eine »Zwischenrunde« war. Zufrieden stellte man bei der Deutschen Bank fest, dass insbesondere hinsichtlich Abs' umstrittener Beteiligung an »Arisierungen« quer durch die westdeutsche Presselandschaft die Worte des Vorsitzenden Richters zitiert wurden: Hier sehe man das Unterfangen, »auf einer Seifenblase einen Wolkenkratzer aufbauen zu wollen«.[231]

Für die Deutsche Bank schien es zum damaligen Zeitpunkt bereits absehbar, dass Kaul und die SED das juristische Verfahren auch jenseits des Gerichtssaals in einer breiten Öffentlichkeit verhandelt würden. Bei der Deutschen Bank wurden daher weiterhin verschiedene Pläne vorangetrieben, die sicherstellen sollten, dass Abs nicht nur im juristischen Verfahren, sondern auch in der öffentlichkeitswirksamen Debatte die Oberhand gewinnen sollte. Der Presse-Dienst »Verlag für Publizität« wurde beauftragt, die ost- und westdeutschen Artikel systematisch zu dokumentieren und auszuwerten. Selbst regionale Tageszeitungen von den *Aachener Nachrichten* bis zur *Wetzlaer Neuen Zeitung* wurden dokumentiert und Abs vorgelegt, der sie in den meisten Fällen zur Kenntnis nahm und abzeichnete. Der Presse-Dienst wurde des Weiteren damit betraut, die Schriftsätze beider Parteien hinsichtlich ihrer möglichen Auswirkungen in der Öffentlichkeit einzuschätzen.[232] Die Presseabteilung der Deutschen Bank verfolgte die öffentlichen Meinungsäußerungen sehr genau und wurde ihrerseits aktiv. Beispielhaft lässt sich das im Fall des manipulierten Zitats aus dem OMGUS-Bericht zeigen. Wann immer die Textpassage in der Öffentlichkeit wiederholt wurde, drohte die Rechtsabteilung der Deutschen Bank Zeitungen, Verlagen und Vertreibern von Flugschriften mit Einstweiligen Verfügungen im Falle der weiteren Verwendung des Zitats – und das mit Erfolg.[233]

Bemerkenswert an der Pressearbeit der Deutschen Bank ist, dass sie nicht nur auf Berichte reagierte, sondern auch selbst unterschiedliche Stimmen in

230 Die Zeit, 30.10.1970.

231 Vgl. HADB, V01/4955, Prozessablauf im Meinungsspiegel von Presse, Funk und Fernsehen, Dezember 1970, S. 6.

232 Vgl. Ausschnittsammlung, Presseanalysen und Einschätzungen in HADB, V01/4955-4958.

233 Zu den Gegenmaßnahmen der Deutschen Bank vgl. HADB, V01/4957, Flugschrift Deutsche Friedensgesellschaft, o. D.; Vermerk Rechtsabteilung 6.11.1970; Notiz Walther Weber, 26.11.1970; Walther Weber an Reinhard Kühnl, 15.12.1970. Zur Wirkung der Drohung vgl. die beiden Texte von Reinhard Kühnl mit bzw. ohne Zitat in Die Tat, 21.11.1970, und Kühnl, Herrschaft. Dazu auch HADB, V01/4955, Walther Weber an Hermann J. Abs, 5.2.1971.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der öffentlichen Abs-Debatte zu etablieren versuchte. Nach Rücksprache mit Abs wurde beispielsweise der Journalist Rolf Vogel beauftragt, von der Bank zur Verfügung gestelltes Material publizistisch auszuwerten und in Abstimmung mit dem Vorstand der Deutschen Bank Presseberichte zu verfassen. Vogel war Mitarbeiter des Bundespresseamtes sowie freier Journalist für diverse westdeutsche Medien, hatte aufgrund seiner jüdischen Biographie gute Kontakte nach Israel und pflegte eine private Antipathie gegen Kaul. Für Abschlagszahlungen von mehreren tausend DM begleitete Vogel fortan den Prozess und veröffentlichte bis zum Schlussurteil 1972 diverse Artikel unter anderem in den *Deutschland-Berichten* und im *Rheinischen Merkur* sowie Radiobeiträge für den *Hessischen Rundfunk* und den *Deutschlandfunk*.[234] Sein Wohlwollen für die Deutsche Bank verbarg Vogel dabei in keiner seiner Wortmeldungen und geißelte regelmäßig die »üblichen Manipulationen aus Ost-Berlin« bzw. bezeichnete Kaul als »Lümmel« und »abgetakelten Staatsschaupieler«.[235]

Auch im Bereich der Wissenschaften suchte die Deutsche Bank Unterstützung. Aus den bestehenden Kontakten zum Deutschen Industrieinstitut und dem unermüdlichen Hans-Eckhardt Kannapin ergab sich eine Reihe von Ideen und Aufträgen. Unter anderem schlug Kannapin ein umfangreiches Buch vor, um am Beispiel der quellenkritischen Auseinandersetzung mit Czichon die »politische Funktion sozialistischer Geschichtsfälschung« zu entlarven und die »strategische und taktische Konzeption marxistisch-leninistischer Geschichtsauffassung […] mit eigenen Waffen zu schlagen. Wer im Krieg gegen Panzer keine panzerbrechende Waffen einsetzt, ist ein Narr«.[236] Genau diese martialische Rhetorik einer Propagandaschlacht wollten die Verantwortlichen der Deutschen Bank aber gerade vermeiden, und auch spätere Auftragsartikel von Kannapin bspw. über die »Rüstungs- und Kriegsfinanzierung im Dritten Reich« lehnten sie aufgrund ihrer Darstellungsweise zur Veröffentlichung letztlich ab.[237] Im Bestreben nach wissenschaftlichen Gegendarstellungen, die Seriosität vermittelten, brauchten Abs und seine Mitarbeiter dabei gar nicht so weitschweifig suchen. Nach dem Tod von Fritz Seidenzahl im Frühjahr 1970 hatte der Historiker Wilhelm Treue neben seinem Lehrstuhl in Göttingen die Leitung des Unternehmensarchivs kommissarisch übernommen. Während Treue auf der einen Seite als Lehrstuhlinhaber für Geschichte auftrat und wie bereits erwähnt wohlwollende Rezensionen der Seidenzahl-Festschrift verfasste[238], war er auf der anderen Seite zugleich Berater für die Deutsche Bank und stimmte mit ihr seine Publikationen ab. So plante Treue bereits vor

234 Die Absprache zwischen Vogel und Deutscher Bank in HADB, V01/4952, Notiz Wilhelm Vallenthin, 22.10.1970. Zu seiner publizistischen Tätigkeit vgl. die Auflistung in HADB, V01/4952, Gesprächsnotiz, 30.6.1972.

235 Rheinischer Merkur, 13.11.1970; Deutschlandfunk, 19.2.1971; RIAS, 19.2.1971.

236 HADB, V01/4955, Aufstellung der Themen zur Auseinandersetzung mit Czichons Buch, o. D., S. 1 bzw. 8.

237 HADB, V01/4955. Vermerk Rechtsabteilung, 6.9.1971.

238 Die Zeit, 14.8.1970.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Prozessbeginn einen Sammelband mit dem Titel »Methoden kommunistischer Geschichtsschreibung« und hoffte, seinen eigenen Beitrag »Kommunistische Geschichtsschreibung über den Begriff des Imperialismus« in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* vorab zu veröffentlichen, »damit für den Prozess nicht zu viel Zeit verloren geht«.[239] Verschiedene Mitarbeiter der Deutschen Bank lasen das Manuskript des Artikels Korrektur, ergänzten Formulierungen und lobten die »geschickt, sozusagen nebensächlich« untergebrachte Kritik an Czichons Publikationen.[240] Auch wenn der Artikel letztlich nicht in den *Vierteljahrsheften* veröffentlicht wurde, sondern in der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*, meinte Treue angesichts einer Auflage von 105.000 Exemplaren, dass »wir ganz zufrieden sein können«.[241]

Grundsätzlich lässt sich für die Pressearbeit der Deutschen Bank im Oktober/November 1970 festhalten, dass sie das Narrativ der Anklageschrift durch unterschiedliche Protagonisten aus Journalismus und Wissenschaft erfolgreich in der Öffentlichkeit streute und das Czichon-Buch primär als »politische Kampf- und Tendenzschriften« verstanden wissen wollte. Die Mehrheit der westdeutschen Medien übernahm diese Perspektive. Somit war die erste Runde im Gerichtssaal an Abs gegangen, und auch in der Öffentlichkeit schien es gut für die Deutsche Bank zu laufen. Nichtsdestotrotz wurden Vorbereitungen getroffen, den juristischen wie publizistischen Kampf über die volle Rundenzahl auszutragen.

Unmittelbar nach der mündlichen Verhandlung hatte sich auch Kaul in Ost-Berlin nicht unzufrieden mit dem Auftakt sowie dem westdeutschen Presseecho gezeigt und versucht, Zuversicht zu verbreiten. Er berichtete der Westabteilung und dem MfS, dass die DDR-Vertretung einen »überlegenden Eindruck« gemacht habe und nun den »Charakter und die Gangart des weiteren Prozesses selbst bestimmen« könne.[242] Das Selbstvertrauen Kauls sollte jedoch weder die eigenen Genossen nachhaltig überzeugen, noch durch die weiteren Rechercheergebnisse der Arbeitsgruppen gestützt werden. Die Rechtsanwälte der Deutschen Bank hatten inzwischen den Punktekatalog der Anklage um zehn auf dreißig Punkte erweitert und beantragt, das ganze Buch zu verurteilen, sowie sich ausdrücklich vorbehalten, die Liste fortlaufend zu ergänzen.[243] Die absehbare Anhäufung von Klagepunkten verstimmte die Westabteilung, und auch das MfS hatte missmutig feststellen müssen, dass »oberflächliche Arbeitsweise und Leichtfertigkeit von Czichon bei der Abfassung der Bücher […] in einigen wesentlichen Punkten zu offensichtlich falschen und unbewiesenen Behauptungen« geführt hätten.[244] Die Arbeitsgruppe der Sachverstän-

239 HADB, V01/4951, Gesprächsnotiz, 2.9.1970.
240 Vgl. HADB, V01/4951, Vermerk Rechtsabteilung, 18.1.1971, S. 1 (Zitat); Vermerk Georg Krupp, 20.1.1971. Dort auch die entsprechenden Manuskripte.
241 HADB, V01/4951, Wilhelm Treue an Ernst Schneider (Rechtsabteilung), 27.4.1971.
242 BStU, MfS, HA/II, FV 87/70, Band 2, Bl. 329, Aktenvermerk, 21.10.1970.
243 HADB, V01/4933, Klageerweiterung in der Hauptsache, 7.10.1970.
244 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70 Bd. 1, Bl. 89, Information, 5.1.1971.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
digen kam zu dem verklausulierten Ergebnis, dass von den dreißig fraglichen Behauptungen Czichons zehn »in wesentlichen Teilen im Wortsinn«, zehn nur »in bestimmten Grenzen« und vermutlich zehn »auch nicht im Prinzip« aufrechterhalten werden könnten.[245] Grundsätzlich konstatierte die Arbeitsgruppe, dass die Dokumente, die sie recherchiert und ausgewertet hatten, »politisch sehr wirkungsvoll einsetzbar« seien.[246] Damit deutete sie aber auch an, dass ihr die Dokumente juristisch nicht ausreichend für eine Verteidigung Czichons erschienen. Gegen eine rein politische, das heißt propagandistische Nutzung gab es aber eben in der SED-Spitze Vorbehalte. Die setzte weiterhin auf die defensive Strategie, die Auseinandersetzung ausschließlich juristisch zu führen, und wartete auf neue Dokumente aus den MfS-Recherchen, um Abs ggf. Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit nachzuweisen. Die federführende Hauptabteilung IX/11 hoffte tatsächlich, in einem konkreten Fall »die Beweiskette schließen« zu können. Abs war in den Jahren 1941 bis 1945 Aufsichtsratsvorsitzender des Werkzeugmaschinenherstellers Pittler gewesen. Dort waren in den letzten Kriegsjahren auch sowjetische Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter eingesetzt und in einigen Fällen wegen Erschöpfung ins KZ Buchenwald zurückgeschickt worden, wo sie zum Teil verstorben bzw. umgebracht worden waren.[247] Beim MfS überlegte man bereits, ob das neue Beweismaterial nicht auch für einen eigenen Prozess gegen Abs in der DDR tauge bzw. ob Abs mit den Dokumenten nicht unter Druck gesetzt werden könne, auf dass er seine Klage in Stuttgart zurückziehe.[248]

Während die Mitarbeiter des MfS weitere Nachforschungen zu den Kriegsgefangenen in der Sowjetunion beim KGB anstellten, war es Kaul, der den laufenden Prozess in der Spur halten musste – und hier taten sich weitere Risse in der Verteidigung auf. Im Hinblick auf die bestätigte Einstweilige Verfügung wollte Kaul unbedingt Berufung einlegen. Sein westdeutscher Rechtsanwaltskollege Heinrich Mackenrodt schrieb ihm jedoch unumwunden, dass seiner Meinung nach diese »keinerlei Aussicht auf Erfolg« habe, und begründete detailliert, warum ohne neue Beweismittel auch die Verteidigung der Behauptungen im Hauptverfahren »äußerst problematisch« sei. Kaul ließ sich allerdings nicht überzeugen, und Mackenrodt legte im Dezember sein Mandat nieder, was in der westdeutschen Presse als weiteres Zeichen von Schwäche gedeutet wurde.[249] Ebenfalls im Dezember legte Kaul in Stuttgart die Klageerwiderung

245 Vgl. BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70 Bd. 1, Bl. 428-436, Zur Materialbasis auf Grund der Dokumentensuche, o. D. (Zitat Bl. 428, 432, 434).

246 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70 Bd. 1, Bl. 428, Zur Materialbasis auf Grund der Dokumentensuche, o. D.

247 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd. 1, Bl. 85-87, Information, 16.11.1970 (Zitat Bl. 86). Vgl. dazu auch den ausführlichen Bericht vom 4.1.1970 in BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd. 9, Bl. 1-5.

248 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70 Bd. 1, Bl. 90 f., Information, 5.1.1971.

249 Vgl. BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 3, Bl. 140-161, Heinrich Mackenrodt an Friedrich K. Kaul, 10.11.1970 (zweites Zitat Bl. 160); Bl. 139, Heinrich Mackenrodt

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
in der Hauptsache vor, die sich insbesondere auf die Einschätzungen der Historiker-Gruppe stützte und bereits ausweichend den »Tatsachenkern« der Formulierungen Czichons herauszuarbeiten versuchte. Einige Behauptungen, wie etwa Abs' persönliche Bereicherung bei der »Arisierung« der Adler & Oppenheim AG, waren hier schon fallen gelassen.[250]

Am 19. Februar stand der erste Verhandlungstag des Hauptverfahrens an. Während sich Kaul im Stuttgarter Landgericht noch immer kämpferisch zeigte, um dann den vorsitzenden Richter wegen Befangenheit abzulehnen und den Gerichtssaal polternd zu verlassen,[251] trafen sich in Ost-Berlin zum selben Zeitpunkt die Verantwortlichen der Westabteilung, der Staatsanwaltschaft der DDR und des MfS. Im Monat zuvor war Hermann Matern gestorben, und damit war der Richtungsstreit zwischen Matern und Norden über die Prozessführung entschieden. Die »Arbeitsgruppe Spangenberg« wurde aufgelöst, und dementsprechend selbstbewusst vertrat Nordens Stellvertreter Pötschke nun die defensive Verteidigungsstrategie: Der Parteiführung gehe es »in erster Linie darum, den westdeutschen Pahl-Rugenstein Verlag vor jeglicher Schädigung zu bewahren.« Der Verlag sei der »einzige große Verlag in West-Deutschland, der nach außen einen liberalen Charakter hat und nicht als kommunistischer Verlag abgestempelt ist und ›den wir an der Strippe haben‹«. Der Aufbau des Verlags habe »außerordentliche Mühen« gekostet und es wäre »außerordentlich schädlich, wenn der Verlag im Ergebnis der von Abs erhobenen Schadensersatzforderungen eingehen würde.« Vor diesem Hintergrund, so Pötschke, sei die Parteiführung entschlossen, den Prozess so lange fortzuführen, »bis für den Verlag Sicherheit gegeben ist«. Nicht zuletzt aufgrund der »erheblichen Prozesskosten« und des nicht absehbaren Endes des Prozesses sei »die ganze Sache ›nicht auf größter Flamme‹ zu betreiben.« Zusammenfassend stellte Pötschke fest, dass es das Günstigste sei, »wenn wir möglichst schnell und ohne negative Folgen für die DDR und den Verlag aus dem Zivilverfahren herauskommen würden.« Um dieses Ziel zu erreichen, wurde nun die Idee favorisiert, die vom MfS recherchierten Dokumente zum Fall Pittler als »Erpressungsmaterial« gegenüber Abs zu nutzen, zum Beispiel durch die Androhung der Übergabe des Materials an westdeutsche Strafverfolgungsbehörden, damit Abs ein weiteres Vorgehen gegen den Verlag unterlasse.[252] Bemerkenswert an dieser Strategiefestlegung sondern nicht nur die kriminelle Energie und die

an Friedrich K. Kaul, 11.11.19970 (erstes Zitat). Zur Presse vgl. bspw. Stuttgarter Zeitung, 4.12.1970; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.12.1970. Die Berufungsbegründung vom 27.1.1971 in BStU, MfS HA IX/11 FV 87/70, Band 3, Bl. 205-224.

250 BStU, MfS HA IX/11 FV 87/70 Bd. 5, Bl. 100-214, Klageerwiderung, 15.12.1970 bzw. 21.12.1970. Zum Fall Adler & Oppenheim vgl. Bl. 197.

251 Die westdeutsche Presse bewertete Kauls Verhalten unter anderem als »Flucht nach vorn«, vgl. Stuttgarter Zeitung, 20.2.1971; Handelsblatt, 22.2.1971 (Zitat); Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.2.1971.

252 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd. 1, Bl. 98-102, Information über getroffene Festlegung zum weiteren Vorgehen in der Sache Abs, 19.2.1971 (alle Zitate Bl. 98 f.).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
opportunistische Kostenabwägung der Genossen, sondern auch der Umstand, dass von Czichon selbst keine Rede mehr war. Hatte der Fall »Czichon« zu Beginn eine Chance der geschichtspolitischen Auseinandersetzung bedeutet, war er jetzt nur noch lästig. Vor diesem Hintergrund schien der SED bereits zu diesem Zeitpunkt eine Art außergerichtliche Einigung erstrebenswert zu sein. Die Hauptabteilung IX/11 des MfS hatte inzwischen zwei 300 Seiten starke »Beweismittelakten« zusammengestellt und über zwölf Ordner Dokumente gesammelt, in denen insbesondere Abs' Verantwortung für die Beschäftigung von Zwangsarbeitern bei der Pittler AG herauszuarbeiten versucht worden war.[253] Um die Tragfähigkeit und Belastbarkeit der Beweismittel abzuschätzen, gab die Westabteilung Gutachten beim Wirtschaftshistoriker Dietrich Eichholtz und beim Professor für Strafrecht an der Humboldt-Universität, John Lekschas, in Auftrag. Insbesondere Lekschas bemängelte jedoch das Fehlen eines klaren Beweises für die Einflussnahme Abs' bei Pittler und sah »keine Chance«, aus dem bisherigen Material eine Anklage wegen »Schreibtischtäterschaft« in der BRD anzustoßen. Stattdessen warnte er vor der Gefahr, Abs die Vorlage für einen »lupenreinen Persilschein für alle Ewigkeit« zu liefern.[254] Angesichts dieser Bewertung wandte sich Albert Norden direkt an Erich Mielke, um ihm für das erarbeitete Material zu danken und gleichzeitig den Ambitionen, den Fall Abs politisch-propagandistisch auszuschlachten, einen Riegel vorzuschieben. Norden schrieb: »Leider findet ja der Prozess nicht vor unserem Gericht statt, sondern in der BRD, wo man mit handfestem und bis ins letzte beweiskräftigem Material kommen muss.«[255] Ob es nun an der klaren Vorgabe von Albert Norden lag oder auch an den eskalierenden Machtkämpfen an der Spitze der Partei im Frühjahr 1971, in deren Folge Erich Honecker Walter Ulbricht ablöste[256] – auffällig ist, dass die DDR-Presse, die den Prozessauftakt noch mit Pauken und Trompeten begleitet hatte, den ersten Verhandlungstag des Hauptverfahrens im Februar nur noch am Rande und weitere Auftritte Kauls im März überhaupt nicht mehr erwähnte.[257] Wenn überhaupt, druckten die ostdeutschen Zeitungen noch die staatliche Agenturmeldung ab und stellten ansonsten die Berichterstattung mit einer Mischung aus Resignation und Empörung komplett ein.[258]

Kaul wurde nun von der Westabteilung an der kurzen Leine gehalten, und er versuchte in Stuttgart auf Zeit zu spielen. Auch wenn er sich dabei weiterhin kämpferisch gab, so war doch spätestens im Sommer 1971 klar, dass die Verzö-

253 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd. 9, Bl. 63-73, Übersicht über die Beweislage in der Sache Abs, o. D.

254 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd. 1, Bl. 111-129, Stellungnahme Lekschas, o.D (Zitate Bl. 125 f.); Bl. 130-134, Gutachten Eichholtz, 10.3.1970.

255 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd. 1, Bl. 109, Albert Norden an Erich Mielke, 17.3.1971 (Hervorhebung im Original).

256 Zum Ende der Ära Ulbricht vgl. Malycha/Winters, SED, S. 190-200.

257 Vgl. bspw. Berliner Zeitung, 21.2.1971.

258 Vgl. etwa Neues Deutschland, 20.3.1971 (»BRD-Justiz leistet Schützenhilfe für Abs«)

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
gerungstaktik nicht aufging und die Niederlage auf allen juristischen Ebenen absehbar war. Die Berufung gegen die Einstweilige Verfügung wurde in zweiter Instanz vom Oberlandesgericht Stuttgart endgültig zurückgewiesen, und die Staatsanwaltschaft Stuttgart stellte nach wiederholten Beschwerden Kauls die Ermittlungen gegen Abs wegen angeblichen Meineids zum zweiten und letzten Mal ein.[259] Einzig das Hauptverfahren lief noch, was aber mehr einem Richterwechsel zuzuschreiben war als Kauls Verteidigungsstrategie. Auch in der Hauptsache wurden viele seiner Anträge abgelehnt, bspw. Abs als Zeugen zu befragen oder verschiedene Sachverständige aus der DDR einzuladen.

Wenngleich diese Prozessetappen bei der Deutschen Bank die Zuversicht förderten, das juristische Verfahren zu gewinnen, so blieb man doch sensibilisiert für die Brisanz der Berichterstattung. Abs selbst hatte nach eigenem Bekunden bereits Anfang des Jahres dem Fortgang des juristischen Verfahrens »mit großer Gelassenheit« entgegengesehen, dabei jedoch betont, dass die »publizistische Seite des Prozesses unter anderen Vorzeichen steht«.[260] Als ein besonderes Risikopotential nahmen die Deutsche Bank und ihre Rechtsanwälte den OMGUS-Bericht von 1946 wahr. Dieses Dokument, das eben nicht aus einschlägig kommunistischen Kreisen, sondern aus den eigenen Reihen des kapitalistischen Lagers kam, barg die Gefahr einer Verwischung der klaren Konfliktlinien in der öffentlichen Rezeption. Gegen die von Czichon und anderen verwendeten Falschzitate des Berichts war die Bank bereits beim Prozessauftakt vorgegangen. Im Frühjahr 1971 kündigte Kaul jedoch öffentlichkeitswirksam neue Beweise auf der Grundlage des Berichts an, ließ den Text ins Deutsche übersetzen und versuchte ihn als Beweismittel in den Prozess einzubringen.[261] Die Anklage um Abs setzte alles daran, den Bericht sowohl im Gerichtssaal als auch in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Abs kontaktierte den ehemaligen Chef der amerikanischen Militärregierung Lucius D. Clay und bat ihn um eine Stellungnahme. Clay bestätigte ihm, dass der Bericht von der Finanzabteilung erstellt worden und nur eine Empfehlung gewesen sei, die nie zu juristischen Konsequenzen geführt habe.[262] Auf Grundlage dieses Schreibens argumentierten Abs' Rechtsanwälte vor Gericht, dass der Bericht eine »eindeutige politische Zielsetzung« gehabt habe und juristisch nicht belastbar sei – eine Argumentation, der sich auch die Richter bereits frühzeitig anschlossen, die

259 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Bd. 3, Bl. 50-60, Verfügung der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 24.5.1971, Az. 9 Js 3675/70; Bl. 288-323, Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 7.7.1971, Az. 5 U 138/70.

260 HADB, V01/4952, Hermann J. Abs an Rolf Vogel, 11.1.1971.

261 Zu Kauls Ankündigungen beim Berufungstermin vor dem Oberlandesgericht Stuttgart am 17.3.1971 vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.3.1971; Stuttgarter Nachrichten, 18.3.1971; Stuttgarter Zeitung, 18.3.1971. Die Übersetzung des OMGUS-Berichts vom 21.6.1971 in MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 8, Bl. 144-601. Die Vorlage von Teilen des OMGUS-Berichts vor Gericht in MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 5, Bl. 385-464, Ergänzung der Klageerwiderung, 6.5.1971 bzw. 26.5.1971.

262 HADB, V01/4917, Lucius D. Clay an Hermann J. Abs, 19.4.1971.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
letztlich den OMGUS-Bericht als Beweismittel nicht berücksichtigten.[263] Als Kaul versuchte, den OMGUS-Bericht wenigstens publizistisch zu verwerten, und im Namen Czichons die Übersetzung des Textes an diverse westdeutsche Zeitungsredaktionen schickte, bemühte sich die Pressestelle der Deutschen Bank, die Adressaten ausfindig zu machen und auf die Entstehungsgeschichte des Berichts hinzuweisen.[264]

Besonders heikel war der OMGUS-Report nicht zuletzt wegen seiner Darstellung der Rolle der Deutschen Bank bei »Arisierungen«. Czichon hatte in seinem Buch den Nachweis zu führen versucht, dass Abs aktiv an der »Arisierung« des jüdischen Kapitalvermögens teilgenommen und jüdische Unternehmer aus den Vorständen und Aufsichtsräten gedrängt habe.[265] Diesbezüglich hatten Abs' Rechtsanwälte von Anfang an darauf bestanden, dass die jüdischen Unternehmer freiwillig auf die Deutsche Bank zugekommen seien:

> »Die jüdischen Kunden der Deutschen Bank wurden während der Hitler-Zeit durch Maßnahmen der Regierung in ihrer geschäftlichen Tätigkeit mehr und mehr eingeengt. Bei dieser Situation lag es nahe, dass sich die bedrängten jüdischen Unternehmen an ihre Hausbanken, mit denen sie ein oft jahrelanges Vertrauensverhältnis verband, mit der Bitte wandten, über die Verbindungen der Bank akzeptable Kaufinteressenten zu finden. Wie die Deutsche Bank in ihrem Rundschreiben vom 14.1.1938 […] klar zum Ausdruck brachte, war sie bereit und gewillt, ihren jüdischen Kunden – aber auch sonstigen jüdischen Unternehmen – ›auf deren Wunsch bei der Arisierung zur Verfügung‹ zu stehen, nachdem diese Entwicklung unter dem Zwang der Verhältnisse unvermeidbar geworden war.«[266]

Wenngleich der OMGUS-Bericht nun auf der einen Seite tatsächlich diverse Fälle beschrieb, in denen die Deutsche Bank an »Arisierungen« beteiligt gewesen war bzw. diese selbst durchgeführt hatte, so räumten die US-Ermittler auf der anderen Seite auch ein, nur einen »ganz unvollständigen Bericht« geben zu können, und empfahlen: »Genauere Zeugenaussagen könnten von denjenigen gemacht werden, die in den Jahren nach 1933 um ihr Eigentum gebracht wurden«.[267] Zu groß war generell das Spektrum an »Arisierungen«, das von Fällen, in denen die Lage der jüdischen Unternehmer zynisch ausgenutzt wor-

263 Vgl. BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 3, Bl. 255-260, Martin Löffler an das Oberlandesgericht Stuttgart, 8.6.1971; Bl. 288-323, Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart im Berufungsverfahren gegen die Einstweilige Verfügung vom 7.7.1971, Ak. 5 U 138/70.

264 Das Schreiben Czichons vom September 1971 in: HADB, V01/4917. Zu den Sensibilisierungsmaßnahmen der Pressestelle vgl. HADB, V01/4917, Walther Weber an den Vorstand, 22.9.1971 bzw. 28.9.1971.

265 Vgl. Czichon, Bankier, S. 83 ff.

266 HADB, V01/4933, Klageschrift, 12.8.1970, S. 34 f. (Hervorhebung im Original).

267 Zitiert nach deutscher Übersetzung des OMGUS-Berichts, S. 175, in BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 8, Bl. 144-601 (Zitat Bl. 324). Ebenso abgedruckt in OMGUS, Deutsche Bank, S. 175.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
den war, bis zu Beispielen reichte, in denen »Arisierer« zu Recht oder Unrecht behaupteten, als eine Art »Treuhänder« des jüdischen Eigentums geholfen zu haben.[268] Die Anwälte Abs' hatten nun für die Verleumdungsklage gegen Czichon jene Behauptungen herausgegriffen, die sie mit den Aussagen der betroffenen Unternehmer widerlegen zu können glaubten. Unter anderem war dies der letzte noch lebende Angehörige der Familie Petschek, die in den dreißiger Jahren Hauptaktionär der Hubertus Braunkohlen AG gewesen war. Czichon behauptete, Abs habe die Petschek-Brüder 1938 zum Rücktritt und Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat gezwungen und sich dabei persönlich bereichert.[269] Nun war es aber William Petschek selbst, der zunächst in einem privaten Brief an Abs und dann persönlich im Stuttgarter Gerichtsaal erklärte, dass Abs stets im Einvernehmen mit der Familie Petschek gehandelt und einen Großteil des Vermögens für sie erhalten habe sowie nicht zuletzt nach dem Krieg einer der wichtigsten Unterstützer bei der Durchsetzung von Rückerstattungsansprüchen gewesen sei.[270] In ähnlicher Weise traten in der Folge weitere Zeugen auf, und es wurden weitere Zeugnisse vorgelegt – zum Teil waren dies Personen, die Abs bereits für sein erfolgreich überstandenes Entnazifizierungsverfahren in der Nachkriegszeit um Hilfe gebeten hatte –, die sich für Abs verwandten und bekräftigen, dass sich Abs bei der Durchführung von Liquidierungen oder Vermögensübertragungen stets in ihrem Sinne verhalten habe.[271] Angesichts dieser Aussagen deutete der vorsitzende Richter bereits frühzeitig an, dass die besonders brisanten Vorwürfe Czichons im Hinblick auf die zu verhandelnden Fälle der »Arisierung« für das Gericht hinreichend widerlegt waren.[272] Und auch jenseits des Gerichtssaals beeilte sich Wilhelm Treue in seiner Doppelfunktion als kommissarischer Leiter des Deutsche Bank-Archivs und Göttinger Professor für Wirtschaftsgeschichte, die entlastenden Zeugenaussagen im wissenschaftlichen Diskurs zu etablieren. Im Herbst 1971 erschien der lange geplante Artikel Treues über Czichons Buch und die Geschichtsschreibung der DDR in der Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte*.[273] Nachdem die Redaktion der Zeitschrift angemerkt hatte, dass einzelne Ausführungen Treues zum Streitfall der »Arisierungen« offenbar in das laufende Gerichtsverfahren ein-

268 Die Frage nach der Rolle von Abs und der Deutschen Bank bei »Arisierungen« ist bis in die Gegenwart Gegenstand wissenschaftlicher Diskussion. Vgl. Gall u. a., Deutsche Bank, S. 334-351; Kopper, Bankenpolitik, S. 220 ff.; James, »Arisierung«; Gall, Bankier, S. 58-73; Kopper, Bankiers.

269 Czichon, Bankier, S. 95.

270 HADB, V01/4951, William Petschek an Hermann J. Abs, 22.7.1970; HADB, ZA03/1023, Landgericht Stuttgart Vernehmung William Petschek, 26.7.1971. Vgl. dazu auch HADB, V01/4951, Vermerk Georg Krupp, 14.10.1971.

271 Vgl. bspw. HADB, ZA03/1023, Landgericht Stuttgart Vernehmung Robert von Mendelssohn, 22.11.1971; Landgericht Stuttgart Vernehmung Hans Adler, 22.11.1971. Zum Kontakt zu Petschek 1946 und den Entlastungszeugnissen für das Entnazifizierungsverfahren 1947/48 vgl. Gall, Bankier, S. 129 f. bzw. 132 f.

272 Vgl. HADB, ZA03/1023, Prozessprotokoll vom 29.9.1971, S. 58 f.

273 Treue, Wirtschaftsgeschichtsschreibung.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zugreifen schienen, und um deren Streichung bat, veröffentlichte Treue diese Passagen und den Brief von William Petschek einfach selbst in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Tradition*.[274] In seinem Artikel verglich Treue dabei Fälle von »Arisierungen« wie die, an denen Abs beteiligt gewesen war, und ordnete eine kleine Anzahl von ihnen in den »Bereich des Widerstands gegen das Dritte Reich« ein bzw. verteidigte sie als »Arisierung in freundschaftlichem Einvernehmen«.[275]

Damit hatte die Deutsche Bank im Herbst 1971 die letzten heiklen Klippen des Prozesses erfolgreich umschifft. Sowohl im Gerichtssaal als auch in der Öffentlichkeit war die von Kaul erhoffte Wirkung des OMGUS-Berichts verpufft, und die ausgewählten Vorwürfe der »Arisierung« waren durch die Auftritte der jüdischen Opfer rigoros entkräftet worden. Die Abs-Seite hatte deutlich Oberwasser und erhöhte wie zum Zeichen der Siegesgewissheit den Klagekatalog in einer zusätzlichen Klageerweiterung auf nunmehr vierzig Punkte.[276] Um zumindest den Verlag aus der Hauptverhandlung herauszubekommen und, wie von der Westabteilung vorgegeben, schadlos zu halten, präsentierte Kaul nun einen neuen Sündenbock vor Gericht: Der Pahl-Rugenstein Verlag habe »seinerzeit als Gutachter für das Buch einen Historiker herangezogen«, der vor der Drucklegung die Richtigkeit der im Buch enthaltenen Behauptungen prüfen sollte. Das Gutachten sei von Ingrid Zumpe, Historikerin und stellvertretende Direktorin am Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, erstellt worden. Da Zumpe letztlich nichts an den Behauptungen beanstandet habe, werde der Verlag ihr den »Streit verkünden«. Das hieß, dass im Falle einer juristischen Niederlage der Verlag einen Regressanspruch gegen sie formulieren würde.[277] Ein Gutachten hatte Zumpe wohl tatsächlich geschrieben, aber es bleibt zweifelhaft, ob es überhaupt gelesen worden war.[278] Die Abs-Anwälte stuften diese nachträgliche Erklärung als »absolut unglaubwürdig« ein,[279] und auch das Gericht deutete an, die Sorgfaltspflicht des Verlags mit dem vermeintlichen Zumpe-Gutachten als nicht hinreichend erwiesen einzuschätzen. Damit war aber auch die letzte Hintertür zugeschlagen, die Kaul für den Verlag hatte aufhalten wollen, um

274 Der Schriftwechsel zwischen der Redaktion und Treue in HADB, V01/4951, Klaus W. Wippermann an Wilhelm Treue, 2.7.1971.

275 Vgl. Treue, »Arisierung«, S. 293 f.

276 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 6, Bl. 38-128, Zweite Klageerweiterung, 10.9.1971.

277 HADB, ZA03/1023, Prozessprotokoll vom 29.9.1971, S. 15 f. Vgl. dazu ebenfalls BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 6, Aktenvermerk, 18.8.1971.

278 Interview Thomas Kuczynski, 21.5.2014. Letztlich sollte Kaul vor Gericht auf die Vernehmung von Zumpe explizit verzichten, obwohl sie bereits angeordnet war und auch keine weiteren Dokumente vorlegen, die ein Gutachten bestätigt hätten.

279 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 6, Bl. 169-223, Martin Löffler an das Landgericht Stuttgart, 24.11.1971 (Zitat Bl. 186).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
den absehbaren Schadensersatzansprüchen zu entgehen.[280] Die Deutsche Bank würde den Prozess gewinnen, Eberhard Czichon verlieren und die SED ihr Hauptziel verfehlen – so wurde nach einer Notlösung gesucht.

Am 24. Februar 1972 verkündigte das Landgericht Stuttgart ein Zwischenurteil und ergänzte dies vier Monate später durch ein entsprechendes Schlussurteil. Darin verurteilte das Gericht Czichon, die Verbreitung von 32 beanstandeten Behauptungen zu unterlassen, und verpflichtete Czichon sowie den Verlag zu einer Schadensersatzzahlung von 20.000 DM.[281] Das Gericht stellte zudem fest, dass Abs und die Deutsche Bank fortan erklären dürften, dass Czichons Bücher »in allen die Kläger diskriminierenden wesentlichen Punkten unwahr bzw. beleidigend« seien und dass es sich dabei um »politische Tendenzschriften« handele, die »keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit« erheben könnten.[282] Nicht zuletzt wurde der Deutsche Bank die Befugnis zugesprochen, den Kern des Urteils in drei großen westdeutschen Tageszeitungen zu veröffentlichen – auf Kosten Czichons und des Verlags. Damit schloss sich das Gericht in allen Klageanträgen Abs und seinen Rechtsanwälten an und folgte gerade nicht dem Versuch Kauls, den vermeintlich wahren »Tatsachenkern« des Buches ungeachtet der isolierten Einzelbeispiele herauszustellen. Kaul hatte in einem internen Bericht sein Schlussplädoyer so skizziert, dass es sich grundsätzlich bei Abs um »eine dem Sinne und Geiste des Buches entsprechende belastete Persönlichkeit« handele, obwohl, wie er verklausuliert eingestehen musste, »die Richtigkeit der angegriffenen Behauptungen nicht beweisbar war«. Das Buch als solches, so argumentierte er letztlich auch vor Gericht, stelle jedoch keine Verfälschung seines Persönlichkeitsbildes dar.[283] Das Gericht weigerte sich jedoch, die Formulierungen Czichons als »Sammelbehauptung« gelten zu lassen. Vielmehr sah es in allen beanstandeten Behauptungen den Nachweis erbracht, dass Czichon »mutwillig mit der Wahrheit umgegangen« sei, und die große Anzahl an Verfälschungen lasse sich »nicht mehr als Versehen, sondern nur mit

280 Vgl. HADB, ZA03/1023, Prozessprotokoll vom 29.9.1971, S. 32 f.; dazu auch BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 6, Bl. 161-166, Bericht von Friedrich K. Kaul vom 4.10.1971 über den Verlauf des Prozesses Deutsche Bank / Abs – Termin in der Hauptsache 29.9.1971.

281 Fünf Behauptungen hatte die Verteidigung um Czichon bereits während des Verfahrens zurückgezogen; drei Klagepunkte wurden als unbegründet bzw. unzulässig zurückgewiesen, weil sie sich zum Beispiel nur auf die ostdeutsche Ausgabe des Buches bezogen. Der ursprüngliche Streitwert der Schadensersatzklage hatte 100.000 DM betragen. Das Gericht sah Abs unter anderem durch das verfügte Unterlassungsgebot soweit rehabilitiert, dass der immaterielle Schadensersatz mit nur noch 20.000 DM veranschlagt wurde. Die Urteile in HADB, V01/4974, Teil-Urteil des Landgericht Stuttgart vom 24.2.1972; Schluss-Urteil des Landgericht Stuttgart vom 27.6.1972, Az. 17 O 220/70.

282 HADB, V01/4974, Teil-Urteil des Landgericht Stuttgart vom 24.2.1972, S. 16.

283 BStU, MfS, HA IX/11, FV 87/70, Band 6, Bl. 161-166, Bericht von Friedrich K. Kaul über den Verlauf des Prozesses Deutsche Bank / Abs, 4.10.1971 (Zitat Bl. 163). Vgl. dazu HADB, V01/4974, Zwischenplädoyer von Friedrich K. Kaul, 9.12.1971.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bösem Willen erklären«.[284] Ebenso habe der Pahl-Rugenstein Verlag fahrlässig seine Sorgfaltspflicht verletzt, weil die Rechtswidrigkeit der Behauptungen in den meisten Fällen anhand der zitierten Quellen leicht hätte erkannt werden können. Grundsätzlich habe die Verteidigung an keiner Stelle Dokumente vorlegen können, die das Gericht vom Gegenteil hätten überzeugen und die Richtigkeit der Behauptungen beglaubigen können. Auch hinsichtlich des OMGUS-Berichts schlossen sich die Richter der Argumentation der Abs-Anwälte an, dass der Text die subjektive Ansicht seiner Verfasser unmittelbar nach Kriegsende widerspiegele und als solcher kein geeignetes Beweismittel sei.[285] Die missglückte Verteidigungsstrategie der Sammelbehauptungen und die fehlenden Nachweise machte das Urteil insbesondere am Beispiel der »Arisierungen« deutlich. Zwar stehe die Beteiligung der Deutschen Bank an »Arisierungen« fest, aber gerade die beanstandeten Behauptungen bezüglich der Fälle wie Petscheck oder Mendelssohn seien nicht zuletzt durch das Zeugnis der Betroffenen hinreichend widerlegt worden, so dass auch eine vage Sammelbehauptung Czichons von der »führenden Rolle bei den ›Arisierungen‹« nicht statthaft sei.[286]

In diesem Punkt zeigten sich die Ambivalenz und auch die Grenzen des Gerichtsverfahrens: Auf der einen Seite hatte Czichon nachweisbar die Akten übertrieben ausgelegt und bspw. mit der Behauptung, Abs habe sich persönlich bei den »Arisierungen« bereichert, überprüfbar die Unwahrheit geschrieben. Auf der anderen Seite legte das Gericht juristische Maßstäbe an das Verhalten Abs' an. Hier war die beglaubigte Freiwilligkeit der jüdischen Unternehmer das entscheidende Kriterium – die »Zwangslage« habe das NS-Regime mit seinen rassistischen Gesetzen geschaffen. Das Gericht sah keinen Nachweis erbracht, dass Abs »irgendeinen Druck« ausgeübt bzw. die »Notlage der jüdischen Eigentümer in sittenwidriger Weise« ausgenützt habe.[287] Damit schrieben die Richter latent das rechtspositivistische Narrativ vom unpolitischen Funktionsträger, der nur »normale Geschäfte« gemacht habe, fort und wichen jener Frage nach der individuellen Verantwortung aus, die bereits im frühen Wiedergutmachungsdiskurs der fünfziger Jahre bei der Bewertung der »Arisierungs«-Fälle ausgespart worden war. Sicherlich hatten Abs und die Deutsche Bank den jüdischen Unternehmern in einigen Fällen ihre Unterstützung angeboten, ohne die die Opfer der Verfolgung einen noch größeren Teil ihres Vermögens verloren hätten. Jedoch stellten diese Transaktionen für die Bank auch einträgliche Provisionsgeschäfte dar und ermöglichten es dem NS-Regime, seine rassistische

284 HADB, V01/4974, Schluss-Urteil des Landgericht Stuttgart vom 27.6.1972, Az. 17 O 220/70, S. 26.

285 Vgl. HADB, V01/4974, Teil-Urteil des Landgericht Stuttgart vom 24.2.1972, S. 32.

286 Vgl. BStU, MfS HA IX/11 FV 87/70 Bd. 3, Bl. 288-323, Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart vom 7.7.1971, Ak. 5 U 138/70 (Zitat Bl. 317); HADB, V01/4974, Teil-Urteil des Landgericht Stuttgart vom 24.2.1972, S. 43 ff.; HADB, V01/4974, Schluss-Urteil des Landgericht Stuttgart vom 27.6.1972, Az. 17 O 220/70, S. 24.

287 HADB, V01/4974, Teil-Urteil des Landgericht Stuttgart vom 24.2.1972, S. 46.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Politik durchzusetzen. Diese opportunistische Interessenkongruenz zwischen der Deutschen Bank und dem NS-Regime sollte erst Ende der neunziger Jahre – nicht zuletzt von der Bank selbst – thematisiert werden.

Im Vergangenheitsdiskurs der siebziger Jahren spielte diese Sicht der Dinge noch keine Rolle. Die Presseberichterstattung über das Urteil teilte sich vielmehr wieder an den etablierten Konfliktlinien des deutsch-deutschen Systemwettstreits auf. Gleichzeitig war das Medieninteresse erheblich abgeflaut. In den westdeutschen Medien hatte das Urteil schon als absehbar gegolten angesichts der juristischen Zwischenetappen, aus denen Abs und die Deutsche Bank als Sieger hervorgegangen waren. Zwar berichteten die meisten Zeitungen und Zeitschriften regelmäßig von den Prozessentwicklungen und auch das Urteil fand ein breites Pressecho, aber die Redaktionen schickten häufig gar keine eigenen Mitarbeiter mehr in den Stuttgarter Gerichtssaal, sondern druckten einfach den sachlichen Bericht der Presseagenturen mit eigenen Überschriften.[288] Im Großen und Ganzen ging diesen Darstellungen zufolge Abs als klarer Sieger aus dem Rechtsstreit hervor: »Die Weste des Chefs der Deutschen Bank ist ohne Flecken«, so fasste der Kölner *Express* den Tenor des Urteils zusammen.[289] Als einer der wenigen bemühte sich der direkt in Verbindung mit der Deutschen Bank stehende Journalist Rolf Vogel, noch einmal Schärfe in die Berichterstattung zu bringen. In verschiedenen Wortmeldungen feierte Vogel das »bedeutende« Urteil für Abs und die Deutsche Bank und die »empfindliche Schlappe für die Propagandisten der SED«.[290] Abs' Anwälte traten wiederum im Fernsehen auf und konnten nun zur besten Sendezeit Czichon einen »miesen, kleinen Fälscher« nennen sowie Abs für seine Standfestigkeit loben angesichts der »ideologischen Angriffe aus dem Osten gegen führende Vertreter unserer Gesellschaft«.[291] Spiegelbildlich war wiederum die Presselandschaft in Ost-Deutschland geordnet. Nachdem die publizistische Prozessbegleitung im Frühjahr 1971 eingestellt worden war und kaum mehr eine ostdeutsche Zeitung vom Fortgang des Stuttgarter Prozesses berichtet hatte, wurde auch das Urteil so gut wie gar nicht zur Kenntnis genommen. Weder zum Teil-Urteil im Februar, noch zum Schluss-Urteil im Juli erschienen Berichte in den großen ostdeutschen Zeitungen. Auch auf der journalistisch-publizistischen Ebene hatten Abs und die Deutsche Bank sich somit erfolgreich durchgesetzt.

288 Zum Teil-Urteil vgl. bspw. Frankfurter Rundschau, 25.2.1972; Süddeutsche Zeitung, 25.2.1972; Berliner Morgenpost, 25.2.1972; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.2.1972. Zum Schluss-Urteil vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.6.1972; Süddeutsche Zeitung, 28.6.1972; Der Tagesspiegel, 28.6.1972; Handelsblatt 28.6.1972.

289 Express, 28.6.1972.

290 Bspw. Deutschlandfunk, 24.2.1972; Rheinischer Merkur, 26.2.1972; Deutschlandberichte, Juli 1972; Deutschlandfunk, 27.6.1972; Rheinischer Merkur, 7.7.1972 (Zitat).

291 HADB, V01/4955, Tonbandabschrift der Sendung »ZDF-Magazin« vom 5.7.1972, S. 2 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Die SED hatte aber nur vordergründig eine krachende Niederlage hinnehmen müssen, denn in der Zwischenzeit hatten Kaul und die Deutsche Bank eine außergerichtliche Absprache getroffen.[292] Unmittelbar nach der Verkündigung des Teil-Urteils und dem absehbaren juristischen Debakel war Kaul auf Abs' Anwalt Augstein zugegangen, um die Möglichkeit einer außergerichtlichen Absprache zu sondieren. Bei der Deutschen Bank beriet man sich im engsten Kreis, und auf Drängen des Vorstandsvorsitzenden Ulrich wurde entschieden, Kaul ein Signal zu senden: Auf der einen Seite habe man ein Interesse daran, den Prozess ordnungsgemäß zum Abschluss zu bringen und nicht weiter in die Länge zu ziehen. Auf der anderen Seite wollte man die Vollstreckung des zu erwartenden Schlussurteils nicht betreiben, wenn die Angriffe gegen Abs und die Deutsche Bank fortan unterblieben.[293] Auf dieser Grundlage einigten sich Kaul und die Deutsche Bank. Kaul sagte zu, dass die Czichon-Bücher weder in Ost- noch in West-Deutschland weiter verlegt werden würden und dass er gegen das Schluss-Urteil keine Berufung einlegen werde. Darüber hinaus versicherte Kaul, dass der OMGUS-Bericht, dessen deutsche Übersetzung er in Auftrag gegeben hatte, nicht veröffentlicht werden würde. Die Deutsche Bank sagte ihrerseits zu, falls diese Bedingungen eingehalten würden, die Vollstreckung des Urteils, das heißt die Schadensersatzansprüche gegenüber Czichon und dem Pahl-Rugenstein Verlag, nicht zu verlangen. Zudem würde die Deutsche Bank von einem Abdruck des Urteilsspruch in der westdeutschen Presse absehen.[294] Über die Vereinbarung wurde Stillschweigen vereinbart.

Diese Absprache hatte für beide Seiten offensichtliche Vorteile und ist doch im Rückblick auf die SED-Politik bemerkenswert. Innerhalb von nur wenigen Jahren hatte sich die Deutschlandpolitik der SED fundamental gewandelt. Standen Mitte der sechziger Jahren noch die lautstarken Kampagnen Albert Nordens im Zentrum einer Politik der Abgrenzung, so zeigten zum Ende des Jahrzehnts die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition und die Entspannungsbemühungen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs erste Wirkungen auf einem Weg der beiderseitigen Anerkennung. Anfang der siebziger Jahre mehrten sich die Zeichen, die auf wirtschaftliche Kooperation anstelle ideologisch-agitatorischer Konfrontation setzten. Der Machtwechsel an der SED-Spitze

292 Über einen »Deal« war schon von zeitgenössischen Prozessbeobachtern öffentlich spekuliert worden, vgl. Herhaus/Schröder, Siegfried, S. 325 f. Die genauen Umstände der Absprache sind aber erst in den letzten Jahren durch Lothar Gall und seine Bearbeitung des Abs-Nachlasses bekannt geworden, vgl. Gall, Bankier, S. 404. Ein von Gall nicht berücksichtigter Bericht über die Verhandlungen von Kaul und Augstein in Berlin befindet sich zudem in SAPMO-BAB, DY 30/ IV B 2/2.028, Friedrich K. Kaul, Bericht über die Verhandlungen mit Rechtsanwalt Augstein am Freitag, dem 10., und Sonnabend, dem 11. März 1972.

293 Vgl. HADB, V01/4993, Erklärung von Josef Augstein für Friedrich K. Kaul, 8.3.1972; Notiz Georg Krupp, 14.3.1972.

294 Vgl. HADB, V01/4993, Vermerk Georg Krupp, 13.3.1972. Dazu ebenfalls SAPMO-BAB, DY 30/ IV B 2/2.028, Friedrich K. Kaul, Bericht über die Verhandlungen mit Rechtsanwalt Augstein am Freitag, dem 10., und Sonnabend, dem 11. März 1972.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
änderte an der Bedeutung der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen für die DDR wenig, trotz des von Erich Honnecker initiierten allgemeinen Kurswechsels.[295] Die angespannte wirtschaftliche Lage der DDR tat ihr Übriges, dass sich in dieser Phase der SED-Herrschaft eine zunehmende Ökonomisierung der SED-Politik andeutete. Auf den Abs-Czichon-Prozess bezogen bleibt es allerdings beachtlich, dass, auch wenn die Westabteilung stets das primäre Ziel vorgegeben hatte, den Verlag aus der Schusslinie zu nehmen, sie nun weitreichende Zugeständnisse zu machen bereit war – für den Betrag von 20.000 DM.

Zu der Vereinbarung, die zwischen den Prozessparteien nur in Form eines kurzen Schreibens schriftlich fixiert und ausgetauscht wurde, standen fortan alle Beteiligten.[296] Wann immer die Absprache gefährdet war, bemühten sich beide Seiten, die Dinge wieder ins Lot zu bringen. Das betraf insbesondere den OMGUS-Bericht. Bereits Anfang des Jahres 1972 hatte der westdeutsche März-Verlag Kontakt zu Kaul aufgenommen und mit dessen Zustimmung eine Edition für die Bundesrepublik zu planen begonnen. Die Deutsche Bank hatte von diesem Vorhaben im Februar erfahren, was vermutlich zur Bereitschaft beigetragen hatte, eine Übereinkunft mit Kaul zu finden, als sich die Gelegenheit kurz darauf bot.[297] Nachdem die Absprache zwischen Kaul und der Deutschen Bank getroffen war, bearbeitete Kaul den Chef des Verlags, Jörg Schröder, so lange, bis dieser von sich aus eine eigenständige Publikation vorerst aufgab.[298] Als der März-Verlag einige Wochen später trotz seiner ersten Verzichtserklärung wieder Vorbereitungen zur Veröffentlichung des OMGUS-Berichts aufnahm und auch bei Abs' Anwalt Löffler diesbezüglich vorfühlte, besprachen sich die Anwälte beider Parteien erneut.[299] Kaul übte daraufhin erneut Druck auf Schröder aus, und die Abs-Anwälte schickten ihm Abmahnschreiben, worauf dieser das Projekt endgültig fallen ließ – sehr zur Genugtuung der Deutschen Bank.[300] In einem anderen Fall hatte das Institut

295 Vgl. Malycha/Winters, SED, S. 201-211; Bender, Zweimal Deutschland, S. 159-173, Weber, DDR, S. 80-89.

296 Die Deutsche Bank wollte ursprünglich jegliche Schriftsätze vermeiden. Auf Drängen Kauls war Augstein jedoch zu einer kurzen schriftlichen Erklärung bereit, die nie veröffentlicht wurde, vgl. SAPMO-BAB, DY 30/ IV B 2/2.028, Josef Augstein an Friedrich K. Kaul, 10.3.1972; dazu ebenfalls Josef Augstein an Friedrich K. Kaul, 11.3.1972.

297 HADB, V01/4993, Aktennotiz Generalsekretariat, 3.2.1972; Volker Hansen an Georg Krupp, 23.2.1972; Programm-Anzeige des März-Verlags in der FAZ, 8.3.1972.

298 HADB, V01/4993, Vermerk Georg Krupp, 23.3.1972; Friedrich K. Kaul an Jörg Schröder, 28.3.1972.

299 HADB, V01/4993, Vermerk Georg Krupp zum Gespräch zwischen Löffler und Schröder, 19.4.1972; Vermerk Georg Krupp zur Veröffentlichung des OMGUS-Reports durch den März-Verlag, 2.5.1972.

300 HADB, V01/4993, Friedrich K. Kaul an Jörg Schröder, 5.5.1972; Vermerk Georg Krupp, 16.5.1972; HADB, V01/4917, Martin Löffler an die Rechtsanwälte von Jörg Schröder, 20.4.1972 und 9.5.1972.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
für marxistische Studien und Forschungen in Frankfurt am Main angefangen, den OMGUS-Bericht in kleiner Auflage selbst zu verbreiten. Als die Pressestelle der Deutschen Bank von dieser Tatsache und den Verbindungen des Instituts zur SED bzw. DKP erfuhr, setzten sich die Anwälte der Deutschen Bank umgehend mit Kaul in Verbindung und forderten dessen Machtwort ein.[301] Kaul gab sogleich die »Panne« zu und intervenierte beim Institut, so dass es schließlich die Vertreibung des Berichts einstellte.[302] Aber auch im umgekehrten Fall waren die Deutsche Bank und ihre Anwälte gewillt, auf Kaul und die SED zuzugehen. Nachdem in der bereits oben erwähnten ZDF-Sendung Abs' Anwälte sich scharf zur Gegenseite geäußert hatten, schrieb Kaul an Augstein und bat um Mäßigung – worauf ihm versichert wurde, dass damit »in der Öffentlichkeit die Sache restlos abgeschlossen ist«.[303]

Restlos erledigt war die Angelegenheit für die Deutsche Bank aber keineswegs. Wenngleich man den »jetzt erreichten optimalen Erfolg nicht durch polemische Angriffe gegen Kaul« gefährden wollte, so behielt man sich doch vor, sich weiterhin für die Verbreitung des Schluss-Urteils in der Öffentlichkeit aktiv einzusetzen.[304] Abs sorgte sich vor allem darum, dass sich Czichons Thesen jenseits der offensichtlichen Polemik im wissenschaftlichen Diskurs etablieren könnten. Diese Sorge war nicht unbegründet, da der Streit um die Stichhaltigkeit marxistischer Geschichtsschreibung nicht nur im Gerichtssaal ausgetragen wurde, sondern sich auch im wissenschaftlichen Diskurs verselbstständigt hatte. Die seit langem schwelende Imperialismus-Debatte wurde durch den Abs-Czichon-Prozess wieder befeuert, wozu nicht zuletzt Wilhelm Treue selbst durch seinen mit der Deutschen Bank abgesprochenen Artikel in *Aus Politik und Zeitgeschichte* beigetragen hatte. Während Treue die unterschiedlichen akademischen Positionen der Imperialismus-Debatte für die Rechtsabteilung der Deutschen Bank sortierte,[305] erschien im Frühjahr eine Replik von Tim Mason auf Treues Generalabrechnung mit der DDR-Geschichtsschreibung bzw. Czichon – wogegen wiederum Treue mit einem eigenen Beitrag und privaten Briefen polemisierte.[306] Obwohl Treue seine Publikationen weiterhin mit der Deutschen Bank absprach, machte sich der Pressechef der Bank bereits Sorgen, dass man auf diese Weise einen Streit unter Historikern beginne, in dem »ständig ›Reklame‹ für den OMGUS-Bericht« gemacht werde.[307]

301 HADB, V01/4993, Vermerk Walther Weber, 29.5.1972; Vermerk, 31.5.1972.
302 HADB, V01/4993, Vermerk Ernst Schneider, 2.6.1972; K. P. Pfannenschwarz an Josef Augstein, 26.6.1972.
303 HADB, V01/4993, Friedrich K. Kaul an Josef Augstein, 6.7.1972; Josef Augstein an Friedrich K. Kaul, 7.7.1972.
304 HADB, V01/4955, Georg Krupp an Hermann J. Abs, 30.6.1972.
305 HADB, V01/4951, Wilhelm Treue an Ernst Schneider, 14.1.1972.
306 Mason, Imperialismus-Diskussion; Treue, Historische Wahrheit. Zum Schriftwechsel zwischen Wilhelm Treue und Tim Mason vgl. HADB, V01/4951.
307 HADB, V01/4993, Walther Weber an Georg Krupp, 26.5.1972.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Grundsätzlich blieb für Abs und seine Mitarbeiter im Sommer 1972 das Problem brisant, wie man den Geist Czichon bzw. dessen Thesen wieder in die Flasche zurückbekommen könnte. Von Czichon selbst ging zwar keine Gefahr mehr aus,[308] aber sein Buch war in der Welt und Gegenmaßnahmen unterschiedlichster Art schienen auch weiterhin geboten. Das Nächstliegende war, die Verbreitung des Urteils sicherzustellen, und dementsprechend wurden beide Urteilssprüche in einem schlichten Einband zusammengefasst und an ausgewählte Journalisten, Historiker, Publizisten, Politiker und Unternehmer geschickt.[309] In der vorangestellten Einleitung wurden die wesentlichen Punkte zusammengefasst und für die Zukunft festgestellt, dass sich »ähnliche Angriffe gegen namhafte Unternehmen und führende Repräsentanten der hiesigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung« wiederholen könnten. »Verlauf und Ausgang des Prozesses«, so resümierte der einleitende Text, »werden deshalb für alle diejenigen, die im Mittelpunkt solcher Angriffe stehen, eine nützliche Erfahrung sein.«[310] Sekundiert wurde dieser Massenversand des Urteils von einer Reihe der Bank nahestehenden Journalisten und Wissenschaftlern, die in Zeitschriftenartikeln das Urteil publizistisch auswerten sollten – darunter auch Wilhelm Treue für die *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*.[311] Andere Historiker wurden zudem direkt angeschrieben und auf das Urteil hingewiesen.

Konkret gedroht wurde hingegen all jenen Bibliotheken, die Czichons Buch nicht freiwillig aus den Regalen räumen wollten. Mitarbeiter der Hauptfilialen der Deutschen Bank und des Unternehmensarchivs überprüften in öffentlichen und universitären Bibliotheken, ob das Buch ausleihbar war – und falls ja, bekamen die Verwaltungen ein eigens von der Deutschen Bank in Auftrag gegebenes Gutachten zugeschickt, das sie über die »Haftung des Bibliothekars als Verbreiter« aufklärte.[312] Somit hoffte man, das Buch in seiner Verbreitung

308 Erst 1977 stellte Czichon auf eigene Initiative eine umfangreiche Dokumentation über den Gerichtsprozess zusammen, in der er Presseartikel, Prozessunterlagen und Auszüge seiner Bücher bündelte. Die Verbreitung dieser Dokumentation scheint sich jedoch in Grenzen gehalten zu haben. Eine Kopie der Dokumentation befindet sich im Nachlass von Greta Kuckhoff (BAB, N 2506/188, Dokumentation zum LG-Prozess Stuttgart Abs/Czichon 1970/72, Band 1 und 2, 1977).

309 Vgl. die Versandlisten in HADB, V01/4970.

310 HADB, V01/4974, Vorbemerkung zum Urteil, Oktober 1972.

311 HADB, V01/4970, Stand der Aktionen zur Verbreitung des Czichon-Urteils, 18.1.1973; Treue, Rechtsprechung.

312 Vgl. HADB, V01/4970, Übersicht Bibliotheken, 27.10.1972; Standardbrief für die Bibliotheken, 15.4.1973. Mit manchen Universitäten, wie bspw. der Philipps-Universität Marburg, zog sich der Streit bis 1975 hin, vgl. Schriftwechsel in HADB, V01/4970. Das Gutachten war vom Sozius von Abs' Anwalt Löffler, Karl Wenzel, geschrieben worden, vgl. Wenzel, Haftung. Zudem wurde von der Deutschen Bank ein Sonderdruck eines entsprechenden Artikels verschickt: Schwinge, Verantwortung. Eine längere Version des Wenzel-Gutachtens wurde schließlich sowohl als Zeitschriftenartikel als auch als eigenständige Publikation veröffentlicht (vgl. Wenzel, Rechtliche Erfordernisse).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
eindämmen zu können. Ausgaben von Czichons Buch, die antiquarisch angeboten wurden, sollten schlichtweg aufgekauft werden.[313]

Angesichts der vielen Publikationen über die Deutsche Bank erwogen Abs und der Vorstand nicht zuletzt, dass die Bank selbst ein Buch über den Prozess herausgeben sollte – eine Art »Gegen-Czichon«. Im Hinblick auf die Frage, wer ein solches Buch im Namen der Bank schreiben könnte, reichte die Bandbreite der Vorschläge von »renommierten und auch schriftstellerisch versierten Historikern«[314] bis hin zu altgedienten Journalisten. Zu den Letzteren gehörte Rolf Vogel, der sich mit seinen scharfen Pressebeiträgen verdient gemacht hatte und im Sommer mit 20.000 DM ausgestattet wurde, um eine Gegendarstellung zu verfassen. Vogels Text »Der trojanische Kaul« wurde letztlich nie veröffentlicht, auch wenn man bei der Deutschen Bank zufrieden feststellte, dass »das Buch nicht den Eindruck erweckt, dass es in irgendeinem Auftrag geschrieben worden ist«.[315] Eine solche Gegendarstellung zu Czichon hätte letztlich bedeutet, sich mit einem eigenen Narrativ zur NS-Zeit zu exponieren und angreifbar zu machen – und in den siebziger Jahren sahen Abs und die Deutsche Bank noch keine Notwendigkeit dazu.

Fortan blieb man bei der Deutschen Bank wachsam und ging unversehens gegen jegliche Publikationen vor, die auch nur ansatzweise Czichons Aussagen aufgriffen und wiederholten. Das war unmittelbar nach Prozessende im Fall Delius/Wagenbach vs. Siemens der Fall, wo Abs ab November 1972 als Nebenkläger auftrat.[316] Ein anderer Fall war ein weiteres Buch von Georg W. F. Hallgarten über die *Deutsche Industrie und Politik – von Bismarck bis heute*, der zusammen mit dem Fritz Fischer-Schüler Joachim Radkau einzelne Formulierungen Czichons übernahm (ohne ihn zu zitieren) und den OMGUS-Bericht als Quelle anführte. Auch hier drohte die Rechtsabteilung der Deutschen Bank der Europäischen Verlagsanstalt unverzüglich mit rechtlichen Schritten, worauf der Verlag die beanstandeten Passagen schwärzte und die ausgelieferten Exemplare zurückrief.[317] Anders gelagert war der Fall eines kritischen Artikels von Hans Radandt vom Deutschen Wirtschaftsinstitut.[318] Wenngleich die Anwälte einen Verstoß gegen die Absprache mit Kaul witterten, so konnte dieser doch nachweislich versichern, dass der Artikel vor der Absprache entstanden und in der Zeitschrift vorgeplant gewesen sei.[319] Alles in allem ließen die Mit-

313 HADB, V01/4970, Aktenvermerk Ernst Schneider, 2.11.1972.
314 HADB, V01/4917, Überlegungen aus publizistische Sicht zum Urteil im Prozess und zum Entscheidungstermin am 26.6.1972, o. D., S. 2.
315 Absprachen zum Manuskript in HADB, V01/4952, Rolf Vogel: Vorschlag für eine Dokumentation zu den ostzonalen Angriffen, 21.4.1971; Vertragsentwurf, 22.8.1972; Ernst Schneider an Wilhelm Vallenthin, 8.1.1973 (Zitat S. 2); das Manuskript in HADB, V01/4953, Rolf Vogel: Der trojanische Kaul, o. D.
316 Vgl. hierzu S. 208 f. dieser Arbeit.
317 Vgl. ZA17/23, Vermerk Rechtsabteilung, 15.12.1975; Vereinbarung zwischen Europäische Verlagsanstalt GmbH und Deutsche Bank AG, 26.1.1976.
318 H. Radant, 100 Jahre Deutsche Bank.
319 Kaul zitiert in HADB, V01/4993, Josef Augstein an Ernst Schneider, 1.12.1972.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
arbeiter der Deutschen Bank nichts unversucht, um das Image der Bank in der deutschen Öffentlichkeit zu kultivieren. Nachdem Rolf Hochhuth 1972 in seinem Theaterstück *Die Hebamme* eine Figur gezeichnet hatte, die im Programmheft als »Direktor Schoppen, Deutsche Bank« firmierte, hakte die Deutsche Bank direkt beim Rowohlt-Verlag nach und erwirkte, dass der Name der Bank fortan bei allen Aufführungen gestrichen wurde.[320]

Im Rückblick ist angesichts des vergleichsweise kleinen Resonanzraums von Czichons Schriften der Umfang der Aktivitäten der Deutschen Bank bemerkenswert. Der juristische Prozess war das eine, der Kampf um die Deutungshoheit im westdeutschen Vergangenheitsdiskurs das andere. Czichons Schriften hatten keine hohe Auflage und wurden fast ausschließlich in einem linksalternativen Milieu gelesen. Durch die Presseberichterstattung waren seine Argumente jedoch einer breiten Öffentlichkeit bekannt geworden, und auch wenn diese letztlich sogar juristisch widerlegt wurden, so teilte man bei der Deutschen Bank Abs' Sorge, dass »die einmal verbreiteten Vorwürfe im Gedächtnis des Lesers haften bleiben« würden.[321] Im Rahmen des Prozesses griffen Abs und seine Mitarbeiter wie dargestellt zu den unterschiedlichsten Maßnahmen im Großen wie im Kleinen. Ob Gegendarstellungen in der *Esslinger Zeitung*, Androhungen von Einstweiligen Verfügungen gegenüber Studentenzeitungen und Verlagen, direkte Anrufe beim *Spiegel*-Chefredakteur – die unermüdliche Akribie zeugte von einem Verständnis von Öffentlichkeit, die sich formen und steuern ließe, sowie von einem Willen, dies mit allen zulässigen Mitteln zu betreiben.

Zusammenfassend lässt sich für den Abs-Czichon-Prozess festhalten, dass die Deutsche Bank auf ganzer Linie gesiegt hatte. In juristischer Hinsicht war die Strategie, gegen »Einzelbehauptungen« vorzugehen, voll aufgegangen, und das Gericht war der Argumentation von Abs' Anwälten gefolgt. Im Hinblick auf die öffentliche Debatte hatte sich Abs ebenfalls durchgesetzt. Die westdeutsche Presse übernahm größtenteils seine Selbstdarstellungen und diskutierte kaum größere Zusammenhänge des Verhältnisses von Wirtschaft und NS-Regime. Sowohl das Czichon-Buch als auch die Veröffentlichung des OMGUS-Berichts konnten verhindert werden. Für den Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne hatte der Prozess vor allem Signalwirkung. Zum einen reproduzierte er das alte Entlastungsnarrativ insbesondere hinsichtlich der »Arisierungen« und vermittelte ein Bild von deutschen Unternehmern, die die vom Staat herbeigeführte »Zwangslage« für jüdische Mitbewerber nicht ausgenutzt hatten, ja ihnen im Zweifelsfall sogar geholfen hatten. Zum anderen wirkte der Prozess als Abschreckungsbeispiel für die geschichtswissenschaftliche Forschung, sich kritisch mit der NS-Vergangenheit großer Konzerne zu beschäftigen.

320 HADB, V01/4970, Hans Georg Heepe an Wilhelm Vallenthin, 25.9.1972.

321 HADB, V01/4958, Vermerk Walther Weber, Berichterstattung im Czichon-Prozess, 18.3.1971.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

3.4 Die Institutionalisierung der Unternehmensgeschichte in der Bundesrepublik

Jubiläen und Festschriften

Nicht nur für die Deutsche Bank bedeuteten die sechziger bzw. siebziger Jahre eine Phase der Jubiläumsfeierlichkeiten. Viele andere große Unternehmen hatten ihre Wurzeln in der Gründerzeit des 19. Jahrhunderts, und dementsprechend dicht war in diesen Jahren der Veranstaltungskalender an Unternehmensfeiern. Nachdem manches runde Datum aufgrund des Krieges überhaupt nicht gefeiert worden war, wie bei der Deutschen Bank 1945, oder aufgrund der mangelhaften Versorgungslage der Nachkriegszeit nur in sehr rudimentären Verhältnissen begangen worden war, wie bei der Degussa 1948, konnte nun im »goldenen Zeitalter« trotz erster Anzeichen eines Nachlassens der Wachstumsdynamik aus dem Vollen geschöpft werden.[322] Die Publikationen aus den Reihen der Unternehmen markierten dabei auch eine Übergangsphase. Während Konzerne wie Schering Anfang der sechziger Jahre in eigens erstellten Broschüren den erfolgreichen Wiederaufbau feierten und ihn somit abschlossen,[323] begingen in den folgenden Jahren eine Vielzahl an Großunternehmen ihr Bestehen von hundert oder mehr Jahren im festlichen Rahmen und verlegten damit den historischen Startpunkt ihrer Erzählungen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit wieder ins 19. Jahrhundert. Ab den siebziger Jahren erschienen zudem vermehrt Autobiographien von Unternehmern, als der prägende Jahrgang der deutschen Wirtschaftselite nach dem Krieg abzutreten und sich ein Generationswechsel anzudeuten begann.[324]

Die Jubiläumsreden und Jubiläumspublikationen setzten nicht nur die Entwicklung fort, die eigene Firmengeschichte als Legitimationsressource und Werbemittel zu nutzen, sondern sie waren auch konstitutiver Beitrag aus den Reihen der deutschen Wirtschaft zum Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne. Diese Diskursbeiträge wiesen in ihrer Thematisierung der NS-Zeit durchaus Unterschiede auf und zeugten von den geschichtspolitischen sowie geschichtskulturellen Rahmenbedingungen, die für die jeweiligen Unternehmen mal mehr, mal weniger bedeutsam waren. Während in wirtschaftsgeschichtlichen Forschungsarbeiten auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs erste umfassende Werke zur nationalsozialistischen Wirtschaft entstanden,[325] vermieden die Unternehmen den Blick unter die polierte Oberfläche ihrer historischen Selbstbilder.

Im Spektrum der Umgangsweisen mit der NS-Vergangenheit markierte die Krupp AG das eine Extrem, als der Konzern 1961 den großen Jubiläums-

322 Zum Begriff und der langen Wachstumsphase der deutschen Wirtschaft von 1950 bis 1973 vgl. Hardach, Krise und Reform. Zu den Jubiläumsfeierlichkeiten und Festschriften dieser Phase vgl. Knabe, Firmenjubiläen, S. 188-229.

323 Vgl. Schering, 15 Jahre Wiederaufbau.

324 Vgl. etwa Winnacker, Mut.

325 Vgl. Eichholtz, Kriegswirtschaft, Band I und II; Petzina, Autarkiepolitik.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
reigen eröffnete und sein 150jähriges Bestehen mit über 2000 Gästen in aufwendiger Kulisse feierte.[326] Vor dem Hintergrund, dass es für Alfried Krupp von Bohlen und Halbach persönlich noch immer um die bislang noch nicht nachgekommene alliierte Auflage ging, nach der Aufhebung der Vermögenskonfiszierung Unternehmensteile zu verkaufen, waren die NS-Vergangenheit des Konzerns und der Nürnberger Prozess gegen seine Leitung im Rahmen der Feierlichkeiten allgegenwärtig. Vor den Spitzenvertretern aus den Bereichen Wirtschaft und Politik – Repräsentanten Großbritanniens, Frankreichs und der USA waren der Einladung demonstrativ nicht gefolgt – wurde von den Rednern der Geist der »Kruppianer« beschworen, der die Wirrnisse der Zeit überstanden und letztlich auch den Wiederaufstieg des Unternehmens nach dem Krieg ermöglicht habe. Der Präsident des BDI, Fritz Berg, nahm dabei explizit auf Landsberg Bezug und sprach den Krupp-Chef direkt an: »Es ist unsere Ehrenpflicht, des Opfers, das Sie damals brachten, zu gedenken.« Die NS-Vergangenheit des Konzern wurde dabei keinesfalls ausgespart. Der als Festredner eingekaufte Altbundespräsident Theodor Heuss nahm im Gegenteil das Unternehmen wie die gesamte deutsche Wirtschaft gegen die Vorwürfe eines »schwer erträglichen Pharisäertums« in Schutz, Krupp habe sich in der NS-Kriegswirtschaft anders verhalten als ausländische, an der Rüstungsproduktion auf alliierter Seite beteiligte Unternehmen:

> »Als ob die Prokura und das Konstruktionsbüro bei Schneider-Creusot, bei Škoda, bei Vickers und Armstrong, bei der Bethlehem Steel Corporation und so fort himmlischen Engeln anvertraut sei, während die entsprechenden Baulichkeiten bei Krupp eine Dependance der teuflischen Hölle seien. […] Die Herstellung von Waffen ist durch die Jahrtausende der Menschheitsgeschichte […] ein ganz einfacher historischer Tatbestand, den man gewiß bedauern mag. Aber man schafft ihn damit nicht aus der Welt. Und dass der, der in solcher Arbeit steckt, ihre Qualität zu bessern sucht, dies teilt er mit jeder im Wettbewerb stehenden Branche, sei es im Inland, sei es im Ausland.«[327]

Das Krupp-Jubiläum war ein später Ausdruck der Geschichtspolitik der unmittelbaren Nachkriegszeit, anhand derer Unternehmen noch immer ihre Vergangenheit explizit rechtfertigten und ihr Verhalten im »Dritten Reich« relativierten. Diese Verteidigung richtete sich jedoch primär gegen Kritik aus dem Ausland und die alten alliierten Vorwürfe. Im Kreis der politischen und wirt-

326 Das im Krieg von Bomben zerstörte »Stammhaus« des Konzerns war auf dem Essener Firmengelände für die Feier nachgebaut worden, und ein riesiges aufblasbares Nylonzelt schuf den Rahmen einer großen Festhalle. Zur Feier vgl. Gall, Krupp, S. 518 f.; Der Spiegel, 29.11.1961 (»Bier vom Fass im Chinakeller«).

327 Den Hinweis auf die Heuss-Rede ebenso wie das entsprechende Exzerpt verdanke ich Tim Schanetzky. Das Zitat in Heuss, 150 Jahre Krupp, S. 13 f. Den Hinweis auf das von Krupp gezahlte sechsstellige Honorar und seine Verwendung findet man bei Merseburger, Heuss, S. 594 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
schaftlichen Elite der Bundesrepublik musste zu diesem Zeitpunkt niemand mehr überzeugt werden. Das Heuss-Zitat belegte die Selbstverständlichkeit, mit der Entlastungsargumente aus den Nürnberger Prozessen an prominenter Stelle unwidersprochen geäußert werden konnten.[328]

Am anderen Ende des Spektrums der Umgangsweisen mit der NS-Konzerngeschichte standen Unternehmen wie Daimler-Benz, die im Rahmen ihrer Jubiläumsfeierlichkeiten der NS-Zeit schlicht auswichen. Im Zeichen wirtschaftlicher Prosperität – Daimler-Benz hatte sich mit seinen hochwertigen Fahrzeugen der gehobenen Mittel- und Oberklasse im In- und Ausland ertragreich etabliert und die Automobilbranche war insgesamt ein stetiger Wachstumssektor – feierte Daimler-Benz ein ganzes Jahr hindurch »75 Jahre Motorisierung des Verkehrs«. Unter der Leitung von Personalvorstand Hanns Martin Schleyer hatte eine hausinterne Kommission diverse Aktivitäten und Veranstaltungen organisiert, die vom klassischen Festakt und der Festschrift über Schülerwettbewerbe und Briefmarkenserien bis hin zur Einweihung eines neuen Automobil-Museums auf dem Werksgelände in Untertürkheim reichten.[329] Mit dem historischen Bezugspunkt der Erfindung des Automobils 1886 (und nicht etwa der Gründung der Daimler-Motoren-Gesellschaft 1890) vereinnahmte Daimler-Benz die Geschichte des Automobils für die Geschichte des Unternehmens und inszenierte ein Produktjubiläum als Firmenjubiläum.[330] Geschichte wurde hier primär zum Werbeträger und Identifikationsangebot für die Gegenwart, das im Rahmen des Jubiläums sowohl der Konzern als auch die Politik zu nutzten versuchte. Das Automobil und insbesondere die Marke Mercedes-Benz wurde zum Statussymbol der Nachkriegsgesellschaft, Ausdruck des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs der Bundesrepublik und damit Bestandteil eines positiv konnotierten Deutschlandsbildes stilisiert.[331] Die betonte Technikbegeisterung schlug dabei eine Brücke von der Gründerzeit des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart jenseits großer politischer Ereignisse und zweier Weltkriege. Die NS-Zeit hatte in diesem technikversierten Narrativ keinen Platz. Symptomatisch schilderte die von Daimler-Benz herausgegebene Festschrift die Geschichte der Fahrzeugentwicklung bei Daimler-Benz, ohne das »Dritte Reich« auch nur ein einziges Mal zu erwähnen. In der Chronologie

328 Vgl. dazu auch die Jubiläumspublikationen Wilmowsky, Rückblickend; Klass, Schutt und Asche.

329 Vgl. MBCA, Jubiläum, 1, Planungsprotokolle, 23.3.1960, 28.10.1960, 29.11.1960, 29.6.1961. Inklusive des Jubiläumszuschlags für Mitarbeiter und Stiftungszuwendungen veranschlagte man 15,5 Millionen DM für das Jubiläum.

330 Vgl. dazu die rechtfertigende Aktennotiz der Arbeitsgruppe, in: MBCA, Jubiläum, 1, 7.4.1960.

331 Vgl. die Reden von Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard (»echte deutsche Wertarbeit«, »made in Germany«) und Vorstandsmitglied Fritz Nallinger (»Deutschland, Mutterland der Weltmotorisierung«) in: MBCA, Jubiläum, 1, Ansprachen, 1.7.1961, S. 3 bzw. 9; dazu auch die Pressemitteilung, 3.7.1961. Ähnliches lässt sich auch für die Marke Volkswagen und den »Käfer« nachzeichnen, vgl. Schütz, Volkswagen.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wurde auf die Jahre 1933 bis 1945 nur mit verklausulierten Formulierungen hinsichtlich der neuen NS-Regierung (»allgemeine Belebung der wirtschaftlichen Lage«), der Aufrüstung (»Schaffung weiterer Produktionsstätten«) und der Kriegswirtschaft (»Rüstungskonzentration überwiegt alle eigenen Maßnahmen«) eingegangen.[332] Die Kriegszerstörungen wurden dagegen mehrfach unterstrichen (»schwerste Luftkriegs-Katastrophe«) und bildeten den kontrastreichen Hintergrund für die erfolgreiche Wiederaufbaugeschichte der Werke, wo doch bei Kriegsende »das Lebenswerk von Gottlieb Daimler und Karl Benz sowie alles, was zwei Generationen von Mitarbeitern und Nachfolgern geschaffen hatten, nahezu ausgelöscht zu sein« erschien.[333] Schließlich gedachte man auch bei Daimler-Benz aller Männer und Frauen, die »in den Kriegen den Opfertod erlitten haben«.[334] Somit tradierte Daimler-Benz anhand einer reinen Produkt- bzw. Technikgeschichte das eingängige Entlastungsnarrativ, als unpolitische Kaufleute und Ingenieure selbst Opfer der NS-Zeit gewesen zu sein, ohne ein einziges Mal den Nationalsozialismus explizit erwähnen zu müssen.

Zwischen diesen beiden Polen der Umgangsweisen mit der NS-Zeit, zwischen der Apologetik und dem Ausblenden, bildete die Mehrheit der Jubiläumsfeiern und der entsprechenden Unternehmenspublikationen eine ganze Bandbreite an verschiedenen Abstufungen ab, für die auch die Deutsche Bank-Festschrift von Fritz Seidenzahl steht. Quer durch alle Branchen, ob Stahl und Montan, chemische Industrie oder Banken und Versicherungen – die Mehrheit der Unternehmenspublikationen sparte die NS-Zeit nicht vollkommen aus, lotete die entscheidenden Untiefen aber auch nicht aus und griff ansonsten auf die bewährten Topoi des Entlastungsnarrativs von »Zwangswirtschaft« bis »Pflichtbewusstsein« zurück.[335]

Bei Bayer hatten sich die Verantwortlichen in Leverkusen anlässlich der 100. Wiederkehr des Gründungsjahres 1963 bereits frühzeitig über eine würdige Darstellung der Firmengeschichte Gedanken gemacht. Dafür hatte man schon

332 Daimler-Benz AG, 75 Jahre, S. 209. Die knapp 230seitige Festschrift wurde in einer Auflage von 6000 Exemplaren an Großkunden, Bibliotheken und Honoratioren verschenkt, eine entsprechende 50seitige Broschüre wurde in der Auflage von 250.000 Stück unter Mitarbeitern und Kunden verteilt, vgl. MBCA, Jubiläum, 2, Vermerk, 28.4.1961. Zur Konzeption der Festschrift vgl. MBCA, Jubiläum, 2, Übersicht, 26.2.1960.

333 Daimler-Benz AG, 75 Jahre, S. 168.

334 Ebd., S. 228.

335 Für weitere Beispiele jenseits der hier dargelegten Konzerne vgl. im Bereich der chemischen Industrie das Hoechst-Jubiläum 1963 in Hoechst, Hundert Jahre. Ausführlich zur NS-Zeit bspw. Continental, Jahrhundert, S. 102 f., wo der »»Einsatz von fremdnationalen zivilen Arbeitern […] und Kriegsgefangenen« offen thematisiert und mit »besonderer Befriedigung« nahegelegt wurde, dass aufgrund der »Erleichterungen« und den »zwischenmenschlichen Beziehungen« im Betrieb sich aus der »zwangsweisen Beschäftigung von Ausländern für die Continental keinerlei Verfahren ergeben haben«. Für den Jubiläumsreigen in der Bankenbranche und insbesondere die Seidenzahl-Festschrift vgl. S. 167 ff. dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Mitte der fünfziger Jahre den für seine Krupp-Darstellung renommierten Schriftsteller Gert von Klass gewonnen und mit einem entsprechenden Auftrag versehen.[336] Über einen Zeitraum von sechs Jahren arbeitete Klass an der Festschrift, die einen ähnlichen literarischen Erzählstil haben sollte wie das Krupp-Buch. Als Klass das erste Manuskript fertiggestellt hatte – inzwischen hatte Kurt Hansen den plötzlich verstorbenen Ulrich Haberland an der Konzernspitze abgelöst –, war man bei Bayer jedoch unzufrieden mit dem Entwurf. Zu viel Frühgeschichte und Kriegszeit, befand Hansen, zu wenig über die Zeit des »Wirtschaftswunders«, der Stil »ungeschickt«.[337] Ein eigens in Auftrag gegebenes Gutachten attestierte Klass eine »billige, […] ja kitschige« Sprache und kritisierte unter anderem, dass die Darstellung der »Besatzungszeit« zu heftig gegen die »ehemaligen Kriegsgegner« polemisiere, so dass Bayer mit seinen »starken Interessen in der gesamten Welt auf erhebliche Bedenken, sogar Vorwürfe und Schwierigkeiten stoßen« werde.[338] Kurzum: Angesichts der diversen Mängel entschied der Bayer-Vorstand, auf die Veröffentlichung des Manuskripts komplett zu verzichten – zu dem Preis, im Jubiläumsjahr ohne eigene Festschrift dazustehen. Stattdessen wurden als Notbehelf über das Jahr verteilt einzelne Artikel zur Firmengeschichte in der Werkszeitung veröffentlicht, die größtenteils von hauseigenen Mitarbeitern stammten – einen einleitenden Text über den »Sinn des Firmenjubiläums« hatte wiederum Wilhelm Treue verfasst.[339] Diese Artikel wurden ein Jahr später als bebilderter Sammelband herausgegeben, der nun keine große Erzählung der Firmengeschichte mehr war, sondern anhand der einzelnen chemischen Erzeugnisse viele kleine Produktgeschichten darlegte, in denen auf die Jahre 1933 bis 1945 nur peripher eingegangen wurde und die Kriegswichtigkeit der chemischen Industrie nur zwischen den Zeilen erahnbar war. In diesem Sinne wurde auch in den Jubiläumsreden anlässlich des feierlichen Festakts vor über 3000 Gästen[340] nur der große epochale Bogen der Firmengeschichte skizziert. Eine durchaus selbstkritische Passage über die NS-Zeit hatte sich der Vorstandsvorsitzende Kurt Hansen selber aus dem Redemanuskript gestrichen, und es war nur die übliche Formel von den »schweren Wunden« des Zweiten Weltkriegs übrig geblieben. Bezeichnenderweise war laut Hansen die »dunkelste Zeit unserer Firmenge-

336 Vgl. dazu auch S. 126 ff. dieser Arbeit.

337 So Vorstandschef Kurt Hansen zitiert nach BAL, 563/563/1, Auszug Protokoll KZB, 13.11.1961. Kurt Hansen war selbst mit einer eigenen NS-Vergangenheit behaftet. 1931 war er in die NSDAP eingetreten, später war er Leiter der Zentralstelle für Rohstoffbeschaffung und wegen dieser Funktion auch zeitweise nach 1945 von den Alliierten interniert gewesen.

338 BAL, 315/1, Friedrich Middelhauve an Friedrich Silcher, 19.12.1961, S. 2 bzw. 5.

339 Vgl. Bayer, Firmengeschichte. Die einzelnen Artikel zuerst in der Betriebszeitung *Unser Werk* (1963/1964). Treue veröffentlichte eine erweiterte Version seines Beitrags zudem in der *Tradition*, vgl. Treue, Sinn.

340 Für einen Überblick der verschiedenen Veranstaltungen des Firmenjubiläums vgl. den hauseignen Bericht »100 Jahre Bayer 1863-1963«, in: Unser Werk 14 (1963), H. 8, S. 146-162.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
schichte« die unmittelbare Nachkriegszeit gewesen.[341] Selbst Fritz ter Meer sah in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender keine Notwendigkeit mehr, in seiner Festansprache die Topoi seines im Nürnberger Prozess entwickelten Rechtfertigungsnarrativs zu wiederholen. Er konzentrierte sich vielmehr auf die Gründerjahre des Unternehmens und begnügte sich am Schluss mit kleineren Seitenhieben in Bezug auf die alliierte Entnazifizierungspolitik.[342] Einen zentralen Topos ter Meers griff dagegen der Kernphysiker Walther Gerlach in seinem Festvortrag auf und stellte die Bayer-Forschung in den Kontext der großen Erfinder und Entdecker der Naturwissenschaften, deren ethische Tradition es immer gewesen sei, »nur der Wahrheit, nur der Zukunft und dem ganzen Menschengeschlecht zu dienen.«[343] Dieses Selbstverständnis spiegelte sich auch in der überwiegenden Mehrzahl der Presseberichte im In- und Ausland, wie auch die Bayer-Pressestelle zufrieden feststellte.[344] Grundsätzlich zeugten die Vorbereitungen zum Jubiläum und die Festansprachen von einem Entwicklungsprozess bei Bayer. Nach den Auseinandersetzungen um Entnazifizierung, Entflechtung und Entschädigungen bis in die späten fünfziger Jahre war die NS-Vergangenheit des Unternehmens nun in den Hintergrund abgesunken.[345] Inzwischen wollte man keine explizite Rechtfertigungsliteratur mehr, für die Klass mit seinem verklärenden Stil stand. Der erfolgreiche Wiederaufbau und die positive Bilanz der Gegenwart sollten im Vordergrund stehen; die »ehemaligen Kriegsgegner« waren jetzt wichtige Geschäftspartner, die es nicht zu vergrätzen galt. Geblieben war gleichwohl das Rollenmuster von dem der Menschheit dienenden Wissenschaftler, das Kontinuität auch über die unausgesprochenen Zäsuren zweier Weltkriege versprach.

In manchen Fällen wurden Rollenverständnisse wie das vom »Erfinder«, »Ingenieur« oder »Kaufmann« zum konstitutiven Ausgangspunkt der Unternehmenspublikationen, indem das Selbstbild prägender Unternehmerpersönlichkeiten auf die gesamte Geschichte des Unternehmens projiziert wurde. Anlässlich des 75jährigen Jubiläums bei Bosch 1961 zeichnete die Festschrift ein Portrait des Firmengründers als »Altmeister«, dessen disziplinierter, arbeitsamer Charakter auf das Unternehmen als Ganzes übertragen und dessen Unterstützung des Goerdeler-Kreises zu einem Narrativ des unternehmerischen Widerstands ausgebaut wurde.[346] Das Kapitel »Konjunktur auf Befehl« beschrieb

341 Vgl. Hansens Rede in Bayer, Jahrhundertfeier, S. 28. Das Redemanuskript mit der Passage zur NS-Zeit, in: BAL, 302/436, Rede von Dr. Kurt Hansen, o. D., S. 12.

342 Bayer, Jahrhundertfeier, S. 17.

343 Ebd., S. 57.

344 Ebd., S. 63. Die Pressesammlung zum Jubiläum in: BAL, 1/7.29 bzw. 1/7.29.2.

345 Der Frankfurter Auschwitz-Prozess begann erst im Dezember 1963, als die Jubiläumsfeierlichkeiten bereits erfolgreich durchgeführt worden waren. Die erneute Beschäftigung mit der NS-Zeit bei Bayer war dann primär eine hausinterne, präventive Arbeit für den Prozess. Zu den fünfziger Jahren vgl. Kapitel 2.3 dieser Arbeit.

346 Vgl. Bosch, 75 Jahre (Zitat S. 119). Vgl. dazu auch die unmittelbar nach Kriegsende veröffentlichte Bosch-Biographie von Theodor Heuss, S. 424-471.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
auf der einen Seite die »staatliche Kommando-Wirtschaft« und »staatliche Zwangsaufsicht«, unter der das Unternehmen »produzieren musste«.[347] Auf der anderen Seite stellte es Bosch als »Gegner des Systems« dar, der »als freier Unternehmer und freier Mensch« von Anfang an den »blinden Optimismus« der Deutschen für Hitler mit »Misstrauen und Sorge« verfolgt bzw. stets Distanz zur Staatsführung und Partei gehalten habe.[348] Dabei berief sich die Festschrift auf die Biographie von Theodor Heuss und das Urteil des Historikers Gerhard Ritter über die deutsche Widerstandsbewegung, der Bosch »nicht nur zu den erbitterten Feinden, sondern zu den aktiven Gegnern des Hitler-Regiments« gezählt hatte.[349] Der mehrfach unterstrichene Stolz auf die Arbeits- und Sozialleistungen in den Jahren der Aufrüstung und die Betonung des Wachstums der Produktionszahlen in der Kriegswirtschaft machten derweil deutlich, dass die Interessenkongruenz von NS-Politik und Unternehmen nicht selbstkritisch reflektiert wurde. Vielmehr schuf das Berufsethos der Leistung eine narrative Brücke in das neue Kapitel des Wiederaufbaus, nachdem die Betriebsstätten »Opfer« von alliierten Bomben, Enteignungen und Demontagen geworden waren.[350]

Über welche langen Zeiträume sich bestimmte Narrative in Konzernen hielten und wie eng diese im Zusammenhang mit bestimmten Unternehmensangehörigen standen, lässt sich dabei anschaulich am Beispiel der Degussa zeigen. In den Jubiläumsschriften von 1948, 1961 und 1973 lassen sich erzählerische Elemente identifizieren, die über drei Jahrzehnte im Konzern tradiert wurden. In genau diesem Zeitraum war der Jurist Heinz Meyer-Wegelin im Unternehmen mit allen Angelegenheiten zur NS-Vergangenheit betraut.[351] Als Justiziar und späterer Leiter der Rechtsabteilung füllte er die Fragebögen der Entnazifizierungsverfahren für die belasteten Vorstände aus und bearbeitete die Restitutionsverfahren der Degussa. Die Festschriften gingen über seinen Schreibtisch, und die Letztgenannte von 1973 schrieb er nach seiner Pensionierung selbst. Die Kohärenz der Festschriften drückte sich dabei nicht nur in den Titeln von 1948 (»Werden und Wesen der Degussa«) und von 1961 aus (»Werden und Wachsen der Degussa«). Auch in den sechziger Jahren hieß es weiterhin, dass »Kriegsmaterial im eigentlichen Sinne des Wortes in den Degussa-Betriebsstätten« zu keinem Zeitpunkt hergestellt worden sei.[352] Die NS-Zeit wurde hier in der Form möglichst kleingeredet, dass das »Dritte Reich« nur verklausuliert erwähnt wurde (»Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen«): Erzeugnisse im Rahmen der NS-Autarkiepolitik wurden »Umstellungen«,

347 Bosch, 75 Jahre, S. 71.
348 Vgl. ebd. S. 72-86 (Zitate S. 72, 74, 81).
349 Das Zitat von Gerhard Ritter ebd., S. 74.
350 Ebd., S. 87 ff.
351 Zur Person Meyer-Wegelins vgl. Banken, Vergangenheitsbewältigung, S. 149 f.
352 Degussa, Werden und Wachsen, S. 34. Zur Festschrift von 1948 vgl. S. 122 ff. dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
»Arisierungen« schlicht »Erwerbungen« bzw. »Beteiligungen« genannt.[353] Die große Erfolgsgeschichte der Degussa hatte in dieser Darstellung nur durch die alliierten Bomben einen heftigen Knick erfahren. Diese Kontinuität wurde auch anlässlich des 50. Firmenjubiläums des Vorstandsvorsitzenden Hermann Schlosser 1965 betont. Verschiedene Ehren-Gratulanten beschworen in Frankfurt den »Geist kaufmännischer Anständigkeit« und die »erstaunliche Übereinstimmung zwischen Lebensweg und Firmenschicksal«, »mit Humanismus […] in der geistigen Tradition der Goethe-Stadt […] durch die Fährnisse der Zeit zu steuern« – stets im Wissen, dass »große wirtschaftliche Erfolge und Leistungen nur bei unbedingter Wahrhaftigkeit erzielt werden können«.[354] Der Umstand, dass Schlosser 1943 die Leitung der Wirtschaftsgruppe »Chemische Industrie« übernommen hatte und deshalb nach Kriegsende interniert worden war, wurde von Vorstandsmitglied Heinz Scherf an dieser Stelle ausdrücklich beklagt: »So wurde Ihnen das Opfer vergolten, das Sie pflichtbewusst im Kriege gebracht hatten, ausgerechnet auf dringende Bitte solcher Männer, die den schädlichen Einfluss der Partei auf die chemische Industrie mit Ihrer Hilfe soweit unterbinden wollten wie damals nur möglich.«[355] Anlässlich des 100. Firmenjubiläums der Degussa im Jahr 1973 führte Meyer-Wegelin diese Topoi der Selbstbeschreibung weiter. Die Degesch-Beteiligung stand hier im Zeichen einer jahrelangen Geschäftstradition, ohne dabei konkret ihr Produkt Zyklon B zu erwähnen. »Arisierungen« waren Firmenübernahmen, deren Aktionäre und Gläubiger »abgefunden« worden seien. Neue Erzeugnisse im Rahmen der NS-Autarkiepolitik waren angeblich schon früher geplant worden. Und zur Aufrüstung und Kriegswirtschaft hielt wiederum das altbekannte Argument her, »dass die Degussa keine eigentlichen Rüstungsprodukte fertigte; alle ihre Produkte hatten breite friedensmäßige Verwendungszwecke, was natürlich nicht ausschloss, dass sie – wie jeder Rohstoff – während des Krieges in erhöhtem Umfang gefordert wurden.«[356] Das eigenständige Kapitel »Das Dritte Reich und der Zweite Weltkrieg« zeigte die Degussa anhand zitierter Vorstandsprotokolle und einer Doppelseite einschlägiger Photos als Opfer alliierter »Terrorangriffe« und rückte Hermann Schlossers Haltung gegenüber den NS-Behörden in den Kontext des Widerstands.[357] Somit sorgte Meyer-Wegelin für die Kontinuitätslinien in der schriftlichen Selbstdarstellung und schloss dabei an lauter bewährte Topoi der unmittelbaren Nachkriegszeit an, die auch die Degussa als »anständige Kaufleute« und Opfer der NS-Zeit auswiesen. Darüber hinaus verklärte der Festredner Golo Mann in seinem Vortrag die Geschichte der Degussa zum Entwicklungsroman »im Stil der Buddenbrooks«, die »allzuviel dunkle Narretei« erfolgreich überstanden habe: »Man ist in einer unsoliden und oft verrückten Welt nicht Herr. Man muss sich anpassen dem

353 Degussa, Werden und Wachsen, S. 19, 33,
354 Degussa, Schlosser, S. 32.
355 Ebd., S. 52.
356 Degussa, Anfang, S. 78, 80, 81, 83.
357 Ebd., S. 91-103.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ärgsten Unsinn, man muss die fürchterlichsten Verluste und Zerstörungen hinnehmen, weil man es nicht ändern kann, und trotzdem weitermachen oder nahezu wieder von vorne anfangen.«[358]

Es ist für die Geschichtskultur in der Bundesrepublik und die Unternehmenskultur in den Konzernen gleichermaßen bemerkenswert, wie sich bei den feierlichen Unternehmensjubiläen in den Ansprachen der jeweiligen Festredner der Vergangenheitsdiskurs jener Zeit manifestierte. Ob ehemalige Bundespräsidenten, renommierte Physiker oder prominente Historiker – sie alle reproduzierten bewusst oder unbewusst die Entlastungsargumente deutscher Unternehmer, ohne dass diese größerer Kritik ausgesetzt gewesen oder in der Presse entsprechend kommentiert worden wären. Historiker traten dabei nicht nur bei den Festakten auf. Namhafte Vertreter der Wirtschaftsgeschichte wie Wilhelm Treue setzten in den sechziger Jahren ihre Beschäftigung mit Firmengeschichten fort und verfassten diese auch in Form von Festschriften für große Konzerne. Diese umfangreichen Werke wie bspw. Treues zweibändige Darstellung der August Thyssen-Hütte tradierten ebenfalls das Bild einer »Frontstellung zwischen Staat und Industrie« und schrieben »eine Geschichte des Kapitalverzehrs und der Verluste, gegen die sich die Techniker und Wirtschafter […] mit allen Kräften vergeblich zu wehren suchten.«[359] Bomben, die das »Lebenswerk mehrerer Generationen« zerstörten und »fremde Arbeitskräfte«, für die »so gut wie irgend möglich gesorgt«[360] worden sei, komplettierten das Zeugnis vom pflichtbewussten, integren Unternehmen, das ihnen Historiker wie Treue auszustellen bereit waren.

Im Rückblick lesen sich manche Selbstdarstellungen dieser Zeit wie ungewollte Satire. Dass deutsche Konzerne im Umgang mit ihrer Unternehmensgeschichte jedoch keine Witze duldeten, verdeutlichte der Fall Siemens. Der Berliner Schriftsteller Friedrich Christian Delius hatte bereits 1966 die Selbstdarstellungen der deutschen Wirtschaftselite in seinem Buch *Wir Unternehmer* aufs Korn genommen.[361] Anlässlich des 125jährigen Siemens-Bestehens hatte er dann 1972 die Jubiläums-Festschrift des Konzern parodiert und die unternehmensgeschichtlichen Daten in *Unsere Siemens-Welt* auf eigene Weise dargelegt. Der Konzern ging gegen das im Wagenbach-Verlag erschienene Buch gerichtlich sowie außergerichtlich vor und klagte schließlich vor dem Landgericht Stuttgart auf Unterlassung von 19 »unwahren, verleumdenden Behauptungen«. Die augenfälligen Parallelen zum Abs-Prozess hatten dabei eine reale Basis, da sich Abs als Nebenkläger einschaltete – Delius hatte aus dem Czichon-Buch

358 Degussa, Degussa-Rede, S. 5, 6, 9.
359 Treue/Uebbing, Feuer, S. 119, 121.
360 Ebd., S. 120, 118.
361 Delius hatte für dieses Buch Redebeiträge vom Wirtschaftstag der CDU/CSU 1965 in Düsseldorf zusammengestellt und kommentiert. Den Höhepunkt hatte Bundeskanzler Ludwig Erhard markiert, der sich gegen Kritik von namhaften deutschen Schriftstellern gewehrt hatte mit den Worten »Da hört der Dichter auf, da fängt der ganz kleine Pinscher an«, in Delius, Unternehmer, S. 72.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zitiert – und sich die Rechtsanwälte der Konzerne fortlaufend untereinander austauschten und berieten.[362] Siemens wählte eine ähnliche Strategie wie die Deutsche Bank und stellte das Buch als »antikapitalistische Tendenzschrift« ebenfalls in den Kontext einer politisch gesteuerten Diffamierungskampagne, in der Siemens als »Prototyp des westdeutschen Kapitalismus« verteufelt werde.[363] Im Zentrum des Streits stand dabei die NS-Vergangenheit von Siemens. Im Buch hieß es dazu unter anderem, der Konzern habe das »Vergasungskrematorium« im Konzentrationslager Auschwitz installiert – eine Formulierung, die sich so nicht halten ließ. Hintergründiger war Delius' Darstellung, dass Siemens in umfangreichem Maße Juden und Ausländer beschäftigt habe, die »die Zeitumstände zu Sklaven gemacht hatten. Da nicht wenige von diesen in Konzentrationslager eingewiesen wurden, herrschte eine für die kontinuierliche Produktion nicht sehr förderliche Fluktuation.«[364] Delius karikierte damit das Entlastungsnarrativ deutscher Unternehmer und unterstellte ihnen vielmehr eine eiskalte betriebswirtschaftliche Logik. In seiner Verteidigung berief sich Delius zunächst auf Unterlagen aus DDR-Archiven und hatte damit in Stuttgart einen ebenso schweren Stand wie kurz zuvor Friedrich K. Kaul. Einwände der Kunstfreiheit ließen die Richter nicht gelten (»Satiren müssen richtig sein«), was in der westdeutschen Presse durchaus kontrovers diskutiert wurde.[365] Nachdem das Gericht letztinstanzlich im Sinne Siemens' entschieden hatte, dem Konzern einen Anspruch auf Schadensersatz zugesprochen bzw. den Verlag und seinen Autor zur mehrheitlichen Übernahme der Gerichtskosten verurteilt hatte, willigte der Wagenbach-Verlag in einen Vergleich ein. In der Konsequenz wurde in den weiteren Auflagen ein relativierendes Vorwort eingefügt und neun Textstellen geschwärzt, was dem Erfolg des Buches insbesondere unter Studenten und Gewerkschaften jedoch keinen Abbruch tat.

Die Gründung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte

Kritik an der Festschriftenliteratur kam nicht allein aus dem linksintellektuellen Milieu. Auch im Kreis der Festschriftproduzenten wurde selbstkritisch über die Qualität der Texte und den generellen Status der Firmengeschichtsschreibung in der Bundesrepublik diskutiert – der Spagat des Genres der Firmenfestschriften zwischen Werbebotschaft und wissenschaftsrelevanter Aussage war den Beteiligten durchaus bewusst.[366] Von wissenschaftlicher Seite wurde konstatiert, dass viele Werke noch immer »epigonalen Erzeugnissen vulgari-

362 Vgl. bspw. den Vermerk von Georg Krupp für Hermann J. Abs vom 10.11.1972, in: HADB, V01/4993.
363 Zitiert nach Dokumentation des Siemens-Prozesses, in: Delius, Siemens-Welt, S. 111.
364 Delius, Siemens-Welt, S. 29.
365 Vgl. Der Spiegel, 4.12.1972; Frankfurter Rundschau, 9.11.1974; Die Zeit, 15.11.1974; Die Zeit, 29.11.1974; Die Zeit, 13.12.1974.
366 Vgl. die Beiträge in Kunkel, Pop-Broschüre.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
sierter […] Hofhistoriographie« glichen.[367] Die akademische Unternehmensgeschichtsschreibung drohte unterdessen als schmaler Zweig der Wirtschaftsgeschichte in Deutschland in den siebziger Jahren zunehmend zu verkümmern. Im Vergleich zu der inzwischen gut etablierten »Business History« in den USA gab es in der deutschen Universitätslandschaften nach wie vor keinen Lehrstuhl für Unternehmensgeschichte, und nur eine Handvoll Lehrbeauftragter und interessierter Wirtschaftshistoriker bemühten sich um die Etablierung des Forschungsfelds. Dabei gingen insbesondere zur Person Wilhelm Treues, dem prominentesten Vertreter unter den Historikern mit einem Interesse an Unternehmen und Unternehmerbiographien, die Meinungen auseinander. Während einigen die Arbeiten wie die Thyssen-Festschrift von Treue oder auch auch die Deutsche Bank-Festschrift von Fritz Seidenzahl als überzeitliche »firmengeschichtliche Standardwerke« galten,[368] äußerten andere vorsichtig Kritik: Die »traditionelle« Firmengeschichtsschreibung sei auf einen primär deskriptiven Ansatz festgelegt und damit methodisch wie theoretisch in eine »Sackgasse« geraten – sie bedürfe dringend einer Neuausrichtung bzw. einer Öffnung im Rahmen einer interdisziplinären Historiographie der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.[369]

Symptomatisch für den marginalen Status der Firmengeschichte hatten auch die stagnierenden bzw. rückläufigen Abonnentenzahlen von Treues Zeitschrift *Tradition* beim Verlag Bruckmann die Entscheidung reifen lassen, die Zeitschrift nicht weiter als Verlustgeschäft zu betreiben.[370] Im Dezember 1972 traf sich Treue mit Unternehmensarchivaren und Wirtschaftshistorikern, um die Möglichkeiten eines Überlebens seiner Zeitschrift zu sondieren. In der Runde war man skeptisch, die Fehlbeträge von mehr als 20.000 DM einwerben zu können.[371] Einzig Manfred Pohl, der inzwischen zum Leiter des Historischen Archivs der Deutschen Bank aufgestiegen war, wollte wie Treue nicht einfach die Segel streichen und wandte sich an Hermann J. Abs mit der Bitte um Unterstützung. Pohl hatte als Archivmitarbeiter durch die Zuarbeit für den Czichon-Prozess ein gutes Verhältnis zu Abs ebenso wie Treue durch seine zweijährige kommissarische Leitung des Deutsche Bank-Archivs. Und Abs pflegte ein ausgeprägtes Interesse an Geschichtsschreibung, hatte durch den Czichon-Prozess am eigenen Leibe die Bedeutung von Firmengeschichte erfahren und wollte sich für die Rettung der *Tradition* einsetzten. Pohl und Abs überlegten daher gemeinsam, wie die Zeitschrift auf ein sicheres Fundament gestellt und wie die historische Unternehmensforschung im Allgemeinen stärker in Deutschland institutionalisiert werden könnte. Auf Initiative von Abs

367 Köllmann, Festschriften, S. 21.
368 Vgl. etwa Pudor, Erfahrung (Zitat S. 115).
369 Vgl. GUG, G1, Stellungnahme des Instituts der deutschen Wirtschaft, verf. v. Breidbach und Schlottmann, 12.6.1974 (Zitat S 3).
370 Zur Rettung der *Tradition* und der Entstehungsgeschichte der GUG vgl. die Darstellungen von GUG-Mitarbeitern: Brüninghaus, Gesellschaft; Hartig, Gründung.
371 GUG, G1, Gründungsdiagramm Manfred Pohl, o. D., S. 2.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
schrieben er und seine Vorstandskollegen nahestehende Unternehmen an und baten um finanzielle Unterstützung der Zeitschrift. Bereits hier zeichnete sich ein Argumentationsmuster ab, das in den folgenden Jahren wichtige Mobilisierungskräfte in den Reihen der deutschen Großkonzerne freisetzen sollte. Zum einen wurde die dominierende Betriebs- bzw. Wirtschaftsgeschichte der DDR beklagt, die kein Gegengewicht in der Bundesrepublik habe (die Zeitschrift *Tradition* sei nur ein kleiner, wenn auch wichtiger Notbehelf). Zum anderen klang in den Briefen eine Motivlage an, Firmengeschichte als eine wichtige Legitimationsressource zu begreifen, mit der Unternehmen als unverzichtbare Stützen der freiheitlich-demokratischen, marktwirtschaftlichen Bundesrepublik verteidigt werden könnten.[372] Tatsächlich zeigten sich einige Unternehmen bereit, finanziell einzuspringen, und Abs konnte den Fritz Knapp Verlag in Frankfurt gewinnen, die Zeitschrift vorerst als Jahreshefte herauszugeben.

Parallel zur Rettung der Tradition trieb Pohl auch die Frage einer generellen Institutionalisierung der Unternehmensgeschichtsschreibung weiter voran, wie er sich auch speziell für die Etablierung der Bankengeschichte nachhaltig einsetze.[373] 1972 regte Pohl mit anderen jüngeren Unternehmensarchivaren (u. a. Mechthild Wolf von der Degussa) in der Vereinigung deutscher Werks- und Wirtschaftsarchivare (VDWW) an, einen wissenschaftlichen Beirat zu gründen, um das Archivwesen und die akademische Unternehmensforschung stärker zusammenzubringen. Als diese Idee scheiterte, was wohl mehr den persönlichen Differenzen zwischen Pohl und Vertretern der VDWW als den drohenden Kosten geschuldet war,[374] kündigte Pohl an, zusammen mit der Deutschen Bank die Gründung einer eigenständigen »Gesellschaft für Unternehmensgeschichte« zu planen. Nachdem er in akademischen Kreisen Vorbehalte einer zu starken Anbindung an die Deutsche Bank ausräumen konnte, engagierten sich Abs und die Deutsche Bank mit nachhaltigem Erfolg, indem sie dreizehn Großkonzerne anschrieben und diese um ihre Meinung baten.[375] Pohl hatte für diese Anschreiben ein erstes Memorandum verfasst, in dem er seine Argumente noch einmal ausgebaut hatte. Vor dem Hintergrund des Mangels an Unternehmensgeschichte als wissenschaftliche Disziplin an westdeutschen Universitäten beklagte er den wachsenden »Vorsprung« der DDR-Geschichtsschreibung und den Umstand, dass die Publikationen des Ostberliner Instituts für Betriebsgeschichte »auch bei uns immer mehr an Boden gewinnen«. Ohne explizit auf die Braunbücher verweisen zu müssen, war wohl allen Lesern klar, was Pohl damit meinte, dass die »Verzerrung des Unternehmerbilds aus der Vergangenheit herrührt«.[376] Wichtig war ihm aber auch herauszustellen, dass Unternehmensgeschichte ein wichtiges Mittel in gesellschaftspolitischen Aus-

372 Vgl. Hartig, Gründung, S. 3..
373 Vgl. M. Pohl, Bankengeschichte.
374 Zur Diskussion in der VDWW vgl. Hartig, Gründung, S. 224 ff.
375 Vgl. HADB, ZA04/1628, Aktennotiz Manfred Pohl, 17.3.1974; Protokollauszug Vorstandssitzung, 26.3.1974; Protokollauszug Vorstandssitzung, 14.5.1974.
376 GUG G1, Memorandum Manfred Pohl, 5.2.1974, S. 1 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
einandersetzungen innerhalb und außerhalb des Unternehmens sein könne: »Die Erhaltung unserer freien Gesellschaftsordnung hängt im wesentlichen davon ab, inwieweit es den Unternehmensleitungen gelingen wird, dem Arbeiter und Angestellten den Sinn und Zweck ihres Schaffens in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft transparent zu machen.« Vor diesem Hintergrund legte Pohl die verschiedenen Handlungsfelder in Wissenschaft, politischer Bildung und praktischer Unternehmensführung dar, in denen eine neue Gesellschaft für Unternehmensgeschichte aktiv werden könne. Diese Argumente, versehen mit freundlichen Worten der Deutsche Bank-Vorstände, überzeugten die Mehrzahl der angeschriebenen Unternehmensleitungen.[377] Nur zwei der dreizehn Antworten sprachen sich gegen eine Neugründung aus und verwiesen auf eigene Projekte. Die Mehrheit befürwortete Pohls Initiative und stellte ihre Unterstützung in Aussicht, wenngleich einige Unternehmen die Frage stellten, ob ein solches Vorhaben nicht auch an eine bestehende Institution wie das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) angebunden werden könne.[378] Diese Frage spielte in den fortlaufenden Diskussionen eine zentrale Rolle, aber Pohl und die Deutsche Bank schafften es immer wieder erfolgreich, die von ihnen favorisierte Idee einer Neugründung stark zu machen. Zwar bat die Deutsche Bank das IW, den weiteren Diskussionsprozess federführend anzuleiten, aber auch im IW sah man die Vorteile einer Neugründung stärker wiegen als die Anbindung an das IW. Das IW hatte schon seit der gescheiterten VDWW-Initiative von Pohls Idee einer Neugründung gewusst und war gewillt, eine gewichtige Rolle bei der Vorbereitung zu übernehmen. Neben der Stärkung der Disziplin an Universitäten und in Unternehmen verwies das IW auch explizit auf das Problem der NS-Zeit, da Gewerkschaften wie der DGB an Schulen und Berufsschulen Material verteile, das Behauptungen tradiere wie bspw., Unternehmen hätten Hitler und den Zweiten Weltkrieg finanziert.[379] In den folgenden Monaten bildete sich ein kleines Team, dem neben Manfred Pohl und zwei Mitarbeitern des IW auch Treue und der Bonner Wirtschaftshistoriker Hans Pohl angehörten, um eine Organisationssatzung auszuarbeiten (neben dem Vorstand sollte es einen wissenschaftlichen Beirat und ein Kuratorium für Unternehmensvertreter geben) und ein erstes Forschungsprogramm zu skizzieren. Manfred Pohl fasste die Ergebnisse dieser Treffen in einem zweiten Memorandum zusammen und systematisierte die Aufgaben der Gesellschaft. So wurden jetzt dezidiert vier Aspekte herausgestellt: Erstens sollte die akademische Unternehmensgeschichte an Universitäten gestärkt und eigene Forschungsprojekte unternommen werden. Unter »Bildungspolitik« wurden zweitens u. a. Aufgaben zusammengefasst, in Schulen und in den Medien die Geschichte und das Bild des Unternehmertums zu vermitteln. Nicht zuletzt sollten prak-

377 Vgl. die Antwortschreiben der Unternehmen in GUG G1, Resonanz von Firmen auf Deutsche-Bank-Anfrage, Mai–August 1974; ebenfalls in HADB, ZA04/1628.

378 Das Deutsche Industrieinstitut war 1973 in Institut der deutschen Wirtschaft umbenannt worden.

379 GUG. G1, Stellungnahme des Instituts der deutschen Wirtschaft, 12.6.1974, S. 4.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
tische Hilfestellungen in den Unternehmen bei der Abfassung von Firmengeschichten und Selbstdarstellungen gegeben sowie Unterstützung beim Aufbau des Archivwesens in Unternehmen geleistet werden.[380] In diesem Sinne wurde ein kleiner Kreis an Unternehmen angeschrieben und zu einem ersten Treffen eingeladen. Wenngleich es bei diesem Treffen nicht zur ursprünglich geplanten Gründung kam und stattdessen noch einmal ein Jahr mit Arbeitsausschüssen verging, so war der Tenor bei all diesen Treffen ähnlich.[381] Während Treue stets eine Bestandsaufnahme der bisherigen Forschung vollzog und Hans Pohl die zukünftigen Forschungsaufgaben skizzierte, umriss Manfred Pohl immer die praktische Bedeutung der Unternehmensgeschichte, »die mehr sein soll als Selbstbeweihräucherung anlässlich von Jubiläen und Feierstunden«.[382] Allen drei prägenden Persönlichkeiten lag offensichtlich daran, die Erkenntnisse und Erfahrungen einer wissenschaftlichen Unternehmensgeschichte mit den praktischen Entscheidungen in Unternehmen auf Archiv- wie Vorstandsebene zu verbinden. Ihnen schien dabei durchaus bewusst gewesen zu sein, dass eine neu gegründete Gesellschaft für Unternehmensgeschichte in ihrer Außenwirkung nur erfolgreich sein konnte, wenn sie nicht ideologisch überfrachtet oder der Unternehmer-Apotheose dienend wahrgenommen werden würde. Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit waren bereits zu diesem Zeitpunkt wichtige Schlagwörter. Die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte war dennoch zu ihrer Geburtsstunde am 10. Juni 1976 ein Zwitter, der verschiedene Interessen zu vereinen suchte. Das zeigte sich nicht zuletzt in den Personalien: Der Vorstand bestand aus Wilhelm Treue, Daimler-Benz-Vorstand Heinz Schmidt, dem Chef des IW, H.-J. Breidbach, Manfred Pohl als Geschäftsführer und Hans Pohl als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats (Kuratoriumsvorsitzender wurde Peter von Siemens). Die GUG war als eine »Gemeinschaftseinrichtung von Wirtschaft und Wissenschaft« angelegt, deren Unabhängigkeit qua Struktur in Frage gestellt war.[383] Ein Abhängigkeitsverhältnis der Gesellschaft und damit ihrer wissenschaftlichen Projekte von den Geldgebern aus der Wirtschaft war trotz anderslautender Pläne unvermeidlich – und von einigen Unternehmen durchaus gewollt. Der illustere Kreis an renommierten Wissenschaftlern und prominenten Konzernvertretern war sich jedoch in einem zentralen Motiv einig: In Westdeutschland brauche es eine starke Institution,

380 Vgl. GUG, G1, Zweites Memorandum zur Gründung einer Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, 27.2.1975.

381 Vgl. GUG. G1, Protokoll 27.5.1957 sowie Protokolle Arbeitsausschuss, 3.7.1975, 1.10.75, 9.12.1975. Zu den eingeladenen Personen gehörten Vorstandsmitglieder der Unternehmen Hoesch, AEG-Telefunken, Bayer, Bosch, Mannesmann, Siemens, Hoechst, Daimler-Benz, BASF, Klöckner, Thyssen und Degussa.

382 GUG. G1, Kurzvortrag Manfred Pohl, 27.5.1975, S. 2.

383 Vgl. GUG, G1, Protokoll der Mitglieder- und Gründungsversammlung des Vereins »Gesellschaft für Unternehmensgeschichte«, 10.6.1976 (Zitat S. 1). Zu den Gründungsmitglieder gehörten u. a. die Unternehmen Henkel, Siemens, Daimler-Benz, Thyssen, Bosch, Karstadt, Deutsche Bank, Mannesmann, Hoesch.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die Forschungsanstrengungen auf dem Gebiet der Unternehmensgeschichte initiieren bzw. koordinieren und das »verzerrte Bild des Unternehmers« in der westdeutschen Öffentlichkeit anhand historischer Darstellungen des Unternehmertums korrigieren sollte. Nicht zuletzt war die GUG von Anfang an als »Gegenpol« zur Betriebsgeschichte der DDR konzipiert, und mit der *Tradition*, die fortan als *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* neu konzipiert und vertrieben wurde, hatte sie auch ein entsprechendes Publikationsorgan.[384]

Insofern spielte bei der Gründung der GUG auch die NS-Zeit indirekt eine Rolle: Die Deutsche Bank und Hermann J. Abs hatten stellvertretend für die deutsche Wirtschaft die Erfahrung gemacht, wie die NS-Vergangenheit ein geschichtspolitisches Konfliktfeld war, auf dem die SED zu punkten versuchte. Die im Umfeld der Deutschen Bank initiierte und geplante Gründung der GUG sowie die Rettung der *Tradition* waren daher auch eine Reaktion auf den Czichon-Prozess. Vor dem Hintergrund der juristischen und publizistischen Auseinandersetzung um die NS-Zeit deutscher Konzerne in den sechziger und siebziger Jahren war die GUG auch als Entlastungsvehikel im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne konzipiert – wie sich jedoch in folgenden Jahren zeigen sollte: mit zweischneidigem Erfolg.

3.5 Zwischenbilanz

Das Jahr 1958 markierte den Beginn eines langsamen Wandels der westdeutschen Geschichtskultur im Umgang mit dem Nationalsozialismus. Ob im Bereich Justiz, Kunst oder Historiographie – erste Stimmen fingen an, sich kritisch mit der NS-Zeit auseinanderzusetzen und nach den personellen und inhaltlichen Kontinuitätslinien zu fragen. Wenn Jonathan Wiesen argumentiert, dass auch die deutschen Unternehmen vom geschichtskulturellen Wandel Ende der fünfziger Jahre erfasst wurden, dann greift sein Erklärungsansatz zu kurz.[385] Dieses Kapitel hat dagegen gezeigt, wie nachhaltig die Resilienz des westdeutschen Diskurses über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne war, der von einem breiten Entlastungskonsens in den Reihen der Unternehmen geprägt war und die konstitutiven Topoi der Nürnberger Prozesse tradierte.

384 Vgl. GUG, G1, Protokoll der Mitglieder- und Gründungsversammlung des Vereins »Gesellschaft für Unternehmensgeschichte«, 10.6.1976;, S. 7 f.; HADB, ZA04/1628, Broschüre Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, September 1978; M. Pohl, Unternehmensgeschichte, S. 18.

385 Vgl. Wiesen, Germany's PR Man. Sein zentrales Beispiel, der von deutschen Unternehmen engagierte US-Anwalt Julius Klein, kann vielmehr als typisches Symptom der fünfziger Jahre interpretiert werden, in denen sich deutsche Unternehmen offensiv um ein positives PR-Image bemühten und sich in Folge der Nürnberger Prozesse rehabilitierten. Bezeichnenderweise endeten die Aufträge aus den Reihen der Industrie an Klein größtenteils Ende der fünfziger Jahre, und vielmehr hielt nur die Politik an Klein fest.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Die Gründe für die gewisse Asymmetrie in den langen sechziger Jahren zwischen der unternehmerischen Standfestigkeit im Umgang mit der NS-Vergangenheit und der wachsenden Dynamik der geschichtskulturellen Veränderungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen erschließen sich dabei aus gesamtdeutscher Perspektive. Die Frage nach den Zusammenhängen zwischen geschichtspolitischer Systemkonfrontation und unternehmerischem Umgang mit der NS-Vergangenheit ist jedoch bislang von der Forschung kaum bearbeitet worden.[386] Die SED-Kampagnen gegen die »braune Bundesrepublik« hatten in den Bereichen Justiz, Militär und Politik durchaus einen skandalisierenden Effekt, weil das übliche »Schielen nach dem Ausland«[387] aus Sorge um das Ansehen der Bundesrepublik die Vergangenheitspolitik bei umstrittenen Gesetzen und belasteten Personen beeinflusste. Im Vergleich dazu hat dieses Kapitel zeigen können, dass die Unternehmen und die Karrieren ihrer Protagonisten davon größtenteils unbeeindruckt blieben. Im Bereich der Wirtschaft wurde der kritische Vergangenheitsdiskurs überlagert durch den deutsch-deutschen Systemwettstreit, in dem sich die westdeutschen Unternehmen auf der »richtigen«, der kapitalistischen Seite sahen. Die Angriffe der SED auf die westdeutsche Wirtschaft verpufften in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit, weil die antikapitalistische Rahmung der marxistisch grundierten Argumente im Westen mehrheitlich nicht anschlussfähig war. Der Druck von außen führte vielmehr zu einer Stärke in den Reihen der westdeutschen Wirtschaft, so dass sich ihre Deutungsmuster von der eigenen NS-Vergangenheit weiter verfestigten.

Am Beispiel des Auschwitz-Prozesses konnte gezeigt werden, dass deutsche Konzerne trotz aller Bemühungen der SED nicht im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit standen. Die relativ erfolglosen Kampagnen gegen die westdeutsche Wirtschaft in den fünfziger und sechziger Jahren sowie der ergebnislose Auschwitz-Prozess bildeten den Hintergrund, vor dem die SED die Klage von Hermann J. Abs gegen den DDR-Autor Eberhard Czichon zum Anlass für den letzten großen – wenngleich fast widerwilligen – Versuch unternahm, ein deutsches Unternehmen pars pro toto auf juristischer Bühne vorzuführen und bloßzustellen.

Für die Deutsche Bank und Hermann J. Abs stellten die polemischen Darstellungen Czichons eine neue Qualität dar, weil sie ihr Bild in der westdeutschen Öffentlichkeit zu untergraben und damit auch das Geschäft zu beeinträchtigen drohten. Wenngleich die Konjunktur marxistischer Faschismustheorien in der Bundesrepublik, die die für die Unternehmen bequeme Argumente der Totalitarismustheorie hinterfragten, auf ein studentisches bzw. universitäres Milieu begrenzt blieben, so sorgte man sich bei der Deutschen Bank vor einem langfristigen Imageschaden. Der Umstand, dass die erfolgreiche Prozessstrategie von Abs' Anwälten nur einzelne Formulierungen Czichons

386 Vgl. in Ansätzen Frei u. a., Flick, S. 615 ff.
387 Frei, Fünfziger Jahre, S. 80.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
aufgriff bzw. eine generelle Diskussion des Verhältnisses von Wirtschaft und Nationalsozialismus vermied und die westdeutsche Öffentlichkeit dieser Linie folgte, zeugt davon, wie etabliert die entlastenden Argumente und Narrative in der Bundesrepublik waren. Zwischen den ideologischen Fronten des Kalten Kriegs war kaum Raum für eine differenzierte Auseinandersetzung mit Abs' Vergangenheit. Gerade in Bezug auf den heiklen Punkt der »Arisierungen« wurde die Anklage aus Ost-Berlin als grundsätzlicher Angriff auf das Selbstverständnis einer kapitalistischen Rechtsordnung gewertet. Umso stärker hielt man auf westdeutscher Seite an vertrauten Narrativen fest, die im Zweifelsfall stets für den »gutgläubigen Käufer« bzw. gutwilligen »Treuhänder« sprachen. Auch das Urteil des Abs-Prozesses unterstrich diese Rechtsauffassung, dass »Arisierungen« nicht »sittenwidrig« gewesen waren, wenn sie nicht nachweislich unter aktivem Druck der »Arisierer« durchgeführt worden waren. Damit wurde noch in den siebziger Jahren jenes positivistische Rechtsverständnis der »normalen Geschäfte« fortgeschrieben, dessen Anfänge im Nürnberger Gerichtssaal und in den Restitutionsprozessen der fünfziger Jahre lagen. Jürgen Lillteicher hat für die Bundesrepublik von einem »kollektiven Lernprozess« gesprochen, in dem nach und nach verschiedene Elemente der NS-Verfolgungspolitik als Unrecht anerkannt wurden – außer im Bereich der »Arisierungen«.[388] Für die großen Konzerne und ihre prominenten Vertreter wie Hermann J. Abs trifft dieses Feststellung, wie gezeigt wurde, ebenfalls zu. Wenn bezüglich der Person Abs unlängst eine Revision des Bildes vom »man for all seasons« diskutiert wurde,[389] dann ist somit zumindest im Hinblick auf seine wichtige Rolle bei der Tradierung von entlastenden Narrativen im bundesrepublikanischen Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne eine Ergänzung durchaus angebracht.

Wie selbstverständlich die gängigen Topoi des Entlastungsnarrativs im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne waren, hat der kursorische Blick in die Jubiläumspublikationen und Festreden jener Zeit gezeigt. Das Spektrum der Äußerungen reichte von offensiver Apologetik bis hin zum geschickten Ausblenden der NS-Zeit, wobei das Gros der Publikationen eben nicht mehr auf eine explizite Rechtfertigungsrhetorik zurückgriff. Bei allem Selbstbewusstsein bei den Unternehmen im Umgang mit der eigenen Geschichte hatten die SED-Kampagnen und die flankierende DDR-Wirtschaftsgeschichte jedoch den Unternehmen ihre institutionelle Leerstelle aufgezeigt. Die Rettung der Zeitschrift *Tradition* und die Gründung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte waren auch eine Reaktion darauf, um gegen die als ungerechtfertigt wahrgenommenen Angriffe ein Gegengewicht zu bilden. Historiker wie Wilhelm Treue spielten dabei eine wichtige Rolle, die sich sowohl an der juristischen und publizistischen Verteidigung der Konzerne beteiligten,

388 Lillteicher, Rückerstattung, S. 74.

389 Dominierend in der Forschung das Bild von Abs durch Gall, Man; Gall, Bankier. Dagegen Wixforth, Anmerkungen.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
als auch die enge Kooperation mit der Wirtschaft suchten, anstatt Distanz zum Gegenstand ihrer wissenschaftlichen Arbeiten zu wahren. Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit wurden zum damaligen Zeitpunkt anders interpretiert, als dies schon kurze Zeit später der Fall sein würde.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

4 Bewältigung und Wandel in der Übergangszeit der achtziger Jahre

4.1 Geschichtspolitik, Historikerstreit und »vergessene Opfer«

Die geschichtskulturellen Rahmenbedingungen veränderten sich in Westdeutschland Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre merklich, als sich in der Bundesrepublik eine polarisierende, hochgradig emotionale Identitätsdebatte über den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit zu entwickeln begann.[1] Die Deutungsmuster des Entlastungskonsenses, der jahrzehntelang die westdeutsche Öffentlichkeit geprägt hatte und erstmalig durch den Generationenkonflikt der »68er« brüchig geworden war, wurden nun von ihren Verfechterinnen und Verfechtern offensiv verteidigt und in einen medienwirksamen Diskurs der »Normalisierung« zu überführen versucht. Zugleich und als Kontrapunkt zu diesen Bemühungen begannen gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure jenseits der staatlichen Geschichtspolitik neue Akzente im Umgang mit der NS-Zeit zu setzen, was den beginnenden Aufstieg des Begriffs »Erinnerung« zur identitätsstiftenden Pathosformel im Diskurs über die NS-Vergangenheit markierte.[2] Ob im deutschen Bundestag, in den Medien oder in der geschichtswissenschaftlichen Zunft – diverse Diskussionen entzündeten sich an historischen Daten und geschichtlichen Orten, das heißt konkret: an ihrer Deutung und an ihrem Umgang mit ihnen. Der konfrontative »Bewältigungsdiskurs« der achtziger Jahre zeichnete sich gerade dadurch aus, dass insbesondere über die Art des Umgangs und die »Bewältigung« selbst gestritten wurde.[3] Die achtziger Jahre waren auch im geschichtskulturellen Sinne eine »Übergangszeit«[4] als ein Jahrzehnt der heftigen Auseinandersetzung um geschichtspolitische Vorzeichen der symbolischen Vergegenwärtigung der NS-Zeit, und diese Konflikte wurden »stärker als je zuvor zu einem Kampf um die kulturelle Hegemonie in der Bundesrepublik«[5].

1 Grundlegend zur Auseinandersetzung der achtziger Jahre vgl. A. Assmann/Frevert, Geschichtsvergessenheit, S. 258-271; Faulenbach, Übergangszeit; Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 413-428; Fröhlich, Rückkehr; Schmid, »Vergangenheitsbewältigung«; Wolfrum, Geschichte, S. 113-116, 126-131.

2 Vgl. Sabrow, Pathosformel; ebenso Schmid, »Vergangenheitsbewältigung«.

3 Zum Begriff »Bewältigung« vgl. Eitz/Stötzel, Wörterbuch, s. v. Vergangenheitsbewältigung. Für andere Einteilungen und Bezeichnungen der Phasen der deutschen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit vgl. A. Assmann/Frevert, Geschichtsvergessenheit; Classen, Was bleibt; Reichel u. a., »Zweite Geschichte«, S. 17-20.

4 Faulenbach, Übergangszeit. Vgl. auch Wirsching, Abschied.

5 Wolfrum, Geschichte, S. 115.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Bereits Mitte der siebziger Jahre diagnostizierten konservative Politiker und Intellektuelle vor dem Hintergrund verschiedener Krisen und der schwächer werdenden Strahlkraft der sozialliberalen Koalition eine deutsche Identitätskrise. In der Bundestagsdebatte nach dem sogenannten »Deutschen Herbst« 1977 führte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion Alfred Dregger den RAF-Terrorismus unmittelbar auf die »geistige Heimatlosigkeit« der 68er-Generation zurück und kritisierte eine »falsche Vergangenheitsbewältigung«, die sich nun »vom Schatten Hitlers lösen« müsse.[6] »Front zu machen« sei gegen die »Verfälschung unserer Geschichte«, die »mit den 12 schlimmen Jahren unter Hitler auch gleich die übrigen 1188 Jahre unserer 1200 jährigen Geschichte unter Anklage gestellt« habe.[7] Bereits ein Jahr zuvor hatte der Philosoph Hermann Lübbe in einem viel beachteten Vortrag die »Identitätspräsentationsfunktion von Historie« betont und ebenfalls eine Stärkung der nationalen Identität (durch die Geschichtswissenschaft) gefordert.[8] Während 1976 erstmals ein deutscher Bundespräsident und zwei Jahre später ein Bundeskanzler den deutschen Historikertag eröffneten und sich Walter Scheel und Helmut Schmidt in ihren Reden weiterhin des prägenden Begriffs »Emanzipation« der Ära Brandt/Heinemann verpflichtet sahen, versuchten konservative Politiker und Historiker dem den Begriff »Identität« als neues geschichtspolitisches Schlagwort gegenüberzustellen.[9] Dieser konservative Identitätsdiskurs hatte sein Zentrum in der Forderung nach einem normativen, nationalen Geschichtsbild, die mit dem Regierungswechsel 1982 und dem Amtsantritt von Helmut Kohl weiter an Gewicht gewinnen sollte. Kohl diagnostizierte eine »geistig-politische Krise« in Deutschland und betrieb im Zeichen einer vielbeschworenen »Wende« auf verschiedenen Feldern eine Geschichtspolitik, die – so seine Kritiker – ein positives Geschichtsbild etablieren sollte, um den negativen Bezugspunkt der NS-Zeit zu überlagern und schließlich zu relativieren.[10] Kohl versuchte in der Tat die zahlreichen großen Gedenktage zu nutzen, um sich als verlässlicher Partner an der Seite der Sieger zu inszenieren und damit einer »Normalisierung« des deutschen Geschichtsbildes das Wort zu reden.[11] So betonte Kohl bei verschiedenen Gelegenheiten den Generationswechsel zu einer neuen, moralisch nicht belasteten Generation (»Gnade der späten Geburt«) und versuchte Institutionen zur Darstellung der deutschen Geschichte

6 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, Stenographischer Bericht der 53. Sitzung der 8. Wahlperiode, 28.10.1977, S. 4102(D) bzw. 4098(A).
7 Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll, Stenographischer Bericht der 53. Sitzung der 8. Wahlperiode, 28.10.1977, S. 4103 (D) bzw. (A).
8 Lübbe, Identitätspräsentationsfunktion.
9 Als Spiegel der Zeit vgl. Teppe, Identitätsproblem; dazu auch Wolfrum, Geschichte, S. 126.
10 Vgl. Fischer/Lorenz, Lexikon, S. 226 f.
11 Historische Daten waren u. a. der 50. Jahrestag der Machtergreifung 1983, der 40. Jahrestag der Landung der Alliierten in der Normandie 1984 oder der 40. Jahrestag des Kriegsendes 1985.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zu etablieren, um die NS-Zeit als Teil der deutschen Geschichte einzubetten und die Erfolgsgeschichte nach 1945 herauszustellen (Haus der Geschichte Bonn 1982, Deutsches Historisches Museum Berlin 1984).[12] Zugleich knüpfte Kohl an ältere Deutungsmuster der fünfziger Jahre von Konrad Adenauer an, wieder die West-Bindung Deutschlands bzw. die Integration statt Verfolgung von ehemaligen Nazis zu priorisieren, den angeblichen alliierten Vorwurf der Kollektivschuld zurückzuweisen und das Bild von der »sauberen Wehrmacht« zu tradieren.[13] Dementsprechend verteidigte 1983 wiederum Hermann Lübbe bei einer Konferenz im Berliner Reichstag den konservativen Identitätsdiskurs und die »gewisse Zurückhaltung«, mit der man in Deutschland mit der NS-Vergangenheit umgehe, die »nur in der zersetzenden Optik linker Verdrängungstheoretiker Symptom einer misslungenen Vergangenheitsbewältigung« sei.[14]

Parallel zu dieser staatlichen Geschichtspolitik begann sich ab Ende der siebziger Jahre ebenfalls verstärkt eine »gesellschaftliche Geschichtspolitik«[15] zu entwickeln. Grundlage für diese Entwicklung war ein neues Interesse an Geschichte in breiten Teilen der westdeutschen Bevölkerung, das ebenfalls vor dem Hintergrund der enttäuschten Fortschrittshoffnungen der siebziger Jahre gesehen werden kann.[16] Die neue Sehnsucht nach Geschichte schlug sich beispielsweise in hohen Verkaufszahlen von historischen Biographien nieder. Verlage legten neue populärhistorische Reihen auf, und Ausstellungen zur deutschen Geschichte erfuhren eine große Aufmerksamkeit.[17] War diese neue Zuwendung hin zur Vergangenheit ebenso anschlussfähig an den konservativen Identitätsdiskurs einer »besseren« deutschen Geschichte, so begann sich aber auch das Interesse an den konkreten Verbrechen der NS-Zeit langsam zu verbreitern. War der Majdanek-Prozess seit 1975 noch eher von öffentlicher Teilnahmslosigkeit geprägt gewesen, so deuteten bspw. 1978 die vom *Spiegel* und dem Schriftsteller Rolf Hochhuth angestoßene Affäre »Filbinger« und die Berichterstattung bzw. die lokalen Initiativen zum 40. Jahrestag der Novemberpogrome erste Veränderungen der öffentlichen Geschichtskultur an.[18] Die »medien- und erinnerungsgeschichtliche Zäsur«[19] markierte die im Januar 1979 ausgestrahlte vierteilige US-Serie *Holocaust*, die neue Impulse für den Umgang mit der NS-Vergangenheit in Deutschland gab. Die Ausstrahlung der Serie, die das Leben einer jüdischen und einer nationalsozialistischen Familie erzählt, erzielte nicht zuletzt durch ihre emotionale Personalisierung und eingängige Rollendramaturgie außergewöhnlich hohe Einschaltquoten und bewirkte eine

12 Vgl. Moller, Entkonkretisierung.
13 Vgl. Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 414 f.
14 Lübbe zitiert in Eitz/Stötzel, Wörterbuch, S. 612.
15 Zu dieser Unterscheidung vgl. Fröhlich, Rückkehr, S. 121-125.
16 Vgl. Wolfrum, Geschichte, S. 128.
17 Vgl. A. Assmann, Geschichte, S. 137-141.
18 Vgl. Schmid, »Stunde der Wahrheit«.
19 Bösch, Film, S. 2.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Flut von Anrufen und Zuschriften beim WDR, die von Betroffenheit und Erschütterung, aber auch von Empörung und Abwehr zeugten.[20] Die Serie führte zu einer nachhaltigen Verschiebung des Fokus auf die NS-Zeit. War die Ermordung der europäischen Juden jahrzehntelang nur ein Randaspekt der öffentlichen und wissenschaftlichen NS-Diskurse gewesen, sollte die Serie nicht nur den Begriff »Holocaust« im deutschen Sprachgebrauch nachhaltig durchsetzen, sondern auch den Holocaust immer stärker als wichtigsten Referenzpunkt in der öffentlichen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit etablieren.[21] Innerhalb des Spektrums an unterschiedlichen Aspekten des Holocausts (von den Einsatzgruppen bis zu den Vernichtungslagern) wurde in der Serie auch die Rolle der Industrie, namentlich die der IG Farben bei der Beteiligung an Zwangsarbeit und die Mitverantwortung an den Vernichtungslagern, thematisiert – dieser Aspekt ging jedoch in der öffentlichen Rezeption unter.[22] Grundsätzlich deutete die Ausstrahlung als Medienereignis bereits an, mit welcher Kraft das Fernsehen zeitgeschichtliche Themen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen und prägende Narrative etablieren konnte.[23] Diese gebündelte Aufmerksamkeit strahlte kurzfristig auch auf den noch laufenden Majdanek-Prozess ab und beeinflusste die ohnehin anstehende, vierte Bundestagsdebatte über die Verjährung von Mord im Zusammenhang mit den NS-Verbrechen.[24] Die Serie hatte zudem zur Konsequenz, dass auch deutsche Filme wieder verstärkt und kassentauglich die Themen Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg aufgriffen.[25] Nicht zuletzt führte die Serie auch in der Geschichtswissenschaft zu einer öffentlichen Debatte über Forschungslücken und Probleme des Wissenstransfers.[26] In den folgenden Jahren verschob sich der primäre Fokus der historischen

20 Zur Geschichte der Serie sowie seiner Produktions- und Rezeptionsgeschichte vgl. Reichel, Erfundene Erinnerung, S. 250-263; Brandt, Anschauung.

21 Vgl. Bösch, Film.

22 Vgl. die Filmstellen in *Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss*, Teil III, Minute 37:00, und Teil IV, Minute 8:12 bzw. 40:32. Die Verbindung von Zyklon B und der IG Farben wird nicht erwähnt.

23 Als weiteres Extrembeispiel für die mediale Dramatisierung und Kommerzialisierung der NS-Geschichte kann die Aufregung um die vermeintlichen, vom *Stern* veröffentlichten Hitler-Tagebücher (1983) gesehen werden, die im Nachhinein wie eine ironische Pointe der »Hitler-Welle« der siebziger Jahre erscheint und gleichsam den inzwischen gestiegenen »Skandalwert« von NS-Themen in der Mediengesellschaft verdeutlichte, vgl. Schmid, »Vergangenheitsbewältigung«, S. 176 f.

24 Vgl. Bergmann, Reaktionen.

25 Bspw. *Das Boot* von Wolfgang Petersen (1981), *Lilli Marleen* von Rainer Werner Fassbinder (1981), *Die weiße Rose* von Michael Verhoeven (1982) oder der erste Teil von Edgar Reitz' *Heimat*-Trilogie (1984) – der letztgenannte explizit als Reaktion auf die US-Serie. Repression und Verbrechen der NS-Herrschaft kamen in diesen Filmen meist nur am Rande vor bzw. wurden in der öffentlichen Rezeption vernachlässigt. Das sollte sich erst in den neunziger Jahren im Zuge von Steven Spielbergs *Schindlers Liste* (1993) ändern, vgl. Bösch, Film, S. 3-12.

26 Vgl. Reichel, Erfundene Erinnerung, S. 260 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Forschung von der nationalsozialistischen Machtübernahme allmählich auf die Verbrechen der NS-Herrschaft. Alternative Ansätze der Alltagsgeschichte sowie der »Strukturalisten« eröffneten neue Sichtweisen auf den Prozess der Judenvernichtung, die zu einem intensiv untersuchten Forschungsgegenstand erhoben wurde.[27] Für diesen langsamen Wandel kann exemplarisch Raul Hilbergs umfangreiche Studie *The Destruction of the European Jews* angeführt werden, die zum Zeitpunkt ihres Erscheinens in den USA 1961 in Deutschland kaum wahrgenommen wurde.[28] Als sich in Folge der öffentlichen Aufmerksamkeit für die Serie *Holocaust* auch deutsche Verlage für die Geschichte der Judenvernichtung zu interessieren begannen, brachten aber selbst große Publikumsverlage wie der C. H. Beck Verlag Hilbergs Arbeit – trotz grundsätzlichen Interesses – nicht zu einer Veröffentlichung. So erschien sie 1982 im Berliner Kleinverlag Olle & Wolter, blieb aber weitestgehend unbeachtet, bis sie erst 1990 im Fischer-Verlag in der »Schwarzen Reihe« von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. In den achtziger Jahren scheinen sich dennoch die filmischen Formate und die Trends der Geschichtswissenschaft von Oral History und Alltagsgeschichte nachhaltig und gegenseitig beeinflusst zu haben.[29] Der Aufstieg der Alltagsgeschichte mit ihrem programmatischen Fokus auf die Wahrnehmungen und Erfahrungen einer »Geschichte von unten« und ihrem antizentrischen Geschichtsverständnis zeugte dabei nicht nur von neuen Perspektiven auf die NS-Zeit in der akademischen Zunft,[30] sondern eben auch von dem wachsenden gesellschaftlichen Geschichtsinteresse, das sich in Geschichtswerkstätten, Gedenkstätteninitiativen und Schülerwettbewerben zur NS-Zeit ausdrückte.[31] Diese neue Geschichtsbewegung speiste sich im Kontext der Friedensbewegung und dem Protest gegen den Nato-Doppelbeschluss insbesondere aus dem links-alternativen Milieu, in dem die Grenze zwischen forschenden Aktivisten und politischer Forschung fließend war. Lokal initiierte Erinnerungsorte wie das gesellschaftliche Engagement für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme (1983/84), die Todesmarsch-Mahnmale (1985) oder die lange Auseinandersetzung um das Gelände der »Topographie des Terrors« (1987) waren markante Beispiele eines sich verändernden Verhältnisses (in Teilen) der deutschen Gesellschaft zu den Opfern der NS-Herrschaft und eines neuen Graswurzel-Engagements, einer »Geschichtspolitik von unten«, jenseits der staatlichen Geschichtspolitik in den achtziger Jahren.

Das Jahr 1985 bedeutete einen ersten Kulminationspunkt für den Aushandlungsprozess zwischen einer konservativ-staatlichen Geschichtspolitik der

27 Vgl. Herbert, Geschichtsschreibung, S. 78 ff.; Frei, Epochenjahr.
28 Zur Rezeptionsgeschichte des Buches vgl. Berg, Pionierstudie, S. 73 f.
29 Zum wechselseitigen Einflussverhältnis von Film und historischer Wissenschaft in den achtziger Jahren vgl. Bösch, Film.
30 Zur Alltagsgeschichte vgl. grundsätzlich Hardtwig, Alltagsgeschichte; Laak, Alltagsgeschichte.
31 Vgl. dazu jeweils Heer/Ulrich, Geschichte; Schneider, Alltagsgeschichte; Endlich, Orte, S. 362-367.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
»Normalisierung« und einem pluralistischen, offenen Geschichtsverständnis, dessen gesellschaftliche Vertreter die Besonderheit der NS-Zeit betonten. Um das Datum des 8. Mai 1945 hatte es schon immer eine zum Teil heftige Auseinandersetzung gegeben, dessen Deutung als »Niederlage«, »Zusammenbruch« oder »Befreiung« symptomatisch das Verhältnis zur NS-Zeit spiegelte.[32] Zum 40. Jahrestag des Kriegsendes 1985 sollte das Datum zum Anlass einer direkten Konfrontation von Helmut Kohls »Vergangenheitsbewältigungspolitik« und Richard von Weizsäckers »Erinnerungspolitik, im Zeichen von ›Vergangenheitsbewahrung‹« werden.[33] Auf der einen Seite versuchte Helmut Kohl (wie bereits ein Jahr zuvor mit dem französischen Präsidenten François Mitterand in Verdun) durch seinen Besuch eines deutschen Soldatenfriedhofs in Bitburg mit dem US-Präsidenten Ronald Reagan ein Zeichen der Versöhnung zu setzen, das gleichsam die Politik des Kalten Krieges in die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurückprojizierte.[34] Der symbolische Besuch auf einem Friedhof, auf dem auch Soldaten der Waffen-SS begraben waren, verwischte dabei nicht nur die Grenzen zwischen den einstigen Kriegsgegnern (und -zielen), sondern auch die Unterschiede zwischen Tätern und Opfer in der NS-Zeit. Der anfangs nicht eingeplante Besuch eines ehemaligen Konzentrationslagers war ein geschichtspolitisches Nullsummenspiel, das die Leiden der Deutschen gegen die Opfer des Nationalsozialismus aufrechnete. Am Bitburg-Besuch entzündete sich eine breite Diskussion, in der die geschichtspolitischen Konfliktlinien im Umgang mit dem Nationalsozialismus offen zu Tage traten.[35] Als wirkungsmächtigste Antwort auf Kohl Geschichtspolitik der »Normalisierung« und als Reaktion auf seinen Bitburg-Besuch wurde bereits in der zeitgenössischen Rezeption die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1985 wahrgenommen.[36] Weizsäcker stand dabei in der Tradition seiner Vorgänger Theodor Heuss und Gustav Heinemann, den Nationalsozialismus zum konstitutiven Bestandteil der nationalen Gedenkkultur zu machen, und markierte mit einer Anzahl an kontroversen Aussagen eine Zäsur im Vergangenheitsdiskurs der Bundesrepublik.[37] So bezeichnete er den 8. Mai 1945 explizit als »Tag der Befreiung«, erinnerte daran, dass Kriegsschrecken, Nachkriegsnot sowie die Teilung Deutschlands ein Ergebnis des von Hitler begonnenen Krieges waren, und versicherte schließlich, dass die neuen Grenzen Deutschlands als Teil einer europäischen Friedensordnung anerkannt seien.[38] Weizsäcker betonte zudem die Verantwortung in der Gegenwart für

32 Vgl. Eitz/Stötzel, Wörterbuch, s. v. »Niederlage/Befreiung«.
33 A. Assmann/Frevert, Geschichtsvergessenheit, S. 145.
34 Vgl. dazu Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 415 f.; Reichel, Politik, S. 235-243.
35 Vgl. Bergmann, Bitburg-Affäre.
36 Auch andere Kritiker Kohls wie Günter Grass oder Willy Brandt sprachen auf anderen Gedenkveranstaltungen zum Kriegsende, vgl. Reichel, Politik, S. 250 f.
37 Zur Einordnung der Rede vgl. Herf, Zweierlei Erinnerung, S. 419-425; Fischer/Lorenz, Lexikon, s. v. »Weizsäcker-Rede«.
38 Vgl. Weizsäcker, 8. Mai 1945, S. 15, 23 f., 27.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
den Umgang mit der Vergangenheit und knüpfte im Unterschied zu Kohl das Anliegen der Versöhnung an das Bekenntnis zur Erinnerung. Während Weizsäcker schließlich eine ausführliche Differenzierung der Opfer von »Krieg und Gewaltherrschaft« vornahm und dabei erstmalig auch bislang ausgeklammerte Verfolgtengruppen mit einschloss, so war seine lange Auflistung auch ein Angebot an die Mehrheit der Deutschen, sich selbst als Opfer der NS-Zeit zu verstehen.[39] Die Wirkungsmächtigkeit der Rede gründete auf ihrer rhetorischen Brillanz und ihrer vielfachen Anschlussfähigkeit. Neben klaren, markanten Worten zur historischen Verantwortung bediente die Rede auch einige die breite Masse der Deutschen entlastende Stereotype. Die vereinzelte Kritik an der Rede ging jedoch im vielstimmigen Lob der Rezeption (»Sternstunde der Nachkriegsgeschichte«) unter.[40] Kurzum: Indem Weizsäcker den Begriff »Bewältigung« im Sinne einer abzuschließenden Vergangenheit verwarf und stattdessen auf eine jüdische Weisheit rekurrierte, die den Begriff »Erinnerung« im Sinne einer zu bewahrenden Vergangenheit dagegensetzte,[41] machte er sich zur wichtigsten Stimme eines Erinnerungsimperativs, der noch über den »Historikerstreit« und die Wiedervereinigung hinaus die Erinnerungskultur der folgenden Jahre im Zeichen der »Aufarbeitung« konstitutiv prägte. Exemplarisch fanden die von Kohl und Weizsäcker repräsentierten unterschiedlichen Haltungen ihren konkreten Ausdruck in der ersten Debatte um eine nationale Gedenkstätte der Kriegstoten beider Weltkriege. Deren Umsetzung scheiterte (vorerst) an den Differenzen zur entsprechenden Inschrift, wie allgemein oder detailliert die Opfer benannt werden sollten.[42]

Im vielschichtigen Vergangenheitsdiskurs der achtziger Jahre spielten nicht nur die neuen Geschichtsinitiativen und die jüngere Generation an Fachhistorikern, sondern auch die prominenten, etablierten Charaktere der geschichtswissenschaftlichen Zunft eine wichtige Rolle. Martin Broszat hatte im *Merkur* 1985 ein programmatisches »Plädoyer für die Historisierung der NS-Zeit« gehalten und damit theoretische und methodische Fragen insbesondere hinsichtlich einer Alltagsgeschichte des Nationalsozialismus aufgeworfen.[43] Broszats Begriff »Historisierung« wurde im folgenden Jahr von konservativen Intellektuellen aufgegriffen, wodurch er eine von Broszat explizit abgelehnte, revanchistische Konnotation bekam, von der sich aber auch die spätere Fachdebatte zwischen Broszat und vor allem Saul Friedländer nicht zu lösen vermochte.[44] Der im Sommer 1986 beginnende »Historikerstreit« war schließlich

39 Vgl. ebd., S. 15, 23.

40 Zur Rezeption bzw. zu den Glättungen und Auslassungen der Rede hinsichtlich der Kommentierung der NS-Gewaltherrschaft vgl. Reichel, Politik, S. 252 f.

41 Weizsäcker, 8. Mai 1945, S. 20. Der Satz des chassidischen Weisen Baal Schem Tov aus dem 18. Jahrhundert (»Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung«) zitiert in Jureit/Schneider, Gefühlte Opfer, S. 38.

42 Vgl. Moller, Entkonkretisierung, S. 196 f.

43 Broszat, Plädoyer.

44 Für einen Überblick der Kontroverse vgl. Kershaw, NS-Staat, S. 329-355.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Höhepunkt der Auseinandersetzung in den achtziger Jahren, wobei er eigentlich nur am Anfang ein Streit von Historikern im engeren Sinne war und letztlich keine historiographisch neuen Erkenntnisse brachte. Vielmehr war er ein öffentlich ausgetragener, von den Medien skandalisierter Streit zwischen Intellektuellen, in dem die geschichtspolitischen Gegenbewegungen der achtziger Jahre über das nationale Selbstverständnis des Bundesrepublik und den Stellenwert des Holocausts in der deutschen Geschichtskultur aufeinanderprallten. Im Zentrum um die vordergründige Frage nach der Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung gruppierten sich zum einen die Vertreter einer »affirmativen ›Normale-Nation-Identität‹« und zum anderen die einer »kritischen ›Holocaust-Identität‹«[45]. Die Debatte wurde über die leserstärksten Zeitungen und Magazine ausgetragen – die konservativen Positionen meist in der *FAZ*, die links-liberalen Standpunkte in der *Zeit* und im *Spiegel* – , an der sich im weiteren Verlauf Historiker, Philosophen, Publizisten, Schriftsteller und Politiker beteiligten, von denen die meisten einem ähnlichen Generationsjahrgang entstammten. Prominentester Vertreter war auf der einen Seite Ernst Nolte, der die »Vergangenheit, die nicht vergehen will« und das damit einhergehende negative Nationalbewusstsein der Bundesrepublik anprangerte und zugleich mit seiner »Prius«-These den NS-Holocaust (die »Kopie«) als »asiatische Tat« und (Über-)Reaktion auf den bolschewistischen Terror (das »Original«) darstellte.[46] Die Gegenposition wurde vor allem von Jürgen Habermas repräsentiert, der insbesondere Ernst Nolte, Andreas Hillgruber, Michael Stürmer und Klaus Hildebrandt »apologetische Tendenzen« vorwarf, die eine Bagatellisierung des »Dritten Reiches« und seiner Verbrechen und dadurch eine konservative Normalisierung deutscher Geschichte bewirken wollten.[47] Letztlich führte der »Historikerstreit« verschiedene Entwicklungen wie unter einem Brennglas zusammen, wobei sich geschichtspolitische Aspekte, geschichtswissenschaftliche Fragen, generationelle Eigenschaften und mediale Faktoren vermischten und gegenseitig befeuerten.[48]

Die beiden gegenläufigen Geschichtspolitikstile im Umgang mit der NS-Vergangenheit und die antagonistischen Kräfte des geschichtskulturellen Wandels spiegelten sich nicht zuletzt im konfliktreichen Politikfeld der Wiedergutmachung.[49] Während die Bundesregierungen seit Mitte der sechziger Jahre eine tendenziell restriktive Linie verfolgt und auf einen Abschluss der Entschädigungsfrage gedrängt hatten, so blieb auch die Wiedergutmachungs-

45 Wolfrum, Geschichtspolitik, S. 355.

46 Vgl. Noltes Reden bzw. Artikel »Zwischen Geschichtslegende und Revisionismus« und »Vergangenheit, die nicht vergehen will«, abgedruckt in Augstein, »Historikerstreit«.

47 Vgl. Jürgen Habermas' Artikel »Eine Art Schadensabwicklung«, abgedruckt in Augstein, »Historikerstreit«.

48 Vgl. Herbert, Historikerstreit.

49 Dazu und im Folgenden Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 80-125; Goschler, Schuld, S. 293-308.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
gesetzgebung bis in die achtziger Jahre, von Nachbesserungen (»Härtefällen«) abgesehen, unverändert. Die Einstellung der juristischen Fachzeitschrift *Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht* 1981 und die geplante Auflösung des parlamentarischen Wiedergutmachungsausschusses waren zwei Indizien für den politischen Abwicklungsversuch. Ihre zentralen Protagonisten wie Walter Schwarz, der Herausgeber der Fachzeitschrift, historisierten bereits die Wiedergutmachung und begriffen sie als Teil der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. 1983 erschien der letzte vom Bundesfinanzministerium und Schwarz herausgegebene Band zur »Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts«. Ab jetzt, so schien es, sollte die Wiedergutmachung als ein rein administrativer Vorgang ausgeführt und damit auf ein absehbares Ende hingeführt werden. Jenseits dieser staatlichen Wiedergutmachungspolitik begann sich jedoch aus gesellschaftlichen Geschichtsbewegungen des linksalternativen bzw. protestantischen Milieus ein neuer »Entschädigungsaktivsmus«[50] zu entwickeln, der sich für die sogenannten »vergessenen Opfer« der nationalsozialistischen Verfolgung starkzumachen begann. Statt wie bisher systemimmanente Kritik an der Entschädigungsgesetzgebung zu üben, wurde nun das gesamte System grundsätzlich in Frage gestellt und für eine Neuregelung der Entschädigungsfrage gestritten. Junge Historiker wie Detlev Peukert oder der Forscherkreis um Lutz Niethammers Oral History-Projekte gaben dabei der Bewegung wichtige inhaltliche und methodische Impulse.[51] Auf Tagungen wie der der Evangelischen Akademie in Bad Boll 1983 oder auf dem Bremer Gesundheitstag 1984 kamen unterschiedliche Opfervertreter, Historiker und Aktivisten zusammen, um die NS-Vergangenheit mit politischen Forderungen für die Gegenwart zu verknüpfen und die in ihren Augen skandalöse Kontinuität der Diskriminierung von NS-Verfolgten anzuprangern. Das neue Eintreten für die bislang von der Politik ausgeklammerten Ansprüche von Sinti und Roma, Homosexuellen, Zwangssterilisierten, als »Asoziale« Verfolgten, Wehrmachtsdeserteuren und nicht zuletzt ausländischen Zwangsarbeitern stand nicht nur für eine neue Generation von Fürsprechern, die die Wiedergutmachungspolitik eben nicht als abgeschlossen ansah, sondern auch für einen generellen kulturellen Wandel in der Bundesrepublik, der den Status als »Opfer« zur zentralen Legitimationsfigur in Politik und Gesellschaft machte.[52] Der zu diesem Zeitpunkt einsetzende Aufstieg der »Erinnerung« als Pathosformel einer opferzentrierten Erinnerungskultur stand im Zusammenhang mit dieser Fokussierung der Opfer- bzw. der Abkehr von der Heldengeschichte seit der Nachkriegszeit.[53]

50 Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 82.

51 Peukert, Volksgenossen; Niethammer, Faschismuserfahrungen; Herbert, Fremdarbeiter. Zum Zusammenspiel zwischen Forschung und Zivilgesellschaft vgl. auch Niethammer, Ego-Histoire?, S. 131-146.

52 Goschler, Schuld, S. 300 f.

53 Vgl. Sabrow, Pathosformel; Sabrow, Held und Opfer; Jureit/Schneider, Gefühlte Opfer.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Insbesondere für die Gruppe der ehemaligen Zwangsarbeiter bedeutete die wiederauflebende Diskussion über die Entschädigungsfrage zugleich eine unverhoffte Chance und eine überraschende Wende. Zwangsarbeit war in den fünfziger und sechziger Jahren noch als notwendiges Kriegsübel angesehen und von der westdeutschen Wiedergutmachungsgesetzgebung nicht als NS-Verbrechen eingestuft bzw. durch das Londoner Schuldenabkommen ausgeschlossen worden.[54] Für die ehemaligen Zwangsarbeiter und ihre Fürsprecher ging es daher neben der materiellen Entschädigung auch um die symbolische Anerkennung ihrer Erfahrungen und ihres Leids – eine Forderung, die im weiteren Verlauf fester Bestandteil der Entschädigungsfrage wurde. Allein: Der Status der Zwangsarbeiter im Verhältnis zu den anderen »vergessenen Opfern« und die konkreten Konsequenzen blieben vorerst auch in den Reihen ihrer Fürsprecher umstritten und unklar. Mit dem beginnenden öffentlichen Wahrnehmungswandel von Zwangsarbeit als NS-Unrecht brach auch gleichermaßen die Opferkonkurrenz zwischen jüdischen und nicht-jüdischen NS-Verfolgten wieder auf, wie sie bereits in den fünfziger Jahren im Rahmen der JCC-Verhandlungen aufgetreten war. Das Eintreten für die »vergessenen Opfer« suggerierte einen Gegensatz zu den jüdischen Verfolgten, der im Detail gar nicht so trennscharf zu ziehen war und dennoch dazu führte, dass die jüdischen Interessenverbände wie die JCC ihren Vertretungsanspruch gegenüber deutschen Institutionen unterlaufen sahen und Distanz zu den neuen Entschädigungsaktivisten hielten. Symptomatisch für den Generationenkonflikt und die Ausdifferenzierung des Opfer-Begriffs war die Kontroverse zwischen Walter Schwarz und der *Zeit*-Journalistin Dörte von Westernhagen, in der es nicht nur um sachliche Fakten der Wiedergutmachung ging. Der Streit verdeutlichte auch, dass die Wiedergutmachung Teil einer größeren Auseinandersetzung um die Frage nach der Bedeutung der NS-Geschichte für das Selbstverständnis der Bundesrepublik war und dass die Wiedergutmachung von beiden Seiten zu vereinnahmen versucht wurde – als Aspekt der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik auf der einen, als Nachweis für den relativierenden, entlastenden Umgang mit den NS-Verbrechen auf der anderen Seite.[55] Die semantische Verschiebung von den »Härtefällen« zu den »vergessenen Opfern« reflektierte im Politikfeld der Wiedergutmachung den Wertewandel der achtziger Jahre und eine neue opferzentrierte Empathie. Die Auseinandersetzung wurde fortan stärker in der Öffentlichkeit und von einer Vielzahl neuer Akteure ausgetragen. Die einstigen unausgesprochenen Regeln der diskreten Aushandlungsprozesse zwischen Verfolgtenvertretern und staatlichen Stellen im Sinne einer »Arkanpolitik«[56] wurden zunehmend durch die Skandalisierung und Medialisierung des Konflikts außer Kraft gesetzt. Neue Protagonisten begannen

54 Vgl. Goschler, Schuld, S. 248 f. Dazu auch S. 103 ff. dieser Arbeit.

55 Für die einzelnen Diskussionsbeiträge und die Debatte vgl. Goschler, Schuld, S. 306 f.; Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 116 f.

56 Goschler, Schuld, S. 307.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
lautstark, die öffentliche Bühne zu betreten, während die alten Protagonisten wie die JCC noch abwartend am Rand standen. Mitte der achtziger Jahre stand damit fest, dass »die Entschädigung der Zwangsarbeit nicht länger eine Frage der Vergangenheit, sondern ein Problem der Zukunft darstellte«.[57] Das bekamen die Deutsche Bank und Daimler-Benz unmittelbar zu spüren.

4.2 Das Daimler-Benz-Jubiläum 1986 als Zäsur

Daimler-Benz war bis in die achtziger Jahre nur sporadisch mit seiner NS-Vergangenheit konfrontiert. Das Ende des Krieges und die unmittelbare Nachkriegszeit hatten für Daimler-Benz ähnliche Folgen wie für andere Unternehmen dieser Größe auch. Für eine Anklage in den Nürnberger Wirtschaftsprozessen kam Daimler-Benz nie in Frage, und nachdem die üblichen Entnazifizierungsverfahren in den alliierten Besatzungszonen auch in den Werken von Daimler-Benz mit überschaubaren Konsequenzen durchgeführt worden waren – auf Vorstandsebene konnten vier von acht Managern nach einer kurzen Unterbrechung ihre Tätigkeiten fortsetzen –, lief die Produktion im Rahmen des Wiederaufbaus schon bald wieder an.[58] Abgesehen vom Verlust der großen Produktionsstätten im Osten durch die Enteignung der sowjetischen Militärregierung bzw. die Rückerstattung an die ehemaligen Besitzer hatte Daimler-Benz den Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft gut überwunden – nicht zuletzt, weil man bereits ab 1944 in einer Mischung aus eilfertigem Gehorsam gegenüber den NS-Behörden und diffusem Kalkül für die absehbare Nachkriegszeit teure Investitionsgüter (auf Kosten von Zwangsarbeitern) bombensicher untertage verlagert und Investitionen zurückgehalten hatte.[59] Die Bombenschäden waren insgesamt nicht derart verheerend gewesen, wie dies die Jubiläumspublikationen nach erfolgreichem Wiederaufbau suggerierten (»Aus Ruinen neu geboren«).[60]

Während einzelne Konzerne wie die IG Farben oder Krupp in langwierige Prozesse verwickelt waren bzw. größere Entschädigungszahlungen für ehemalige jüdische Zwangsarbeiter an die Jewish Claims Conference leisteten, war Daimler-Benz nur einmal in einem kleineren Prozess mit Schadensersatzansprüchen von 72.750 DM konfrontiert, welche aufgrund von Verjährung 1957 abschlägig beschieden wurden. Als die JCC Anfang der sechziger Jahre fortfuhr, Personennamen sowie Ansprüche zu bündeln und Listen mit vor-

57 Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 82.

58 Zur personellen Kontinuität in Vorstand und Aufsichtsrat vgl. Daimler-Benz, Hundert Jahre, S. 321-323. Zur unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. auch Kapitel 2.1 dieser Arbeit.

59 Vgl. Gregor, Daimler-Benz, S. 364 ff.

60 Vgl. Daimler-Benz, 75 Jahre, S. 215; Daimler-Benz, Untertürkheim, S. 56-59; Daimler-Benz, Hundert Jahre (Zitat S. 159). Zu den Dimensionen der Zerstörung vgl. Gregor, Daimler-Benz, S. 365.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
läufig bekannten Zahlen öffentlich zu machen, war man zumindest in der Rechtsabteilung von Daimler-Benz überrascht – dabei war die genannte Zahl von 93 Personen vergleichsweise gering.[61] Offenbar lagen an dieser Stelle keine Kenntnisse über die Beschäftigung von jüdischen Zwangsarbeitern in der NS-Zeit vor – an die Rechtfertigungsschrift der »Ausländerabteilung« aus der unmittelbaren Nachkriegszeit konnte oder wollte man sich nicht erinnern. Darüber hinaus versuchten auch nicht-jüdische KZ-Häftlinge, organisiert im Comité International de Camps unter dem Vorsitz von Hermann Langbein, Entschädigungszahlungen für sich zu erwirken.[62] Als das Comité 1967 ebenfalls Klagen gegen deutsche Firmen, darunter auch Automobilfirmen, ankündigte, wurde man bei Daimler-Benz hellhörig.[63] Konkret erhielt Daimler-Benz aber erst 1969 ein Schreiben vom Rechtsanwalt Langbeins, das Entschädigungszahlungen einforderte. Zu diesem Zeitpunkt wiegelte Daimler-Benz rigoros ab und bestritt vehement, sowohl für das inzwischen abgewickelte Tochterunternehmen verantwortlich zu sein als auch generell KZ-Häftlinge beschäftigt zu haben.[64] Auch später aus Israel eintreffende Bitten um Spenden lehnte Daimler-Benz entschieden ab.[65] Inwieweit das Unternehmen zu jener Zeit Anstrengungen unternahm, in den eigenen Akten die Anzahl an ehemaligen Zwangsarbeitern festzustellen, lässt sich heute nicht mehr rekonstruieren – die späteren Arbeiten der GUG lassen das unwahrscheinlich erscheinen. Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, dass den verantwortlichen Vorständen bei Daimler-Benz klar gewesen sein muss, dass das Unternehmen in der NS-Zeit ebenfalls Zwangsarbeiter beschäftigt hatte. Vielleicht war auch diese Tatsache und die offenkundige diesbezügliche Lücke in der Firmengeschichte ein Grund dafür, dass Daimler-Benz in der Person von Personalvorstand Heinz Schmidt die Gründung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte unterstützte und das Unternehmen im Vereinsvorstand vertrat.[66] Hatte Schmidt als Personaldirektor Ende der sechziger Jahre die abweisenden Briefe an Langbein unterschrieben, übernahm er 1976 den Vorsitz der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte. Eine Werkschronik von 1979 erwähnte jedenfalls die »vielfäl-

61 Insgesamt hatten sich zum damaligen Zeitpunkt 18.999 ehemalige jüdische KZ-Häftlinge bei der Jewish Claims Conference gemeldet, die bei 37 aufgelisteten deutschen Unternehmen gearbeitet hatten, vgl. Der Spiegel, 13.5.1964, S. 61. Zum Standpunkt der Rechtsabteilung vgl. MBCA, GUG, IV, Wilhelm Reuter an Joachim Zahn (Finanzvorstand), 14.5.1964. Die im Folgenden verwendeten römischen Signaturen des Bestands MBCA, GUG sind der Übersicht halber durch den Verfasser nach ihrer faktischen Sortierung vergeben worden.

62 Vgl. Ferencz, Lohn, S. 77 und 120; Stengel, Langbein, S. 230.

63 Vgl. gesammelte Zeitungsausschnitte in: MBCA, Bestand GUG, IV; bspw. Stuttgarter Zeitung, 18.1.1967.

64 Vgl. Schriftwechsel zwischen Hermann Langbein bzw. seinem Anwalt Georg Bürger und Gerhard Osswald (Daimler-Benz), 18.2.1969 und 4.8.1969, Privatarchiv Helmuth Bauer.

65 MBCA, GUG, IV, Aktenvermerk Naumann, 23.7.1971.

66 So vermutet von Manfred Gentz, Interview, 5.12.2013.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
tigen Schwierigkeiten« während des Krieges wie die »fehlenden Arbeitskräfte, insbesondere Facharbeiter.«[67]

Ob auf Vorstandsebene, in der Rechtsabteilung oder im Archiv – das Wissen über die NS-Zeit von Daimler-Benz war im Unternehmen bislang eher diffus und unorganisiert. Die Akten der Jahre 1933 bis 1945 waren nicht gut sortiert bzw. über die verschiedenen Betriebsstandorte verstreut. Wie in den vorangegangen Kapiteln gezeigt, reagierten Unternehmen in hohem Maße auf Impulse von außen und passten sich an den geschichtskulturellen Entlastungsdiskurs der Nachkriegszeit an. Im Vergleich zu anderen Unternehmen hatte es bei Daimler-Benz keine zwingenden Anstöße gegeben, sich mit der eigenen NS-Zeit intensiv auseinanderzusetzen. Bis Ende der siebziger Jahre blieben die Darstellungen der eigenen Firmengeschichte im Kern einer traditionsbewussten Technik- und Produktgeschichte verpflichtet, und dementsprechend wurde die NS-Zeit abgehandelt. Die Jahre ab 1933 wurden vor allem als Sternstunde der legendären Silberpfeile beschrieben, und die Darstellungen der Kriegszeit zeugten, wenn überhaupt, von der typischen doppelten Selbstviktimisierung: als Opfer für Deutschland und als Opfer von nationalsozialistischer »Zwangswirtschaft« und alliierten Bomben. Wie viele andere Unternehmen präsentierte auch Daimler-Benz düstere Bilder von der Zerstörung der Werke – umso heller konnte die Erfolgsgeschichte des Wiederaufbaus erstrahlen.[68] Die Geschichte von Daimler-Benz als ausgezeichneter »nationalsozialistischer Musterbetrieb« und elementarer Bestandteil der Rüstungsindustrie wurde hingegen ausgespart.

Der Weg von Daimler-Benz in den achtziger Jahren, der im Folgenden nachgezeichnet wird, steht exemplarisch für jene Anpassungsprozesse, die ab Mitte der achtziger Jahre zunehmend mehr Konzerne durchliefen. Daimler-Benz war dabei eines der ersten Unternehmen, in dem sich in einer Mischung aus eigener Initiative und öffentlichem Druck die Umgangsweise mit der eigenen NS-Vergangenheit nachhaltig veränderte und alte Deutungsmuster, Geschichtsbilder sowie Narrative aufgebrochen wurden. Die folgende Darstellung der zeitlichen Abfolge im Streit um die Konzerngeschichte zeigt, wie bisweilen zufällig Entscheidungen auf oberster Unternehmensebene getroffen wurden und unterschiedliche Interessen innerhalb des Konzerns gegeneinanderliefen. Ausgebuffte Strategien und klare Motive von Entscheidungsträgern, die Unternehmen als vermeintlich monolithischen, teleologisch ausgerichteten Organisationen insbesondere in der Frage des Umgangs mit ihrer NS-Vergangenheit oftmals unterstellt werden, schrumpfen in dieser Perspektive mitunter zu einer Pseudorationalität von Unternehmensführung. In der Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit von Daimler-Benz und Entschädigungszahlungen lässt sich ein kontingenter Prozess von *trial and error* verdeutlichen,

67 Daimler-Benz, Untertürkheim, S. 55.

68 Vgl. Daimler-Benz, Fahrzeuge und Motoren, S, 138-156; Daimler-Benz, 75 Jahre, S. 215; Daimler-Benz, Untertürkheim, S. 56-59. Vgl. dazu auch S. 200 ff. dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
in dem die Beteiligten mit ihren biografischen Dispositionen ebenso stark von größeren Dynamiken der deutschen Geschichtskultur beeinflusst waren und auf zufällige Ereignisse sowie unternehmensinterne Impulse reagierten, wie sie eben auch selbst versuchten, als Akteure des Vergangenheitsdiskurses der achtziger Jahre die Position des Unternehmens zu bestimmen und auf die gesellschaftliche und politische Diskussion einzuwirken.

Das Autojubiläum und ein Forschungsauftrag

Als sich die Geburtsstunde des Automobils zum hundertsten Mal absehbar jährte, sahen sich die Werbestrategen bei Daimler-Benz mit der Schwierigkeit konfrontiert, dass der runde Geburtstag nicht gleichbedeutend mit dem Alter der Firma war, da diese formal erst seit der Fusion von 1926 existierte. Um dennoch das Jubiläum werbewirksam auszunutzen, liefen die Vorbereitungen für das »Autojahr 1986« schon seit den frühen achtziger Jahren.[69] Es waren hier insbesondere der damalige Finanzvorstand Edzard Reuter und etwas später der damalige Personaldirektor Manfred Gentz, die sich dafür starkmachten, im Rahmen der Vorbereitungen zu den Jubiläumsfeierlichkeiten die NS-Zeit nicht auszusparen. Andere Vorstandsmitglieder standen dem Vorhaben eher gleichgültig bis skeptisch gegenüber – warum solle man sich als Autobauer freiwillig angreifbar machen und seinen Ruf aufs Spiel setzen? –, aber Reuter und später Gentz konnten sich durchsetzen. Beide gehörten einer Managergeneration an, die im Vergleich zu früheren bedeutenden Daimler-Benz-Managern wie zum Beispiel Hanns Martin Schleyer keine direkte NS-Vergangenheit hatten, und obgleich sie beide klassische Hauskarrieren unter Vorgesetzten wie Schleyer gemacht hatten, hatten sie bereits mehr Abstand zur NS-Zeit.[70] Während Reuter (Jahrgang 1928) in der NS-Zeit mit seinen Eltern in die Türkei emigriert und seit 1946 offen bekennendes SPD-Mitglied war, war für Gentz (Jahrgang 1942) die NS-Zeit maßgeblich eine Zäsur in dem Sinne, dass sein Vater im Krieg gefallen war.[71] Reuter wurde nach seiner Erinnerung das erste Mal 1981 über die von Fritz Stern vermittelte Anfrage eines jungen Doktoranden, der im Archiv zur NS-Zeit recherchieren wollte, darauf aufmerksam, dass Daimler-Benz keine eigene umfassende Darstellung der NS-Zeit besaß.[72]

69 Zum Daimler-Benz-Jubiläum 1986 vgl. grundsätzlich Große-Börger, Erfindung; ebenfalls Knabe, Firmenjubiläen, S. 277-282.

70 Reuter war 1963 von Schleyer ins Unternehmen geholt worden. Gentz war 1970 ins Unternehmen eingetreten und stieg schnell zum engen Mitarbeiter von Personalvorstand Gerhard Osswald auf (der in den sechziger Jahren noch die Briefe von Hermann Langbein abschlägig beschieden hatte).

71 Interview Manfred Gentz, 5.12.2013. Vgl. Munzinger-Archiv, Munzinger Online/Personen, s. v. »Gentz, Manfred« bzw. »Reuter, Edzard«.

72 Interview Edzard Reuter, 12.11.2013. Die Anfrage kam ursprünglich vom US-Amerikaner Bernard Bellon, Doktorand von Fritz Stern und Gast-Referent im Doktoranden-Kolloquium bei Eberhard Jäckel an der Universität Stuttgart, der dann tatsächlich ab Januar 1982 im Daimler-Benz-Archiv Bestände zur NS-Zeit einsehen durfte – bis

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Zusammen mit dem damaligen Vorstandsvorsitzenden Gerhard Prinz entwickelte er die Idee, für die Jubiläumsfestschrift nicht nur die Firmen- und Technikgeschichte darzustellen, sondern insbesondere auch die NS-Zeit genauer untersuchen zu lassen. Auch das Unternehmensarchiv stellte bereits 1982 fest, dass die Zeiträume der NS-Zeit und der Wiederaufbaujahre Gegenstand von öffentlichen Anfragen waren, und dass eine systematische Sichtung und Auswertung der Akten für die tägliche Arbeit eine große Hilfe wären.[73] Da Daimler-Benz seit 1976 Gründungsmitglied der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte und stets durch ein Vorstandsmitglied auch im Vorstand des Vereins präsent war, scheint es nahegelegen zu haben, den Forschungsauftrag an die GUG zu vergeben. Nachdem Werner Breitschwerdt 1983 neuer Vorstandsvorsitzender geworden war, beauftragte er seinen engen Vertrauten, den Chef der Öffentlichkeitsarbeit Bernd Gottschalk, das Projekt voranzutreiben. Gottschalk koordinierte diese Belange zusammen mit der Abteilung »Archiv, Museum, Geschichte« und dessen leitenden Mitarbeitern Max Gerrit von Pein und Rainer Karnowski, die verschiedene Arbeitsprojekte sondierten. Auf einer Liste wurden Fragen und Themen zur NS-Zeit gesammelt, die die GUG bearbeiten sollte, und ein Mitarbeiter des Archivs vermerkte die Brisanz bzw. die generelle Bestandslage. An oberster Stelle stand die Frage nach dem Verhältnis zwischen Staat und Daimler-Benz bzw. seinem Führungspersonal – mit dem handschriftlichen Kommentar »positiv« bzw. »Tendenz positiv!«. Als elfte und damit untergeordnete Position war auch das Thema »Einsatz von Fremdarbeitern« mit dem Kommentar »Neutral« genannt.[74] Im Juni 1983 wurde schließlich die GUG beauftragt, anhand der von Daimler-Benz erarbeiteten Themenliste eine erste »Projektstudie« auszuarbeiten, um die Bestände zu sichten bzw. zu erfassen und kurze inhaltliche Bewertungen vorzunehmen. Die Tatsache, dass der Vorstandsvorsitzende des zu untersuchenden Unternehmens gleichzeitig im Vorstand der untersuchenden Forschungseinrichtung saß, war den damals beteiligten Akteuren durchaus bewusst und durchaus gewollt, konnten doch »keine allzu hässlichen Brocken auf dem Tisch landen« – auch wenn Zweifel an der Unabhängigkeit der Studie dadurch absehbar waren.[75]

Die erste Studie sollte in jedem Fall die Entscheidung vorbereiten, ob die Bestände später für externe Archivbenutzer freigegeben werden könnten.[76]

auch ihm im Frühjahr 1986 mit dem Hinweis auf die laufenden GUG-Arbeiten der Zugang zum Archiv vorerst verwehrt wurde. Vgl. MBCA, GUG, IV, Briefwechsel zwischen Werner Breitschwerdt und Eberhard Jäckel, Frühjahr 1986.

73 MBCA, Bestand GUG, III, Aktennotiz Rainer Karnowski, 10.12.1982. Möglicherweise registrierten die Mitarbeiter in der Stuttgarter Konzernzentrale auch die ersten kontroversen Auseinandersetzungen um KZ-Gedenkstätten wie in Mannheim-Sandhofen 1982, wo Daimler-Benz unter anderem polnische KZ-Häftlinge zur LKW-Produktion eingesetzt hatte (vgl. Mannheimer Morgen, 8.3.1982).

74 MBCA, GUG, III, »Projektbeschreibung«, 10.6.1983.

75 Interview Edzard Reuter, 12.11.2013.

76 Vgl. MBCA, GUG, III, »Projektbeschreibung«, 10.6.1983, S. 3; Werner Breitschwerdt an Hans Pohl, 13.6.1983.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Daimler-Benz hielt bislang wie die meisten deutschen Unternehmen das Archiv für Forschungen zur NS-Zeit größtenteils geschlossen. Wissenschaftliche Anfragen zur NS-Zeit und insbesondere zum Thema »Fremdarbeiter« wurden mal mit laufenden »Grundsatzüberlegungen«, mal mit einer »60-jährigen Sperrfrist« abschlägig beschieden.[77] Dem Essener Doktorand Ulrich Herbert gegenüber wurde gar behauptet, dass »zu diesem speziellen Thema [d. h. ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene] in unseren Archivbeständen keine Unterlagen vorhanden sind.«[78] Auch aus den Reihen der Mitarbeiter wurde nun Kritik am Umgang des Konzerns mit seiner NS-Vergangenheit laut. Zwar war für die IG Metall und den Gesamtbetriebsrat die NS-Vergangenheit des Konzerns lange Zeit überhaupt keine Problematik.[79] Aber Einzelkämpfer wie Helmuth Bauer erinnerten als Mitglied der alternativen Betriebsratsgruppe »Plakat« auf Betriebsversammlungen an die NS-Vergangenheit von Daimler-Benz als Rüstungsproduzent und forderten ebenfalls Zugang zum Archiv ein.[80] Auch erste, vereinzelte Medienberichte begannen sich für das Thema »Fremdarbeiter« zu interessieren und fragten auch bei Daimler-Benz an.[81] All diese Anfragen standen für die aufkeimende historische Forschung zur »Fremdarbeiter«-Thematik bzw. das NS-Geschichtsinteresse der Neuen Sozialen Bewegungen, die sich aus unterschiedlichen Strömungen speisten und eine linke Gegenöffentlichkeit zu etablieren begannen.[82] Die Zeit drängte also. Dabei stießen die Recherchen der GUG bei einigen Mitarbeitern im Haus auf Widerstand, die das Projekt durch die Vergabe falscher Archivsignaturen regelrecht sabotierten, obwohl die Studie vorerst nicht zur Veröffentlichung geplant

77 MBCA, GUG, I, Max Gerrit von Pein an Theo Priker (Freie Universität Berlin), 8.3.1983 (erstes Zitat); Max Gerrit von Pein an Utz Jeggle (Universität Tübingen), 18.12.84 (zweites Zitat).

78 MBCA, GUG, I, Max Gerrit von Pein an Ulrich Herbert (Universität Essen), 11.10.1983.

79 Vgl. etwa den Schriftwechsel der IG Metall Stuttgart 1980-1986 in AdSD, 5, IGMC 469. Auch in der von der IG Metall Stuttgart herausgegebenen Flugschrift *Metall-Nachrichten* war die NS-Zeit bis ins Jahr 1987 kein Thema.

80 Die Rede von Bauer vom 20.9.1983 abgedruckt in der Flugschrift der Gruppe Plakat, Oktober 1983 (ein Original in: Privatarchiv Helmuth Bauer). Bauer war auch innerhalb der kommunistisch ausgerichteten Gruppe eher ein Einzelkämpfer (»ziemlich einsam«, so Bauer im Rückblick über sich selbst), der sich auf eigene Faust für die NS-Geschichte zu interessieren begann. Der Großteil der Gruppe, insbesondere geprägt durch Willi Hoss, konzentrierte sich vor allem auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und den Umweltschutz bei Daimler-Benz (Interview Helmuth Bauer, 5.9.2013, Interview Gerd Woriescheck, 20.2.2014). Zur Gründungsgeschichte der Plakat-Gruppe und ihrer Auseinandersetzung mit der IG-Metall seit den sechziger Jahren vgl. Grohmann, Plakat; Hoss, Autobiographie, S. 66-110 (die NS-Zeit von Daimler-Benz wird hier so gut wie gar nicht erwähnt).

81 Vgl. Der Spiegel, 8.8.1983 (»Behandelt wie ein drittklassiges Pack«). Zur Anfrage des ZDF bei Daimler-Benz vgl. MBCA, GUG, III, Max von Pein an Bernd Gottschalk, 24.1.1984.

82 Vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 99-112; Schanetzky, Jubiläen, S. 70 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
war.[83] Sechs Monate später vermeldete das Archiv, dass das gesichtete Material »viel mehr ›Sprengstoff‹« enthalte, »als zunächst angenommen«. Es lagen nun Unterlagen vor, dass Daimler-Benz KZ-Häftlinge beschäftigt hatte, es gab Hinweise darauf, dass unter der Beteiligung von Daimler-Benz-Mitarbeitern Busse des Konzerns zu Vergasungsversuchen genutzt worden waren, und schließlich kam verschärfend hinzu, dass viele Unterlagen darüber auch in öffentlichen Archiven zugänglich waren. Die Archivleitung war trotz oder vielmehr wegen der Funde überzeugt davon, dass das Projekt »zwingend notwendig« sei und »mit Sicherheit ein Erfolg und ein Gewinn für unser Haus werden wird.«[84] Die GUG wiederum ergriff die Gunst der Stunde und schlug dem Vorstand vor, aus der Studie eine ausführliche »Dokumentation« zu erarbeiten, um einer einseitigen, negativen Interpretation des Materials in der Öffentlichkeit zuvorzukommen. Gerade weil das Unternehmen laut GUG Anfragen von Presse und Forschung nur teilweise beantworten könne, die bisherigen Veröffentlichungen nicht umfassend genug seien und im Zusammenhang mit dem Jubiläum 1986 das Interesse sich sicher noch verstärken werde, sei die »Dokumentation« »unentbehrliche Unterlage« als Nachschlagewerk, Findmittel und Argumentationshilfe zugleich.[85] Die Bezeichnung »Dokumentation« kann dabei als beredter Ausdruck des Bemühens interpretiert werden, die Erwartungen an das Buch niedrig zu halten und gleichsam Objektivität zu suggerieren. Waren für die erste Projektstudie 1983 rund 67.000 DM veranschlagt worden, sollte die »Dokumentation« noch einmal 62.000 DM kosten[86] – und Daimler-Benz entschied sich im Juni 1984, diese Gelder in die eigene Geschichte zu investieren.[87]

Das Jahr 1985 bestätige diese Entscheidung als sinnvoll. Wie oben dargestellt, kulminierten in der Diskussion um den 40. Jahrestag des Kriegsendes die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen um einen »richtigen« Umgang mit dem Nationalsozialismus. Zugleich hatten sich die Maßstäbe zu verschieben begonnen, wer als Opfer des Nationalsozialismus gelte und einen Anspruch auf Entschädigung habe. Das betraf insbesondere die sogenannten »vergessenen Opfer« der ehemaligen Zwangsarbeiter der deutschen Industrie (weniger der Landwirtschaft). Im Rahmen dessen geriet auch die NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen wieder in die öffentliche Diskussion. So publizierte der Greno-Verlag in Zusammenarbeit mit Hans Magnus Enzensberger den OMGUS-Bericht zur Deutschen Bank. Hatte das Institut ein Jahrzehnt zuvor noch erfolgreich eine Veröffentlichung verhindern können, unterließ die Bank

83 Vgl. MBCA, GUG, III, Rainer Karnwoski an Max Gerrit von Pein, 8.11.1983.
84 MBCA, GUG, III, Max von Pein an Bernd Gottschalk, 24.1.1984.
85 MBCA, GUG, III, Hans Pohl an Bernd Gottschalk, 24.8.1984.
86 Vgl. MBCA, GUG, III, Werner Breitschwerdt an Hans Pohl, 13.6.1983; Hans Pohl an Bernd Gottschalk, 4.6.1984.
87 Die GUG hatte Daimler-Benz ursprünglich noch zwei weitere Projekte zum Zeitraum 1945-55 mit einem Kostenrahmen von insgesamt 88.000 DM vorgeschlagen, wobei Daimler-Benz letztlich nur noch eine Studie zum Wiederaufbau in Auftrag gab.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
es nun, juristisch gegen den Verlag vorzugehen. Das lag nicht zuletzt daran, dass die Publikation in den Reihen jener politisch-forschenden Geschichtsbewegung erarbeitet worden war, deren Protagonisten sich von Anfang an juristisch abgesichert und den Bericht seriös übersetzt sowie fundiert editiert hatten.[88] Auch Daimler-Benz wurde nun aus verschiedenen Richtungen für den Umgang mit der NS-Vergangenheit und für die Beschäftigung von Zwangsarbeitern kritisiert. Den Auftakt machte eine aufsehenerregende Fernsehdokumentation des SFB unter dem Titel *Vernichtung durch Arbeit*, die die gesamte deutsche Industrie und explizit Daimler-Benz an den Pranger stellte. Die Autorin des Films war Lea Rosh, die Grundlage des Films war Benjamin B. Ferenczs Buch *Lohn des Grauens*.[89] Im Frühjahr 1985 erschien in Ost-Berlin, der zweite Teil von Dietrich Eichholtz' *Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft*, in der er darauf hinwies, dass sich Unternehmen wie Daimler-Benz aktiv um die Beschäftigung von KZ-Häftlingen bemüht hatten.[90] Werke wie Eichholtz' umfassende, quellengestützte Darstellung machten deutlich, dass die Forschung der ostdeutschen Geschichtswissenschaft nicht mehr einfach nur als »Propaganda« abgetan werden konnte. Im selben Jahr veröffentlichte zudem Ulrich Herbert seine Dissertation über den »Ausländer-Einsatz« in der NS-Kriegswirtschaft, die bald zum Standardwerk avancierte und die Diskussion um Entschädigung weiter befeuerte. Herbert hielt darin zum Quellenzugang fest, dass bis auf zwei alle von ihm kontaktierten Unternehmen mauerten: »Bei insgesamt 40 Anfragen an deutsche Betriebsarchive erhielt ich ansonsten ausschließlich Absagen.«[91] Im Juli 1985 kritisierte wiederum Helmuth Bauer als Betriebsratsvertreter auf der Hauptversammlung vor über 7000 Daimler-Benz-Aktionären und internationaler Presse die »Sperrung des Archivs« und deutete dies als »Verdunklung und unfreiwilliges Eingeständnis von der Verwicklung in die Verbrechen des Nationalsozialismus«.[92] Rosh und Bauer (und in gewissem Sinne auch Herbert) können stellvertretend genannt werden für eine jüngere Generation von »Entschädigungsaktivisten«[93], die sich in den achtziger Jahren für ehemalige Zwangsarbeiter einzusetzen begannen und die auch bei Daimler-Benz einen neuen Blick auf alte Vergangenheiten eröffneten. All diese Ereignisse wurden von der GUG und Daimler-Benz achtsam zur Kenntnis genommen, fielen sie doch in eine Zeit des strategischen Konzernumbaus, in dem sich Daimler-Benz vom reinen Autobauer zum »Integrierten Technologiekonzern« weiterentwickeln wollte. In der Federführung des Finanzvorstands Edzard Reuter und unter dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden Alfred

88 Vgl. OMGUS, Deutsche Bank; zur Rezeption Der Spiegel, 2.9.1985 (»Deutsche Bank will rauben«).
89 ARD, 4.11.1984. Zur Zusammenarbeit von Rosh und Ferencz bzw. zur Resonanz auf die Sendung vgl. das Nachwort von Lea Rosh in Ferencz, Lohn, S. 284-288.
90 Eichholtz, Kriegswirtschaft, Band II, S. 225.
91 Herbert, Fremdarbeiter, S. 19.
92 Helmuth Bauer zitiert in MBCA, Worieschеck, 42, Vorstandsvorlage, 10.6.1985.
93 Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 82.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Herrhausen hatte Daimler-Benz verschiedene Unternehmensbeteiligungen erworben, die unter anderem eine erhöhte Produktion von Rüstungstechnik bedeuteten.[94] In Teilen der westdeutschen Presse wurde diese Unternehmensexpansion als eine verstärkte Machtkonzentration und als Aufbau eines neuen Rüstungsriesen kritisch begleitet.[95] Eine mögliche Verbindung zur NS-Zeit und zur Rüstungsproduktion der Kriegszeit zogen diese Texte noch nicht.

Vor diesem Hintergrund verstärkten sich 1985 unterschiedliche Dynamiken in der Kooperation zwischen Daimler-Benz und der GUG. Im Juni hatten alle Vorstandsmitglieder den Bericht zum Lesen erhalten, und insbesondere Manfred Gentz sprach sich nach der Lektüre grundsätzlich für eine Publikation aus, da »die großen Unternehmen diesen Teil ihrer Geschichte nicht im Dunkeln lassen sollten.«[96] Auch die Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit und des Archivs drängten darauf, die »Dokumentation« möglichst bald zu veröffentlichen.[97] Der Gesamtvorstand wollte, wenngleich grundsätzlich einverstanden, aber auch sichergestellt sehen, dass alle im Daimler-Benz-Archiv bzw. in öffentlichen Archiven vorhandenen Akten berücksichtigt seien, um nicht »von anderer Seite überrascht zu werden«.[98] Die GUG wähnte sich dermaßen abgesichert, um auch offensiv mit dem Projekt an die Öffentlichkeit gehen zu können. Beate Brüninghaus kritisierte in einer Wirtschaftszeitschrift den mangelhaften Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit und empfahl allen Unternehmen, Historiker das Material zusammentragen zu lassen, anhand dessen ein Journalist der PR-Abteilung entsprechende Texte verfassen könne.[99] Hans Pohl wiederum versicherte Daimler-Benz, dass »die DBAG ihre Geschichte in dieser Zeit keineswegs verstecken« müsse und »im Ganzen positiv« dastehe. Am besten könne auf Angriffe mit einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung geantwortet werden, denn »wenn das Material […] in der Dokumentation nun zusammengestellt und ausgewertet wird, ist das Thema für die Wissenschaft und Presse aufgearbeitet. Damit sind weitere Recherchen sinnlos, die ansonsten gerade im Zusammenhang mit dem Jubiläum auf die DBAG zukämen«.[100] Wie sehr sollte er sich irren. War somit zum Ende des Jahres 1985 auf der einen Seite die Zuversicht der GUG offenbar auch von der Aussicht der Existenzsicherung zu optimistisch ausgeprägt (für die GUG waren die Projekte lukrative Aufträge, und man versprach sich von Breitschwerdts GUG-Vorstandsmitgliedschaft einen werbewirksamen Effekt

94 Zum Erwerb der MTU bzw. der Beteiligung an der AEG und an Dornier sowie zur »Vision« vom »Integrierten Technologiekonzern« vgl. Reuter, Erinnerungen, S. 315-388, insb. 342 f.
95 Vgl. Der Spiegel, 9.9.1985; Der Spiegel, 21.10.1985 (»Das große Fressen«).
96 Vgl. MBCA, Worieschеck, 42, Manfred Gentz an Bernd Gottschalk, 19.6.1985 (Zitat); Vorstandsvorlage, 10.6.1985.
97 Vgl. MBCA, GUG, III, Hans-Peter Kassai an Bernd Gottschalk, 3.12.1985.
98 MBCA, GUG, III, Protokoll der Vorstandsbesprechung, 2.7.85, S. 10.
99 PR-Magazin, Mai 1985, S. 22-25.
100 MBCA, GUG, III, Hans Pohl an Bernd Gottschalk, 5.7.85.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
auf andere Unternehmen), so scheinen die Entscheidungsträger bei Daimler-Benz überzeugt gewesen zu sein, mit der »Dokumentation« auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen und für das Jubiläumsjahr sowie seinen Festakt im Januar gut aufgestellt zu sein. Dementsprechend unerwartet trafen letztlich die Ereignisse rund um die Jahreswende ein, die Daimler-Benz zu überrollen drohten und das Unternehmen schließlich über mehrere Jahre beschäftigten.

Die Jubiläumsfeierlichkeiten für das Jahr 1986 waren von der Öffentlichkeitsarbeit akribisch und umfassend vorbereitet worden.[101] Den Auftakt sollte am 28. Januar der Empfang beim baden-württembergischen Ministerpräsidenten machen, der durch einen Gala-Abend in der Staatsoper Stuttgart als erster Höhepunkt abgerundet werden sollte. Tags darauf waren zwei publikumswirksame Veranstaltungen geplant: die Eröffnung der Jubiläumsausstellung »Welt Mobil« auf dem Messegelände Killesberg und abends die von der ARD live übertragene Show »Die Zukunft hat Geburtstag« in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle, bei der prominente Gäste wie unter anderem der Bundespräsident Richard von Weizsäcker erwartet wurden. Auf das Frühjahr verteilt waren zudem unzählige regionale Veranstaltungen an den Werksstandorten und Niederlassungen geplant, und das neu gestaltete Daimler-Benz Museum sollte mit seinen werbewirksamen Silberpfeilen wiedereröffnet werden.[102] Darüber hinaus avisierte Daimler-Benz anlässlich des Jubiläums verschiedene Veröffentlichungen, darunter die Geschichte des Unternehmens Daimler-Benz in zwei text- und bilderreichen Konvoluten – und nicht zuletzt die GUG-»Dokumentation« »mit der Zielsetzung einer objektiven und unabhängigen Darstellung des Unternehmens in der Zeit von 1933-1945«.[103]

Doch noch im Dezember 1985 sorgte eine Meldung über die Deutsche Bank für unerwartete Turbulenzen bei Daimler-Benz. Die Deutsche Bank hatte den Flick-Konzern gekauft und dabei auch die Tochter Feldmühle-Nobel AG, vormals Dynamit Nobell, übernommen. Der ehemalige Nürnberger Anklagevertreter Robert Kempner war es nun, der in einem offenen Brief die Bank zu der Entschädigungszahlung für ehemalige Zwangsarbeiter aufforderte, der sich Friedrich Flick über Jahrzehnte erfolgreich verweigert hatte. Die Umwandlung des Industrie-Unternehmens in eine Aktiengesellschaft sei eine »geeignete Gelegenheit«, die Sache zu bereinigen, »damit den neuen Aktien nicht ein Geruch von Schweiß und Blut anhaften kann«.[104] Kempner aktivierte auch die JCC,

101 Zu den geplanten Veranstaltungen und Publikationen vgl. MBCA, GUG, III, Presseinformation »100 Jahre Automobil. Ein Jubiläum steht vor der Tür«, 18.12.1985.

102 Auch hier wurde die stolze Technik-, Produkt- und Sportgeschichte von Daimler-Benz wiedergegeben; von der NS-Zeit war keine Rede, der Zweck der leistungsstarken Flug- und Schiffsmotoren der dreißiger bzw. vierziger Jahre wurde nicht erläutert. Vgl. Daimler-Benz, Daimler-Benz-Museum.

103 MBCA, GUG, III, Presseinformation »100 Jahre Automobil. Ein Jubiläum steht vor der Tür«, 18.12.1985, S. 13.

104 HADB, ZA 03/1008, Robert Kempner an Wilhelm Christians, 10.12.1985, S. 2. Vgl. auch Der Spiegel, 23.12.1985.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die ihre Bemühungen schon komplett eingestellt hatte. Die Deutsche Bank reagierte zuerst abweisend und bezeichnete die Forderungen als »ein Problem des Herrn Flick, wenn man überhaupt von einem Problem reden kann«.[105] Auf die darauffolgende öffentliche Diskussion hin ruderte die Bank eilig zurück und war Anfang des Jahres – zur Überraschung der JJC selbst[106] – ohne größere Verhandlungen zu einer Zahlung von fünf Millionen DM an die JCC bereit. Allerdings bestand die Deutsche Bank darauf, dass die Zahlung aus »humanitären Gründen« erfolge, da der konkrete Vorwurf der Beschäftigung von Zwangsarbeitern erwiesenermaßen falsch sei. Erstens sei Flick im Nürnberger Nachfolgeprozess hinsichtlich der Beteiligung am »Sklavenarbeiterprogramm« freigesprochen worden und zweitens habe die damalige Dynamit-Nobel AG zur NS-Zeit zum IG Farben-Konzern gehört.[107] Mit dieser überraschenden Kehrtwende der Deutschen Bank war das Thema »Zwangsarbeiter« schlagartig in allen deutschen und vielen internationalen Zeitungen präsent, und die ARD nahm kurzfristig die auf Ferenczs Buch basierende Sendung *Vernichtung durch Arbeit* wieder ins Programm.[108] Die Zahlung war, wie Henning Borggräfe konstatiert, »der letzte Beweis dafür, dass der anvisierte ›Schlussstrich‹ unter die Wiedergutmachung gescheitert war und dass die Auseinandersetzung um Zwangsarbeit in neuer Form – als öffentlich ausgetragener Streit –, ein zweites Mal begonnen hatte.«[109]

Bei Daimler-Benz hatten die Verantwortlichen angesichts der Diskussion um die Deutsche Bank bereits kalte Füße bekommen. Als Mitte Dezember der Unternehmensvorstand erfuhr, dass »eine der beiden deutschen Fernsehanstalten« zum Thema »Daimler-Benz im Dritten Reich« recherchierte, wurde hektisch mit der GUG vereinbart, dass Daimler-Benz diesem Fernsehbericht zuvorkommen und Hans Pohl auf der offiziellen Jubiläumspressekonferenz die GUG-»Dokumentation« vorstellen sollte.[110] Nachdem die Deutsche Bank überraschend plötzlich an die JCC gezahlt hatte, schlug ein Archiv-Mitarbeiter von Daimler-Benz hingegen vor, Pohl wieder auszuladen, weil er fürchtete, dass »wir damit ›schlafenden Hunde‹ wecken und die nächsten [sind,] die zahlen«.[111] Da aber bereits ein paar Tage später die *Monitor*-Sendung *Zwangsarbeit* lief, die das Thema groß aufbereitete und nach etwaigen Entschädigungszahlungen von Daimler-Benz fragte, war auch dieser Vorschlag wieder hinfällig. Ange-

105 Das Zitat in Süddeutsche Zeitung, 9.1.1986. Zu den Verhandlungen zwischen Flick und der JCC in den sechziger Jahren vgl. Ferencz, Lohn, S. 195-212; Frei u. a., Flick, S. 602-605.

106 Vgl. USHMMA, 12.004.08*20, Ernst Katzenstein an Benjamin Ferencz, 9.1.1986.

107 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 9.1.1986.

108 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.1.1986; Süddeutsche Zeitung, 9.1.1986; Der Spiegel, 13.1.1986; Die Zeit, 17.1.1986; ARD, 8.1.1986.

109 Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 113.

110 Vgl. MBCA, GUG, III, Vorstandsvorlage von Bernd Gottschalk, 17.12.1985; Hans Pohl an Max Gerrit von Pein 20.12.1985.

111 MBCA, GUG III, Rainer Karnowski an Max von Pein, 9.1.1986.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
sichts dieser Öffentlichkeit war den Verantwortlichen schnell klar, dass die »Dokumentation« der GUG mit ihrem schmalen Unterkapitel »6.3 Zwangsarbeiter und angeworbene Fremdarbeiter« in offensichtlichem Missverhältnis zur öffentlichen Erwartungshaltung stand. Da das Archiv zudem keinen genauen Überblick über die Zahlen ehemaliger Zwangsarbeiter geben konnte, beschloss der Vorstand kurzerhand, nicht zuletzt um Zeit zu gewinnen, eine weitere vertiefende Studie zum Thema Zwangsarbeit bei der GUG in Auftrag zu geben.[112] Dennoch blieb Daimler-Benz vorerst einmal gar nichts anderes übrig, als mit dem ursprünglichen Plan in die Pressekonferenz am 20. Januar zu gehen und die GUG-»Dokumentation« als einzig vorhandenen Schutzschild aufzubauen. In diesem Sinne stellte Gottschalk die offiziellen Jubiläumsbände vor und wies darauf hin, dass eine »glaubwürdige Auseinandersetzung« mit der Unternehmensgeschichte nicht möglich wäre, wenn man die NS-Zeit »schweigend oder distanziert übergehen würde.« Daimler-Benz wolle daher einen »Beitrag zur Bewältigung dieses Zeitspanne« leisten.[113] Daraufhin skizzierte Hans Pohl die Jahre 1933 bis 1945 für Daimler-Benz, in denen das Unternehmen »wie alle deutschen Automobilfirmen« zunächst von der allgemeinen Aufrüstung profitiert, ab 1936 die staatlichen »Forderungen« umgesetzt und schließlich die gesamte Produktion »zwangsläufig« auf Rüstung umgestellt habe, um weiterexistieren zu können. Abschließend resümierte Pohl für Daimler-Benz: »Man arrangierte sich mit dem nationalsozialistischen Regime, förderte es aber nicht über das Unumgängliche hinaus.«[114] Diese Verteidigungslinie vertrat Pohl auch in einem entsprechenden Beitrag für die unternehmenseigene Zeitschrift.[115] Hatte Pohl nur am Rande erwähnt, dass aufgrund des Arbeitskräftemangels auch »Fremdarbeiter« beschäftigt worden waren, so bemühte sich auch Gottschalk im Gespräch mit Journalisten, das Thema Zwangsarbeit nicht hochkochen zu lassen. So verwies er auf die zweite, vertiefende Studie, die die GUG erarbeiten und auf deren Grundlage auch über die Frage nach Zahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter entschieden werden sollte.[116]

Die Stellungnahmen wurden von der westdeutschen Presse in sehr unterschiedlicher Weise aufgenommen, die schon die Konfliktlinien des im Sommer folgenden »Historikerstreits« andeuteten. Auf der einen Seite beschrieben Zeitungen wie die *FAZ* den Auftritt von Daimler-Benz als glaubwürdig und tradierten die Selbstdarstellung des Konzerns von der »Vergangenheitsbe-

112 Vgl. MBCA, GUG I, Protokoll Vorstandssitzung, 14.1.1986, S. 10 f. Dazu ebenfalls die Stellungnahme der Rechtsabteilung zu Presse und GUG-Buch, 9.1.1986. in: MBCA, GUG, II; DAG, GUG, II, Bernd Gottschalk an Werner Breitschwerdt, 9.1.1986.

113 MBCA, GUG, III, Presseinformation, Rede Bernd Gottschalk, 20.1.1986, S. 1.

114 MBCA, GUG, III, Presseinformation, Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, 20.1.1986, S. 2.

115 Vgl. H. Pohl, Daimler-Benz AG.

116 MBCA, Worieschеck, 1, Pressegespräch Gottschalk, 20.1.1986, S. 10.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wältigung aus eigenen Stücken« weiter.[117] Auch das *Handelsblatt* lobte diesen »würdigen Weg der Bewältigung«.[118] Auf der anderen Seite kritisierten links-liberale Medien Daimler-Benz' vermeintliches Bemühen als unzureichend und zynisch. Insbesondere der *Spiegel* griff die Vergangenheitsdeutungen von Daimler-Benz und der GUG direkt an: »Wieder wird eine Allianz von Industrie und Hakenkreuz mit Sachzwängen und angeblichen Notstand gerechtfertigt«.[119] Darüber hinaus überkreuzten sich nun in der kritischen Berichterstattung der allgemeine Friedensdiskurs der achtziger Jahre mit dem spezifischen Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne. In Zeitungen, Zeitschriften und Radiobeiträgen wurde die aktuelle Konzernpolitik der Rüstungsbeteiligungen konkret mit der NS-Zeit verknüpft und das Bild von einem »Waffenkonzern« damals wie heute gezeichnet.[120] War Helmuth Bauer als Vertreter der *Plakat*-Gruppe eine der ersten Stimmen gewesen, die diese beiden Linien bereits 1983 auf Betriebsversammlungen zusammengeführt hatte, so war diese Diskursverschränkung nun in aller Öffentlichkeit präsent. Insofern schöpfte die sich verstärkende Kritik an Daimler-Benz' Umgang mit der NS-Zeit zusätzlich Kraft aus den Ausläufern der Friedensbewegung. Für Daimler-Benz war diese Entwicklung auch von ökonomischer Bedeutung, da einzelne Unternehmensbeteiligungen unter anderem von der politischen Zustimmung auf Bundes- und Landesebene abhängig waren und somit die öffentliche Meinung den Kern des Konzernumbaus berührte.[121] Im Vorstand und Aufsichtsrat wurde die geplante Unternehmenserweiterung zum »integrierten Technologiekonzern« ebenfalls unter dem Aspekt des drohenden Imageschadens diskutiert. Eine wirkliche Gefährdung der Verkaufszahlen – Daimler-Benz erzielte zum damaligen Zeitpunkt den Großteil seines Gewinns mit dem Verkauf der S-Klasse auf dem amerikanischen Markt – wurde jedoch trotz der »wütenden Mediendiskussion« laut den damals Beteiligten zu diesem Zeitpunkt noch nicht gefürchtet.[122] Auch die Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat lehnten die geplanten Großfusionen eher aus »gesellschafts- und beschäftigungspolitischen Gründen« ab – die NS-Vergangenheit blieb für die IG Metall weiterhin ein Randthema.[123]

117 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.1.1986.
118 Handelsblatt, 21.1.1986 und 30.1.1986.
119 Der Spiegel, 27.1.1986.
120 Vgl. etwa Der Spiegel, 27.1.1986; WDR 3, 25.2.1986 (Zitat). Als Extrembeispiel der späteren Verschränkung von NS-Vergangenheit und Konzernumbau vgl. Der Spiegel, 1.8.1988, mit dem Titel »Rüstungsriese Daimler-Benz. Waffenschmiede der Nation«.
121 Vgl. Reuter, Erinnerungen, S. 356-366.
122 Interview Edzard Reuter, 12.11.2013 (Zitat); Interview Manfred Gentz, 5.12.2013, Interview Gerd Woriescheck, 20.2.2014.
123 Vgl. etwa AdSD, ZWA 435, Vermerk Horst Neumann (IG Metall, Abt. Wirtschaft), 12.8.1987. Das Zitat vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Franz Steinkühler in seinem Artikel »Argumente gegen eine Fusion Daimler-MBB«, in: Der Gewerkschafter (1987), H. 12, S. 47.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Das Autojubiläum selbst wurde Anfang des Jahres mit viel Pomp und einer eigenen Fernsehshow gefeiert. Parallel versuchten im Frühjahr lokale kritische Gegeninitiativen an die ökologischen, politischen aber auch historischen Schattenseiten bei so viel selbstinszeniertem Glanz zu erinnern.[124] In den Werken thematisierte weiterhin die *Plakat*-Gruppe die NS-Zeit des Konzerns.[125] Ehemalige Zwangsarbeiter wandten sich direkt an Daimler-Benz, und Aktivisten wie der Vorsitzende der Stuttgarter VVN-BdA, Alfred Hausser, begannen im Rahmen der neu gegründeten »Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter unter dem NS-Regime« umfangreiche Materialien zur Zwangsarbeit zu verbreiten sowie Entschädigungen zu fordern.[126] Trotz oder gerade wegen der Resonanz auf die eigene Auseinandersetzung mit der NS-Zeit sah man sich bei Daimler-Benz jedoch weiterhin auf einem guten Weg und vertiefte im Frühjahr 1986 die Kooperation mit der GUG. »Anregungen« von Seiten des Vorstands wurden für die »Dokumentation« gesammelt und eine endgültige Veröffentlichung für den August 1986 vereinbart. Zudem wurde eine weitere Chronik zum Werk Genshagen in Auftrag gegeben. Nicht zuletzt kam der »Zwangsarbeiter«-Untersuchung hohe Priorität zu, die zwar öffentlich angekündigt worden war, deren Umfang aber erst noch präzisiert werden musste. Zum einen war die Frage der Archivbestände unklar – sowohl im Unternehmen selbst als auch in externen Archiven im In- und Ausland musste erst noch recherchiert werden. Zum anderen lag eine lange Liste an Fragestellungen vor, die es zu sortieren galt.[127] Vor diesem Hintergrund war der anvisierte Abgabetermin für die »Zwangsarbeiter«-Studie mit Herbst 1986 eher der optimistische Wunsch, zeitgleich mit der Veröffentlichung der »Dokumentation« konkrete Zwangsarbeiterzahlen präsentieren zu können, als eine realistische Vorgabe an die GUG.

Im April war es wieder der *Spiegel*, der eine volle Breitseite gegen die Firmengeschichtsschreibung mit »Weißwäscher-Maxime« abfeuerte. Dabei griff der sechsseitige Text über Zwangsarbeit bei Daimler-Benz sowohl die offizielle, von *FAZ*-Wirtschaftsredakteuren verfasste Unternehmensfestschrift an, die auf 330 Seiten gerade einmal 41 Zeilen für die Zwangsarbeit erübrige, als auch die GUG-Untersuchung, die jedes Verhalten von Daimler-Benz in die »entschuldbare Kategorie des ›Unumgänglichen‹« einordne.[128] Das saß – und

124 Vgl. bspw. die Broschüre *Kein Grund zum Feiern!* (Arbeitsgruppe der Anti-Apartheid-Bewegung u. a.) oder die Wanderausstellung »Alptraum Auto«, dazu der Begleitband Bode u. a., Alptraum Auto.

125 Vgl. die Flugschrift *plakat*, Frühjahr 1986 (ein Original in Privatarchiv Helmuth Bauer).

126 Zum Brief von Simon Guljakin 23.1.1986 vgl. Bauer, Bilder, S. 303. Zu den Aktivitäten von Alfred Hausser, der selbst ehemaliger Zwangsarbeiter bei Bosch gewesen war, vgl. die Schriftwechsel und Materialien in VVN-BdA BW, ZA 25 und L17.

127 Fragen betrafen unter anderem die Definition von Zwangsarbeit, Arbeits- und Lebensbedingungen, Beschäftigungszahlen und -zeiträume. Vgl. MBCA, Worieschеck, 1, Tagesordnung und Aktenvermerk zur Arbeitskreissitzung, 3.3.1986.

128 Der Spiegel, 7.4.1986, S. 88.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
machte auch im Vorstand Eindruck. Angesichts dieser Kritik wollte man nun doch auch die Zwangsarbeiter-Studie der GUG veröffentlichen, die Akten nach Abschluss der Untersuchungen grundsätzlich freigeben und zudem eine Mitarbeiter-Information als Replik auf den *Spiegel* herausgeben.[129] In dieser firmeninternen Rundschrift versuchte man klarzustellen, dass die erste GUG-Studie breiter konzipiert gewesen war und das Thema Zwangsarbeit erst durch die tagesaktuellen Ereignisse eine Aufmerksamkeit erfahren habe, der man nun mit der zweiten Studie gerecht werden wolle. Obgleich diese Feststellung objektiv richtig scheint und die Akten aus dieser Zeit keine Hinweise darauf enthalten, dass Daimler-Benz das Thema Zwangsarbeit in der ersten Studie habe klein halten wollen, so ist doch ein anderer Abschnitt der Mitarbeiter-Information aufschlussreich. Diese endet mit einer Sprachregelung für weitere Anfragen und mit einer Richtigstellung des *Spiegel*-Artikels, der die »damals vorherrschenden Zeitumstände nicht gebührend berücksichtigt. So herrschte während des Krieges vom Staat kontrollierte Zwangswirtschaft. Die Industrie war weitgehend für totalitäre und rüstungspolitische Ziele eingespannt. Beschäftigte für diese Produkte konnten kaum noch gefunden werden.« Nur vor diesem Hintergrund könne man den hohen Anteil der Fremdarbeiter erklären.[130] So wurde das Narrativ von der »Zwangswirtschaft« als »von oben« legitimiertes Generalargument allen Mitarbeitern des Unternehmens nahegelegt, wie es auch schon die Jubiläumsfestschrift mit dem bezeichnenden Kapitel »Scheinblüte und Zerstörung« in der Außendarstellung getan hatte.[131] In einem abschließenden Strategiepapier fasste Gottschalk für den Vorstand noch einmal alle Maßnahmen zusammen und sah mit dem baldigen Erscheinen der Publikation das grundsätzliche, seit 1983 geplante Vorhaben, den Vorwurf der einseitigen Jubiläums-Geschichtsschreibung zu entkräften, als »weitestgehend erreicht« an.[132] Trotz weiterer Zwischenrufe wie dem erneuten Auftritt von Helmuth Bauer auf der Hauptversammlung im Juni 1986, der die »Politik des Mauerns« hinsichtlich des für Externe gesperrten Archivzugangs und die Lücken der GUG-Studie (»Gefälligkeitsforschung«) kritisierte,[133] arbeiteten die GUG und die Öffentlichkeitsarbeit von Daimler-Benz optimistisch auf die Publikation der »Dokumentation« als »Beiheft zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte« im Herbst 1986 hin. Die Daimler-Vorstände hatten mehrere Monate Zeit gehabt, Änderungen und Korrekturen vorzugeben, und nach einigem Hin und Her hatte man sich auf die Modalitäten der Veröffentlichung geeinigt. Pressemitteilungen wurden sorgfältig vorbereitet, und von der Gesamtauflage von 3300 Exemplaren wurden gut 2300 für Daimler-Benz

129 MBCA, GUG, III, Protokoll der Ordentlichen Vorstandssitzung, 8.4.1986.
130 MBCA, GUG, III, Entwurf Mitarbeiter-Information, 10.4.1986. Den Text hatte der Archivar Rainer Karnowski verfasst.
131 Für eine detaillierte Analyse der Festschrift vgl. S. 280 ff. dieser Arbeit.
132 MBCA, GUG, III, Vorstandsvorlage, 25.4.1986, S. 2.
133 MBCA, GUG, I, Protokoll Hauptversammlung Daimler-Benz, 2.7.1986, S. 278.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
reserviert.[134] Nachdem die »Dokumentation« in ihrer letztgültigen Form vom Daimler-Benz-Vorstand abgesegnet worden war, lag eine fast 400 Seiten starke Publikation vor, die einer betriebswirtschaftlichen Gliederung in u. a. »Unternehmensführung«, »Produktion«, »Forschung«, »Absatz«, »Personal« und »Sozialleistung« folgte und einen umfangreichen Dokumententeil enthielt. Darin wurde ausführlich auf das Verhältnis zwischen der Unternehmensleitung und dem NS-Regime eingegangen, die Einbindung in die Rüstungsentwicklung und -produktion beschrieben und im Kapitel »Personal« eben auch die Beschäftigung von Zwangsarbeitern skizziert. In seiner Bewertung blieb dieses erste GUG-Buch relativierend bis verteidigend: Das Unternehmen habe wie alle deutschen Automobil- und Motorenfirmen Vorteile gehabt, aber auch Nachteile in Kauf nehmen müssen. Der Umstand, dass 1942 ein neuer Vorstandsvorsitzender mit jüdischer Ehefrau gewählt werden konnte, sei ein Beispiel dafür gewesen, wie es die Unternehmensleitung erfolgreich geschafft habe, den Einfluss des Regimes zu minimieren. Ohne den Einsatz von »Fremdarbeitern« seien hingegen die staatlichen Produktionsanforderungen nicht zu leisten gewesen und über deren schwierigen Arbeits- und Lebensbedingungen müsse festgestellt werden, dass – hier folgte die GUG schlicht dem beschönigenden Rechtfertigungstext der »Ausländerabteilung« aus der unmittelbaren Nachkriegszeit – Daimler-Benz diese stets zu lindern sich bemüht habe, so dass »Pauschalverurteilungen« nicht angebracht seien. Grundsätzlich habe die Automobilindustrie »wie andere Branchen die Möglichkeit, die ihr durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Diktators und seines Apparats geboten wurden«, wahrgenommen und dementsprechend Produktionsstätten und -programme ausgebaut. Insofern, so endet der letzte Satz der Schlussbetrachtung, sei die Geschichte der Daimler-Benz AG ein Beispiel dafür, dass das »›Primat der Politik‹ über den wirtschaftlichen Interessen stand und nicht die Wirtschaft die Politik Hitlers bestimmte, sondern ihr untergeordnet war.«[135] Die entsprechende Pressemitteilung zur Veröffentlichung brachte dies Narrativ so auf den Punkt, »dass die Unternehmensleitung der Daimler-Benz AG zwar den Richtlinien der nationalsozialistischen Betriebsführung folgte, dennoch sah sie – nach den Schwierigkeiten der zwanziger Jahre – die Existenzsicherung als Hauptziel an.«[136] Mit der GUG-Publikation schien eine verteidigbare Linie markiert, die jedoch im Grunde nur das etablierte Entlastungsnarrativ der vorangegangenen Jahrzehnte fortschrieb. Auch wenn die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung noch nicht gelöst war, so war in der »Dokumentation« der entsprechende Abschnitt zur Zwangsarbeit inzwischen noch aufzuwerten versucht und ein Hinweis auf die zusätzliche Studie als »Rückendeckung

134 Vgl. MBCA, GUG, III, Entwurf Presseinformation, 17.10.1986; Beate Brüninghaus an Max von Pein, 31.10.1986.

135 Alle Zitate in H. Pohl u. a., Daimler-Benz AG, S. 156 bzw. 181-184.

136 MBCA, Worieschek, 1, Presseinformation, November 1986.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
gegenüber Presseangriffen« eingefügt worden.[137] Somit schien den Verantwortlichen bei Daimler-Benz die »Dokumentation« als solide und zumindest der Großteil der Fragen zu Daimler-Benz in der NS-Zeit als erledigt.[138] Doch all die vielfach abgewogenen Formulierungen, die peniblen Vorbereitungen zur Veröffentlichung und die neue Archivordnung sollten sich schon bald als Makulatur erweisen.

»Gegenpublikationen« und alte Deutungskämpfe

Hatte man bei Daimler-Benz gehofft, den Streit um die Deutungshoheit über die eigene NS-Vergangenheit mit der Veröffentlichung der GUG-»Dokumentation« für sich entscheiden zu können, musste man im Herbst 1986 feststellen, dass er nun erst richtig begann. Noch bevor die »Dokumentation« in der wissenschaftlichen Reihe der GUG erschien, kündigte die Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (HSG) eine eigene Publikation zu Daimler-Benz' NS-Zeit an.[139] Die Verantwortlichen bei Daimler-Benz und der GUG erwarteten diese »Gegenpublikation« bzw. »Kampfschrift«[140] mit gemischten Gefühlen. Seit Sommer 1986 hatte der sogenannte »Historikerstreit« um die Deutung und den »richtigen« Umgang mit der NS-Vergangenheit die Schlagzeilen bestimmt. Die Debatte um die beiden Bücher und die Auseinandersetzung zwischen Daimler-Benz und der GUG auf der einen Seite und der HSG auf der anderen Seite orientierte sich im Verlauf an ähnlichen Konfliktlinien und thematisierte neben dem Streit über die NS-Zeit auch immer den Umgang mit ihr. Die Bücher-Debatte war zum einen ein Deutungsstreit über die NS-Geschichte von Daimler-Benz, zum anderen aber auch ein erneutes Aufflammen der Diskussion um den Status der deutschen Wirtschaft im Nationalsozialismus und dessen Implikationen bis in die Gegenwart hinein. Das Daimler-Benz-Buch war dabei der prägnanteste Ausdruck einer Entwicklung, dass im öffentlich ausgetragenen Streit um Konzerngeschichten die Rolle von historischer Forschung als legitimierendes Gütesiegel an Bedeutung gewann. Das HSG-Buch machte hingegen deutlich, dass Unternehmen nicht mehr nur aus der DDR mit vermeintlicher »Propaganda« angegriffen wurden, sondern auch in der Bundesrepublik fundierte Gegennarrative erarbeitet wurden, die sich auf geschichtswissenschaftliche Kriterien beriefen und auf solide Quellen verwiesen. Das seit den fünfziger Jahren bewährte Deutungsmonopol der Unternehmen mit ihren unter Verschluss gehaltenen Archivbeständen begann zu bröckeln.

137 Hans Pohl zitiert in MBCA, Woriescheck, 1, Aktennotiz Hans-Peter Kassai, 5.9.1986. Vgl. dazu auch die kommentierten Manuskriptauszüge in MBCA, Woriescheck, 1.

138 Interview Edzard Reuter, 12.11.2013.

139 Vgl. die Werbeanzeigen der HSG vom Sommer 1986 in MBCA, Woriescheck, 1. Dazu auch später Roth, Weißwäscher GmbH, S. 7.

140 MBCA, Woriescheck, 26, Gesprächsvorlage von Bernd Gottschalk, 18.7.1986; MBCA, GUG, III, Vorstandsvorlage, 22.10.1986, S. 3.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Das Daimler-Benz-Buch war auf Initiative der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte im 20. Jahrhundert entstanden, die maßgeblich von Jan Philipp Reemtsma finanziert wurde. Die Stiftung ging aus dem »Verein zur Erforschung der nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« hervor, der 1983 auf der Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll gegründet worden war und im Rahmen der Neuen Sozialen Bewegungen insbesondere zu medizinhistorischen Themen geforscht hatte.[141] Dessen wissenschaftlicher Leiter Karl Heinz Roth (Jahrgang 1943, studierter Mediziner) gehörte zu eben jener Generation, die sich Ende der sechziger Jahren politisiert hatte (Roth war Protagonist des SDS bzw. der APO gewesen und hatte zeitweise Kontakte zu Mitgliedern der »Bewegung 2. Juni« gehabt) und die sich ab den achtziger Jahren als politische Aktivisten und Geschichtsforscher vehement für eine Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit und für die »vergessenen Opfer« der NS-Verfolgung starkmachten.[142] In Zusammenarbeit mit dem Franz Greno-Verlag und Hans Magnus Enzensberger hatte die HSG ab Mitte der achtziger Jahre mit viel Furore in die Debatte um die Rolle von Unternehmen im »Dritten Reich« eingegriffen, als sie die OMGUS-Berichte zur Deutschen Bank (1985), IG Farben (1986) und Dresdner Bank (1986) in auflagestarken Editionen herausgebracht hatte.[143] In der hauseigenen Schriftenreihe *1999* veröffentlichte die HSG zudem seit Sommer 1986 regelmäßig Artikel zum Thema Zwangsarbeit.[144] Nach eigener Aussage war für die Mitarbeiter der HSG die »Heuchelei der Daimler-Benz AG anlässlich ihrer pompösen Hundertjahrfeier« und der »riesigen Inszenierung des ›Es war ja alles halb so schlimm‹« der entscheidende Anstoß gewesen, sich mit der NS-Geschichte von Daimler-Benz zu beschäftigen.[145] Ausgehend von den eigenen Forschungen zur Deutschen Bank im Zusammenhang mit den Neuauflagen der OMGUS-Berichte knüpfte die HSG in kürzester Zeit Kontakte zu Historikern, Friedensaktivisten, Kirchenmitarbeitern und eben jener Betriebsrat-Gruppe bei Daimler-Benz, in der Helmuth Bauer seit Jahren die NS-Zeit zum Thema machte. Aus diesem Netzwerk gingen schließlich die Autoren des Daimler-Benz-Buches hervor.

Das knapp 800 Seiten starke, mit über 300 Photos illustrierte Buch war in fünf Teile und einen umfangreichen Anhang gegliedert. Die ersten beiden Teile – mit 600 Seiten der Kern des Buches – befassten sich mit der NS-Zeit, in denen Karl Heinz Roth den Ton und die Richtung vorgab:[146] Daimler-Benz habe sich seit dem ersten Weltkrieg schrittweise zu einer »Industriefiliale der Deutschen Bank« entwickelt und sei maßgeblich am Aufbau des wirtschafts-

141 1985 wurde der Verein in »Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik« umbenannt.
142 Zur Biographie von Karl Heinz Roth und seinen Schriften vgl. Ebbinghaus, Politik.
143 OMGUS, Deutsche Bank; OMGUS, IG Farbenindustrie AG; OMGUS, Dresdner Bank. Später wurden die Berichte als Kassette vom Verlag Zweitausendeins vertrieben.
144 Vgl. etwa Littmann, Notstand; Vaupel, Zwangsarbeiterinnen.
145 HSG, Daimler-Benz Buch, S. 10.
146 Vgl. HSG, Daimler-Benz Buch, S. 28-391.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
politischen Flügels der NSDAP beteiligt gewesen.[147] Indem sich die Führungsspitze des Konzerns selbst »vorab-nazifiziert«[148] und Hitler als verlässlichen Partner angeboten habe, sei es ihr gelungen, den Konzern erfolgreich aus der Wirtschaftskrise herauszuführen und zum wichtigsten Rüstungslieferanten für Motoren und Fahrzeuge zu machen. Für die Kriegsjahre konstatierte Roth, dass der Konzern den Krieg als »Möglichkeit zur Rückeroberung der ›Weltgeltung‹«[149] nicht nur gewollt, sondern ihn auch mit vorbereitet und sich in den besetzten Gebieten an der ökonomischen Annexion Europas beteiligt habe. Während man in den letzten Kriegsjahren zum einen vom »Rüstungsboom« profitierte, habe man sich zum anderen bereits ab 1943 auf die Nachkriegszeit vorbereitet und Kapital sowie Vermögenswerte zu schützen versucht. Grundsätzlich, so fasste Roth zusammen, zeige der Fall Daimler-Benz exemplarisch: »Nicht die Politik bestimmte die Wirtschaft, sondern die Wirtschaft kommandierte die Politik im ›Dritten Reich‹.«[150] An dieses von der marxistischen Geschichtswissenschaft grundierte Narrativ anschließend, konzentrierten sich verschiedene lokalgeschichtliche Beiträge im zweiten Teil des Buches auf das Thema »Zwangsarbeit unter dem Dreizack«, in denen die Gesamtzahlen der Zwangsarbeiter zu ermitteln und die von Daimler-Benz verantworteten Arbeits- und Lebensbedingungen zu rekonstruieren versucht wurden. Am Beispiel der Untertageverlagerung des Werks Genshagen wurde verdeutlicht, wie technokratisch und zynisch das Unternehmen mit Menschenleben umgegangen war.[151] War Roths Gesamtdarstellung der Generalangriff auf die Unternehmensgeschichte von Daimler-Benz und das extensive Gegennarrativ zur GUG, so legten die detaillierten, lokalgeschichtlichen Beiträge zur Zwangsarbeit den Finger in die offenkundigen Lücken der GUG-»Dokumentation«. Die anderen Teile des Buches nahmen diese NS-Vergangenheit des Konzerns zum Anlass, um wie Helmuth Bauer seinen Ansatz der »Geschichte von innen« und die Arbeiter-Perspektive auf die Geschichte von Daimler-Benz seit den fünfziger Jahren zu verdeutlichen bzw. die Linien der NS-Zeit bis in die Gegenwart am Beispiel der Rüstung und der Geschäfte mit dem Apartheid-Regime in Südafrika aufzuzeigen. Damit war das Daimler-Benz-Buch explizit als vielstimmiges »Gegenstück zur Auftragsstudie« der GUG konzipiert, die als eine »Weißwäscherei ohnegleichen« und als ein »zeitgeschichtlicher Skandal« von der HSG scharf angegriffen wurde.[152] Konsequenterweise sollte die HSG etwas später auch noch ihren eigenen »ergänzenden Aktenband« mit »Schlüs-

147 Ebd., S. 32 bzw. 117.
148 Ebd., S. 115.
149 Ebd., S. 217.
150 MBCA, Woriescheck, 26, Presseinformation HSG, 15.4.1987, S. 2.
151 So der Beitrag von Rainer Fröbe über die »Verlegung des Daimler-Benz-Flugmotorenwerks Genshagen nach Obrigheim am Neckar 1944/45« in HSG, Daimler-Benz-Buch, S. 293-470.
152 Roth zitiert in MBCA, Woriescheck, 1, Bericht Barbara Hopmann zur HSG-Pressekonferenz, 15.4.1987 (erstes Zitat). HSG, Daimler-Benz Buch, S. 8 (zweites Zitat).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
seldokumenten zur Konzerngeschichte« herausbringen, um ihren Anspruch zu verdeutlichen, eine legitime Alternative der Wissensproduktion trotz gesperrter Unternehmensarchive zu sein.[153]

Vor dem Hintergrund der im Herbst 1986 stattfindenden Bundestagsdebatte über die Entschädigungsfrage von Zwangsarbeitern ahnte man bei Daimler-Benz, dass die ausstehende zweite GUG-Studie in der Öffentlichkeit als »Verzögerungstaktik« kritisiert werden würde, und machte bei der GUG Druck, das Buch schneller fertigzustellen – tatsächlich hatte die GUG aber personelle Kapazitätsprobleme.[154] Damit hatte Daimler-Benz der HSG außer den bisherigen Sprachregelungen vorerst nichts Substanzielles entgegenzusetzen, als diese im Frühjahr ihre bundesweite Werbekampagne für das Daimler-Benz-Buch startete und große Plakate von im Ostfrontschlamm steckengebliebenen Daimler-Fahrzeugen an Unternehmensstandorten wie Stuttgart und Mannheim hängen ließ.[155] Die GUG arbeitete an der Zwangsarbeiter-Studie und konnte vorerst nur die Augen und Ohren für Daimler-Benz offenhalten und Pressestimmen sammeln bzw. interpretieren.[156] Im März 1987 verschickte die HSG das Daimler-Benz-Buch vorab an ausgewählte Redaktionen, und wieder berichtete die ARD-Sendung *Monitor* ausführlich, was nicht nur zu hitzigen Reaktionen von Zuschauern führte.[157] Auch bei Daimler-Benz beschäftigte man sich auf allen Unternehmensebenen mit dem Bericht. Als die Redaktion des *Stern* Daimler-Benz anbot, sich kritisch mit der Darstellung der HSG und der *Monitor*-Sendung auseinanderzusetzen, arbeite das Daimler-Benz-Archiv der Redaktion zu und versuchte seine Darstellung der langjährigen Bemühungen um das Thema zu etablieren.[158] Die ARD-Sendung schlug auch im Aufsichtsrat bei Daimler-Benz hohe Wellen, und die Arbeitnehmervertreter forderten eine Stellungnahme von Breitschwerdt.[159] Das Daimler-Benz-Buch hatte nun auch den Gesamtbetriebsrat aufgeschreckt, auf das Drängen der *Plakat*-Gruppe reagierte die IG-Metall aber weiterhin zögerlich. So schrieben die *Plakat*-Betriebsräte an die IG-Metall-Vertreter im Aufsichtsrat: »Könnt ihr aber mit einem Betriebsvorstand Partner sein, der seine Geschichte verdrängt? Eine Geschichte, die geprägt ist von der Zusammenarbeit und den Vestrickungen mit dem Nationalsozialismus […] und einer Gegenwart, die sich auszeichnet durch eine Entwicklung zum größten Rüstungskonzern und

153 Vgl. MBCA, Bestand Wortescheck, 26, Presseinformation HSG, 15.4.1987; Roth u. a., Schlüsseldokumente.
154 Vgl. MBCA, GUG, I, Protokoll der Ordentlichen Vorstandssitzung, 4.11.1986.
155 Interview mit Karl Heinz Roth im WDR2, 30.1.1987. Die Plakate in MBCA, Wortescheck, 45.
156 Vgl. Pressematerial in BDA, Wortescheck, 1.
157 ARD Monitor, 10.3.1987. Vgl. auch das von der GUG erstellte Transkript der Sendung »Monitor im Kreuzfeuer«, 21.3.1987, in: MBCA, Bestand Wortescheck, 1.
158 Vgl. MBCA, GUG, IV, Greno, H. G. Kloos an U. Völklein (Stern), 7.4.1987.
159 Vgl. MBCA, GUG, I, AR, Aktennotiz Bernd Gottschalk, 20.3.1987.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Regime«.[160] Angesichts des absehbar anschwellenden öffentlichen Interesses am Daimler-Benz-Buch erstellte die Öffentlichkeitsarbeit von Daimler-Benz ein umfassendes Strategiepapier, mit dem den Veranstaltungen der Buchpremiere begegnet werden sollte: Beharren auf der eingeschlagenen Linie, dass sich Daimler-Benz schon lange und aus eigenem Antrieb der eigenen NS-Geschichte zugewandt habe; die Studie zur Zwangsarbeit sei in Arbeit; ansonsten keine größeren Gegenerklärungen, um weitere Aufmerksamkeit zu vermeiden. Hinsichtlich der absehbaren Kontroverse zwischen der ersten GUG-Studie und dem Daimler-Benz-Buch versuchte Daimler-Benz, sich aus der Schusslinie zu nehmen: »Wenn es um Kontroversen zwischen Historikern geht, so sollte sich das Unternehmen auch nicht einmischen«.[161] Diese Sprachregelung übernahm auch die präventive Pressemitteilung am Vorabend der HSG-Buchpremiere,[162] und der Vorstandsvorsitzende Breitschwerdt zog sich im Aufsichtsrat darauf zurück, »keine Schiedsrichterrolle« übernehmen zu wollen.[163] Bei Daimler-Benz war man offenbar erleichtert, die Kontroverse als »Streit unter Historikern«[164], um nicht zu sagen als weiteren »Historikerstreit«, etikettieren zu können und den öffentlichen Druck auf die GUG umzuleiten. Das gelang aber nur in Teilen. Auch wenn in der Tat vermehrt Historiker wie Ulrich Herbert als öffentlich gefragte Experten auftraten, so fiel die Entschädigungsfrage in der medialen Diskussion doch immer wieder direkt auf Daimler-Benz zurück.[165]

Die öffentliche Rezeption des Daimler-Benz-Buches spiegelte die polarisierte Geschichtskultur der Bundesrepublik, in der die verschiedenen Narrative zur NS-Zeit gegeneinanderliefen. Am 14. April 1987 stellte Karl Heinz Roth die Ergebnisse der HSG-Studie auf einer gut besuchten Pressekonferenz in Bonn vor,[166] und abends leitete Helmuth Bauer eine Veranstaltung im Theaterhaus Wangen/Stuttgart, wo vor 800 Besuchern Buchauszüge vorgelesen und diskutiert wurden – von beiden Ereignissen ließ sich Daimler-Benz ausführlich Bericht erstatten.[167] Die GUG tauchte in dem Trubel erst einmal ab – Pohl sagte

160 Zu den Stellungnahmen der IG-Metall im Aufsichtsrat vgl. AdSD, ZWA 435, Protokoll Aufsichtsratssitzung, 29.4.1987. Der Brief der *Plakat*-Betriebsräte vom 2.7.1987 in AdSD, ZWA 435.

161 MBCA, Worieschеck, 26, Strategiepapier des Arbeitskreis »Zwangsarbeit«, 10.4.1987, S. 3.

162 Vgl. MBCA, Worieschеck, 26, Presseinformation, 13.4.1987.

163 MBCA, GUG, I, AR, Redetext Werner Breidschwerdt, Aufsichtsratssitzung 29.4.1987, S. 38. Vgl. dazu ebenfalls AdSD, ZWA 435, Protokoll Aufsichtsratssitzung, 29.4.1987.

164 MBCA, Worieschеck, 26, Vorbereitete Antwort zum Fragekomplex »GUG« für die Hauptversammlung 1987, 30.6.1987.

165 Vgl. etwa MBCA, GUG, IV, Transkription TV-Beitrag, Daimler-Benz im Dritten Reich: Strahlendes Erbe, SWR Südwest Abendschau, 13.4.1987.

166 Vgl. MBCA, Worieschеck, 26, Presseinformation HSG, 13.4.1987.

167 Vgl. MBCA, Worieschеck, 26, Bericht Pressekonferenz Greno Verlag, 14.4.1987; MBCA, GUG, IV, Greno, Bericht, 15.4.1987.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
kurzfristig ein Streitgespräch mit Roth beim WDR ab – schickte aber auch eine Mitarbeiterin zur HSG-Pressekonferenz, um im Bilde zu sein.[168] Auch die westdeutschen Medien besprachen das Daimler-Benz-Buch ausführlich, wobei wiederum die geschichtskulturellen Konfliktlinien zwischen den bekannten Seiten verliefen. Auf der einen Seite diskutierten linksliberale Medien, ob »die Geschichte von Daimler-Benz jetzt neu geschrieben werden« müsse, und druckten Textauszüge.[169] Auf der anderen Seite kanzelte die konservative Presse, allen voran die *FAZ*, das Buch als »kommunistische Schmähschrift« ab – der wortführende *FAZ*-Wirtschaftsredakteur war dabei niemand anderes als der Autor der Jubiläumsschrift von Daimler-Benz.[170] Nachdem das Unternehmensarchiv ein Exemplar des HSG-Buches erhalten hatte, wurde dies sehr genau gelesen und mit der GUG-Studie verglichen, um sich insbesondere über die unterschiedlich angegebenen Beschäftigungszahlen von Zwangsarbeitern Klarheit zu verschaffen. In einem internen Gutachten bemängelte ein Archivar »Fehler, Widersprüche, Fehlinterpretationen oder sogar Fälschungen« des Daimler-Benz-Buches, musste aber auch erstaunt feststellen, dass diverse gesperrte Archivdokumente korrekt zitiert wurden, die erst im Rahmen der GUG-Recherchen erschlossen worden waren.[171] Das Archiv und die GUG vermuteten daher einen »Maulwurf« in den eigenen Reihen.[172] Im Vorstand der GUG war man indessen uneins, wie man auf die scharfe Kritik an der eigenen wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit reagieren sollte. Während Pohl zwischen defensivem und offensivem Handeln schwankte, sprach sich die Deutsche Bank dafür aus, nichts zu unternehmen (»totschweigen«).[173] Daimler-Benz schien jedoch daran gelegen, die GUG weiterhin als Blitzableiter zu exponieren und forderte die GUG auf, eine Stellungnahme zur HSG-Veröffentlichung abzugeben, um die Hauptanklagepunkte hinsichtlich der Beschönigung der Zwangsarbeiterthematik zu entkräften.[174] Die offene Flanke für öffentliche Kritik an der Unabhängigkeit der Forschung wurde hier wieder evident: In seiner Doppelfunktion als Vorstandsvorsitzender von Daimler-Benz und Vorstandsmitglied der GUG veranlasste Breitschwerdt eine Stellungnahme der GUG, die diese wiederum mit Daimler-Benz (also ihm bzw. seinen Mitarbeitern) abstimmen sollte. Die Zweifel an der Unabhängigkeit der GUG wurden im Konzern durchaus antizipiert und ernst genommen. Anlässlich der anstehenden Hauptversammlung wurden diverse vorgefertigte Antworten für

168 Vgl. MBCA, Woriescheck, 1, Bericht Hopmann zur Pressekonferenz, 15.4.1987.
169 Das Zitat aus der Transkription des Radiobeitrags »Zwangsarbeiter« im SWF, 14.4.1987, in MBCA, Woriescheck, 26. Vgl. auch Frankfurter Rundschau, 14.5.1987; tageszeitung, 15.4.1987.
170 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.1987.
171 MBCA, GUG, IV, Gutachten Rainer Karnowski, April 1987.
172 MBCA, GUG, IV, Aktennotiz Rainer Karnowski, 22.4.1987.
173 Vgl. MBCA, GUG, IV, Aktennotiz Bernd Gottschalk, 14.5.1987.
174 Vgl. MBCA, GUG, IV, Stellungnahme GUG, Mai 1987; eine spätere Fassung vom 10.6.1987 in MBCA, Woriescheck, 1.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Aktionärsfragen erstellt, die die Forschungen der GUG »mit den Maßstäben objektiver und verantwortungsbewusster Geschichtsschreibung« verteidigte, um im gleichen Atemzug das Daimler-Benz-Buch als »unseriös« zu diskreditieren.[175]

Der Streit um die beiden Studien fand nicht nur öffentlichkeitswirksam in den Medien statt, indem beide Seiten versuchten, nahestehende Journalisten mit einzubinden,[176] sondern mobilisierte nun tatsächlich auch Teile der historischen Zunft. Hans Mommsen veröffentlichte im *Spiegel* eine sechsseitige Rezension, die dem Daimler-Benz-Buch jenseits aller ideologischen Konfliktlinien »hohe fachwissenschaftliche Relevanz« attestierte und den »historischen Reduktionismus« der GUG-Studie kritisierte.[177] Daraufhin gab Daimler-Benz selbst ein Gutachten bei der GUG in Auftrag, das die beiden Studien detailliert miteinander abgleichen sollte.[178] Dieses Gutachten wurde im Kern vom Mainzer Wirtschaftshistoriker Volker Hentschel erstellt, dessen umfangreiche Verteidigung der GUG-Studie auch prominent in der *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* veröffentlicht wurde – deren Mitherausgeber Hans Pohl war.[179] Zudem gewann die GUG für eine Mitarbeit an der Zwangsarbeiter-Studie den israelischen Historiker Avraham Barkai, um die Archivrecherchen in Israel zu übernehmen. Bereits ein Jahr zuvor hatte die GUG den amerikanischen Historiker Henry A. Turner in das Projekt eingebunden, um die amerikanischen Archive zu sichten. Turner war in dieser Zeit einem größeren Publikum in Deutschland bekannt geworden durch sein umfangreiches Buch, in dem er nachdrücklich gegen die marxistische »Steigbügelhalter«-These, die deutsche Wirtschaft habe Hitler entscheidend zum Aufstieg verholfen, argumentiert hatte. Der Umstand, dass er auch Daimler-Benz ein guter Zeugnis ausgestellt hatte und die großen Anzeigen des Autobauers im *Völkischen Beobachter* als nicht politisch motivierte Unterstützung relativiert hatte, war auf Seiten von Daimler-Benz sicherlich kein Argument gegen die Einbindung von Turner.[180]

Die Auseinandersetzung um die beiden Studien zur NS-Geschichte von Daimler-Benz war somit auch ein letztes Aufflammen der seit der unmittelbaren Nachkriegszeit laufenden Primat-Debatten, bevor das Ende des Ost-West-Konflikts diese Diskussion besiegelte. Die GUG-Studie und das Daimler-

175 Vgl. MBCA, Woriescheck, 26, Antworten für Fragekomplexe Archiv, Greno, GUG, Zwangsarbeiter, 26.6.1987 (Zitat S. 10).

176 Für den Standpunkt von Daimler-Benz vgl. Motor Klassik, August 1987; für die HSG vgl. tageszeitung, 15.4.1987.

177 Der Spiegel, 11.5.1987.

178 Vgl. MBCA, GUG, IV, Werner Breitschwerdt an Hans Pohl, 22.5.1987.

179 Das komplette GUG-Gutachten (inkl. dem Hentschel-Teil) im Schreiben von Beate Brüninghaus an Werner Breitschwerdt, 29.9.1987, in MBCA, Woriescheck, 1. Das Hentschel-Gutachten als kurze Rezension der GUG-Studie in: Hentschel, Rezension. Als ausführliche Analyse in Hentschel, Daimler-Benz.

180 Vgl. Turner, Großunternehmen, S. 16 f. bzw. 324. Zur Kooperation mit der GUG vgl. MBCA, GUG, III, Beate Brüninghaus an Max Gerrit von Pein, 31.10.1986, S. 2.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Benz-Buch waren noch einmal zwei klassische Vertreter dieser schematischen Diskussion um das Verhältnis der Wirtschaft im »Dritten Reich«. Während sich Hans Pohl und die GUG explizit auf einen »Primat der Politik« beriefen, der seit den fünfziger Jahren das dominante Deutungsmuster der westdeutschen Industriellen unterlegt hatte, so sahen sich Karl Heinz Roth und die HSG explizit in einer Linie mit den amerikanischen Anklagevertretern der Nürnberger Wirtschaftsprozesse: »Wir haben mit unserem Nachweis einen Punkt erreicht, wo wir synthetisch darstellen können, was den Linken in der amerikanischen Militärregierung nur schwante. Mit dem Buch beenden wir ein Stück weit die Aufarbeitung einer kritischen Analyse des nazistischen Wirtschafts- und Machtpotentials durch linke Amerikaner und beginnen mit unseren eigenen Forschungen.«[181] In diesen letzten Ausläufern der Primat-Debatte versuchten andere Historiker wie Mommsen und Hentschel derweil jenseits der ideologischen Konfliktlinien die empirischen Ergebnisse der Untersuchungen zu würdigen und die Forschungsperspektive zu erweitern. Aber wie schon der große »Historikerstreit« war auch der Streit um die Daimler-Benz-Bücher nur vordergründig eine Fachdebatte über historische Erkenntnisse. Auch der Bücher-Streit war stets Teil der deutschen Identitätsdebatte der achtziger Jahre und damit Verstärker eines gesellschaftlichen Diskurses über den »richtigen« Umgang mit der NS-Vergangenheit, in dem die unterschiedlichen Ansätze und Narrative aufeinanderprallten. Das Jubiläumsjahr von Daimler-Benz 1986 war zugleich der Höhepunkt der geschichtspolitischen Auseinandersetzung der achtziger Jahre, für die der Historiker und Kohl-Berater Michael Stürmer programmatisch konstatierte, »dass in geschichtslosem Land die Zukunft gewinnt, wer die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet.«[182] Und zumindest Karl Heinz Roth und seine Kollegen sahen sich als aktive Protagonisten dieses Diskurses und warnten davor, dass die GUG in der Hoffnung auf einen »weiteren Durchbruch der neokonservativen Wende« handele, bzw. dass »die Geschichte der Daimler-Benz AG im Zuge der ›politischen Wende‹ untergehen könne.«[183]

Wie schon in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung zwischen Kohl und von Weizsäcker verliefen auch die Konfliktlinien in der Daimler-Benz-Debatte entlang der Begriffe »Bewältigung« und »Aufarbeitung«. Auf der einen Seite bezeichneten Daimler-Benz-Verantwortliche wie der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit Bernd Gottschalk die Forschungsaufträge an die GUG als »Beitrag zur Bewältigung«[184] der NS-Vergangenheit, und konservative Medien verorteten diese »Vergangenheitsbewältigung aus eigenen Stücken«

181 Karl Heinz Roth zitiert in tageszeitung, 15.4.1987.
182 Michael Stürmer zitiert in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.4.1986.
183 Karl Heinz Roth zitiert in MBCA, Woriescheck, 26, Bernd Gottschalk an Werner Breitschwerdt, 10.4.1987, S. 2, bzw. in MBCA, Woriescheck, 1, Bericht GUG zur Pressekonferenz, 15.4.1987.
184 MBCA, GUG III, Presseinformation, Rede Gottschalk, 20.1.1986.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
im Diskurs.[185] Ob sie es bewusst wollten oder nicht, ob sie es bewusst oder unbewusst taten – mit diesem Sprachgebrauch stellten sich die Verantwortlichen von Daimler-Benz eher in die lange Linie des Entlastungsdiskurses der vergangenen Jahrzehnte und schienen auf eine abschließende Beschäftigung mit der NS-Zeit (um nicht zu sagen auf einen »Schlussstrich«) aus zu sein. Sie wurden damit Teil jenes konservativen Identitätsdiskurses, der die Diskussion um die NS-Vergangenheit als »zweite Welle der Vergangenheitsbewältigung« wahrnahm.[186] Auf der anderen Seite bezeichneten die Autoren der HSG ihre Arbeit an verschiedenen Stellen als »kritische Aufarbeitung«[187] der Vergangenheit und bedienten sich damit einer Semantik der Vergangenheitsbewahrung, wie sie von den Kritikern der »geistig-moralischen Wende« gebraucht wurde. Die konservative Presse wiederum ironisierte diese Semantik und wendete sie gegen die HSG (»Schmähschrift als Geburtstagsgeschenk – wie zwölf Autoren, die Geschichte von Daimler-Benz ›aufarbeiten‹«).[188] Interessant ist dabei, dass sowohl Daimler-Benz als auch die GUG ebenfalls den Begriff »Aufarbeitung« nutzen – im Zusammenhang mit wissenschaftlicher Beschäftigung mit der NS-Vergangenheit.[189] Dass diese »wissenschaftliche Aufarbeitung«[190] aber etwas anderes meinte als das, was die HSG unter »kritischer Aufarbeitung« verstand, hatte Hans Pohl bereits früher in einem Brief an den Daimler-Benz-Vorstand durchblicken lassen. Noch vor der eigentlichen Veröffentlichung der »Dokumentation« hatte er 1985 geraten, dass auf Angriffe gegen Daimler-Benz am besten mit einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung geantwortet werden könne, denn »wenn das Material […] in der Dokumentation nun zusammengestellt und ausgewertet wird, ist das Thema für die Wissenschaft und Presse aufgearbeitet.«[191] »Aufarbeitung« war für Pohl gleichbedeutend mit »erledigt« und traf dabei mehr die zeitgenössische Konnotation von »Bewältigung«. Für die HSG und die aufkeimende Geschichtsbewegung der achtziger Jahre betonte »Aufarbeitung« jedoch die Erinnerung, die nicht abzuschließen war.

Vor diesem Hintergrund können die Akteure im Streit um die Geschichte der Daimler-Benz AG als paradigmatische Protagonisten der umkämpften geschichtskulturellen »Übergangszeit« der achtziger Jahre verstanden werden. Unterschiedliche Logiken und Ansprüche im Umgang mit der NS-Zeit prallten aufeinander, und Begriffe wurden diskursiv (neu) ausgeprägt. Die Verant-

185 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.1.1986.
186 So die Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth gegenüber Manfred Gentz, in: MBCA, GUG, II, Notiz Gentz, 16.7.1987, S. 3.
187 Karl Heinz Roth zitiert in MBCA, Woriescheck, 26, Bericht Pressekonferenz Greno Verlag, 14.4.1987. Vgl. auch HSG, Daimler-Benz Buch, S. 7.
188 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.5.1987.
189 So hieß es in einem Briefentwurf von Daimler-Benz an andere deutsche Unternehmen, dass man sich entschieden habe, die NS-Geschichte »von einer unabhängigen wissenschaftlichen Institution […] aufarbeiten zu lassen«, MBCA, Woriescheck, 1, Briefentwurf, 18.11.1986.
190 H. Pohl u. a., Daimler-Benz AG, S. 2.
191 MBCA, GUG, III, Hans Pohl an Bernd Gottschalk, 5.7.85.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wortlichen von Daimler-Benz standen dabei auf einer Schwelle des geschichtskulturellen Wandels, auf der sie tatsächlich neue Wege gehen wollten und dennoch alte Deutungsmuster und strategische Reflexe nicht abgelegt hatten. Im Sommer 1985 schrieb das wirtschaftsfreundliche *PR-Magazin*, dass »die Darstellung der NS-Zeit in Firmenbiographien zum Maßstab werden [kann], wie weit ein Unternehmen die Zeit verarbeitet hat. Auch wie weit es bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.«[192] Mit der Beauftragung der GUG und im Streit mit der HSG hatte Daimler-Benz unfreiwillig verdeutlicht, dass man in Bezug auf die eigene Unternehmensgeschichte den geschichtskulturellen Wandel und die veränderten öffentlichen Ansprüche an Unternehmen noch nicht verinnerlicht hatte. In der Frage der Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter sollte Daimler-Benz jedoch zeigen, dass man bereit war, sich in den neuen Verantwortungsdiskurs einzupassen.

4.3 Zwangsarbeit und Auftragsforschung

Daimler-Benz: Von der Verweigerung zur Symbolpolitik

War das Jubiläumsjahr 1986 der Anstoß für einen Streit um die Firmengeschichte der Daimler-Benz AG gewesen, so begann in der Folgezeit die damit verbundene Entschädigungsfrage der ehemaligen Zwangsarbeiter die ursprüngliche Frage nach der Rolle des Unternehmens in der NS-Zeit zu überlagern. Der Streitfall um die Deutung der Vergangenheit begann nach und nach zu einem Streitfall um Forderungen der Gegenwart zu werden.

Als Daimler-Benz Anfang der achtziger Jahre die GUG beauftragt hatte, die Unternehmensarchive zu sichten und eine »Dokumentation« zu erstellen, war das Thema Zwangsarbeit nur eines unter vielen gewesen – und war bei weitem nicht als das brisanteste eingeschätzt worden.[193] Vereinzelt einsetzende Kritik in den Medien und von Aktivisten wie Helmuth Bauer hatte zwar deutlich gemacht, dass auch Daimler-Benz mit Entschädigungsforderungen rechnen musste. Ernsthaft beschäftigte man sich in Stuttgart allerdings erst mit dem Thema Zwangsarbeit um die Jahreswende 1985/86, als die Deutsche Bank durch die Übernahme des Flick-Konzerns in die Schlagzeilen geriet und Zahlungsforderungen laut wurden. Der Leiter der Öffentlichkeitsarbeit verfolgte die öffentliche Diskussion mit Sorge, und die Rechtsabteilung stellte fest, dass derartige Ansprüche vor Gericht keine Aussicht auf Erfolg hätten, angesichts des »gewaltigen moralischen Drucks« aber nicht unproblematisch seien.[194] Nachdem die Deutsche Bank tatsächlich fünf Millionen DM gezahlt hatte, beriet man auch im Vorstand bei Daimler-Benz über die Möglichkeiten

192 PR-Magazin, Mai 1985.

193 Vgl. MBCA, GUG, III, »Projektbeschreibung«, 10.6.1983.

194 Vgl. MBCA, GUG, II, Bernd Gottschalk an Solms Wittig, Leiter der Rechtsabteilung, 7.1.1986; Solms Wittig an Bernd Gottschalk, 9.1.1986 (Zitat).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
von Zahlungen. Hier war man sich einig, dass die Diskussion »an unserem Haus nicht vorübergehen« werde, und da genaue Beschäftigungszahlen weder aus der GUG-»Dokumentation« hervorgingen noch im Archiv vorhanden waren, beauftragte man die GUG mit jener erwähnten zweiten Studie zur Zwangsarbeit, von deren Ergebnis man weitere Entscheidungen abhängig machen wollte.[195] Der Vorstandsvorsitzende Breitschwerdt versprach sich von dieser zweiten GUG-Studie einen »offiziellen Charakter« und legitimen Zeitgewinn.[196] Personalvorstand Gentz schlug darüber hinaus vor, in die offizielle Sprachregelung auch den Hinweis mit aufzunehmen, dass »mit hoher Wahrscheinlichkeit keine juristischen Ansprüche bestünden, eine Entscheidung ggf. also auf einer anderen, moralischen Ebene getroffen werden müsse«.[197] Diese Linie, die Daimler-Benz dann in den kommenden Monaten öffentlich vertrat, war zwar keine Zusage an Zahlungen, aber auch keine Absage – und damit ein Novum: Noch nie zuvor hatte ein Unternehmen Entschädigungen in Aussicht gestellt, ohne dass konkrete Forderungen von ehemaligen Zwangsarbeitern erhoben worden waren. Neu war außerdem, dass Daimler-Benz solche eventuellen Zahlungen für jegliche (also nicht nur jüdische) Zwangsarbeiter erwägen wollte. Die explizite Trennung zwischen juristischen Ansprüchen und moralischen Erwägungen war hingegen ein Rückzug auf die bereits in den fünfziger Jahren, etwa im Wollheim-Prozess, markierte Verteidigungslinie, die keine neuen Verbindlichkeiten aufmachte und dennoch einen Imageschaden vermied. Dementsprechend selbstsicher agierte Gottschalk auf der bereits erwähnten Pressekonferenz im Januar 1986, als er ankündigte, anhand der Ergebnisse der zweiten GUG-Studie Ansprüche zu prüfen und zugleich hinsichtlich der Entscheidung »nicht nur juristische Aspekte miteinzubeziehen«.[198] Diese Ankündigung war in der öffentlichen Berichterstattung nicht unerwähnt geblieben und sogar in der ausländischen Presse zur Kenntnis genommen worden.[199] Das hatte zur Folge, dass in den kommenden Monaten diverse Briefe von ehemaligen Zwangsarbeitern aus Israel, West- und Osteuropa bei Daimler-Benz eintrafen und individuelle Entschädigungszahlungen einforderten.[200]

Bei Daimler-Benz sollte das Thema Zwangsarbeit nun einen größeren Stellenwert bekommen. Unter der Leitung von Bernd Gottschalk wurde ein Arbeitskreis gegründet, in dem fortan Mitarbeiter des Archivs, der Öffentlichkeitsarbeit, der Personal- und Rechtsabteilung die Zusammenarbeit mit der GUG besser koordinieren, die Anfragen von Medien und ehemaligen Zwangsarbeitern beantworten sowie die Optionen der Entschädigungsfrage für Daimler-Benz ausloten sollten.[201] Hier war es insbesondere der Assistent

195 Vgl. MBCA, GUG I, Protokoll Vorstandssitzung, 14.1.1986, S. 9 f.
196 Ebd, S. 10.
197 Ebd.
198 MBCA, Worieschеck, 1, Pressegespräch, 20.1.1986, S. 10.
199 Vgl. Handelsblatt, 21.1.1986; Stuttgarter Zeitung 21.1.1986; Reuters France, 22.1.1986.
200 Vgl. die Briefe aus In- und Ausland in MBCA, Worieschеck, 2-7.
201 Vgl. MBCA, GUG, II, Aktennotiz Rainer Karnowski, 13.3.1986.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
von Personalvorstand Gentz, Gerd Wortescheck, der das Thema vorantrieb und bis zu seinem Ausscheiden Mitte der neunziger Jahre stetig betreute. Für die Mitarbeiter galt es in den kommenden Monaten einen schmalen Grat zu begehen, die rechtlichen Verpflichtungen bzw. freiwilligen Möglichkeiten einer Entschädigung zu sondieren, aber gleichzeitig nach außen hin keine zu großen Erwartungen zu wecken und sich weiterer Kritik auszusetzen. So wurde zum einen der Kontakt zu den ehemaligen Zwangsarbeitern gepflegt und verschiedene standardisierte Antwortbriefe (je nach Adressat und Interesse) verfasst, in denen auf die »Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte« bzw. die »Aufklärung« der Zwangsarbeiter-Problematik hingewiesen und um Geduld gebeten wurde.[202] Zum anderen wurde mit der GUG der inhaltliche Umfang der Studie und der offizielle Auftrag vertraglich festgelegt (zum Ärger von Daimler-Benz ohne Angabe eines konkreten Abgabedatums[203]) und über den Interview-Fragebogen diskutiert, mit dem die GUG sich an die ehemaligen Zwangsarbeiter wenden konnte. In diesen Interviews, die keine »flächendeckende Aktion« sein sollten, war Daimler-Benz der Hinweis wichtig, dass »das Interviewprogramm einer nüchternen historischen Bestandsaufnahme dient und eine Verknüpfung mit eventuellen Ansprüchen nicht möglich ist.«[204] Da die Rechtsabteilung von Daimler-Benz weiterhin signalisierte, dass juristische Ansprüche von Zwangsarbeitern vor dem Hintergrund des Londoner Schuldenabkommens nicht bestanden, war die wichtigste Frage des Arbeitskreises, die es zu klären galt, in welcher Form eine freiwillige Zahlung ggf. geleistet werden konnte, die der öffentlichen Erwartungshaltung gerecht werden und zugleich das Unternehmen nicht in jahrelange, noch kompliziertere Folgeprobleme verwickeln würde. Auch eine »mögliche Stiftungskonzeption« wurde bereits früh vom Leiter der Öffentlichkeitsarbeit ins Spiel gebracht.[205] Vor diesem Hintergrund suchte Daimler-Benz den Rat von verschiedenen Seiten und insbesondere auch das unverbindliche Gespräch mit Interessensvertretungen der Betroffenen. Mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland beispielsweise entwickelte sich ein stetiger Kontakt, im Rahmen dessen sich Daimler-Benz-Chef Werner Breitschwerdt und Zentralratsvorsitzende Werner Nachmann über das Problem und etwaige Lösungsmöglichkeiten mehrmals austauschten.[206]

Daimler-Benz war es ebenso wichtig, sich in den Reihen der deutschen Wirtschaft Rat und Unterstützung zu suchen. War der erste Auftrag an die GUG im Jahr 1983 noch eher mit Schulterzucken von anderen Unternehmens-

202 Vgl. bspw. MBCA, Wortescheck, 5, Briefentwurf, 9.4.1986.
203 Vgl. MBCA, Wortescheck, 1, Schreiben der GUG an Bernd Gottschalk.
204 DAG, Wortescheck 1, Protokoll Arbeitskreis Zwangsarbeit, 22.9.1986. Letztlich wurde auf schriftliche Interviews verzichtet und stattdessen mündliche Interviews durchgeführt. DAG, Wortescheck, 1, Protokoll Arbeitskreis Zwangsarbeit, 16.2.1987, S. 2.
205 MBCA, GUG, III, Bernd Gottschalk an Werner Breitschwerdt, 25.4.1986, S. 6.
206 Vgl. MBCA, Wortescheck, 20, Werner Breitschwerdt an Werner Nachmann, 1.12.1986. Erste Kontakte hatte es schon im April und Juni 1986 gegeben.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
vorständen quittiert worden, so war der zweite Auftrag zur Zwangsarbeiterforschung bereits mit größerer Sorge beobachtet worden. Man befürchtete, dass er andere Konzerne ungewollt unter Zugzwang setzen würde. Wie vom Vorstand ursprünglich angedacht, bemühte sich der Arbeitskreis, Kontakte zu anderen Unternehmen zu knüpfen und vor allem den Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) mit in die Überlegungen zur Entschädigungsfrage einzubinden. Im Mai hatte auch Volkswagen einen Forschungsauftrag zur eigenen NS-Vergangenheit angekündigt, und Daimler-Benz vertrat nun offiziell die Meinung, dass sich mit der Zwangsarbeiterthematik »ein Problem stellt, das sinnvollerweise von den betroffenen deutschen Industrieunternehmen gemeinsam gelöst werden sollte.«[207] Der BDI beharrte jedoch auf dem Standpunkt, das Londoner Schuldenabkommen verweise jegliche Ansprüche an den Staat, und schien vielmehr Sorge vor einem Alleingang des Stuttgarter Automobilkonzerns zu haben, der angesichts einer guten Ertragslage ggf. zu hohe Zahlungen leisten würde.[208] Breitschwerdt versuchte hingegen im Gespräch mit dem BDI-Vorsitzenden klarzumachen, dass angesichts der vielen kritischen Stimmen Daimler-Benz gut daran getan habe, das Thema offen anzugehen, und ansonsten »erhebliche geschäftliche Schäden – vor allem in den USA« hätte in Kauf nehmen müssen. Während der BDI die Haltung vertrat, das Thema Zwangsarbeit sei für das Gros der von ihm repräsentierten Firmen nicht relevant, und er es den einzelnen Unternehmen selbst überlassen wollte, präsentierte Daimler-Benz dem BDI die Idee einer »Stiftung unter staatlicher Regie und auf Initiative des BDI«, die die Aufgaben der Entschädigung und Forschungsfinanzierung im Sinne einer historischen Verantwortung übernehmen könne. Betroffene Firmen würden zwar zahlen, sähen sich aber von der »Konfrontation mit Einzelfällen entlastet.«[209] Der BDI verwies jedoch auf die »harte Linie« des Bundesfinanzministeriums auf Grundlage des Londoner Schuldenabkommens und darauf, dass die Anerkennung von Ansprüchen durch Unternehmen ein Präjudiz darstellen würde und unterbleiben müsse. Auch in den folgenden Monaten lehnte der BDI es ab, sich in der Sache zu exponieren.[210]

Die Sondierungen zwischen Daimler-Benz und dem BDI fielen im Jahr 1986 in einen Zeitraum, in dem die Entschädigungsfrage nicht nur in der Rechtswissenschaft wieder stärker diskutiert wurde, sondern auch auf politischer Ebene den Auftakt zu einer »Reparlamentisierung der Wiedergutmachung«

207 So in der hauseigenen Mitarbeiterzeitung Aktuell (17/86), in MBCA, Woriescheck, 1, 16.5.1986, S. 2. Zur VW-Ankündigung vgl. Handelsblatt, 9.5.1986.

208 Vgl. MBCA, Woriescheck, 26, Grasmann an Solms Wittig, 17.2.1986; MBCA, GUG, I, Alfred Herrhausen an Werner Breitschwerdt, 15.4.1986.

209 MBCA, Woriescheck, 1, Gesprächsvorlage Werner Breitschwerdt mit Langmann, 21.7.1986, S. 3 f.

210 Vgl. MBCA, GUG, I, Vermerk Kassai, 9.9.1986; MBCA, Woriescheck, 26, Vermerk Solms Wittig, 10.9.1986; MBCA, Woriescheck, 26, Vermerk Solms Wittig, 4.5.1987.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

bildete.[211] Der Entschädigungsaktivismus der frühen achtziger Jahre für die »vergessenen Opfer« begann, vor allem vermittelt durch die Bundestagsfraktion der Grünen, den Deutschen Bundestag zu beschäftigen und insbesondere das Problem der Zwangsarbeiter langsam als eigenständiges Problem zu etablieren. Im Zuge der Diskussion um die Entschädigungszahlungen der Deutschen Bank an ehemalige Zwangsarbeiter der Dynamit-Nobel AG hatten die Grünen mehrere Anträge gestellt, die auf eine Neuregelung der Wiedergutmachungsregelungen und eine Entschädigung aller NS-Verfolgten, das heißt explizit auch der Zwangsarbeiter der deutschen Kriegswirtschaft, drangen, was durch eine Entschließung des Europäischen Parlaments in Straßburg unterstützt worden war.[212] Im Sommer 1986 herrschte zudem Wahlkampf. Die Grünen brachten einen Gesetzesantrag im Bundestag ein, der in Form einer Stiftung zu einer Entschädigung der Zwangsarbeiter durch die deutschen Unternehmen führen sollte, und die Bundesregierung wurde aufgefordert, zur Entschädigungsfrage umfassend Stellung zu nehmen.[213] Dieser Antrag wurde von Daimler-Benz besorgt zur Kenntnis genommen und war ebenfalls Gegenstand der Gespräche mit dem BDI. Der BDI sollte beim federführenden Finanzministerium seinen Einfluss geltend machen, dass die für November geplante Stellungnahme der Bundesregierung zur Entschädigungsfrage, die »Verantwortung des Staates auch für diese Kriegsopfer« [der Zwangsarbeiter] deutlich mache.[214] Da zudem die Veröffentlichung der GUG-»Dokumentation« genau in den Zeitraum der entscheidenden Bundestagsdebatte fiel (auch die SPD hatte inzwischen einen Gesetzesantrag gestellt), wurde im Vorstand von Daimler-Benz darüber beraten, wie mit anderen Unternehmen Wege gefunden werden könnten, um »die Entschädigungsfrage in den Hintergrund zu drängen« und zugleich »die Idee einer ›Stiftung‹ mit historisch-wissenschaftlicher Zielsetzung« zu fördern.[215] Diese Gespräche verdeutlichen, dass Daimler-Benz – jenseits aller Überlegungen einer freiwilligen Zahlung – in juristischer Hinsicht ebenfalls alles daransetzte, dass die gängige Rechtsauffassung (Zwangsarbeit als Kriegsfolge, Reparationsfrage durch Londoner Schuldenabkommen vertagt) keine Veränderung erfuhr und keine neuen juristische Ansprüche begründet werden konnten. Damit folgte auch Daimler-Benz implizit dem seit den fünfziger Jahren beharrlich wiederholten Argumentationsmuster, dass Unternehmen »im Auf-

211 Zur politischen Debatte und den entsprechenden Anträgen zur »zweiten Wiedergutmachung« vgl. Goschler, Schuld, S. 350-356 (Zitat S. 350); Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 126 f. Zur Diskussion in der Rechtswissenschaft und -praxis vgl. Adamheit, Entschädigung, S. 213-226.

212 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 10/4040, 17.10.1985; Deutscher Bundestag, Drucksache 10/4640, 14.1.1986; Deutscher Bundestag, Drucksache 10/4996, 3.2.1986.

213 Deutscher Bundestag, Drucksache 10/5765, 25.6.1986; Deutscher Bundestag, Drucksache 10/5797, 27.6.1986.

214 MBCA, Worieschеck, 26, Gesprächsvorlage für Breitschwerdt, 18.7.1986.

215 MBCA, GUG, III, Vorstandsvorlage, 22.10.1986, S. 6.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
trag des Reiches« gehandelt hätten, als sie die ihnen »zugewiesenen« Häftlinge beschäftigt hatten. Nachdem der Bericht der Bundesregierung im November trotz der kontroversen Bundestagsdebatte genau diese Haltung bestätigte, wurde wieder in der linksliberalen Presse Kritik laut, dass die bestehenden Entschädigungsregelungen »kein Ruhmesblatt« seien und immer noch »ganze Gruppen von NS-Opfern auf eine Entschädigung« warteten.[216] Bei Daimler-Benz war man angesichts des Berichts vorerst beruhigt, wusste aber gleichwohl, dass nun eine »Verstärkung des moralischen Druckes auf uns« folgen würde.[217]

In der Tat sollte um die Jahreswende 1986/87 herum das Thema Zwangsarbeit für Daimler-Benz eine neue Dynamik entwickeln, als das erste Mal die Jewish Claims Conference sich mit einem Schreiben direkt an Daimler-Benz wandte. Benjamin B. Ferencz und die Mitarbeiter der JCC hatten beim Automobilkonzern im Gegensatz zu den anderen, in Nürnberg angeklagten Unternehmen in den vergangenen Jahrzehnten wenig Angriffsfläche gesehen. Erst die Pressekonferenz im Januar 1986 und ein kritischer Bericht der Jewish Telegraphic Agency, warum die JCC nicht aktiv werde, verschob den Fokus der JCC auf Daimler-Benz.[218] Zwar hatte Ferencz bereits im Jahr zuvor erste Hinweise von Historikern wie Bernard Bellon erhalten, aber erst nach der öffentlichen Ankündigung des Autobauers, Zahlungen zu prüfen, begann die JCC, die Berichterstattung über Daimler-Benz intensiver zu verfolgen.[219] Zudem gab man erste Zeichen Richtung Daimler-Benz, so wie Daimler-Benz erste Kontakte zum Zentralrat der Juden in Deutschland knüpfte. Keiner wagte sich voll aus der Deckung, niemand wollte den Frontalangriff. So begann die JCC eigene Zahlen zur Beschäftigung von Zwangsarbeitern bei Daimler-Benz zu recherchieren und kontaktierte dafür auch die GUG – was die wiederum Daimler-Benz mitteilte.[220] Ferencz hatte die erste, im November veröffentlichte GUG-Studie gelesen und sich Hans Pohl gegenüber beeindruckt gezeigt von der »Ernsthaftigkeit der Anstrengungen« – eine Aussage, die die Öffentlichkeitsarbeit bei Daimler-Benz fortan als positive Referenz gegenüber »neuen Angriffen« nutzte.[221] Zum Jahresende machte die JCC dann den ersten offiziellen Schritt auf Daimler-Benz zu, und der Präsident der JCC,

216 Vgl. Deutscher Bundestag, Drucksache 10/6287, 31.10.1986; Die Zeit, 9.12.1986 (Zitat).

217 MBCA, GUG, II, Solms Wittig an Werner Breitschwerdt, 21.11.1986.

218 Vgl. USHMMA, 12.004.07*01,4, Jewish Telegraphic Agency, 22.1.986; Brief von Benjamin B. Ferencz an den *Spiegel*, 3.2.1986.

219 Vgl. USHMMA, 12.004.07*01,4, Bernard Bellon an Benjamin B. Ferencz, 26.6.1985; Wolfgang Zollitsch (Uni Freiburg) an Benjamin B. Ferencz, 15.11.85; darin Artikel des *Spiegel* und der *FAZ*.

220 Vgl. USHMMA, 12.004.07*01,4, Saul Sagan an Benjamin B. Ferencz, 2.3.1986; Ernst Katzenstein an Saul Kagan, 11.8.1986.

221 Das Zitat von Ferencz und seine Nutzung in MBCA, Woriescheck, 1, Benjamin B. Ferencz an Ernst Katzenstein, 25.1.1987 (Übersetzung SB); Internes Rundschreiben Bernd Gottschalk, 3.3.1987; Vgl. auch die Liste »Positive Rezensionen und Äußerungen« in MBCA, Woriescheck, 27. Auch die GUG nutzte das Zitat für Pressemit-

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Rabbi Israel Miller, schrieb direkt an Breitschwerdt, dass man angesichts der GUG-Studie darauf vertraue, dass Daimler-Benz den Präzedenzfällen der IG Farben, Krupp etc. folgen wolle, und bat um ein Treffen.[222] Während Breitschwerdt auf dieses Schreiben höflich und bedacht antwortete, ließ die GUG durch den US-Historiker Turner die JCC wissen, dass die »DB-Vorstände eine Neigung zu zahlen« hätten.[223] Da die JCC auch von den Gesprächen mit dem BDI Wind bekommen hatte, wuchs bei der JCC die Hoffnung auf eine neue »globale Lösung« eines Fonds für alle Unternehmen, der die zähen individuellen Verhandlungen überflüssig machen würde.[224]

Für Daimler-Benz bedeutete der Kontakt zur JCC, dass sich die Entschädigungsfrage womöglich mit Hilfe einer renommierten Interessenvereinigung lösen ließe, die Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit versprach. Denn nicht nur für den Autobauer stellte sich gemeinhin die Frage: Wer vertritt die ehemaligen Verfolgten? Der Entschädigungsaktivismus der frühen achtziger Jahre für die »vergessenen Opfer« hatte zwar zu einer neuen Selbstorganisation der verschiedenen Verfolgtengruppen geführt, die jedoch wenig politische Durchsetzungskraft entwickelten. Angesichts dieser Schwäche begannen sich einzelne Aktivisten wie Günter Saathoff bei den Grünen oder der Journalist Lothar Evers als professionell organisierte Fürsprecher der NS-Verfolgten und insbesondere der Zwangsarbeiter zu positionieren.[225] Im Vergleich zu dieser jüngeren Generation an bislang unbekannten Unterstützern oder Akteuren aus dem linken Umfeld wie Alfred Hausser vom baden-württembergischen VVN-BdA mag den Verantwortlichen bei Daimler-Benz die JCC noch verhältnismäßig berechenbar erschienen sein. Immerhin stand die JCC für eine Entschädigungspolitik, die in den fünfziger und sechziger Jahren zu einzelnen Abkommen mit Unternehmen geführt hatten, die in Form von Pauschalzahlungen erfolgreich umgesetzt worden und der trennenden Logik zwischen Recht und Moral gefolgt waren. Vor diesem Hintergrund schien sich im Frühjahr 1987 eine Möglichkeit der Entschädigungszahlung anzubahnen, die Beziehungen verdichteten sich und es gab erste Anzeichen der Kooperation. Die JCC und die GUG tauschten sich in einem ersten persönlichen Gespräch unter anderem über ihre Erkenntnisse zur Zwangsarbeit bei Daimler-Benz aus. Die JCC vermittelte der GUG einen Archivzugang in Yad Vashem.[226] Daimler-

teilungen, vgl. MBCA, GUG, III, Stellungnahme zu den Hauptvorwürfen, o. D. (vermutlich April 1987).

222 Vgl. MBCA, Woriescheck, 20, Israel Miller an Werner Breitschwerdt, 26.12.86; der Brief ebenfalls in MBCA, Woriescheck, 20.

223 Vgl. USHMMA, 12.004.07*01,3, Werner Breitschwerdt an Israel Miller, 28.1.87; Zitat Turner in Brief Saul Kagan an Ernst Katzenstein, 8.1.87 (Übersetzung SB).

224 USHMMA, 12.004.07*01,3, Saul Kagan an Benjamin B. Ferencz, 5.3.1987 (Übersetzung SB).

225 Vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 128-150.

226 Vgl. MBCA, Woriescheck, 1, Aktennotiz Beate Brüninghaus, 10.2.1987; USHMMA, 12.004.07*01,3, Hans Pohl an Ernst Katzenstein, 10.2.1987; Ernst Katzenstein an Benjamin B. Ferencz, 17.2.1987.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Benz suchte derweil den regelmäßigen Austausch zur GUG und begleitete eng die Arbeit an der »Zwangsarbeiter«-Studie. Im Arbeitskreis war man sich inzwischen darüber einig, dass das geplante Rechtsgutachten überflüssig sei, da »rechtliche Argumente der Debatte um Zahlungen nichts nützen«.[227] Den inzwischen über 100 eingegangenen Anfragen von ehemaligen Zwangsarbeitern sah man sich dennoch soweit gegenüber aufgestellt, dass man diesen einen weiteren standardisierten Brief zukommen ließ, in dem man noch einmal um Zeit bat und zugleich bereits feststellte, dass individuelle Zahlungen nicht in Betracht kämen.[228] Parallel dazu hielt der Arbeitskreis bei Daimler-Benz weiter an der Stiftungsidee fest und entwickelte einen »Fahrplan«, demzufolge der BDI weiter bearbeitet werden und danach auch Volkswagen und BMW als treibende Kräfte gewonnen werden sollten.[229]

Die JCC hatte nicht nur mit der GUG und Daimler-Benz Kontakt aufgenommen, sondern war auch von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte angeschrieben und auf ihre Arbeit aufmerksam gemacht worden – das wusste man auch im Arbeitskreis.[230] Das angekündigte Daimler-Benz-Buch schien für Daimler-Benz nun doch zu einem unkalkulierbaren Störfaktor für potentielle Verhandlungen werden zu können. Hatte die Buchpremiere im April tatsächlich eine erneute mediale Aufmerksamkeit auf Daimler-Benz provozieren können – den Anfang hatte die oben erwähnte *Monitor*-Sendung gemacht[231] –, versicherte die JCC jedoch, dass man das Buch der GUG keineswegs als »vorsätzliche Weißwaschung« einschätze und darin durchaus »grundlegende Informationen« zum Thema Zwangsarbeit bei Daimler-Benz vorfinde.[232] Im Vorstand bzw. Aufsichtsrat von Daimler-Benz provozierte der Frontalangriff der HSG eine ausführliche Diskussion, wie weiter mit der Entschädigungsfrage umzugehen sei, da – wie es ein Mitglied der Arbeitgeberseite ausdrückte – »Daimler-Benz in der Schusslinie bleibe, unabhängig davon, was seitens des Unternehmens getan werde«.[233] Breitschwerdt verteidigte die als zögerlich kritisierten Maßnahmen gegenüber den Arbeitnehmer-Vertretern und bestand auf einem »gemeinsamen Vorgehen« mit anderen deutschen Unternehmen.[234] Auch wenn man sich im Vorstand durch das Daimler-Benz-Buch nicht wirklich getroffen wähnte, so war es zu diesem Zeitpunkt ein katalysierender Faktor, die Entschädigungsfrage im Notfall auch allein zu klären. Das Daim-

227 MBCA, Woriescheck, 1, Protokoll Arbeitskreis, 16.2.1987, S. 3.
228 Vgl. die Briefe in MBCA, Woriescheck, 2. Zu der Anzahl der Anfragen vgl. MBCA, Woriescheck, 26, Vorbereitete Antwort für Hauptversammlung 1987, 30.6.1987.
229 MBCA, Woriescheck, 1, »Fahrplan« zur Förderung des Stiftungsgedankens »Drittes Reich«, 20.1.1987.
230 Vgl. USHMMA, 12.004.07*01,3, Benjamin B. Ferencz an Ernst Katzenstein, 26.1.1987. Der Brief auch in MBCA, GUG, II.
231 ARD, 13.3.1987. Vgl. S. 247 f. dieser Arbeit.
232 USHMMA, 12.004.07*01,2, Benjamin B. Ferencz, 28.5.1987 (Übersetzung SB).
233 AdSD, ZWA 435, Protokoll Aufsichtsratssitzung, 29.4.1987, S. 24
234 MBCA, GUG, I, Redetext Werner Breitschwerdt, Aufsichtsratssitzung, 29.4.1987, S. 40.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ler-Benz-Buch erhöhte den Druck auf Daimler-Benz, »endlich« verbindliche Zahlen und Regelungen in der Öffentlichkeit vorzustellen.[235] So erschienen dem Ehrenvorsitzenden des Aufsichtsrats Hermann Josef Abs jenseits aller völkerrechtlichen Zusammenhänge mit dem Londoner Schuldenabkommen jetzt »greifbare Maßnahmen seitens DB unerlässlich«.[236] Auch der Vorstand beschloss nun eine »vordringliche Konkretisierung der Möglichkeiten für Entschädigungsleistungen« an ehemalige Zwangsarbeiter und beauftragte Manfred Gentz, den Arbeitskreis zu übernehmen, um konkrete »Kriterien für die Entschädigungsregelung« zu erarbeiten und »Sondierungsgespräche« mit Organisationen zwecks »Abwicklung eventueller Entschädigungsleistungen« zu führen.[237] Die Etablierung des Arbeitskreises auf Vorstandsebene mittels des Personalvorstands Gentz war offenbar auch als Zeichen an die eigenen Mitarbeiter gedacht, da es nach Erfahrungen der GUG und der Archivmitarbeiter noch immer »offensichtlich hausintern – auf sehr hoher Ebene – Bestrebungen [gebe], die Recherchen zu dem Themenkreis ›Fremd- und Zwangsarbeiter‹ so gut wie möglich zu behindern«.[238]

Die Konkretisierung der Lösungsansätze bei Daimler-Benz fiel im Sommer 1987 in eine Zeit, die den »Höhepunkt der Diskussion um ›vergessene Opfer‹« markierte und der politischen Debatte neue Energie zuführte.[239] Nachdem im Frühjahr die schwarz-gelbe Bundesregierung wiedergewählt worden war, hatten die SPD und die Grünen ihre Gesetzesanträge erneut ins Parlament eingebracht. Im Juni fand daraufhin eine Anhörung von NS-Verfolgten und ihren Unterstützern vor dem Innenausschuss des Bundestags statt, die nicht nur in den Reihen der Abgeordneten, sondern auch in der medialen Berichterstattung einen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Auch wenn Zwangsarbeiter hier noch primär als eine diskriminierte Minderheit unter vielen wahrgenommen bzw. missverstanden wurden, wie Ulrich Herbert kritisierte (der SPD-Entwurf zu einer Stiftungslösung schloss Zwangsarbeiter sogar weiterhin ganz aus), so gab es einzelne Medienberichte, die dezidiert auf das Problem Zwangsarbeit eingingen und Konzerne wie Daimler-Benz, Volkswagen oder Siemens mit deren »längst widerlegten« Argumenten, »nur auf Befehl gehandelt zu haben«, angriffen.[240] Die Anhörung im Bundestag und ihre öffentliche Resonanz verdeutlichten, dass Zwangsarbeiter im Rahmen der Diskussion um »vergessene Opfer« weiterhin einen prekären Status hatten. Die Stimmen, die

235 Interview Edzard Reuter, 12.11.2013. Gottschalk sprach im Nachhinein von »Zugzwang«, vgl. MBCA, GUG, II, Notiz Bernd Gottschalk, 7.9.1987, S. 1.

236 AdSD, ZWA 435, Protokoll Aufsichtsratssitzung, 29.4.1987, S. 27.

237 MBCA, GUG, I, Protokollauszug Ordentliche Vorstandssitzung, 21.4.1987; Protokollauszug Ordentliche Vorstandssitzung, 19.5.1987.

238 MBCA, GUG, II, Rainer Karnowski an Max von Pein, 27.5.1987, S. 2.

239 Vgl. Goschler, Schuld, S. 353 f.; Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 127 (Zitat).

240 Vgl. etwa Frankfurter Rundschau, 26.6.1987; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 28.6.1987 (Zitat). Vgl. dagegen ohne Zwangsarbeiterbezug z. B. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.6.1987; Die Welt, 25.6.1987; Stuttgarter Nachrichten, 25.6.1987.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Zwangsarbeit als eigenständiges Problem ansahen, das keineswegs »vergessen«, sondern bewusst ausgeschlossen worden war, mehrten sich jedoch – und das wurde auch bei Daimler-Benz aufmerksam registriert.[241] So wie im Parlament und in den Medien debattiert wurde, wer als NS-Verfolgter zu gelten habe, versuchte auch der Arbeitskreis bei Daimler-Benz, verbindliche Abgrenzungskriterien für Fremd- bzw. Zwangsarbeiter, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene zu definieren, und hatte dabei stets auch die nicht-jüdischen Opfergruppen im Blick.[242] Wie nachgerade übersensibilisiert der Arbeitskreis inzwischen gegenüber der öffentlichen Meinung war, deutete der kurzzeitig diskutierte, jedoch nie umgesetzte Vorschlag an, einen gesonderten »Ausschuss zur Bearbeitung von Kriterien für die Zwangsarbeiter-Bewertung« einzuberufen und mit Institutionen wie dem Zentralrat der Juden oder Amnesty International bzw. Persönlichkeiten wie Richard von Weizsäcker, Henry Kissinger oder Mutter Teresa zu besetzen.[243] So skurril der Vorschlag im Rückblick erscheint, so zeigt er an, wie sehr auch Daimler-Benz versuchte, die neuen Spielregeln der öffentlichen, medial inszenierten Auseinandersetzung um Entschädigungsleistungen zu adaptieren. Die Offenheit gegenüber neuen Wegen belegen auch die konkreten Modelle zu einer finanziellen Abwicklung der Zahlungen, die im Arbeitskreis gegeneinander abgewogen wurden:

> »a) Bereitstellung eines Entschädigungsfonds und Abwicklung ausschließlich durch die DBAG
> b) Fondslösung auf der Ebene von Industrieverbänden (BDI, BDA, VDA) oder in der gemeinsamen Trägerschaft mehrerer privater Unternehmen
> c) Gemischtes Fonds- und Stiftungskonzept unter Beteiligung privater und öffentlicher Stellen
> d) Rein staatlicher Entschädigungsfonds, der u. U. durch Sonderabgaben ›Zwangsarbeiterpfennig‹ der Wirtschaft gespeist werden könnte
> e) Einrichtung eines Daimler-Benz-Entschädigungsfonds bei einer karitativen Organisation / z. B. Deutsches Rotes Kreuz oder Deutscher paritätischer Wohlfahrtsverband«.[244]

Dabei wurden von den Beteiligten von Anfang an pauschale Lösungen über einen »unbeteiligten Dritten« wie das Deutsche Rote Kreuz favorisiert, der die Zahlungen an Betroffene und karitative Einrichtungen in den jeweiligen Ländern weiterleiten könnte.[245] In diesem Sinne wurden auch weitere symbolische Gesten wie die Errichtung einer Gedenktafel auf dem Werksgelände oder

241 Vgl. Pressesammlung in MBCA, Woriescheck, 20.
242 Vgl. MBCA, GUG, II, Memorandum Scholz, 6.5.1987; Protokoll Arbeitskreis, 15.5.1987; Arbeitspapier Woriescheck, 22.6.1987.
243 MBCA, GUG, II, Rainer Karnowski an Max von Pein, 4.6.1987.
244 MBCA, GUG, II, Memorandum Scholz, 6.5.1987, S. 7.
245 Vgl. MBCA, GUG, II, Memorandum Scholz, 6.5.1987, S. 7 f.; Protokoll Arbeitskreis, 15.5.1987, S. 2; MBCA, Woriescheck, 20, »Vorschläge für alternative Formen der Entschädigung von Zwangsarbeitern«, 31.8.1987, S. 3.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die Unterstützung der historischen Forschung für sinnvoll erachtet.[246] Nicht zuletzt standen immer wieder die zu erwartenden Entschädigungssummen im Mittelpunkt der Diskussion. Während dabei zum einen erste »Obergrenzen« bei 20 bis 25 Millionen DM anhand der vorangegangenen Leistungen von deutschen Unternehmen an die JCC genannt wurden, schien es den Beteiligten doch »unmöglich«, Vorschläge für individuelle Bandbreiten zu entwickeln, die den spezifischen Schicksalen und gegenwärtigen Lebensumständen gerecht werden sollten – was auch wiederum den Vorteil einer Pauschallösung unterstrich.[247] In all diesen Überlegungen wurde die mögliche Außenwirkung der Maßnahmen stets miteinbezogen, da die »Zwangsarbeiterfrage«, wie es ein Mitarbeiter der Rechtsabteilung formulierte, »in erster Linie ein PR-relevantes, von den öffentlichen Medien aktiviertes Problemfeld«, d. h. im Umkehrschluss weniger ein juristisches Problem für Daimler-Benz sei, das man auch »beim besten Willen kaum […] aus eigener Kraft zu lösen« vermochte.[248]

Parallel zu diesen Detailplanungen führten die Verantwortlichen des Arbeitskreises persönliche Gespräche mit Mitgliedern der Bundesregierung und Vertretern des BDI, um ein gemeinsames Vorgehen abzustimmen. Aber sowohl die Bundesregierung als auch der BDI gaben deutlich zu verstehen, dass sie keine Pläne aktiv verfolgen wollten, ehemalige Zwangsarbeiter individuell oder pauschal zu entschädigen.[249] Insbesondere im Bundesfinanzministerium erklärte man den Vertretern von Daimler-Benz, dass die strikte Haltung unter Berufung auf das Londoner Schuldenabkommen, das über Jahrzehnte eine Rechtsverbindlichkeit vermieden habe und auch in der jüngsten politischen Debatte um »vergessene Opfer« wieder angeführt worden war, nicht aufgeweicht werden sollte. Die Idee einer Stiftung würde denjenigen Forderungen Vorschub leisten, die die individuelle Entschädigung von Zwangsarbeit als Wiedergutmachung etablieren wollten, was man nicht zuletzt zu Gunsten des deutschen Steuerzahlers verhindern müsse. Einem »Daimler-Benz-Modell« der pauschalen Zahlung standen die Vertreter des BMF skeptisch, aber nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, da man sich eine gewisse Entlastung versprach, die keine präjudizierende Wirkung für andere Fälle bedeute.[250] Beim BDI schien man aber gerade die öffentliche Wirkung einer exemplarischen Entschädigungszahlung zu befürchten, wobei insbesondere die Höhe der Zahlung eine wichtige Rolle spielte. Daimler-Benz gehörte zu diesem Zeitpunkt zu den gewinnstärksten Unternehmen der Bundesrepublik mit Jahresüberschüs-

246 Vgl. MBCA, Woriescheck, 20, »Vorschläge für alternative Formen der Entschädigung von Zwangsarbeitern«, 31.8.1987. S. 1 f.

247 Vgl. MBCA, GUG, II, Memorandum Scholz, 6.5.1987, S. 8; MBCA, Woriescheck, 20, »Zahlungen an Zwangsarbeiter«, 21.6.1987, S. 4 (Zitat).

248 MBCA, GUG, II, Memorandum Scholz, 6.5.1987, S. 1 f.

249 Vgl. das Gespräch zwischen Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth und Manfred Gentz, in MBCA, GUG, II, Notiz Manfred Gentz, 16.7.1987.

250 Staatssekretär im BMF Friedrich Voss gegenüber Bernd Gottschalk, in MBCA, GUG, II, Notiz Bernd Gottschalk, 3.9.1987 (Zitat).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
sen in Milliardenhöhe. Die anvisierte Obergrenze von 20 bis 25 Millionen DM als Pauschalzahlung war im Vergleich zu den sonstigen Aufwendungen des Autobauers und insbesondere vor dem Hintergrund der milliardenschweren Unternehmensbeteiligungen im Rahmen des geplanten Konzernumbaus ein »Klacks«, und Daimler-Benz wäre im Zweifel auch zu einer deutlich höheren Zahlung bereit gewesen, wenn nicht der BDI und andere Unternehmen Daimler-Benz wütend den »Verrat der Interessen der deutschen Wirtschaft« vorgeworfen hätten.[251] Andere Konzerne konnten oder wollten sich eine solche Zahlung nicht leisten und fürchteten, dass Daimler-Benz die Messlatte für eventuell folgende Fälle zu hoch legen würde. Im Arbeitskreis bei Daimler-Benz hatte man dagegen inzwischen detaillierte Beschäftigungszahlen vorliegen, die aus der Zusammenarbeit zwischen der GUG und dem Konzernarchiv stammten und die einen Eindruck vom Umfang der Zwangsarbeiterbeschäftigung zwischen 1941 bis 1945 gaben.[252] Nicht zuletzt bekam Daimler- Benz auch von anderen Seiten Unterstützung signalisiert: Zum einen hatte Daimler-Benz (unter Vermittlung von Hermann J. Abs) Kontakt zum Deutschen Roten Kreuz (DRK) aufgenommen, um mögliche Abwicklungsmodi für Zahlungen an nicht-jüdische Zwangsarbeiter in West- und Osteuropa durchzuspielen.[253] Zum anderen stimmten auch die Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat zu, grundsätzlich Entschädigung zu zahlen und die Mittel freizugeben.[254]

Vor diesem Hintergrund waren einige Parameter für Daimler-Benz bereits eingegrenzt, als sich Manfred Gentz mit dem jüdischen Zentralratsvorsitzenden Werner Nachmann traf, um das weitere Vorgehen zu besprechen. Hier skizzierte Gentz zum ersten Mal gegenüber jüdischen Verfolgtenvertretern eine mögliche Pauschallösung, die sowohl jüdische als auch nicht-jüdische Zwangsarbeiter berücksichtigen und allein von Daimler-Benz getragen werden würde. Nachmann signalisierte vorsichtige Zustimmung und schlug vor, um das Problem der Individualentschädigung zu umgehen, die Zahlungen insbesondere Altenheimen in den USA, Israel und Europa zukommen zu lassen. Auch wenn er eine weitaus höhere Summe dafür nannte (»50 Millionen«), so bestärkte er doch Daimler-Benz in der Absicht, das finanzielle Engagement kalkulierbar zu machen, keine neuen offenen Tatbestände zu schaffen und anhand fester Regeln dann auch »einen Schlußstrich ziehen« zu können.[255] Die allgemeinen Eckpunkte dieses Plans vermittelte Nachmann an die JCC in den USA.

251 So Edzard Reuter im Rückblick, Interview 12.11.2013.

252 Hier rechnete man aktenbedingt immer nur mit Stichtagszahlen (Anzahl der Zwangsarbeiter zum Jahresende), aber nie mit absoluten Zahlen (für den gesamten Zeitraum 1941 bis 1945), vgl. MBCA, Worieschеck, 20, Notiz Rainer Karnowski, 7.7.1987; Notiz Rainer Karnowski, 3.9.1987.

253 Vgl. MBCA, GUG, II, Notiz Bernd Gottschalk, 15.7.1987.

254 Vgl. AdSD, ZWA000435, Tätigkeitsbericht des GBR der DBAG auf der Betriebsräteversammlung, 15.10.1987.

255 Werner Nachmann zitiert in MBCA, Worieschеck, 20, Notiz Manfred Gentz, 7.9.1987, S. 4.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Während man bei Daimler-Benz auf eine Antwort aus New York wartete, war ein inzwischen doch noch in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten zur Zwangsarbeiterproblematik fertiggestellt worden, das für Daimler-Benz zu einem »insgesamt positiven Ergebnis« kam, keine zivilrechtlichen Ansprüche gegenüber dem Unternehmen sah und grundsätzlich auf das Londoner Schuldenabkommen verwies. Dennoch warnte die Rechtsabteilung dringend davor, »nach außen rechtlich zu argumentieren«, das habe bisher immer nur zu einer Verstärkung des öffentlichen Drucks geführt. In der interessierten Öffentlichkeit werde den Ansprüchen der ehemaligen Zwangsarbeiter eine »moralische Qualität« zugemessen.[256] Das sahen die Verantwortlichen bei Daimler-Benz genauso. Inzwischen hatte Edzard Reuter den Vorstandsvorsitz übernommen, was für den Arbeitskreis um Manfred Gentz eine noch stärkere Rückendeckung bedeutete als die gewissenhafte, aber nüchterne Sachlichkeit, mit der Werner Breitschwerdt das Thema verfolgt hatte. Im Oktober deutete Gottschalk auf einer Pressereise in Israel zum ersten Mal öffentlich an, dass Daimler-Benz Entschädigungszahlungen leisten werde, worauf sich die JCC mit bedachten Worten in Stuttgart zurückmeldete und direkte Gespräche vorschlug.[257] Während man bei Daimler-Benz weiter aufmerksam verfolgte, wie sich im wissenschaftlichen Diskurs Zwangsarbeit zu einem stärker untersuchten Forschungsgegenstand entwickelte (u. a. lud im November Hans Mommsen zu einem Workshop »Automobilindustrie und Kriegsproduktion« nach Wolfsburg ein)[258] und in der Öffentlichkeit der Bundestagsbeschluss zur Aufstockung des Härtefonds für die »vergessenen Opfer« kontrovers diskutiert wurde,[259] war somit das Feld für eine Entscheidung bereitet, als sich Daimler-Benz direkt an die JCC wandte.

An dieser Stelle ist es aufschlussreich, sich die Entwicklung der politischen Entschädigungsdebatte zu vergegenwärtigen. In den achtziger Jahren hatte nicht nur der NS-Vergangenheitsdiskurs im Allgemeinen neue, polarisierende Kräfte entfaltet, die im Zeichen von »Bewältigung« und »Aufarbeitung« aufeinanderprallten. Die öffentliche Diskussion um »vergessene Opfer« hatte auch das Schicksal der Zwangsarbeiter bis in das Plenum des Bundestages getragen und die Frage einer Wiedergutmachung neu gestellt. Dabei hatte sich seit Mitte der achtziger Jahren in der politischen Debatte das Verständnis, was unter »Entschädigung« zu begreifen war, zu verändern begonnen, und

256 MBCA, GUG, II, Notiz Wittig zum »Rechtsgutachten Zwangsarbeiter«, 26.10.1987, S. 2.

257 Vgl. USHMMA, 12.004.07*01,2, Saul Kagan an Manfred Gentz, 7.10.1987.

258 Vgl. MBCA, Woriescheck, 20, »Laufende wissenschaftliche Arbeiten zu den Themen Daimler-Benz 1933 bis 1945, Zwangsarbeit, Nationalsozialismus in Stuttgart«, 8.10.1987. Das Programm des Bochumer Workshops in MBCA, Woriescheck, 26, Notiz Max von Pein, 21.8.1987.

259 Vgl. die diesbezügliche Pressesammlung in MBCA, Woriescheck, 25. Für die unterschiedlichen Bewertungen vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.12.1987, und Süddeutsche Zeitung, 8.12.1987.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ein »schleichender diskursiver Wandel im Reden über Entschädigung« hatte eingesetzt.[260] Die Forderung nach materieller Entschädigung wurde zunehmend durch die Forderung nach symbolischen Gesten ergänzt – und bisweilen sogar überlagert. Nach Jahrzehnten des Ausschlusses aus der bundesrepublikanischen Wiedergutmachungsgesetzgebung war die Anerkennung als NS-Verfolgte ein zentrales Bedürfnis vieler Überlebender und ihrer Unterstützer. Nicht zuletzt weil die parlamentarischen Initiativen der Grünen hinsichtlich einer monetären Neuregelung der Wiedergutmachung ins Leere gelaufen waren, begannen auch sie, Formen von Symbolpolitik zu betreiben. Das führte in der Konsequenz unter anderem dazu, dass ihr veränderter Gesetzesantrag von 1989 zur Errichtung einer Stiftung »Entschädigung zur NS-Zwangsarbeit« die einstigen Forderungen nach Lohnausgleich und angemessener Versorgung im Ruhestand fallen ließ und fortan nur noch von einmaligen Pauschalbeträgen sprach. Kurzum: Im Entschädigungsdiskurs der zweiten Hälfte der achtziger Jahre wurden die individuellen, rechtlichen Ansprüche auf Entschädigung zunehmend abstrahiert und in einer grundsätzlichen Entschädigung von Zwangsarbeit aufgelöst. Nicht mehr tatsächlich vorenthaltener Lohn und Rentenansprüche standen im Vordergrund, sondern symbolische Zahlungen und die Rede von moralischer Verantwortung.

Die trennende Logik zwischen rechtlichen und moralischen Ansprüchen behielt, wenn auch aus anderen Motiven, auch Daimler-Benz bei und gab diesem Entschädigungsdiskurs damit sowohl Ausdruck als auch Verstärkung. Kurz vor Weihnachten 1987 schrieb Manfred Gentz an Saul Kagan, den geschäftsführenden Direktor der JCC, dass »individuelle Entschädigungen keinesfalls in Betracht« kämen, Daimler-Benz stattdessen aber zu einer Zahlung von 10 Millionen DM zur Förderung sozialer jüdischer Einrichtungen bereit sei. Diesen Vorschlag nahm die JCC umgehend an, ohne groß über die Konditionen oder die Summe zu verhandeln.[261] Die Absprachen sollten jetzt vergleichsweise zügig und unbürokratisch verlaufen. Bei der JCC wusste man, dass die gegenwärtige Stellung Reuters und Gentz' in »Schlüsselpositionen« jetzt »besonders vorteilhaft« war, und drängte auf eine Vereinbarung ohne große Formalitäten.[262] Daimler-Benz kam einer schnellen Einigung ebenfalls entgegen und begnügte sich mit einem »Briefaustausch« anstelle eines eigens aufzusetzenden Vorvertrags.[263] Es dauerte dann aber doch bis Ende Mai, bis die »Vereinbarung« ausgearbeitet, die Kriterien konkretisiert und die Presse-

260 Vgl. hierzu und im Folgenden Borggräfe, Zwangsarbeiter-Entschädigung, S. 171-190 (Zitat S. 171).

261 Vgl. USHMMA, BBFC, RG, 12.004.07*01,2, Manfred Gentz an Saul Kagan, 23.12.1987; Saul Kagan an Manfred Gentz, 6.1.1988.

262 USHMMA, BBFC, RG 12.004.07*01,2, Benjamin B. Ferencz an Saul Kagan, 14.3.1988 (Übersetzung SB).

263 USHMMA, BBFC, RG 12.004.07*01,2, Manfred Gentz an Saul Kagan. 31.3.1988.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
mitteilungen abgestimmt worden war.[264] Das lag nicht zuletzt an der Frage, ob die JCC schriftlich versichern könne, eventuell folgende Klagen unzufriedener ehemaliger Zwangsarbeiter gegen Daimler-Benz nicht zu unterstützen.[265]

Anfang Juni veröffentlichte Daimler-Benz in einer großen Pressekonferenz das beschlossene Gesamtpaket und stellte die Pauschalzahlung von 20 Millionen DM in den Kontext einer symbolhaften »Würdigung des Schicksals der Betroffenen«. Karitative und medizinische Einrichtungen sollten gefördert werden, die »den Opfern des Nationalsozialismus, insbesondere ehemaligen Zwangsarbeitern, zugute kommen«.[266] Zehn Millionen DM gingen letztlich an die JCC (für jüdische Einrichtungen), fünf Millionen DM an das Deutsche Rote Kreuz (für Einrichtungen in Frankreich, Belgien und den Niederlanden) und über fünf Millionen DM an das Maximilan-Kolbe-Werk und später die Caritas (für Polen). Zum ersten Mal berücksichtigte damit ein deutsches Unternehmen in größerem Umfang auch nicht-jüdische Zwangsarbeiter.[267] Mit der Betonung der »Freiwilligkeit« stand Daimler-Benz gleichwohl in der altbewährten Tradition der deutschen Wirtschaft, juristische Verbindlichkeiten abzustreiten und Zahlungen als Zeichen des guten Willens zu präsentieren. So wie die IG Farben ihr Einlenken im Wollheim-Vergleich in den fünfziger Jahren begründet oder kurz zuvor die Deutsche Bank ihre Zahlung für die Feldmühle-Nobel AG aus »humanitären Gründen« gerechtfertigt hatte, so vollzogen auch die Daimler-Benz-Vertreter die strikte Trennung von juristischen und moralischen Ansprüchen.[268] In diesem Sinne stellte Manfred Gentz auf der Pressekonferenz klar und deutlich fest, dass es keine Rechtsansprüche auf Entschädigung gebe, und begründete, warum man letztlich auch keine individuellen Zahlungen hätte leisten können, ohne »neue Ungerechtigkeit« zu erzeugen.[269]

Entscheidender als diese Argumente war jedoch der Ton, den Manfred Gentz und insbesondere Edzard Reuter anschlugen. So unterstrich Reuter in seinen einleitenden Worten, dass jenseits der konkreten Regelung, die immer Fragezeichen hinterlasse, es für Daimler-Benz wichtig gewesen sei, »Mut zur Wahrhaftigkeit und Ehre für das Andenken der Opfer« zu zeigen: »Dieser Verantwortung stellen wir uns – nicht, weil die heutige Generation verantwortlich sein könnte für das, was damals geschah, wohl aber, weil wir für das mitverantwortlich sind, was aus solchen Erbschaften in der Geschichte wird.«

264 Vgl. Schriftwechsel zwischen der JCC und Daimler-Benz März bis Mai 1988, in USHMMA, BBFC, RG 12.004.07*01,2.

265 Vgl. USHMMA, BBFC, RG 12.004.07*01,1, Israel Miller und Saul Kagan an Edzard Reuter, 9.6.1988. Den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich Henning Borggräfe.

266 MBCA, Worieschеck, 1, Presseinformation, 13.6.1988, S. 2.

267 Die Aufteilung der Gelder bevorteilte dennoch die jüdische Seite überproportional in Relation zu den tatsächlichen Beschäftigungszahlen, was immer noch die Kräfteverteilung in der Opferkonkurrenz spiegelte.

268 Zum Wollheim-Prozess vgl. S. 106 ff. dieser Arbeit. Zur Zahlung der Deutschen Bank vgl. S. 237 f. dieser Arbeit

269 Vgl. MBCA, Worieschеck, 1, Presse-Statement Manfred Gentz, 13.6.1988.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Schuld könne es, so fuhr er fort, nur individuell geben. Darum könne das Haus Daimler-Benz, das mit dem damaligen Unternehmen nicht viel mehr als den Namen gemeinsam habe, heute wohl nur dies tun: »Wir wollen noch schmerzende Narben zu lindern helfen, den Opfern, ob sie noch leben oder nicht, moralische Genugtuung geben und einen Beitrag zu leisten versuchen, dass sich die Schrecken der Vergangenheit nie wiederholen.«[270] Mit diesen Worten wechselte Daimler-Benz offiziell die Seiten im polarisierenden NS-Vergangenheitsdiskurs der achtziger Jahre. Hatten bislang öffentliche Verlautbarungen von Daimler-Benz die Öffnung des Unternehmens und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte betont, so waren sie doch häufig durchzogen von einer nüchternen Sachlichkeit und Semantik der abschließenden Bewältigung. Durch die Anerkennung der »moralischen Verantwortung« und die Betonung der Empathie gegenüber den NS-Opfern fand Daimler-Benz Anschluss an den sich neu formierenden Erinnerungskonsens, wie ihn Richard von Weizsäcker in seiner Rede 1985 prominent vorgezeichnet hatte.[271] Durch die zur Geste erklärte Zahlung konnte sich Daimler-Benz im Vergangenheitsdiskurs der achtziger Jahre neu positionieren und den Umgang mit der eigenen NS-Zeit in den Kontext von Erinnerung und Aufarbeitung stellen. Gleichzeitig konnte Daimler-Benz auf dem umkämpften Politikfeld der Wiedergutmachung bzw. der Zwangsarbeiterentschädigung eine neue Rolle einnehmen und sich als Protagonist des Anerkennungsdiskurses zeigen, der auch jenseits von monetären Transfers die Erfahrungen und Schicksale der ehemaligen Zwangsarbeiter ehrte. Bereits im Arbeitskreis waren unterschiedliche Ideen diskutiert worden, mit welchen anderen symbolhaften Handlungen Daimler-Benz sein Bekenntnis zur Vergangenheit sichtbar demonstrieren könne.[272] Jetzt zeugten die weiteren Vorstandsentscheidungen, die ohne große Aussprache im Vorstand allgemeiner Konsens gewesen zu sein scheinen,[273] dass der Konzern inzwischen auf die sich wandelnden geschichtskulturellen Rahmenbedingungen und öffentlichen Erwartungshaltungen aufgeschlossen zu reagieren verstand – und sie auch im Unternehmen verankert wissen wollte. So wurden zum einen ehemalige Zwangsarbeiter auf ihren eigenen Wunsch hin in die Daimler-Benz-Werke eingeladen, und im Herbst folgten insgesamt 170 Personen dieser Einladung, ohne dass diese Werksbesuche von Daimler-Benz medienwirksam instrumentalisiert wurden.[274] Zum anderen wurde im Jahr darauf an prominenter Stelle, vor dem Daimler-Benz-Museum auf der Werksgelände in Untertürkheim, eine große Eisenplastik aufgestellt, die den

270 Vgl. MBCA, Worieschеck, 1, Presse-Statement Edzard Reuter, 13.6.1988 (Zitate, S. 3 bzw. 4).

271 Vgl. die sehr ähnliche Wortwahl Reuters mit der Rede von Weizsäckers, in: Weizsäcker, 8. Mai 1945, S. 34.

272 MBCA, Worieschеck, 20, »Vorschläge für alternative Formen der Entschädigung von Zwangsarbeitern«, 31.8.1987.

273 Vgl. MBCA, GUG, I, Protokoll Ordentliche Vorstandssitzung, 8.6.1988, S. 34 f.

274 Vgl. MBCA, Worieschеck 32 und 33.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ehemaligen Zwangsarbeitern gewidmet war und als Mahnmal für Frieden und Menschenwürde verstanden werden sollte.[275]

Angesichts dieser materiellen Zusagen und symbolischen Gesten war die Tatsache in den Hintergrund gerückt, dass die Zwangsarbeiter-Studie der GUG noch ausstand, auf deren Grundlage die Zahlung eigentlich legitimiert werden sollte. Tatsächlich fragten sich auch die Mitarbeiter des Arbeitskreises unmittelbar vor Bekanntgabe der Pauschalzahlung im Frühjahr 1988, ob die laufende Zwangsarbeiter-Studie ihre Zwecke nicht bereits erfüllt habe und nun vorzeitig beendet werden könne.[276] Außerdem nahmen die Differenzen zwischen Daimler-Benz und der GUG zu. Zum einen wurden die vereinbarten Abgabetermine von der GUG nicht eingehalten, und bei Daimler-Benz vermutete man, dass die GUG ein rein finanzielles Interesse daran habe, den lukrativen Auftrag so lange wie möglich hinauszuziehen.[277] De facto war aber der Recherche- und Interviewaufwand der GUG enorm, und als im Jahr 1989 der Eiserne Vorhang fiel, kamen noch einmal wertvolle Möglichkeiten hinzu, die nun offenen Archive und erreichbaren Zeitzeugen im Osten mit einzubinden.[278] Außerdem waren die Arbeitskreis-Mitarbeiter über die Ergebnisse der fast völlig in Vergessenheit geratenden GUG-Studien zur Nachkriegszeit von Daimler-Benz und zum Berliner Werk Genshagen dermaßen irritiert, dass sie die eine gar nicht erst zur Publikation freigaben und die andere aufgrund ihres beschönigenden Grundtons (»Alte Kameraden-Heft«) später aus dem Verkehr gezogen wurde.[279] Aber nicht nur Daimler-Benz haderte immer wieder mit der GUG, auch die Mitarbeiter der GUG entfremdeten sich untereinander. Die jüngeren Mitarbeiter, die als Doktoranden von Hans Pohl begonnen hatten, tendierten zu deutlich kritischeren Formulierungen gegenüber Daimler-Benz und reflektierten ihren ambivalenten Status in der Öffentlichkeit als Auftragsforscher stärker, als dies Hans Pohl und die GUG-Geschäftsführerin Beate Brüninghaus vertreten wollten.[280] Die zahlreichen »Wünsche« und »Anmerkungen« der Arbeitskreis-Mitarbeiter von Daimler-Benz hinsichtlich Bewertungen und Darstellungen des GUG-Manuskripts taten ihr Übriges, um den

275 Vgl. MBCA, Worieschеck, 1, Presse-Information, 10.1.1989. Einen Hinweis auf die konkreten Zwangsarbeiter bei Daimler-Benz gab es auf der an der Skulptur angebrachten Erinnerungstafel allerdings nicht.

276 Vgl. MBCA, Worieschеck, 27, Rainer Karnowski an Kassai, 23.2.1988; Rainer Karnowski an Matthias Kleinert, 25.2.1988. Kassai an Gerd Worieschеck, 2.3.1988.

277 Vgl. MBCA, Worieschеck 27, Blumenstetter an Kassai, 17.6.1991.

278 Vgl. MBCA, Worieschеck 27, Beate Brüninghaus an Kassai, 12.12.1990.

279 Vgl. MBCA, Worieschеck 27, Kassai an Rainer Karnowski, 19.2.1988; Daimler-Benz AG, Genshagen. Das Zitat von Gerd Worieschеck, Interview 20.2.2014.

280 Vgl. MBCA, Worieschеck, 27, Vermerk Barbara Hopmann, Mark Spoerer, Birgit Weitz, 29.1.1992; Barbara Hopmann, Mark Spoerer, Birgit Weitz an Hans Pohl, 24.10.1992; Barbara Hopmann, Mark Spoerer, Birgit Weitz an Hans Pohl, 1.11.1992.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Prozess der Endredaktion bis ins Jahr 1993 zu ziehen.[281] Als die zweite GUG-Studie schließlich im Mai 1994 vorgestellt wurde, erschien sie in einem anderen geschichtskulturellen Klima, das durch das Ende des Ost-West-Konflikts und den nun dominant werdenden Aufarbeitungsdiskurs geprägt war.[282] Im Rahmen der Pressekonferenz wies Daimler-Benz zwar noch einmal vorsorglich darauf hin, dass das Unternehmen »die Aufarbeitung der materiellen Fragen als abgeschlossen« betrachtete, es aber der »ethisch-moralischen Aspekte« auch in Zukunft gewahr sei.[283] Daimler-Benz konnte hier auf weiteres Engagement verweisen, hatte das Unternehmen doch in der Zwischenzeit u. a. Schüler- und Ausstellungsprojekte sowie eine KZ-Gedenkstätte und eine israelische Stiftung zum Teil mit umfangreichen Mitteln unterstützt.[284] Angesichts der Publikation der zweiten GUG-Studie herrschte nun bei Daimler-Benz keine Nervosität, sondern vielmehr Stolz.[285] Die Studie zeichnete anhand von 270 Zeitzeugeninterviews ein differenziertes Bild vom Zwangsarbeitereinsatz bei Daimler-Benz und war in dieser Ausführlichkeit ein Novum in der Unternehmensgeschichtsschreibung, was als solches auch im akademischen Diskurs gewürdigt wurde.[286] Aber nicht nur die wissenschaftlichen, auch die öffentlichen Erwartungshaltungen gegenüber Daimler-Benz erfüllte die zweite GUG-Studie nun, weil sie als ausgewogene Position zwischen der ersten »Dokumentation« der GUG und dem Daimler-Benz-Buch der HSG wahrgenommen wurde.[287] Dieser Wandel der Rezeption zeigte sich auch in der linksliberalen Presse. War die erste GUG-Studie von Kritikern wie etwa Ulrich Herbert als Werk eines »Wahrheitsverhin-

281 Bspw. monierten Arbeitskreis-Mitarbeiter, dass die Bewertung der Motive zur Zwangsarbeiterbeschäftigung (der Einsatz von Zwangsarbeit bei Daimler-Benz sei freiwillig und nicht aus politischen Gründen erfolgt) zu »apodiktisch« sei. Eine Bewertung, die etwas verklausuliert jedoch in der Endfassung beibehalten wurde. Vgl. Hopmann u. a., Zwangsarbeit, S. 80; MBCA, Woriescheck, 27, Kassai an Gerd Woriescheck, 11.8.1992, S. 1 f.; Gerd Woriescheck an Hans Pohl 14.8.1992; MBCA, Woriescheck, 37, Gerd Woriescheck an Edzard Reuter, 28.4.1993.

282 Auf diese Phase des deutschen Vergangenheitsdiskurses geht das Kapitel 5 am Beispiel der Degussa ein.

283 MBCA, Woriescheck, 37, Presse-Information, 26.5.1994, S. 3.

284 Die Beteiligung am Stiftungskapital der AMCHA Deutschland (einer Einrichtung zur psychosozialen Unterstützung von Holocaust-Überlebenden) betrug 350.000 DM; der Förderbetrag zur Ausstellung »Verfolgung der Sinti und Roma im Nationalsozialismus« betrug 500.000 DM. Vgl. die entsprechenden Schriftwechsel in MBCA, Woriescheck, 21, 22 bzw. 29.

285 Vgl. MBCA, Woriescheck, 37, Presse-Information, 26.5.1994. Die GUG-Studie wurde ebenfalls als Beiheft der *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* veröffentlicht (Nr. 78): Hopmann u. a., Zwangsarbeit.

286 Vgl. die Rezensionen in Die Zeit, 11.11.1994; Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 41 (1996), H. 1, S. 96-97. Kritik wurde vereinzelt an den unklaren Motiven der Entscheidungsträger bei Daimler-Benz und an der fehlenden analytischen Tiefe der Studie hinsichtlich des NS-Wirtschaftssystems festgemacht.

287 Vgl. Mannheimer Morgen, 31.5.1994; Berliner Zeitung, 31.5.1994; Stuttgarter Zeitung, 1.6.1994; Süddeutsche Zeitung, 1.6.1994; dpa, 2.6.1994; Reuters, 3.6.1994; Die Zeit, 11.11.1994.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
derungsinstituts« scharf angegangen worden, wurde die zweite GUG-Studie von ihm als Beginn eines neuen »kritisch-distanzierten Verhältnisses« der Konzerne zu ihrer NS-Vergangenheit gelobt.[288] Dementsprechend zufrieden zeigte sich die Öffentlichkeitsarbeit mit der »insgesamt als ›positiv und fair‹« eingeschätzten Berichterstattung.[289] Aber auch jenseits der Außenwirkung versuchten die Mitarbeiter des Arbeitskreises, die erarbeitete Position im Unternehmen bei den Mitarbeitern zu etablieren. Der geschichtskulturelle Wandel in der Bundesrepublik sollte sich auch in Ansätzen der Unternehmenskultur bei Daimler-Benz spiegeln. So formulierte beispielsweise Gerd Woriescheck in der Mitarbeiter-Zeitschrift *Mercedes-Benz Intern*: »Wir konnten 30 bis 40 Jahre lang in Deutschland die stillschweigende Übereinkunft in allen gesellschaftlichen Kreisen feststellen, so wenig wie möglich über diese [NS-]Zeit zu sprechen. Wir müssen aber die Mauer des Schweigens durchbrechen und den Mut zur Wahrheit haben, sonst wird ihn jemand anderes haben.« Ähnlich äußerte sich auch Edzard Reuter gegenüber den Führungskräften des Konzerns.[290] Mit der zweiten GUG-Studie schien für Daimler-Benz ein Prozess zu einem Abschluss gekommen zu sein, der insgesamt über zehn Jahre gedauert hatte und nun dem Unternehmen ein neues Selbstverständnis im Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit anbot: den Wandel vom Saulus zum Paulus der NS-Unternehmensgeschichte.

Dass es dafür jedoch zu früh war, sollten die späten neunziger Jahre noch nachdrücklich unter Beweis stellen. Die Stimmen, die individuelle Entschädigungszahlungen einforderten, waren auch nach der Ankündigung im Jahr 1988 nicht verklungen. Daimler-Benz hatte weiterhin Briefe von ehemaligen Zwangsarbeitern bekommen und diese unter Hinweis auf die Pauschalzahlung abschlägig beschieden. Auch einzelne Entschädigungsaktivisten blieben hartnäckig: Auf Initiative von Helmuth Bauer konnten sich eine Vielzahl von ehemaligen Zwangsarbeiterinnen insbesondere aus Polen und Ungarn zusammenschließen und in den frühen neunziger Jahren Daimler-Benz zu diversen Treffen und Diskussionen bewegen, die durchaus von beiderseitigem Respekt geprägt waren. Bauer drehte auch Filme und konzipierte Ausstellungen über die Zwangsarbeit in Genshagen, die Daimler-Benz finanziell unterstützte.[291] Allein, an der rigorosen Haltung, keine Individualentschädigung zu zahlen, änderte Daimler-Benz nichts. Dieses Thema sollte erst ab Mitte der neunziger Jahre wieder große Wellen schlagen, als ehemalige Zwangsarbeiter aus den USA begannen, deutsche Firmen zu verklagen und die von Daimler-Benz ent-

288 Vgl. tageszeitung, 15.4.1987, bzw. Die Zeit, 11.11.1994.

289 MBCA, Woriescheck, 37, Matthias Kleinert an Edzard Reuter, 17.6.1994.

290 Mercedes-Benz Intern, 20.6.1994; MBCA, Woriescheck, 37, Edzard Reuter an die Mitglieder des Direktoriums und des Oberen Führungskreises, 13.6.1994.

291 Zu den »Frauen von Genshagen«, den Treffen und den Filmen wie *Der Stern und sein Schatten* (1993) bzw. dem Auftritt von Bauer mit Ágnes Bartha auf der Hauptversammlung im Jahr 2000 vgl. Bauer, Bilder, S. 421-459 bzw. 573-649 bzw. 628-635. Bauer wurde im Jahr 2014 für sein jahrzehntelanges Engagement das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wickelte Idee einer Stiftung in den Vorstandsetagen der deutschen Wirtschaft neue Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

So wie die politische Neuregelung der Wiedergutmachung Ende der achtziger Jahre noch scheiterte und sich SPD und Grüne mit ihrer Stiftungsidee nicht durchsetzen konnten,[292] so war Daimler-Benz das erste deutsche Unternehmen, das sich seiner NS-Zeit selbstkritischer zugewandt hatte und angesichts des darauf folgenden öffentlichen Druckes sich auch der Frage der Zwangsarbeiterentschädigung angenommen hatte, ohne jedoch die anderen deutschen Unternehmen für eine größere gemeinsame Lösung gewinnen zu können. Beide Prozesse waren jedoch die Vorgeschichte für die neunziger Jahre, in denen sich nicht nur der geschichtskulturelle Wandel der achtziger Jahre vollendete, sondern auch die Stiftungslösung für die Zwangsarbeiterentschädigung ihre Realisierung erlebte. Zwangsarbeit hatte sich bis zum Ende der achtziger Jahre als eigenständiges Problemfeld etabliert, ohne zu umfassenden politischen Lösungen geführt zu haben. Das Ende des Ost-West-Konflikts sollte jedoch noch einmal eine ganz andere Dynamik für das Thema entzünden, die auch für deutsche Unternehmen entscheidende Sprengkraft bedeuten würde.

Volkswagen: Die Frage der Unabhängigkeit

Wenngleich die Auseinandersetzung um die NS-Geschichte von Daimler-Benz im Jahr 1986 die höchsten Wellen schlug, so war Daimler-Benz nicht der einzige Konzern, der sich mit seiner Vergangenheit konfrontiert sah. Initiativen der neuen Geschichtsbewegungen schoben auch in Wolfsburg ein neues Geschichtsinteresse »von unten« an, das wie in Stuttgart von einer kleinen Anzahl engagierter Personen getragen wurde und in der geschichtskulturell veränderten, hochsensibilisierten Öffentlichkeit einen nachhaltigen Resonanzraum fand. Die Auseinandersetzung um die VW-Unternehmensgeschichte wies somit hinsichtlich der Konstellation der Akteure gewisse Ähnlichkeiten zum Fall von Daimler-Benz auf. Der Vorstand der Volkswagenwerk AG hatte jedoch das Glück, sich an den unmittelbar zuvor bei Daimler-Benz getroffenen Entscheidungen orientieren und im Kielwasser der Ereignisse von Stuttgart seine eigenen Rückschlüsse ziehen zu können.

Im Unterschied zu den Bedingungen in Stuttgart war die Ausgangslage für den niedersächsischen Automobilkonzern schwerwiegender. Der Nationalsozialismus war für die 1938 gegründete »Stadt des KdF-Wagens« und das von Adolf Hitler vorangetriebene Volkswagenwerk konstitutiv. Dementsprechend groß waren auch die Anstrengungen des Unternehmens nach Ende des Krieges, den Blick von der dunklen Vergangenheit auf eine positive Zukunft zu richten. Der von den Briten eingesetzte Generaldirektor Heinrich Nordhoff[293]

292 Vgl. Goschler, Schuld, S. 356 f.

293 Nordhoff war selbst ein Vertreter jener ehrgeizigen und hochqualifizierten Managergeneration, die im Rahmen der von Speer umorganisieren NS-Kriegswirtschaft

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
betonte vor Mitarbeitern und öffentlichem Publikum auf der einen Seite die »Außenseiterrolle« des VW-Werks in der NS-Wirtschaft und erklärte auf der anderen Seite die größte deutsche Automobilfabrik zum »Schrittmacher des Friedens und des Aufbaus«. Vor dem Hintergrund des »tiefen Elends« von Krieg und Zerstörung sollten Arbeit und Leistung fortan die Grundlage sein, auf der man eines Tages den Kopf auch wieder höher tragen könne.[294]

Ein anderer Aspekt der Geschichte des VW-Werkes war die Rolle Ferdinand Porsches, des Konstrukteurs des Volkswagens und Vorstandsmitglieds des Werks nach der Gründung. Porsche wurde nicht nur von der direkt nach Kriegsende umbenannten Stadt Wolfsburg als affirmative Identifikationsfigur aufgebaut, nach dem die Hauptgeschäftsstraße, eine Schule und Sportanlagen benannt wurden.[295] Porsche wurde auch in Fachbüchern und Romanen zum Genius eines technischen Zeitalters verklärt, die indirekt auch seine Rolle im »Dritten Reich« verteidigten. Als einer der Ersten schrieb der Schriftsteller Horst Mönnich in seinem Roman *Die Autostadt* (1951): »Immer kamen die rechten Männer zur rechten Stunde. Das ist vielleicht die Quintessenz, der Schlüssel zu dem Wunder, das der Gefangene von Dijon [Ferdinand Porsche] konstatierte. Aber wie erschienen die rechten Männer zur rechten Stunde? […] Es sind Fanatisierte, der Sache auf Gedeih und Verderb Ergebene, und es sind leidenschaftliche Naturen. Ihre Leidenschaft ist das Auto.« Die inzwischen wieder auf Hochtouren laufende Volkswagen GmbH stieß sich nicht daran, dass Mönnich in leuchtenden Farben auch die Werksgründung sowie die Zusammenarbeit mit Hitler schilderte und seine Sprache von NS-Ideologemen durchsetzt war (»Negerfrage«).[296] Schließlich schloss die Heldenverehrung auch Nordhoff mit ein, und für spätere Auflagen, die Mönnich mehrfach überarbeitete und sprachlich anpasste, verfasste der spätere Vorstandsvorsitzende Carl Hahn ein lobendes Vorwort. Der Erfolg und die Verbreitung des Porsche-Mythos war groß, und Mönnich schrieb in den folgenden Jahren weitere Werke für und über deutsche Unternehmen.[297]

ihre Gestaltungs- und Aufstiegschancen nutzen, ohne dabei der Partei beigetreten zu sein. Nordhoff gehörte in den Kriegsjahren der Opel-Geschäftsleitung an und hatte zuletzt die Leitung jenes kriegswichtigen Brandenburger LKW-Werkes inne, das eines der entscheidenden Logistikmittel der Wehrmacht, den Opel »Blitz«, produzierte. Nach Kriegsende betonte Nordhoff stets im Muster der allgemein üblichen Verteidigungslogik, dass die Erfüllung einer Aufgabe »unabhängig von politischen Gesichtspunkten« zu geschehen habe. Vgl. Edelmann, Nordhoff, S. 48-80; Nordhoff, Reden, S. 24 (Zitat); Kubisch, Blitz.

294 Zitate von Heinz Nordhoff aus dem Jahr 1948 in Nordhoff, Reden, S. 49, 64.

295 Vgl. Siegfried, »Autostadt«.

296 Die Zitate in Mönnich, Autostadt, S. 394 bzw. 400. Zur Geschichte des Romans vgl. Grieger, Schriftstellerarbeit.

297 Der Roman *Die Autostadt* erschien in einer Neuauflage zuletzt 2011. Zu den anderen Unternehmensdarstellungen vgl. etwa Mönnich, Aufbruch; Mönnich, Labyrinthe; Mönnich, BMW.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Der Porsche-Mythos als solcher war dem Automobilkonzern auch keinesfalls ungelegen, basierte er doch auf dem Narrativ des genialen, unpolitischen Technikers, als dessen Erben sich VW und Heinrich Nordhoff verstanden. Nordhoff selbst wurde mit zunehmenden Erfolg und steigenden Absatzzahlen zum Begründer einer neuen Ära stilisiert und der »Käfer« zum Symbol für das »Wirtschaftswunder« bzw. die Wohlstandsgesellschaft der fünfziger Jahre.[298] Nordhoff galt nun als derjenige, der den Traum Porsches in die Tat umgesetzt und das Werk seiner eigentlichen Bestimmung zugeführt habe. Dieses Selbstverständnis setzte sich auch in Publikationen von VW bis in die achtziger Jahre fort.[299] Der Umstand, dass der ursprüngliche »Kraft-durch-Freude-Wagen« ein wichtiges sozialpolitisches Prestigeprojekt des NS-Regimes gewesen war, das die Zustimmung der breiten Masse zur NS-Politik hatte fördern sollen, wurde in den Selbstdarstellungen komplett ausgespart. Dass das Werk ab 1940 im Zuge der Umstellung auf Rüstungsproduktion mehr als nur »Kübelwagen« produziert hatte und die Mehrzahl der Beschäftigen keine freiwilligen Arbeitskräfte gewesen waren, war hier ebenfalls kein Thema.

Gegen die Verehrung von Ferdinand Porsche und die einseitige Erfolgsgeschichte von VW richteten sich ab Anfang der achtziger Jahre erste Stimmen. Eine kleine Zahl an engagierten Bürgern, Personen aus kirchlichen und gewerkschaftlichen Kreisen, begann sich für eine kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte des Werks und der Stadt einzusetzen. Vorträge, die sich explizit gegen die »herrschende Porsche-Legende« richteten, führten zu wütenden Leserbriefen in der örtlichen Presse, und Lokalpolitiker ergriffen dezidiert Partei gegen die »Nestbeschmutzer«.[300] Bereits 1983 war es zudem zu einer Diskussion um den Umgang mit dem sogenannten »Ausländerfriedhof« gekommen, in deren Folge der Leiter des Stadtarchivs, Klaus-Jörg Siegfried, vom Rat der Stadt beauftragt wurde, Fragen nach den Lebensbedingungen der dort begrabenen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen nachzugehen. Siegfried trug daraufhin Akten aus verschiedenen Archiven zusammen und erhielt auch Zugang zum VW-Unternehmensarchiv. Anhand dieser Quellenrecherche und mit Unterstützung des örtlichen Geschichtsvereins verfasste Siegfried ein umfangreiches Buch, das 1986 unter dem Titel *Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945* erschien und für großes Aufsehen sorgte.[301] War dieses Buch vor allem als kontextualisierende Quellenedition konzipiert, die anhand diverser Schriftstücke die Rolle des Volkswagenwerks in der nationalsozialistischen Rüstungswirtschaft und die Beschäftigung von Zwangsarbeitern dokumentierte, legte Siegfried 1988 ein zweites Buch vor, das insbesondere die Arbeits- und Lebensbedingungen der

298 Zur »Meistererzählung« vom Volkswagen vgl. Grieger, Hybridisierung, S. 99 f.
299 Vgl. etwa die *Kleine Chronik von Volkswagen* aus den Jahren 1979 und 1983.
300 Zu diesen Initiativen vgl. Geyer, Dokumentation; Hohnsbein/Brose, Entschädigung; Hartung, Porsche-Verehrung (Zitate S. 119).
301 Zum Entstehungskontext des Buches vgl. die Vorbemerkung in Siegfried, Rüstungsproduktion, S. 7 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Zwangsarbeiter tiefgehender analysierte. So interpretierte er in der zweiten Studie die Formen der Kontrolle von Zwangsarbeitern, deren Wohn- und Lebensverhältnisse als Ausdruck der Handlungsspielräume der Betriebsführung und zeigte detailliert auf, wie umfangreich das Volkswagenwerk in das System der Zwangsarbeit bzw. der Konzentrationslager eingebunden gewesen war – und von ihm profitiert hatte.[302] Hinsichtlich der Person Porsches, seiner persönlichen Verbindungen zu Himmler sowie Hitler und nicht zuletzt seiner eigenen Initiativen zur Rekrutierung von Zwangsarbeitern kam Siegfried zu dem Schluss, »dass sich die Vernichtungsstrategie der SS und die technisch-wirtschaftliche Interessenlage des Konstrukteurs und Betriebsführers zu einem partiellen Konsens verbanden«.[303] Mit der Betonung von Handlungsspielräumen und partiellen Interessenlagen zeigte Siegfried am Beispiel des Volkswagenwerks zwei wesentliche Forschungsperspektiven auf, die in den neunziger Jahren auch für andere Konzerne verfolgt wurden.

Die Diskussion um die NS-Vergangenheit der Automobilfabrik griffen Mitte der achtziger Jahre auch die Arbeitnehmervertreter im VW-Aufsichtsrat auf, und insbesondere der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrat Walter Hiller forderte, dass der Konzern sich seiner eigenen NS-Geschichte kritisch stellen müsse.[304] Da die Volkswagen AG mitten in den Planungen zum 50jährigen Werksjubiläum im Jahr 1988 steckte, wurde nun auch im Vorstand und Aufsichtsrat über die Haltung des Konzerns zur eigenen NS-Vergangenheit diskutiert. Die öffentliche Debatte um Zwangsarbeiterentschädigung und die in Teilen der deutschen Presse geäußerte scharfe Kritik an der angekündigten GUG-»Dokumentation« für Daimler-Benz war allen Beteiligten nur zu präsent. Auf Initiative des Gesamtbetriebsrats vergab daher auch der VW-Vorstand im Mai 1986 einen Forschungsauftrag zur Untersuchung der Unternehmensgeschichte im »Dritten Reich«. Auf der diesbezüglichen Pressekonferenz zeigte VW jedoch, dass die Verantwortlichen ihre Schlüsse aus den in Stuttgart getroffenen Entscheidungen gezogen hatten und der öffentlichen Erwartungshaltung unmittelbar gerecht werden wollten. Die Presseerklärung erschien wie ein Kommentar auf die öffentliche Mängelliste des Daimler-Benz-Auftrags. Nicht die industrienahe Gesellschaft für Unternehmensgeschichte wurde von VW beauftragt, sondern der für seine Arbeiten über den Nationalsozialismus renommierte Bochumer Historiker Hans Mommsen. Zudem wurde nun explizit versichert, dass man Mommsen gebeten habe, eine »eigenständige Forschungsgruppe« zu bilden, die »uneingeschränkten Zugang« zum VW-Archiv erhalten werde und deren Ergebnisse veröffentlicht werden würden.[305] Der Umstand, dass Mommsen vorgeschlagen hatte, das spezielle Thema Zwangsarbeit in eine Geschichte des Volkswagenwerks im »Dritten Reich« einzubetten, versprach

302 Vgl. Siegfried, Zwangsarbeiter, S. 94, 257.
303 Vgl. ebd., S. 47.
304 Vgl. Kocks/Uhl: Anmerkungen, S. 13 f.
305 UVW, Z 300, Pressemitteilung VW, 7.5.1986.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
dabei nicht nur einen innovativen Ansatz für die Geschichtswissenschaft, sondern erfüllte zugleich die öffentliche Erwartung nach einem deutlichen Fokus auf Zwangsarbeit, den Daimler-Benz erst hatte nachträglich in Auftrag geben müssen. Nicht zuletzt schlugen auch die VW-Vertreter einen empathischen Ton gegenüber den ehemaligen Zwangsarbeitern an, der an den Anerkennungsdiskurs um »vergessene Opfer« anschloss. Sie verknüpften dies mit einem Appell des »nie wieder« an die Zukunft und kündigten in vagen Worten die »Förderung von Initiativen« an, die »dazu beitragen, die zwischen den Völkern stehenden Leiden und bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs zugunsten der Verständigung und der internationalen Kooperation abzutragen.«[306] Mit diesen Aussagen deutete VW an, sich an den geschichtskulturellen Wandel der achtziger Jahre anpassen zu können und sich gleichwohl im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne zu positionieren, ohne ein einziges Mal das Wort »Entschädigung« zu erwähnen. Auch wenn in der deutschen Presse die Ankündigung von VW weitaus positiver aufgenommen wurde als die von Daimler-Benz, musste man im Vorstand in der folgenden Zeit dennoch feststellen, dass VW weiterhin in die Schlagzeilen geriet.[307]

Im Jubiläumsjahr 1988 versuchte der Konzern daher, nicht zuletzt mit der eigens erstellten Publikation einen schmalen Grat zu begehen.[308] Schließlich stand für den VW-Vorstand weiterhin die Frage nach Entschädigungszahlungen im Raum. Der Vorstandsvorsitzende Carl Hahn sprach zwar im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten öffentlich nur davon, dass der Jubiläumstag auch ein »Tag des Gedenkens« sei.[309] Der Präsident der JCC, Israel Miller, nahm dies jedoch zum Anlass, den VW-Vorstand direkt anzuschreiben, und schlug ein Treffen vor.[310] In der Folge trafen sich Vertreter der JCC mit den Verantwortlichen von VW und erörterten die Entschädigungsfrage. Dabei wiesen Vorstandsmitglied Peter Frerk und Peter Meyer-Dohm, der zugleich Leiter des Zentralen Bildungswesens und Projektbeauftragter für die Mommsen-Studie war, jegliche Forderungen nach individueller Entschädigung zurück. Seiner moralischen Verantwortung komme VW bereits durch seine Stiftung nach, man betreibe Aufklärung und habe ein wissenschaftliches Werk in Auftrag gegeben. Außerdem sei man nicht Rechtsnachfolger des Volkswagenwerks und immerhin gehöre VW zu guten Teilen dem deutschen Staat, der schon so viele Wiedergutmachungsleistungen gezahlt habe.[311] Während die JCC versuchte, VW ein Einlenken unter dem Verweis auf die »weite Verbreitung« des

306 Ebd.

307 Zur Ankündigung vgl. Handelsblatt 9.5.1986; Süddeutsche Zeitung, 14.7.1986. Zum weiteren Verlauf vgl. Der Spiegel, 13.4.1987; Die Zeit, 25.9.1987.

308 Für eine Analyse der Festschrift vgl. S. 282 f. dieser Arbeit.

309 Carl Hahn zitiert in FAZ, 6.6.1988.

310 Vgl. USHMMA, BBFC, RG 12.004.22, Israel Miller an Carl Hahn, 16.6.1988.

311 Vgl. USHMMA, BBFC, RG 12.004.22, Bericht Karl Brozik (Deutschlanddirektor der JCC), November 1988; Vermerke von Karl Brozik über Gespräche mit Peter Frerk, 8.8.1989, 29.11.1989.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Daimler-Benz-Abkommens in der »anglo-jüdischen Presse in den USA und der ganzen Welt« nahezulegen,[312] beharrte der VW-Vorstand vorerst – auch gegenüber lokalen Kircheninitiativen, der inzwischen gegründeten »Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter« und Appellen von SPD sowie Grünen – auf seiner Position und wollte die Forschungen Mommsens abwarten.[313]

Schließlich schwenkte aber auch Volkswagen in der Frage von monetären Leistungen auf die von Daimler-Benz vorgezeichnete Linie der symbolischen Gesten ein.[314] Ab 1990 wurden an ehemalige Zwangsarbeiter Einladungen nach Wolfsburg ausgesprochen, und eine Organisation zum Austausch polnischer und deutscher Jugendlicher wurde gegründet. Als Mommsen 1991 erste Forschungsergebnisse präsentierte, erklärte sich Volkswagen bereit, 12 Millionen DM für »soziale und völkerverbindende Aktivitäten« zu zahlen und damit Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen von NS-Verfolgten in den Herkunftsländern der ehemaligen Zwangsarbeiter und Israel zu unterstützen. Zudem wurde ein Gedenkstein auf dem Werksgelände in Wolfsburg in Erinnerung an die ehemaligen Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk aufgestellt. Mit dieser Symbolpolitik, die explizit juristische Ansprüche auf Entschädigung negierte und stattdessen individuelle Forderungen in den abstrakten Raum der »Völkerverständigung« überführte, konnte Volkswagen vorerst dem öffentlichen Druck ausweichen. In der Presse wurde der Eindruck vermittelt, dass VW tatsächlich eingelenkt habe (»VW zahlt für Zwangsarbeit«[315]). Harsche Kritik musste dagegen Hans Mommsen einstecken, der nun erkannte, auf welch »schwieriges Terrain« er sich mit der VW-Studie begeben hatte.[316] An den ersten Forschungsergebnissen, die Mommsen und sein Team auf dem Symposium 1991 zur Diskussion stellten, war dabei in ihrer Deutlichkeit nichts auszusetzen. Das 77seitige Manuskript benannte klar die Rolle des Volkswagenwerks als zunächst sozialpolitisches Propaganda-, dann improvisiertes Rüstungsprojekt des NS-Regimes und beschrieb sowohl den Umfang als auch die unzureichenden Lebens- und Arbeitsbedingungen der verschiedenen Zwangsarbeitergruppen.[317] Diese ersten Forschungsergebnisse bestätigten und erweiterten damit die Arbeiten von Klaus-Jörg Siegfried. Zum Unmut einiger Protagonisten der lokalen Geschichtsinitiativen wollte sich Mommsen jedoch

312 USHMMA, BBFC, RG 12.004.22, Saul Kagan an Peter Frerk, 21.12.88.

313 Vgl. VVN-BdA BW, L22, Peter Frerk an Hinrich Buß (Superintendent Kirchenkreis Wolfsburg), 12.7.1991; Alfred Hausser (Interessengemeinschaft ehemaliger Zwangsarbeiter und zugleich VVN-BdA) an Carl Hahn, 6.2.1989; Albert Hoffmeister (Prokurist VW) an Alfred Hausser, 22.3.1989; Irmela Hammelstein (SPD Wolfsburg) an Carl Hahn, 1.3.1990; Offener Brief der Wolfsburger Grünen an Carl Hahn, 17.10.1989; So auch in der lokalen Presse: Wolfsburger Nachrichten, 29.10.1989 bzw. 18.5.1990.

314 Zu den Aktivitäten vgl. Kocks/Uhl: Anmerkungen, S. 16-20.

315 FAZ, 10.10.1991.

316 Mommsen/Grieger, Volkswagenwerk, S. 20. Zur Kritik an Mommsen vgl. auch Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 227-229.

317 Vgl. Mommsen, Geschichte.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
in der folgenden Diskussion nicht auf eine Pauschalverurteilung des »Kriegsverbrechers Porsche« festlegen lassen, und auch in der Frage der Entschädigung wollte Mommsen seine Forschungsarbeiten zur Vergangenheit von VW getrennt von aktuellen Forderungen der Gegenwart verstanden wissen. Seiner expliziten »Privatmeinung« nach gebe es für individuelle Entschädigungsforderungen keine juristische Grundlage und der Versuch von Zahlungen an Einzelpersonen werde vermutlich zu »sekundären Korruptionserscheinungen« führen – der »Blick in die Zukunft« und »überindividuelle Hilfe« seien der bessere Weg.[318] Damit vertrat Mommsen aber eben genau die Argumentationslinie des Automobilkonzerns, was zu heftigen Reaktionen in der linksliberalen Presse führte.[319] Insbesondere der Journalist Otto Köhler griff Mommsen und den Forschungsauftrag als solchen in der *Zeit* scharf an. Mommsen habe sich in die Rolle gefügt, die ihm zugedacht gewesen sei: »Ein Mann, dessen internationales Renommee in der Geschichtswissenschaft unanzweifelbar ist, hat den Standpunkt eingenommen, den VW, den die gesamte Industrie einnimmt: Wir bezahlen nicht unsere Schuld(en). Er hat seinen Ruf für VW verpfändet.« Dies veranlasste Mommsen wiederum zu einer umfangreichen Gegendarstellung.[320] Die Kritik an Mommsen zeigte, dass »für Historiker, die in unternehmensfinanzierten Projekten forschten, das Einnehmen der Position des neutralen Wissenschaftlers kaum möglich war.«[321] Im emotionalen, polarisierenden Vergangenheitsdiskurs der achtziger Jahre gab es auch für Historiker keinen apolitischen Elfenbeinturm. Ob bei Daimler-Benz oder bei Volkswagen – die ersten Forschungsaufträge deutscher Unternehmen zu ihrer NS-Geschichte an Geschichtswissenschaftler verdeutlichten, dass ihre Ergebnisse immer auch Teil des Diskurses über den Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit wurden.

Für das Konfliktfeld der Zwangsarbeiterentschädigung hat Henning Borggräfe festgestellt, dass historische Forschung in den achtziger Jahren von Entschädigungsaktivisten einerseits und staatlichen Institutionen andererseits zunehmend als politische Ressource genutzt wurde und damit sowohl als »Antrieb« als auch als »Bremse« entschädigungspolitischer Veränderungen fungierte.[322] Wenn er dabei hinsichtlich der deutschen Großkonzerne nahelegt, dass die verantwortlichen Konzernleitungen durch die Vergabe von Forschungsaufträgen die Entscheidung über Entschädigungen hinauszuzögern versucht hätten, so ergibt der Blick auf Daimler-Benz und Volkswagen ein differenziertes Bild. Gewiss bewirkten die eigenständigen Forschungen »von unten«, die in Form des Daimler-Benz-Buches von der HSG oder in Wolfsburg von engagierten Bürgern gebündelt wurden, einen substantiellen Druck auf die

318 Zitate Hans Mommsen in Die Zeit, 25.10.1991.
319 Vgl. Frankfurter Rundschau, 10.10.1991; tageszeitung, 19.12.1991 (»VWs Entlastungsforschung«).
320 Vgl. Die Zeit, 12.9.1991; Die Zeit, 25.10.1991 (Zitat); Die Zeit, 22.11.1991.
321 Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 228.
322 Ebd., S. 163.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
beiden Automobilkonzerne, die die öffentliche und politische Debatte um die »vergessenen Opfer« aufmerksam verfolgten. Zumindest Daimler-Benz' zweiter Auftrag an die GUG war vor diesem Hintergrund aber weniger als »Bremse« der Entschädigungsforderungen, sondern vielmehr als Gegengewicht zur medialen Skandalisierung angelegt. Der Konzern hätte das Zwangsarbeiter-Buch lieber früher als später veröffentlicht, um die öffentliche und wissenschaftliche Diskussion beeinflussen zu können. Eine Entschädigungszahlung als solche sollte durch den Forschungsauftrag zur Zwangsarbeit nicht verhindert werden. Sicherlich war die zweite GUG-Studie zur Zwangsarbeit ein kurzfristiger Zeitgewinn für den Konzern, und in den Augen der Betroffenen müssen die Mitteilungen des Konzerns sowie die gesperrten Archivbestände wie eine zynische Hinhaltetaktik erschienen sein. Tatsächlich aber war die grundsätzliche Entscheidung zu Entschädigungen schon sehr früh gefallen, und die Pauschalzahlung wurde 1988 ganze sechs Jahre vor dem eigentlichen Erscheinen der GUG-Studie vollzogen. Im Fall von Volkswagen scheint dieser Prozess nicht so eindeutig zu sein, wo erst viel später eine Pauschalzahlung geleistet wurde. Wichtiger als der Zeitgewinn war für beide Konzerne jedoch die Einhegung der öffentlichen Diskussion. Sowohl Daimler-Benz als auch Volkswagen waren durch die einzelne Stimmen, die im Resonanzraum der medialen Öffentlichkeit massiv verstärkt wurden, in die Defensive geraten. Die Vergabe der wissenschaftlichen Forschungsaufträge ermöglichten es ihnen, sich wieder offensiv und selbstbewusst zu präsentieren. Die Aufträge von Daimler-Benz und Volkswagen unterschieden sich dabei von den Formen früherer »Auftragsforschung« im weitesten Sinne, da die Unternehmensarchive fortan der Forschung offen standen und zumindest im Fall von VW keine Vorlage des Manuskripts mehr eingefordert wurde – was von einer kritischen Öffentlichkeit auch gewürdigt wurde. Die wissenschaftlichen Aufträge waren damit Teil einer geschichtspolitischen Symbolpolitik, deren anderer ebenso wichtiger Teil die Pauschalzahlung als »humanitäre Geste« war. Das innovative öffentliche Bekenntnis zur eigenen NS-Vergangenheit und die neue explizite Empathie für die Opfer überdeckten dabei die der Zahlung zu Grunde liegende Logik einer Trennung von Recht und Moral, die deutsche Konzerne seit den fünfziger Jahren vornahmen. Die wissenschaftlichen Studien waren in diesem Sinne – bei aller Aufklärung, die sie erzielten – für die Unternehmen wichtige Legitimationsressourcen und Imagefaktoren, um verloren gegangene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Dieses Modell sollte sich noch als äußerst zukunftstauglich erweisen.

4.4 NS-Unternehmensgeschichte und andere Streitfälle

Firmenjubiläen: Kontinuitäten und Skandalpotentiale

Die Darstellung der Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit von Daimler-Benz und der Versuche des Konzerns, auf die geschichtskulturellen Umbrüche der achtziger Jahre zu reagieren, sollte dabei nicht verdecken, dass die große

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Mehrheit an deutschen Unternehmen, insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen, von diesem Wandel kaum erfasst waren. Selbst die Mehrzahl der Großkonzerne war von der öffentlichen Diskussion kaum betroffen. Im Diskurs über die NS-Vergangen deutscher Konzerne waren es bislang nur Einzelfälle, die ins Kreuzfeuer der öffentlichen Kritik gerieten und sich mit Wiedergutmachungsforderungen konfrontiert sahen. Während Daimler-Benz heftiger Kritik in der Öffentlichkeit ausgesetzt war, beeilten sich andere Unternehmen ebenfalls, sich in den eigenen Archiven Klarheit über die Beschäftigung von Zwangsarbeitern zu verschaffen. Konzerne wie Siemens und Henkel arbeiteten dabei aber im Stillen, ohne eine Veröffentlichung der Ergebnisse einzuplanen. Vielmehr wappnete man sich für den Fall, ebenfalls mit Vorwürfen und Forderungen konfrontiert zu werden.[323] Ob und wie sehr die Unternehmen aus den Inhalten ihrer eigenen Forschungsaufträge lernen und sich ihre eigenen Selbstbeschreibungen verändern würden, sollte sich erst ab den neunziger Jahren zeigen. In den achtziger Jahren dominierten weiterhin die prägnanten Argumentationsmuster der vorangegangenen Jahrzehnte. Das zeigte sich nicht zuletzt in den Jubiläumsfestschriften und Unternehmenspublikationen.

Auch Daimler-Benz machte hier zunächst noch keine Ausnahme. Der Entschluss des Vorstands, im Rahmen des Jubiläums die NS-Zeit nicht auszusparen, führte in der eigens erstellten Festschrift zu einer Mischung aus Offenheit und Relativierung, die im Jubiläumsjahr 1986 die Kritik weiter befeuerte. Zwar bekannte sich der Vorstand im Vorwort der umfangreichen Festschrift zu einem Geschichtsbewusstsein als »unverzichtbaren Bestandteil der unternehmerischen Verantwortung« und verwies auf den Auftrag an die GUG.[324] Und die Verfasser des Texts, die beiden *FAZ*-Wirtschaftsjournalisten Max Kruk und Gerold Lingnau, hielten in dem umfangreichen Band zur Unternehmensgeschichte auch 25 Seiten für die NS-Zeit bereit. Das Kapitel mit dem bezeichnenden Titel »Scheinblüte und Zerstörung« war jedoch durchzogen von all den alten Rechtfertigungs- und Entlastungstopoi, die den Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen seit den fünfziger Jahren bestimmten. Chronologisch wurden alle für das Automobilunternehmen sensiblen Aspekte der Jahre 1933 bis 1945 berührt – und zugleich zu relativieren versucht. So war der wirtschaftliche Aufschwung der dreißiger Jahre, von dem auch Daimler-Benz profitiert hatte, in den Worten der Autoren eben nur eine »Scheinblüte« gewesen. Die persönlichen Verbindungen der Vorstandsmitglieder zum NS-Regime und die Mitgliedschaften in Partei und

323 Daimler-Benz schickte im Herbst 1986 seine »Dokumentation« an folgende Firmen, die sich laut Anlage »auch mit dem Thema [Zwangsarbeit] befassen«: BMW, Ford, Klöckner-Humbold-Deutz, Kraus-Maffei, MAN, Opel, VW, Bosch, Bremer Wollkämmerei, Siemens, in MBCA, Woriescheck, 1, Anlage 3, 18.11.1986. Die GUG berichtete ebenfalls von Untersuchungen bei Siemens und Henkel, vgl. MBCA, Woriescheck, 1, Protokoll Arbeitskreis Zwangsarbeit, 29.9.1986.

324 Daimler-Benz, Hundert Jahre, S. IX.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Parteiorganisationen seien »in dieser Branche naheliegend« gewesen und die Tatsache, dass mit Jakob Werlin ein »überzeugter Nationalsozialist« mit einem guten »Draht zum Führer« im Vorstand saß, wurde so ausgedeutet, dass gerade diese Verbindung die »auf Distanz zur Partei bedachten Linie« des späteren Vorstandsvorsitzenden Haspel geschützt habe, der ja schließlich mit einer »Halbjüdin« verheiratet gewesen war.[325] Ja, die Verbindungen zur NS-Spitze und seine Rolle als Rüstungslieferant habe Daimler-Benz in die Lage versetzt, dass sich das Unternehmen »in bescheidenem Rahmen widerborstig zeigen durfte« und eher durch »schlitzohrige Loyalität« ausgezeichnet habe.[326] Die Affinität Hitlers zur Automarke Mercedes-Benz und die »Sonderstellung« des Unternehmens wurden klar benannt, der Umstand, dass Hitler persönlich nur einmal in Stuttgart gewesen sei, wurde jedoch als Beleg dafür genommen, dass »ihm seine Mercedes-Wagen bei weitem sympathischer waren als die Leute, auf die er dort treffen musste«.[327] Grundsätzlich rekurrierte das Kapitel implizit auf das schematische Argument vom Primat der Politik, das auch das parallel entstehende Buch der GUG stark machte, und zeichnete dabei ein Bild von einem Staat, der »allmächtig« geworden sei, und einer Partei, die »jede Lebensäußerung überwucherte« habe.[328] »Im Griff des diktatorischen Regimes« habe Daimler-Benz versucht, »das privatwirtschaftliche Gesicht zu bewahren«, aber schon Mitte der 30 Jahre hätten die »ersten zwangswirtschaftlichen Pferdefüße« die Richtung gewiesen, wo das Unternehmen ab 1939 »notgedrungen im Dienst der staatlichen Zwangswirtschaft« gestanden habe.[329] Zum kritischen Thema Zwangsarbeit konnten oder wollten die Autoren nicht mehr sagen, als dass »in ständig wachsender Weise auf ›Fremdarbeiter‹, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge zurückgegriffen werden musste«, die Quellenlage jedoch spärlich sei. Die Unterbringung und die Behandlung der KZ-Häftlinge wurde zwar als »kaum menschenwürdig« bezeichnet, die Verantwortung dafür wurde jedoch der SS und »externen Wachmannschaften« zugeschoben.[330] Bezüge auf die »Dokumentation« der GUG wurden dabei in dem gesamten Kapitel nicht hergestellt, und der zweite Auftrag an die GUG, das Thema Zwangsarbeit gesondert zu erforschen, war zum Zeitpunkt der Drucklegung der Festschrift noch nicht erfolgt. Ausführlicher wurde am Schluss – wie üblich in der traditionellen Weise der Firmenchroniken – das »Grauen der Zerstörung« der Werke im »Bombenhagel« und der Gang der Beschäftigten durch »Fegefeuer und Hölle« dargelegt.[331] Dass das Unternehmen durch seine Anstrengungen trotz der absehbaren Niederlage den Krieg bis zum Schluss unterstützt und möglicherweise sogar verlängert hatte, kam den Festschrift-Autoren nicht in

325 Ebd., S. 136 bzw. 153.
326 Ebd., S. 138 bzw. 158.
327 Ebd., S. 138.
328 Ebd., S. 137 bzw. 145.
329 Ebd., S. 133 bzw. 148 f.
330 Ebd., S. 153 f.
331 Ebd., S. 153 f., 157.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
den Sinn. Vielmehr wollten sie es als stolze Leistung der Werke verstanden wissen, dass manche Fahrzeugarten keinen einzigen Triebwerkausfall gehabt hätten und dass der Organisation bei der schwierigen Untertageverlagerung der Betriebe »Respekt gebührt«.[332] So war diese Festschrift im Großen und Ganzen doch ein typischer Ausdruck jenes unternehmensgeschichtlichen Narrativs, das mittels der Semantik der Zwangswirtschaft das Verhältnis von Unternehmen und NS-Regime zu entlasten versuchte. Das zu diesem Zeitpunkt maximale Höchstmaß an Selbstkritik ließ sich noch in dem Bild finden, Daimler-Benz sei eben »keine unberührte Oase« gewesen.[333]

Mit einer ähnlichen Metapher (»keine Insel«) versuchte auch der Vorstandsvorsitzende von Volkswagen, Carl Hahn, die Situation des Unternehmens in der NS-Zeit halb einzugestehen, halb zu entschuldigen.[334] In der aufwendig gestalteten Festschrift, die kokett nur *Das Buch* hieß, wurde der schmale Grat weitergegangen, den der Vorstandsvorsitzende auch öffentlich abschritt. Auf der einen Seite wollte man stolz auf die Karriere des Unternehmens zurückblicken können und die »Mitarbeiterfirma« mit einem »Familienbuch« feiern.[335] Auf der anderen Seite durfte die Festschrift die Wurzeln des Werks in der NS-Zeit nicht länger aussparen und die öffentliche Erwartungshaltung unterlaufen. Im Gegensatz zu Daimler-Benz versuchte der Konzern aber nicht, auf dem verminten Terrain der Firmengeschichte seine eigene Darstellung der NS-Zeit zu formulieren. Stattdessen druckte man Auszüge aus einem älteren Buch des US-Journalisten Walter H. Nelson ab, entschuldigte sich in eingeschobenen Kommentaren für dessen unkritische Haltung und delegierte ferner die Einschätzung über die NS-Zeit komplett an den Experten Hans Mommsen.[336] Mommsen wiederum skizzierte in einem abgedruckten Interview die personellen Verbindungen zum NS-Regime, die Rüstungsbedeutung des Werks und die Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Da im selben Jahr auch Siegfrieds zweites Buch zur Zwangsarbeit im Volkswagenwerk erschien, hätte eine eigene Darstellung des Konzerns im Vergleich zu dieser umfassenden Studie wohl stets lückenhaft gewirkt. Die Einbindung von Mommsen als wissenschaftliche Instanz war vor diesem Hintergrund eine effektvolle Geste, die Glaubwürdigkeit und Seriosität suggerierte – und zugleich ein Novum: Erstmals wurde in einer Festschrift eine Differenz zwischen unternehmerischer und akademischer Firmengeschichtsschreibung explizit markiert und ein Historiker als ein außen stehender Experte eingeführt, der sein Urteil über die Unternehmensvergangenheit sprechen sollte. Damit wurde die Deutungshoheit über die eigene Firmengeschichte das erste Mal demonstrativ aus der Hand gegeben. Während Daimler-Benz trotz oder gerade wegen des Auftrags an die GUG mit seiner Festschrift harsche Kritik erntete, konnte sich Volkswagen mit seinem Buch

332 Ebd., S. 154 f.
333 Ebd., S. 136.
334 Zitiert in FAZ, 6.6.1988.
335 Volkswagen, Buch, S. 13.
336 Vgl. Volkswagen, Buch, S. 45-65 bzw. S. 66-69; Nelson, Volkswagen-Story.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
und dem enthaltenen Prädikat der Wissenschaftlichkeit weitestgehend aus der Schusslinie nehmen.[337]

Wie fallweise umstritten und einander überlagernd die akademischen, journalistischen und unternehmerischen Diskussionslinien in den achtziger Jahren lagen, lässt sich aufschlussreich am Beispiel des Chemiekonzerns Bayer nachvollziehen, für den im Jahr 1988 das 125jährige Firmenjubiläum anstand. Für den Chemiekonzern waren die achtziger Jahre ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahrzehnt. Heftige Kritik musste sich das Unternehmen dennoch gefallen lassen, und die bezog sich regelmäßig auf seine NS-Vergangenheit. Den Anfang dieser langen Reihe widerstreitender Narrative machte bereits 1978 ein alter Bekannter der IG Farben. Joseph Borkin war von 1938 bis 1946 Mitarbeiter der Antitrust-Abteilung im US-Justizministerium gewesen, hatte in dieser Funktion Kartellverfahren gegen die amerikanischen Töchterunternehmen der IG Farben geleitet und 1943 darüber das Buch *Germany's master plan* veröffentlicht. Waren Borkins Arbeiten eine wichtige Basis für die Anklagebehörde im Nürnberger Prozess gegen die IG Farben gewesen, war es nun Borkin, der sich auf Grundlage des Prozessmaterials noch einmal mit Verve daranmachte, seinen, wie er einmal sagte, »weißen Wal« zu jagen. 1979 erschien sein Buch unter dem Titel *Die unheilige Allianz der IG Farben* auch in Deutschland. In elf Kapiteln zog Borkin darin die lange Entwicklungslinie der IG Farben nach, wie sie bereits in Nürnberg von den amerikanischen Anklagevertretern dargelegt worden war, und wiederholte deren Anschuldigungen. Die IG Farben sei im Verlauf zweier Jahrzehnte zu einem Konzern von gigantischer Größe und wirtschaftlicher Machtkonzentration angewachsen, dessen Führung aus brillanten Kaufleuten und Wissenschaftlern bestanden habe, die eine »verhängnisvolle Neigung zu Opportunismus und moralischer Indifferenz« besessen hätten. So habe die IG die Politik der Nationalsozialisten aktiv unterstützt und in dem Maße mitgestaltet, in den die gewaltsame Expansion des »Dritten Reiches« mit den ökonomischen Interessen des Konzerns zusammenfiel: »wie der Schakal hinter dem Löwen zog die IG hinter der Wehrmacht in die überrannten Länder ein.«[338] Nach Borkins Darstellung war die Produktion von synthetischen Ersatzstoffen für Kohle und Kautschuk der Kern der gemeinsamen Interessenlage, was in Carl Krauchs Doppelfunktion ihren personellen Ausdruck gefunden habe. Am schärfsten waren Borkins Anklagen jedoch in dem Punkt, der schon in Nürnberg kontrovers diskutiert worden war: Die IG Auschwitz. Die IG Farben habe sich nicht nur bewusst für die schlesische Stadt entschieden, weil man dort billige KZ-Häftlinge als Arbeitskräfte vorgefunden habe. Der Chemiekonzern habe auch die Ausbeutung der Häftlinge aktiv betrieben und letztlich deren Ermordung in Kauf genommen – mit dem von der eigenen Tochterfirma vertriebenen Zyklon B. Diese Anschuldigungen, auch wenn es

337 Zu Daimler-Benz vgl. etwa Der Spiegel 7.4.1986; zu Volkswagen vgl. FAZ, 6.6.1988; Wolfsburger Nachrichten 6.6.1988.

338 Borkin, Allianz, S. 91

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
lauter Argumente auf der Grundlage von Akten von 1947/48 waren, sorgten in der deutschen Presse für einiges Aufsehen, nicht zuletzt weil Borkin seine Geschichte mit einem bedrohlichen Unterton bis in die Gegenwart fortführte: »Jedes einzelne der drei [Nacholge-]Unternehmen ist größer, als die IG im Zenit ihrer Geschichte es war.«[339] Einzig die *FAZ* tat das Buch als »tendenziöse Darstellung« ab.[340] Die außergewöhnliche Presseresonanz und insbesondere ein langer Artikel im *Spiegel* rief auch die ehemaligen IG-Direktoren bei Bayer auf den Plan. Heinrich Gattineau, seinerzeit selbst Mitangeklagter in Nürnberg, schrieb für die Öffentlichkeitsarbeit von Bayer eine umfangreiche Analyse und Gegendarstellung zu Borkins Werk, und Curt Duisberg beeilte sich, das von Borkin gezeichnete Bild seines Großvaters, des IG-Gründers Carl Duisberg, zu korrigieren.[341] Beide, Gattineau und Curt Duisberg, waren es auch, die kurze Zeit später in eigenen biographisch angelegten Sachbüchern zur Ehrenrettung der IG Farben im »Dritten Reich« ansetzten und dabei unter anderem ausführlich aus den in Nürnberg angebrachten Verteidigungsplädoyers zitierten.[342]

Diese erste Welle der Auseinandersetzung war jedoch nur ein Vorbote dessen, was im Jahr 1986 auf Bayer zukam. Im Frühjahr veröffentlichte der Greno-Verlag den OMGUS-Bericht zur IG Farben in einer eigenen Edition und mit einem umfangreichen Kommentar zu seiner Entstehungsgeschichte.[343] Nachdem Borkin die Argumente der Nürnberger Anklagevertretung zurück ins öffentliche Gedächtnis gerufen hatte, war mit dem OMGUS-Bericht auch die wichtigste Grundlage der amerikanischen Anklageschrift erneut präsent.[344] Der Bericht, der eine außergewöhnliche Ballung ökonomischer Macht konstatierte und deren Zerschlagung empfahl, konnte in der Gegenwart der achtziger Jahre mit den drei großen IG Farben-Nachfolgern wie eine Lektion wirken, aus der weder personell noch institutionell irgendwelche Schlüsse gezogen worden waren. So nahm beispielsweise auch ein umfangreicher *Stern*-Artikel die Darstellung des Berichts auf und glich ihn mit der Nachkriegsgeschichte ab. »Deutsche Verdrängung und deutsche Karrieren« hielt er letztlich fest: Ehemals in Nürnberg verurteilte IG-Direktoren wie beispielsweise Fritz ter Meer hätten den Sprung zurück bis in die Aufsichtsräte der IG Farben-Nachfolger geschafft und die Unternehmen selbst seien größer und mächtiger als

339 Ebd., S. 146.

340 Vgl. etwa Der Spiegel, 4.2.1980 (»In die Speichen des Kriegsrades gegriffen«), Süddeutsche Zeitung, 5.2.1980 (»Eine verbrecherische Interessengemeinschaft im Dritten Reich«), Die Rheinpfalz, 5.2.1980 (»Schwarze Flecken bei der IG Farben«), Stuttgarter Zeitung, 11.4.1980; dagegen FAZ 13.8.1980.

341 Vgl. BAL, 4/C.6, Aktennotiz Curt Duisberg 6.2.1980; Aktennotiz Heinrich Gattineau, 8.2.1980; Manuskript Heinrich Gattineau »Inhaltsübersicht und Stellungnahme zu ›The Crime and Punishment of I. G. Farben‹«, o. D.

342 Vgl. Duisberg, Sohn, S. 179-224 bzw. S. 231-235; Gattineau, Klippen.

343 Vgl. OMGUS, IG Farben.

344 Zum Entstehungskontext des OMGUS-Berichts und seiner Bedeutung für die US-Anklage in Nürnberg vgl. S. 62 ff. dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
je zuvor.[345] Damit stand nicht nur die NS-Vergangenheit von Bayer, Hoechst und der BASF wieder im Zentrum des öffentlichen Interesses, sondern auch deren Umgang mit der belasteten Geschichte. Weiteren Vorschub erhielten diese Neuauflagen des Nürnberger Anklagenarrativs vom kriegstreiberischen Chemiekartell auch aus dem Umfeld der Neuen Sozialen Bewegungen, die zeitgleich bei Daimler-Benz und Volkswagen für Unruhe sorgten. So war aus einer 1978 anlässlich eines Störfalls bei Bayer gegründeten Bürgerinitiative inzwischen eine lautstarke Protestgruppe unter dem Namen »Coordination gegen Bayer-Gefahren« geworden, die sich seit 1983 nicht nur auf Hauptversammlungen für Arbeiterrechte und Umweltschutz einsetzte, sondern eben auch einen kritischen Umgang mit der NS-Vergangenheit einforderte.[346] Demselben politischen Milieu entstammte ebenfalls der Journalist Otto Köhler, der als *konkret*-Autor nicht nur Daimler-Benz und Volkswagen für ihre Geschichtsdarstellungen regelmäßig attackierte, sondern über die Geschichte der IG Farben 1986 sogar ein eigenes Buch vorlegte. Köhler schilderte darin die Geschichte eines Chemieriesen, der durch seine Eilfertigkeit stets von Kriegen profitiert und die Nähe zur großen Politik gesucht habe. Hinsichtlich der NS-Zeit legte er in der marxistisch geprägten Lesart nahe, dass die IG Hitlers Machtübernahme gefördert und in der Person von Carl Krauch die NS-Politik im Sinne des Konzerns mitbestimmt habe. Insbesondere hob auch Köhler den Fall Auschwitz hervor als den brutalsten Ausdruck der Zusammenarbeit zwischen der IG Farben und der SS.[347] Diese Linie mit den dazugehörigen Dokumenten vertrat Köhler ebenfalls auf Hauptversammlungen bei Hoechst, Bayer und der BASF.

Ein kritisches IG-Portrait der ganz anderen, aber keineswegs weniger publikumswirksamen Art entstand darüber hinaus in bewegten Bildern. Der Regisseur Bernhard Sinkel, ein Großneffe von Fritz ter Meer, nahm sich des unternehmensgeschichtlichen Stoffes der IG Farben an und machte daraus eine Familiengeschichte über drei Generationen unter dem Titel *Väter und Söhne*. Unter Rückgriff auf Borkins IG-Darstellung und anhand eines breiten Spektrums an Figuren legte Sinkel den Fokus auf die unterschiedlichen Motive und Hintergründe der Protagonisten und beleuchtete damit – dem historiographischen Trend der Alltagsgeschichte folgend – die Perspektive »von unten« auf den Nationalsozialismus.[348] Dass Sinkel dabei verschiedene Biographien übereinanderlegte, andere Figuren komplett hinzuerfand, entsprach zwar im streng historiografischen Sinne keiner korrekten Darstellung, erfüllte aber seinen filmischen Zweck, lange Linien anhand persönlicher Schicksale zu erzählen. So legte der Film zum Beispiel eine Kontinuität vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg in der Entwicklung und Anwendung von

345 Stern, 17.4.1986.
346 Vgl. ein frühes Portrait über die Gruppe in Der Spiegel, 29.8.1988.
347 Vgl. Köhler, IG Farben. Ähnlich auch in *konkret*, November 1986 (»Farbspuren«).
348 Zur Einordnung von *Väter und Söhne* in das Verhältnis von Filmkultur und Geschichtswissenschaft der achtziger Jahre vgl. Bösch, Film.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Giftgaskampfstoffen oder in der aktiven Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der Rüstungsplanung und -umsetzung nahe. Hinsichtlich der NS-Zeit gab der Film diversen bereits in Nürnberg umstrittenen Dokumenten ein Gesicht und zeichnete ein anschauliches Bild von der opportunistischen Interessenlage von Chemiekonzern und NS-Partei. So wurden unter anderem das erste Treffen zwischen IG-Vertretern und Hitler 1932 zur Absprache einer festen staatlichen Abnahme von künstlichem Treibstoff, das persönliche Bemühen um Arbeitskräfte aus dem KZ Auschwitz zur Errichtung des nahe gelegenen Buna-Werks oder das Wissen um die Ermordung mit Zyklon B groß in Szene gesetzt. Grundsätzlich zielte der Film im Gegensatz zum DEFA-Film *Der Rat der Götter* von 1950 nicht auf eine ideologische Kapitalismuskritik von Großkonzernen und eine eindeutige Identifikation mit einzelnen Arbeiter-Figuren. Vielmehr veranschaulichte *Väter und Söhne* anhand einer Dramaturgie von ambivalenten Figuren die individuelle Verstrickung einer gesellschaftlichen Elite an großbürgerlichen Unternehmern und akademisch gebildeten Ingenieuren. Diese Personalisierung kam bei Publikum und Filmkritik gut an. Der vierteilige Fernsehfilm mit prominenter Besetzung lief im November 1986 zur besten Sendezeit in der ARD, wurde von durchschnittlich 12 Millionen Zuschauern gesehen und von der zeitgenössischen Kritik überwiegend positiv mit der US-Serie *Holocaust* verglichen.[349] Im umfangreichen Begleitband und eigens herausgegebenen Pressematerial zur Geschichte der IG Farben betonte Sinkel, dass es ihm nicht um Schuldzuweisungen gehe, sondern darum, Verantwortung für die Geschichte zu übernehmen und sich nicht in Ausflüchte und Entschuldigungen zu retten.[350] Wenngleich die Wirkung der Serie nicht die gleiche von *Holocaust* aus dem Jahr 1979 war, so war doch die Geschichte der IG Farben und damit der Umgang mit ihr durch die IG Farben-Nachfolger einem Millionenpublikum zugänglich geworden – und führte nicht zuletzt zu einer von Journalisten und Historikern geführten Debatte über die Auslegung heikler Aspekte der IG-Geschichte. Selbst die letzten noch lebenden ehemaligen Verteidiger des Nürnberger IG Farben-Prozesses veröffentlichen in Buchform erneut ihre Lesart des richterlichen Urteils und verwahrten sich gegen die filmische »Geschichtsklitterung«.[351] Vor allem wurde öffentlich wieder über die Frage gestritten, welche Bedeutung das KZ Auschwitz für die Standortwahl des Buna-Werks gehabt hatte.[352]

Diese breit geführte Debatte, in der wissenschaftliche, journalistische und filmische Narrative auf Augenhöhe miteinander stritten, wurde auch bei Bayer aufmerksam verfolgt. Angesichts der Fortsetzung der »IG-Legende«, wie es

349 Zur Rezeption vgl. Der Spiegel, 10.11.1986; zur großen Vorabberichterstattung Stern, 23.5.1985; Der Spiegel, 3.6.198; Die Zeit, 6.9.1985.

350 Vgl. Sinkel, Väter und Söhne; Pressematerial der ARD zum Film, in: BAL, 92/1.1.

351 Vgl. Heintzeler, IG Farben (Zitat S. 7).

352 Vgl. Die Zeit, 7.11.1986; Die Welt, 12.11.19186; Frankfurter Rundschau, 12.11.1986; FAZ, 12.11.1986; Süddeutsche Zeitung, 22.11.1986; konkret, November 1986; Roth, Fernsehereignis.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bereits ein interner Bericht über die Vorabaufführung des Films im Sommer 1986 festgehalten hatte, müsse mit öffentlichen Diskussionen gerechnet und eine nüchterne Widerlegung der »Verdrehungen und Fälschungen« vorbereitet werden. Juristische Schritte hielt man für aussichtslos.[353] Da Bayer zur Vorbereitung des 125. Jubiläum im Jahr 1988 den Bielefelder Wirtschaftshistoriker Gottfried Plumpe als historischen Berater unter Vertrag genommen und mit der Zuarbeit zum historischen Teil der Bayer-Festschrift beauftragt hatte,[354] wurde er nun auch gebeten, sich des Films anzunehmen. Plumpe verfasste für die Öffentlichkeitsarbeit eine detaillierte Gegendarstellung zum filmischen Narrativ und vertrat in öffentlichen Diskussionen sowie gegenüber der ARD die Position des Konzerns: *Väter und Söhne* sei keine »verantwortungsvolle Auseinandersetzung, sondern die Übernahme einer problematisch-historischen Legende«.[355] Plumpe arbeitete selbst seit geraumer Zeit an einer Habilitationsschrift über die Geschichte der IG Farben, die er 1988 einreichte. Im selben Jahr beging Bayer im großen Stil sein 125jähriges Bestehen und veröffentlichte eine aufwendige, umfangreiche Festschrift mit dem Titel *Meilensteine*. Von den über 600 Seiten waren dabei acht für die Geschichte der IG Farben reserviert.[356] Diese Darstellung, an der maßgeblich Plumpe gearbeitet hatte, war alles andere als beschönigend. Die Geschichte der IG wurde hier in die politische Entwicklung eingebettet und klargestellt, dass der Chemiekonzern nach 1933 seine Distanz zur NSDAP fallen gelassen, vom wirtschaftlichen Aufschwung profitiert und Abmachungen über die Herstellung von synthetischen Produkten geschlossen hatte, die der Autarkiepolitik der NS-Regierung entgegengekommen waren. Auch die Kooperation und Stellung Carl Krauchs wurde erläutert. Für die Kriegsphase hielt der Abschnitt fest, dass der Konzern als Grundstoffzulieferer für die Rüstungsindustrie als »kriegswichtig« erklärt worden sei und in zunehmenden Maße auch »Fremdarbeiter«, Kriegsgefangene und schließlich KZ-Häftlinge beschäftigt habe. Gerade in diesem heiklen Punkt der Zwangsarbeit und dem Werk in Auschwitz blieb die Darstellung jedoch in seiner Bewertung zurückhaltend und ambivalent. Auf der einen Seite wurde nahegelegt, dass der Konzern angesichts der »detaillierten staatlichen Vorschriften« keine Handlungsspielräume beim Einsatz und bei der Unterbringung der Zwangsarbeiter gehabt habe. Auf der anderen Seite wurde

353 BAL, 92/1.1, Bericht über die Uraufführung des Films »Väter und Söhne« am 27./28. Juni 1986 in München, 3.7.1986.

354 Plumpe arbeitete für die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit im Referat »Unternehmensgeschichte und -entwicklung«.

355 BAL, 92/1.1, Gottfried Plumpe, Anmerkungen zum historischen Gehalt des Films, 22.10.1986; Gottfried Plumpe an Friedrich Nowotny (WDR), 10.11.1986 (Zitat S. 3). Zur öffentlichen Diskussion im Adolf-Grimme-Institut mit Gottfried Plumpe, Bernhard Sinkel und Karl Heinz Roth vgl. FAZ, 22.11.1986; Marler Zeitung, 22./23.11.1986.

356 Vgl. Bayer, Meilensteine, S. 292-299; der Abschnitt über den Nürnberger Prozess S. 304-307.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die »Buna-Suppe« als Beleg dafür angeführt, dass man sich um die Beschäftigten auch gekümmert habe. Zur heiklen Frage der Standortwahl äußerte sich der Text nur vage und betonte auch hier Entscheidung und Aufträge von Reichsstellen und SS. Grundsätzlich zog sich die Festschrift in allen brisanten Punkten, insbesondere hinsichtlich der Beteiligung an NS-Verbrechen, auf das Urteil der Nürnberger Richter zurück. Im Abschnitt zu den Jahren 1933 bis 1945 und mehr noch im Abschnitt über den Prozess 1947/48 griff die Festschrift ausführlich auf Textpassagen der Urteilsbegründung zurück, die die IG-Verantwortlichen größtenteils entlasteten. Angesichts der Masse an Vorwürfen durch die Anklagevertretung und der vergleichsweise wenigen Schuldsprüche zeichnete sich so im Endeffekt ein tendenziell positives Bild ab. Nicht zuletzt weil auch die Festschrift anklingen ließ, dass die amerikanische Anklage vor allem politisch motiviert gewesen sei. Vor diesem Hintergrund konnte der Text am Beispiel von Fritz ter Meer schließlich legitimieren, dass auch ter Meer trotz Verurteilung später wieder in den Aufsichtsrat berufen wurde: »Man sah seine Verstrickung vielmehr als die Folge einer Zwangslage, in der die meisten nicht anders gehandelt hätten und gehandelt haben. Er war ein hervorragender Chemiker, Organisator und Techniker und besaß international in der chemischen Industrie hohes Ansehen.«[357] Da kam das alte Verteidigungsnarrativ eben doch durch die Hintertür wieder herein. Für Bayer erwies sich diese Form der Darstellung als gelungen, und zum Zeitpunkt der Veröffentlichung zog die Festschrift keine explizite Kritik auf sich. Hatten die Bayer-Kritiker grundlegend auf das Nürnberger Anklagenarrativ vom kriegstreiberischen Chemiekartell zurückgegriffen, so ging Bayer mit seiner Darstellung ebenfalls in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück und berief sich auf das Urteil. Die Tatsache, dass das Urteil zum Zeitpunkt seiner Verkündung nicht unumstritten gewesen war und ebenso wie die Anklage in seinem historischen Kontext gesehen werden musste, spielte Ende der achtziger Jahre in der Öffentlichkeit keine Rolle.[358] Wie sehr die alten Deutungsmuster auch im Konzern selbst noch verankert waren, davon zeugte die apologetische Biographiensammlung eines leitenden Angestellten von Bayer, die 1990 erschien. Darin wurde der alte IG-Familiengeist noch einmal ehrfurchtsvoll beschworen und hinsichtlich der NS-Zeit zum Teil wortwörtlich auf Formulierungen aus den Verteidigungsplädoyers von Fritz ter Meer und Friedrich Silcher zurückgegriffen.[359]

Der Streit um die IG verlagerte sich nun stärker auf die wissenschaftliche Ebene. Bereits im Jahr 1987 hatte der US-Historiker Peter Hayes seine Dissertation über die Geschichte der IG Farben veröffentlicht und die wichtigsten

357 Ebd., S. 307.

358 Vgl. S. 84 ff. dieser Arbeit.

359 Vgl. Heine, Verstand: Zu Carl Krauch hieß es bspw., er habe sein »Staatsamt« zur Mäßigung der Partei gegenüber der IG Farben genutzt (S. 100); zum Nürnberger Prozess wiederholte der Text Silchers Diktum, dass die USA »Hitlers Testament«, die Zerschlagung der IG, vollstreckt hätten (S. 291). Aufschlussreich für die Art des Buches auch die Selbstdarstellung des Verfassers auf S. 341.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Erkenntnisse in einem auf Deutsch erschienen Aufsatz zusammengefasst.[360] Darin war er zu einem differenzierten Urteil gekommen: Im IG-Vorstand habe ein opportunistischer »Professionalismus« vorgeherrscht. Man habe versucht, sich die Absichten des Regimes, soweit sie mit den eigenen kompatibel waren, zu eigen zu machen.[361] Die verantwortlichen Direktoren hätten ihr Handeln auf einen professionellen Tunnelblick verengt, dessen enge ökonomische Rationalität, von Ehrgeiz und Strafvermeidung motiviert, ein Verhalten des vorauseilenden Gehorsams befördert habe, das nie ganz einverstanden gewesen sei mit dem Gang der Ereignisse, aber immer von ihm profitiert habe. Für eine Verstrickung in die größten Verbrechen des Nationalsozialismus habe es daher auch keiner ideologischen Überzeugung in den Reihen des Vorstands bedurft. Vielmehr habe das NS-Regime geschickt die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so verformt, dass der IG-Vorstand einer primär ökonomischen Logik gefolgt sei, um Wettbewerbsvorteile zu sichern und Unternehmensgewinne auszuweiten, was aber zugleich eine Einpassung der Kapazitäten der IG in den größeren ideologisch-politischen Rahmen des NS-Regimes bedeutet habe.[362] Als dann Gottfried Plumpe 1990 seine Habilitation veröffentlichte – er war inzwischen bei Bayer als Leiter der Gruppe »Unternehmenspolitik« fest angestellt –, kam es in der Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung zwischen Hayes und Plumpe.[363] Der amerikanische Historiker warf dem deutschen Kollegen vor, dass Plumpes zentrale Ergebnisse nur seine eigenen Resultate wiederholen würden, ohne ausreichend auf die früher erschienene Arbeit hinzuweisen. Darüber hinaus verwies Hayes auf mehrere Beispiele, wo Plumpe nur einseitige Quellenbestände ausgewertet bzw. wichtige Quellen in einer Weise unvollständig zitiert hatte, die leicht als absichtliche Manipulation ausgelegt werden konnte. Und das wurde es auch. Hatte Hayes den Vorwurf der schönenden Unterschlagung noch indirekt formuliert, überführten Konzernkritiker wie Otto Köhler die Kritik an Plumpes Arbeit in den größeren Kontext der Auftragsforschung, »Weißwäscherei« zu betreiben.[364] Insbesondere der Streit über die Frage, warum sich die IG Farben für Auschwitz als Standort für das Buna-Werk entschieden hatte, wurde im wissenschaftlichen Kreis noch weiter fortgeführt und ist bis in die Forschung der Gegenwart umstritten.[365] Das Beispiel Bayer zeigt, wie kontrovers die unterschiedlichen Narrative zur eigenen Firmenhistorie Ende der achtziger Jahre noch lagen und über welchen langen Zeiträume sich die Deutungsmuster erstreckten.

360 Vgl. Hayes, Industry; Hayes, Industrie.
361 Hayes, Industry, S. 382.
362 Vgl. ebd.; Hayes, Industrie, S. 136.
363 Vgl. G. Plumpe, IG Farbenindustrie; Hayes, Zur umstrittenen Geschichte; G. Plumpe, Antwort.
364 Vgl. konkret, Juni 1991 (»Fälschung und Betrug«).
365 Vgl. Sandkühler/Schmuhl, IG Farben; zuletzt Wagner, IG Auschwitz.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Diese kontroversen Diskussionen und multiplen Narrative waren jedoch – wie bereits betont – die Ausnahme. Die breite Masse an deutschen Unternehmen sah sich nicht einer solchen konfrontativen Kritik ausgesetzt – und dementsprechend stabil blieben die Selbstdarstellungen nicht zuletzt in ihren Firmengeschichten, die sie weiterhin hausintern verfassen ließen. Exemplarisch für diesen Umgang war die Degussa. Auch in den achtziger Jahren war die Degussa vom Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne kaum berührt. In der öffentlichen Diskussion spielte sie so gut wie keine Rolle, gleichwohl lässt sich in den unternehmensgeschichtlichen Texten der damaligen Unternehmensarchivarin ablesen, dass die gesellschaftspolitische Debatte über die NS-Zeit auch im Konzern wahrgenommen wurde. Im Jahr 1988 erschien ein großes Buch, in dem chronologische Beiträge zur Geschichte der Degussa aus der Werkszeitung versammelt waren. Diese Beiträge waren symptomatisch in ihrer Ambivalenz. Hinsichtlich der Jahre 1933 bis 1945 wurde detailliert auf die politischen Zeitgeschichte eingegangen und die Entwicklung der Degussa im Nationalsozialismus erörtert. Die NS-Autarkie- und Aufrüstungspolitik wurde klar benannt, die Rolle der Degussa aber durch die üblichen Formulierungen (der Staat »forciert«, »lenkt« und »kontrolliert«; die Degussa wird »gezwungen«) relativiert.[366] Heikle Aspekte wie das Einschmelzen von Edelmetallen aus jüdischem Privatvermögen oder die Beteiligung an der Degesch und deren Zyklon-B-Vertrieb wurden gleich komplett ausgespart; die Beschäftigung von Zwangsarbeitern mit nur einem Satz beschönigt.[367] Besonders aufschlussreich waren die Passagen über den »Erwerb« und die Rückerstattung von jüdischen Unternehmen, von denen die Degussa ab den frühen dreißiger Jahren eine Vielzahl übernommen hatte. Hier schilderten die Beiträge einige Beispiele ausführlich, in denen der Degussa-Vorstand von den jüdischen Unternehmern »in ihrer Bedrängnis« selbst angefragt worden sei, eine Beteiligung bzw. Übernahme einzugehen. Grundsätzlich stellten die Artikel die Fälle von »Arisierungen« als Programm von Staat und Partei dar, wohingegen die Degussa nur als »seriöser Käufer« zu helfen versucht habe – ein Deutungsmuster, das so alt wie griffig war.[368] Mochten diese Fälle aus der Perspektive der Beteiligten noch subjektiv korrekt dargelegt sein, so reflektierten die Texte in keiner Weise die fatale Interessenkongruenz zwischen Staat und Unternehmen – spätere und von der Degussa wesentlich radikaler durchgeführte »Arisierungen« wurden in der Selbstbeschreibung gar nicht erst erwähnt. Das Degussa-Buch war damit ein repräsentatives Beispiel für die breite Masse an Unternehmen, die mit ihrer NS-Vergangenheit nicht im öffentlichen Brennpunkt standen. Wenngleich die NS-Zeit durchaus thematisiert wurde, so griffen die selbst verfassten Publikationen doch auf die jahrzehntelang etablierten Rechtfertigungsmuster zurück

366 Vgl. Degussa, Geschichte, S. 96 bzw. 105.
367 Vgl. Ebd., S. 118.
368 Vgl. Ebd., S. 101-104 bzw. 110 f. (Zitat). Zur langen Linie der Rechtfertigung von »Arisierungen« im Sinne des »gutgläubigen Erwerbs« bzw. »Judenhilfe« vgl. S. 104 f. und 188 ff. dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
und sparten besonders fragwürdige Aspekte ihrer Geschichte komplett aus.[369] Da machten auch manche von renommierten Journalisten und Historikern verfasste Firmenchroniken kaum einen Unterschied aus.[370]

Die aufgeführten Beispiele von Unternehmenspublikationen und ihren Gegennarrativen verdeutlichen, wie unterschiedlich Unternehmen in den achtziger Jahren mit Kritik konfrontiert waren und mit ihr umgingen. Sie zeugen davon, wie verschieden die Mobilisierungs-, Beharrungs- und Fliehkräfte im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne in dieser Phase noch waren. Während im Fall Daimler-Benz das Jubiläumsjahr nahezu zum PR-Gau eskalierte, schaffte es Volkswagen, sich rechtzeitig aus der Schusslinie zu nehmen. Bayer geriet trotz aller vorausgegangenen öffentlichen Aufmerksamkeit nicht in die befürchtete Bredouille, und der Großteil der Unternehmen griff wie die Degussa ohne größeres Aufsehen auf ihre alten Deutungsmuster zurück. Für die kontrovers diskutierten Fälle war dabei der Faktor der beauftragten Wissenschaftler von entscheidender Bedeutung. Im Fall der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte für Daimler-Benz wurden die Historiker als zu wirtschaftsnah und abhängig wahrgenommen, während Volkswagen durch seinen Auftrag an Hans Mommsen einen Effekt der Glaubwürdigkeit erzielen konnte. Bayer stand mit seiner Entscheidung für Gottfried Plumpe eher zwischen diesen Polen, und hier kam ein zweiter wichtiger Faktor ins Spiel. Ebenso entscheidend wie die öffentlich wahrgenommene Unabhängigkeit der Forscher war das Skandalpotential des jeweiligen Falles in den öffentlichen Medien. Das Problem der Zwangsarbeit war hier von entscheidender Qualität. Wie Tim Schanetzky unter Verweis auf Niklas Luhmann festgestellt hat, ließ sich gegen Komplexität nicht protestieren, und das Thema Zwangsarbeit war im Gegensatz zu anderen Aspekten der nationalsozialistischen Wirtschaft vergleichsweise einfach strukturiert.[371] Das Thema ließ eine Zuweisung von klaren Täter- und Opfer-Rollen zu, es war moralisch hochgradig aufgeladen und ließ sich in Forderungen nach individuellen Entschädigungen ummünzen, denen sich die Unternehmen verweigerten. Von den diversen Aspekten, die die NS-Zeit der IG Farben ausmachten, waren es daher vor allem immer wieder das Buna-Werk in Auschwitz und die Ausbeutung sowie die hingenommene Ermordung von KZ-Häftlingen, die in der Diskussion bei Bayer die höchsten Wellen schlug. »IG Auschwitz«, nicht etwa der »Gebechem«[372] Carl Krauch war die Chiffre des Skandalons der IG Farben. Kurzum: Der polarisierende Vergangenheitsdiskurs der achtziger Jahre und die Auseinandersetzung um

369 Für andere von Unternehmensangehörigen verfasste Selbstdarstellungen vgl. etwa BASF, 125 Jahre BASF; Dresdner Bank, 120 Jahre Dresdner Bank, S. 103-133.

370 Vgl. Allianz, 100 Jahre; Herdt, Bosch, S. 64 f., 75-92.

371 Vgl. Schanetzky, Jubiläen, S. 70 f.

372 Die Abkürzung stand für den »Generalbevollmächtigter Chemie«, verantwortlich für die Erzeugung von Mineralöl, Kautschuk und Leichtmetallen, von Schieß- und Sprengstoffen und chemischen Kampfstoffen beim Beauftragten für den Vier-Jahresplan, Hermann Göring.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
den »richtigen« Umgang mit der NS-Vergangenheit schufen den Rahmen, in dem einzelne kritische Stimmen wie im Fall von Daimler-Benz anhand des Themas Zwangsarbeit einen öffentlichen Druck mit aufbauen konnten, der den Konzern in seinen Entscheidungen beeinflusste. Zwangsarbeit war das Thema der Stunde, so begrenzt es auch noch auf einzelne Unternehmensfälle war. Konzerne wie die Degussa, deren mindestens ebenso abgründige Vergangenheit hinsichtlich der Schmelzung von Edelmetallen aus jüdischem Besitz von forschenden Aktivisten wie Karl Heinz Roth bereits im Jahr 1988 skizziert wurde, standen noch gänzlich am Rande der öffentlichen Aufmerksamkeit.[373] Das Thema »Raubgold« wurde erst zehn Jahre später zum diskursiven Sprengstoff, als es wiederum im medialen Resonanzraum seine lautstarke Skandalisierung erfuhr.

Neue Impulse der Unternehmensgeschichte

Wenngleich nicht allen Jubiläen die Sprengkraft medialer Skandale innewohnte und sie wissenschaftliche Forschungsaufträge nach sich zogen, so waren die Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne doch auch wichtige Anstöße für die westdeutsche Unternehmensgeschichtsschreibung, die bis in die späten achtziger Jahre noch ein ambivalentes Bild abgab.[374] So zog einer der ersten Lehrbeauftragten für Unternehmensgeschichte, Hans Jaeger, seinerzeit ein eher ernüchtertes Resümee: Die »geringe Fähigkeit zur Theoriebildung« sei die »konstitutionelle Schwäche der Unternehmensgeschichte«, die sich ansonsten auf »relativ engen, gut befestigten Pfaden« bewege und »unübersichtliches Terrain« meide.[375] Das war freundlich ausgedrückt. In der unternehmensgeschichtlichen Forschung dominierte weiterhin ein Fokus auf bestimmte Themen und Epochen wie die Phase des Frühkapitalismus und der Industrialisierung. Fragestellungen wurden insbesondere aus den Disziplinen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte für die Unternehmensgeschichte abgeleitet. Unternehmensgeschichte war in diesem Sinne primär Sozialgeschichte, die die Biographien von Unternehmern, die Zusammensetzung sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Belegschaft und nicht zuletzt das Verhältnis zwischen Arbeit und Kapital untersuchten. Methodisch waren viele unternehmenshistorischen Arbeiten von Alfred Chandlers Forschungsansatz, der historischen Strukturanalyse von Großunternehmen, beeinflusst, der damit auch ein bestimmtes Bild von Unternehmen und ihrer Führung etablierte. Der »visible hand« des Managers, seiner strategischen Zielsetzung zur effektiven Implementierung von Strukturen, wurde größere Bedeutung beigemessen als der »invisible hand« des Marktes oder anderer Umweltfaktoren. Unternehmen

373 Vgl. Roth, Spezialunternehmen.

374 Vgl. dazu und im Folgenden Abelshauser u. a., Neuere Forschungen; Hildebrandt, Das Dritte Reich, S. 193-196; Pierenkemper, Unternehmensgeschichte, S. 64-81; Schröter, Institutionalisierung, S. 38-43.

375 Jaeger, Unternehmensgeschichte, S. 127 bzw. 132.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
waren in diesem Sinne steuerbare, rein ökonomisch ausgerichtete Organisation – mit entsprechend sich rational verhaltenden Akteuren.

Vor dem Hintergrund dieser »Verbetriebswirtschaftlichung« der Unternehmensgschichte[376] und der allgemeinen thematischen Verengung war die unternehmenshistorische Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus wenig ausgeprägt. Erklärungsansätze zur zentralen Frage nach dem Verhältnis von Unternehmen und NS-Staat wurden weiterhin primär aus wirtschaftshistorischer Perspektive zu beantworten versucht und standen noch immer im Spannungsfeld der häufig politisch motivierten schematischen Primat-Debatte – wie nicht zuletzt die Auseinandersetzung um die Firmengeschichte von Daimler-Benz zwischen der GUG und der HSG zeigte. Zwar hatten bereits einzelne Arbeiten begonnen, diese gegensätzlichen Urteile zu verfeinern und eben jene spezifische Interessenkongruenz von NS-Führung und Großindustrie zu ergründen, die die Grenzen zwischen staatlicher Wirtschaftsverwaltung und Privatwirtschaft insbesondere ab 1936 immer weiter verwischt habe.[377] Unter Rückgriff auf Franz Neumanns frühe Studie *Behemoth*, die 1984 auch in deutscher Übersetzung erschien, wurde differenzierter argumentiert, dass innerhalb des »polykratischen Machtkartells« sich das Gewicht letztlich immer stärker auf den neu gewachsenen SS/SD/Gestapo-Komplex verlagert habe, ohne dass die Industrie in ihren Handlungen vollkommen unterworfen gewesen wäre.[378] Auch von Seiten der ostdeutschen Geschichtswissenschaft wurden die stark simplifizierenden Erklärungsmuster der älteren Arbeiten durch differenziertere Argumentationslinien abgelöst.[379] Letztlich dominierten in der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung damit jedoch weiterhin makroökonomisch orientierte Betrachtungen, die das Verhältnis von Wirtschaft und Staat bzw. die Funktionsweise der NS-Wirtschaft untersuchten.[380]

Wichtige Impulse, die Wirtschaft im Nationalsozialismus aus der Perspektive der Unternehmen zu analysieren und dabei die unterschiedlichen Grade an unternehmerischer Kooperation und Distanz zu ermessen, kamen daher weniger aus der etablierten historischen Zunft, sondern vielmehr aus den Neuen Sozialen Bewegungen und von jüngeren Historikern. Die öffentliche Diskussion um Zwangsarbeiter war zugleich Ergebnis und weiterer Antrieb ihrer Forschungsleistungen. Ob die Arbeiten lokaler Geschichtswerkstätten über KZ-Außenlager von Rüstungsunternehmen, betriebliche Initiativen zur Erforschung der Werke aus der Sicht der Beschäftigten oder nicht zuletzt die innovativen Arbeiten von Ulrich Herbert und Klaus-Jörg Siegfried – sie alle waren Ausdruck einer Skepsis gegenüber den bis dato hegemonialen Unternehmensgeschichten der Konzerne und verstanden sich selbst als alternative Unternehmensgeschichte »von unten« bzw. »von innen«. Der Umstand, dass

376 Erker, Aufbruch, S. 232.
377 Vgl. etwa Volkmann, Politik.
378 So Kershaw, NS-Staat, S. 96 f. bzw. 110 f.
379 Vgl. etwa Eichholtz, Kriegswirtschaft, Bd. II.
380 Etwa Herbst, Der totale Krieg; Barkai, Wirtschaftssystem.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
viele Forschenden auch gesellschaftspolitisch motiviert waren, soll dabei nicht verdecken, dass ihre Arbeiten mitunter prägnantes Innovationspotential für die Geschichtswissenschaft hatte. Die Studie von Herbert umriss erstmals das große Feld der unfreien Arbeit im »Dritten Reich«, in dem bald auch die breite akademische Geschichtswissenschaft das Thema Zwangsarbeit intensiver untersuchte. Die Forschungsaufträge von Daimler-Benz und Volkswagen verstärkten diesen Trend, nicht zuletzt weil sie gleichbedeutend mit außerordentlichen Forschungsgeldern waren. Der avisierte Ansatz von Hans Mommsen zeigte zudem eine vielversprechende Richtung an, einzelne Aspekte wie Zwangsarbeit in den größeren Kontext der Geschichte des Nationalsozialismus zu stellen. Die beiden VW-Bücher von Siegfried hatten wiederum am Beispiel des Umgangs mit Zwangsarbeitern die Frage nach Handlungsspielräumen aufgeworfen, die sich auch auf weitere Bereiche der unternehmerischen Nähe und Distanz zum NS-Regime übertragen ließ. Verstärkt wurden diese neuen Wege nicht zuletzt von Forschungsarbeiten »von außen«, wie der Arbeit des US-Historikers Peter Hayes über die IG Farben, dessen Interesse ebenfalls den verschiedenen Formen der Anpassung und des »Mitmachens« auf Vorstandsebene galt.

Die Betonung der mikroökomonischen Perspektive, die gleichwohl gesamtwirtschaftliche Fragen nicht aus dem Blick verlor, deutete somit Ende der achtziger Jahre eine Entwicklung an, die sich in den neunziger Jahren noch verstärkte und rückblickend als »unternehmenshistorische Wende«[381] der Wirtschaftsgeschichtsschreibung des »Dritten Reiches« bezeichnet werden kann. In der öffentlichen Diskussion um die NS-Geschichte von deutschen Konzernen waren ab Mitte der achtziger Jahre die Fragen nach den Ausmaßen der Kooperation und der Beteiligung an NS-Verbrechen kontrovers diskutiert worden. Nicht zuletzt die Vorstände der Unternehmen selbst sahen wie bei Daimler-Benz schnell ein, dass allgemeine Formulierungen und Wissenslücken die Diskussion noch stärker befeuern würden – und unterstützten in ihrem eigenen Interesse an der »Versachlichung« der Diskussion die wissenschaftliche Erforschung ihrer NS-Vergangenheit. Die Fragestellungen, denen in den folgenden Jahren von der steil anwachsenden Zahl an unternehmenshistorischen NS-Forschungsarbeiten nachgegangen wurde, gingen nicht zuletzt auf die gesellschaftliche Diskussion der achtziger Jahre zurück.

Neue Impulse für die akademische Unternehmensgeschichtsschreibung kamen auch aus dem deutschen universitären Feld. Auf Initiative einer Gruppe junger Nachwuchswissenschaftler an der Ruhr-Universität Bochum konstituierte sich 1990 der »Arbeitskreis für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte« (AKKU), der sich dezidiert einer stärker theorie- und methodengeleiteten Unternehmensgeschichtsschreibung zuwandte und sich damit als

381 Abelshauser u. a., Neuere Forschungen, S. 11.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Alternative zur Gesellschaft für Unternehmensgeschichte verstand.[382] Die Idee zur Gründung eines solchen Arbeitskreises stammte aus dem Jahr 1987 und war nicht zuletzt durch die aufbrandende Diskussion um die NS-Vergangenheit von Daimler-Benz und Volkswagen befeuert worden. Die methodisch arme »Dokumentation« der GUG zur NS-Geschichte von Daimler-Benz und das von einer marxistischen Geschichtsschreibung geprägte Daimler-Benz-Buch der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte waren die zwei Pole einer schematischen Primat-Debatte, zwischen denen der AKKU neue, differenzierende Perspektiven eröffnen wollte. Neue Arbeiten sollten multidisziplinär sein und mittels kulturwissenschaftlicher Blickwinkel stärker auf die Wahrnehmungen und Einstellungen der Akteure fokussieren. Theorieorientierung und Methodenpluralismus sollten im Mittelpunkt des Selbstverständnisses stehen. Die Ausrichtung des AKKU war dabei auch eine Fortführung der unkonventionellen Wege, die die Reformuniversität Bochum schon bei ihrer Gründung in den sechziger Jahren und einer starken Verortung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ausgemacht hatte.[383] Für die Unternehmensgeschichtsschreibung zielte der Ansatz des AKKU nicht zuletzt auf ein komplexeres Verständnis von Unternehmen ab, das nicht mehr die ausschließlich nach ökonomischen Kriterien steuerbare Organisation mit entsprechend rational entscheidenden Akteuren zum Kern hatte. Vielmehr sollten Unternehmen umfassender als soziale Organisationen begriffen werden und dabei deren kontingente Organisationsentwicklung, deren interne Kommunikations- bzw. Aushandlungsprozesse sowie deren Umwelt in den Blick genommen werden. Dadurch sollte zur »Modifikation des bislang dominanten Chandlerschen Ansatzes« beitragen werden.[384] Vor diesem Hintergrund war auch der Volkswagen-Auftrag ein wichtiger Verstärker für die jungen Historiker in Bochum. Zwar war der Auftrag an den Lehrstuhl für Neueste Geschichte von Hans Mommsen gegangen und nicht an den benachbarten Lehrstuhl für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von Dietmar Petzina. Der AKKU war jedoch das Forum, in dem sich die jungen Mitarbeiter beider Lehrstühle auszutauschen und zu vernetzen begannen. Wenn sich die AKKU-Begründer von ihrem Selbstverständnis her als explizit kritische und von den Unternehmen unabhängige Instanz unternehmenshistorischer Forschung begriffen, so fielen die üppigen Forschungsgelder, die von Wolfsburg nach Bochum flossen, offenbar nicht in die Kategorie der strukturellen Abhängigkeit. Möglicherweise wurden sie auch ganz pragmatisch als willkommener Ersatz für die damaligen Kürzungen der öffentlichen Mittel begriffen.[385] Wie dem auch sei: Die Tatsache des VW-Auftrags als solche ver-

382 Zur Enststehungsgeschichte und programmatischen Ausrichtung des AKKU vgl. Kleinschmidt, 20 Jahre AKKU; Pierenkemper, Unternehmensgeschichte, 76 f.

383 Vgl. Budrass, Lehrstuhl.

384 Vgl. Erker, Aufbruch; W. Plumpe, Stichworte; W. Plumpe, Soziale Organisationen; W. Plumpe, Unternehmen (Zitat S. 64).

385 Vgl. Helbich, Bestandsaufnahme. Den Hinweis auf diesen Text wie auch auf den von Lutz Budrass verdanke ich Tim Schanetzky.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
sprach grundsätzlich neue Dynamik im Bereich der Unternehmensgeschichte, der den bereits entwickelten neuen methodischen und theoretischen Impulsen weiteren Auftrieb gab.

4.5 Zwischenbilanz

Die »Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien« waren die Phänomene einer Zeit, die zeitgenössischen Beobachtern durch eine »neue Unübersichtlichkeit«[386] geprägt zu sein schien. Vor diesem Hintergrund gewann Geschichte als Orientierungsmittel und Legitimationsressource besondere Bedeutung, und insbesondere die NS-Zeit wurde zum geschichtspolitischen Konfliktfeld einer deutschen Selbstvergewisserungsdebatte. Die emotionalen, polarisierenden Diskussionen auf politischer, kultureller und wissenschaftlicher Ebene zwischen konservativen Befürwortern einer »Normalisierung« und links-liberalen Verfechtern der »Erinnerung« um den »richtigen« Umgang mit der NS-Vergangenheit waren die konstitutiven Elemente des Bewältigungsdiskurses der achtziger Jahre, der auch in geschichtskultureller Hinsicht eine »Übergangszeit« markierte. Nachdem der Entlastungskonsens der Nachkriegszeit in den sechziger Jahren angefangen hatte, brüchig zu werden, war es erst der Zeitraum der achtziger Jahre als eine zweite »geschichtskulturelle Achsenzeit«[387], in dem sich die öffentliche Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zuspitzte und ein neuer Modus der Vergangenheitsvergegenwärtigung sich im Zeichen der Aufarbeitung zu entwickeln begann. Neue Perspektiven auf die Zeit des Nationalsozialismus gingen dabei einher mit einem neuen Fokus, der die konkreten Opfer bzw. die »vergessenen Opfer« der NS-Herrschaft in den Blick nahm.

Daimler-Benz geriet mit seinen Jubiläumsfeierlichkeiten mitten in diese geschichtskulturelle Transformationsphase und war dabei sowohl Subjekt als auch Objekt der geschichtspolitischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit. Eine Vielzahl an Faktoren war letztlich für den veränderten Umgang mit der NS-Zeit bei Daimler-Benz entscheidend. Zum einen waren die veränderten geschichtskulturellen Rahmenbedingungen ausschlaggebend, und konkret im Konfliktfeld der Wiedergutmachung das Thema Zwangsarbeit. In dem Maße, in dem sich die öffentliche Wahrnehmung von Zwangsarbeit als NS-Verbrechen zu verändern begann und die Aushandlungsprozesse um Wiedergutmachungsleistungen nicht mehr wie früher hinter verschlossenen Türen geführt, sondern von neuen Entschädigungsaktivisten in aller Öffentlichkeit skandalisiert wurden, rückte Daimler-Benz ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit vor. Zum anderen waren unternehmenskulturelle Gründe dafür entscheidend, dass neue Impulse im Unternehmen gesetzt wurden. Hier waren

386 Habermas, Unübersichtlichkeit.
387 Schmid, »Vergangenheitsbewältigung«, S. 172.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
sicherlich, wie in der Literatur bislang betont wird,[388] engagierte Einzelkämpfer aus dem Umfeld der Gewerkschaften und der Neuen Sozialen Bewegungen verantwortlich. Letztlich hatten Akteure wie die *plakat*-Gruppe aber eher katalysierende als ursächliche Wirkung, denn auch auf Vorstandsebene saß eine neue Generation von Managern in der Person von Reuter und Gentz, die sich der NS-Zeit von sich aus annahmen. Nicht zuletzt spielten ökonomische Faktoren eine Rolle: Daimler-Benz erlebte in den achtziger Jahren eine Phase der wirtschaftlichen Prosperität und plante einen strukturellen Umbau zum »integrierten Technologiekonzern«. Vor diesem Hintergrund war es weniger der potentielle Imageschaden auf dem amerikanischen Markt, als vielmehr die mediale Verknüpfung von Rüstung und Nationalsozialismus, die zum PR-Problem für den Konzernumbau zu werden drohte.

Die Entscheidung von Daimler-Benz, die Firmengeschichte in wissenschaftliche Hände zu geben, war ein absolutes Novum – und ein folgenschwerer PR-Bumerang, weil Inhalt und Form der Darstellung nicht den öffentlichen Erwartungen gerecht wurden bzw. kritische Gegennarrative provozierten. Die Publikationen von Daimler-Benz bzw. der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte auf der einen und das Daimler-Benz-Buch einer Geschichtsschreibung »von unten« auf der anderen Seite waren dabei sowohl Indikatoren als auch Faktoren des polarisierenden Diskurses über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne in den achtziger Jahren. Knüpfte die erste GUG-Studie noch an den nach Nürnberg etablierten Entlastungsdiskurs an und war das Daimler-Benz-Buch ein Kontrapunkt der auslaufenden schematischen Primat-Debatte, fand Daimler-Benz mit seiner Symbolpolitik der Pauschalzahlung und der zweiten GUG-Studie schließlich Anschluss an den beginnenden Aufarbeitungsdiskurs.

Die Entscheidungen für Forschungsaufträge und monetäre Leistungen waren dabei weniger von einer strategischen Rationalität bestimmt, die Konzernen gemeinhin unterstellt wird. Vielmehr waren sie von einer Vielzahl von Fehleinschätzungen und Zufällen geprägt, die letztlich zu einem pragmatischen Lernprozess bei den Verantwortlichen führten. Anstatt weiterhin zu mauern und sich auf die alten Topoi des Entlastungsnarrativs zurückzuziehen (die auch die GUG-Studie noch bediente), vollzog Daimler-Benz den geschichtskulturellen Wandel in der Bundesrepublik von der Bewältigung zur Aufarbeitung nach, signalisierte mit einer weiteren Studie demonstrative Selbstkritik, übernahm »moralische Verantwortung« und zahlte pauschal – um jedoch in der juristischen Sache knallhart zu bleiben. Die wissenschaftlichen Aufträge waren Teil einer geschichtspolitischen Symbolpolitik, deren anderer ebenso wichtiger Teil die Pauschalzahlung als »humanitäre Geste« war. Das innovative öffentliche Bekenntnis zur eigenen NS-Vergangenheit und die neue explizite Empathie

388 Vgl. Schanetzky, Jubiläen. Dazu auch die Selbstbeschreibungen der Aktivisten des Daimler-Benz-Buches als »Maulwürfe« einer kritischen »Aufarbeitung«, die den Konzern zu einer »Flucht nach vorn« getrieben habe (vgl. Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte, Daimler-Benz Buch, S. 7 f.).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
für die Opfer überdeckten dabei die der Zahlung zu Grunde liegende Logik einer Trennung von Recht und Moral, die deutsche Konzerne seit den fünfziger Jahren vornahmen. Die wissenschaftlichen Studien waren daher Legitimationsressourcen und Verstärkungsinstanzen für das eigene Image, um verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

In diesem Sinne markierte Daimler-Benz einen beginnenden Paradigmenwandel in der deutschen Wirtschaft im Umgang mit der NS-Vergangenheit: Wissenschaftliche Auftragsforschung und freiwillige »humanitäre Gesten« in Form von Geld und symbolischer Anerkennung sollten in den kommenden Jahren die elementaren Bausteine eines veränderten Umgangs deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit werden. Die Forschungsaufträge von Daimler-Benz und noch mehr von VW waren der Startpunkt einer zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbaren Konjunktur unternehmensfinanzierter Geschichtsforschung. Vorerst waren die achtziger Jahre noch eine »Inkubationsphase«[389] für die deutschen Unternehmen gewesen, die in der überwiegenden Mehrzahl noch an alten Selbstbildern und Verhaltensmustern festhielten. Der Problemkomplex der NS-Vergangenheit deutscher Konzerne sollte in den neunziger Jahren noch völlig andere Dimensionen annehmen.

389 Schanetzky, Distanzierung, S. 120.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

5 Im Zeichen der Aufarbeitung nach 1989/90

5.1 Mauerfall, Gedächtnisboom und opferzentrierte Erinnerungskultur

Das historische Datum des Mauerfalls markierte auch für den bundesdeutschen Vergangenheitsdiskurs eine Zäsur, in deren Folge sich die geschichtspolitischen Konstellationen neu auszurichten begannen und sich die Orientierungsmaßstäbe im Umgang mit der NS-Zeit weiter veränderten. Waren die achtziger Jahre noch primär eine Phase der konfrontativen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gewesen und hatten sich zwei unterschiedliche Modi des Umgangs mit der NS-Zeit im Diskurs einer Vergangenheitsbewältigung gegenübergestanden, so begann sich in den neunziger Jahren der durch Richard von Weizsäcker popularisierte Erinnerungsimperativ an Auschwitz als weitgehend konsensueller Diskurs der Vergangenheitsaufarbeitung zu etablieren.[1] Im wiedervereinigten Deutschland vollzog sich damit ein Paradigmenwandel im Umgang mit der NS-Vergangenheit hin zu einer Erinnerungskultur der affirmativen Vergangenheitsbewahrung, in deren Zentrum insbesondere die Figur des Opfers stand. Diese dominante Opferorientierung kann dabei als Ausdruck eines größeren kulturellen Wertewandels von der Heroisierung zur Viktimisierung interpretiert werden, der das hegemoniale Geschichtsbild zunehmend auf ein »negatives Gedächtnis« ausrichtete, in dem nicht mehr die eigenen Siege, sondern die eigenen Verbrechen im Mittelpunkt standen.[2] Der Holocaust wurde in diesem Sinne zum konstituierenden Fixpunkt der bundesdeutschen Geschichtskultur und stellte den zentralen Deutungsrahmen der politischen, gesellschaftlichen sowie künstlerischen Selbstverständigung über die deutsche Vergangenheit. In Abgrenzung vom früheren »Bewältigungsdiskurs« zielte dieser »Aufarbeitungsdiskurs« auf die identitätsstiftende Vergegenwärtigung der NS-Geschichte und insbesondere des Holocausts. Der Selbstvergewisserungsdiskurs der Aufarbeitung umfasste sowohl positive als auch negative Facetten und schöpfte hieraus Integrität und Glaubwürdigkeit.

Unmittelbar nach 1989/90 war diese Entwicklung noch nicht abzusehen.[3] Im In- und Ausland wurden Befürchtungen geäußert, dass ein vereinigtes

1 Zur Abgrenzung der Phasen der Bewältigung und Aufarbeitung vgl. Sabrow, »Erinnerung«; Sabrow, Vergangenheitsaufarbeitung.

2 Vgl. Koselleck, Gedächtnis; Sabrow, Held.

3 Zur folgenden Darstellung der deutschen Geschichtskultur nach 1989/90 vgl. grundsätzlich A. Assmann/Frevert, Geschichtsvergessenheit, S. 272-292; Herbert, Geschichte, S. 1193-1206; Naumann, Ambivalenz, S. 71-75; Schmid, »Vergangenheitsbewältigung«, S. 192-195; Schmid, Unbehagen, S. 166-170; Wischermann, Kollektive; Wolfrum, Geschichte, 240-246.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Deutschland sich als neues »Viertes Reich« entpuppen und ein geeinter deutscher Nationalstaat selbstbewusst die nationalsozialistische Vergangenheit ausblenden könne.[4] Der Zerfall der Sowjetunion führte im gesamten ehemaligen Ostblock zur Wiedererstarkung der nationalstaatlichen Idee, im Zuge dessen sich die postsozialistischen Staaten ihrer eigenen Nationalgeschichte neu annahmen. Auch in Deutschland führte die Vereinigung zu einer neuen geschichtspolitischen Konstellation im Umgang mit dem Nationalsozialismus. Hatte zuvor der Ost-West-Konflikt das Selbstbild beider deutscher Teilstaaten dominiert, verloren nun zumindest die älteren marxistisch orientierten Deutungsmuster der NS-Zeit an Relevanz. Für die »Berliner Republik« gab es hingegen nun einen ungeteilten nationalen Referenzrahmen, in dem der Rückblick auf den Nationalsozialismus auch immer ein Rückblick auf die Geschichte der deutschen Zweistaatlichkeit und die zweifache Auseinandersetzung mit der NS-Zeit war. Die Geschichte der »alten« Bundesrepublik und der untergegangenen DDR schuf gleichsam Distanz zum Nationalsozialismus und verlängerte damit auch jenen Diskurs der »Normalisierung«, der in den achtziger Jahren polarisiert hatte. Zudem setzte unmittelbar nach dem Sturz des SED-Regimes im Herbst 1989 eine politisch-justizielle bzw. publizistisch-wissenschaftliche Debatte über die »Aufarbeitung« der DDR ein. Ob in Gesetzesinitiativen zur personellen Säuberung von ehemaligen MfS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern aus öffentlichen Positionen, in Diskussionen über den Umgang mit den Akten der DDR-Staatssicherheit, neuen Konzepten für Gedenkstätten oder in der Entschließung des Deutschen Bundestags zur Einsetzung zweier Enquete-Kommissionen – die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR stand fortan immer auch im Verhältnis bzw. in Konkurrenz zur Geschichte des Nationalsozialismus. Am augenfälligsten war dies vielleicht in Buchenwald, dem ehemaligen NS-Konzentrationslager, späteren sowjetischen Speziallager und zuletzt der antifaschistischen Mahn- und Gedenkstätte der DDR. Die Diskussion um die »doppelte Vergangenheit« war dabei ein totalitarismustheoretisch angelegter Diktaturvergleich, in dem es zum einen um die Erfolge bzw. Misserfolge der Umgangsweisen in der Bundesrepublik und der DDR nach 1945, zum anderen um den Vergleich der Auseinandersetzung mit der »braunen Diktatur« nach 1945 und der »roten Diktatur« nach 1989 ging.[5] Der Begriff der »Aufarbeitung« setzte sich im Zuge der politisch-publizistischen Debatte um die DDR als allgegenwärtiges Schlagwort durch, das von den geschichtspolitischen Versuchen zeugte, die NS-Zeit für gegenwärtige Zwecke zu vereinnah-

4 Das Zitat vom »Vierten Reich« vom damaligen israelischen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir zitiert in Faulenbach, Konstellation. Vgl. zu den Bedenken ebenfalls Gross, Begründung.

5 Für einen Überblick vgl. etwa die Beiträge in Danyel, Geteilte Vergangenheit. Zusammenfassend auch Sabrow, »Bewältigung«.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
men (»aus der Geschichte lernen«) und eine normative Hierarchisierung von NS- und SED-Regime vorzunehmen.[6]

Das Ende des Ost-West-Konflikts markierte auch in schlicht zeitlicher Hinsicht den Beginn einer neuen Phase im Umgang mit dem Nationalsozialismus, in der die einstige Kampfstellung der Vergangenheitsbewältigung der achtziger Jahre in einer Erinnerungskultur der Aufarbeitung aufgelöst wurde. Dieser geschichtskulturelle Wandel der neunziger Jahre, der im Rückblick auch als »Erinnerungsboom«[7] beschrieben wird, war nicht zuletzt durch den simplen Zeitfaktor des demographischen Wandels bedingt. Was in den sechziger Jahren als Projekt einer gesellschaftlichen Minderheit begonnen und sich in den achtziger Jahren zu einem tief polarisierenden Konflikt entwickelt hatte, mündete in den späten neunziger Jahren in einem mehrheitlichen Erinnerungskonsens an Auschwitz. Der Generationenkonflikt zwischen der Erfahrungsgeneration des Nationalsozialismus und deren Kindern verlor langsam an Brisanz – nicht zuletzt weil jene Generation der »68er« inzwischen in den entscheidenden Positionen in Politik und öffentlichem Dienst angekommen war, um den Umgang mit dem Nationalsozialismus selbst neu zu justieren. Der einstige intergenerationale Konflikt gegen das vermeintliche Vergessen wurde nun von der zweiten und dritten Generation der Nachgeborenen in ein Projekt der Erinnerung überführt, in dem es immer stärker um die Frage ging, wie trotz der wachsenden zeitlichen Distanz das Wissen und die Erfahrungen des Nationalsozialismus präsent gehalten werden könnten. Die neunziger Jahre wurden als Epochenwechsel wahrgenommen, weil das allmähliche Ableben der Generation der Zeitgenossen offenbar wurde.[8] Für den Großteil der Deutschen sollte der Nationalsozialismus in absehbarer Zeit keine erlebte Vergangenheit mehr sein, sondern vermittelte Geschichte. Angesichts dieser zwangsläufigen Entwicklung setzte sich im öffentlichen Vergangenheitsdiskurs zunehmend das Postulat einer Pflicht zur Erinnerung durch. Das hatte auch Konsequenzen für die Darstellung und die Vermittlung der NS-Zeit. Das langsame Verschwinden der Zeitgenossenschaft führte zu einer Erhöhung des Zeitgenossen zum Zeitzeugen. In diesem Sinne wurden die neunziger Jahre zur »Dekade der Zeitzeugen«, in der die Perspektive der historiographischen wie auch massenmedialen Geschichtsvermittlung nicht auf Ereigniskomplexe oder Strukturen, sondern auf die individuellen Geschichten der Opfer und Täter gerichtet war.[9] Die in der Geschichtswissenschaft entwickelten Methoden der Oral History wurden von Fernsehdokumentationen in der Form von Zeitzeugen-Interviews adaptiert und inszeniert, so dass individuelle Schicksale und private Geschichten in all ihrer subjektiven Erinnerung den Diskurs um die nationalsozialistische

6 Vgl. Sabrow, »Vergangenheitsaufarbeitung«, S. 4 f.; als zeitgenössisches Beispiel vgl. Pampel, Aufarbeitung.
7 Etwa Frevert, Erinnerungsboom.
8 Zum Zeitzeugenboom vgl. Frei, Abschied; Sabrow, Zeitzeuge.
9 Vgl. Frei, 1945 und wir (Zitat S. 24).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Vergangenheit zu beeinflussen begannen.[10] Der Aufstieg des Zeitzeugen zur »Leitfigur des öffentlichen Geschichtsdiskurses« verdeutlichte dabei nicht nur die für den Aufarbeitungsdiskurs charakteristische Gegenwartsorientierung – der Zeitzeuge vermittelte zugleich Distanz und Unmittelbarkeit zur Vergangenheit –, sondern auch die Pluralisierung von Erzählweisen im massenmedial geprägten Vergangenheitsdiskurs, in dem die Geschichtswissenschaft in ihrem Deutungsanspruch zunehmend herausgefordert wurde.[11]

Theoretisch unterfüttert wurde der wahrgenommene Wandel der deutschen Geschichtskultur maßgeblich durch den Aufstieg der Kulturwissenschaften. Begriffe wie »Gedächtnis«, »Erinnerung« und »Erinnerungskultur« avancierten seit den neunziger Jahren zu Schlüsselkategorien der Geistes- und Sozialwissenschaften, die im Zuge des »cultural turn« diverse akademische Disziplinen erweiterten und prägten. Diese Begriffe wurden zunächst als analytische Kategorien entwickelt und alsbald von Akteuren der Politik, Medien, Kunst und Geschichtsvermittlung aufgegriffen, um sie als Schlagworte der affirmativen Selbstbeschreibung im Umgang mit der NS-Vergangenheit zu verwenden.[12] Das von Jan und Aleida Assmann geprägte und differenzierte Konzept des Übergangs vom kommunikativen zum kulturellen Gedächtnis wurde zum Topos im deutschen Vergangenheitsdiskurs, der den öffentlichen Fokus insbesondere auf das absehbare Ableben der Opfer der NS-Verfolgung lenkte und die Empathie ihnen gegenüber verstärkte. Nicht zuletzt diese neuen Leitvokabeln einer Gedächtnis-Semantik und die im Kontext der Geschichte des Holocausts betonten Begriffe wie »Singularität« und »Zivilisationsbruch« zeugten von der »Diskurswende«[13] in den neunziger Jahren.

Neben der Pluralisierung der historischen Erinnerung war eine weitere Haupttendenz des Vergangenheitsdiskurses deren Institutionalisierung. Die Befürchtungen, dass sich die »Berliner Republik« von ihrer NS-Vergangenheit abwenden würde, erwies sich schnell als unbegründet. Auf politischer Ebene setzte sich der Erinnerungsimperativ an Auschwitz zum zentralen Movens der bundesdeutschen Geschichtspolitik durch und der Holocaust avancierte zum »identitätsstiftendes Narrativ« für die Bundesrepublik.[14] Was jedoch genau unter dem Bekenntnis zur Erinnerung verstanden wurde und wofür die Symbolpolitik zur Vergangenheit stand, changierte unterschwellig weiterhin zwischen den Polen einer »Normalisierung« und einer »Dramatisierung«. Wichtige politische Akteure leiteten aus der vermeintlichen Selbstverständlichkeit des »Nie wieder Auschwitz« eine neue »Unverkrampftheit« (Roman Herzog) und »Unbefangenheit« (Gerhard Schröder) ab, die nicht mehr alten politischen Lagerkämpfen entsprach. Ob bei Feierlichkeiten historischer Jahrestage in

10 Vgl. Keilbach, Geschichtsbilder.
11 Vgl. Sabrow, Zeitzeuge (Zitat S. 18).
12 Zum Begriff »Erinnerungskultur« etwa vgl. Cornelißen, Erinnerungskultur; kritisch dazu Schmid, Unbehagen, S. 175 f.
13 Schmid, »Vergangenheitsbewältigung«, S. 192.
14 Vgl. hierzu A. Assmann, Erinnerung (Zitat S. 135); Jeismann, Gestern.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Normandie oder auf dem Roten Platz in Moskau – Schröders Diktum vom »Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation« stand exemplarisch für eine Politik der offiziellen Schuldeingeständnisse und symbolischen Verpflichtungen.

Während in Deutschland die Erinnerung an den Holocaust im Rahmen einer nationalen Gedenkpolitik institutionalisiert und die Einzigartigkeit der Judenvernichtung betont wurde, so erfuhr die Erinnerung an den Holocaust im internationalen Maßstab seine zunehmende Entgrenzung bzw. Entkontextualisierung. Auf europäischer Ebene wurde in Reden und Vertragswerken auf den Holocaust als legitimitätsbegründender und identitätsvermittelnder Bezugspunkt eines europäischen Einigungsprozesses zurückgegriffen.[15] Nicht mehr die Summe an heroischen Selbstbildern nationaler Gemeinschaften oder die Abwehr des Bolschewismus standen im Zentrum der europäischen Gründungserzählung, sondern die Erinnerung an das Schicksal der Juden und das Gedenken an Leid und Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Auf globaler Ebene wiederum avancierte das Schlagwort »Auschwitz« zur universellen Katastrophen-Chiffre, mit der im aufsteigenden Menschenrechtsdiskurs der neunziger Jahre jedwede Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Bezug gesetzt und selbst militärische Interventionen gerechtfertigt wurden.[16] Die Geschichte des Holocausts wurde dabei abstrahiert und in Begriffe wie »ethnische Säuberung«, »Völkermord« bzw. »Genozid« überführt, die den politischen Diskurs in den Ereigniskontexten des Mordens in Ruanda und im ehemaligen Jugoslawien prägten. Der vorläufige Höhepunkt der Globalisierung des Holocausts war die Stockholmer »Holocaust-Konferenz« im Jahr 2000, auf der rund 600 Delegierte aus 46 Ländern, darunter diverse Staats- und Regierungschefs, den gemeinsamen Anspruch formulierten: »to plant the seeds of a better future amidst the soil of a bitter past.«[17]

Diese knappe Skizze des »Erinnerungsbooms« der neunziger Jahre soll dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Entwicklung von kontroversen geschichtspolitischen Aneignungs- und Verständigungsprozessen geprägt war. Dabei ging es insbesondere um den Neuzuschnitt des historischen Täter- und Opferbildes. So intensiv und so öffentlich wie nie zuvor seit 1945 wurde in den neunziger Jahren über die Beteiligung breiter Bevölkerungsteile an NS-Verbrechen gestritten. Drei markante Debatten der neunziger Jahre seien hier exemplarisch aufgeführt, die durch die Asymmetrien zwischen persönlicher Erinnerung und offizieller Gedenkkultur geprägt waren[18] und die Geschichte zum öffentlichen Ereignis machten. So trat 1995 die vom Hamburger Institut für Sozialforschung initiiere Wanderausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« explizit mit dem zweifachen Anspruch an,

15 Vgl. Probst, Holocaust; Weigl, Europa.

16 Vgl. Levy/Sznaider, Erinnerung, S. 178-210.

17 Zitat in Naumann, Ambivalenz, S. 74. Zur Bedeutung und Einordnung der Konferenz vgl. Levy/Sznaider, Erinnerung, S. 210-216; Jeismann, Gestern, S. 139-151.

18 Zu dieser Unterscheidung vgl. auch A. Assmann, Erinnerung; Wischermann, Kollektive.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
den Beweis für die von der breiten Masse an Soldaten mitgetragene Beteiligung der Wehrmacht an der »Endlösung der Judenfrage« durch Massenexekutionen zu führen und zugleich lang tradierte Geschichtsbilder in der Bundesrepublik aufzubrechen.[19] Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR hatte die offizielle Gedenkpolitik seit den fünfziger Jahren durch »Volkstrauertage« und Kriegsgräbergedenkstätten zur Verklärung des gemeinen Soldaten beigetragen. Auflagenstarke Illustriertenromane und Memoiren ehemaliger Soldaten hatten die Legende von der »sauberen Wehrmacht« etabliert. Nahezu jede Familie hatte Angehörige im Krieg gehabt und konnte, seit der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die Kriegsverbrecherprozesse in Nürnberg oder Filme wie *Hunde, wollt ihr ewig leben?* bis noch in die neunziger Jahre durch Kinokassenschlager wie *Stalingrad* das Bild der feigen, verantwortlichen Generäle und des ehrlichen Landsers in der Familienerinnerung kultivieren. Mit der »Wehrmachtsausstellung« brach somit der Völkermord in die privaten Familiengeschichten ein und machte sie zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion. Zwar war der Holocaust zentraler Bestandteil der offiziellen Gedenkpraxis geworden, Familien- und Freundeskreise sahen sich nun jedoch mit einem Tabubruch konfrontiert, der die »ganz normalen Männer« des Vernichtungswahnsinns in den eigenen Reihen der Familienphotographien identifizierte. 900.000 Besucher sahen innerhalb von sechs Jahren die Ausstellung – allein diese Zahl zeugt von der Öffentlichkeitswirksamkeit der Ausstellung, die ähnlich wie der TV-Serie *Holocaust* oder der erfolgreiche Spielberg-Film *Schindlers Liste* (1993) durch suggestive Bilder und persönliche Schicksale Assoziationsketten und emotionale Betroffenheit bei den Betrachtern auszulösen vermochte. Auch wenn die Ausstellung wegen massiver Vorwürfe der unwissenschaftlichen Behandlung von historischem Bildmaterial vorübergehend zurückgezogen werden musste, war ihre zentrale Wirkung eine beispiellos lange und intensive gesellschaftliche Debatte über die Beteiligung breiter Gesellschaftsschichten an NS-Verbrechen, die sowohl in Leserbriefspalten von Tageszeitungen als auch im Deutschen Bundestag geführt wurde.

Nicht eine Debatte um eine Ausstellung, sondern die Auseinandersetzung mit einem wissenschaftlichen Buch war Ende der neunziger Jahre ein weiteres Beispiel für die Pluralisierung des Vergangenheitsdiskurses, in dem Kontroversen über den Nationalsozialismus nicht mehr in Fachkreisen, sondern auch von Nicht-Historikern in einer breiten, emotional aufgeladenen Öffentlichkeit geführt wurden. Fast zeitgleich zur »Wehrmachtsausstellung« erschien im Sommer 1996 in Deutschland das Buch *Hitlers willige Vollstrecker* des amerikanischen Historikers Daniel J. Goldhagen. Die Kernthese Goldhagens von einem über Jahrzehnte gewachsenen »eliminatorischen Antisemitismus«

19 Zur Ausstellungskonzeption, der öffentlichen Rezeption sowie der wissenschaftlichen Kritik vgl. Hamburger Institut für Sozialforschung, Verbrechen; Hartmann, Verbrechen; Thamer, Tabubruch; Bartov u. a., Bericht. Zur Legendenbildung auch Schornstheimer, Frontsoldaten.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Deutschen und seine Methode, von einer bestimmten Gruppe von Tätern (dem Hamburger Reserve-Polizeibataillon 101) auf die gesamte deutsche Bevölkerung zu schließen, waren in der deutschen sowie internationalen Geschichtswissenschaft zuvor bereits als simplifizierend bzw. unzulänglich kritisiert worden.[20] In Deutschland wurde die Lesereise des jungen Forschers nichtsdestotrotz zu einem »Triumphzug«,[21] und das Buch verkaufte sich in den folgenden drei Jahren rund 300.000 Mal. Goldhagens drastische Darstellung der Leiden der Opfer und sein moralisch emotionaler Schreibstil hatten im Zusammenspiel mit der überspitzten Hauptthese einen als kathartisch erlebten Effekt auf die Generation der Nachgeborenen. Aus dem Selbstbewusstsein der persönlichen Unschuld heraus konnte das Buch als »Einladung zur historischen Selbstabsolution«[22] aufgegriffen werden: Sie gehörten einer anderen Generation an. Goldhagens eingängige These absorbierte zudem in der medial inszenierten Debatte jegliche komplexeren Kritikversuche genauso schnell wie sein offenes, sympathisches Lächeln. Für den deutschen Vergangenheitsdiskurs bleibt jedoch festzustellen, dass Goldhagens Buch einen wichtigen Umstand ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit zu stellen vermochte, wie er auch von Christopher Brownings Studie *Ganz normale Männer* bereits vor ihm und von den Klemperer-Tagebüchern nach ihm beschrieben wurde. Die Täter waren aus der Mitte der Gesellschaft gekommen und waren weder sozial randständige noch pathologische Sonderexistenzen gewesen. Das Buch führte damit ähnlich wie die »Wehrmachtsausstellung« – nur unter umgekehrten Vorzeichen – zu einem kontroversen Abgleich der disparaten Erinnerung zwischen öffentlich vermitteltem Geschichtsbild und privater Familienerzählung.

Eine dritte Auseinandersetzung – die Diskussion um ein zentrales Denkmal für die während des Nationalsozialismus ermordeten Juden – hatte sich über fast zwanzig Jahre hingezogen, kulminierte jedoch ebenfalls Ende der neunziger Jahre in der »Walser-Bubis-Debatte«.[23] Die langjährige Diskussion um das Denkmal war dabei eine Verlängerung der seit den achtziger Jahren in Deutschland ausgetragenen Identitätsdebatte um »Normalisierung« bzw. »Auschwitz-Erinnerung«. Sie illustrierte die fortwährende Schwierigkeit symbolischen Gedenkens, wobei sich über die Jahre Fragen nach dem »wem gedenken?«, »warum gedenken?«, »wo gedenken?«, »wie gedenken?« ablösten. Eine spezifische Eigenart des Streits um einen angemessenen Erinnerungsort lag an der Berliner »Konkurrenzsituation«, wo über die Jahre verschiedene historische Orte »von unten« oder »von oben« zu Gedenkstätten entwickelt worden

20 Zum Buch, der wissenschaftlichen Debatte und der öffentlichen Resonanz vgl. Goldhagen, Vollstrecker; Heil/Erb, Geschichtswissenschaft; Frei, Goldhagen; Schönhoven, Goldhagen-Rezeption; Manke, Bilderwelt.

21 Die Zeit, 13.9.1996.

22 Frei, Goldhagen, S. 145.

23 Zur Geschichte des Holocaust-Mahnmals, den beteiligten Personen und Projekten für und wider das Mahnmal vgl. Leggewie/Meyer, Holocaust-Mahnmal bzw. Schirrmacher, Walser-Bubis-Debatte.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
waren.[24] Die Problematik der institutionalisierten Vergegenwärtigung des Holocausts und der individuellen Auseinandersetzung mit ihm spitzte schließlich die Kontroverse zwischen dem Schriftsteller Martin Walser und dem damaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland Ignatz Bubis zu. Walser hatte in der Paulskirche anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels von einer »Instrumentalisierung von Auschwitz« gesprochen, die die »Meinungssoldaten« mit ihrer »Moralkeule« gebrauchten, um eine »Dauerrepräsentation unserer Schande« zu erwirken.[25] Der eigentliche Streit entwickelte sich dann durch eine von der *FAZ* angestoßene Debatte in den deutschen Feuilletons, in der Bubis Walser »geistige Brandstiftung« vorwarf und Walser seinen Anspruch auf eine persönliche Erinnerung vehement verteidigte.[26] Walser hatte seine Sichtweise bereits in seinem Roman *Ein springender Brunnen* (für den er den Friedenspreis bekommen hatte) zum Ausdruck gebracht:

> »Solange etwas ist, ist es nicht das, was es gewesen sein wird. Wenn etwas vorbei ist, ist man nicht mehr der, dem es passierte.[…] Jetzt sagen wir, dass es so und so gewesen sei, obwohl wir damals, als es war, nichts von dem wussten, was wir jetzt sagen. […] In der Vergangenheit, die alle zusammen haben, kann man herumgehen, wie in einem Museum. Die eigene Vergangenheit ist nicht begehbar.«[27]

Walser verteidigte in Anbetracht des Holocaust-Mahnmals seine »private« Erinnerung gegen eine kollektive, verobjektivierte, moralisch gesicherte Vergegenwärtigung mit »besserem Wissen« und verwahrte sich mit seiner persönlichen Erfahrung gegen eine moralische Beurteilung ex tunc. Damit war auch die von diversen öffentlichen Diskussionsbeiträgen begleitete »Walser-Bubis-Debatte« am Ende der neunziger Jahre ein Ausdruck für die Erinnerungsdiskrepanz zwischen persönlichem bzw. kommunikativem und öffentlich institutionalisiertem Gedächtnis.

Die drei dargelegten Debatten verdeutlichen die umstrittenen Aneignungs- und Umschreibprozesse im Umgang mit der NS-Vergangenheit, die in den späten neunziger Jahren ihren »Höhepunkt, in gewisser Weise aber auch ihren Endpunkt«[28] erreichten. Auf ihre jeweilige Weise zeugten sie nicht nur von der entscheidenden Dynamik des Generationswandels, sondern auch von dem komplexen Wechselspiel von Medialisierung, Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik. In ihren Ergebnissen – eine jahrelang fortgesetzte, schließ-

24 Zu den Diskussionen um die »Wannsee-Villa«, die »Topographie des Terrors«, die »Totenstadt von Weißensee« bzw. die »Neue Wache« vgl. Reichel, Politik, S. 147-217 (Zitat S. 159).

25 Zitate Martin Walser in Schirrmacher, Walser-Bubis-Debatte, S. 11-13 bzw. 15.

26 Bubis' Reaktion und Walsers Erwiderungen ebenfalls in Schirrmacher, Walser-Bubis-Debatte.

27 Walser, Brunnen, S. 9.

28 Herbert, Geschichte, S. 1201.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
lich allgemein positiv aufgenommene »Wehrmachtsausstellung«; ein hundertausendfach gekauftes, vielleicht auch gelesenes Buch über NS-Täter aus der Mitte der Gesellschaft; ein monumentales Denkmal für die ermordeten Juden Europas inmitten des Berliner Regierungsviertels – waren die Kontroversen Teil eines identitätsstiftenden Selbstvergewisserungsprozesses in Deutschland, der schließlich in einer opferzentrierten Erinnerungskultur mündete.[29] Was in den sechziger Jahren als intergenerationaler Identitätskonflikt begonnen hatte und eine erste Opferorientierung im Umgang mit der NS-Vergangenheit hervorgebracht hatte, setzte sich in den neunziger Jahren zur hegemonialen Diskurspraktik durch. Deren zentrale Charakteristika »Opferidentifikation« und »Erlösungshoffnung«, wie sie Ulrike Jureit und Christian Schneider in kritischer Absicht benannt haben, prägten fortan den deutschen Vergangenheitsdiskurs. Ob in der staatlichen Gedenkpraxis, in der politischen Geschichtsvermittlung oder in der medialen Öffentlichkeit – die Figur des Opfers wurde zur strukturbildenden sinnstiftenden Konstante in der deutschen Erinnerungslandschaft, der Holocaust zum zentralen Referenzrahmen für die nationale Selbstverortung. Der Fokus auf die Opfer blendete dabei keineswegs die Täter aus. In der öffentlichen Thematisierung der NS-Zeit wurde wie oben dargestellt kontrovers über Täterbilder gestritten, und gleichzeitig entwickelte sich in der Geschichtswissenschaft eine breite Täterforschung.[30] Darüber hinaus führte die opferzentrierte Erinnerungskultur ab der Jahrtausendwende zur Aufweichung und Übertragung eines engen Opferbegriffs von den Verfolgtengruppen im Nationalsozialismus. Ein neuer Opferdiskurs knüpfte an die alten Selbstviktimisierungsmuster der unmittelbaren Nachkriegszeit an und stellte neben die Opfer der Deutschen nun auch die Deutschen selbst als Opfer zur Seite.[31] Romane wie Günter Grass' *Im Krebsgang*, Ego-Dokumente wie das neu herausgegebene Tagebuch *Eine Frau in Berlin* oder populärwissenschaftliche Sachbücher wie Jörg Friedrichs *Der Brand* waren Zeugnisse einer neuen öffentlichen Thematisierung der eigenen Leiderfahrungen im Zweiten Weltkrieg durch Flucht, sexuelle Gewalt und Bombardierung. Großangelegte Serien in Tageszeitungen und Zeitschriften skandalisierten und affirmierten zugleich die neuen bzw. alten Opfernarrative als Tabubruch, und selbst die Geschichtsforschung nahm sich mit verstärktem Interesse dieser Opfer-Themen an. Die Wiederaufnahme älterer Opfererzählungen führte zu öffentlichkeitswirksam ausgetragenen Diskussionen und war damit ein weiterer Beleg für die vollständige Etablierung einer opferzentrierten Erinnerungskultur in der ver-

29 Zur Opferorientierung vgl. Jureit/Schneider, Opfer; Sabrow, Weltkrieg; Frevert, Erinnerungsboom.

30 Vgl. etwa Wildt, Generation; Herbert, Best; Welzer, Täter. Zuvor bereits Browning, Männer, und eben Goldhagen, Vollstrecker.

31 Zum neuen deutschen Opferdiskurs vgl. Welzer, Opfergesellschaft; Brünger, Kriege; Sabrow, Weltkrieg; Frevert, Erinnerungsboom. Für einen prägnanten Überblick über die folgenden Beispiele vgl. Fischer/Lorenz, Lexikon, S. 340-355; A. Assmann, Schatten, 183-204.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
einigten Bundesrepublik. Inwieweit die deutsche Erinnerungskultur mit ihrer erinnerungspolitisch normativen Ausrichtung auf die Opfer selbst eine subtile Entlastungsstrategie mit Verharmlosungs- und Verleumdungspotential ist und ob die offizielle Gedenkkultur mit ihrem Erinnerungsgebot nicht vielmehr ein »Gedächtnistheater« ist, in dem Erinnerungspraktiken zu inhaltsleeren Routinen geronnen sind und die kritischen Potentiale einer pluralistischen Erinnerungslandschaft zugunsten einer affirmativen Staatskultur der Erinnerung aufgegeben sind – diese Aspekte sind inzwischen Gegenstand einer aufkeimenden Diskussion um das Unbehagen an der deutschen Erinnerungskultur.[32]

Welche Bedeutung die Dynamik der Geschichtskultur in den neunziger Jahren für die deutschen Konzerne entwickelte, wird im folgenden Abschnitt am Beispiel eines Unternehmens verdeutlicht, das in den vorangegangenen Jahrzehnten – wenn überhaupt – nur am Rande der öffentlichen Vergangenheitsdiskurse gestanden hatte und in den neunziger Jahren ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit rückte: der Degussa.

5.2 Der lange Schatten der Degussa

Die Degussa war seit den fünfziger Jahren kaum mit ihrer NS-Vergangenheit konfrontiert gewesen. Abgesehen von den Entnazifizierungsverfahren bzw. vorübergehenden Inhaftierungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit und einer kurzen Phase, in der das Unternehmen auf der Liste der alliierten Entflechtungs- und Demontagepolitik gestanden hatte, konnte sich die Leitung der Degussa zügig dem Wiederaufbau zuwenden. In Gerichtsverfahren, in denen auch indirekt die Beteiligung der Degussa an NS-Verbrechen thematisiert worden war, spielte sie selbst nur eine untergeordnete Rolle. Zwar war die Degussa federführende Miteigentümerin der Degesch gewesen, die jenes Zyklon B vertrieben hatte, mit dem in Auschwitz über eine Million Menschen ermordet worden waren. Aber im Prozess gegen die Geschäftsführung der Degesch ab 1949 oder in den Frankfurter Auschwitz-Prozessen der sechziger Jahre rückte die Degussa nie in den Fokus der Berichterstattung – was die Verantwortlichen der Degussa durchaus befürchtet hatten.[33] Ebenso einseitig waren auch die Unternehmenspublikationen im Bezug auf die Firmengeschichte der Jahre 1933 bis 1945. Ein Blick in die Firmenchroniken der Degussa, die von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in die siebziger Jahre zumeist von ein und demselben Degussa-Mitarbeiter verfasst wurden, offenbart: Die Formulierungen und Darstellungsweisen orientierten sich durchgehend am diskursbestimmenden Entlastungsnarrativ über Unternehmen im National-

32 Vgl. Jureit/Schneider, Gefühlte Opfer; Knigge, Zukunft; Sabrow, Unbehagen; Schmid, Unbehagen; früh bereits Wischermann, Kollektive. Dagegen wiederum A. Assmann, Unbehagen, S. 30-33. Zum Begriff »Gedächtnistheater« vgl. Bodemann, Gedächtnistheater, S. 82-87.

33 Zu den Gerichtsverfahren vgl. die S. 111 f. bzw. 153 ff. dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
sozialismus und spiegelten in ihrer graduellen Modifikation ihren jeweiligen geschichtskulturellen Kontext.[34] In der unmittelbaren Nachkriegszeit wurde die Position der Degussa im NS-Herrschaftsgefüge entkonkretisiert, das eigene Verhalten entpolitisiert und die eigene Opferrolle betont – man sah sich als Opfer erst von Hitlers Willkür, später von alliierten Bomben. Ab den sechziger Jahren präformierten die ideologischen Konfliktlinien des »Kalten Krieges« die Auseinandersetzung, und Schlagworte wie »Zwangs-« oder »Lenkungswirtschaft« prägten die »Primat«-Debatten. Hier verteidigten sich Unternehmen insbesondere gegenüber Vorwürfen von DDR-Historikern, als Vertreter des staatsmonopolistischen Kapitalismus primär verantwortlich für die NS-Diktatur und deren Verbrechen gewesen zu sein. Wissenschaftlich flankiert durch die »intentionalistische« Perspektive der westdeutschen Historikerzunft sahen sich die Unternehmensführungen legitimiert darzulegen, als Privatunternehmen ohne Handlungsspielräume einer nahezu allmächtigen Herrschaft des »Führers« unterworfen gewesen zu sein. In diesem Sinne wurde in den Degussa-Chroniken stets die Rolle des »anständigen Kaufmanns« betont, der man auch in der NS-Zeit geblieben sei. Obgleich ab den achtziger Jahren auch die Degussa die Jahre 1933 bis 1945 und ihre Einbindung in die NS-Rüstungs- und Kriegswirtschaft breiter in ihren Chroniken zu thematisieren begann, wurden die wirklich heiklen Themen weiter ausgespart. Die Tatsachen, dass auch die Degussa in zahlreichen Produktionsstätten Zwangsarbeiter beschäftigt, insgesamt zehn jüdische Betriebe im Zuge von »Arisierungen« übernommen und einen Großteil des den Juden geraubten Goldes eingeschmolzen hatte, wurden weiterhin in solchen Darstellungen beschönigt oder erst gar nicht erst berücksichtigt.[35] Diese Aspekte der eigenen Firmengeschichte wurden jahrzehntelang weder von der Degussa beschrieben, noch wurde solches von einer westdeutschen Öffentlichkeit eingefordert. Diese Seiten passten nicht in die westdeutsche Erfolgsgeschichte von Wiederaufbau und Wiedererstarkung, zu deren konstituierenden marktwirtschaftlichen Kräften sich insbesondere die Privatunternehmen zählten.

Auch die personellen Kontinuitäten in die Nachkriegszeit wurden wie in vielen anderen Unternehmen fast bruchlos gezogen – und öffentlich sogar affirmativ hervorgehoben. Die tonangebende Führungspersönlichkeit der Degussa, der Vorstandsvorsitzende Hermann Schlosser, konnte trotz seiner NSDAP-Mitgliedschaft, seiner Auszeichnung als »Wehrwirtschaftsführer« und seiner Amtsübernahme der Leitung der Wirtschaftsgruppe Chemie nach überstandenem Entnazifizierungsverfahren 1950 wieder den Vorstandsvorsitz übernehmen. Als späterer Aufsichtsratsvorsitzender und schließlich als Ehrenvorsitzender prägte Schlosser das Unternehmen bis in die siebziger Jahre.[36] Zu

34 Zu den folgenden Ausführungen über die jeweiligen Chroniken vgl. im Detail S. 122 ff. bzw. 206 ff. bzw. 290 ff. dieser Arbeit.

35 Zur Geschichte der Degussa im »Dritten Reich« vgl. Hayes, Degussa.

36 Zur Person Schlossers vgl. Hohmeyer, Schlosser; Hayes, Degussa, S. 51, 93, 328.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
seinem 50. Firmenjubiläum 1965 konstatierten die Festredner die »erstaunliche Übereinstimmung zwischen Lebensweg und Firmenschicksal« und attestierten Schlosser, in der NS-Zeit »angesichts einer allseits als tragisch empfundenen Entwicklung« die Notwendigkeit erkannt zu haben, »aus der Scheideanstalt […] ein einheitliches und in allen Teilen vom Geiste kaufmännischer Anständigkeit und Solidität erfülltes Unternehmen zu formen.«[37] Während in anderen gesellschaftlichen Bereichen schon in weit höherem Maße vergangenheitspolitische Debatten ausgefochten wurden (ob unter Studenten oder in der Justiz) und einzelne exponierte Personen der deutschen Wirtschaft wie etwa Hermann Josef Abs ihre NS-Vergangenheit rechtfertigen mussten, hielten die Degussa-Vorstände, von keiner größeren öffentlichen Diskussion erfasst, noch bis Ende der siebziger Jahre an ihrem ungebrochenen Selbstbild fest, als anständige Kaufleute und unpolitische Forscher die »dunkle Narretei« der NS-Zeit überdauert zu haben.[38] Erst in den achtziger Jahren mischten sich leise selbstkritische Töne in die Unternehmenschroniken der Degussa, in denen sich ein langsamer Generationswechsel andeutete – sowohl unter den Archivmitarbeitern, als auch auf der obersten Unternehmensebene waren alte Loyalitäten am Verblassen. Erste scharfe Angriffe von außen, die die Rolle der Degussa beim Einschmelzen von Edelmetallen aus jüdischem Besitz thematisierten, fanden jedoch in der Öffentlichkeit der achtziger Jahre und im Unternehmen selbst noch keine nachhaltige Resonanz.[39] Für die Degussa begann ein Prozess der Verhaltensänderung im Umgang mit der NS-Vergangenheit erst in den neunziger Jahren.

Die erneute Frage der Wiedergutmachung

Das Ende des Ost-West-Konflikts hatte für den deutschen Vergangenheitsdiskurs zäsurmarkierenden Charakter nicht nur in der oben beschriebenen symbolischen Hinsicht des Erinnerungsbooms und der verstärkten Opferorientierung, sondern auch unter materiellen Gesichtspunkten für die Wiedergutmachungspolitik der Bundesrepublik. Dieser Aspekt des geschichtskulturellen Wandels in den neunziger Jahren sollte für die deutschen Unternehmen ganz unmittelbare Wirkung haben. Der Umstand, dass nie ein endgültiger Friedensvertrag zwischen den Siegermächten und der Bundesrepublik geschlossen worden war, drohte nun zu einem »reparationspolitischen Super-GAU« zu werden.[40] Hatte das Londoner Schuldenabkommen im Jahr 1953 die

37 So der Vorstandsvorsitzende Felix Prentzel, zitiert in Degussa, Reden, S. 25 bzw. 31. Vgl. im Detail auch S. 207 f. dieser Arbeit.

38 Das Zitat aus der Festrede von Golo Mann zum 100. Firmenjubiläum in Degussa, Degussa-Rede, S. 5.

39 Vgl. Roth, Spezialunternehmen.

40 Zur deutschen Wiedergutmachungspolitik nach 1990 vgl. Goschler, Schuld, S. 413-450 (Zitat 472); Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 231-239. Zur verstärkten Diskussion der Entschädigungsfrage in der Rechtswissenschaft und ersten Gerichts-

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Regelung der Reparationsfrage und die darunter subsummierten Ansprüche von ehemaligen Zwangsarbeitern auf eine Zeit in unabsehbarer Zukunft vertagt, war dieser Tag nun plötzlich und zur Überraschung aller in greifbare Nähe gerückt. Die Kohl-Regierung bemühte sich dementsprechend, in den Zwei-Plus-Vier Verhandlungen über die deutsche Vereinigung, das Abkommen nicht als Friedensvertrag zu deklarieren. Auch wenn sich Kohl und Genscher erfolgreich durchsetzen konnten und der letztlich unterzeichnete Vertrag offiziell nicht als Friedensvertrag bezeichnet wurde, so wurde die Position der Bundesregierung gegenüber neuen bzw. alten Entschädigungsforderungen erheblich geschwächt. Und neue Anspruchsteller standen in großer Zahl bereit; erste einzelne Klagen vor deutschen Gerichten folgten. Hatte der Eiserne Vorhang für Hunderttausende von in der Zeit des Nationalsozialismus Verfolgten und Geschädigten wie eine schalldichte Wand gewirkt, hinter der ihre Ansprüche jahrzehntelang weder gehört noch vertreten worden waren, so versetzte das Ende des Kalten Krieges diese Menschen in die Lage, ihren Forderungen endlich Gehör zu verschaffen. Die größten Gruppen bestanden dabei aus verschleppten »Ostarbeitern« und überlebenden KZ-Häftlingen. Die Bundesregierung reagierte auf diese als Bedrohung empfundene neue Situation mit den alten Mitteln ihrer Vorgängerregierungen. Wie die Adenauer-Regierung in den fünfziger Jahren diverse Globalabkommen mit westeuropäischen Staaten und Israel abgeschlossen hatte, verhandelte nun die Kohl-Regierung mit den Staaten im Osten Europas um begrenzte Lösungen einer Einmalzahlung. Nach zähen und stockenden Gesprächen einigte man sich auf die Einrichtung von Stiftungen in Polen, Russland, der Ukraine und Weißrussland, wobei die Frage nicht abschließend geklärt wurde, wer genau zu den Anspruchsberechtigten zu zählen war. Die Bundesregierung drängte darauf, den Verfolgtenbegriff im Rahmen des BEG umzusetzen, was Zwangsarbeiter weiterhin ausgeschlossen hätte. In der Sowjetunion hatten »Ostarbeiter« jahrzehntelang als NS-Kollaborateure gegolten, was erst Ende 1990 aufgehoben wurde. Letztlich blieb es den Stiftungen überlassen, welche Kriterien sie für die Auszahlung von Geldern anwenden wollten. Da die Bundesregierung jedoch unabhängig von der potentiellen Zahl der Anspruchsteller an den fixierten Höhen ihrer Einmalzahlungen festhielt, schrumpfte die schließlich ausgezahlten individuellen Entschädigungen auf vergleichsweise geringe Beträge.

Was für den deutschen Staat galt, traf in ähnlicher Weise auch auf die deutschen Unternehmen zu. Der Fall des Eisernen Vorhangs ließ nicht nur die große Anzahl an ehemaligen Zwangsarbeitern schlagartig hervortreten, und die um die Globalabkommen geführten Debatten im Deutschen Bundestag deuteten an, dass auch die finanzielle Beteiligung der Unternehmen an der Entschädigung von einem kleinen, aber wachsenden Kreis von Parla-

verfahren gegen die Bundesrepublik nach 1990 vgl. Adamheit, Entschädigung, S. 299-320.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
mentariern als gerechtfertigt angesehen wurde.[41] Der Zusammenbruch des Ostblocks eröffnete auch einen erstmaligen Zugriff auf Archive und entsprechende Dokumente im Osten Europas, die vormals unzugänglich gewesen waren. Das Quellenmaterial über den Nationalsozialismus, das einst in den Ostblockstaaten gut behütet und nur für ausgewählte wissenschaftliche bzw. propagandistische Zwecke ausgewertet werden durfte, stand nun theoretisch auch westlichen Forschern und, noch wichtiger, den NS-Verfolgten und ihren Interessenvertretern offen. Für die deutsche Wirtschaft bedeutete das Ende des Ost-West-Konflikts daher auch eine »potentielle Informationslawine«[42], die Fragen zur Beteiligung von Unternehmen an der nationalsozialistischen Expansion und ihren Verbrechen neu anzustoßen drohte.

Die entscheidenden Impulse, die die politische und juristische Diskussion um die deutsche Wirtschaft im Nationalsozialismus neu entfachten, kamen jedoch Mitte der neunziger Jahre nicht aus dem Osten, sondern aus dem Westen. Die US-Regierung unter Bill Clinton war maßgeblich daran beteiligt, dass sich in den neunziger Jahren ein »globalisierter Wiedergutmachungs- und Anerkennungsdiskurs«[43] entwickelte, der auf gewisse Weise den Diskurs um »vergessene Opfer« in den achtziger Jahren auf internationaler Ebene verlängerte. Er betonte nun auch die bislang unberücksichtigten Ansprüche der NS-Verfolgten aus dem Osten Europas gegenüber dem deutschen Staat und der deutschen Wirtschaft.[44] Auch in den USA war das politisch-gesellschaftliche Interesse am Holocaust deutlich gewachsen und der Holocaust war im Begriff, ebenfalls zu einem wichtigen identitätsstiftenden Narrativ der amerikanischen Geschichtspolitik aufzusteigen. Davon zeugten bereits im Jahr 1993 die breite Rezeption von Steven Spielbergs Kinofilm *Schindlers Liste* und die unter dem Vorsitz von Bill Clinton gefeierte Eröffnung des US Holocaust Memorial Museum. Die US-Außenpolitik schaltete sich ab 1995 konkret in die Wiedergutmachungsverhandlungen in Europa ein und vertrat die Interessen jener jüdischen Überlebenden in Osteuropa, die sie als »zweifache Opfer« – von zunächst nationalsozialistischer Verfolgung und später kommunistischer Unterdrückung – ansah.[45] Von der Idee her zielten die diplomatischen Initiativen unter der Leitung des Sondergesandten Stuart Eizenstat darauf, durch das Eintreten für Minderheiten- und Eigentumsrechte den Transformationsprozess der ehemaligen sozialistischen Länder hin zu Demokratie und Marktwirtschaft zu unterstützen und die Herausbildung von Zivilgesellschaften zu fördern. In den folgenden Jahren machte sich die US-Regierung dann auf dem Feld der Vermögensrestitution für meist jüdische Geschädigte stark, was ein breites

41 Zur innenpolitischen Diskussion vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 235 f.
42 Feldman, Unternehmensgeschichte, S. 112.
43 Goschler, Vertrauenskapital, S. 166.
44 Zur Rolle der USA und ihrer Außenpolitik Mitte der neunziger Jahre vgl. Goschler, Schuld, S. 420 f.; Eizenstat, Gerechtigkeit, S. 39 f., 64 f.
45 Eizenstat, Gerechtigkeit, S. 45.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Spektrum an Ländern und Themen umfasste. Ob in der Frage von staatlich enteigneten Immobiliengrundstücken, die jüdischen Gemeinden nicht zurückgegeben worden waren, oder Edelmetall- und Geldvermögen, die durch Privatunternehmen den Nachfahren der Geschädigten vorenthalten wurden – am Beispiel der Eigentumsfrage verfolgte die US-Regierung einen breiten geschichtspolitischen Ansatz, der die materielle Rehabilitierung der NS-Opfer vorsah und zugleich der ideellen Durchsetzung von Menschen- und Bürgerrechten auf globaler Ebene galt.

Jenseits dieser politischen Initiativen nahmen Mitte der neunziger Jahre ehemalige Zwangsarbeiter in den USA das Heft selbst in die Hand und strengten erste Klagen gegen deutsche, in den USA tätige Unternehmen vor amerikanischen Gerichten an. Die erfolgreiche Klage des Auschwitz-Überlebenden Hugo Princz, die im folgenden Kapitel ausführlich beschrieben werden wird, deutete im Jahr 1995 zweierlei an: Es war weniger die Masse an neuen Anspruchstellern aus Osteuropa, die entscheidend war, sondern vielmehr die Rechtsmittel, die eine vergleichsweise geringe Anzahl von ehemaligen Zwangsarbeitern aus den USA (im Falle Princz ein einziger) anbringen konnte. Bevor jedoch weitere Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter Ende der neunziger Jahre die deutschen Unternehmen zu massiven Verhaltensänderungen mit ihrer NS-Vergangenheit führten, war es eine andere Dimension der NS-Wirtschaft, die 1996 in den Fokus der Öffentlichkeit geriet und mit ihrer Skandalisierungsdynamik die Zwangsarbeiter-Frage kurzfristig überlagerte. Die für deutsche Unternehmen brisante Akteurskonstellation in den USA – jüdische Interessenverbände, engagierte Vertreter der US-Politik und selbstbewusste New Yorker Anwaltskanzleien in einer durch internationale Medien strukturierten Öffentlichkeit – wurde gleichwohl hier schon offenbar.[46]

Zu Beginn der sogenannten »Raubgold«-Debatte, die über drei Jahre die internationale Presse in Atem hielt, etablierte diplomatische Beziehungen in Mitleidenschaft zog und schließlich zu einem milliardenschweren Vergleich führte, ging es gar nicht um Gold.[47] Vielmehr erschienen rund um den 50. Jahrestag des Kriegsendes diverse Reportagen in in- und ausländischen Zeitungen über Bankkonten von Holocaust-Opfern, deren nachforschende Angehörige bei Schweizer Banken auf massive bürokratische Widerstände stießen.[48] Nach 1933 hatten insbesondere deutsche Juden zur Absicherung ihres Vermögens Konten und Versicherungen in der Schweiz eröffnet. Nach der Ermordung zahlreicher Juden wurde ihr Vermögen von den Schweizer Banken stillschweigend einbehalten oder als »nachrichtenlose« Konten (mit entspre-

46 Die Einteilung nach Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 243.

47 Zur folgenden Darstellung der Raubgold-Debatte vgl. grundsätzlich Maissen, Erinnerung; Eizenstat, Gerechtigkeit, S. 67-237; Goschler, Rückerstattung, S. 121-123; Feldman, Unternehmensgeschichte, S. 112-116; James, Bergier-Kommission; Unabhängige Expertenkommission Schweiz, Schlussbericht, S. 5-9, 19-23.

48 Vgl. etwa Wall Street Journal, 21.6.1995. Für einen aufschlussreichen Überblick vgl. Time Magazine 24.2.1997.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
chenden Gebühren) weitergeführt. Bereits in den sechziger Jahren hatten sich Hinterbliebene aus Westeuropa um die Rückerstattung der Vermögen ihrer ermordeten Verwandten bei Schweizer Banken bemüht, was zu einem ersten, wenn auch für die Erben wenig erfolgreichen Abkommen geführt hatte. Nun kamen neue Anfragen aus Osteuropa und den USA – und die eidgenössischen Banken mauerten. Sie argumentierten vordergründig mit dem Bankgeheimnis und beriefen sich auf Verträge aus der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die Berichte über die »nachrichtenlosen« Bankkonten erweiterten den Fokus des öffentlichen Interesses auf die Devisen- und Goldgeschäfte der Schweizer Nationalbank und stießen grundsätzliche Fragen zur Rolle des Landes als Finanzplatz im Zweiten Weltkrieg an. Obgleich bereits in den achtziger Jahren Studien über den Goldhandel erschienen waren, die die Funktion der Schweiz als Devisenbeschafferin des »Dritten Reiches« dargestellt hatten, waren es nun insbesondere Schweizer Journalisten, die begannen, das gepflegte Selbstbild der »neutralen Schweiz« der Jahre 1933 bis 1945 kritisch zu befragen. Als im selben Jahr amerikanische Ermittlungsberichte des sogenannten »Safehaven«-Projekts aus Kriegstagen von US-Archiven freigegeben wurden, die zahlreiche Hinweise darauf enthielten, wie das aus den Zentralbanken der besetzten Länder und aus jüdischem Privatbesitz geraubte NS-Gold an Schweizer Banken gegangen war, um für den Rohstoffimport notwendige Devisen zu erwerben, entstand eine breite internationale Berichterstattung.[49] Insbesondere die Symbolwirkung von Gold, der Zusammenhang zwischen Holocaust und Raubgold sowie der Umstand, dass sich die Schweiz 1947 mit der vergleichsweise geringen Zahlung von 60 Millionen US-Dollar gegenüber den Alliierten vermeintlich »freigekauft« hatte, führten zu einer hoch emotionalen Debatte mit vielen Wissenslücken und konträren Narrativen. Auf der einen Seite stand das Schweizer Selbstverständnis als »neutraler Kleinstaat«, »Opfer der weltpolitischen Entwicklungen« geworden zu sein. Auf der anderen Seite wurde die Schweiz als »Hort geschäftstüchtiger Unmoral« gesehen und für ihre Anpassung und Kooperation mit dem NS-Regime kritisiert.[50]

Neben der verstärkenden Wirkung der medialen Berichterstattung waren es vor allem jüdische Interessenvertreter und Politiker aus den USA, die den Druck in der »Raubgold«-Debatte erhöhten. Konkret hatte der World Jewish Congress (WJC) im September 1995 den Stein ins Rollen gebracht, als er den Schweizer Bankenverband mit den freigegebenen US-Berichten konfrontierte. Zunächst kam es zu keiner Einigung über Entschädigungszahlungen, und es wurde Stillschweigen vereinbart. Als jedoch die Schweizer Banken im Februar 1996 ihre eigene Sicht der Dinge veröffentlichten, verschärfte sich die Auseinan-

49 Die Diskussion wurde im Folgenden nicht nur in der Schweiz und in Deutschland geführt, sondern übertrug sich auf weitere betroffene europäische Länder wie Schweden, Spanien und Portugal.

50 Für einen Überblick über die unterschiedlichen Erzählungen und ihre langen wirkungsmächtigen Linien vgl. Unabhängige Expertenkommission Schweiz, Schlussbericht, S. 19-24.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
dersetzung und der damalige Vorsitzende des WJC, Edgar Bronfman, gewann US-Präsident Bill Clinton für seine Sache. Hatte sich die US-Regierung bereits in Osteuropa für die Restitution jüdischer NS-Opfer eingesetzt, wurde der inzwischen zum Unterstaatssekretär im US-Handelsministerium berufene Stuart Eizenstat nun auch mit der Klärung der Schweizer Banken-Affäre betraut, und umfangreiche Archivrecherchen wurden angestoßen. Darüber hinaus kam es unter der Federführung des New Yorker Senators Alfonse D'Amato, der sich nicht zuletzt zur Profilierung bei seiner jüdischen Wählerschaft des Themas annahm, ab April 1996 zu mehreren kontroversen Anhörungen des Banken-Komitees des US-Senats. Da die Schweizer Banken ihre Geschäftslizenzen für den amerikanischen Markt zu verlieren drohten, reagierten sie prompt und stimmten der Einsetzung zweier Kommissionen zu. Die »Volcker-Kommission« sollte die konkreten Namen und Beträge der ehemaligen jüdischen Konten in den Bankbeständen ermitteln, und die »Bergier-Kommission« sollte aus wissenschaftlicher Perspektive für Klarheit über die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg sorgen. Aber spätestens als das Außenministerium Großbritanniens im September 1996 eine falsche Zahl über das vom Deutschen Reich ins Ausland verschobene Gold in Umlauf brachte (500 Millionen US-Dollar statt korrekten 500 Millionen Schweizer Franken), erreichten die publizistischen Wellen neue Höhen und eine erste Klage von Holocaust-Überlebenden formierte sich in New York. Die nun auftretenden Anwaltskanzleien waren neben den jüdischen Interessenverbänden und den Vertretern der US-Politik die dritte Akteursgruppe, die die Auseinandersetzung mit dem NS-Raubgold prägte. Zwei spezifische Eigenheiten des amerikanischen Rechtssystems erwiesen sich in der Folgezeit als die wichtigsten Druckmittel zur Durchsetzung der Ansprüche von NS-Geschädigten. Zum einen ermöglichte ein altes Gesetz von 1789, der »Alien Tort Claims Act«, dass amerikanische Gerichte über Völkerrechtsverletzungen befinden konnten, auch wenn sie durch fremde Staatsangehörige und außerhalb der USA begangen worden waren. Zum anderen existierte das rechtliche Instrument der Sammelklage, der »class action«, die es erlaubte, dass einzelne Personen stellvertretend für eine Gruppe von ähnlich Geschädigten gegen den vermeintlichen Verursacher des Schadens Klage führten. Da das Urteil in einer Sammelklage letztlich für alle Schadensbetroffenen galt, waren die zu verhandelnden Schadensersatzansprüche relativ ebenso hoch wie die Honorare der Anwälte, was das ganze Verfahren häufig auf einen Vergleich zwischen den Parteien hinausführte.[51] Im Falle der Raubgold-Debatte stand letzten Endes ein Vergleich über die Summe von 1,25 Milliarden US-Dollar im Raum, dem die UBS und die Crédit Suisse schließlich zustimmten. Die Zahlen über dreistellige Millionenbeträge und die Photos von angehäuften Goldbarren, die ab Sommer 1996 in der internationalen Presse kursierten, sorgten ihrerseits dafür, dass die öffentliche Erwartungshaltung gegenüber den Schweizer Banken nicht kleiner wurde. Während die Schweizer Zeitungen sich

51 Zu den Details der »class action« vgl. Spiliotis, Verantwortung, S. 45 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
beeilten, falsche Zahlen zu korrigieren, und die deutsche Presse die Debatte mit kritischer Distanz bzw. Schadenfreude begleitete, ging in der Aufregung über die spektakulären Summen in der deutschen Öffentlichkeit ein kleines Detail vorerst unter: Das Memorandum des British Foreign Office hatte in einem Nebensatz zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem NS-Goldraub eine deutsche Firma erwähnt – die Degussa.[52]

Öffentlichkeit und Auftragsforschung

Die Degussa war zum Zeitpunkt der britischen Veröffentlichung im September 1996 schon hoch sensibilisiert und verfolgte die Debatte um das Schweizer Raubgold intensiv. Bereits im Sommer 1996 hatte das Konzernarchiv der Degussa begonnen, die einschlägigen Zeitungsartikel der deutschen und internationalen Presse zu sammeln. Die Auswahl der Artikel und die handschriftlichen Bemerkungen erlauben einen Rückschluss auf die Perspektive der Degussa und den öffentlichen Diskurs zu jener Zeit.[53] Die Dynamik der Presseberichterstattung und die Reaktionen der Degussa ergeben ein exemplarisches Bild der Wechselwirkung von öffentlichen Erwartungshaltungen und Anpassungsleistungen von deutschen Unternehmen, die wie die Degussa mit ihrer NS-Vergangenheit in den neunziger Jahren schlagartig ins Kreuzfeuer der Kritik gerieten.

Bezeichnenderweise war der erste Text der Presse-Sammlung der Degussa ein großer Artikel aus der *Bild*-Zeitung, der übertitelt war mit »Nazi-Gold: Was ist dran an den neuen Spuren?« und der ein Photo von einer schier endlosen Menge an aufgestapelten Goldbarren zeigte.[54] Auch wenn die Degussa hier noch nicht explizit erwähnt wurde, so stimmten der Text und das Bild doch den Ton eines Goldrausches an, der den Mitarbeitern der Degussa schon frühzeitig signalisiert haben muss, dass das Thema »Gold« viel Platz für öffentlichkeitswirksame Phantasie bot und dass auch das eigene Unternehmen in den Fokus dieser Vergangenheitsdebatte rücken könnte. Das Schock- und Skandalpotential des historischen Sachverhalts, dass Goldzähne aus den Kiefern ermordeter Menschen gebrochen und zu Goldbarren eingeschmolzen worden waren, wurde nicht nur in der deutschen Presse gezielt ausgenutzt und produzierte dabei ein Klischee von sagenumwobenen NS-Schätzen in der Öffentlichkeit. Die Aufregung um das »Nazi-Gold« fiel zudem in einen Zeitraum, in dem die NS-Zeit Gegenstand diverser öffentlicher Diskussionen war. Seit einigen Monaten tourte die »Wehrmachtsausstellung«, und unlängst war Daniel Goldhagens Buch *Hitlers willige Vollstrecker* auf dem deutschen Markt erschienen. Die breit diskutierte Frage, wie »ganz gewöhnliche Deutsche« zu

52 Vgl. exemplarisch Welt am Sonntag, 22.9.1996. Zur Diskussion um die Zahlen vgl. etwa Neue Zürcher Zeitung, 20.9.1996.

53 Die Sammlung an Presseartikeln zur Raubgold-Debatte in: EKA, Degussa AG, KK 02 01, NS-Geschichte – Presseartikel 1996-1998.

54 Bild-Zeitung, 11.9.1997.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Mördern werden konnten, schien den Boden zu bereiten für die naheliegende Frage, wie »gewöhnliche« Unternehmen zu Beteiligten an den NS-Verbrechen werden konnten.

Ein erster Warnschuss für die Degussa kam indes nicht aus der deutschen Presse. Der israelische Vertriebspartner der Degussa schickte im September 1996 ein Fax mit einem Artikel der *Jerusalem Post* nach Frankfurt am Main, der den Bericht des britischen Außenministeriums detailliert wiedergab und auch die Rolle der Degussa bei der Verarbeitung des geraubten Goldes beschrieb.[55] Der handschriftliche Kommentar auf dem Fax-Eingang »Degussa erstmals im Zusammenhang mit Nazi-Gold genannt« alarmierte die Kommunikationsabteilung, die Rechtsabteilung und das Konzernarchiv. Die langjährige Archivleiterin des Konzernarchivs Mechthild Wolf intensivierte daraufhin die Sichtung und Systematisierung der eigenen Archivbestände zur NS-Zeit, die bereits vor einigen Jahren angesichts der ersten Forschungsaufträge in anderen deutschen Großunternehmen begonnen worden waren.

Die ersten Gewitterwolken zogen jedoch erst Ende des Jahres 1996 auf, und es war letztlich die Initiative eines Einzelnen, die die Degussa ins Kreuzfeuer der deutschen Öffentlichkeit trieb. Der Publizist Hersch Fischler hatte auf eigene Faust im Staatsarchiv Łódź über den von der SS im Ghetto organisierten Goldraub recherchiert und war im Bundesarchiv Potsdam auf Hinweise gestoßen, dass die Berliner Degussa-Filiale in Kontakt zur Ghettoverwaltung gestanden hatte.[56] Nachdem sich seine Zusammenarbeit mit dem Konzernarchiv der Degussa als schwierig erwiesen hatte, fand er im Bundesarchiv Koblenz den Hinweis, dass praktisch das komplette an die Reichsbank gelieferte Raubgold von der Degussa umgeschmolzen worden war. Fischler und seine Recherchen können als Symptome jener Zeit bewertet werden. Zwar hatte es auch schon in den achtziger Jahren (lokale) NS-Forschungen jenseits der akademischen Strukturen gegeben, die in einzelnen Fällen wie bei Daimler-Benz größere Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnten. Aber erst in den neunziger Jahren und einem kontrovers diskutierten, sich aber stetig weiter durchsetzenden opferzentrierten Erinnerungsdiskurs fanden diese Stimmen mit Hilfe der Medien als entsprechendem Resonanzraum ein breites Gehör.[57] Kurzum:

55 The Jerusalem Post, 20.9.1997.

56 Laut eigener Aussage führte Fischler damals ursprünglich Recherchen zum Reichstagsbrand 1933 durch. Diese führten ihn zu dem Vernehmer Marinus van der Lubbes bei der damaligen Politischen Polizei, Dr. Walter Zirpins, der 1940/41 in Łódź oberster Kriminalbeamter und damit oberster »Goldräuber« gewesen war. Die Spur des Goldes führte ihn zur Degussa, ins historische Archiv der Bundesbank, zu den verschwundenen Reichsbankgoldbüchern nach Wien zu den Herzog-Mikrofilmen und weiter dann zu den Goldtransaktionen der Deutschen, Dresdner und Commerzbank (Interview Hersch Fischler, 17.8.2015).

57 Kurze Zeit später recherchierte Fischler auch zu Bertelsmann und stieß auf ähnliche Weise die öffentliche Diskussion um die NS-Vergangenheit des Verlagshauses an, worauf der Konzern mit einem umfangreichen Forschungsauftrag reagierte, vgl. Friedländer u. a., Bertelsmann, S. 9-11; dazu auch S. 364 dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Fischlers Recherchen waren ein entscheidender Impuls, der die brisante Raubgold-Debatte um Schweizer Banken nun auch nach Deutschland trug und deutsche Unternehmen wie die Degussa, die Deutsche Bank und die Allianz in Erklärungsnot brachte. Seine Funde wurden in mehreren deutschen Zeitungen abgedruckt, und als im Januar 1997 weitere Details aus britischen Archiven ans Licht kamen, sah sich die Degussa dazu genötigt, Stellung zu beziehen und das Einschmelzen von jüdischem Gold (insbesondere von Schmuck, der während der »Reichskristallnacht« gestohlen worden war) zu bestätigen.[58]

Die brisanten Zeitungsartikel gingen nun in Kopie nicht nur an die bislang die Sache verfolgenden Konzernabteilungen, sondern auch an den Generalbevollmächtigen der Degussa, Michael Jansen, der im weiteren Verlauf die prägende Persönlichkeit für den Umgang der Degussa mit ihrer NS-Vergangenheit wurde. Jansen war 1990 als ausgebildeter Jurist aus dem Auswärtigen Amt zur Degussa gewechselt und hatte schon auf einer seiner ersten Geschäftsreisen für die Degussa, die er bewusst während des Golfkrieges nach Israel unternommen hatte, ein feines Gespür für die Geschichte seines neuen Arbeitgebers gehabt. Als er in Gesprächen auch auf Holocaust-Überlebende traf, kam die Rolle der Degussa im Nationalsozialismus zur Sprache. Jansen und die Archivleiterin der Degussa Mechthild Wolf begannen in Reaktion auf diese Reise unternehmensintern die NS-Zeit der Degussa selbstkritischer ins Auge zu fassen. Die Publikation zum 120. Firmenjubiläum 1993, die Wolf verfasste, kann vor diesem Hintergrund gelesen werden, da sie zum ersten Mal auch Abschnitte zum »Zyklon B«-Vertrieb beinhaltete und durch Stil bzw. Ton auch etwas Stolz darüber ausdrückte, dass man nun offener mit der Vergangenheit umgehe. Die Gestaltung des Buches sowie die Verwendung von Fußnoten und Quellenbelegen hatten zudem einen wissenschaftlichen Gestus, der die Publikation von vorangegangenen Werken deutlich abgrenzte. In ihrer Gesamtheit jedoch blieb die Darstellung noch dem ungebrochenen Selbstbild der Degussa treu: Hinsichtlich des Vorstands wurde weiterhin auf das »stille Heldentum« einzelner fokussiert; »Arisierungen« waren immer noch »Beteiligungen« oder Hilfe für »bedrängte« jüdische Unternehmer; das »Schicksal« der Werke wurde als abhängig von den Reichsstellen dargelegt; der Einsatz von KZ-Häftlingen blieb verklausuliert; die obligatorische Doppelseite von durch Bomben zerstörten Betriebsteilen hielt am Opferbild fest.[59] Da diese Unternehmenspublikation vom inzwischen gewachsenen öffentlichen Interesse an der NS-Vergangenheit der Degussa als unzureichend bewertet und sie in einigen Presseartikeln kritisch zitiert wurde, veranlasste im Frühjahr 1997 Jansen und das Konzernarchiv wieder zu einer intensiveren Zusammenarbeit. Eigene Recherchen und Veröffentlichungen sollten die öffentliche Diskussion befrieden und juristischen

58 Vgl. Globes, 23.1.1997.

59 Vgl. Degussa, Sonne und Mond, S. 147 f., 171-222, insbesondere 174, 189, 205. Die inhaltliche Kontinuität war allein schon dadurch gegeben, dass viele Textpassagen des Buches von 1993 auf der Artikel-Sammlung von 1988 aufbauten, vgl. Degussa, Geschichte.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Forderungen zuvorkommen. Die Archivleiterin Wolf wurde beauftragt, einen Bericht zu verfassen, der dem Vorstand einen Überblick über die NS-Zeit der Degussa vermitteln sollte. Im Schlusswort schlug das siebenseitige Papier den Vorständen vor, eine »wissenschaftliche Aufarbeitung zu initiieren«, die den NS-Edelmetallhandel untersuchen sollte, in die auch die Rolle der Degussa »angemessen eingebettet« wäre.[60] Vor diesem Hintergrund zeugen auch die im Degussa-Pressespiegel gesammelten Artikel zur Allianz, die zu jener Zeit wegen einbehaltener Versicherungspolicen als einer der ersten deutschen Konzerne Ziel einer Sammelklage von amerikanischen Holocaust-Überlebenden wurde, vom Bewusstsein der Degussa-Mitarbeiter, in Zukunft ebenfalls mit juristischen Mitteln konfrontiert zu werden.[61] Schließlich legte im Mai Stuart Eizenstat seinen Bericht zum Handel mit NS-Raubgold im US-Kongress vor, in dem die Vorwürfe gegenüber der Schweiz und anderen vermeintlich neutralen Staaten als Finanziers des »Dritten Reichs« bekräftigt wurden. Eine internationale Konferenz sollte bald organisiert werden, um etwaige Entschädigungsmöglichkeiten auszuloten – die Degussa musste sich auf konkrete Forderungen gefasst machen.

Aber auch Hersch Fischler war im Frühjahr 1997 nicht untätig geblieben. Unter anderem war er mit einem Fernsehteam des Ostdeutschen Rundfunks Brandenburg (ORB) im Mai nach Łódź gefahren, wo er weitere Dokumente fand, die belegten, dass die Degussa nachdrücklich um Aufträge bei der Ghettoverwaltung geworben hatte, Gold aus jüdischem Privatbesitz zu schmelzen. Die Veröffentlichung dieser Korrespondenz und der Vorwurf, auch Zahngold ermordeter Juden geschmolzen zu haben, bewirkte eine publizistische Sturmflut, und in nahezu allen deutschen Tageszeitungen wurde der Vorwurf wiederholt, die Degussa habe sich als »Hehler« am Gold ermordeter Juden bereichert.[62] Die Degussa versuchte ihrerseits durch mehrere öffentliche Auftritte von Michael Jansen den drohenden Imageschaden zu begrenzen.[63] Vorsichtig bestätigte Jansen nun, was sowieso nicht zu widerlegen war: Ja, die Degussa habe Gold und Silber aus jüdischem Besitz, das aus Pfandleihanstalten stammte, eingeschmolzen. Während der Kriegsjahre sei es »womöglich auch aus anderen Quellen« gekommen. Dabei betonte er mehrfach, dass die Degussa »Teil des Wirtschaftskreislaufs« im Dritten Reich bzw. des »regulativen Wirtschaftssystems« gewesen sei und das Scheiden der Edelmetalle »im

60 Zitiert von Michael Jansen im Interview am 13.3.2012 aus Mechthild Wolf, Edelmetallaktivitäten der Degussa im Zweiten Weltkrieg, 21.2.1997.

61 Die am 31.3.1997 in New York eingereichte Sammelklage (»Cornell-Klage«) richtete sich insgesamt gegen 16 europäische Versicherungsgesellschaften, darunter mehrere Tochterunternehmen der Allianz.

62 Ursächlich die Pressemitteilung des ORB vom 20.5.1997. Exemplarisch für die folgende Presse-Resonanz FAZ, 21.5.1997.

63 Die folgenden Zitate von Michael Jansen im Deutsche Welle-Interview, 22.5.1997, bzw. im ORF, 23.5.1997. Vgl. auch Presse-Information Degussa, 23.5.1997, Presse-Information Degussa, 21.6.1997.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Auftrag staatlicher Stellen« ausgeführt worden sei. Diese ambivalente Formulierung war symptomatisch für den sich abzeichnenden Paradigmenwandel der Degussa im Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit. Auf der einen Seite markierte die Formulierung subtil alte Verteidigungslinien des jahrzehntelangen Entlastungsdiskurses deutscher Unternehmen, ohne die Kampfvokabel »Zwangswirtschaft« explizit zu gebrauchen. Auf der anderen Seite deutete die Wortwahl ein Eingeständnis der Beteiligung an NS-Verbrechen sowie einen Begriff von Opportunismus in der damaligen Unternehmensleitung an, die konstitutiv für den unternehmerischen Aufarbeitungsdiskurs wurden. Darüber hinaus schloss Jansen jegliche individuellen Rechtsansprüche auf Entschädigung aus, um zugleich zu versichern, dass die Degussa zu ihrer Vergangenheit stehe und weiterhin Initiativen zum Gedenken der Ermordeten und zur Hilfestellung der Überlebenden finanziell unterstützen werde. Damit stellte Jansen die Degussa ganz in den Kreis jener Symbolpolitik der opferzentrierten Erinnerungskultur, wie sie seit Ende der achtziger Jahre erstmals von Daimler-Benz vorgezeichnet worden war. Nicht zuletzt bemühte sich Jansen, Zeit zu gewinnen, und stellte in Aussicht, auf einer Tagung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte am 20. Juni 1997 einen eigenen Plan zur »wissenschaftlichen Aufarbeitung« der Unternehmensgeschichte zu präsentieren. Neue Archivzugänge in Moskau und Washington würden erst jetzt einen notwendigen Gesamtüberblick ermöglichen. In Reaktion auf Jansens Versuche der Schadensbegrenzung blieben jedoch jene kritischen Stimmen in der Presse in der Mehrzahl, die konkrete Forschungsaufträge an unabhängige Historiker einforderten.[64] Sie waren damit Ausdruck einer inzwischen gewachsenen Erwartungshaltung gegenüber Unternehmen – im vorangegangenen Herbst war auch die Studie von Hans Mommsen über das Volkswagenwerk erschienen –, ihre Geschichte von externen Historikern »aufarbeiten« zu lassen.

Mit der Ankündigung der GUG-Tagung hatte der Höhepunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit ein Datum bekommen. Während im Vorlauf der Tagung Fischler und Jansen öffentlich wie Antagonisten eines geschichtspolitischen Kulturkampfes inszeniert wurden und die Degussa schwer unter Beschuss blieb, war die Tagung der GUG im ehemaligen IG Farben-Haus in Frankfurt am Main für die Degussa die Gelegenheit, im Kreise renommierter Historiker wieder die Diskurshoheit zu gewinnen.[65] Nachdem Jansen die später viel zitierte und einigermaßen verklärende Überschrift gesetzt hatte, dass die Degussa »nie ein Geheimnis aus ihrer Geschichte gemacht« habe, verkündete er weitere Maßnahmen. Erstens habe die Degussa eine enge Zusammenarbeit mit dem World Jewish Congress (WJC) vereinbart, um den Verbleib von Edelmetallen aus jüdischem Besitz zu klären. Zweitens habe die Degussa

64 Die Kritik beispielhaft in Frankfurter Rundschau, 21.5.1997, und Handelsblatt, 2.6.1997.

65 Vgl. die TV-Berichte im Vorlauf u. a. 3sat Kulturzeit, 17.6.1997. Die verschiedenen Beiträge der Tagung im Sammelband von Gall/M. Pohl, Unternehmen. Zur GUG-Tagung vgl. auch S. 360 f. dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
das Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Köln beauftragt, die Rolle des Unternehmens als größte Edelmetall-Scheideanstalt während der dreißiger und vierziger Jahre zu untersuchen.[66] Auch andere in der Kritik stehende Konzerne wie die Allianz kündigten im Vorfeld der Tagung die »wissenschaftliche Aufarbeitung« ihrer Firmengeschichte an.[67] Der Pressespiegel der darauf folgenden Tage gab den Imagegewinn und nachlassenden öffentlichen Druck auf die Degussa als Effekt der Tagung in mehrerer Hinsicht wieder. Erstens wurde der Degussa selbst die Initiative zugesprochen, »mit einem Tabu gebrochen« zu haben.[68] Zweitens zeigten alle Artikel die Degussa in einem wissenschaftlichen Rahmen, der Seriosität und Glaubwürdigkeit vermittelte und der die Aufklärungsbemühungen in ein Licht der Unabhängigkeit setzte. Drittens wurde in vielen Berichten nicht allein auf die NS-Geschichte der Degussa fokussiert, sondern sie wurde in den größeren Zusammenhang von anderen Beispielen der unternehmerischen Kooperation mit dem NS-Regime gebracht. Viertens wurde die Degussa durch ihren Kontakt zum WJC in Zusammenarbeit und nicht in Gegnerschaft zu den Opfergruppen dargestellt, was die *Bild* überschrieb mit: »Nach 50 Jahren – Degussa hilft Juden bei der Suche nach geraubtem Gold«.[69] Bedeutsam dürfte für die Degussa auch die Tatsache gewesen sein, dass die internationale Presse ebenfalls positiv von den Aufklärungsbemühungen berichtete. Im Speziellen waren dies Artikel wie die der *New Jersey Jewish News*, die repräsentativ für eine wichtige Teil-Öffentlichkeit in den USA stand und am Standort einer Degussa-Dependance erschien.[70]

Alles in allem, fasste der schärfste Kritiker der Degussa, Hersch Fischler, im August 1997 zusammen, sei es seit den Ankündigungen um die Degussa »wieder völlig ruhig geworden«.[71] Wie begrenzt und von der medialen Skandalisierungsdynamik getrieben das öffentliche Interesse an der Degussa-Vergangenheit im Kern war, verdeutlichte schon allein der Umstand, dass es in der Diskussion stets nur um den Raubgold-Komplex ging – andere Aspekte wie Zwangsarbeiter, Zyklon B oder »Arisierungen« spielten, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle.[72] Im Winter 1997 anlässlich der großen Londoner Goldkonferenz, die die lückenhaften Informationen und die unterschiedlichen Entschädigungsansprüche bündeln und klären sollte, konnte Fischler noch einmal alle Aufmerksamkeit auf sich vereinen, als er wichtige Ergänzungen zu den vermissten Goldakten der Reichsbank präsentierte. Fischler speiste seine Rechercheergebnisse später auch in den geschichtswissenschaftlichen Diskurs ein, und die älteren Protagonisten der forschenden Entschädigungsaktivisten

66 Degussa Presse-Information, 21.6.1997.
67 Vgl. Der Spiegel, 2.6.1997.
68 Mannheimer Morgen, 23.6.1997.
69 Bild-Zeitung, 23.6.1997
70 Vgl. New Jersey Jewish News, 11.9.1997.
71 Fischler im Junge Welt-Interview, 22.8.97
72 Als Ausnahme vgl. etwa Frankfurter Rundschau, 23.6.1997 (»Von Zwangsarbeitern will die Degussa nichts wissen«).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
um Karl Heinz Roth sekundierten gewohnt wortgewaltig.[73] Die Degussa wurde jedoch auf der Konferenz in London nur noch am Rande erwähnt. Vielmehr gerieten nun die deutschen Großbanken ins öffentliche Kreuzfeuer, weil Fischlers Vorwürfe der Beteiligung ihnen gegenüber – im Gegensatz zur Degussa – neu waren.[74] So konnte die Degussa auf die prominent vorgetragenen Forderungen des US-Delegationsleiters Eizenstat, der Goldkonferenz die Unternehmensarchivakten zur Verfügung zu stellen, mit dem Verweis auf die beschlossene Forschungskooperationen reagieren, ohne dass es zu einem entrüsteten Aufschrei in den Medien kam.[75] Als es Anfang Januar 1998 erneute Aufregung um eine ZDF-Dokumentation über »Führer, Volk und den Gewinn« gab, wurde quer durch die deutsche Presselandschaft allein die Degussa lobend erwähnt, die sich »mutig« zu ihrer Vergangenheit bekannt habe.[76] Während das Jahr 1998 zum Höhepunkt der Raubgold-Debatte wurde, auf dem sich Banken, Politiker und Anwälte aus der Schweiz bzw. den USA nichts schenkten, sie vielmehr Medien sowie ehemalige NS-Verfolgte instrumentalisierten und schließlich um einen Vergleich in Höhe von 1,25 Milliarden US-Doller rangen,[77] war für die Degussa zumindest in puncto »Raubgold« das Wichtigste überstanden. Die Degussa hatte sich nicht weiter gegen den Wind gestellt – der Sturm der Entrüstung war vorerst weitergezogen.

Der englische *Guardian* sprach nach der GUG-Tagung von einem »Präventivschlag« der Degussa und hatte damit nicht unrecht. Obgleich die Sensibilisierung der Degussa für ihre eigene NS-Geschichte seit der Israelreise Jansens 1990, der Studie der Deutschen Bank 1995 und schließlich durch die Raubgold-Debatte 1996 im Vorstand und im Konzernarchiv stetig gewachsen war, lässt sich in der Rückschau feststellen, dass die Degussa auf die Anklagen aus den Medien (und später von US-Gerichten) nicht ausreichend vorbereitet war, als sie im Frühjahr 1997 ins Zentrum der öffentlichen Empörung rückte. Selbst wenn sie Kapitel ihrer Geschichte hätte vertuschen wollen, sie hätte gar nicht genau gewusst, wie viele Seiten diese gehabt hätten. Somit war sie von Anfang an in der Defensive und konnte erst durch die wissenschaftlichen Auftragsvergaben wieder aktiv die Diskussion gestalten und Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

Jenseits des öffentlichen Drucks im Jahr 1997, der durch den drohenden Imageverlust und die möglichen Schadensersatzklagen einen handfesten wirtschaftlichen Schaden für die Degussa bedeutet hätte, war der Generationswechsel an der Konzernspitze der Degussa für den neuen Umgang mit der Vergangenheit maßgeblich verantwortlich. Den Konzern führte zu Beginn der neunziger Jahre mit Gert Becker (Jahrgang 1933) noch ein Manager, der seit

73 Vgl. Fischler, Totengold; Roth, Hehler.
74 Vgl. bspw. Tagesthemen, 2.12.1997; Bild-Zeitung, 2.12.1997; tageszeitung, 2.12.1997.
75 Vgl. dpa, 2.12.1997; Degussa Presse-Information, 3.12.1997; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.1997; Neue Züricher Zeitung, 5.12.1997; Handelsblatt, 5.12.1997.
76 Exemplarisch Darmstädter Echo, 24.1.1997.
77 Vgl. Eizenstat, Gerechtigkeit, S. 213-237.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
seinem Eintritt in die Degussa 1954 als Lehrling noch bis Ende der siebziger Jahre unter der Ägide Hermann Schlossers geprägt worden war und damit eine stärkere Loyalität zu den ehemaligen Vorständen aus der NS-Zeit und dem traditionell-affirmativen Geschichtsbild der Degussa besaß. Als 1996 Becker den Vorstandsvorsitz nach zwanzig Jahren abgab, stand Ernst-Uwe Bufe (Jahrgang 1944) repräsentativ für eine dritte Generation im Konzern, die erst nach Schlossers Tod in den achtziger Jahren ihre Degussa-Laufbahnen begonnen hatte, anders sozialisiert worden war und sich nun dazu durchrang, so Bufe selbst, »die leidige Geschichte aufzuarbeiten«.[78] Zudem hatte die Degussa mit Michael Jansen nun einen Mann von außen in ihren Reihen, der aus der internationalen Politik kommend diesen neuen Ton nachhaltig verstärkte.

Die konkreten Entscheidungen zur Auftragsvergabe im Mai 1997, als auch die letzten Bedenkenträger im Vorstand für einen offenen Umgang mit der eigenen Vergangenheit votierten, wurden zudem von zwei Umständen beeinflusst. Zum einen hatte die Degussa Ignatz Bubis, der in der Nachkriegszeit durch seine berufliche Tätigkeit im Goldhandel Geschäftsbeziehungen zur Degussa unterhalten hatte, nun aufs Neue in seiner Funktion als Vorsitzender des Zentralrats der Juden kontaktiert, und Bubis stellte für die Degussa den Kontakt zum WJC her.[79] Da Bubis zugleich als Chefredakteur der *Jüdischen Allgemeinen Zeitung* auch die Meinungsbildung innerhalb der jüdischen Gemeinde beeinflussen konnte, war die Rolle Bubis' jedoch nicht unumstritten.[80] Zum anderen unterhielt die Degussa Kontakte zum Frankfurter Unternehmenshistoriker Toni Pierenkemper, der inzwischen an die Kölner Universität gewechselt war. Pierenkemper hatte mit Ralf Banken einen jungen promovierten Mitarbeiter, der während des Abschlusses seiner Promotion schon einmal für einen kurzen Zeitraum 1996 im Archiv der Degussa gearbeitet hatte, und als im Mai 1997 die Idee einer wissenschaftlichen Studie zum Goldhandel als Habilitationsschrift konkrete Gestalt annahm, übernahm Banken mit seiner Stelle am Kölner Lehrstuhl die Aufgabe. Der Vertrag, der dann im August 1997 geschlossen wurde, schloss jegliches Publikations- und Mitspracherecht für die Degussa aus und sah vor, dass die komplette Akteneinsicht auch für nachfolgende Forscher gewährleistet werden sollte. Als sich der inhaltliche Schwerpunkt der Studie in Reaktion auf die ersten Recherchen ein Jahr später verschob, waren Ausrichtungs- und Titeländerung allein die Entscheidung der Kölner Historiker. Die Degussa kam in den ersten zweieinhalb Jahren ausschließlich für Reise- und Sachkosten sowie eine studentische Hilfskraft auf, in den darauf folgenden zwei Jahren finanzierte sie Bankens Mitarbeiterstelle an der Kölner Universität, um in der letzten Phase wiederum nur die anfallenden Reise- und Sachkosten zu decken.[81]

78 Ernst-Uwe Bufe in einem Bericht des Hessischen Rundfunks, 4.2.1998.

79 Michael Jansen im Interview am 13.3.2012.

80 Vgl. die Berichterstattung in der Jüdischen Allgemeinen Zeitung, 29.5.1997. Kritisch zur Rolle Bubis' äußerte sich wiederum Hersch Fischler in: Junge Welt, 22.8.1997.

81 Zu den Finanzierungsmodalitäten Ralf Banken im Interview, 17.3.2012.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Als Michael Jansen im Juni 1997 auf der GUG-Tagung das Forschungsprojekt zum Goldhandel ankündigte, war bereits auf Vorstandsebene die Entscheidung gefallen, ebenso die komplette Geschichte der Degussa im Nationalsozialismus extern erforschen zu lassen. Auch der Vergabe dieses Auftrags war ein persönlicher Kontakt vorausgegangen. Der Historiker Peter Hayes hatte in den achtziger Jahren im Rahmen seiner Studie zur IG Farben in den Degussa-Archiven recherchiert und kannte die Archivleiterin Wolf, die ihn nach der GUG-Tagung direkt ansprach. Hayes verkörperte als US-Amerikaner wie Gerald D. Feldman oder Harold James den Idealtypus eines nicht-deutschen, renommierten Historikers, der nicht nur die geeigneten Fachqualifikationen mitbrachte, sondern auch einer kritischen Öffentlichkeit als unbefangen vorgestellt werden konnte. Im September 1997 einigten sich Jansen und Hayes über die Grundlagen der Zusammenarbeit. Neben den oben genannten Bedingungen einschließlich der uneingeschränkten Akteneinsicht, die auch Banken gestellt hatte, ließ sich Hayes vertraglich zusichern, dass er im Fall einer bewussten Verheimlichung von Beständen durch Archivmitarbeiter die Degussa nachträglich verklagen konnte. Ein wissenschaftlicher Beirat wurde von ihm ausgewählt, ebenso wie der Verleger des englischen und deutschen Buches.[82]

Der Vertrag mit Hayes wurde im März 1998 geschlossen, und als zeitgleich der neue Großaktionär der Degussa, die VEBA, eine Verschmelzung der eigenen Tochter Hüls mit der Degussa ankündigte, gehörte die wissenschaftliche Aufklärung der NS-Vergangenheit schon zum unternehmenskulturellen Standard der Degussa, so dass auch die Geschichte der Chemischen Werke Hüls in wissenschaftliche Hände gegeben wurde.[83] Das ist bemerkenswert, da in diesem Zeitraum verschiedene Gesetzesinitiativen in den USA angestoßen wurden, die die Geschäftstätigkeiten der Schweizer Banken auf dem amerikanischen Markt massiv einzuschränken drohten. Die millionenschweren Sammelklagen vor amerikanischen Gerichten gegen die Schweizer Banken waren weiterhin anhängig. Zudem formierte sich erstmals auch eine Sammelklage von ehemaligen Zwangsarbeitern in New Jersey gegen den Automobilkonzern Ford, bei dessen deutscher Tochter in Köln in der NS-Zeit Tausende zur Arbeit gezwungen worden waren. Obgleich in allen drei Forschungsprojekten der Degussa kein Publikationszeitpunkt vereinbart wurde, musste der Vorstand doch damit rechnen, dass die Studien auch Quellen für potentielle Klagen gegen das Unternehmen selbst hätten darstellen können. Insofern hatte der Faktor Zeit für die Degussa ambivalente Vektoren. Auf der einen Seite legitimierten die Aufträge als strategischer Puffer bis zur Publikation zurückhaltende Stellungnahmen der Degussa und zum Teil eingeschränkte Archivnutzung gegenüber Dritten. Insbesondere den Anfragen des öffentlichkeitswirksamsten Kritikers

82 Zu den Vertragsbedingungen und dem Projektprozess Peter Hayes im Interview, 25.3.2012. Vgl. auch Hayes, Degussa, S. 9-11.

83 Das Ergebnis war die Studie von Bernhard Lorentz und Paul Erker: Chemie und Politik. Die Geschichte der Chemischen Werke Hüls 1938-1979.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Degussa, Hersch Fischler, entledigte sich das Unternehmen unter Verweis auf die laufenden Forschungsprojekte.[84] Auf der anderen Seite erhöhten die Aufträge den Druck auf die Degussa, nicht nur ihrer NS-Vergangenheit selbstkritisch zu begegnen, sondern sich auch auf die daraus möglicherweise folgenden finanziellen Entschädigungsforderungen und die moralische Verantwortung vorzubereiten. Die öffentlich eingeforderte »Aufarbeitung« der Degussa war somit nicht mit der Vergabe der Forschungsaufträge erledigt. Vielmehr war sie Ausdruck und zugleich Triebkraft des Schlüsseljahrs 1997, das US-Staatssekretär Stuart Eizenstat auf der Londoner Goldkonferenz zum »Jahr der Enthüllungen« erklärt hatte.[85] Auch den Verantwortlichen der Degussa war bewusst, dass man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen konnte und weiterhin unter besonderer Beobachtung stand. Das 125. Firmenjubiläum der Degussa wurde daher im Frühjahr 1998 vergleichsweise prosaisch begangen, was aber auch an der bevorstehenden Fusion mit der Hüls AG lag. Die Festschrift konzentrierte sich auf eine Sammlung bedeutender »Forscher und Erfinder der Degussa«, ohne erst die gesamte Firmengeschichte nachzuzeichnen.[86] Die Geldmittel für die geplante große Feier wurden öffentlichkeitswirksam zu Spenden an die jüdische Gemeinde in Łódź und an Museen in Tel Aviv umdeklariert. Die große Aufregung um die Degussa war zwar vorerst vorüber. Vor dem Hintergrund der in den USA anhängenden Sammelklage wegen namenloser Konten, Versicherungspolicen und Gewinnen aus »Arisierungen« (im Juni war auch gegen die Deutsche Bank und die Dresdner Bank eine Sammelklage eingereicht worden) ahnte man, laut Michael Jansen, bei der Degussa jedoch, dass es nur eine Frage der Zeit sein sollte, bis die deutsche Wirtschaft auch mit dem Thema der Zwangsarbeiterentschädigung auf juristischer Ebene konfrontiert werden würde, und dass es einer »großen Lösung« bedurfte.[87] In diesem Sinne überführte die Degussa ihre Aktivitäten im Verlauf des Jahres in einen umfassenderen Prozess, der 1999 mit der »Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft« eine erste Form bekam und letztlich zur Gründung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« (EVZ) führte.

Die Forschungsaufträge der Degussa im Jahr 1997 waren symptomatisch für den Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit zu jener Zeit, in der wie nie zuvor über die NS-Vergangenheit offen gestritten wurde.[88] Ob im Kreis der Familie, in den Tageszeitungen oder im Deutschen Bundestag – die Beteiligung breiter Bevölkerungsteile an NS-Verbrechen wurde kontrovers diskutiert und jahrzehntelang gepflegte Selbstbilder wurden in Frage gestellt. Im Rahmen einer sich etablierenden opferzentrierten Erinnerungskultur, die Fragen nach Tätern nicht ausklammerte, begannen auch deutsche Konzerne auf medialen Druck hin, ihre Umgangsweisen mit der eigenen NS-Vergan-

84 Vgl. Junge Welt, 22.8.1997.
85 Handelsblatt, 5.12.1997.
86 Vgl. Degussa, Idee.
87 Michael Jansen im Interview, 12.3.2012.
88 Für andere Beispiele an Unternehmen in dieser Zeit vgl. S. 353 ff. dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
genheit zu überprüfen. Das Ende des Ost-West-Konflikts hatte den deutschen Unternehmensgeschichtsdiskurs um einigen ideologischen Ballast älterer Deutungsmuster erleichtert, und eine Riege jüngerer Manager schlug in den Vorstandsetagen der Großunternehmen einen neuen Ton an. Die Degussa in der Person von Michael Jansen stellte etwa den eigenen Denkprozess ganz öffentlich in den Kontext der parallel laufenden Wehrmachtsausstellungs- und Goldhagen-Debatte: »Wie gehen wir mit unserer Vergangenheit um? Das ist ja eine Frage, die sich fast jeder Deutsche stellen muss in Bezug auf seine eigene Familie oder in Bezug auf die Institution, in denen seine Vorfahren gearbeitet haben. Diese Frage müssen sich all die Soldaten stellen. Wie gehen wir mit unserer Vergangenheit um? Das ist ja auch Teil der öffentlichen Diskussion.«[89] Die Goldhagen-Debatte wirkte dabei in mehrfacher Hinsicht auf die Degussa zurück. Wenn etwa der Vorstandsvorsitzende Ernst-Uwe Bufe in Interviews mit der Formulierung konfrontiert wurde wie jene, die Degussa sei »mehr als nur ein williger Vollstrecker des NS-Regimes« gewesen, dann nahm er durchaus auch für sich und seine Kollegen jenen Distinktionsgewinn der Nachfahrengeneration in Anspruch, der mitunter die Goldhagen-Debatte bestimmt hatte: Die Geschichte des Unternehmens, die nicht seine eigene war, müsse jetzt »aufgearbeitet« werden.[90] Die Forschungsaufträge waren dabei das entscheidende Mittel, um die ausufernden Wellen der medialen Skandalisierung wieder einzudämmen und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Die drohenden juristischen Auseinandersetzungen waren sicherlich ein Faktor für die Verhaltensänderung bei der Degussa. Entscheidender war aber der enorme öffentliche Druck, unter dem eine jüngere Generation an Top-Managern in kürzester Zeit die fest etablierten Selbstbeschreibungsnarrative der Degussa-Jahre 1933 bis 1945 aufzuweichen bereit war und einschwenkte in den sich durchsetzenden Erinnerungsdiskurs im Zeichen des Holocausts. Das Bekenntnis zur Vergangenheit verbunden mit dem Willen, »humanitäre Hilfe« zu leisten, um zugleich jegliche individuellen Rechtsansprüche auf Entschädigung von sich zu weisen – diese Strategie war zwar nicht neu. Neu war jedoch die breite öffentliche Erwartungshaltung gegenüber der Gesamtheit der deutschen Unternehmen, die sich Ende der neunziger Jahre wie die Degussa den veränderten geschichtskulturellen Rahmenbedingungen anzupassen begannen. Kurzum: Unternehmensspezifische Forschungsaufträge und gemeinsame Verhandlungen in der Entschädigungsfrage waren fortan die beiden Strategien, mit denen deutsche Unternehmen in unterschiedlicher Stärke auf den politisch-öffentlichen Druck mit ökonomischen Konsequenzen zu reagieren versuchten.[91]

89 Michael Jansen im ORB-Interview, 23.5.1997.
90 Vgl. die hr-Sendung *trends*, 4.2.1998.
91 Zu dieser zweifachen Strategie vgl. Schanetzky, Distanzierung, S. 129.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

5.3 Zwangsarbeiterentschädigung und Kollektivlösungen

Auf den Problemkomplex der Zwangsarbeiterentschädigung hatte das Ende des Ost-West-Konflikts zunächst paradoxe Auswirkungen. Auf der einen Seite bedeutete die Vereinigung Deutschlands, wie oben beschrieben, die Rückkehr der Wiedergutmachungsfrage und die plötzliche Infragestellung der jahrelangen Kategorisierung von Zwangsarbeit als Kriegsfolge, deren Wiedergutmachung (d. h. Reparationen) durch das Londoner Schuldenabkommen vermeintlich auf ewig aufgeschoben worden war. Der Fall des Eisernen Vorhangs ließ nun schlagartig jene ehemaligen Opfer von NS-Verfolgung hervortreten, die jahrzehntelang keine Möglichkeit besessen hatten, ihren Ansprüchen Gehör zu verschaffen. Auf der anderen Seite bedeuteten eben diese Internationalisierung der Entschädigungsfrage und die Multiplizierung der verschiedenen Anspruchsteller eine eklatante Schwächung der Entschädigungsaktivisten in Deutschland, die es in den späten achtziger Jahren geschafft hatten, NS-Zwangsarbeit als eigenständiges Problem im bundesrepublikanischen Entschädigungsdiskurs um »vergessene Opfer« zu etablieren.[92] Während die lokalen Fürsprecher der Zwangsarbeiter, die Opfervertreter und die Verfolgten selbst sich auf internationaler Ebene langsam zu vernetzen begannen, überformte zunächst die Wiedergutmachungspolitik der Regierung Kohl die neu entstandene, brisante Lage mit ihren bewährten Mitteln der Globalabkommen und der Einrichtung von Stiftungen in den jeweiligen Ländern des ehemaligen Ostblocks.

Für die deutschen Unternehmen wäre es die pragmatischste Lösung gewesen, sich kurzerhand an der finanziellen Ausstattung der Stiftungen zu beteiligen und sich damit gegenüber etwaigen Forderungen zu positionieren. Der Großteil der deutschen Unternehmen schaltete jedoch in der Sache weiterhin auf stur. Jene Unternehmen, die wie Daimler-Benz bereits eine Pauschalzahlung geleistet hatten, bezeichneten die »Aufarbeitung der materiellen Fragen als abgeschlossen« und pochten auf ihr Bekenntnis zur »moralischen Verantwortung« für die Geschichte.[93] Andere Unternehmen wie etwa Siemens, die bislang keine finanziellen Leistungen erbracht hatten, zogen sich auf den traditionellen Standpunkt zurück, der Konzern habe die Zwangsarbeiter »nicht freiwillig genommen« und sich an ihnen auch »nicht ungerechtfertigt bereichert«.[94] Noch wähnten sich die Unternehmen auf gesichertem Terrain und hielten standhaft an ihren Argumenten fest. Die Bereitstellung größerer Beträge, wie dies Volkswagen im Jahr 1991 zur Förderung von sozialen Einrichtungen in Israel und im ehemaligen Ostblock getan hatte, blieb die Ausnahme.

92 Für die Phase der Auseinandersetzung in den den frühen neunziger Jahren vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 191-244 (insbesondere S. 199, 216, 225).

93 Vgl. etwa MBCA, Woriescheck, 37, Presse-Information, 26.5.1994, S. 3.

94 Ein Konzernsprecher der Siemens AG zitiert nach Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 236.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Das Ende des Ost-West-Konflikts hatte jedoch auch auf die globale Ökonomie einen entscheidenden Einfluss und veränderte die Kontextbedingungen des Wirtschaftens für die deutschen Unternehmen nachhaltig – was sich schließlich auch auf die Frage des Umgangs mit der NS-Vergangenheit auswirken sollte.[95] Die neunziger Jahre führten zu einer Verstärkung jener Prozesse der Weltwirtschaft, die bereits in den Jahrzehnten zuvor langsam an Fahrt aufgenommen hatten und alsbald als Globalisierung der Wirtschaft beschrieben und diskutiert wurden. Die Ausweitung des grenzüberschreitenden Waren- und Kapitalverkehrs, die Zunahme an Migrationsbewegungen, die Steigerung der Transportvolumen von Personen und Gütern im Automobil-, Zug-, See- und Flugverkehr, die dichter werdende Vernetzung durch verbesserte Kommunikationstechnologien und nicht zuletzt der Aufstieg des Computers im beginnenden Internetzeitalter – all das waren Anzeichen einer Beschleunigung und Intensivierung weltweiter Interaktion, die sich bei Weitem nicht nur auf den Bereich der Wirtschaft beschränkten. Eine wesentliche Triebkraft der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung in den neunziger Jahren war die systematische Liberalisierungspolitik, die insbesondere durch internationale Organisationen, namentlich die Weltbank, den Internationalen Währungsfonds und die Welthandelsorganisation durchgesetzt wurde. Der programmatisch geförderte Abbau von Handelshemmnissen und der zeitgleiche Aufstieg von multinationalen Konzernen verschob das Machtverhältnis zwischen Staaten und Märkten zugunsten Letzterer nachhaltig. Für die deutschen Unternehmen gewann darüber hinaus die Herausbildung eines neuen »Finanzmarkt-Kapitalismus«[96] entscheidende Bedeutung. Die politischen Initiativen zur Deregulierung der Finanzmärkte und innovative computergestützte Handelsmethoden schufen die Voraussetzungen für ein schnell wachsendes Geschäftsfeld von Investition und Finanzierung, das sich von den realökonomischen Verhältnissen zu lösen begann. Für die deutschen Unternehmen schuf diese Entwicklung neue Finanzierungsmöglichkeiten. Hatte die Mehrzahl (ca. 80 Prozent) der Unternehmen in Deutschland ihre Geschäftstätigkeiten in den achtziger Jahren noch mit thesaurierten Gewinnen und Bankenkrediten vorfinanziert, so begannen in den neunziger Jahren immer mehr Unternehmen (am Ende ca. 50 Prozent) durch die Ausgabe von Aktien den Großteil des benötigten Kapitals einzuwerben. Tim Schanetzky hat den daraus resultierenden »grundlegenden institutionellen Wandel« so beschrieben: »Das traditionelle System der Selbstfinanzierung hatte den Vorteil großer Autonomie gehabt, und im typischen Netzwerk der über Kapitalbeteiligungen und Kreditbeziehungen eng miteinander verflochtenen Großbanken und Industrieunternehmen waren Vorstände und Aufsichtsräte kaum externer Kontrolle ausgesetzt gewesen.« Die neuen Finanzierungsmethoden über die internationalen Kapi-

95 Die folgende Darstellung nach Schanetzky, Distanzierung, S. 123-126. Grundlegend Osterhammel/Petersson, Globalisierung.

96 Vgl. Windolf, Finanzmarkt-Kapitalismus.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
talmärkte stellten, so Schanetzky, die Zusammenarbeit der alten »Deutschland AG« grundsätzlich in Frage. Fortan sahen sich deutsche Konzerne gezwungen, sich verstärkt einer »globalen Öffentlichkeit zu unterwerfen«.[97] Insbesondere in den USA saßen die großen Ratingagenturen und finanzstarke institutionelle Anleger, von denen deutsche Konzerne in ihren Finanzierungsmöglichkeiten zunehmend abhängig wurden. Die USA gewannen in den neunziger Jahren aber nicht nur als Geldgeber, sondern auch als traditioneller Exportmarkt für deutsche Konzerne weitere Bedeutung. Die gute wirtschaftliche Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft und der schwache US-Dollar waren Mitte der neunziger Jahre für viele deutsche Großunternehmen ein starker Anreiz, auf dem US-Markt einzusteigen und sich nach möglichen Firmenkäufen umzusehen. Das Volumen der Direktinvestitionen deutscher Unternehmen stieg in den folgenden Jahren auf ein Vielfaches dessen, was sie noch Anfang des Jahrzehnts im Ausland investiert hatten. Während das europäische Umfeld der bevorzugte Investitionsraum war und blieb, bildete das Jahr 1998 die Ausnahme, in dem gut 40 Milliarden Euro und damit fast die Hälfte aller Direktinvestitionen in die USA flossen.[98] In anderen Worten: In den neunziger Jahren veränderten sich die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens für die deutschen Großunternehmen nachhaltig. Die alte »Deutschland AG« diffundierte zunehmend über die nationalen Grenzen hinaus. Neue Finanzierungs- und Investitionsmöglichkeiten insbesondere in den USA versprachen enormes Potential. Gleichzeitig erhöhten sie die Abhängigkeit der Konzerne gegenüber der amerikanischen Politik und Öffentlichkeit. Die gestiegene Verwundbarkeit in den Reihen der deutschen Wirtschaft zeigte sich nicht zuletzt im Umgang mit der NS-Vergangenheit.

Erste US-Klagen und erste Individualentschädigungen

Die erste Zündstufe der Eskalation in der Frage der Zwangsarbeiterentschädigung war die Klage des ehemaligen Zwangsarbeiters und jüdischen US-Staatsbürgers Hugo Princz. Die Klage deutete bereits den Hebel an – eine starke jüdische Interessenorganisation, unterstützt durch politische Initiativen in Washington, verstärkt durch eine gezielte Medienkampagne in der amerikanischen Öffentlichkeit –, der letztlich auch ein paar Jahre später die gesamte deutsche Wirtschaft in Bewegung setzte. Princz, der als Sohn eines Amerikaners in der Tschechoslowakei geboren worden war, war mit seiner gesamten Familie in die nationalsozialistischen Vernichtungslager deportiert worden. Während Princz als KZ-Häftling in Auschwitz und später Dachau zum Arbeitseinsatz im IG Werk Auschwitz-Monowitz bzw. beim Flugzeughersteller Messerschmitt gezwungen worden war, wurden alle anderen Familienmitglieder in Treblinka und Majdanek ermordet. Seit den fünfziger Jahren hatte Princz versucht, über

97 Schanetzky, Distanzierung, S. 124 f.
98 Zahlen bei ebd., S. 125 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die gesetzlichen Regelungen der Bundesrepublik Entschädigungszahlungen zu erlangen, aber seine amerikanische Staatsbürgerschaft ließ ihn durch alle Raster des BEG fallen. Anfang der neunziger Jahre klagte er schließlich direkt gegen die Bundesrepublik, die Klage wurde jedoch vom Obersten Gerichtshof der USA aufgrund der völkerrechtlichen Staatenimmunität zurückgewiesen. Daraufhin richtete er seine Ansprüche an die deutschen Unternehmen, für die er einst hatte arbeiten müssen. Konkret verklagte Princz 1995 die Konzerne Bayer, Hoechst und BASF als Nachfolgeunternehmen der IG Farben bzw. Daimler-Benz, unter dessen Konzerndach inzwischen die Messerschmitt AG als Teil der übernommenen MBB aufgegangen war, auf einen Schadensersatz in Höhe von 26 Millionen US-Dollar und einen zusätzlichen Strafschadensersatz (*punative damages*) in Höhe von 210 Millionen US-Dollar.

Bei Daimler-Benz erfuhr man im März zunächst aus der Zeitung von der drohenden Klage, und Manfred Gentz reichte einen entsprechenden Zeitungsartikel an seine Mitarbeiter weiter mit dem Kommentar: »déjà vue?«.[99] Der Rechtsabteilung von Daimler-Benz waren im selben Zeitraum Unterlagen über den Fall Princz zugespielt worden, die zu einer Alarmstimmung unter den Juristen führten. Aus juristischer Sicht schien der Fall zwar erfolgreich lösbar, aber das Zurückziehen auf die rein rechtliche Argumentation würde den Fall in der Öffentlichkeit nicht erledigen. Wenn Princz, so resümierte ein erstes Gutachten, über die verschiedenen jüdischen Organisationen die Politik weiter interessieren und die Medien mobilisieren könne, würde sich der Vorgang als ein »gigantischer Erpressungsversuch« herausstellen.[100] Als einige Wochen später die offizielle Klageschrift zugestellt wurde, prüfte die Rechtsabteilung den genauen Sachverhalt und griff zuversichtlich auf die alten Abwehrargumente zurück. Die Verantwortlichkeit für Forderungen aus Zwangsarbeit sahen die Juristen bei der Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches, das »die Zwangsarbeit angeordnet und durchgeführt« habe. Zudem sei Daimler-Benz bzw. die DASA (MBB) nicht der unmittelbare Rechtsnachfolger der Messerschmitt AG. Nicht zuletzt glaubten sie belegen zu können, dass Princz gar nicht für den Flugzeughersteller, sondern für eine zuarbeitende Baufirma eingesetzt worden sei. Vor diesem Hintergrund zeigte sich die Rechtsabteilung optimistisch, Daimler-Benz »mit Erfolg verteidigen zu können«, und gab grundsätzlich die Empfehlung ab, sich trotz der in der Öffentlichkeit schwer vermittelbaren Rechtslage der Klage zu stellen. Alles andere würde ein Präjudiz für die »früher wirklich bei uns beschäftigten Zwangsarbeiter« darstellen und die Bundesregierung müsse an ihre Verantwortung zur Lösung des Falles erinnert werden.[101] Der öffentliche Druck nahm jedoch alsbald dermaßen zu, dass sich nicht nur Daimler-Benz, sondern auch die IG Farben-Nachfolger, die sich ursprünglich ebenfalls auf die Nachkriegsgesetzgebung berufen wollten,

99 Die Artikel der Stuttgarter Zeitung vom 4.3.1995 in MBCA, Woriescheck, 37.
100 MBCA, Woriescheck, 41, Vermerk Schwung, 24.2.1995, S. 2.
101 MBCA, Woriescheck, 41, Vermerk Solms Wittig, 23.6.1995.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zum Einlenken genötigt sahen. Unterstützt durch ein großes Anwaltsbüro, jüdische Verbände sowie Senatoren und Abgeordnete im US-Kongress, wusste Princz seinen Fall öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Selbst US-Präsident Clinton und Secretary of State Warren Christopher sprachen sich gegenüber Bundeskanzler Kohl und seinem Außenminister Kinkel für eine Regelung des Falls Princz aus. Princz wurde nicht nur in den amerikanischen Medien zur Symbolfigur für die rigorose Haltung der Bundesrepublik gegenüber ehemaligen Zwangsarbeitern.[102] Auch die deutschen Medien griffen seine Geschichte auf und stellten sein Schicksal als »endlose Strafe« dar, dem nun Gerechtigkeit widerfahren müsse.[103] Princz nutzte seine Medienpräsenz und schrieb öffentliche Briefe an die Bundesregierung. Wenngleich die Beamten im Bundesfinanzministerium an einer harten Linie festhalten wollten, ließ Bundeskanzler Kohl nun widerwillig verlautbaren, dass auch er an einer »pragmatischen Lösung« interessiert sei. Letztlich orientierte sich diese Lösung an den unlängst geschlossenen Globalabkommen mit den postsowjetischen Staaten, und die Bundesregierung einigte sich im September mit der US-Regierung auf eine Einmalzahlung von 3,1 Millionen US-Dollar für die kleine Anzahl an Personen, die zum Zeitpunkt der Verfolgung die amerikanische Staatsbürgerschaft besessen hatten. Da das Geld nicht direkt an die NS-Verfolgten ging, sondern wie in den anderen Globalabkommen auch an intermediäre Institutionen, konnte die Kohl-Regierung zumindest vordergründig an ihrer Formulierung festhalten, dass sie grundsätzlich keine Reparationsforderungen befriedige. Zur gleichen Zeit erzielten die Rechtsanwälte der vier beklagten Unternehmen mit Hugo Princz eine Vereinbarung, die Princz eine Zahlung von 800.000 US-Dollar für die Rücknahme seiner Klage zusicherte. Das Geld wurde über das American Jewish Committee transferiert, und alle Parteien verpflichteten sich zu Stillschweigen über die Vertragsmodalitäten.[104] Die Einigung schlug hohe Wellen in der Presse.[105] Auch wenn die konkreten Summen nicht bekannt waren, machte es doch den Klassenunterschied zwischen den Anspruchstellern aus dem Osten gegenüber denjenigen aus dem Westen offenkundig. Mit dementsprechenden öffentlichen und politischen Druck waren Unternehmen eben doch bereit zu zahlen. Im konkreten Fall bei Daimler-Benz war das Gefälle besonders groß bzw. zeigte sich der Doppelstandard des Unternehmens. Die ehemaligen polnischen und ungarischen Zwangsarbeiterinnen aus dem Werk Genshagen, die sich seit Jahren in Briefen an Daimler-Benz wandten und um eine Aufstockung ihrer Rente baten, wurden bei allen »versöhnlichen Gesten« letztlich mit warmen Worten abgespeist. Wohingegen Princz mit den entspre-

102 Vgl. etwa People, 15.5.1995.
103 Vgl. Die Zeit, 28.2.1995; Der Spiegel, 13.3.1995 (Zitat).
104 MBCA, Woriescheck, 41, Solms Wittig an Jürgen Schrempp und Manfred Gentz, 4.9.1995; Memorandum of Understanding between American Jewisch Committee and BASF AG and Hoechst AG and Bayer AG and Daimler-Benz AG, 12.9.1995.
105 Vgl. etwa Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.9.1995 (»Chemiekonzerne und Daimler zahlen«).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
chenden juristischen Mitteln, einer gut vernetzten Interessenvertretung in der US-Politik und einer medialen Begleitkampagne am Ende 200.000 US-Dollar von Daimler-Benz erhielt. Daimler-Benz und die anderen drei Unternehmen waren vorerst mit einem blauen Auge davongekommen. In der offiziellen Pressemitteilung konnten sie weiterhin darauf bestehen, dass sie »nicht verantwortlich gegenüber Opfern nationalsozialistischer Verfolgung« seien, und die Zahlung wurde verklausuliert als »gemeinsamer Beitrag« an das American Jewish Committee zum Zustandekommen des deutsch-amerikanischen Regierungsabkommens dargestellt.[106] In der internen Kommunikationsleitlinie hielt Daimler-Benz weiterhin an dem neuen Selbstbild fest: Mit der Bereitstellung von 20 Millionen DM als »humanitäre Geste« im Jahr 1988 sei die Aufarbeitung der materiellen Fragen abgeschlossen. Durch den Forschungsauftrag und die Veröffentlichung der Ergebnisse sei ganz bewusst ein Bekenntnis zur Verantwortung für die Firmengeschichte abgegeben worden. Damit sei Daimler-Benz eines der ersten Unternehmen in Deutschland gewesen, das »die Mauer des Schweigens der Nachkriegsjahre durchbrochen« habe.[107] An diesem unternehmensgeschichtspolitischen Erfolgsnarrativ konnte vorerst auch der Fall Hugo Princz nur kratzen.

Die Klage von Hugo Princz war im Jahr 1995 der Auftakt für eine neue Phase der entschädigungspolitischen Auseinandersetzung, die nun aus unterschiedlichen Richtungen neue Impulse erfuhr.[108] Kaum war der Streitfall Princz außergerichtlich beigelegt worden, reichte im Sommer 1986 mit Henry David Fishel ein weiterer ehemaliger Zwangsarbeiter vor einem amerikanischen Bezirksgericht Klage gegen die vier Unternehmen und zusätzlich gegen den Krupp-Konzern ein. Dieses Mal bestanden die Rechtsabteilungen der beklagten Konzerne allerdings auf ihrem juristischen Standpunkt und forderten die Bundesregierung auf, im Sinne des vereinbarten Regierungsabkommens zu intervenieren. Tatsächlich wies das zuständige Bezirksgericht Iowa zwei Jahre später die Klage ab und folgte, wie die Konzernjustiziare zufrieden feststellten, ihrer Rechtsauffassung der fehlenden Gerichtszuständigkeit.[109] Fishels Manko war nicht zuletzt, dass er nicht so gut vernetzt wie Princz war und dass in jener Phase die öffentliche Aufmerksamkeit primär den Schweizer Banken und der Raubgold-Debatte galt. Der Umstand, dass die mediale Berichterstattung wie oben dargestellt grundsätzlich hohe Wellen schlug und weitestgehend unternehmenskritisch war, signalisierte den Vorständen der deutschen Großunternehmen jedoch, dass das öffentliche Interesse an der NS-Vergangenheit von Unternehmen noch lange nicht erloschen war. Darüber hinaus schufen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts im Mai 1996 bzw. des Landgerichts Bonn

106 MBCA, Woriescheck, 41, Standby-Press Release Bayer AG Leverkusen, 15.9.1995 (Übersetzung SB).
107 MBCA, Woriescheck, 41, Kommunikationsleitlinie »Hugo Princz«, 13.4.1995.
108 Vgl. dazu grundlegend Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 245-309.
109 Vgl. MBCA, Woriescheck, 41, Solms Wittig an Jürgen Schrempp und Manfred Gentz, 28.8.1996; Solms Wittig an Jürgen Schrempp und Manfred Gentz, 17.3.1998.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ein Jahr später neue Verunsicherung in den Reihen der deutschen Wirtschaft. Das BVerG hatte ausdrücklich festgestellt, dass es dem deutschen Gesetzgeber unbenommen sei, individuelle Entschädigungsregelungen für NS-Verfolgte zu erlassen. Das LG Bonn verurteilte die Bundesrepublik zur Zahlung an eine bislang nicht entschädigte Klägerin und entschied damit, dass die Schutzwirkung des Londoner Schuldenabkommens gegen individuelle Entschädigungsforderungen spätestens mit dem abgeschlossenen Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht mehr gelte.[110] Während sich die Interessengruppen ehemaliger Zwangsarbeiter und ihre Fürsprecher auf internationaler Ebene zu vernetzten begannen, kam es auch im Deutschen Bundestag zu neuen parlamentarischen Initiativen der Grünen, die ihre alten Pläne zur Entschädigung von NS-Verfolgten jetzt mit dem dezidierten Fokus auf Zwangsarbeit wieder aufgriffen.

Die Klage von Hugo Princz hatte nicht zuletzt das erfolgreiche Drohpotential des amerikanischen Justizsystems aufgezeigt, und große Anwaltskanzleien betraten nun die entschädigungspolitische Bühne. Auch wenn die Klage von Fishel abgewiesen wurde, so zeugten doch die milliardenschweren Sammelklagen gegen die Schweizer Banken und europäische Versicherungsgesellschaften die gewaltige Hebelwirkung der juristischen Instrumente. Zuvor unbekannte Rechtsanwälte wie Edward Fagan spezialisierten sich in den USA nun auf Streitfälle von Holocaust-Überlebenden und avancierten zu wichtigen Protagonisten der Auseinandersetzung, was die jüdischen Interessenverbände mit Misstrauen beobachteten, weil sie ihren Vertretungsanspruch untergraben wähnten.[111] Nachdem die UBS und die Crédit Suisse im August 1998 einem Vergleich in der Höhe von 1,25 Milliarden US-Dollar zugestimmt hatten, musste auch dem letzten Vorstandschef in Deutschland klar werden, welche gewaltigen Summen die juristischen Sammelklagen beinhalteten und welch enormes Geschäftsrisiko die eigene unerledigte Firmengeschichte barg. In den Reihen der deutschen Wirtschaft mochte daher eine entscheidende Frage bewegt worden sein, die zu jener Zeit die *taz* formulierte: »Kann die Waffe, derer sich die Opfer des Holocausts in den USA legitimer Weise bedienten, auch gegenüber Unternehmen der Bundesrepublik eingesetzt werden, die sich an der nazistischen Vernichtungspolitik bereicherten: Durch ›Arisierung‹, durch die Ausbeutung der Zwangsarbeiter, durch den Handel mit Raubgold?«[112] Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten, und die amerikanischen Klägeranwälte mischten mit Verve den Diskurs über die Vergangenheit deutscher Konzerne auf.

Die Degussa war eines der ersten deutschen Unternehmen, das von dieser neuen Dynamik ergriffen wurde und an deren Beispiel dieser Prozess nachvollzogen werden kann. Nachdem das Thema »Raubgold« für die Degussa Anfang

110 Vgl. Adamheit, Entschädigung, S. 299-323 bzw. 429-435.

111 Zur Rolle der amerikanischen Klägeranwälte und ihrer deutschen Partner vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 260-268.

112 tageszeitung, 14.8.1998, zitiert nach Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 263.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
des Jahres 1998 vorerst überstanden zu sein schien, bahnten sich nun weitere Probleme mit der NS-Vergangenheit an, wobei insbesondere das Thema Zwangsarbeit an Brisanz gewann. Anlässlich des Jahrestags der Befreiung des KZ Auschwitz erinnerten Entschädigungsaktivisten im Januar an die bislang ausgebliebenen Zahlungen von deutschen Unternehmen wie Siemens, den IG Farben-Nachfolgefirmen und eben der Degussa.[113] Im Zuge des 125. Firmenjubiläums entschloss sich der Vorstand, an eine kleine Gruppe ehemaliger polnischer Zwangsarbeiter, die direkten Kontakt zur Degussa gesucht hatte, individuelle Geldbeträge als »humanitäre Geste« (nicht als »Entschädigung«) zu zahlen. Die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung war auch im Vorstand der Degussa, der inzwischen von einer jüngeren Generation von Managern geprägt war, die ihre Karrieren nicht mehr der alten Riege um Hermann Schlosser verdankten, als moralisches Problem jenseits der juristischen Winkelzüge begriffen worden.[114] Und der juristische Druck nahm jetzt zu. Insbesondere der amerikanische Anwalt Edward Fagan nahm nun die deutschen Unternehmen ins Visier. Eine Woche nach dem erfolgreichen Abschluss des Milliardenvergleichs zwischen den Schweizer Banken und dem WJC reichte Fagen eine Sammelklage gegen die Degussa vor dem Bezirksgericht Newark im US-Bundesstaat New Jersey ein, wo die US-Tochter der Degussa ihren Sitz in Ridgefield Park hatte. Während die eigentliche Streitsumme vorerst unklar blieb, lancierte Fagen über die Presse, dass er als Kompensation das komplette Unternehmensvermögen der Degussa forderte, und rief zum Boykott ihrer Produkte auf.[115] Kurzfristig konnte die Degussa nur per Pressemitteilung auf die laufenden Forschungsarbeiten und die Unterstützung von jüdischen Einrichtungen verweisen.[116] Im November folgte eine weitere Sammelklage gegen die Degussa durch die andere inzwischen prominente Anwaltskanzlei von Melvyn Weiss vor demselben Gerichtshof. Damit war die Degussa nun mit einer ganzen Reihe an Aspekten ihrer NS-Vergangenheit konfrontiert. Die Kläger traten vor Gericht als *class* auf, die alle »Holocaust-Opfer und -Überlebende sowie ihre Erben« repräsentiere, die durch die »freiwillige Beteiligung« der Degussa an NS-Verfolgungspraktiken geschädigt worden seien: dem Raub von Vermögensgegenständen in Konzentrationslagern; der Ausbeutung durch Zwangsarbeit; der Ermordung durch Zyklon B.[117]

Und die Degussa blieb nicht das einzige Ziel der amerikanischen Klägeranwälte. Im Fokus standen zu Beginn vor allem jene Unternehmen, deren NS-Vergangenheit bereits Gegenstand von Prozessen gewesen war (etwa Bayer als IG Farben-Nachfolger), die schon Forschungsergebnisse zur eigenen NS-Zeit veröffentlicht bzw. in Aussicht gestellt hatten (wie die Deutsche Bank

113 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.1.1998.
114 Michael Jansen im Interview, 12.3.2012.
115 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.8.1998.
116 Vgl. Presse-Information Degussa, 22.8.1998.
117 Zur Klage vgl. Burger-Fischer vs. Degussa AG, URL: http://www.leagle.com/decision/199931365FSupp2d248_1298 (zuletzt abgerufen 1.5.2015), Übersetzung SB.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bzw. die Degussa) oder größere Geldbeträge gezahlt hatten (wie zum Beispiel Daimler-Benz) – die also mit ihrer NS-Vergangenheit auf die eine oder andere Weise bereits exponiert waren und über die verwertbares Aktenmaterial leicht verfügbar war. Die Zahl der eingereichten Sammelklagen wuchs nun sprunghaft an und nahm im Bild der »Klagewelle gegen deutsche Unternehmen«[118] bedrohliche Züge an. In den folgenden Wochen wurden weitere Klagen gegen die großen Namen der deutschen Industrie vor verschiedenen amerikanischen Gerichtshöfen eingereicht. Bis zum Ende des folgenden Jahres war allein die Degussa Gegenstand von fünf Sammelklagen, gegen DaimlerChrysler waren insgesamt zehn Klagen anhängig, die Deutsche Bank sah sich sogar mit zwölf Sammelklagen konfrontiert.[119] Mit der Vielzahl an Sammelklagen des Jahres 1998 lag nun ein breites Spektrum an Themen auf dem Tisch. Die Industrie sah sich mit ehemaligen Zwangsarbeitern konfrontiert; Versicherungen mussten sich rechtfertigen, was sie mit Policen von ermordeten Juden unternommen hatten; Banken standen wegen ihrer Beteiligung an »Arisierung« und Goldhandel in der Kritik. Die Sammelklagen gegen all diese Unternehmen liefen nun unter dem allgemeinen Schlagwort der Holocaust-Opfer. Den deutschen Unternehmen drohten Schadensersatzklagen in Milliardenhöhe, Imageeinbußen und mögliche Verbraucherboykotte in den USA.

Die Degussa versuchte sich trotz der Sammelklagen selbstbewusst zu präsentieren. Wirtschaftlich ging es dem Konzern zu diesem Zeitpunkt prächtig und der Vorstand konnte das vierte Jahr in Folge wachsende Rekordgewinne ausweisen. Im Rahmen der außerordentlichen Hauptversammlung, auf der der Zusammenschluss mit der Hüls AG beschlossen werden sollte, gab es nur wenige Stimmen, die vor den potentiellen Auswirkungen des Rechtsstreits für den Konzern warnten. Der Vorstandsvorsitzende der Degussa zeigte sich zuversichtlich: Im Unternehmensarchiv werteten derzeit ein amerikanischer und ein deutscher Historiker die Firmenunterlagen aus der NS-Zeit aus. Dem Prozess in den USA sehe man gelassen entgegen, die Klagen seien »substanzlos«, Rückstellungen für eventuelle Kosten aus den Sammelklagen habe das Unternehmen nicht gebildet.[120]

Andere deutsche Konzerne mussten hingegen befürchten, durch die im Herbst eingereichten Sammelklagen in ihrer Geschäftstätigkeit eingeschränkt zu werden. Daimler-Benz stand seit Anfang des Jahres in Verhandlung mit der amerikanischen Chrysler Corporation über die größte Unternehmensfusion in der Automobilbranche. Die Wettbewerbsbehörden in Europa und in den USA

118 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.9.1998.

119 Die meisten Sammelklagen richteten sich dabei in der Regel gegen mehrere Unternehmen gleichzeitig. Für eine Übersicht vgl. den Anhang C und D »Liste anhängiger Klagen« der »Gemeinsamen Erklärung anlässlich des abschließenden Plenums zur Beendigung der internationalen Gespräche über die Vorbereitung der Stiftung ›Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‹«, 17.7.2000. URL: http://germany.usembassy.gov/germany/img/assets/8497/js_annexc.pdf (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

120 Vgl. Handelsblatt, 16.12.1998; Berliner Zeitung, 6.1.1999 (Zitat Uwe-Ernst Bufe).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
hatten dem Zusammenschluss im Sommer bereits zugestimmt. Im September stand nun die noch fehlende Zustimmung der jeweiligen Aktionäre auf den außerordentlichen Hauptversammlungen an. Ähnliches galt für die Deutsche Bank, die im Jahr 1998 die Übernahme der US-Bank Bankers Trust plante, um die schwache Position auf dem amerikanischen Markt auszubauen und mit den großen US-Finanzinstituten konkurrieren zu können. Die *Süddeutsche Zeitung* titelte angesichts der Vielzahl an Plänen deutscher Unternehmen in den USA ganz richtig: »Holocaust-Klagen als größte Hürde«.[121]

Angesichts der zivilrechtlichen Klagen vor deutschen Gerichten bzw. der großen Sammelklagen vor US-Gerichtshöfen und des anhaltenden öffentlichen Interesses, dass das Image der deutschen Konzerne in Mitleidenschaft zu ziehen drohte, versuchten einzelne Konzerne unternehmensspezifische Lösungen zu finden. Bislang hatten in der Kritik stehende Konzerne wie Daimler-Benz ihre zur Verfügung gestellten Millionenbeträge als »symbolische Geste« bezeichnet und eine individuelle Entschädigung vermieden. Oder sie hatten wir die Degussa unter der Hand und ohne großes Aufsehen direkt an überschaubare Gruppen von Betroffenen kleinere Summen gezahlt.[122] Im Herbst 1998 versuchte nun der VW-Konzern einen Alleingang anderer Art und kündigte einen »Hilfsfonds« über 20 Millionen DM an, aus dem zum ersten Mal alle ehemaligen Zwangsarbeiter des Konzerns individuell und direkt Zahlungen erhalten sollten. Volkswagen hoffte auf diese Weise ein zivilrechtliches Verfahren von früheren jüdischen Zwangsarbeitern abzuwenden und betonte nun die »historischen und moralischen Verpflichtungen gegenüber Zwangsarbeitern«. Einen ähnlichen Weg mit einem Fonds in gleicher Höhe versuchte auch die Siemens AG einzuschlagen.[123] Allein: Alle unternehmensspezifischen Lösungsversuche konnten nicht verhindern, dass die Klagewelle an Kraft gewann bzw. dass die Unternehmen in den negativen Schlagzeilen blieben.

Stiftungslösungen und Deutungshoheiten

Der Weg der deutschen Unternehmen zu einem kollektiven Lösungsversuch der Zwangsarbeiterentschädigung und die Auseinandersetzung um deren Umsetzung ist im Nachhinein von ihren prägenden Protagonisten beschrieben worden, die bis in die Gegenwart hinein um die Deutungshoheit über die Ereignisse konkurrieren. Zum einen sind das die Erzählweisen aus der Perspektive der Wirtschaft, die die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) als Ergebnis eines langen Prozesses darstellen, in dem sich die deutschen Unternehmen ihrer Geschichte gestellt haben und ihrer Verantwor-

121 Süddeutsche Zeitung, 1.12.1998.

122 Weitere Unternehmen, die diese Strategien verfolgt hatten, waren die Hamburgischen Elektricitätswerke, BASF, Bayer, Hoechst, Dresdner Bank und Diehl, vgl. Spoerer, Zwangsarbeit.

123 Zur Besonderheit dieser Fonds in der langen Linie des entschädigungspolitischen Diskurses in Deutschland vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 297.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

tung bewusst geworden sind.[124] Demgegenüber sieht der ehemalige Sondergesandte der US-Regierung Stuart Eizenstat naturgemäß die treibende Kraft im Bemühen um eine Globallösung in der amerikanischen Politik, die sich für die Überlebenden eingesetzt und dem deutschen Staat sowie der deutschen Wirtschaft einen größtmöglichen Entschädigungsbeitrag zu einer »unvollkommenen Gerechtigkeit« abgetrotzt habe.[125] Dazwischen stehen ausgewogenere Darstellungen wie die von Lutz Niethammer, der als wissenschaftlicher Berater der Bundesregierung die Verhandlungen unterstützt und diese nachträglich als ambivalente Erfolgsgeschichte zwischen Interessenkollision und Annäherung an eine »beschädigte Gerechtigkeit« beschrieben hat.[126] Letztlich lässt sich mit etwas zeitlicher Distanz feststellen, dass es ein Zusammenspiel unterschiedlicher Faktoren war, die das Gros der deutschen Unternehmen dazu bewegt haben, sich zu einer gemeinsamen Entschädigungslösung zusammenzufinden. Die wichtigsten Faktoren waren dabei die oben beschriebenen veränderten ökonomischen und geschichtskulturellen Rahmenbedingungen und die neue Dynamik auf nationaler und internationaler Ebene.[127] Ein Blick auf die öffentlichen Verlautbarungen der Unternehmen und die Äußerungen der beteiligten Konzernvorstände zeigt dabei, dass es bemerkenswerte Brüche im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen, aber auch subtile Kontinuitäten gab.

Bei der Degussa ahnte man auf Vorstandsebene laut Michael Jansen bereits im Frühjahr 1998, dass es in der Frage der Zwangsarbeiterentschädigung einer »großen Lösung« bedurfte.[128] Auch wenn der Chemiekonzern eine formlose Direktvereinbarung mit einer kleinen Gruppe ehemaliger Zwangsarbeiter getroffen hatte, so schien doch klar, dass das nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein würde. Die von den Unternehmen angestrengten individuellen Lösungsversuche schienen keine dauerhafte Befriedung des Problems zu versprechen. Zu einem ersten konstituierenden Ideenaustausch über ein gemeinsames Vorgehen kam es im folgenden Mai zwischen Michael Jansen (Degussa), Manfred Gentz (Daimler-Benz) und Tilman Todenhöfer (Bosch). Bei Daimler-Benz hatte man bereits Ende der achtziger Jahre im Zuge der eigenen Auseinandersetzung mit der Zwangsarbeiterproblematik eine Stiftungslösung mit anderen Unternehmen angedacht, war jedoch insbesondere beim BDI auf

124 Vgl. Gentz, Verstrickung; Spiliotis, Verantwortung. Susanne-Sophia Spiliotis war Mitarbeiterin der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und hat ihr Buch im Auftrag der Stiftung EVZ geschrieben.

125 Vgl. Eizenstat, Gerechtigkeit.

126 Vgl. Niethammer, Zwangsarbeit (Zitat S. 72); Niethammer, Ego-Histoire?, S. 89-102.

127 Zur folgenden Darstellung des Wegs zur Stiftungslösung vgl. neben den oben genannten Darstellungen der beteiligten Protagonisten Goschler, Schuld, S. 450-472; Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S 245-309; Schanetzky, Distanzierung; S. 134-145.

128 Michael Jansen im Interview, 12.3.2012.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
eine klar ablehnende Haltung gestoßen.[129] Und auch im Sommer 1998 zeugten die Alleingänge und abwartenden Haltungen in den Reihen der deutschen Wirtschaft von der überwiegenden Skepsis, dass ein gemeinsames Handeln die ausreichende Tragfähigkeit erreichen könne.

Uneinigkeit über eine umfassende Lösung gab es auch auf politischer Ebene. Der noch amtierende Bundeskanzler Helmut Kohl signalisierte ebenso wie die Beamten im Bundesfinanzministerium gegenüber Unternehmensvertretern, dass die Bundesregierung Initiativen der Unternehmen nicht unterstützen werde, der deutsche Staat genug Leistungen erbracht habe und die Reparationsfrage nicht weiter befeuert werden dürfe: Die »Wiedergutmachungskasse bleibt geschlossen«[130]. Auf der anderen Seite setzte im selben Zeitraum Gerhard Schröder als niedersächsischer Ministerpräsident und Kanzlerkandidat der SPD das Thema Zwangsarbeiterentschädigung auf seine Agenda und warb öffentlich für einen Bundesfonds, an dem sich die deutsche Wirtschaft beteiligen sollte.[131] Im Falle eines Wahlsieges im Herbst stellte Schröder damit die politische Unterstützung einer möglichen rot-grünen Bundesregierung in Aussicht, die auf den Gesetzesinitiativen aufbauen konnte, die beide Fraktionen in der Opposition seit Ende der achtziger Jahre im Bundestag eingebracht hatten.

Als im August die ersten Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen vor amerikanischen Gerichtshöfen eingereicht wurden, zeichnete sich eine Drohkulisse ab, die den Handlungsdruck weiter erhöhte. Wiederum auf Initiative von Jansen, Gentz und Todenhöfer trafen sich Anfang September zwölf Vertreter von beklagten Unternehmen in Leverkusen.[132] Angesichts der drohenden Streitwerte und Längen der Verfahren war man sich offenbar einig, eine außergerichtliche Einigung zu bevorzugen und diskutierte zwei mögliche Wege. Neben der Möglichkeit, unternehmensspezifische Stiftungen zu gründen, wie dies unlängst Volkswagen vorgemacht hatte, wurde insbesondere die Idee eines gemeinsamen firmenübergreifenden Fonds erörtert.[133] Komplexe Fragen nach dem Kreis der einzahlenden Unternehmen (alle oder nur die mit NS-Zwangsarbeiterbelegschaft) bzw. nach den Kriterien für Zahlungshöhen wurden hier nur kurz angerissen. Wichtig war für die Beteiligten in Leverkusen die Betonung der Freiwilligkeit der Zahlung und die Einbeziehung des Staates, um Zwangsarbeit nicht auf ein Problem der Wirtschaft im Nationalsozialismus zu reduzieren. Nicht zuletzt brauchte es die Bundesregierung, um auf politischem Wege Rechtssicherheit für die deutschen Unternehmen vor zukünftigen Klagen erlangen zu können. Vorbilder für einen solchen firmenübergreifenden

129 Vgl. S. 256 ff. dieser Arbeit.
130 Helmut Kohl zitiert in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.8.1998.
131 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 18.6.1998; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.6.1998.
132 Dazu gehörten im Einzelnen Degussa, Daimler-Benz, Allianz, Volkswagen, Siemens, BMW, Fried. Krupp Hoesch-Krupp, Bayer, BASF, Bosch, Henkel und Ford-Werke. Hinzu kamen auch Unternehmen, die (noch) nicht verklagt worden waren: Continental, Hochtief.
133 Vgl. dazu Spiliotis, Verantwortung, S. 49 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Fonds waren die kurz zuvor von den europäischen Versicherungskonzernen in Reaktion auf die US-Sammelklagen ins Leben gerufene International Conference on Holocaust Era Insurance Claim und der erfolgreich abgeschlossene Vergleich der Schweizer Banken. Beide Verfahren deuteten an, wie auf die US-Sammelklagen verbindlich und abschließend reagiert werden konnte.

In diesem Sinne trat der kleine, aber prominente Kreis an beklagten Unternehmen nach dem rot-grünen Wahlsieg, vermittelt durch den früheren VW-Aufsichtsrat Walther Leisler Kiep, an den künftigen Bundeskanzler heran. Bei einem ersten Treffen mit Schröder in Hannover Ende Oktober wurden die Möglichkeiten eines Gemeinschaftsfonds sondiert, wobei die Unternehmensvertreter auf ihrem Standpunkt beharrten, dass Zahlungen allein auf der Grundlage von moralischer Verantwortung und nicht im Sinne einer Anerkennung von rechtlichen Verpflichtungen geleistet werden sollten. Dafür erwarteten sie von der Bundesregierung politische Unterstützung bei der Einforderung von Rechtssicherheit als Gegenleistung.[134] Diese Linie war auch für Schröder gangbar. In einer offiziellen Regierungserklärung kündigte er im November einen »gemeinsamen Fonds zur Entschädigung berechtigter Ansprüche« an.[135] Zwar war nun vorerst von einer staatlichen Beteiligung keine Rede mehr (»Gemeinsam heißt hier Gemeinsamkeit der Unternehmen«), den Unternehmen stellte er jedoch in Aussicht, Schutz zu gewähren, wo es nicht »um den Ausgleich erlittenen Unrechts« ging. Hatten Schröders Worte einen Ton von legitimen juristischen Ansprüchen angeschlagen, nahm sich das Anliegen bei einer kurz darauf folgenden Unterredung im Bundeskanzleramt zwischen Unternehmensvertretern und Beamten des Bundesfinanzministeriums schon wieder recht pragmatisch aus. So hielt einer der Beamten fest: »Eher ist an eine aus moralischen Gründen veranlasste Good-will-Aktion gedacht mit freiwilligen Beiträgen der Unternehmen zur Ansehenswahrung«.[136]

Die Unterstützung Schröders kann dabei nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kreis an Unternehmen, die eine Kollektivlösung favorisierten, immer noch sehr klein war. Es war jedoch der harte Kern der alten »Deutschland AG« und in den folgenden Monaten neben Jansen und Gentz insbesondere der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Rolf-Ernst Breuer, der die Idee eines umfassenden »Versöhnungsfonds der deutschen Wirtschaft« vorantrieb. Konkret waren es vor allem Großunternehmen, die einen hohen Exportanteil erwirtschafteten und oftmals Produkte für Endverbraucher herstellten. Als international und insbesondere auf dem US-Markt expandierende Unternehmen wussten sie genauso wie die amerikanischen Klägeranwälte, dass sie anfällig gegenüber der öffentlichen Meinung waren. Insbesondere das Gros der mittelständischen Wirtschaft sah daher das Problem Zwangsarbeit als eine

134 Vgl. Der Spiegel, 19.10.1998.

135 Zitiert nach Spiliotis, Verantwortung, S. 221.

136 Zu den von Bundeskanzleramtschef Bodo Hombach sondierten und vorangetriebenen Lösungsmöglichkeiten vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 299-302 (Zitat S. 300).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
»Angelegenheit der Großindustrie«.[137] Vor diesem Hintergrund zog sich der BDI, der anfangs durch seinen Vorsitzenden Hans-Olaf Henkel die Initiative in Leverkusen mit begleitet und unterstützt hatte, alsbald aus dem weiteren Prozess wieder heraus.

Diese Phase der Sondierungen und Kontaktanbahnungen fiel in eine Zeit, in der der Nationalsozialismus zum zentralen Verständigungsthema der Deutschen avancierte. Mit der neuen rot-grünen Bundesregierung vollzog sich ein von ihren Protagonisten auch als solcher verstandener Generationenwechsel auf höchster politischer Ebene. Wenn nun die einstigen Vorreiter der Vergangenheitsauseinandersetzung in den sechziger Jahren selbst die höchsten politischen Ämter des Landes übernahmen, dann schien sich das Verhältnis der Deutschen zur NS-Zeit auch in einem neuem Selbstbewusstsein im Umgang mit der belasteten Vergangenheit auszudrücken. Die viel zitierte »Unverkrampftheit« im Umgang mit der deutschen Vergangenheit führte gleichwohl zu erneuten heftigen Kontroversen. Im Oktober schlug die erwähnte Walser-Bubis-Debatte hohe Wellen, während im Hintergrund noch das Buch von Daniel Goldhagen und die Wehrmachtsausstellung nachhallten. So fragte beispielsweise der *Spiegel* anhand eines Photos vom Lagertor des KZ Auschwitz: »Ist die Schuld verjährt?«, und Rudolf Augstein zog den Bogen vom geplanten Holocaust-Mahnmal zu den New Yorker Klägeranwälten mit den Worten »Auschwitz wird instrumentalisiert«[138]. Derweil fühlte Bundeskanzleramtschef Bodo Hombach für die Bundesregierung bei der US-Administration wegen Möglichkeiten der Klageabweisung vor, was Stuart Eizenstat in die Schlüsselrolle für die weiteren Verhandlungen brachte und eine neue Dimension seiner Mission für die materielle NS-Aufarbeitung in Europa bedeutete. Die beklagten Unternehmen warben wiederum in den Reihen der deutschen Wirtschaft um Unterstützung, wobei sie zu diesem Zeitpunkt noch von einer Summe von ein bis zwei Milliarden DM ausgingen. Ein erster, vom Bundeskanzleramt eingeholter Vorschlag des US-Botschafters John Kornblum skizzierte zwei unternehmensfinanzierte Fonds, die die amerikanische Regierung als Alternative zum Rechtsweg anzuerkennen bereit erschien: einen Fonds für die Bereitstellung von Geldern für die ehemaligen Zwangsarbeiter; einen weiteren für die Finanzierung von zukunftsorientierten Projekten. Insbesondere der zweite Fonds erlangte für das Selbstverständnis der beklagten Unternehmen enorme Bedeutung. Er sollte ebenfalls ein wichtiges Mobilisierungsargument darstellen, um auch die Unternehmen, die keine direkten Bezüge zur NS-Zeit oder zur Zwangsarbeiterproblematik hatten, für das Vorhaben zu gewinnen, mit dem sich Manfred Gentz schließlich im Kreis der Unternehmensvertreter durchsetzen konnte: »Eine Solidaraktion der gesamten deutschen Wirtschaft,

137 Bundesverband mittelständische Wirtschaft zitiert nach Jelpke/Lötzer, Skandal, S. 240.

138 Der Spiegel, 30.11.1998.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

die einerseits ihrer historischen Verantwortung gerecht werden und andererseits eine rechtliche Befriedung herbeiführen soll.«[139]

Am 16. Februar 1999 gaben Bundeskanzler Gerhard Schröder und die Unternehmensvertreter Rolf-Ernst Breuer, Gerhard Cromme (Krupp) und Heinrich von Pierer (Siemens) eine gemeinsame Pressekonferenz, auf der sie die Gründung einer »Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« verkündeten. zwölf deutsche Konzerne – neben der Degussa-Hüls die Allianz, BASF, Bayer, BMW, DaimlerChrysler, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Fried. Krupp Hoesch-Krupp, Hoechst, Siemens und Volkswagen – hatten sich demnach zusammengeschlossen, um auf freiwilliger Basis und in Ergänzung der staatlichen Wiedergutmachungspolitik einen »humanitären Fonds« ins Leben zu rufen, der eine »Antwort auf die Einbindung deutscher Unternehmen in die Bereiche der Zwangsarbeiter-Beschäftigung, der Arisierung und anderen Unrechts aus der Zeit der NS-Herrschaft« sei.[140] Geschädigten sollte ungeachtet ihrer Nationalität und Religion »kooperativ, fair und unbürokratisch« geholfen werden. Neben diesem Fonds für »bedürftige Betroffene« wurde die Gründung einer »Zukunftsstiftung« beabsichtigt, die fortan Bildungs- und Kulturprojekte mit einer »Beziehung zur Veranlassung des Fonds« finanziell unterstützen sollte. Darüber hinaus wurde eine »Bundesstiftung für humanitäre Leistungen insbesondere an ehemalige Zwangsarbeiter« angekündigt, deren Verzahnung mit den unternehmensfinanzierten Fonds vorerst offen gelassen wurde. Laut Pressemitteilung sollte damit ein »abschließendes materielles Zeichen […] aus Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstachtung« gesetzt werden. Tatsächlich war die Stiftungsinitiative die mittelfristige Konsequenz der erfolgten Sondierungsgespräche und die kurzfristige Reaktion auf weitere Sammelklagen, die sich in den USA formierten, und den steigenden Druck auf die deutschen Unternehmen. Die Deutsche Bank hatte kurz zuvor neue Erkenntnisse u. a. über die eigene Rolle bei der Baufinanzierung der Lagerkomplexe in Auschwitz erhalten und diese Informationen drohten nun die anstehende Übernahme von Bankers Trust ernsthaft in Gefahr zu bringen. Die Absichtserklärung der Stiftungsinitiative untermauerte den Willen der Unternehmen, eine kollektive Fondslösung zu gründen, um mittels zwischenstaatlicher Vereinbarungen die akuten Klagen abzuwenden,

139 »Es geht dabei um ein Zeichen der Anerkennung, mit dem sich die deutsche Wirtschaft zu ihrer historischen und moralischen Verantwortung bekennt. Die deutsche Wirtschaft kann sich davon nicht lossagen. Es geht nicht um juristische Schuld, noch weniger um persönliche Schuld heutiger Unternehmensleitungen. Das Ziel der Stiftungsinitiative ist eine Solidaraktion der gesamten deutschen Wirtschaft, die einerseits ihrer historischen Verantwortung gerecht werden und andererseits eine rechtliche Befriedung herbeiführen soll.« Manfred Gentz zitiert nach Spiliotis, Verantwortung, S. 57; das Originalzitat in MBAC, Manfred Gentz: Es geht um die Anerkennung moralischer Mitverantwortung, in: Personalführung 4 (2000), S. 16 f.

140 Alle Zitate in: Gemeinsame Erklärung anlässlich des Treffens der Vertreter von 12 deutschen Unternehmen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder am 16.2.1999 in Bonn, zitiert in Spiliotis, Verantwortung, S. 23 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zukünftige Klagen zu verhindern und somit langfristig »Rechtsfrieden« in den USA zu erlangen.

Mit der Gründung der Stiftungsinitiative war der erste Stein auf dem langen Weg zu einer Verhandlungslösung gelegt, der jedoch alles andere als gradlinig und absehbar war.[141] Die internationalen Verhandlungen, die nun begannen, waren von einer Vielzahl heterogener Akteure geprägt, und selbst auf Seiten der Bundesregierung und der Stiftungsinitiative war man sich keineswegs in allen Fragen einig. Für einige Mitglieder der Stiftungsinitiative und für den wirtschaftsnahen Bundeskanzleramtschef ging es vor allem um eine pragmatische Lösung, die Sammelklagen von jüdischen US-Bürgern gegen die deutsche Wirtschaft aus der Welt zu schaffen. Andere Unternehmensvertreter wie der inzwischen zum Sprecher der Stiftungsinitiative ernannte Manfred Gentz drängten hingegen darauf, die Formulierung von der »historischen Verantwortung« ernst zu nehmen und nun auch die lange ignorierten ehemaligen Zwangsarbeiter in Osteuropa miteinzubeziehen.[142] Einig war man sich hingegen in der Stiftungsinitiative, dass man zunächst ausschließlich mit der US-Administration über ein Abkommen bzw. die juristischen Mechanismen zur Herstellung von Rechtssicherheit verhandeln wollte. Eizenstat machte jedoch wiederholt klar, dass er die Reichweite der Verhandlungen deutlich erweitern und zunächst die Ausgestaltung der Fondslösung erörtern wollte. Er setzte schließlich nicht nur durch, dass auch die Klägeranwälte sowie die osteuropäischen Regierungen in den Verhandlungsprozess integriert wurden, sondern auch, dass der fragliche Fonds alle Ansprüche – von Zwangsarbeit über jegliche Vermögensschäden – abdecken sollte (»umbrella fonds«).[143] In den sich über die kommenden Monate hinstreckenden Verhandlungsrunden in Deutschland und den USA ging es daher unterschwellig immer auch um die Machtverhältnisse zwischen den Teilnehmern, die ihre eigenen Interessen durchzusetzen versuchten. Der Umstand, dass nun erstmals die verschiedenen Geschädigtengruppen gemeinsam in multilaterale Verhandlungen miteinbezogen waren, führte auch zu schwierigen Konkurrenzbeziehungen untereinander. Für die Stiftungsinitiative waren es weiterhin vor allem Manfred Gentz und Michael Jansen, die in den Verhandlungen die Position der deutschen Unternehmen vertraten. In der Sache bargen die konkreten Streitfragen reiches Konfliktpotential. Erstens wurde über den Kreis der Leistungsberechtigten bzw. über die Kriterien, die diesen Kreis definieren könnten, diskutiert. Zwei-

141 Zu den konkreten Details der internationalen Verhandlungen bis zur Grundsatzeinigung im Dezember 1999 vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 317-335 bzw. 353-362; Spiliotis, Verantwortung, S. 69-106; Eizenstat, Gerechtigkeit, S. 290-327.

142 Manfred Gentz im Interview, 5.12.2013. Wem es letztlich zu verdanken ist, dass auch die ehemaligen Zwangsarbeiter im Osten berücksichtigt wurden, darüber gibt es unterschiedliche Darstellungen, vgl. Spiliotis, Verantwortung, S. 63, 73. Dagegen Eizenstat, Gerechtigkeit, S. 275 f., 301 f.

143 Vgl. Eizenstat, Gerechtigkeit 275 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
tens wurden die in Frage kommenden Rechtsmittel erörtert, die den von den Unternehmen geforderten Status der Rechtssicherheit herzustellen vermochten. Nicht zuletzt und am umstrittensten war die Höhe des Betrags, der für einen solchen Rechtsfrieden aufzubringen war – hier lagen die Vorstellungen zwischen 1,7 (Bodo Hombach) und 60 Milliarden DM (Melvyn Weiss). Vor dem Hintergrund der offenen Fragen, die nicht zuletzt historische Fragen waren, wurde geschichtswissenschaftliche Forschung in den Verhandlungen zu einem wichtigen Faktor der Auseinandersetzung, die von allen Parteien zunehmend funktional und strategisch eingesetzt wurde. Historikern selbst kamen in diesem Zusammenhang Aufgaben zu, die »entschädigungspolitische Hilfsarbeit« etwa in Form von Archivrecherchen für die amerikanischen Anwaltskanzleien unternahmen oder als »institutionalisierte Politikberatung« auf Seiten der deutschen Regierung agierten.[144] Lutz Niethammer hatte dabei die exponierteste Rolle. Im Frühjahr 1999 fasste er die Ergebnisse der Arbeitsgruppe im Bundeskanzleramt in einem ersten Grundsatzpapier zusammen, das für die Stiftungsinitiative und die weiteren Verhandlungen prägend blieb. Auf seinen Anstoß hin erarbeiteten Vertreter der beteiligten Parteien im September 1999 eine wichtige Verständigungsgrundlage über die Kategorien von Zwangsarbeitern und deren geschätzte Anzahl. Die Bedeutung der historischen Forschung blieb jedoch insgesamt in dem Maße beschränkt, in dem sie von den Verhandlungsparteien stets selektiv genutzt und je nach Kalkül mal zitiert, mal ausgeblendet wurde.

Die internationalen Verhandlungen wurden nicht nur an den Verhandlungstischen in Washington, Berlin und Bonn ausgetragen. Im Streit um die Details der Fondslösung versuchten alle Beteiligten, auch die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen und über die mediale Berichterstattung Druck aufzubauen bzw. abzuschwächen. Die Stiftungsinitiative versuchte ihre Deutung des Sachverhalts in der Öffentlichkeit zu etablieren und schuf eine eigene Sprecherstelle, über die der frühere stellvertretende Chef des Bundespresseamts, Wolfgang Gibowski, Einfluss zu nehmen versuchte. Für das Selbstbild der Stiftungsinitiative war konstitutiv, dass sie als freiwillige Einrichtung angesehen werden sollte, die keinerlei Rechtsansprüche gegen deutsche Unternehmen anerkannte. Konsequenterweise vermieden die Wirtschaftsvertreter in den Verhandlungen und den öffentlichen Stellungnahmen Begriffsfelder wie »Entschädigung«, die juristische Fragen nach vorenthaltenen Löhnen hätte aufwerfen können.[145] Nach Auffassung der Rechtsabteilungen der beklagten Unternehmen entbehrten die US-Sammelklagen einer tragfähigen juristischen Grundlage. Neben dem behaupteten Rechtsanspruch lehnten sie auch die Zuständigkeit amerikanischer Gerichte ab. Dementsprechend wurden Gentz

144 Zur Bedeutung der Forschung im Prozess der Auseinandersetzung vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 280-286, 335-352 (Zitat S. 281).

145 Vgl. etwa Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.4.1999 (»›Entschädigung‹ oder ›humanitäre Hilfe‹«).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
und Jansen bzw. Gibowski nicht müde, in den Verhandlungen und Interviews der folgenden Monate die »historische« bzw. »moralische Verantwortung« der Unternehmen zu betonen – von »juristischer Verantwortung« oder »Schuld« war keine Rede. Die in Aussicht gestellten Zahlungen wurden grundsätzlich als »humanitäre Geste« dargestellt, die den Betroffenen in der Gegenwart zu Hilfe kommen sollten.[146] Im scharfen Kontrast zu diesem Selbstbild sahen sich die Protagonisten der Stiftungsinitiative durch die US-Regierung und die öffentlichen Auftritte der Klägeranwälte in ein falsches Licht gerückt. Die Verhandlungsführung von Eizenstat empfanden sie als »arrogant«, der den Unternehmen nur die Rolle des Geldgebers zuzuweisen und die redlichen Motive der Unternehmen nicht zu honorieren schien – noch kurz vor Abschluss der Verhandlungen machte sich Gentz in großer Runde Luft und beklagte eine »Diktatur der USA«.[147] Einen noch schärferen Ton schlugen die Unternehmensvertreter gegenüber den amerikanischen Klägeranwälten an. Gerade weil sie die von den Sammelklagen geltend gemachten Rechtsansprüche als unbegründet ansahen, nahmen sie die Methoden der Rechtsanwälte, über die Medien Druck aufzubauen, als Erpressung wahr. Der später viel zitierte Satz von Rechtsanwalt Melvyn Weiss, dass es für wenig Geld wenig Rechtssicherheit, für viel Geld viel Rechtssicherheit gebe,[148] traf zwar den neuralgischen Verhandlungsmechanismus exakt, für die Unternehmen war der Ausspruch jedoch nur ein weiterer Beleg für die Absicht der Anwälte, die Fondssumme (und damit ihre eigenen Honorare) in exorbitante Höhen zu treiben. War und blieb die Berichterstattung in den deutschen Medien in der Raubgold-Debatte und der Frage der Zwangsarbeiterentschädigung überwiegend unternehmenskritisch, so war die Kritik der Unternehmen an den Rechtsanwälten im deutschen Pressediskurs durchaus anschlussfähig. In einer Zeit, in der sich der Holocaust als negativer Referenzpunkt deutscher Identitätsdiskurse etablierte und Martin Walser mit seiner Formulierung von der »Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken« einen Nerv getroffen hatte, gaben die US-Anwälte einen passablen Buhmann ab. Ob Rudolf Augstein im *Spiegel* (»Haifische im Anwaltsgewand«) oder Franziska Augstein in der *FAZ* (»Geschäft mit der Moral«)[149] – das Bild von den geldgierigen Anwälten, die aus der deutschen Geschichte Profit schlugen, wurde auch in den Medien weiter ausgeschmückt. Ein besonderes Beispiel war ein Dossier im *manager magazin*, das unter dem Titel »Abenteuer Amerika« die rechtlichen Risiken für deutsche Unternehmen auf dem US-Markt zusammenfasste und

146 Zu den Äußerungen in den Verhandlungen vgl. Eizenstat, Gerechtigkeit, z. B. S. 280 f., 296 f. Zu den Pressestatements vgl. Die Welt, 16.7.1999; Handelsblatt, 27.8.1999; Frankfurter Rundschau, 11.9.1999; tageszeitung, 8.10.1999. Vgl. auch die in Fußnote 139 zitierte Formulierung von Manfred Gentz.

147 Manfred Gentz im Interview, 5.12.2013; Michael Jansen im Interview, 12.3.2012. Vgl. dazu ebenfalls Eizenstat, Gerechtigkeit, S. 349 f.

148 Zitiert etwa in Jansen u. a., Abschlussbericht, S. 60.

149 Vgl. Der Spiegel, 30.11.1998; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.7.1999.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die wichtigsten Maßnahmen für beklagte Unternehmen aufführte. Amerika war hier »selbstgerechter Weltgesetzgeber«, die Anwälte »Rechts-Rambos«, das amerikanische Rechtssystem »rechtsverdreht«. Zudem wurden anonyme Stimmen aus Vorstandsetagen zitiert, die Anwälte wie Edward Fagan als »Mafia« und »Gangster« bezeichneten, deren Vorgehen an den Morgenthau-Plan erinnere: Der Advocatus Diaboli wolle deutsche Unternehmen zurück in die Agrarwirtschaft klagen.[150] Diese Artikelsammlung mag auflagenfördernde Panikmache oder ein realistisches Stimmungsbild gewesen sein, tatsächlich schien sich in deutschen Unternehmerkreisen die Sorge zu verdichten, dass die US-Sammelklagen eben doch nicht nur die Großindustrie betreffen könnten.

Von all den beklagten Konzernen kam der Degussa im Sommer eine exponierte Bedeutung zu. Eine der ersten Sammelklagen gegen deutsche Unternehmen war gegen die Degussa gerichtet gewesen, und eben diese entwickelte jetzt Präzedenzcharakter. Der Konzern hatte vor dementsprechenden Bezirksgericht in Newark einen Antrag auf Klageabweisung gestellt, und im Juli versuchte die Bundesregierung konkret Einfluss auf die anhängende Klage zu nehmen, indem sie von einem US-spezifischen Rechtsinstrument (*amicus curiae*) Gebrauch machte. Das von Joschka Fischer geführte Außenministerium schrieb einen Brief direkt an das amerikanische Bezirksgericht und führte zwei Argumente zum Schutz des Unternehmens an. Zum einen wurde auf das »souveräne Interesse der Bundesrepublik« verwiesen, solche Wiedergutmachungsfragen selbst zu regeln. Zum anderen wurde betont, dass deutsche Konzerne »Teil der staatlich kontrollierten Kriegswirtschaft« gewesen seien, und damit auf das jahrzehntelange Entlastungsnarrativ der deutschen Wirtschaft zurückgegriffen: »Die Industrie wurde gezwungen, die Ziele zu erfüllen, die zur Produktion von Materialien für die Kriegswirtschaft aufgestellt wurden. […] Je wichtiger wirtschaftliche Aktivitäten wurden, um Krieg zu führen und für die Zerstörungspläne der Nazis, um so schwieriger wurde es, die Forderungen des Staates zu umgehen. Das trifft insbesondere auf die frühere Degussa zu, die ein Monopol auf dem Gebiet des Schmelzens von Edelmetallen hatte«. Als der Brief in den deutschen Medien öffentlich wurde, widersprachen umgehend Historiker wie Hans Mommsen und Aktivisten dieser Darstellung.[151] Allein: Das US-Gericht wies im September die Klage gegen die Degussa wegen fehlender Zuständigkeit ab. Der Richter betonte zwar die humanitäre Verpflichtung zur Entschädigung, stellte aber fest, dass die Forderung nach Schadensersatzzahlung eine politische Frage sei, für die keine amerikanischen Richter zuständig seien. Da parallel am selben Gerichtshof auch Sammelklagen gegen Ford und Siemens abgewiesen wurden, sorgte diese Entscheidung für ein großes internationales Presseecho und wilde Spekulationen über weitreichende Konsequenzen für den geplanten Fonds der deutschen Unternehmen, deren

150 manager magazin, 16.7.1999.

151 Der Brief und die Reaktionen in WDR Monitor, 12.8.1999; Frankfurter Rundschau, 8.7.1999.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wichtigste Forderung nach Rechtssicherheit bereits jetzt schon erfüllt zu sein schien.[152] Bei der Degussa bemühte man sich jedoch, die für das Unternehmen gute Nachricht mit Zurückhaltung aufzunehmen. In einer entsprechenden Pressemitteilung hieß es dazu, das Gericht habe die Rechtsauffassung der Degussa-Hüls AG und anderer deutscher Unternehmen bestätigt, wonach Rechtsansprüche dieser Art nicht bestünden. Ungeachtet dieser Entscheidung werde die Degussa-Hüls AG »in Wahrnehmung ihrer historischen Verantwortung« die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft aktiv weiter begleiten. In ähnlichen Worten bekannte sich auch der Sprecher der Stiftungsinitiative Gibowski zum bisher eingeschlagenen Weg, die »humanitären Anliegen« weiterhin konsequent weiterzuverfolgen.[153] Das Gerichtsurteil hatte die Stiftungsinitiative in ihrem Selbstbild bestätigt, Zwangsarbeit als moralisches Problem zu behandeln. Angesichts des stetigen öffentlichen Drucks waren die Unternehmen jedoch weiterhin willens, den drohenden Schaden für ihre Geschäftstätigkeiten und ihr Ansehen mit einer Verhandlungslösung abzuwenden.

Die internationalen Verhandlungen spitzten sich nun in der Frage nach dem Gesamtbetrag zu. Inzwischen hatte Otto Graf Lambsdorff die Verhandlungsführung für die Bundesregierung von Bodo Hombach übernommen und unter anderem erreicht, dass die bislang getrennten Fondslösungen von Wirtschaft und Staat in einer gemeinsamen Bundesstiftung vereint werden sollten – so wie es ursprünglich auch der Koalitionsvertrag von SPD und Grünen vorgesehen hatte. Das Ziel von Rechtssicherheit schien dadurch einfacher herstellbar zu sein, und außerdem konnte die Gesamtsumme des Fonds, der hohe Symbolkraft zukam, höher angesetzt werden. Der »Milliardenpoker um Entschädigung«[154] wurde dabei zu gleichen Teilen am Verhandlungstisch wie über die Medien ausgetragen. Während die deutsche Seite ein erstes Angebot über knapp sechs Milliarden vorlegte, schalteten jüdische Organisationen in amerikanischen Tageszeitungen ganzseitige Anzeigen. Die erste verkündete unter einem großen Mercedes-Stern »Mercedes-Benz. Design. Leistung. Sklavenarbeit«. Eine andere zeigte unter der Überschrift »Bayers größter Kopfschmerz« u. a. KZ-Arzt Josef Mengele und Zwangsarbeiter.[155] Die deutschen Unternehmen bekamen einen Vorgeschmack von der drohenden Stimmung, wenn die Verhandlungen scheitern würden. Letztlich führte der Vorschlag von Stuart Eizenstat mit zehn Milliarden DM, der »kleinstmöglichen zweistelligen

152 Vgl. etwa New York Times, 14.9.1999; The Wallstreet Journal Europe, 14.9.1999; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.1999; Süddeutsche Zeitung, 15.9.1999; Neue Zürcher Zeitung, 18.9.1999.

153 Degussa Pressemitteilung zitiert in Handelsblatt, 14.9.1999; das Zitat von Wolfgang Gibowski in Die Welt, 15.9.1999.

154 tageszeitung, 5.10.1999; ähnlich auch Die Welt, 6.10.1999 (»Poker um Geld für Zwangsarbeit«).

155 Vgl. New York Times, 4.10.1999; New York Times, 5.10.1999. Weitere Anzeigen folgten, die das deutsche Angebot von 6 Milliarden explizit als »schändliche Offerte« kritisierten, vgl. New York Times, 15.10.1999.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Zahl«, und ein Briefwechsel zwischen US-Präsident Clinton und Bundeskanzler Schröder zu einer Grundsatzeinigung, die im Dezember in Anwesenheit der deutschen und amerikanischen Außenminister von den Vertretern aller Parteien in Berlin besiegelt wurde.[156] Bundespräsident Johannes Rau schuf dazu einen entsprechend geschichtskulturell aufgeladenen Erinnerungsrahmen, indem er im »Namen des deutschen Volkes« alle Sklaven- und Zwangsarbeiter um Vergebung bat. Die beschlossene Obergrenze der Stiftung mit zehn Milliarden, die je zur Hälfte vom deutschen Staat und der Wirtschaft eingezahlt werden sollten, war damit eine rein politische Setzung, die mehr mit Zahlenpsychologie zu tun hatte als mit den historischen Fakten und umfassenden Schadensberechnungen – und als solche blieb sie auch später in der Kritik.[157]

Die Probleme waren damit noch nicht gelöst. Auf Seiten der Stiftungsinitiative war nicht geklärt, wie die zugesagten fünf Milliarden aus den Reihen der deutschen Wirtschaft aufgebracht werden sollten. Im Verlauf des Jahres war die als »Solidaraktion der deutschen Wirtschaft« deklarierte Stiftungsinitiative trotz mehrfacher Aufrufe kaum gewachsen – im Dezember waren es 26 Unternehmen mit festen namentlichen Zusagen.[158] Das American Jewish Committee veröffentlichte zu diesem Zeitpunkt eine Liste mit Unternehmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt hatten und sich bislang nicht an der Initiative beteiligten – mit 257 Namen.[159] Ein nicht minder großes Problem stellte die bislang ungeklärte Verteilung der Gelder dar. Die Verhandlungen über Kategorien und Zuteilungen zogen sich noch bis März des folgenden Jahres hin.[160] Hier konkurrierten insbesondere die Interessen der jeweiligen Opfergruppen aus Osteuropa mit denen der jüdischen Interessenvertreter und denen der Klägeranwälte, was zu heftigen Spannungen untereinander führte. Nicht zuletzt beharrte die Stiftungsinitiative darauf, dass der ursprünglich gleichberechtigt geplante und mit ebenso hohen Mitteln auszustattende »Zukunftsfonds« nicht völlig unter den Tisch fiel. Letztlich einigten sich die Parteien auf eine Mittelallokation, die für Sklaven- bzw. Zwangsarbeit insgesamt 8,1 Milliarden DM vorsah, für Vermögensschäden wurden eine Milliarde DM eingeplant, der Zukunftsfonds sollte mit 700 Millionen DM ausgestattet sein und die übrigen 200 Millionen DM wurden für Verwaltungskosten und die Honorare der Anwälte zurückgestellt. Eine letzte Streitfrage blieb bis zum Schluss das Thema »Rechtsfrieden«. Die Unternehmen drängten auf eine verbindliche Zusage der

156 Zur Grundsatzeinigung und den rechtlichen Details vgl. Eizenstat, Gerechtigkeit, 243-258 (das Zitat S. 306); Spiliotis, Verantwortung, S. 106-114.

157 Vgl. T. Kuczynski, Brosamen.

158 Konkret: Agfa, Allianz, Altana, Bahlsen, BASF, Bayer, Bosch, BMW, Commerzbank, Continental, Daimler- Chrysler, Degussa-Hüls, Deutsche Bank, Deutz, Dresdner Bank, Hoechst, Melitta, Lufthansa, Opel, Porsche, RAG, Siemens, VEBA, VIAG, Thyssen Krupp und Volkswagen.

159 Vgl. etwa Tagesspiegel, 7.12.1999.

160 Vgl. dazu Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 362-365; Spiliotis, Verantwortung, S. 129-145; Eizenstat, Gerechtigkeit, S. 331-347.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Blockierung des Rechtswegs, was auf Seiten der US-Regierung nicht zuletzt aus verfassungsrechtlichen Gründen auf Unverständnis stieß und die Verhandlungen noch einmal aufs Äußerste belastete.

Nachdem jedoch in der Frage der Rechtssicherheit ein Kompromiss auf den letzten Metern zu Stande gekommen war und der Deutsche Bundestag am 6. Juli das Gesetz zur Errichtung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« verabschiedet hatte, setzte das deutsch-amerikanische Regierungsabkommen am 17. Juli 2000 den Schlusstein der eineinhalbjährigen Verhandlungen.[161] Das Stiftungsgesetz legte fest, dass alle Ansprüche gegen deutsche Unternehmen im Zusammenhang mit der NS-Zeit sich ausschließlich und abschließend an die Bundesstiftung mit der besagten Obergrenze von zehn Milliarden DM zu richten hatten. Ein Rechtsanspruch auf Zahlungen aus dem Fonds wurde verneint. Zudem mussten die sogenannten Leistungsberechtigten im Antragsverfahren unterschreiben, dass sie mit Erhalt einer Leistung auf die Geltendmachung weiterer Forderungen unwiderruflich verzichteten. Im Gegenzug erklärte sich die US-Regierung im Regierungsabkommen mit der Bundesrepublik bereit, in den anhängenden und zukünftigen Streitfällen ein *statement of interest* abzugeben, das die Abweisung von Klagen im außenpolitischen Interesse der USA rechtfertigen würde. Das auf der Pressekonferenz entstandene Photo vom gemeinsamen Handschlag zwischen Eizenstat, Schröder und Lambsdorff umgeben von den prominenten Verhandlungsteilnehmern sollte fortan zum Symbol der erfolgreichen Kollektivlösung werden. Die lachenden Gesichter konnten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die zähen Verhandlungen für alle Parteien mehr als ernüchternd gewesen waren. So zog auch Lutz Niethammer ein ambivalentes Resümee: »Als öffentlicher Gedächtnisprozess, als symbolische Erinnerung von Anerkennung und Verantwortung waren die internationalen Entschädigungsverhandlungen also sehr bedeutsam. Einen wesentlichen Rechtsfortschritt haben sie hingegen nicht gebracht.«[162]

Für die beiden Unternehmensvertreter von DaimlerChrysler und der Degussa, Manfred Gentz und Michael Jansen, die die Verhandlungen wesentlich geprägt hatten, war der Prozess damit noch lange nicht abgeschlossen. Am 31. August 2000 kam es zur ersten konstituierenden Sitzung der Stiftung EVZ, und kurz darauf übernahm Jansen den Vorsitz des Stiftungsvorstands. Während er fortan den Aufbau der Stiftung koordinierte und die vielen Detailfragen zu klären versuchte, waren Manfred Gentz und sein Team an Mitarbeitern bei DaimlerChrysler maßgeblich daran beteiligt, weitere Unternehmen für die Stiftung zu gewinnen und die noch offene Lücke des bereits zugesagten Betrags

161 Vgl. Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, 2.8.2000, bzw. Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, abgedruckt in Spiliotis, Verantwortung, S. 274-285 bzw. 286-296.

162 Niethammer, Ego-Histoire?, S. 93.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zu schließen. 1,8 Milliarden DM fehlten zu diesem Zeitpunkt noch. Es sollten tatsächlich Monate vergehen – gefördert durch unzählige persönliche Gespräche und öffentliche Anzeigenkampagnen auf Wirtschaftsseite bzw. gefordert durch Proteste und Berichterstattung von öffentlicher Seite –, bis nach und nach weitere und insbesondere auch kleinere Unternehmen der Stiftung beitraten. Die schleppende Mitteleinwerbung behinderte zudem die Abweisung der Klagen in den USA, wo die Gerichtshöfe auf die Einzahlung des vereinbarten Betrags warteten. Die Stiftungsinitiative bestand hingegen darauf, erst dann zu zahlen, wenn Rechtssicherheit festgestellt worden sei – und musste weitere enorme Anstrengungen unternehmen, um überhaupt die zugesagte Gesamtsumme aufzutreiben. Unterstützt von den wichtigsten Wirtschaftsverbänden wie dem BDI, dem DIHT sowie der BDA stieg die Zahl der Unternehmen bis zum Ende des folgenden Jahres auf letztlich 6527 an. Aber erst eine im März 2001 von Bundeskanzler Schröder eingeforderte Zusage der Gründerunternehmen, ihre eigenen Beträge deutlich zu erhöhen und eine Ausfallgarantie für den Rest zu übernehmen, löste die Pattsituation. In den USA wurden daraufhin die fraglichen Sammelklagen abgewiesen, und sowohl die Unternehmen als auch der Deutsche Bundestag sahen nun eine ausreichende Form von Rechtssicherheit gewährleistet. So begannen die ersten Auszahlungsprogramme im folgenden Juni.[163] Die Masse an neu akquirierten Unternehmen änderte jedoch trotzdem nichts an der Tatsache, dass der Hauptteil der Beiträge zur Stiftung von wenigen Großkonzernen getragen wurde.[164] Rund 60 Prozent der fünf Milliarden DM zahlten die Gründungsunternehmen der Stiftungsinitiative und hier vor allem die Unternehmen aus dem Industriesektor, die ihre Beiträge mehrmals erhöhten, um die verbleibenden Finanzierungslücken zu schließen. Die konkreten Teilnehmerzahlen und -strukturen ergaben damit ein anderes Bild als der einst ausgegebene Slogan von der »Solidaraktion der deutschen Wirtschaft«. Der unternehmensfinanzierte Fonds war und blieb tendenziell ein Vorhaben der großen Konzerne, die direkte Bezüge zur NS-Zeit hatten, einen hohen Anteil ihres Umsatzes im Ausland erzielten – und nicht zuletzt von Sammelklagen betroffen waren.[165]

Erfolgreich war und blieb die Stiftungsinitiative allerdings hinsichtlich ihrer narrativen Konsolidierung. Die Betonung der »moralischen Verantwortung«

163 Für die Abwicklung der Auszahlungsprogramme, die detaillierten Zahlen und den Wandel der Stiftung EVZ vgl. Jansen u. a., Abschlussbericht; Goschler, Entschädigung; Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 426-487.

164 Interview Manfred Gentz, 5.12.2013; Interview Lothar Ulsamer, 30.9.2012. Zu den Akquisitionsaktionen und der Teilnehmerstruktur der Stiftungsinitiative vgl. Spiliotis, Verantwortung, S. 115-129 bzw. 183-191. Zu den Anzeigenkampagnen vgl. etwa Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.10.2000 (»Wir treten bei …«); Süddeutsche Zeitung 20.12.2000 (»Aufruf an die deutsche Wirtschaft«).

165 Vgl. Spoerer, Moralische Geste; dazu auch die vergleichende Grafik über den Anteil der Wirtschaftssektoren am Gesamtaufkommen der fünf Milliarden DM und der nahezu identischen Aufteilung der Sammelklagen nach Wirtschaftssektoren in Spiliotis, Verantwortung, S. 191.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
der Unternehmen, die in allen Verhandlungsrunden und öffentlichen Verlautbarungen beschworen wurde, besaß dabei eine vielschichtige Bedeutung. Während sie einzelne Unternehmensvorstände wortwörtlich verstanden und ernst genommen haben mochten, beschrieb sie als Ansatz der Stiftungsinitiative ein vorteilhaftes Selbstbild, mit dem sich sogar jene Wirtschaftsvertreter identifizieren konnten, die ansonsten wenig Sympathie für die Auseinandersetzung mit der eigenen NS-Geschichte aufbrachten. Die Stiftungsinitiative hatte von Anfang an darauf bestanden, dass die gegen die Unternehmen erhobenen Ansprüche nicht justiziabel waren. Was aber war dann die zu leistende Zahlung?[166] Das Diktum von der »humanitären Leistung« und die Betonung der Freiwilligkeit eröffneten die Möglichkeit, den drohenden Imageschaden abzuwenden, auf die Kläger zuzugehen, ohne vollkommen das Gesicht zu verlieren, und so integrativ wie möglich in den Reihen der deutschen Wirtschaft zu wirken. Der Lösungsansatz trug nicht zuletzt den geschichtskulturellen Rahmenbedingungen einer sich etablierenden opferzentrierten Erinnerungskultur Rechnung. Mit der Betonung der Opferperspektive, den ehemals NS-Verfolgten müsse in der Gegenwart geholfen werden, schloss die Stiftungsinitiative an einen diskursiven Wandel in der Entschädigungsdebatte an, der seit den achtziger Jahren eine langsame Verschiebung des umstrittenen Gegenstands ergeben hatte.[167] War es seit den ersten Klagen von ehemaligen Zwangsarbeiten in den fünfziger Jahren vordringlich um Schadensersatz und die Auszahlung vorenthaltener Löhne gegangen, so stand seit den achtziger Jahren verstärkt die Forderung nach symbolischer Anerkennung im Mittelpunkt der Diskussion um »vergessene Opfer«. Daimler-Benz hatte im Jahr 1988 diesen Wandel als eines der ersten deutschen Unternehmen nachvollzogen und zugleich verstärkt, indem es seine Zahlung als »freiwillige humanitäre Geste« bezeichnet hatte – und dieses »freiwillig« bezog sich freilich nicht auf den immensen öffentlichen Druck, sondern auf die Nicht-Anerkennung der juristischen Ansprüche. Die

166 Gewohnt pragmatisch auf den Punkt brachte es ein Schreiben des Bundesfinanzministeriums an die deutschen Finanzämter, das den deutschen Unternehmen das Recht einräumte, ihre Zahlungen an die Stiftung EVZ steuerlich geltend machen zu können: »Bei den Zahlungen handelt es sich um freiwillige Zahlungen ohne rechtliche Verpflichtung. […] Mit ihnen wird […] nicht zuletzt das Ziel verfolgt, eine Grundlage zu schaffen, um den Sammelklagen in den USA begegnen zu können und damit verbunden drohenden Imageverlust auf dem dortigen Markt und weltweit abzuwenden und wirtschaftliche Sanktionen in Form von Lizenzentzug und Boykottaufrufen zu vermeiden. Die Beiträge dienen insoweit der Sicherung und Aufrechterhaltung des unternehmerischen Ansehens, d. h. der Wettbewerbsposition der Unternehmen. Der nach §4 Abs. 4 EStG notwendige betriebliche Sachzusammenhang zwischen Aufwendungen und Betrieb ist damit gegeben. […] Insbesondere stellen die Auszahlungen keinen nachträglichen Arbeitslohn dar, da die frühere Zwangsbeschäftigung kein ›Dienstverhältnis‹ im steuerlichen Sinne […] begründete.« Rundschreiben vom 3.2.2000 zitiert nach Jelpke/Lötzer, Skandal, S. 246 f.

167 Vgl. dazu Kapitel 4.3 dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Stiftungsinitiative griff dieses Modell wieder auf, konzentrierte sich auf die gegenwärtige Hilfsbedürftigkeit der ehemaligen Zwangsarbeiter und verallgemeinerte es für die gesamte deutsche Wirtschaft. Nicht die konkrete und zu beziffernde Beschäftigung von Zwangsarbeitern sollte die Grundlage für die Beteiligung der Unternehmen an der Stiftungsinitiative sein, sondern eine solidarische Geste aller Unternehmen jenseits der historischen Fakten. Damit trat die eigentliche NS-Vergangenheiten der Unternehmen sowohl für die Verhandlungen als auch für die Öffentlichkeit in den Hintergrund. Aus der juristisch fassbaren Verantwortung im Sinne eines Verursacherprinzips wurde so die viel beschworene »moralische Verantwortung«, im Sinne eines unkonkreten Zugehörigkeitsprinzips qua Definition ein deutsches Unternehmen zu sein. Diese Semantik zog sich durch nahezu alle Äußerungen der Unternehmensvertreter seit Begründung der Stiftungsinitiative, die das Wort »Entschädigung« bis zuletzt tunlichst vermied, bis zur Etablierung der Stiftung EVZ[168] – und wurde nach und nach verfeinert. Charakteristisch war beispielsweise eine kleine semantische Verschiebung in der Selbstbeschreibung der Stiftungsinitiative. War im Februar 1999 offiziell noch ein »abschließendes materielles Zeichen […] aus Solidarität, Gerechtigkeit und Selbstachtung« angekündigt worden, wurde diese Formulierung in der gemeinsamen Abschlusserklärung im Juli 2000 zitiert als »abschließendes humanitäres Zeichen aus moralischer Verantwortung, Solidarität und Selbstachtung«.[169]

Henning Borggräfe hat diesen Prozess präzise als »Vergesellschaftung der Verantwortung«[170] beschrieben. Ob es sich dabei tatsächlich um eine bewusste »diskursive Strategie« der Akteure gehandelt hat, sei dahingestellt. Im Ergebnis war ein Wandel des Diskurses jedoch eindeutig. Durch die gemeinsame Bundesstiftung von Bund und Wirtschaft wurde der ursprüngliche Fokus auf die Unternehmen in der öffentlichen Debatte zunehmend diffus. Die spätere Beteiligung von »Unternehmen« wie dem Fußballclub St. Pauli und Spenden von Kirchen sowie von Privatpersonen ließen in der Berichterstattung die Stiftung EVZ als einen gesamtgesellschaftlichen Fonds erscheinen, in dem die Unternehmen nur noch eine Rolle unter vielen einnahmen. Dieses Bild zeichnete auch die Stiftung selbst und machte aus dem zähen Ringen um die Auflösung der Blockadehaltung deutscher Unternehmen eine identitätsstiftende

168 Vgl. das Leitbild der Stiftung EVZ, URL: http://www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/auseinandersetzung-mit-der-geschichte/dokumentation-der-ns-zwangsarbeit/internationale-wanderausstellung/berlin-1-station/leitgedanken.html (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

169 Vgl. Gemeinsame Erklärung anlässlich des Treffens der Vertreter von zwölf deutschen Unternehmen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder am 16.2.1999 in Bonn, zitiert in Spiliotis, Verantwortung, S. 23; Gemeinsame Erklärung anlässlich des abschließenden Plenums zur Beendigung der internationalen Gespräche über die Vorbereitung der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, 17.7.2000, abgedruckt in Spiliotis, Verantwortung, S. 303-311 (Zitat S. 303).

170 Vgl. hierzu Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 406-418.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Erfolgsgeschichte der deutschen Gesellschaft. In ihrem Abschlussbericht hieß es beispielsweise: Die »historische Aufarbeitung eines bei uns fast vergessenen […] Kapitels deutscher Geschichte« habe letztlich »zu einem Mehr an Selbstachtung der heute in Deutschland Verantwortung tragenden Generationen geführt.«[171]

Für das Selbstverständnis der Unternehmen war zudem entscheidend: Die Generalisierung der Verantwortung tradierte unterschwellig ein Narrativ, das so alt wie die Bundesrepublik selbst war. Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern war und blieb dem Verständnis der Unternehmen nach eine Tätigkeit »im Auftrag des Reiches«. Das Abstreiten jeglicher juristischer Ansprüche und die Betonung der Freiwilligkeit der symbolischen Zahlung war gleichbedeutend mit der kontinuierlichen Reproduktion des alten Topos aus dem Nürnberger Gerichtssaal, ein in die Dienste Hitlers gezwungenes »Werkzeug« gewesen zu sein.[172] Der Rückzug auf die juristische Deutung war bei allen neuen Bekenntnissen zur eigenen Vergangenheit die Fortsetzung der impliziten Schuldabwehr, die über Jahrzehnte den Diskurs über die Vergangenheit deutscher Unternehmen bestimmt hatte. Veränderte geschichtskulturelle Rahmenbedingungen und die eigenen internationalen Geschäftsfelder hatten die Unternehmen nun vor die paradoxe Situation gestellt, für etwas bezahlen zu wollen, was sie eigentlich nicht eingestehen mochten: das schuldhafte Verhalten im »Dritten Reich«. Das subtile Deutungsmuster von Zwangsarbeit und »Arisierung« als ein von Staats wegen ein- und angeleiteter Prozess, für den sie nicht verantwortlich gewesen seien und von dem sie auch nicht profitiert hätten, hielten die Unternehmensvertreter bis zum Schluss der Verhandlungen durch, und das klang auch regelmäßig in der wirtschaftsnahen Presse an.[173] Dabei ging es nicht wie in früheren Jahrzehnten um explizit apologetische Gegennarrative; in der Regel reichte es bereits aus, das Verhältnis von Wirtschaft und NS-Regime einfach im Unklaren zu belassen. Selbst in den finalen Erklärungen, auf die immerhin auch die Verfolgtenvertreter Einfluss gehabt hatten, blieben die historischen Umstände der NS-Verbrechen und die Rolle der Unternehmen nebulös. In der Präambel des Gesetzes zur Errichtung der Stiftung EVZ hieß es etwa nur:

> »In Anerkennung, dass der nationalsozialistische Staat Sklaven- und Zwangsarbeitern durch Deportation, Inhaftierung, Ausbeutung bis hin zur Vernichtung durch Arbeit und durch eine Vielzahl weiterer Menschenrechtsverletzungen schweres Unrecht zugefügt hat, [In Anerkennung, dass] deutsche Unternehmen, die an dem nationalsozialistischen Unrecht beteiligt waren, historische Verantwortung tragen und ihr gerecht werden müssen, […]«[174]

171 Jansen u. a., Abschlussbereicht, S. 88.
172 Zu den Narrativen des Nürnberger Prozesses vgl. S. 70 ff. dieser Arbeit.
173 Vgl. bspw. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.7.1999; Handelsblatt, 6.9.1999.
174 Gesetz zur Errichtung einer Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Präambel, 2.8.2000, URL: http://www.gesetze-im-internet.de/evzstiftg/BJNR126300000.html (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Die Stiftung EVZ mochte für die deutschen Großunternehmen am Ende ein teuer erkauftes Ergebnis der erfolgreichen Schlichtung des Streits um Zwangsarbeiterentschädigung gewesen sein, und am Verhandlungstisch mochten manche Punkte gegen sie beschlossen worden sein. Zumindest im öffentlichen Diskurs über die NS-Vergangenheit der deutschen Privatwirtschaft hatten sich die Unternehmen aber auf voller Linie durchgesetzt.

5.4 Der Boom der NS-Unternehmensgeschichte

Historische Kommissionen und Selbstvergewisserungsfragen

Die Forschungsaufträge von Daimler-Benz und Volkswagen in den achtziger Jahren bereiteten den Weg in die neunziger Jahre, auf dem zunehmend mehr Unternehmen ihre Firmengeschichte in die Hände von zumeist universitär angebundenen Historikern gaben. Das bedeutete freilich nicht, dass die Ergebnisse der Forschungen in der öffentlichen Diskussion unumstritten blieben. Sie wurden jedoch in der geschichtswissenschaftlichen Zunft überwiegend positiv aufgenommen und auch in der Öffentlichkeit mehrheitlich als Ausdruck der Bemühungen der Konzerne zur Aufklärung ihrer Vergangenheiten wahrgenommen.

Als das Buch über den Zwangsarbeitereinsatz bei Daimler-Benz 1994 und das Buch über die Geschichte des Volkswagenwerks 1996 erschienen, waren über acht Jahre seit den Auftragsvergaben vergangen.[175] Die umfangreichen Forschungsarbeiten setzten nun neue Maßstäbe für die deutsche Unternehmensgeschichtsschreibung. Das von der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte erarbeitete Buch präsentierte ein Gesamtbild des Einsatzes ausländischer Arbeitskräfte bei Daimler-Benz und stützte sich dabei methodisch auf über 600 Zeitzeugeninterviews mit ehemaligen Zwangsarbeitern aus Ost- und Westeuropa. Am konkreten Beispiel Daimler-Benz legte die Studie dar, welche unternehmerischen Motive für den Einsatz bestanden hatten und wie der Einsatz geplant, organisiert und umgesetzt worden war. Aufgeschlüsselt nach den einzelnen Werken und differenziert zwischen freiwilligen bzw. unfreiwilligen zivilen Arbeitskräften, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen dokumentierte die Untersuchung insbesondere die zum Teil katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen. Dabei kam sie zu dem für Daimler-Benz wenig schmeichelhaften Ergebnis, dass bei allen behördlichen und gesetzlichen Vorgaben die jeweiligen Unternehmens- bzw. Betriebsleitungen durchaus Spielräume in der Ausgestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen gehabt hatten – und diese im Vergleich zu anderen Unternehmen kaum genutzt worden waren. Von den alten apologetischen Verteidigungsargumenten der ersten GUG-Studie

175 Zur Entstehung der Forschungsaufträge von Daimler-Benz und Volkswagen die entsprechenden Abschnitte im Kapitel 4.3 dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
war hier nicht mehr die Rede. Das Autorenkollektiv bestand überwiegend aus jüngeren Nachwuchswissenschaftlern, die sich bewusst von der Arbeit ihres ehemaligen Doktorvaters abgrenzten.[176] Die Schlussfolgerungen der jüngeren Historiker waren eindeutig: Daimler-Benz habe Zwangsarbeiter aus eigenem Antrieb angefordert und dadurch die staatlich nachgefragte Rüstungsproduktion ausweiten und hohe Gewinne erzielen können. Alles in allem habe bei Daimler-Benz eine Grundhaltung der »Indifferenz« gegenüber Zwangsarbeitern geherrscht, alles sei auf das Überleben des Unternehmens und die Stellung in der Nachkriegszeit ausgerichtet gewesen.[177] Den Grundwiderspruch im Unternehmen zwischen ökonomischer Rationalität auf der einen und schlechter Behandlung der Zwangsarbeiter auf der anderen Seite konnte diese Darstellung allerdings nicht auflösen. Die kurzfristige Interessenkongruenz zwischen rassistischer NS-Politik und ökonomischen Unternehmenszielen wurde hier nicht analysiert. Die GUG-Studie eröffnete nichtsdestotrotz erstmals einen umfassenden und detaillierten Blick auf die Durchführung des Zwangsarbeitereinsatzes auf Unternehmensebene, der die Frage der Verantwortung des Unternehmens nicht aussparte. Die Rezeption des Buches war sowohl in der historischen Forschung als auch in der breiten Öffentlichkeit überwiegend positiv. Nach dem Eklat um die erste allgemeine Studie der GUG zur NS-Zeit von Daimler-Benz erfüllte die zweite Untersuchung nun die Erwartungen hinsichtlich des Themas und seiner Behandlung.[178] Zwei Jahre später belegte ebenfalls die Studie von Hans Mommsen für das Volkswagenwerk die aktive Beteiligung der Unternehmensleitung an der Rekrutierung von Zwangsarbeitern und ihre Handlungsspielräume beim Arbeitseinsatz und der Unterbringung.[179] Detailliert schilderte auch diese Studie die menschenunwürdigen Bedingungen in den Produktionsstätten und den Lagern in Wolfsburg und Umgebung. Umfangreicher als die GUG-Studie bettete die Volkswagen-Studie dabei die Geschichte des Werks in die Entwicklung der Wirtschafts- und Rüstungspolitik des NS-Regimes ein. War das Buch über die Zwangsarbeit bei Daimler-Benz in seiner Struktur und Anlage primär von entschädigungspolitischen Fragestellungen zum Zeitpunkt seiner Entstehung geprägt, so hatten Mommsen und sein Team den Fokus ihrer Forschung verbreitert, um nicht nur das Thema Zwangsarbeit in den Blick zu nehmen. Dennoch wurde insbesondere die Volkswagen-Studie eng im Kontext der Zwangsarbeiterentschädigungsdebatte rezipiert, in der sie ursprünglich auch angestoßen worden war.[180]

176 Vgl. H. Pohl u. a., Daimler-Benz AG, S. 144-165. Dazu auch S. 231 ff. dieser Arbeit.

177 Vgl. Hopmann u. a., Zwangsarbeit, S. 276-284, 336-344, 436-442, 483-492 (Zitat S. 490).

178 Vgl. zur Rezeption der zweiten GUG-Studie S. 270 f. dieser Arbeit.

179 Vgl. Mommsen/Grieger, Volkswagenwerk.

180 Zur Kritik an Mommsen vgl. die Rezensionen von Dietrich Eichholtz (Rezension in *1999*) sowie von Otto Köhler in: konkret, September 1996 (»Mommsens warme Dusche«).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Beide Studien waren damit prägnante Beispiele für die politische Engführung der Forschung zur NS-Zwangsarbeit, die sich fortan auf eine Stadt oder ein Unternehmen konzentrierte.[181]

Die Forschungsaufträge von Daimler-Benz und Volkswagen stießen auch in anderen Konzernen Überlegungen über die Vergabe von Aufträgen an Historiker an. Bei Siemens entschied man sich nach den langen Jahren der kontroversen Diskussion um die eigene Firmengeschichte den Nürnberger Wirtschaftshistoriker Wilfried Feldenkirchen zu beauftragen.[182] Noch kurz zuvor hatte die Doktorandin Carola Sachse ihr mit Beständen des Werksarchivs erarbeitetes Manuskript vorlegen und Passagen abändern bzw. streichen müssen.[183] Darüber hinaus bemühten sich die GUG und insbesondere Manfred Pohl weiterhin um eine generelle Verbesserung des Bewusstseins für Geschichte in Unternehmen und die Etablierung von Geschichte als Marketinginstrument bzw. Teil der Unternehmenskultur.[184] Breite Strahlkraft für den Unternehmensgeschichtsdiskurs entwickelte darüber hinaus der Forschungsauftrag der Deutschen Bank im Rahmen ihres 125. Firmenjubiälums.[185] Erste Ideen zu einer umfangreichen Gesamtdarstellung des Instituts waren bereits 1989 unter dem Vorstandssprecher Alfred Herrhausen entwickelt worden.[186] Dessen Nachfolger Hilmar Kopper unterstützte das Projekt dann mit Nachdruck. Kopper war nicht nur persönlich an historischer Forschung interessiert und übernahm den Vorsitz der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte. Er hatte auch einen Sohn, der im selben Zeitraum mit einer Arbeit über die Banken im »Dritten Reich« promovierte.[187] Zum 125. Jubiläum der Deutschen Bank wollte der Vorstand eine Geschichte des Unternehmens präsentieren, die von einer »unabhängigen Historikerkommission« erarbeitet werden und unterstreichen sollte, dass man sich auch der eigenen NS-Vergangenheit offen stelle.[188] Fünf Historiker wurden letztlich beauftragt, einen bestimmten Zeitabschnitt der Geschichte der Bank zu bearbeiten. Die Zusammenstellung der Kommission zeugte davon, dass für die Auftragserteilung das internationale Renommee und die Herkunft mit entscheidend gewesen sein dürften. Mit

181 Vgl. dazu Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 215-219.
182 Zur Auftragsvergabe vgl. Feldenkirchen, Siemens 1918-1945, S. 13. Auf die erste Darstellung der NS-Zeit folgte später auch eine umfassende Firmengeschichte, vgl. Feldenkirchen, Siemens.
183 Vgl. Sachse, Siemens, S. 11.
184 Vgl. dazu etwa M. Pohl, Unternehmen.
185 Vgl. dazu auch Knabe, Firmenjubiläen, S. 289-292.
186 Ein erstes Konzept entwickelte der damalige Leiter des Historischen Archivs der Deutschen Bank Manfred Pohl in Gesprächen mit Herrhausen und dem Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt. Zur Anbahnung des Projekts und seinen Begleitumständen vgl. Gall u. a., Deutsche Bank, S. XVIII f.
187 Die Dissertation wurde ebenfalls 1995 veröffentlicht, vgl. Kopper. Bankenpolitik.
188 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 24.12.1992 (»Deutsche Bank stellt sich ihrer Geschichte. Erst jetzt zugängliches Archivmaterial soll die Rolle des Instituts im Dritten Reich klären«).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Gerald D. Feldman und Harold James waren gleich zwei der fünf Wissenschaftler ausländische Forscher prestigeträchtiger US-Universitäten; für den ursprünglich angesprochenen Thomas Nipperdey übernahm nach dessen Tod Lothar Gall, der sich bis zu diesem Zeitpunkt durch seine Arbeiten über Bismarck einen Namen gemacht hatte.[189] Das Kapitel über die NS-Zeit verfasste Harold James, der sich in seiner Darstellung insbesondere auf die Auswirkungen der NS-Ideologie bzw. des Antisemitismus auf die Deutsche Bank und die Vielzahl an Bankenbeteiligungen im Zuge des nationalsozialistischen Eroberungsfeldzuges konzentrierte. In seiner Bewertung blieb James so ambivalent wie das Bild, das er von der Deutschen Bank zwischen den Jahren 1933 bis 1945 zeichnete. In einer Mischung von Anklage und Apologie ließen seine Formulierungen unterschiedliche Schlussfolgerungen zu. Zwar habe die Deutsche Bank zum »moralischen Niedergang Deutschlands« beigetragen. Aber sie sei auch »von Kräften gelenkt« worden, die die Deutsche Bank nicht zu steuern vermocht habe.[190] Zum Beispiel stellte James hinsichtlich der Beteiligung an »Arisierungen« fest, dass die Deutsche Bank »eine schwere moralische Schuld« auf sich geladen habe, jedoch auch in einigen Fällen zu Gunsten alter Geschäftskunden gewirkt habe.[191] Wer tatsächlich gehandelt und wer letztlich Verantwortung getragen hatte, blieb dabei oftmals unklar. Zwar war dem Vorstandsmitglied Emil Georg von Stauß ein ganzes Unterkapitel gewidmet, in James' Darstellung war von Stauß mit seinen engen Verbindungen zu NS-Funktionsträgern jedoch vor allem das »politische Alibi der Bank« und schien letztlich eher ein Außenseiter und Sonderling im Vorstand gewesen zu sein.[192] Grundsätzlich hatten laut James zwei Verhaltensmuster bei der Deutschen Bank im Konflikt gestanden. Zum einen war das die »Verteidigung gegen die Einmischung von Partei und Staat«, zum anderen »der Wille zur Anpassung und Kompromissbereitschaft«.[193] Dabei legte James in seiner Darstellung viel Wert darauf, die Bedeutung der NS-Ideologie herauszuarbeiten. Demzufolge habe der Nationalsozialismus von Anfang an scharfe Kritik am Kreditgeschäft der Banken geübt und sie in die für sie vorgesehene »dienende Rolle« gedrängt. Während das Kreditgeschäft zunehmend an Bedeutung verloren habe, hätten die Manager und Bankiers der Deutschen Bank die Kritik internalisiert und sich auf ihre passive Rolle in ihrer ökonomischen Logik zurückgezogen. Die wiederholte Betonung der »moralischen Kurzsichtigkeit« der Manager legte dabei im Umkehrschluss nahe, dass sie juristisch nichts Verwerfliches getan hatten.[194] Das komplexe Verhältnis von Unternehmen und NS-Regime, von

189 Die zwei weiteren Mitglieder waren die Wirtschaftswissenschaftler Hans E. Büschgen und Carl-Ludwig Holtfrerich.
190 Gall u. a., Deutsche Bank, S. 403 bzw. 405.
191 Vgl. ebd., S. 351 (Zitat), 403 f.
192 Vgl. Gall u. a., Deutsche Bank, S. 352 (Zitat) bzw. 363 f. Zur Kritik an diesem Punkt vgl. Hachtmann, Wissenschaftsgeschichte, S. 1.
193 Gall u. a., Deutsche Bank, S. 321.
194 Zur Betonung der Moral vgl. ebd., S. 351, 364, 403 (Zitat), 405.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
unternehmerischer Rationalität und rassenideologischen Zielen, beschrieb James etwa im Bereich der »Arisierungen« differenziert. Die Verwendung von Schlüsselvokabeln wie »Kommandowirtschaft« oder apodiktische Schlusssätze wie »Bankiers passen sich den Realitäten an – das ist ihr Auftrag« rückten James' Darstellung dennoch in die Nähe der alten Verteidigungsnarrative deutscher Industrieller der unmittelbaren Nachkriegszeit.[195] Im Kapitel zur Expansion der Deutschen Bank und der Übernahme verschiedener europäischer Bankenanteile blieb zudem die Rolle des Mannes vergleichsweise unterbelichtet, der immerhin im Vorstand für das Auslandsgeschäft der Deutschen Bank zuständig gewesen war: Hermann J. Abs. Dabei muss James nicht zwangsläufig Schönfärberei unterstellt werden, hatte er schlicht einen Bestand wichtiger Akten nicht einsehen können. Die Deutsche Bank hatte zwar den Fall der Mauer umgehend dazu genutzt, sich um die nach 1945 von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmten und im Staatlichen Zentralarchiv der DDR in Potsdam einbehaltenen Akten der Berliner Zentrale zu bemühen.[196] Waren die Bestände noch kurz zuvor unerreichbar für die Bank gewesen, wurde im September 1990 ein Vertrag mit dem Zentralarchiv geschlossen und die rund 12.000 Aktenbände nach Frankfurt überführt. Diese Bestände waren auch eine wichtige Quellenbasis für die Forschungskommission, die betonte, dass ihre Arbeit auf den »uneingeschränkt zur Verfügung gestellten Quellen der Deutschen Bank« basierte, »soweit ihre Nutzung nicht durch die Rechte lebender Personen oder testamentarische Verfügungen eingeschränkt war«.[197] Diese Klausel betraf aber gerade die Akten von Hermann J. Abs, und somit blieben sie für James unzugänglich. In seinen Ausführungen zu Abs deutete James brisante Fragen zu dessen Rolle bei »Arisierungen« oder zu seinem Wissen über das KZ Auschwitz als Aufsichtsratsmitglied der IG Farben nur an und betonte vielmehr seine Kontakte zur Widerstandsbewegung, die jedoch zu keinem stärkeren Engagement geführt hätten. So zog James das Resümee, Abs habe sich entschieden, kein Held zu sein, und fragte: »Ist es die Aufgabe des Historikers, ihn dafür zu verurteilen?« Nicht zuletzt diese Formulierung machte deutlich, dass sich auch James in seiner Rolle als Auftragsforscher noch zurechtfinden musste und er die Rezeptionsbedingungen seiner Ergebnisse bereits mit reflektierte.

Tatsächlich riefen das anstehende Jubiläum und die Ankündigungen der Deutschen Bank Kritiker des Unternehmens auf den Plan. Der prominenteste unter ihnen, Eberhard Czichon, veröffentlichte zeitgleich mit der Kommissionsschrift eine Neufassung seines einst gerichtlich verbotenen Buches.[198] Unter Berücksichtigung der juristischen Auflagen von 1972 bereitete Czichon seine Anklage gegen Abs und die Deutsche Bank noch einmal groß auf, wobei

195 Gall u. a., Deutsche Bank, S. 316 bzw. 408.
196 Vgl. Müller, Überlieferung, S. 407 f.
197 Gall u. a., Deutsche Bank, S. XX.
198 Vgl. Czichon, Die Bank und die Macht.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
er wieder auf der Grundlage der Monopolgruppen-Theorie den Aufstieg der Deutschen Bank zur Spitzeninstitution der NS-Kreditwirtschaft erklärte und Abs' Rolle bei »Arisierungen« bzw. Expansionsgeschäften herausstellte. Das Buch erzielte aber bei weitem nicht die Resonanz, die es zum 100. Jubiläum der Bank 1970 bewirkt hatte und wurde nur von wenigen Medien als Gegennarrativ zu der offiziellen Darstellung von Harold James gelesen.[199] Das geringe öffentliche Interesse an Czichons Argumenten zeugte von dem Bedeutungsverlust marxistisch grundierter Geschichtsdarstellungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und der fehlenden Anschlussfähigkeit im bundesdeutschen Diskurs der Unternehmensgeschichtsschreibung. Czichon wurde in den folgenden Jahren indes nicht müde, zu passenden Anlässen seine Generalabrechnung mit der Deutschen Bank und Hermann J. Abs erneut zu publizieren.[200]

Als die Deutsche Bank ihre in Auftrag gegebene Studie im Februar 1995 präsentierte, war diese Form eines ausschließlich von Historikern unabhängig erarbeiteten Jubiläumsbuchs ein Novum für die Unternehmensgeschichtsschreibung, und auch auf der Pressekonferenz war die Unsicherheit bei Vorstandssprecher Kopper deutlich spürbar.[201] Während der die Veranstaltung moderierende Wirtschaftshistoriker Knut Borchardt in seinen einleitenden Worten die Deutsche Bank lobte, eine »Geschichte ohne Loch« zu publizieren, enthielt sich Kopper jeglichen Kommentars auf die drängenden Nachfragen der Journalisten, die sich primär für das NS-Kapitel des Buches interessierten. Die Bank hatte die Kommission offensichtlich beauftragt, eine Darstellung zu erarbeiten, um damit auch die Verantwortung für ein Urteil über die Vergangenheit des Unternehmens zu übernehmen. Die stets betonte Unabhängigkeit der Kommission bedeutete damit auch einen Versuch der Entkopplung: Die Diskussion um die NS-Vergangenheit des Instituts sollte auf die wissenschaftliche Ebene verlagert werden, auf der man hoffte, keine Stellung mehr beziehen zu müssen. In der deutschen Öffentlichkeit wurde das Buch der Deutschen Bank nichtsdestotrotz größtenteils positiv aufgenommen. Von einer »ungewöhnlichen und überfälligen, mutigen und glaubwürdigen Aufarbeitung« war bspw. in der *Frankfurter Rundschau* die Rede; die *Neue Zürcher Zeitung* würdigte ein »Jubiläumsbuch, dass auch dunkle Seiten zeigt«; »Die Deutsche Bank stellt sich ihrer Geschichte« titelte die *Süddeutsche Zeitung* – Kritik wurde nur vereinzelt am NS-Kapitel von James geäußert.[202] Am Beispiel der in den Presseberichten viel zitierten Formulierung von James, die Bank habe »schwere

199 Vgl. etwa Die Zeit, 24.2.1995; Neues Deutschland, 9.3.1995; tageszeitung, 18.5.1995.

200 Vgl. Czichon, Deutsche Bank.

201 Vgl. zur Pressekonferenz den Kommentar in der Süddeutsche Zeitung, 10.3.1995 (»Der Jubilar hat keine Meinung«); Frankfurter Rundschau, 10.3.1995.

202 Frankfurter Rundschau, 16.2.1995 (erstes Zitat); Bild-Zeitung, 21.2.1995; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.3.1995; Mannheimer Morgen, 10.3.1995; Süddeutsche Zeitung, 10.3.1995 (drittes Zitat); Neue Zürcher Zeitung, 11.3.1995 (zweites Zitat). Zur positiven Resonanz in der internationalen Presse vgl. etwa Financial Times, 20.2.1995 bzw. 11.3.1995; The Jerusalem Post, 19.2.1995; Evening Standard, 21.2.1995;

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
moralische Schuld auf sich geladen«, lässt sich dabei der öffentlichkeitswirksame Effekt des wissenschaftlichen Forschungsauftrags zeigen. Der Satz wurde in den meisten Beiträgen als öffentliches Bekenntnis der Deutschen Bank und als Zeichen einer neuen Offenheit gewertet. Worin die besagte Schuld konkret bestanden habe und was die Konsequenzen dieser Erkenntnis waren, rückte dabei in den Hintergrund oder wurde gar nicht erst gefragt. Im öffentlichen Diskurs überblendete somit die Nachricht über die Tatsache, dass etwas gesagt wurde, die Nachricht, worin das Gesagte bestand. Diese Dynamik wurde auch in den Reihen der Deutschen Bank wahrgenommen, und die Öffentlichkeitsarbeit bzw. das Historische Archiv fertigte eine umfangreiche Pressesammlung der Berichterstattung aus dem In- und Ausland an, die bei Buch-Anfragen als authentifizierendes Zeugnis mit verschickt wurde.[203] In der geschichtswissenschaftlichen Zunft wurde das Buch ebenfalls in hohen Tönen gelobt. Jürgen Kocka adelte es als »wissenschaftliches und publizistisches Ereignis erster Güte« und bescheinigte den fünf Autoren, ein »gewichtiges Werk« erstellt zu haben, das »die Forschung voranbringt«.[204]

Mit dem Jubiläumsband der Deutschen Bank war die Messlatte unternehmensfinanzierter Auftragsforschung auf eine Höhe gelegt worden, die nachfolgende Unternehmen nicht mehr einfach unterlaufen konnten. Wichtige Protagonisten des akademischen Unternehmensgeschichtsdiskurses wie Gerald D. Feldman erklärten öffentlich ihre Studie zum »Prototyp einer Unternehmensgeschichte«[205], und die öffentliche Erwartungshaltung richtete sich nun an den als Standardwerken wahrgenommenen Studien aus. Als zeitgleich zur Deutschen Bank auch die Commerzbank ihr 125jähriges Bestehen feierte und ein buntes Jubiläumsbuch mit dem Seitenhieb herausgab, man habe »keine akademische Publikation, die nur wenige Fachleute interessiert« präsentieren wollen, wurde dies in der Berichtserstattung spitz kommentiert.[206] Aber eben nicht nur die Form, sondern auch die Inhalte gewannen an Bedeutung. Rein apologetische Darstellungen, wie sie noch ein Jahrzehnt zuvor auch von Historikern im Auftrag von Unternehmen verfasst worden waren, waren nun zunehmend in der Öffentlichkeit und auch in der Fachwissenschaft diskreditiert – und diese Entwicklung nahmen auch die auftragserteilenden Unternehmensleitungen wahr. Sechzig Jahre nach Kriegsende war der Nationalsozialismus nicht nur im Allgemeinen ein Thema von Gedenkveranstaltungen und politischen Reden. Das mediale Interesse vergrößerte sich, speziell an der NS-Vergangenheit von deutschen Unternehmen. Unabhängigkeit und

Le Monde, 10.3.1995. Zur Kritik an James' Darstellung vgl. Die Zeit 24.2.1995; tageszeitung, 18.5.1995.

203 HADB, Presse-Echo zu »Die Deutsche Bank 1870-1995«, hrsg. von der Historischen Gesellschaft der Deutschen Bank, Juli 1995.

204 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.4.1995.

205 Gerald Feldman zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.3.1995.

206 Vgl. etwa Frankfurter Rundschau, 18.2.1995 (hier das Zitat vom Vorstandssprecher der Commerzbank, Martin Kohlhaussen).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Glaubwürdigkeit waren daher die zentralen Elemente einer Unternehmensgeschichtspolitik, die fortan die Kommunikation und das Selbstbild von mehr und mehr Unternehmen bestimmte. Alte Rechtfertigungsschriften, dieser Eindruck verstärkte sich in den Chefetagen der deutschen Wirtschaft mit der Veröffentlichung der Deutschen Bank und ein Jahr später mit der Volkswagen-Studie von Hans Mommsen, hätten den drohenden Imageschaden nur vergrößert. Das Profil der Auftragnehmer veränderte sich dementsprechend. Die beauftragten Wissenschaftler waren nunmehr international anerkannte Experten, oftmals mit jüdisch-amerikanischem Hintergrund.

Diese Entwicklung spiegelte sich symptomatisch in der bereits oben erwähnten Tagung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte im Jahr 1997. Im Rahmen der eskalierenden Raubgold-Debatte und der schwelenden Frage der Zwangsarbeiterentschädigung standen diverse Unternehmen im Kreuzfeuer der Medien. Das öffentliche Interesse an der Rolle von Unternehmen im Nationalsozialismus war stark gestiegen, und fast wöchentlich wurden neue Details zu brisanten Fällen veröffentlicht. Vor diesem Hintergrund wurde der GUG-Tagung unter dem Titel »Unternehmer und Unternehmen im Nationalsozialismus« enorme mediale Aufmerksamkeit zuteil, als sich am 20. und 21. Juli Historiker und Unternehmensvertreter im Frankfurter Poelzig-Bau, dem ehemaligen Sitz der Zentralverwaltung der IG Farben, versammelten, um die Rolle von Unternehmen in der NS-Zeit zu erörtern. Während die Wissenschaftler in vier Sektionen Forschungsergebnisse aus den Branchen Banken, Automobilindustrie, Verkehr und Chemie diskutierten, war es den Unternehmensvertretern vorbehalten, zum Abschluss der Sektionen ihre Sicht der Dinge zu präsentieren und wie Michael Jansen für die Degussa weitere Forschungsaufträge anzukündigen. In den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen der Historiker war dabei auffallend, wie wenig sie bereit waren, ihre Forschungsergebnisse als Teil der politischen Debatten zu verstehen und der öffentlichen Erwartungshaltung hinsichtlich klarer Urteile zu Schuld und Mitschuld nachzukommen. Dabei war die Mehrheit der vortragenden Historiker Mitglieder der unternehmensfinanzierten Forschungskommissionen von Daimler-Benz, Volkswagen und der Deutschen Bank, und viele Redebeiträge bezogen sich wiederholt auf die laufenden politischen Kontroversen.[207] So hielt ausgerechnet zu Beginn der Tagung der US-Historiker Henry A. Turner ein »Plädoyer für Nachsicht« gegenüber den deutschen Unternehmern, um sie vor einem ungerechten »Pauschalurteil« zu bewahren. Grundsätzlich, so führte er aus, habe im Verhältnis zwischen Unternehmertum und Nationalsozialismus ein »weitgehender Primat der Politik« geherrscht: »Alle grundsätzlichen Entscheidungen wurden von einer politischen Führung gefällt, die die

207 Zu den Vortragenden aus unternehmensfinanzierten Projekten gehörten Harold James, Carl-Ludwig Holtfrerich, Hans Mommsen, Manfred Grieger, Mark Spoerer, Gerald D. Feldman. Peter Hayes wurde erst nach der Tagung mit dem Auftrag der Degussa betraut.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Wirtschaft als bloßes Werkzeug für die Verwirklichung von weitgesteckten ideologisch bestimmten Zielen betrachtete, deren volle Radikalität nur langsam aufgedeckt wurde.«[208] Auch wenn Turner in seinen weiteren Ausführungen durchaus differenzierte, so schlug er zum Auftakt der Tagung mit der Primat-Vokabel und der Werkzeug-Metapher ausgerechnet jenen alten Ton der unternehmerischen Verteidigungsnarrative aus vorangegangenen Jahrzehnten an. Die einstigen Kampfvokabeln des unternehmerischen Entlastungsdiskurses wurden in der medialen Berichterstattung dann auch je nach politischer Ausrichtung aufgegriffen und bestimmten die jeweils gewonnen Erkenntnisse. Während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* titelte »Von der Politik dominiert« und die Unternehmer »zu bloßen Werkzeugen degradiert« sah, kritisierte die *Zeit* den »konservativ historischen Mainstream«, der das Thema »mit einer eigentümlichem Mischung aus wissenschaftlichen und moralischen Urteilen« behandelt habe, und erkannte in den Vorstandsetagen nach 1933 vor allem »willige Manager«.[209] Von einer Beschwichtigung oder gar Schönfärberei durch die Historiker konnte dabei keine Rede sein. In allen Vorträgen der Sektionen wurden die Rollen der Unternehmen im »Dritten Reich« prägnant umrissen, wie sie auch in den Auftragswerken dargelegt worden waren, und es wurde über die Motive der entsprechenden Manager diskutiert. Auf der abschließenden Podiumsdiskussion waren sich die Historiker um Hans Mommsen und Peter Hayes jedoch einig, dass eine Beurteilung der Unternehmen nötig sei, eine Verurteilung jedoch nicht durch die Geschichtswissenschaft erfolgen könne: Eine »Politisierung der Sache ist fehl am Platz.« Die Tagung zeugte somit auch von den Erwartungshaltungen, die die Forschungsaufträge in der Öffentlichkeit erzeugten, die sich die Fachwissenschaftler jedoch nur bedingt zu bedienen bereit zeigten.

Die Dynamik der Auftragsforschung zwischen öffentlicher Debatte, der Skandalisierung in den Medien und der Anpassungsbereitschaft der Unternehmen zeigte sich Ende des Jahres wie im oben beschriebenen Fall der Degussa ebenso am Beispiel der Deutschen Bank. Als kurz vor der Londoner Goldkonferenz im November 1997 neue Quellen über die Rolle der Banken beim Raub und der Verwertung von jüdischem Eigentum ans Licht kamen und breit in den Medien darüber berichtet wurde, wurden in Frankfurt umgehend Entscheidungen getroffen. Erneut berief die Deutsche Bank eine Kommission ein, die den nun aufgeworfenen Fragen nach den Goldtransaktionen der Bank nachgehen sollte. Neben den drei Autoren des Jubiläumsbandes von 1995, Feldman, James und Gall, gehörten der israelische Antisemtismusforscher Avraham Barkai sowie der amerikanische Neuzeithistoriker Jonathan Steinberg der Kommission an. War es Steinberg, der die Rolle der Deutschen Bank bei den Goldtransaktionen der NS-Zeit untersuchte, erarbeitete James eine vertiefende Studie über die Beteiligung der Bank bei »Arisierungen« von jüdischen

208 Turner, Unternehmen, S. 16 f. bzw. 20.

209 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.6.1997; Die Zeit, 27.6.1997.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Unternehmen. Während Steinberg dabei die Bedeutung der Deutschen Bank beim Handel mit Gold von ermordeten Juden klar herausstellte, auch für die diesbezügliche Rolle von Abs deutliche Worte fand und seine eigene Position als Auftragsforscher selbstkritisch reflektierte,[210] blieb James wiederum zwiespältig in seiner Bewertung und Haltung. Hinsichtlich der »Arisierungs«-Geschäfte machten es laut James die diversen Akteure und ihre unterschiedlichen Handlungsspielräume schwierig, »zu allgemeinen Aussagen über das Verhalten eines Unternehmens als Ganzes zu kommen.« Indes legte er nahe, dass die Bank mehr Opfer als Täter im »Dritten Reich« gewesen war, wenn er konstatierte: »Bei der Rekonstruktion des Kräftespiels, innerhalb dessen die unternehmenspolitischen Entscheidungen jener Periode getroffen wurden, wird sich zeigen, dass und wie rational strukturierte Organisationen – in diesem Fall Wirtschaftsunternehmen – unter der Wucht einer alles durchdringenden, alles vergiftenden Ideologie aus den Fugen zu geraten begann.«[211] Die beiden Arbeiten von Steinberg und James wurden ergänzt durch zwei biographische Studien. Zum einen veröffentlichte Barkai eine Arbeit über den jüdischen Bankier Oscar Wassermann, der bis zu seinem erzwungenen Ausscheiden aus der Unternehmensleitung 1933 Vorstandssprecher der Deutschen Bank gewesen war.[212] Zum anderen zeichnete Lothar Gall auf über 500 Seiten den Lebensweg von Hermann J. Abs nach, der ihn von der Weimarer Republik über die Zeit des Nationalsozialismus zu einer der einflussreichsten Personen des Wirtschafts- und Finanzlebens der Bundesrepublik gemacht hatte – »A man for all seasons«, wie Gall resümierte.[213] Dabei setzte sich Gall auch quellenkritisch mit den von Abs selbst geprägten Narrativen über seine Rolle im »Dritten Reich« auseinander, zum Beispiel in dem seit dem Czichon-Prozess umstrittenen »Arisierungsfall« des Bankhaus Mendelssohn.[214] Dennoch blieb er seinem Protagonisten gegenüber wohlwollend, wenn er etwa die Bankenbeteiligungen im Zuge der Expansionsbestrebungen des NS-Regimes in die »lange Tradition kommerzieller Beziehungen« einordnete – in diesem Punkt unterschied sich Gall gar nicht so sehr von der Interpretationslinie eines Fritz Seidenzahl anno 1970.[215] Galls Studie war jedoch alles andere als eine apologetische Verbeugung vor dem Grandseigneur der Deutschen Bank, wie etwa seine differenzierenden Abwägungen verdeutlichen hinsichtlich der Frage nach Abs' Kontakten zum Widerstand oder seinem Wissen über die Herkunft des gehandelten Goldes bzw. die Kenntnis des Zusammenhangs der IG Farben mit dem KZ Ausch-

210 Vgl. Steinberg, Deutsche Bank, S. 12-14 bzw. 86 f.
211 James, »Arisierung«, S. 19. Zur Kritik an dieser Darstellungsweise vgl. Gregor, Wissenschaft, S. 90 f.
212 Vgl. Barkai, Wassermann.
213 Vgl. Gall, Man; Gall, Bankier, S. 121.
214 Vgl. Gall, Bankier, S. 47-120, hier S. 58 f.
215 Gall, Bankier, S. 74. Zu diesem Deutungsmuster der »alten Pläne« vgl. auch S. 58, 73, 76. Zu Seidenzahl vgl. S. 169 dieser Arbeit.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
witz.[216] Selbst langjährige Kritiker der Bank bescheinigten Gall ein ausgewogenes Buch geschrieben zu haben.[217] Charakteristisch für den Umgang der Deutschen Bank mit ihrer NS-Vergangenheit in dieser Zeit Ende der neunziger Jahre war der Umstand, dass auch Galls Studie durch vermehrtes öffentliches Interesse und kritische Nachfragen angestoßen worden war.[218] Waren die persönlichen Akten von Abs für James und das Jubiläumsbuch noch verschlossen gewesen, so gewannen auch die Verantwortlichen im Vorstand nach Abs' Tod 1994 langsam Distanz zum allseits verehrten Ehrenvorsitzenden. Die Aktenbestände blieben zwar weiterhin unzugänglich, aber für Galls Studie wurde eine exklusive Ausnahme erwirkt. Selbst Abs' engste und loyalste Mitarbeiter wie Manfred Pohl begannen, seine Rolle im »Dritten Reich« zu hinterfragen und das vormals gezeichnete Bild zu revidieren.[219] Die Forschungsprojekte fielen dabei in eine Zeit, in der die Deutsche Bank mit ihrer NS-Vergangenheit wiederholt in die negativen Schlagzeilen geriet. Die Raubgold-Debatte des Jahres 1997 führte direkt in die Kontroverse um Zwangsarbeiterentschädigung, und während die Deutsche Bank an der Übernahme von Bankers Trust in den USA arbeitete, stand das Unternehmen durch die ersten Sammelklagen vor amerikanischen Gerichtshöfen unter erheblichem öffentlichen sowie politischen Druck. Wie sensibel die Bank inzwischen gegenüber der drohenden Skandalisierung ihrer Firmengeschichte in den Medien geworden war, veranschaulichte auch der Umgang mit einer selbstgemachten »Enthüllung«. Archivmitarbeiter der Deutschen Bank waren auf Dokumente gestoßen, die nachwiesen, dass die Filiale Kattowitz Kredite an Baugesellschaften vergeben hatte, die am Bau des Konzentrationslager Auschwitz und des benachbarten Buna-Werks der IG Farben beteiligt gewesen waren. Anstatt diese Unterlagen nun unter Verschluss zu halten, entschied man sich im Vorstand lieber gleich dazu, wichtige politische Akteure darüber zu unterrichten und die historische Quelle an die Presse weiterzugeben, bevor es unternehmensexterne Forscher herausfanden und skandalisierten.[220] Der Vorstand war sich inzwischen darüber im Klaren, dass der öffentliche Eindruck einer verheimlichten Geschichte schlimmere Folgen für das Image haben konnte als die Geschichte selbst. Bezeichnenderweise veröffentlichte die Deutsche Bank in diesem Zusammenhang nicht die Tatsache, dass die Filiale Kattowitz auch Kredite an die Firma von Oskar Schindler vergeben hatte. Jegliche Vorwürfe der Geschichtsklitterung sollten vermieden werden; Offenheit und Glaubwürdigkeit waren die primären Ziele einer an-

216 Vgl. Gall, Bankier, S. 87, 95, 96 f., 101-108.
217 Vgl. Roth, Rezension.
218 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.9.1998; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.2.1999.
219 Vgl. Manfred Pohls Äußerungen in Die Zeit, 11.2.1999. Zum Abs-Bild von Pohl vgl. M. Pohl, Bildbiographie.
220 Vgl. Frankfurter Rundschau, 5.2.1999; Eizenstat, Gerechtigkeit, S. 283. Zum internen Diskussionsprozess um den Umgang mit den Kattowitz-Akten vgl. Feldman, Holocaust Assets, S. 23 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
gepassten Unternehmensgeschichtspolitik. Vor diesem Hintergrund wurde schließlich James mit der Überarbeitung und Ergänzung seines NS-Kapitels aus dem Jubiläumsbuch beauftragt, das die neuen Erkenntnisse zusammenführte und als eigenständiges Buch herausgegeben wurde.[221]

Die vielfältige Reihe an Forschungsprojekten der Deutschen Bank war dabei Ende der neunziger Jahre nur das prominenteste Beispiel für das Reiz-Reaktions-Schema, nach dem »Sensationsenthüllungen« und öffentlicher Druck zu demonstrativer Aufklärung bei den kritisierten Unternehmen führten. Hatte die Degussa auf der Tagung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte 1997 mit der Ankündigung des Forschungsauftrags, der letztlich an Peter Hayes ging, den Anfang gemacht, zogen weitere Unternehmen nach, die ebenfalls aufgrund ihrer NS-Vergangenheit angegriffen wurden. So hatte sich die Allianz seit Monaten mit negativen Schlagzeilen konfrontiert gesehen und war als einer der ersten deutschen Konzerne Ziel einer Sammelklage von amerikanischen Holocaust-Überlebenden geworden.[222] Schließlich bekannte auch die Allianz öffentlich, »Schuld auf sich geladen zu haben«, kündigte ebenfalls eine »Historikerkommission« an und wiederum war es Gerald D. Feldman, der eine detaillierte Studie über den Umgang mit jüdischen Kunden, die Beteiligung an »Arisierungen« sowie die Versicherung und damit das Wissen von Konzentrations- und Vernichtungslagern erarbeitete.[223] Auch andere Großkonzerne wie etwa die Bertelsmann AG mussten ihre über Jahrzehnte verfestigten, noch kurz zuvor feierlich publizierten Selbstbilder revidieren. 1998 stand der Konzern vor der Übernahme des amerikanischen Verlags Random House und reagierte prompt auf die scharfe Kritik Einzelner bzw. auf das entsprechende Medienecho mit der Einrichtung einer »Unabhängigen historischen Kommission«.[224] Die radikalste Kehrtwende von allen in der Kritik stehenden Konzernen legte indessen der Vorstand der Dresdner Bank hin. Das Unternehmen hatte vergleichsweise lange an alten Selbstbildern festgehalten und

221 James, Deutsche Bank. Zur positiven Rezeption vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.2004; Neue Zürcher Zeitung, 13.12.2003; Kopper, Rezension.

222 Vgl. dazu etwa Die Zeit, 11.4.1997 (»Braune Schatten«).

223 Vgl. dazu das Interview mit Allianz-Vorstand Herbert Hansmeyer in Der Spiegel, 2.6.1997 (»Wir haben Schuld auf uns geladen«); Feldmans Studie erschien zeitgleich auf Englisch und auf Deutsch, vgl. Feldman, Allianz.

224 Der damalige Vorstandsvorsitzende Thomas Middelhoff hatte 1998 bei einer Rede in New York davon gesprochen, dass Bertelsmann eines der wenigen nicht-jüdischen Medienunternehmen gewesen sei, dass von den Nazis geschlossen worden sei, weil es verbotene Bücher publiziert habe und für die Redefreiheit eingetreten sei. Der Publizist Hersch Fischler, der schon im Fall der Degussa maßgeblich involviert gewesen war, kritisierte Bertelsmann daraufhin scharf. Schließlich beauftragte Bertelsmann eine Kommission, in der unter anderem Saul Friedländer und Norbert Frei vertreten waren. Vgl. Friedländer u. a., Bertelsmann, S. 9 f.; Bertelsmann, 175 Jahre Bertelsmann, S. 4. Zu Fischler vgl. Weltwoche, 8.10.1998 und 29.10.1998. Zum alten Widerstandsnarrativ bei Bertelsmann vgl. Bertelsmann, 150 Jahre Bertelsmann, S. 323, 333. Zum Fall Bertelsmann vgl. ausführlich Schanetzky, Distanzierung, S. 136 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
in Festschriften die eigene NS-Vergangenheit stark geschönt. Noch 1992 hatte das Institut eine umfangreiche Festschrift herausgegeben, in der auf 30 Seiten die Aktivitäten der Jahre 1933 bis 1945 geschildert wurden, um am Ende des Kapitels die »Entwicklungen« zu relativieren und sich gegen »Vorwürfe und Pauschalurteile« zu verwahren.[225] In der *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* wurde diese Darstellung als »gutes Vorbild für weitere Bankengeschichten« gelobt.[226] 1997 feierte die Bank ihr 125jähriges Firmenjubiläum mit einer Essay-Sammlung von prominenten Persönlichkeiten, ohne in ihren Geschichtsdarstellungen auf ihre Rolle in der NS-Zeit einzugehen, was in der Berichterstattung scharf kritisiert wurde.[227] Als jedoch kurz darauf auch die Dresdner Bank im Zuge der Raubgold-Debatte mit immer neuen Vorwürfen konfrontiert wurde und der mediale Druck auf die drei Großbanken weiter stieg, entschied sich der Vorstand der Dresdner Bank – wie etwas später auch der Vorstand der Commerzbank –, dem Beispiel der Deutschen Bank zu folgen.[228] Erstmals wurde ein eigenständiges Archiv im Haus aufgebaut, eine historische Gesellschaft wurde gegründet und nicht zuletzt wurde eine Gruppe von Historikern des Hannah-Arendt-Instituts mit der Erforschung der NS-Zeit beauftragt, was zu der umfangreichsten Darstellung aller Auftragsprojekte dieser Zeit führte. Wie es einer der Autoren auf den Punkt brachte: »Die Dresdner Bank im Dritten Reich zu untersuchen, wurde möglich, als der Vorstand erkannte, dass fortgesetzte Indifferenz gegenüber dem Verhalten des eigenen Unternehmens im Nationalsozialismus mehr geschäftlichen und moralischen Schaden als Nutzen zu stiften begann.«[229] Hatte die Bank bislang nur dünne Zeilen zur eigenen Verantwortung in der NS-Zeit aufs Papier gebracht, erschienen 1999 ein erster Zwischenbericht zur Raubgold-Thematik und schließlich 2006 die vier Bände des Forschungsprojekts, die insgesamt über 2300 Seiten umfassten und einen neuen wissenschaftlichen Maßstab für Bankengeschichte etablierten.[230] Neil Gregor hat unter Verweis auf Niklas Luhmanns Diktum, gegen Komplexität lasse sich nicht protestieren, darauf hingewiesen, dass mit solch

225 Vgl. Dresdner Bank, 120 Jahre Dresdner Bank, S. 102-133 (Zitat 133).

226 Vgl. Born, Rezension, S. 191

227 Vgl. Dresdner Bank, Werte; Dresdner Bank, 125 Jahre Dresdner Bank. Zur kritischen Presse vgl. etwa Die Zeit, 5.6.1997 (»Das Schweigen der Manager«).

228 Zu den Vorwürfen rund um die Londoner Goldkonferenz und der Ankündigung der Dresdner Bank vgl. Bild-Zeitung, 2.12.1997 (»Nazi-Gold: Jetzt auch Vorwürfe gegen deutsche Banken«); Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.12.1997. Die ersten Forschungsergebnisse der Kommission zur NS-Geschichte der Commerzbank wurden 2004 veröffentlicht, vgl. Herbst/Weihe, Commerzbank.

229 So Klaus-Dietmar Henke im Vorwort des Herausgebers zu Bähr, Dresdner Bank, S. IX.

230 Bähr, Goldhandel; Bähr, Dresdner Bank; Henke, Dresdner Bank; Wixforth, Expansion; Ziegler, Dresdner Bank; etwas später erschien auch zur unmittelbaren »Nachgeschichte« 1945-1957 eine Studie, die im Kontext des Forschungsauftrags konzipiert, aber unabhängig davon als Forschungsprojekt von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert worden war, vgl. Ahrens, Dresdner Bank.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
voluminösen Kompendien das Skandalpotential gegen die Bank erfolgreich neutralisiert werden konnte.[231] Die Dresdner Bank konnte davon ausgehen, dass in der breiten Öffentlichkeit, in der sie zuvor hart kritisiert worden war, nur vergleichsweise wenige Experten das komplette Werk lesen und einordnen würden. Grundsätzlich war das Großprojekt der Dresdner Bank Anzeichen einer Welle an unternehmensfinanzierter Auftragsforschung, die ihren Scheitelpunkt mit dem Abschluss des Projektes erreichte, ohne dass die Beteiligten das schon hätten absehen können.

Vorerst waren die diversen Forschungsaufträge und die GUG-Tagung des Jahres 1997 für das Fach der Unternehmensgeschichte Faktoren einer Selbstvergewisserungsdebatte, die nun nicht nur intensiv über Methoden und Theorien geführt wurde, sondern die auch über grundsätzliche Fragen stritt, etwa welche Haltung die akademische Unternehmensgeschichte gegenüber den Unternehmen und ihren Archiven einnehmen und welcher Grad an Unabhängigkeit ihr eigen sein sollte. Die Frage nach einem Interessenkonflikt der Historiker, wenn der Auftraggeber der Forschung gleichzeitig auch Gegenstand der Forschung war, hatte bereits in den achtziger Jahren für erbitterten Streit gesorgt, als Daimler-Benz erstmalig die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte beauftragt hatte – und wie die Debatte gezeigt hatte, war die Kritik nicht einfach von der Hand zu weisen gewesen. Hatte Hans Mommsen in der Kontroverse um Daimler-Benz noch die Auftragsforschung der GUG kritisiert, wollte er sich Kritik von Entschädigungsaktivisten an seiner eigenen Rolle im Volkswagen-Projekt jedoch verbitten.[232] Ähnlich pikiert reagierten die Kommissionsmitglieder der Deutschen Bank 1995 bei ihrer Buchvorstellung, als Journalisten die Unabhängigkeit der Historiker in Frage stellten.[233] Die international renommierten Geschichtswissenschaftler fühlten sich absichtlich verzerrt dargestellt und wähnten sich mit ihrem Berufsethos ausreichend legitimiert. Sie taten sich schwer damit zu akzeptieren, dass im emotional aufgeladenen und medial inszenierten Vergangenheitsdiskurs sie selbst zum Politikum wurden. Wie die Tagung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte 1997 gezeigt hatte, waren sich die Kollegen unabhängig von den diskutierten Fachfragen in einem Punkt sehr wohl einig: Dass ihre Forschungsergebnisse nicht politisiert werden sollten.[234] Dabei unterschätzten die an unternehmensfinanzierten Forschungsprojekten beteiligten Historiker die Mechanismen der medialen Skandalisierung, deren Triebfedern auch sie selbst waren. Je größer das Renommee des Forschers, desto größer war auch die öffentliche Erwartungshaltung an das Projekt – was auch ganz im Sinne der Unternehmen lag. Jede Abwägung der Historiker für oder gegen das auftraggebende Unternehmen konnte allerdings

231 Gregor, Wissenschaft, S. 92. Das Luhmann-Zitat ursprünglich bei Schanetzky, Jubiläen, S. 70.

232 Vgl. S. 277 f. dieser Arbeit.

233 Vgl. Süddeutsche Zeitung, 10.3.1995; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.3.1995.

234 Vgl. die Wortmeldungen auf der abschließenden Podiumsdiskussion, abgedruckt in Gall/Pohl, Unternehmen, S. 125-138.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zum Ausgangspunkt für Verschwörungstheorien werden und nährte in den Medien Spekulationen über die »eigentlichen« Motive der Auftragnehmer. Auf dem Höhepunkt der Raubgold-Debatte 1998 stellte Feldman fest, dass die Unternehmen nur die Wahl hätten, oftmals aus dem Zusammenhang gerissene, sensationell erscheinende Informationen wie »Hammerschläge auf ihre Köpfe niederprasseln zu lassen« oder »darauf zu bestehen, dass ihre Geschichte, wie schrecklich sie auch gewesen sein mag, nüchtern und kontextualisiert dargestellt wird«.[235] Mit anderen Worten: besser ein schreckliches als ein falsches Bild – und Historiker waren die Instanzen, die darüber entscheiden sollten. Zwar war Historikern schon in früheren juristischen Prozessen um den Nationalsozialismus eine wichtige Bedeutung zugekommen, aber die Debatte über die Rolle der Wirtschaft im Nationalsozialismus katapultierte das lange überschaubare Fach der Unternehmensgeschichte aus seinem akademischen Schattendasein mitten in den politischen Fokus internationaler Aufmerksamkeit und trug den Unternehmenshistorikern selbst die Funktion des Richters an.[236] Dass die Forschungsergebnisse zu Zwangsarbeit oder Raubgold nicht klar zu trennen waren von den Interessen der Unternehmen, die diese Forschungen angestoßen hatten, wurde regelmäßig zu einem heftig umstrittenen Punkt. Einen Höhepunkt dieser Debatten markierte der durch den amerikanischen Politikwissenschaftler Michael Pinto-Duschinsky initiierte Streit, der im Jahr 1998 die Kritik am Volkswagen-Projekt und der Kommission der Deutschen Bank zuspitzte. Im *Times Literary Supplement* stellte er unter der Überschrift »Selling the past« die Gretchen-Frage der Auftragsforschung: War es für Historiker angemessen, Bezahlungen von Unternehmen oder Regierungsinstitutionen anzunehmen, deren Akten der Gegenstand ihrer Forschung war?[237] Die auftraggebenden Unternehmen würden die Forschung allein schon durch die Auswahl der auftragsnehmenden Wissenschaftler nachhaltig beeinflussen. Die Historiker würden sich durch die Honorare abhängig machen, wenn es um zukünftige Aufträge und die Einwerbung von Drittmitteln von unternehmensfinanzierten Stiftungen ginge. Dabei nahm Pinto-Duschinsky insbesondere die unlängst nachgeschobenen Forschungsprojekte der Deutschen Bank zu Raubgold und »Arisierungen« als Zeichen dafür wahr, dass die erste Studie der Deutschen Bank von 1995 offensichtlich lückenhaft konzipiert gewesen sei. Die angegriffenen Historiker wehrten sich gegen die Unterstellung der Käuflichkeit in eigenen Beiträgen und betonten die klar festgelegten Vertragsklauseln mit den Unternehmen, die auch nachfolgenden Wissenschaftlern den Zugang zu den Akten in den Unternehmensarchiven eröffnen würden. Der Streit erstreckte sich in der Folge über mehrere Monate und changierte zwischen Fachfragen

235 Feldman, Unternehmensgeschichte, S. 3.

236 Grundsätzlich zum Rollenverhältnis von Historikern und Richtern vgl. Stolleis, Historiker.

237 Times Literary Supplement, 23.10.1998, S. 16.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
und persönlichen Angriffen.[238] Zudem rechtfertigte sich Feldman in mehreren Vorträgen für die Honorare: Warum sollten »ernsthafte Historiker für ihre Leistungen nicht ebenso wie Angehörige anderer Berufe bezahlt werden […], die als Sachverständige vor Gericht tätig sind oder ihr Fachwissen Regierungsbehörden und privaten Organisationen anbieten«? Von einer vermeintlichen »Reinwaschung« hätte laut Feldman keine Partei etwas gehabt. Immerhin habe der Wissenschaftler seinen Ruf zu verlieren und das Unternehmen habe durch die vielen neuen Archivfunde nicht mehr die alleinige Deutungshoheit über die Firmengeschichte.[239] Zu einer Neuauflage dieses Streits unter ähnlichen Vorzeichen kam es zwei Jahre später, als der US-Medienwissenschaftler Christopher Simpson die OMGUS-Berichte zur Deutschen und Dresdner Bank in einer neuen englischsprachigen Edition herausgab. In der Einleitung betonte Simpson die Bedeutung der OMGUS-Ermittlungsergebnisse und warf Feldman sowie seinen Kommissionskollegen das Verfälschen der Geschichte zu Gunsten der Deutschen Bank vor (»spin-doctoring the Holocaust«). Feldman reagierte mit einer scharfen Replik und warf Simpson Unkenntnis der Materie vor.[240] Diese Debatten standen symptomatisch für das Missverhältnis zwischen der Selbstwahrnehmung der Wissenschaftler und der öffentlichen Ansprüche, die an sie herangetragen wurden. Die Historiker rechtfertigten ihre Auftragsforschungen mit ihrer wissenschaftlichen Integrität bzw. Berufsehre und sahen sich dabei nicht als Akteure der politischen Debatten um Entschädigungszahlungen, als solche sie jedoch von den Unternehmen eingekauft und in der Öffentlichkeit angesehen wurden.[241] In diesem Sinne mussten daher nicht nur Unternehmen einen Lernprozess durchlaufen, unter welchen Bedingungen ihre Forschungsaufträge den gewünschten Effekt von Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit erzielen konnten, sondern auch Historiker mussten sich mit der Vorstellung zurechtfinden, dass sie nicht mehr nur Beobachter, sondern auch Bestandteil der Vergangenheitsdebatten um die NS-Geschichte deutscher Konzerne waren.

Forschungskonjunktur und Ergebnisse

Die Forschungsaufträge waren ein verstärkender Teil einer größeren Strömung im Feld der Wirtschaftsgeschichte, die letztlich in einer »Sonderkonjunktur«[242] der NS-Unternehmensgeschichte mündete. Die Unternehmensgeschichte

238 Vgl. Times Literary Supplement, 6.11.1998; 27.11.1998; 8.1.1999; 14.5.1999; 18.6.1999; 16.7.1999; 6.8.1999; 17.9.1999.

239 Eine Version des Vortrags abgedruckt in Feldman, Unternehmensgeschichte (Zitat S. 119 f.).

240 Vgl. Simpson, War Crimes; Feldman, Wer spinnt?; Simpson, Letter.

241 Zur Selbstreflexion der eigenen Rolle in der öffentlichen Debatte vgl. Feldman, Allianz, S. 16; James, »Arisierung«, S. 9 f.; James, Deutsche Bank, 7 f.; Hayes, Degussa, 9-13; Steinberg, Deutsche Bank, S. 9-14. Dagegen etwa Senfft, Historiker.

242 Banken, Nationalsozialismus.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
wurde Ende der neunziger Jahre zu einem attraktiven Forschungsfeld, das zum einen langjährige Protagonisten des Fachs nun mit hoher Schlagzahl bearbeiteten. Manfred Pohl beispielsweise, der Leiter des Historischen Archivs der Deutschen Bank und Geschäftsführer der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, verfasste zusammen mit seinen Mitarbeitern in diesem Zeitraum eine ganze Reihe an Firmengeschichten, die sich nicht nur in ihrem Branchenfokus (Energie- und Bauwirtschaft), sondern auch in ihrer Kapitelstruktur und Semantik ähnlich waren.[243] Zum anderen wandten sich nun auch Zeithistoriker im Allgemeinen dem Feld der Unternehmensgeschichte zu, das sie vorher nicht groß berücksichtigt hatten. Rund um die Jahrtausendwende nahm sich die etablierte Geschichtswissenschaft des Themas NS-Unternehmensgeschichte voll an, und diverse unternehmensfinanzierte Studien entstanden, die methodisch-theoretisch anspruchsvoll waren, die Unternehmen einbetteten in ihren politik- und gesellschaftsgeschichtlichen Kontext und in der Fachwelt gute Noten erhielten.[244] Die Betonung der Unabhängigkeit der Auftragsforschung entwickelte sich dabei zum Standard und Gütesiegel. Stets wurde in den Einleitungen der Studien unterstrichen, dass die Unternehmen ihre Archivbestände uneingeschränkt zur Verfügung gestellt und auf die Manuskripte keinen Einfluss genommen hatten. Aber auch im Bereich der nicht von Unternehmen finanzierten Forschung entstanden weitere Arbeiten, die etwa hinsichtlich Daimler-Benz, der Deutschen Bank und der IG Farben die NS-Zeit untersuchten.[245] Dass sich Arbeiten, die aus Forschungsaufträgen hervorgingen, nicht mehr zwangsläufig in ihren Ergebnissen von Arbeiten unterschieden, die unabhängig von Aufträgen entstanden waren, zeigten drei Studien zum Flick-Konzern, die im selben Zeitraum erarbeitet wurden.[246]

Die vielfältigen Studien zur NS-Zeit deutscher Unternehmen waren dabei Ausdruck und verstärkender Faktor einer generellen Neuorientierung der Wirtschaftsgeschichtsschreibung der NS-Zeit in den neunziger Jahren. Bislang hatten in der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung die makroökonomisch bzw. wirtschaftspolitisch angelegten Studien dominiert, die das Verhältnis von Wirtschaft und Staat bzw. die Funktionsweise und Leistungsstärke der NS-Wirtschaft untersuchten.[247] Auch wenn einzelne Aspekte dieser Fragen um das »Wirtschaftswunder« der dreißiger Jahre oder das »Rüstungswunder« der zweiten Kriegshälfte als Nachfolgen der Modernisierungsdebatte weiterhin

243 Vgl. M. Pohl, Bayernwerk; M. Pohl, VIAG; M. Pohl, Strabag; M. Pohl, Holzmann; M. Pohl, Hochtief; M. Pohl, Südzucker.

244 Vgl. zum Beispiel Abelshauser, BASF; Gall, Krupp; Dienel, Linde; Lindner, Hoechst; Bähr u. a., MAN.

245 Vgl. Gregor, Daimler-Benz; Wagner, IG Auschwitz; Kopper, Bankiers; Loose, Kredite.

246 Vgl. Bähr u. a., Flick-Konzern; Frei u. a., Flick; Priemel, Flick.

247 Für eine Übersicht vgl. Hildebrand, Das Dritte Reich, S. 193-221.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
diskutiert wurden,[248] so war es letztlich der Aufstieg der Unternehmensgeschichte, der ab Anfang der neunziger Jahre neue Perspektiven eröffnete und frische Forschungsimpulse gab.[249] Die wachsende Offenheit gegenüber neuen methodischen Zugriffen und theoriegeleiteten Arbeiten sowie das verstärkte Interesse an innerbetrieblichen Entscheidungsprozessen führten nicht zuletzt zu einer »unternehmenshistorischen Wende«[250] der Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus. Die neuen wissenschaftlichen Forschungsinteressen gingen einher mit den politisch und öffentlich diskutierten Fragen nach der Rolle von Unternehmen in der NS-Zeit und schlugen sich etwa nieder im Fokus auf die Entscheidungsspielräume von Unternehmensleitungen nach 1933. Die mikroökonomische Perspektive versprach somit zu gleichen Teilen eine Antwort sowohl auf genuin wissenschaftliche als auch auf politisch-öffentliche Fragen, die sich wechselseitig befeuerten. Die Tatsache, dass das Gros der Unternehmen im Nationalsozialismus »mitgemacht« hatte, wurde schließlich nicht mehr ernsthaft bestritten; die Frage jedoch war, wie dieses »Mitmachen« sich ausgedrückt hatte.[251] Die steigende Anzahl an Forschungsaufträgen und der Bedeutungsgewinn des Fachs in der Öffentlichkeit führten nicht zuletzt in der unternehmensgeschichtlichen Zunft zu einer erhöhten Selbstreflexion über die Ausrichtung des Fachs auf einen »ökonomischen Kern« der Unternehmensgeschichte und eine breite fachinterne Diskussion über Methoden- und Theorievielfalt.[252]

Die Vielzahl an Studien, die im Zuge des Booms der NS-Unternehmensgeschichte bis Mitte des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts entstanden, vermochten ein weitaus differenzierteres Bild der Unternehmen im »Dritten Reich« zu ergeben, als dies die Forschung vor 1990 mit ihren schematischen Mustern getan hatte. Die mikroökonomische Neuorientierung der Wirtschaftsgeschichtsschreibung der NS-Zeit zeichnete sich dabei durch fünf Forschungsschwerpunkte aus.[253] Erstens wurde das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftssteuerung nuancierter ausgeleuchtet. Hier kamen Fragestellungen nach Strategien und Handlungsspielräumen der Unternehmen zum Tragen, die nicht zuletzt auch durch die öffentliche Diskussion bedingt waren. Das traf auch zweitens auf die

248 Vgl. Abelshauser, Kriegswirtschaft; Buchheim, Wirtschaftsentwicklung; Tooze, Ökonomie, S. 59-126 bzw. 634-676. Zur »Modernität« des »Dritten Reiches« vgl. Zitelmann/Prinz, Nationalsozialismus; dagegen bspw. Gregor, Daimler-Benz.

249 Vgl. grundsätzlich etwa W. Plumpe, Stichworte; W. Plumpe, Soziale Organisationen. Für einen Überblick vgl. Erker, Aufbruch; Erker, »A New Business History?«.

250 Abelshauser u. a., Neuere Forschungen, S. 11.

251 Ebd., S. 10 f.

252 Vgl. Pierenkemper, moderne Unternehmensgeschichte; M. Pohl, Weihrauch; Pierenkemper, Sechs Thesen; W. Plumpe, Unwahrscheinlichkeit; Borscheid, Kern; Triebel/Seidl, Analyserahmen.

253 Diese Einteilung des Forschungsstands nach Banken, Nationalsozialismus, S. 4; Banken, »Verschweigen«. Für einen Forschungsüberblick vgl. auch Schneider, Wirtschaft; W. Plumpe, Zwischenbilanz, S. 247-254.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
daran anschließende Frage nach den Motiven der Entscheidungsträger in den Unternehmensleitungen zu. Ein dritter Forschungsstrang untersuchte die Art und Weise der Beteiligung der Unternehmen an NS-Verbrechen. Hier waren Themen zentral wie die »Arisierung« jüdischer Unternehmen und die Verwertung des von Juden geraubten Vermögens, der Einsatz von Zwangsarbeitern in der Industrie und nicht zuletzt die direkte Involvierung in den Holocaust. Ein viertes Forschungsfeld interessierte sich für den Einfluss des NS-Regimes auf die längerfristigen Verfassungsentwicklungen deutscher Unternehmen. Fünftens beschäftigte sich eine Vielzahl an Studien mit Biographien von Großindustriellen bzw. Managern im Nationalsozialismus.

Zusammenfassend lässt sich für diese Forschungsliteratur festhalten, dass im Großen und Ganzen Einigkeit über die überwiegend ökonomische Logik von Unternehmensleitungen im »Dritten Reich« bestand. Anstelle einer besonderen ideologischen Disposition wurden in den Reihen der Unternehmen Formen der Zweckrationalität und des Opportunismus identifiziert, die das NS-Regime für seine Zwecke einzubinden verstanden hatte. Eine besondere »politische Affinität zum Nationalsozialismus, die sich aus der Funktionsrolle ›Unternehmer‹ ergab, ist empirisch nicht belegt«, die Unternehmer vom Rest der deutschen Bevölkerung unterschieden hätte.[254] Als ein Schlüssel zu ihrem Verständnis wurde dabei das Ineinandergreifen von Profit, Politik und Technologie vor Kriegsbeginn identifiziert. Die nationalsozialistische Autarkie- und Rüstungspolitik setzte den Unternehmen konkrete Anreize, kriegswichtige Ersatzstoffe für importierte Rohstoffe zu erforschen und neue Fertigungsverfahren für Waffen zu entwickeln. Viele der Forschungsansätze waren schon vor 1933 entstanden, im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik wurden diese kostenintensiven Entwicklungsprozesse jedoch beschleunigt oder überhaupt erst ernsthaft angegangen. Ob synthetische Erzeugnisse für Benzin, Gummi oder Textilfasern, ob neue Fertigungsverfahren in der Stahlerzeugung oder neue Technologien im Flugzeugbau – die Unternehmen wurden nicht gezwungen, in die teuren Entwicklungs- und Produktionsverfahren zu investieren, aber es lohnte sich. Selbst unter extremen ideologischen Vorzeichen handelten Unternehmen daher eher nach ökonomischen Kriterien – boten sich aber genau dadurch dem NS-Regime als »willfährige Partner« an.[255] In diesem Sinne konstatierte Werner Plumpe, »dass der Nationalsozialismus Entscheidungsroutinen [der Unternehmen] durch Veränderungen ihrer Rahmenmilieus pervertierte, und zwar vor allem dadurch, dass er durch Abnahme und Preisgarantien den Unternehmen Entscheidungsunsicherheit nahm. Die Unternehmen stellten sich ihrerseits darauf ein und richteten ihre interne Erwartungsvorbereitung letztlich an den politischen Vorgaben bzw. an den Ergebnissen politischer Preisverhandlungen aus, wobei weiterhin eine bezogen auf

254 W. Plumpe, Zwischenbilanz, S. 250 f.

255 Vgl. Tooze, Ökonomie, S. 144-166 (Zitat S. 166); Schneider, Wirtschaft, S. 190-195. Zur Anreizstruktur vgl. Buchheim, Unternehmen.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
günstige Preisdifferenzen positive Erwartungsbildung für ihre Entscheidungen ausschlaggebend blieb. Nur war die Erwartungsbildung keine Folge der Marktbeobachtung mehr, sondern folgte politischen Vorgaben.«[256] Kurzum: Je mehr das NS-Regime das Verhalten der Unternehmen zu konditionieren, wenn auch nicht zu automatisieren, und seine Forderungen durch finanzielle Anreize attraktiv zu gestalten versuchte, desto stärker verließen sich die Unternehmen auf die Risikogarantien durch den Staat und sicherten ihre ökonomische Existenz weniger durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb als durch geschicktes Verhandeln mit dem Staat ab.[257] Diese opportunistische und von einem zweckrationalen Nutzenkalkül bestimmte Haltung wurde von der Forschung in den meisten Fällen auch als Grund für die Beteiligung an NS-Verbrechen gesehen.[258] Für die Mehrzahl an »Arisierungen« wurde festgehalten, dass ideologische Überzeugungen kaum eine Rolle gespielt hatten. Vielmehr interessierten sich die Unternehmen für die Erweiterung ihrer Geschäftsfelder und meinten, der eigenen Konkurrenz zuvorkommen zu müssen – eine Haltung, die sich spätestens ab 1938 vollends durchsetzte und später in den besetzten Ländern radikal vertreten wurde.[259] Auch der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen wurde in den entsprechenden Studien nicht auf ideologische Motive, sondern auf die opportunistische Haltung zurückgeführt, verfügbare Arbeitskräfte einsetzen und damit Rüstungsaufträge erfüllen zu können. In den meisten Fällen ergriffen die Unternehmen selbst die Initiative zur Anforderung von Häftlingen, da sie erwarteten, von der KZ-Arbeit profitieren zu können.[260] Was nicht bedeutete, dass das nationalsozialistische Gedankengut vor dem Betriebstor haltgemacht hätte. Die »Betriebsgemeinschaft« auf der einen und die rassenideologisch eingeteilten und dementsprechend behandelten Zwangsarbeiter auf der anderen Seite waren Ausprägungen des nationalsozialistischen Mobilisierungsbegriffs der »Volksgemeinschaft«.[261] Zudem wussten die Unternehmensleitungen (und wollten es doch gar nicht so genau wissen), was mit ihren ehemaligen »nicht-arischen« Kollegen sowie den aussortierten Zwangsarbeitern passierte und in welchen Zuständen die Zwangsarbeiter lebten und arbeiteten.[262] Aber selbst für die Unternehmen, die direkt in den Holocaust involviert waren,

256 W. Plumpe, Unternehmen, S. 262 f.
257 Vgl. ebd., S. 257-265. Ähnlich auch Gregor, Daimler-Benz.
258 Vgl. für einen Überblick Banken, Nationalsozialismus, S. 5-9; Schneider, Wirtschaft, S. 195-200.
259 Vgl. etwa Bajohr, »Arisierung«; Hayes, Degussa, S. 94-123; Wixforth, Expansion.
260 Vgl. bspw. Hopmann u. a., Zwangsarbeit; ein Überblick bei Spoerer, Zwangsarbeit; Spoerer, KZ-Arbeit. Zur Frage des Profits vgl. ebenfalls Rauh-Kühne, Hitlers Hehler?; Kuczynski, Brosamen, S. 58-138. Grundlegend Herbert, Fremdarbeiter. Zu den späteren Interpretationsmustern Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung.
261 Zum NS-Mobilisierungsbegriff der »Volksgemeinschaft« vgl. Wildt, Volksgemeinschaft; Bajohr/Wildt, Volksgemeinschaft.
262 Zur »Entjudung« siehe bspw. Ziegler, Dresdner Bank. Für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter vgl. bspw. Hopmann u. a., Zwangsarbeit; Mommsen/Grieger, Volkswagenwerk.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
schien es inzwischen weitestgehend unumstritten, dass sie mehr aus geschäftsmäßiger Routine ihre Tätigkeitsfelder bearbeiteten und ihr Wissen oder zumindest ihre Ahnung von den Verbrechen mit der Logik einer ökonomischen Rationalität ausblendeten.[263] Mit ihrem Tunnelblick verschärften Unternehmen gleichwohl die Aktionen gegen NS-Verfolgte und leisteten der Umsetzung der rassistischen Ideologie Vorschub. So unterschiedlich die abstrakten Ziele von Unternehmen und Regimen gewesen sein mochten, so sehr deckten sich ihre konkreten kurzfristigen Interessen – und die NS-Politik verstand es, stets neue Anreize für diese Interessengemeinschaft zu schaffen. Zentrale Erkenntnis aller Studien war dabei, dass die Unternehmensleitungen durchaus Handlungsspielräume in ihren Entscheidungen besessen hatten, auch wenn sich diese im Verlauf der Zeit nach und nach verkleinerten.[264] Je nach Unternehmensgröße und Branchenzugehörigkeit bzw. Kriegswichtigkeit wurden unterschiedliche Freiheitsgrade für die Unternehmen festgestellt, deren Ausnutzung von den jeweiligen Unternehmensleitungen und ihrem zeitlichen Kontext abhängig war. Der Aspekt der Entscheidungsspielräume der Unternehmen berührte dabei die weiterhin viel diskutierte Frage nach dem Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus. Auch wenn sich die Primat-Debatten seit dem Ende des Ost-West-Konflikts aufgelöst hatten und es keine Stimmen mehr im etablierten Wissenschaftsdiskurs gab, die ernsthaft die Wirtschaft zum Urheber der nationalsozialistischen Rüstungs- und Kriegswirtschaft erklärten, so setzte sich doch die Debatte um den Charakter der NS-Wirtschaft weiterhin fort. Auf der einen Seite argumentierten Historiker wie Christoph Buchheim und Jonas Scherner, dass trotz aller staatlichen Interventionen die Entscheidungsautonomie der Unternehmen (Stichwort »Investitionen«) und das Prinzip des Privateigentums bis auf wenige Ausnahmen letztlich gewahrt geblieben seien.[265] Die NS-Wirtschaftssteuerung habe kaum auf das Mittel des direkten Zwangs gesetzt, sondern sich darauf beschränkt, die »Bedingungen, unter denen Industriebetriebe wirtschaften, so zu verändern, dass unternehmerisches Handeln gleichzeitig die außerökonomischen Ziele des NS-Staates förderte.«[266] Durch die Neujustierung des ordnungspolitischen Rahmens, d. h. der Setzung positiver Anreize und Anpassung rechtlicher Bedingungen versuchte die NS-Wirtschaftspolitik gewünschtes wirtschaftliches Verhalten zu fördern und andere unternehmerische Handlungsalternativen unattraktiv zu gestalten bzw. extrem restriktiv zu behandeln. Wichtigstes Ziel der Unternehmen blieb die Gewinnmaximierung bzw. das Streben nach Rentabilität, um die langfristige Bestandserhaltung des Unternehmens sicherzustellen. Buch-

263 Zu einem Extremfall, dem Krematoriumsofenbauer Topf & Söhne, vgl. Schüle, Industrie.

264 Vgl. W. Plumpe, Zwischenbilanz, S. 255 f. bzw. 266; Banken, Nationalsozialismus, S. 9-14; Schneider, Wirtschaft, S. 190 f.

265 Vgl. Buchheim/Scherner, Anmerkungen; Buchheim, Unternehmen; Scherner, Logik.

266 Buchheim/Scherner, Anmerkungen, S. 96. Vgl. ebenfalls Buchheim, Unternehmen.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
heim und Scherner sprachen daher von einer »gelenkten Marktwirtschaft«[267] im »Dritten Reich«. Auf der anderen Seite standen Historiker wie Peter Hayes oder Harold James, die eher den Zwangscharakter der NS-Wirtschaft für die Unternehmen betonten. Auch sie stellten Handlungsspielräume für die Unternehmen fest, unterstrichen jedoch stärker die Machtzunahme und Willkür des Staates, der die Autonomie der Unternehmen immer weiter und zuletzt massiv eingeschränkt hätte. Trotz der enormen Breite der empirischen Forschung, die der Boom der NS-Unternehmensgeschichte hervorbrachte, zeigte die Debatte zwischen Buchheim/Scherner und Hayes über die Bedeutung und Größe von Handlungsspielräumen, dass eine Bewertung des Verhältnisses zwischen Privatunternehmen und dem NS-Regime nach wie vor diskussionswürdig blieb.[268] Sicherlich standen sich die Argumentationslinien nicht mehr so undifferenziert und antagonistisch gegenüber, wie dies in früheren Jahrzehnten der Fall gewesen war. Wenn Hayes am Beispiel der Degussa den Vierjahresplan als »kalte Sozialisierung« bezeichnete oder Harold James in seinen Auftragsarbeiten zur Deutschen Bank von einer »Kommandowirtschaft« sprach,[269] dann klangen hier – bewusst oder unbewusst – dennoch prägnante Schlüsselvokabeln des alten Entlastungsdiskurses nach, die das Selbstbild deutscher Unternehmen über Jahrzehnte geprägt hatten.

Mit der Veröffentlichung der Forschungsaufträge nach der Jahrtausendwende lösten sich viele Vorbehalte gegenüber der unternehmensfinanzierten Auftragsforschung auf, und die Vielzahl an sorgfältigen und quellenbasierten Untersuchungen widerlegten den vormals regelmäßig geäußerten Vorwurf der Käuflichkeit und Parteilichkeit. Von einer Schönfärberei der Firmengeschichten durch Historiker konnte im Vergleich zu früheren Jahrzehnten keine Rede mehr sein. Im akademischen Diskurs der Unternehmensgeschichtsschreibung hatten sich inzwischen Standards etabliert, deren Einhaltung nicht nur von einer größer werdenden Zunft, sondern auch von einer kritischen Öffentlichkeit überprüft wurde. Wenn Forschungsaufträge zu unkritischen Publikationen führten, die insbesondere die NS-Zeit im Ton alter apologetischer Manier abhandelten, dann erfolgten in der Zunft dermaßen negative Urteile, die auch nicht im Sinne der auftraggebenden Unternehmen sein konnten.[270] Die Entwicklung der Unternehmensgeschichte in Deutschland wurde daher von ihren zentralen Protagonisten nicht ohne Stolz als »Verwissenschaftlichung« oder »Professionalisierung« beschrieben.[271] Diese als Erfolgsgeschichte wahrgenom-

267 Buchheim/Scherner, Anmerkungen, S. 97.

268 Vgl. Scherner, Verhältnis; Hayes, Corporate Freedom; Buchheim/Scherner, Response; Hayes, Rejoinder.

269 Hayes, Degussa, S. 130; Gall u. a., Deutsche Bank, S. 316; James, »Arisierung«, S. 33. Vgl. etwa auch Overy, War, S. 2.

270 Zur Diskussion um die Publikationen von Gregor Schöllgen vgl. Schanetzky, Mitläuferfabrik; Rauh, »Angewandte Geschichte«; Pierenkemper, »Moderne« Unternehmensgeschichte; Schöllgen: Geschichte.

271 Vgl. Schröter, Institutionalisierung; M. Pohl, Weihrauch, S. 152.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
mene Entwicklung, »wie die Unternehmensgeschichte seriös wurde«[272], wurde auch in manchen Medien tradiert. Symptomatisch für den institutionellen und mentalen Wandel der Unternehmensgeschichtsschreibung stand auch die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, bei der es Anfang der neunziger Jahre ebenfalls zu einem Generationenwechsel gekommen war.[273] Viele der alten Gründungsmitglieder schieden nach internen Auseinandersetzungen einer nach dem anderen aus, und jüngere Mitglieder übernahmen die Leitung. Der Sitz der Gesellschaft wurde nach Frankfurt am Main verlegt, und die hauseigene Zeitschrift bekam eine neue Ausrichtung sowie einen neuen wissenschaftlichen Beirat. Dass man sich dennoch in den Reihen der GUG mit dem eigenen geschichtlichen Erbe schwer tat, davon zeugte noch im Jahr 2001 der interne Streit um die Bedeutung von Wilhelm Treue.[274] Zur Rolle der Unternehmen im Nationalsozialismus wurde hingegen ein Arbeitskreis eingerichtet, in dessen Rahmen zwischen 1998 und 2004 jährlich Tagungen durchgeführt wurden, die hochkarätig und international besetzt waren.[275]

Trotz der Abschwächung der Forschungskonjunktur ab den Jahren 2005/2006 erschienen fortan weitere Studien zur NS-Wirtschaft, spezifischen Branchen und Unternehmen.[276] War der Boom der Auftragsforschung Ende der neunziger Jahre primär von börsennotierten Großkonzernen ausgelöst worden, so zogen große familiengeführte Konzerne etwas später nach. Bei vielen mag ein schlichter Zeitfaktor entscheidend gewesen; die Loyalitäten gegenüber älteren Familienmitgliedern waren lange Zeit noch zu stark gewesen. Oftmals gewann die Enkelgeneration erst nach dem Tod der Familienpatrone die nötige Distanz, um die Unternehmen auch im Umgang mit der eigenen Geschichte neu aufzustellen. So entstanden umfangreiche Studien über Industriellenfamilien wie Quandt oder Oetker, wobei nicht zuletzt der öffentliche Druck wieder ein entscheidender Faktor war.[277] Prominente Beispiele wie Henkel zeigten jedoch, dass auch diese Öffnung bei Weitem nicht für alle großen familiengeführten Unternehmen galt.[278]

Grundsätzlich lässt sich für unternehmensfinanzierte Auftragsforschung festhalten, dass sich inzwischen gewisse Standards für die Forschung herausgebildet haben, die sich auch für die meisten Unternehmen im Sinne ihrer

272 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.6.2006.

273 Zu den Veränderungen bei der GUG in den neunziger Jahren vgl. Schröter, Institutionalisierung, S. 45 f.

274 Vgl. Hartig, Gründung; Teuteberg, Nestor.

275 Vgl. Arbeitskreis Nationalsozialismus, Liste der Vorträge und Vortragenden, o. D., URL: http://www.unternehmensgeschichte.de/pdf/Nationalsozialismus.pdf (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

276 Für eine Übersicht vgl. Banken, »Verschweigen«.

277 Vgl. Scholtyseck, Quandts; Finger u. a., Dr. Oetker. Zur öffentlichen Debatte um die Geschichte der Quandts vgl. Jungbluth, Quandts; Süddeutsche Zeitung, 21.7.2007 (»Das laute Schweigen der Quandts«); Stremmel, Zeitgeschichte; Scholtysek, Quandts, S. 9-18.

278 Zur Darstellung der NS-Zeit bei Henkel vgl. Henkel, Menschen, S. 62-100.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Glaubwürdigkeit bewährt haben. So sehen die meisten Auftragsforscher die Unabhängigkeit ihrer Arbeit darin belegt, dass sie sich uneingeschränkten Quellenzugang in den Unternehmensarchiven zusichern lassen und für die Erstellung sowie die Veröffentlichung ihrer Manuskripte freie Hand haben, ohne dass sich die Unternehmen in die Darstellung oder Bewertung ihrer Befunde einmischen. Gleichwohl hält die Diskussion über den Status der Geschichtswissenschaft als historischer Dienstleister an – ein konkreter Ethikkodex wird seit 2013 von der AG »Angewandte Geschichte – Public History« diskutiert und vorbereitet.[279]

Es bleibt die Frage, ob die Standardisierung der Forschungsbedingungen auch zu einer Standardisierung des Umgangs der Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit geführt hat. Auf europäischer und globaler Ebene ist die Übertragung der deutschen Geschichtspolitik als Richtschnur bzw. »DIN-Norm« der Aufarbeitung bereits diskutiert worden.[280] Gibt es in diesem Sinne Vereinheitlichungstendenzen in den Reihen von Großunternehmen bezüglich ihres Umgangs mit der NS-Zeit, die man mit den Worten der Managementliteratur als *best practice*[281] der Aufarbeitung bezeichnen könnte?

Folgepublikationen, Unternehmenskultur und Normierungsprozesse – Best Practice der Aufarbeitung?

Der Boom der NS-Unternehmensgeschichte hat das Feld der Unternehmensgeschichtsschreibung und der unternehmenshistorischen Forschung nachhaltig verändert. Aber hatten die Forschungsaufträge auch einen nachhaltigen Effekt auf die auftraggebenden Unternehmen – auf ihren weiteren Umgang mit der eigenen NS-Geschichte, auf ihre Unternehmenskultur? Für die Degussa wurden im Jahr 2003 die in Auftrag gegebenen Forschungsprojekte und ihre Vorreiterrolle in der Stiftungslösung zur Zwangsarbeiterentschädigung zum Lackmustest ihrer eigenen Geschichtspolitik, als die NS-Vergangenheit des Unternehmens anlässlich des Baus des Holocaust-Mahnmals in Berlin erneut problematisiert wurde. Auslöser der kontroversen Debatte war, dass zum Schutz der Stelen vor Schmierereien ein chemisches Produkt der Degussa eingesetzt wurde.[282] Das Konzernarchiv und dessen neue Leiterin Andrea

279 Vgl. Pothmann, Tagungsbericht. Dazu zuletzt das Diskussionspapier »Ethikkodex ›Angewandte Geschichte – Public History‹« der AG »Angewandte Geschichte – Public History«, April 2014.

280 Vgl. die Beiträge auf den Podiumsdiskussionen der Tagung »Aufarbeitung der Diktatur – Diktatur der Aufarbeitung?« am 21. bzw. 23. September 2007, abgedruckt in Hammerstein u. a., Aufarbeitung, S. 297-303 bzw. 304-311; Ash, Mesomnesie (Zitat S. 33).

281 Unter *best practice* wird in der Betriebswirtschaftslehre eine bewährte Vorgehensweise verstanden, die sich im Vergleich zu anderen Alternativen als erfolgreich und modellhaft erwiesen hat.

282 Die von der Degussa gesammelten Presseberichte in EKA, Degussa AG, Mahnmal-Debatte, 2003.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Hohmeyer wurden von der öffentlichen Diskussion überrascht – sie selbst hatten nichts von der Verwendung des Degussa-Graffitischutzes beim Mahnmalsbau gewusst, da wie üblich ein Zwischenhändler die Degussa-Produkte unabhängig von der Degussa an den zuständigen Bauunternehmer verkauft hatte.[283] In der Presse wurde hingegen berichtet, dass die Degussa sich mit dem im Preis reduzierten Graffitischutz am Mahnmalsbau ideell habe beteiligen wollen, was ein Vertriebsmanager der Degussa »aufgrund der historischen Bedeutung des Denkmals« als »Sponsoringaktion« beschrieben habe. Als die Degussa den Preis genau auf die Höhe eines Schweizer Konkurrenzproduktes reduziert habe, sei der Zuschlag erfolgt.[284] Wie auch immer: Der Konkurrent aus der Schweiz wähnte sich durch illegale Preisabsprachen benachteiligt und spielte die vergangenheitspolitische Brisanz an die Presse weiter. Kurz darauf erschien im Schweizer *Tagesanzeiger* ein Artikel unter der Überschrift »Zwei Mal am Holocaust verdient«.[285] Während die deutsche Presse diese Steilvorlage zuerst nicht aufgriff, kam es am 23. Oktober 2003 zu jener Kuratoriumssitzung der Stiftung »Denkmal für die ermordeten Juden Europas«, die nach hitziger Diskussion über die Beteiligung der Degussa einen vorläufigen Baustopp für das Mahnmal verhängte, der zu einer breiten öffentlichen Diskussion über deutsche Unternehmen im Nationalsozialismus und das Mahnmal selbst führte. Während sich die Debatte schnell auf mehrere Nebenschauplätze über die Auftragsvergabe und die Rolle einzelner Personen verteilte, standen sich in der Kernfrage Vertreter der Opferperspektive und Befürworter der Degussa-Beteiligung gegenüber. Die Kritiker sahen mit »Zyklon B die Grenze« überschritten. Die Fürsprecher thematisierten die (Un-)Möglichkeit, solch ein spezielles Mahnmal in Deutschland ohne »unbelastete Firmen« zu bauen, und betonten, dass die Beteiligung belasteter Firmen als Ausdruck eines reflektierten Bekenntnisses zur Täterschaft wünschenswert sei.[286] Der Degussa-Vorstand hatte sich anfangs zurückhaltend verhalten und das persönliche Gespräch zum Kuratoriumsvorsitzenden Wolfgang Thierse gesucht.[287] Anfang November informierte die Degussa dann selbst darüber, dass eine weitere Degussa-Tochter am Bau beteiligt und deren Betonverflüssiger bereits in die ersten schon gesetzten Stelen eingegangen sei.[288] Als daraufhin weitere beteiligte Firmen und alternative Konkurrenzprodukte den »chemischen Antifaschismustest« ebenfalls

283 Andrea Hohmeyer im Interview, 10.4.2012.

284 Zur angeblichen Korrespondenz zwischen der Degussa und der Berliner Senatsverwaltung im Dezember 2002 und März 2003 vgl. Süddeutsche Zeitung, 30.10.2003; Berliner Morgenpost, 8.11.2003; Tagesspiegel, 11.11.2003.

285 Tagesanzeiger, 14.10.2003. Zur Rolle der Schweizer Firma siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.11.2003.

286 Zur vollständigen Debatte und ihrem Verlauf vgl. Leggewie/Meyer, Holocaust-Mahnmal, S. 287-230.

287 Degussa Presse-Information, 28.10.2003; Degussa Presse-Information, 30.10.2003.

288 Pikanterweise erschien dieser Hinweis zuerst in einer Zeitung aus Düsseldorf, wo auch die Degussa ihren neuen Firmensitz hatte: Rheinische Post, 5.11.2003.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
nicht bestanden und ein teurer Abriss drohte, kippte nicht nur die öffentliche Meinung zu Gunsten der Degussa, sondern auch die Meinung im Kuratorium, so dass am 13. November 2003 entschieden wurde, die Degussa vom Bau nicht auszuschließen.[289]

Für die Degussa bedeutete die Debatte um das Mahnmal indes keinen Imageschaden. Zwar fand sie sich im Herbst 2003 in einer ähnlich aufgeregten Mediendiskussion wieder, wie es 1997 bei der Debatte um das Raubgold der Fall gewesen war. Im Unterschied zu den stürmischen Vorwürfen von 1997 wurde die Degussa aber 2003 in fast allen Medien als das geläuterte Unternehmen dargestellt, das sich seiner Vergangenheit gestellt habe.[290] Kaum ein Bericht zur Degussa, der nicht die Forschungsaufträge und das Engagement in der Stiftung EVZ erwähnte, deren Vorstandsvorsitzender seit 2000 Michael Jansen war. Wurde der Degussa 1997 noch die Blockadehaltung einer verweigerten Aufklärung vorgeworfen, so attestierten nun öffentlichkeitswirksame Diskursteilnehmer der Degussa, sich bei der »Aufarbeitung ihrer Vergangenheit als Vorreiter« erwiesen zu haben und »zu einem kleinen Kreis von zehn, zwölf Firmen in Deutschland zu gehören, die die Erforschung der eigenen Geschichte im Nationalsozialismus intensiv betrieben« hätten.[291] Damit schloss sich für die Degussa ein Kreis im Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit. War die Degussa 1997 noch ein Konzernbeispiel für den Erinnerungskonflikt zwischen individuellem (Firmen-)Geschichtsbild und offizieller Kommemoration gewesen, den Martin Walser ein Jahr später in seiner Paulskirchen-Rede mit Blick auf das Holocaust-Mahnmal als »Repräsentation unserer Schande« zugespitzt hatte, so war es eben jenes Holocaust-Mahnmal, anhand dessen die Degussa sich nun als integrer Protagonist innerhalb der neuen geschichtskulturellen Rahmenbedingungen erweisen konnte. Die Forschungsaufträge und die aktive Rolle bei der Suche nach einer Lösung der Entschädigungsfrage waren nicht nur Indikatoren einer veränderten Geschichtskultur der Degussa, sondern wirkten nun auch als Einflussfaktoren zurück in jene Vergangenheitsdiskurse, die diese zuerst eingefordert hatten.

Die Degussa war zu diesem Zeitpunkt durch mehrere Unternehmensfusionen auch strukturell und personell ein anderes Unternehmen geworden.[292] Hatte sich die Degussa bereits während der Mahnmal-Debatte nur noch vom

289 Das Zitat in Die Zeit, 13.11.2003; vgl. auch Süddeutsche Zeitung, 14.11.2003.

290 Ein Kritikpunkt entzündete sich am Verhältnis Bubis-Degussa, insbesondere von Hans Leyendecker und Michael Wolffsohn vorgetragen, z. B. im *ARD Presseclub*, 9.11.2003.

291 Das erste Zitat vom Architekten Peter Eisenman in Die Zeit, 30.10.2004; das zweite Zitat vom Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.11.2003.

292 1998 fusionierte die Degussa mit der Hüls AG zur Degussa-Hüls AG. 2001 folgte der Zusammenschluss mit der SKW Trostberg, aus der auch Felcht stammte, zur Degussa AG und damit zu einem der weltweit größten Chemiespezialunternehmen. Die Edelmetallsparte der Degussa war 2000 ausgegliedert und in die Schweiz verkauft worden. 2003 ging die Aktienmehrheit der Degussa von der E.ON AG an

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Namen her als Rechtsnachfolger der »alten« Degussa wahrgenommen, so verkörperte der neue Vorstandsvorsitzende Utz-Hellmuth Felcht im Selbstbewusstsein dieser zeitlichen und personellen Distanz einen offenen Umgang mit der NS-Vergangenheit.[293] Diese Haltung deutet eine weitere Analogie zum Erinnerungskonflikt 1997 an, als der Hype um Daniel Goldhagens Buch *Hitlers willige Vollstrecker* auch Ausdruck eines Distinktionsgewinns war. Die klare Linie zwischen denen, die das Unheil angerichtet hatten, und denen, die immer schon daraus gelernt hatten, erleichterte Bekenntnisse zur unheilvollen Vergangenheit. Ob individuelle oder »korporative Biografie«, ob »ganz gewöhnliche Deutsche« oder (nicht so) ganz gewöhnliche Unternehmen – der Selbstkonstituierungsprozess der Nachgeborenen war auch der Degussa eigen und rundete ihren vergangenheitspolitischen Paradigmenwechsel im Zuge der Mahnmal-Debatte ab.

Ende April 2004 herrschte dementsprechend in der Vorstandssitzung der Degussa in Frankfurt am Main eine unaufgeregte Atmosphäre, obwohl ein unangenehmes Kapitel der Firmengeschichte auf der Tagesordnung stand. Peter Hayes war zusammen mit der Archivleiterin der Degussa, Andrea Hohmeyer, eingeladen, seine Studie zur NS-Vergangenheit der Degussa der Konzernführung zu präsentieren. Die Vorstandsrunde sah an jenem Vormittag das fast 500 Seiten starke Buch, das die Degussa sechs Jahre zuvor in Auftrag gegeben hatte, zum ersten Mal. Hayes' Ausführungen zum Verhalten der Degussa »von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft« im »Dritten Reich« führten zu einer interessierten Diskussion am runden Tisch, die zwar von Betroffenheit, jedoch nicht von größerer Nervosität geprägt war. Man war gespannt auf die Reaktionen bei den Mitarbeitern und der Presse, zugleich aber zuversichtlich, bei den unternehmensinternen und öffentlichen Präsentationen der Studie selbstbewusst und glaubwürdig auftreten zu können und mit den vergebenen Forschungsaufträgen den »richtigen Schritt«[294] gemacht zu haben. Die Hayes-Studie erschien schließlich im September 2004, und allen vorangegangenen Unkenrufen zum Trotz (»firmeneigener Hofhistoriker«) waren nationale und internationale Presse- und Fachrezensenten fast einhellig voll des Lobes für das differenzierte Bild der »durch Sachlichkeit überzeugenden Analyse«.[295]

den Bergbaukonzern RAG, der die Degussa 2006 in die Evonik Industries AG überführte.

293 Vgl. Utz-Hellmuth Felcht im Interview in Süddeutsche Zeitung, 7.11.2003.

294 Zitat Andrea Hohmeyer im Interview, 13.3.2012.

295 Das skeptische Zitat von Michael Wolffsohn in Stuttgarter Nachrichten, 15.11.2003. Exemplarisch für das positive Echo der Fachrezensionen ist das zweite Zitat von Werner Abelshauser in Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.12.2004. Vgl. des Weiteren Barkai, Review; Herbst, Rezension; Prollius, Rezension; Lewis, Review. Relativierungsvorwürfe einzig in: Handelsblatt, 12.11.2004; Neues Deutschland; 22.1.2005. Erst später sollte sich insbesondere vor dem Hintergrund von Hayes' Degussa-Studie erneut eine Fachdebatte über die Handlungsmöglichkeiten von Unternehmen in der NS-Zeit entzünden, vgl. Hayes, Corporate Freedom; Buchheim/Scherner, Response; Hayes, Rejoinder.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Nicht ohne Stolz verkündete die Degussa-Pressemitteilung zum Buch, dass der Konzern als »verantwortungsbewusster Corporate Citizen« eine »aktive Aufarbeitung der Unternehmensgeschichte« betreibe, und wies die Vertragsbedingungen mit Hayes offen als Zeichen einer in »völlig wissenschaftlicher Unabhängigkeit entstandenen Forschungsarbeit« aus.[296] Das Buch wirkte aber nicht nur nach außen, sondern auch in die Unternehmenskultur der Degussa hinein. Die Degussa hielt 16.500 deutsche und 5000 englische Freiexemplare für ihre Mitarbeiter bereit, da Degussa-Mitarbeiter in verschiedensten Positionen und Ländern immer wieder mit Fragen zur Degussa-Vergangenheit konfrontiert wurden. Peter Hayes selbst hielt Vorträge über die Ergebnisse seiner Studie bei gut besuchten Lesungen an mehreren größeren Degussa-Standorten und wurde in der Mitarbeiter-Zeitung vorgestellt.[297] Mit dem ersten »Corporate Citizenship Report« der Degussa im Jahr 2002 wurden die Forschungsaufträge, die Debatten und die Zwangsarbeiterfrage auch auf unternehmenskultureller Ebene im Unternehmensleitbild verankert. Für eine kurze Phase von 2002 bis 2004 standen »historische Verantwortung« und »Aufarbeitung« auf einer Stufe mit Umweltschutz, Mitarbeitersicherheit und gesellschaftlichem Engagement.[298] Mit dem Erscheinen der Hayes-Studie, das mag auch der Vorstandsrunde bei der Buchvorstellung klar gewesen sein, war der letzte Stein gelegt, der das Fundament für einen anderen Umgang mit der Vergangenheit bei der Degussa vervollständigte. Damit war auch die öffentliche Diskussion um die Degussa so gut wie beendet, und die Degussa wurde fortan in einem Atemzug mit den ersten Aufarbeitungsleistungen von Daimler-Benz und Volkswagen genannt. Als 2009 die Publikation von Ralf Banken erschien, waren die politischen und medialen Vergangenheitsdiskurse schon deutlich andere. Dementsprechend unaufgeregt und begrenzt war die öffentliche Resonanz – sogar das *Neue Deutschland* war jetzt voll des Lobes.[299] Somit zeugte der letzte der drei Degussa-Aufträge auch davon, wie die Forschungsaufträge der neunziger Jahre nicht nur als Indikatoren die geschichtskulturellen Rahmenbedingungen ihrer Zeit widerspiegelten, sondern auch als wirkungsmächtige Faktoren die Vergangenheitsdiskurse inzwischen selbst mit verändert hatten.

Die Ergebnisse der Forschungsarbeiten schlugen sich auch in den späteren Publikationen der Degussa nieder, wobei es durchaus Unterschiede gab. Auf der Ebene der Werksgeschichte, die von Mitarbeitern der Öffentlichkeitsarbeit verfasst wurden, kam der Nationalsozialismus nur in Form von Krieg und Zerstörung vor.[300] Anders hingegen die offiziellen Publikationen zur Konzern-

296 Stellungnahme Degussa, o. D. [September 2004].

297 Eine überarbeitete Version des Vortrags in Hayes, Verstrickung. Das Hayes-Porträt im Degussa-Magazin, 3 (2004), S. 5.

298 Vgl. Degussa, Corporate Citizenship Report, Frankfurt am Main 2002, 2003 und 2004.

299 Banken, Edelmetallmangel. Vgl. die Rezensionen von Gehlen, Rezension; Streb, Review; Hayes, Review; Neues Deutschland, 12.3.2009.

300 Vgl. Degussa, 100 Jahre Degussa in Wesseling.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
geschichte, die von Mitarbeitern des Konzernarchivs erstellt wurden.[301] Nach zwei abgeschlossenen Fusionen und kurz vor einem weiteren Konzernumbau sollte 2006 eine Broschüre über die Geschichte der Vorgängergesellschaften Auskunft geben, die dabei explizit die Zeit des Nationalsozialismus mit einschloss. Im Vorwort wies der Vorstand auf die Beteiligung der Degussa an der Stiftungsinitiative sowie die Vergabe der Forschungsaufträge hin und betonte die »Erinnerungskultur« des Unternehmens.[302] Das Kapitel »Abgründe« ging detailliert auf die NS-Vergangenheit ein und bezog sich auf die Ergebnisse von Hayes' Studie.[303] Im Unterschied zu früheren Firmenchroniken der Degussa wurde hier die Rolle des Unternehmens als Zulieferer von Produkten zur Rüstungsproduktion klar benannt. Auch die zunehmend rücksichtsloseren Übernahmen von »arisierten« Unternehmen, das Verhalten der Unternehmensleitung gegenüber dem NS-Regime und der Einsatz von Zwangsarbeitern sowie deren ungenügenden Lebens- bzw. gefährlichen Arbeitsbedingungen wurden thematisiert. Nicht zuletzt ging das Kapitel auf die »verbrecherische Nähe« des Unternehmens zum NS-Regime ein, wie auf das Einschmelzen von Edelmetallen aus jüdischem Besitz. Dabei wurden auch ungeklärte Fragen wie etwa nach dem Wissen der Unternehmensleitung über die Zyklon B-Verwendung im KZ Auschwitz kritisch thematisiert. In seiner Bewertung folgte das Kapitel zum Teil wortwörtlich den Formulierungen von Hayes' Studie. Einzelne übernommene Schlüsselwörter aus Hayes' Studie wie »taktisch« deuteten die Anpassungsbereitschaft und den ökonomisch-rationalen Opportunismus der Unternehmensleitung an, boten aber auch die Möglichkeit der Klarstellung, dass der Konzern kein fanatischer Musterbetrieb gewesen war. Die Betonung, dass erste »Arisierungen« nach »kaufmännischen Gesichtspunkten fair« gewesen seien, ohne Zwangsarbeiter die »Produktionsziele nicht mehr hätten erreicht werden können« und es jüdischen Aufsichtsratsmitgliedern nach 1933 »freigestellt« war, auszuscheiden oder ihre Amtszeit auszuschöpfen[304] – diese Hervorhebungen können je nach Sichtweise als korrekte Wiedergabe von Hayes' Forschung oder als ein letztes Festhalten am alten Verteidigungsnarrativ vom »anständigen Kaufmann« interpretiert werden.

Die NS-Vergangenheit der Degussa wird in der Selbstdarstellung des Konzerns bis in die Gegenwart umfangreich präsentiert. Auf der Internetseite des Konzerns findet sich eine umfassende Darstellung der NS-Vergangenheit der Degussa, die ausführlich (und nicht ohne Stolz) die Ergebnisse der Forschungsarbeiten darlegt.[305] Vor dem Hintergrund, dass der heutige Konzern weder den

301 Vgl. Degussa, Bewegte Zeiten. Ähnlich auch Röhm, 100 Jahre Zukunft.
302 Degussa, Bewegte Zeiten, S. 6 f.
303 Vgl. ebd., S. 28-33.
304 Degussa, ebd., S. 30, 31, 32.
305 Vgl. Degussa in der NS-Zeit, URL http://geschichte.evonik.de/sites/geschichte/de/gesellschaften/degussa-ns/pages/default.aspx (zuletzt abgerufen 1.5.2015). Neben der Vorgängergesellschaft Degussa wird die Geschichte der Hüls AG in der NS-Zeit ebenfalls ausführlich dargestellt.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Namen führt noch in den alten Kerngeschäftsfelder der Degussa wie dem Edelmetallgeschäft tätig ist, lässt sich festhalten, dass die NS-Vergangenheit zum Teil der Unternehmensidentität geworden ist. Auch wenn Geschichte kein eigenständiger Punkt mehr im Unternehmensleitbild des Konzerns ist, so lässt sich am Beispiel der Degussa zeigen, dass die ausgelaufene Forschungskonjunktur in der NS-Unternehmensgeschichte und das abflachende Interesse in den Medien nicht zu einem Rückfall in der historischen Selbstbeschreibung geführt haben. Die Forschungsarbeiten haben die alten apologetischen bzw. beschönigenden Narrative im Konzern abgelöst und sind demonstrativer Bestandteil des eigenen Selbstbilds geworden.[306]

Aber ist dieses Beispiel der Degussa von der unternehmenskulturellen Integration der Forschungsnarrative übertragbar auf andere Konzerne? Gibt es Vereinheitlichungstendenzen in den Reihen von Großunternehmen bezüglich ihres Umgangs mit der NS-Zeit? Auch bei der Deutschen Bank legte man seit Erscheinen der ersten Studie im Jahr 1995 viel Wert auf die eigene Unternehmensgeschichte und bezeichnete das Jubiläumsbuch stolz und regelmäßig als neuen Maßstab der Unternehmensgeschichtsschreibung. Die weiteren Forschungsaufträge, die Gründung einer historischen Gesellschaft und nicht zuletzt die kontinuierliche Pflege des Historischen Archivs zeugten von der Bedeutung (und den entsprechenden Finanzierungsmitteln), die man der Geschichte der Bank zumaß. Insbesondere Manfred Pohl in seiner multiplen Rolle als Archivleiter und prägendes Mitglied von verschiedenen Institutionen zur Unternehmens- und Bankgeschichte beeinflusste den Umgang der Bank mit ihrer Geschichte. Davon zeugten nicht zuletzt die vielen Publikationen, die er über die Deutsche Bank schrieb und für sie herausgab. Ein Blick in die regelmäßig erschienen *Calendarien zur Geschichte der Deutschen Bank* zeigt dabei, dass sich die Arbeit der »Historischen Kommission« auch auf die hauseigenen Geschichtsdarstellungen auswirkte. Es sind Kleinigkeiten, die den Wandel andeuten. Hieß es in der Ausgabe von 1993 hinsichtlich der erzwungenen Amtsniederlegung der jüdischen Vorstandsmitglieder nur, dass sie »ausgeschieden« seien, fügte die Ausgabe von 2002 ein entscheidendes Modalverb hinzu: Sie »müssen aus dem Vorstand ausscheiden«.[307] Nach der Veröffentlichung von James' Studie über die »Arisierungen« der Deutschen Bank wurde auch im folgenden Calendarium ein kurzer Satz über die Beteiligung an 363 »Arisierungen« ergänzt.[308] Gleichwohl blieben die Calendarien hinsichtlich der NS-Zeit auffallend einsilbig. Selbst spätere, aufwendig gestaltete Ausgaben beließen

306 Die Kontinuität im Umgang mit der Geschichte mag auch im Konzernarchiv verortet werden können, wo der Kern an Mitarbeitern seit Ende der neunziger Jahre stabil geblieben ist.

307 Vgl. Historische Gesellschaft, Calendarium Deutsche Bank 1870-1992, S. 41; ebenso M. Pohl/Raab-Rebentisch, Calendarium Deutsche Bank 1870-1997, S. 58. Dagegen M. Pohl/Raab-Rebentisch, Calendarium Deutsche Bank 1870-2002, S. 58.

308 M. Pohl/Raab-Rebentisch, Calendarium Deutsche Bank 1870-2002, S. 59.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die Rolle der Bank zwischen den Jahren 1933 und 1945 im Unklaren.[309] Von »Übernahmen« und »Beteiligungen« an anderen Banken war da die Rede, ohne die Tätigkeiten der Deutschen Bank zu konkretisieren. Der Zusammenhang zwischen der Expansion der Deutschen Bank in West- bzw. Südosteuropa und dem Zweiten Weltkrieg blieb diffus. Im Eintrag zum Jahr 1995 wurde zwar die »umfassende, von externen Autoren verfasste Geschichte« der Deutschen Bank erwähnt, was jedoch darin stand, wurde nicht mitgeteilt. Auf der den Büchern beigelegten DVD »Meilensteine aus der Geschichte der Deutschen Bank« befand sich kein eigenständiger Beitrag zur NS-Zeit. In einem Videoclip zu Abs und seiner Rolle im Nationalsozialismus wurde nur betont, dass er für das Auslandsgeschäft zuständig, kein Parteimitglied und – mit den Worten von Harold James – »kein Held« gewesen sei. Details zu seinen Tätigkeiten zwischen den Jahren 1937 und 1945 gab es nicht.[310] Etwas ausführlicher wurde hingegen eine andere Schriftenreihe der Deutschen Bank. In der Tradition, die Jubiläen wichtiger Standorte und Tochtergesellschaften mit eigenen Publikationen zu begleiten, wurde in diesen historischen Darstellungen auch auf die NS-Zeit der Filialen detaillierter eingegangen.[311] Nur in einem Fall, ausgerechnet der Filiale in Istanbul, verwies man kurzerhand auf die Studie von Steinberg, ohne auch nur einen weiteren detaillierten Satz zu den fragwürdigen Goldtransaktionen der Deutschen Bank zu verlieren.[312] Vergleichsweise oberflächlich blieb auch ein Bildband von 2007, der für andere Zeitabschnitte die Nähe der Bank zur großen Politik illustrierte. Allein für die Jahre 1933 bis 1945 blieb es bei dem Satz, die Bank habe 1945 nicht nur selbst am Abgrund gestanden, sie sei auch »ein Instrument des NS-Staates« geworden.[313] Ein differenzierteres Bild vermittelt hingegen die Webseite der Deutschen Bank in der Gegenwart. Auf der entsprechenden Seite wird überproportional viel Raum dafür verwendet, die Rolle der Deutschen Bank im Nationalsozialismus mit deutlichen Worten zu beschreiben.[314] Widerstandslos habe sich die Bankleitung den rassistischen Zielen untergeordnet. An 363 »Arisierungen« sei die Bank als Vermittlerin und Kreditgeberin beteiligt gewesen. Die aggressive Expansion des NS-Regimes habe die Bank für Neuerwerbungen und Beteiligungen genutzt. Auch zur Involvierung in die Goldtransaktionen des »Dritten Reiches« werden hier konkrete Zahlen genannt, und auch die Rolle der Filiale Kattowitz bei der

309 Vgl. Historische Gesellschaft, Deutsche Bank 1870-2010, S. 95-110 bzw. 194 f.

310 Vgl. DVD »Meilensteine aus der Geschichte der Deutschen Bank« in: Historische Gesellschaft, Deutsche Bank. Die Formulierung von James im Beitrag »Hermann Josef Abs«, Minute 1:34.

311 M. Pohl, Deutsche Bank in Hamburg; M. Pohl, Deutsche Bank in Stuttgart; M. Pohl, Deutsche Bank in Mannheim.

312 Vgl. Historische Gesellschaft, Deutsche Bank in Istanbul, S. 64 f.

313 Historische Gesellschaft, Deutsche Bank, S. 246.

314 Vgl. Deutsche Bank: Chronik – von 1870 bis heute, URL: https://www.deutsche-bank.de/de/media/Deutsche-Bank-Geschichte--Chronik-von-1870-bis-heute.pdf (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Baufinanzierung des KZ Auschwitz wird erwähnt. Der Name Abs taucht hingegen kein einziges Mal auf. Vielmehr wird an zwei Direktoren erinnert, die wegen »defätistischer« Äußerungen zum Tode verurteilt wurden, was zeige, wie gefährlich Widerstand gewesen sei. Die Anpassungsbereitschaft der führenden Vertreter der Deutschen Bank wird mit der Bedeutung der bankenfeindlichen NS-Ideologie begründet, wie das auch schon James getan hatte. Der Abschnitt schließt mit dem Bekenntnis zur »ethisch-moralischen Verantwortung« und einem Hinweis auf die Beteiligung an der Stiftung EVZ sowie der weiteren wissenschaftlichen Aufarbeitung der Vergangenheit. Zusammenfassend lässt sich für die Deutsche Bank feststellen, dass die Forschungsarbeiten der Historischen Kommission auf die Selbstbeschreibung der Deutschen Bank durchaus abgefärbt haben und die Zeiten lückenhafter Darstellungen wie die eines Fritz Seidenzahl vorbei sind. Wenn jedoch auf der Webseite der Bank nach wie vor die Passivkonstruktion gebraucht wird, dass die Bank »zum Instrument des NS-Staats« geworden sei, dann tradiert sie dabei nicht nur ein prägnantes Bild, das James in seinen Studien in aller empirischen Ausführlichkeit bedient hatte, sondern auch eine Schlüsselvokabel des jahrzehntelangen Entlastungsdiskurses über die NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen. Das Jubiläumsbuch von 1995 wird von der Deutschen Bank gerne als Standardwerk vorgezeigt, ausführlich zitiert wird aus ihm hingegen weniger. Es bleibt abzuwarten, was die Deutsche Bank zu ihrem 150jährigen Bestehen im Jahr 2020 präsentieren wird.

Ein vielschichtiges Bild ergibt auch der Blick auf die Publikationen von Daimler. Kaum ein anderer Konzern hat so viele geschichtliche Darstellungen über einzelne Werke, bestimmte Produkte und den gesamten Konzern veröffentlicht wie der Automobilkonzern. Broschüren von der Art, wie sie noch 1990 gedruckt und bald wieder eingestampft wurden, die das Werk Genshagen zu Kriegszeiten als Produktionsort von stolzen Leistungen portraitierten, gehören dabei nicht mehr zum Repertoire. Das seither tradierte Selbstbild des Konzerns als eine Gemeinschaft genialer Ingenieure zieht sich gleichwohl auch durch die Folgepublikationen und liegt oftmals quer zum offiziellen Umgang mit der NS-Zeit. So beschrieb die 1998 veröffentlichte Konzernchronik zwar konkret die Ausweitung der profitablen Rüstungsproduktion bei Daimler-Benz im »Dritten Reich«, im Eintrag zur Produktion von »V2«-Heckteilen klingt jedoch noch der ganze Technikerstolz über die »erste Großrakete der Welt«, die ein »Urahn der heutigen Trägerraketen« sei, mit. Auch die Frage nach der Verantwortung für die »zwangsweise und freiwillig in den Werken beschäftigten ausländischen Zivilarbeiter« ließ die Chronik offen.[315] In einer vom Konzernarchiv herausgegebenen wissenschaftlichen Schriftenreihe erschienen kaum Arbeiten, die die NS-Zeit behandelten. Ein Tagungssammelband zur Geschichte des Motorsports enthielt keine kritische Reflexion der Propaganda-

315 Beide Zitate in DaimlerChrysler, Chronik, S. 48.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Einbindung der Silberpfeile im »Dritten Reich«.[316] Wie ernst es dem Konzern Ende der neunziger Jahre gleichwohl gewesen zu sein scheint, die NS-Zeit zum expliziten Teil der Unternehmensgeschichte zu machen, verdeutlicht ein kurioses Beispiel aus einer Kindersachbuchreihe. Das in Zusammenarbeit mit dem Konzernarchiv entstandene »Was-ist-Was«-Buch zur »Mercedes-Story« enthielt mehrere Texte, in denen die Rüstungsproduktion und der Zwangsarbeitereinsatz bei Daimler-Benz erläutert wurden – nicht ohne am Schluss des Abschnitts auf die »Wissenschaftler-Kommission« hinzuweisen, die dieses »Unrecht« später untersucht habe.[317] Nachdem in diesem Zeitraum die Fusion mit Chrysler beschlossen worden war, beauftragte der Vorstand mit Wilfried Feldenkirchen erneut einen Historiker, die Geschichte der Daimler-Benz AG bis zu ihrem kurz bevorstehenden formalen Ende zu untersuchen. Das daraus resultierende Buch, das 2003 erschien, behandelte auch die NS-Vergangenheit von Daimler-Benz ausführlich und bettete die Entwicklung des Unternehmens in den politisch-wirtschaftlichen Kontext der Jahre 1933 bis 1945 ein. In seinen Bewertungen und Formulierungen blieb Feldenkirchen zurückhaltend, aber konkret. So betonte er die frühzeitige »kooperationsbereite Haltung« des Vorstands gegenüber dem NS-Regime, beschrieb den Aufstieg des Unternehmens zum »Hauptlieferant für Rüstungsgüter« in Schlüsselbereichen und gab in seiner Darstellung des Zwangsarbeitereinsatzes die Ergebnisse der zweiten GUG-Studie wieder, nicht ohne auf die Verantwortung und Handlungsspielräume des Unternehmens für die Lebens- und Arbeitsbedingungen hinzuweisen.[318] Nach der Jahrtausendwende folgten weitere umfangreiche Werksgeschichten, die auch die NS-Zeit nicht mehr wie frühere Ausgaben einfach aussparten und auf die aktive Rolle des Konzern in der Stiftungsinitiative hinwiesen.[319] Einen zwiespältigen Eindruck hinterlässt hingegen die jüngste große Gesamtdarstellung der Konzerngeschichte aus dem Jahr 2011.[320] Die Chronik behandelte alle Zeitabschnitte der vergangenen 125 Jahre, aber die dreißiger Jahre erschienen hier wiederum nur als eine Zeit der Silberpfeile. Das Verhältnis des Unternehmens zum NS-Regime (die Verbindungen der Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitglieder zur Partei und Hitlers Vorliebe für die Marke Mercedes-Benz) wurden nicht thematisiert. Konkreter wurde der Abschnitt zur Kriegswirtschaft. Deutlich wurde die Entscheidung der Konzernspitze zur verstärkten Rüstungsproduktion hervorgehoben und der Zwangsarbeitereinsatz beschrieben. Allein: Das darunter liegende Interpretationsmuster deutete sich in Nuancen an und übernahm bestimmte Formulierungen aus Feldenkirchens Darstellung, während andere weggelassen wurden. So hielt bspw. der

316 Eine Ausnahme ist Grunow-Osswald, Internationalisierung. Zur Tagung vgl. Niemann u. a., Geschichte des Rennsports.
317 Vgl. Tessloff, Mercedes Story, S. 25-28 (Zitat S. 28).
318 Vgl. Feldenkirchen, Vom Guten das Beste, S. 115-172 (Zitate S. 139, 155).
319 Vgl. DaimlerChrysler, Berlin, S. 71-100; Feldenkirchen, Untertürkheim, S. 92-151; Tode u. a., Hamburg, S. 41-53.
320 Vgl. Daimler, Chronik, S. 145-175.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Abschnitt zur Zwangsarbeit fest, dass zahlreiche Arbeiter als Soldaten an der Front gekämpft hätten und zunächst Frauen eingestellt worden seien, »um die geforderten Stückzahlen herstellen zu können«. Als diese Arbeitskräfte nicht ausreichten, seien »auch bei Daimler-Benz-Zwangsarbeiter zum Einsatz« gekommen. Der umstrittenen Frage, ob sich Unternehmen aktiv um Zwangsarbeiter bemüht hätten oder ob sie ihnen aufoktroyiert worden seien, wurde hier ausgewichen.[321] Ähnlich ungenau blieb der Abschnitt zur Verantwortung für die Lebens- und Arbeitsbedingungen. Diese wurden zwar mit Feldenkirchens Worten als »schlecht« und »menschenverachtend« bezeichnet, aber konkret wurde nur die SS benannt – die Rolle des Konzerns blieb hingegen diffus. Diese Formulierungen finden sich auch auf der Webseite des Konzerns, ebenso wie der Hinweis auf das Bekenntnis des Konzerns zu seiner »Verstrickung« in das NS-Regime und auf das Engagement in der Stiftungsinitiative. Auffallend ist, dass die zwei Studien der GUG weder explizit erwähnt, noch deren Ergebnisse zitiert werden.[322] Die Ambivalenzen im Umgang mit der eigenen Geschichte drücken sich auch an speziellen Orten in Untertürkheim aus. Auf der einen Seite räumt die Ausstellung im neugestalteten Mercedes-Benz-Museum der NS-Zeit und dem Zwangsarbeitereinsatz bei Daimler-Benz einigen Platz ein.[323] Auf der anderen Seite ist das Denkmal, das 1989 prominent vor dem alten Daimler-Benz-Museum errichtet wurde und an die Leiden der Zwangsarbeiter erinnern sollte, im Zuge eines Neubaus der Konzernzentrale in eine entlegene Ecke des Werksgeländes verlegt worden.[324] Grundsätzlich lässt sich für Daimler festhalten, dass in der Außendarstellung die NS-Vergangenheit von Daimler zum demonstrativen Teil der Unternehmensidentität erklärt worden ist.[325] Die in der Einleitung dieser Arbeit geschilderte Szene der Benennung einer Straße vor der Vertriebszentrale in Berlin nach einer Zwangsarbeiterin, zeugt nicht zuletzt davon, mit welcher Selbstverständlichkeit Daimler sich als Protagonist einer opferzentrierten Erinnerungskultur begreift und präsentiert. Auch wenn Geschichte nicht zum eigenständigen Aspekt des un-

321 Auf der entsprechenden Texttafel im Daimler-Benz-Museum wird hingegen ausdrücklich davon gesprochen, dass das Unternehmen Zwangsarbeiter »angefordert« habe.

322 Vgl. Daimler Unternehmensgeschichte, Daimler-Benz in der Zeit des Nationalsozialismus, URL: https://www.daimler.com/dccom/0-5-1324886-49-1324898-1-0-0-1345593-0-0-135-0-0-0-0-0-0-0-0.html (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

323 Vgl. dazu auch die beiden Kataloge von 1987 (Daimler-Benz: Daimler-Benz-Museum) und 2006 (DaimlerChrysler: Mercedes-Benz-Museum).

324 Das Denkmal soll offenbar in absehbarer Zeit vor dem neuen Mercedes-Benz-Museum platziert werden.

325 Dass dieser Umstand offenbar nicht von allen Mitarbeitern verinnerlicht worden ist, davon zeugte ein Vorfall im Jahr 2006, als ein Mitarbeiter der Marketing-Abteilung den wikipedia-Eintrag zu Daimler schönte und einige Aspekte zur NS-Vergangenheit des Konzerns löschte. Ein Unternehmenssprecher beeilte sich zu versichern, dass dies nicht im Auftrag des Unternehmens geschehen sei. Ein ähnlicher Fall wurde später auch bei der BASF bekannt. Vgl. dazu Oppong, Verdeckte PR, S. 71 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ternehmerischen Leitbilds erhoben worden ist, so betont man auf Seiten der Konzernspitze, dass man die »Lehren aus der Vergangenheit« gezogen habe und sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bewusst sei.[326] Die zentrale Selbstbeschreibung des Konzerns bleibt jedoch bis in die Gegenwart einer als ruhmreich wahrgenommenen Technik- und Produktgeschichte verhaftet, die sich gegenüber den »dunklen Kapiteln« der Unternehmensgeschichte immer wieder als resilient erweist.

Wie weit die einst heftig umstrittene NS-Vergangenheit wieder in den Hintergrund treten kann, dafür ist Bayer ein markantes Beispiel. Nach den heftigen Debatten über die NS-Zeit von Bayer rund um das Jubiläum 1988 und der folgenden Fachdiskussion zwischen Peter Hayes und Gottfried Plumpe verblasste das NS-Thema zunehmend in den Außendarstellungen von Bayer. Zwar erschienen Anfang der neunziger Jahre noch mehrfach kritische Publikationen, die die alten Vorwürfe gegen Bayer als Teil der IG Farben weiter groß aufbereiteten.[327] Auf den immer noch stattfindenden Hauptversammlungen der alten »IG Farben in Auflösung« kam es weiterhin zu Protesten. Nicht zuletzt war Bayer von den ersten US-Sammelklage 1995 betroffen und stand im Zentrum der Debatte über die Zwangsarbeiterentschädigung Ende der neunziger Jahre. Der Konzern war Gründungsmitglied der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und beschäftigte im Konzernarchiv zwei Archivare mit der Recherche nach Namen ehemaliger Zwangsarbeiter. Allein: In den all den Jahren erschien keine größere Publikation mehr zur Konzerngeschichte, und in kleineren Broschüren anlässlich von Werksjubiläen spielte die NS-Zeit keine große Rolle. Sicherlich blieb man in der Konzernspitze für die NS-Geschichte sensibilisiert. Davon zeugte beispielsweise der Umgang mit dem Erbe von Fritz ter Meer, dem in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilten späteren Aufsichtsratsvorsitzenden der Bayer AG. Im Jahr 2000 wurde die Fritz-ter-Meer-Stiftung in Bayer Science & Education Foundation umbenannt. Zum 125jährigen Jubiläum des Werks Uerdingen 2002 war man bei Presseveranstaltungen auf kritische Fragen zu Fritz ter Meer vorbereitet und hatte vorformulierte selbstkritische Erklärungen parat.[328] Außerdem ließ Bayer an ter Meers Grab keine Kränze mehr niederlegen. Aber ausführliche Darstellungen der Konzerngeschichte, die die Haltung des Konzerns zu seiner NS-Vergangenheit klargemacht hätte, erschienen nicht. Dabei war es nicht so, dass der Konzern sich eingemauert hätte. Das Konzernarchiv gewährte Forschern freien Zugang zu den Akten und warb in Fachzeitschriften für seine Bestände zur NS-Zeit.[329] Bayer war indes weiterhin einer der wenigen Großkonzerne, die wegen ihrer

326 Zur finanziellen Förderung von Projekten und dem eigenen Selbstverständnis, formuliert von Lothar Ulsamer, Leiter für föderale und kommunale Projekte, vgl. Ulsamer, Redemanuskript, 13. 2.2014; Ulsamer, Lehren. Ebenso Gentz, Verstrickung.

327 Vgl. Coordination gegen Bayer-Gefahren, Bayer; Coordination gegen Bayer-Gefahren, Geschichte.

328 BAL 374/11, Exposé zu Fritz ter Meer, o. D.

329 Vgl. etwa Pogarell, Unternehmensarchiv, S. 124.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
NS-Vergangenheit massiv in der Kritik standen, jedoch nie eine eigene wissenschaftliche Untersuchung ihrer Bestände in Auftrag gaben. Während die beiden anderen IG Farben-Nachfolgegesellschaften im Zuge des Booms der NS-Unternehmensgeschichte renommierte Historiker beauftragten,[330] vertrat Bayer den Standpunkt, dass Wissenschaftler ohne Unternehmensauftrag die Geschichte erforschen sollten, und verwies im Zweifelsfall auf die Darstellung von Gottfried Plumpe im Jubiläumsband von 1988. Im Vergleich zu anderen Konzernen ist auch auf der Internetseite des Konzerns relativ wenig zur NS-Zeit zu lesen. Unter der Überschrift »Weg in den Zweiten Weltkrieg« wird nur festgehalten, dass die »Werke der Betriebsgemeinschaft zu den ›kriegs- und lebenswichtigen‹ Betrieben der deutschen Wirtschaft« gehörten und dass »– wie in der gesamten deutschen Industrie – Fremd- und Zwangsarbeiter aus den besetzten Ländern Europas eingesetzt [wurden], um die Produktion aufrechtzuerhalten«.[331] Der IG Farben-Prozess wird überhaupt nicht erwähnt. Das Nichtvorhandensein einer größeren Geschichtsdarstellung mochte auch damit zu tun haben, dass es keinen geeigneten Anlass gegeben hatte. Der sollte sich im Jahr 2013 mit dem 150jährigen Firmenjubiläum von Bayer ergeben. Jedoch wurde auch hier auf eine chronologische Firmengeschichte verzichtet. Stattdessen gab der Konzern eine umfangreiche, hochwertige Festschrift heraus, die den Konzern in 150 Mitarbeiterportraits als Gemeinschaft von Forschern abbildete.[332] Die Geschichte von Bayer war hier die Geschichte von Bayer-Erfindungen und ihren Entdeckern von 1888 bis zur Gegenwart. Der politisch-gesellschaftliche Kontext des Unternehmens zeichnete sich in den persönlichen Portraits nur schemenhaft ab. Die Geschichte der IG Farben klang nur am Rande des Portraits von Carl Duisberg an. Die Zeit des Nationalsozialismus war nur indirekt als Kriegserfahrung einiger weniger Mitarbeiter ein Thema. Bahnbrechende Erfindungen, die in der Kriegszeit gemacht wurden, wie eine spezielle Form des Kunststoffs (Polyurethane), wurden ausführlich dargestellt. Kriegswichtige Syntheseprodukte wie Buna, das 1927 in Leverkusen entwickelt worden war, blieben jedoch ausgespart. Alles in allem vermittelte die Festschrift unter dem Slogan »science for a better life« das Selbstbild eines Konzerns, der ganz in der Rolle des Forschers aufzugehen schien. Damit stand die Festschrift in einer langen Tradition eines Selbstbeschreibungsmusters, das das Unternehmen seit seiner Gründung in verschiedenen Variationen tradiert hatte – und das nicht zuletzt auch im Nürnberger Gerichtssaal als rechtfertigendes Argument der Verteidigung vorgebracht worden war.[333] Im Rahmen der großen Jubiläums-

330 Vgl. Abelshauser, BASF; Lindner, Hoechst.

331 Vgl. URL: http://www.bayer.de/de/unternehmensgeschichte.aspx (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

332 Vgl. Bayer, Erfinder-Unternehmen.

333 In diesem Zusammenhang kann auch eine spätere Anzeigenkampagne des Verbands der Chemischen Industrie gesehen werden. Auf einem bunt illustrierten Zeitstrahl mit dem Motto »Die Chemie sorgt dafür, dass Deutschland vorankommt« wurden stolz Beispiele von Erfindungen bzw. Produkten gezeigt, wobei der erste Eintrag auf

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
feier 2013 rief dieses Eigennarrativ jedoch keinerlei Kritik hervor, und auch der Umstand, dass die NS-Zeit des Konzern so gut wie ausgespart blieb, wurde nur von einigen wenigen empörten Stimmen festgehalten, die kein größeres Echo hervorriefen.[334] Der Wirtschaftshistoriker Werner Plumpe bemerkte in einem das Jubiläum begleitenden Interview auf die Frage, ob das NS-Kapitel von Bayer ausreichend aufgearbeitet sei: »In diesem Fall, glaube ich, hat die historische Forschung ihre Arbeit einigermaßen gut erledigt.«[335] Insofern stand das Bayer-Jubiläum 2013 exemplarisch für einen Fall, dass Großkonzerne ihre NS-Vergangenheit auch wieder in den Hintergrund absinken lassen konnten, ohne dass es zu einem öffentlichen Sturm der Entrüstung gekommen wäre, wie er vor gut 15 Jahren das Unternehmen noch in Atem gehalten hatte.

Der Vergleich der vier untersuchten Konzerne in ihrem Umgang mit Forschungsaufträgen ergibt also ein differenziertes Bild. In der Folge des Booms der NS-Unternehmensgeschichte hat sich keine einheitliche Norm bei den Großkonzernen im Umgang mit der NS-Vergangenheit etabliert. Es gibt keine *best practice* der Vergangenheitsbearbeitung. Vielmehr gibt es hinsichtlich der unternehmerischen Selbstdarstellung ein Spektrum an Verhaltensweisen, das von der dauerhaften Integration von Forschungsergebnissen in die Konzernkommunikation wie bei der Degussa bis hin zu der Reduzierung auf einige wenige Formulierungen wie bei Bayer reicht. Zwischen diesen beiden Polen liegen die unterschiedlichen Darstellungsweisen, die in ihrem Wandel davon zeugen, dass auch in den Unternehmen selbst der Umgang mit dem Nationalsozialismus stets aufs Neue von unternehmensinternen und -externen Faktoren bedingt wird.[336] Der Vergleich von Unternehmenspublikationen seit den neun-

1935 verwies: »Der Reifen aus synthetischem Kautschuk rollt vom Werksband«. Den historisch belasteten Kontext von »Buna« blendete die Anzeige dabei komplett aus, vgl. etwa Süddeutsche Zeitung 14.9.2015.

334 Zu den verschiedenen Aktivitäten im Jubiläumsjahr und den Reden beim Festakt vgl. Bayer, 150 Jahre. Zur allgemeinen Berichterstattung vgl. etwa Süddeutsche Zeitung, 13.7.2013; ARD Tagesschau, 16.7.2013; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.7.1013 (»Geburtstagsfest mit Damen: Bayer wird 150 Jahre alt«); Bild-Zeitung, 17.7.2013; Die Rheinpfalz, 16.7.2013; Handelsblatt, 18.7.2013. Zur Kritik, geäußert insbesondere von den Aktivisten der »Coordination gegen Bayer-Gefahren« vgl. Süddeutsche Zeitung, 22.4.2013; Tagesspiegel, 26.4.2013; Neues Deutschland, 26.4.2013; Die Zeit, 1.8.2013; ARD, 29.7.2013 (»Die Bayer-Story«). Dazu auch die Webseite der Aktivisten, URL: http://www.cbgnetwork.org/5270.html (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

335 Vgl. Deutschlandradio, 16.7.2013.

336 Selbst regelmäßig als vorbildhaft hervorgehobene Beispiele wie der Volkswagen-Konzern scheinen beim genaueren Hinsehen Unstimmigkeiten aufzuweisen. So hat Volkswagen auf der einen Seite als einer der wenigen Konzerne eine eigene »Erinnerungsstätte« zur Geschichte der Zwangsarbeit auf dem Werksgelände eingerichtet und in der Schriftenreihe »Historische Notate« zahlreiche Bände veröffentlicht, die das Schicksal von unterschiedlichen Zwangsarbeitergruppen portraitieren. Auf der anderen Seite widmet die jüngste voluminöse Volkswagen Chronik der eigenen NS-Vergangenheit ganze vier Seiten. Zwar wird dort der umfangreiche Zwangs-

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
ziger Jahren verdeutlicht dabei, dass der Modus der Vergangenheitsbearbeitung sich verändert hat, manche Eigennarrative und Erzählmuster indes ähnlich geblieben sind. Elemente der Rollenzuschreibung vom »anständigen Kaufmann« oder Schlagworte vom »Werkzeug« und »Opfer« der NS-Politik lassen sich bis in die Gegenwart finden. Vordergründig lässt sich jedoch trotz aller aufgezeigten Unterschiede festhalten: Ein rigoroses Aussparen der NS-Vergangenheit kann sich kaum ein großes Unternehmen mehr leisten, dessen Beteiligung an NS-Unrecht einmal im Fokus der Öffentlichkeit gestanden hat. Im Gegenteil, im Rahmen einer opferzentrierten Erinnerungskultur ist bei den meisten großen Konzernen das demonstrative Bekenntnis zur eigenen NS-Vergangenheit zum Bestandteil des unternehmerischen Selbstbilds geworden.[337] Der Trend zur Aufarbeitung führt in Einzelfällen gar zu der kuriosen Situation, dass in Auftrag gegebene Forschungsprojekte keine größeren Verstrickungen in der NS-Zeit feststellen und die Unternehmensleitungen darüber in Verzweiflung geraten, weil sie den öffentlichen Unglauben ob dieses Ergebnisses fürchten.[338] Zu weiß darf die Weste nicht mehr sein. Nur ein paar dunkle Flecken darauf belegen in den Augen der Öffentlichkeit die ehrliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit.

5.5 Zwischenbilanz

Das Ende des Ost-West-Konflikts hatte in mehrfacher Hinsicht zäsurmarkierende Bedeutung für deutsche Unternehmen. Im vereinigten Deutschland vollendete sich der Paradigmenwandel im Umgang mit der NS-Vergangenheit hin zu einer affirmativen Vergangenheitsbewahrung. Im öffentlichen Vergangenheitsdiskurs dominierten fortan die Pathosformeln »Aufarbeitung« bzw. »Erinnerung«, und auf politischer Ebene wurde der Erinnerungsimperativ an Auschwitz zum zentralen Beweggrund der bundesdeutschen Geschichtspolitik. Dabei kam es ab Mitte der neunziger Jahre zu einer Vielzahl an breit geführten Debatten über Täter- und Opferbilder, in denen über die Beteiligung breiter Bevölkerungsteile an NS-Verbrechen gestritten wurde. Diese Kontroversen waren Teil eines identitätsstiftenden Selbstvergewisserungsprozesses in Deutschland, der letztlich in einer opferzentrierten Erinnerungskultur mündete. In dem Maße, in dem sich der Holocaust als konstitutiver Fixpunkt der bun-

arbeitereinsatz in Wolfsburg dargestellt, die Verantwortung für die Lebens- und Arbeitsverhältnisse jedoch pauschal der NS-Ideologie zugeschrieben. Vgl. Volkswagen, Chronik, S. 10. Dazu auch die Darstellung auf der Webseite des Konzerns, URL: http://www.chronik.volkswagenag.com (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

337 Neben den vier dargestellten Konzernen können auch Bertelsmann, die Dresdner Bank oder die Allianz als Beispiele für diese Anpassungsbereitschaft genannt werden. Vgl. Bertelsmann, 175 Jahre Bertelsmann, S. 4; Grobe, Tradition, S. 62 f.; Dresdner Bank, Kleine Chronik; Eggenkämper/Modert, Allianz.

338 So die Geschäftsführerin der GUG, Andrea Schneider, im Interview (11.8.2011).

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
desdeutschen Geschichtskultur etablierte, rückte auch die NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen verstärkt ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Selbst Konzerne, die jahrzehntelang, wenn überhaupt, nur am Rande der öffentlichen Vergangenheitsdiskurse thematisiert worden waren, standen plötzlich im Mittelpunkt der Debatten. Die Degussa war dabei ein paradigmatischer Fall, wie Unternehmen ihre eigenen Selbstbilder in Frage stellen und sich ihrer NS-Vergangenheit annehmen mussten, die in der Raubgold-Debatte bzw. der Zwangsarbeiter-Diskussion skandalisiert wurden und einen nachhaltigen Imageschaden zu verursachen drohten. Der Mechanismus der medialen Skandalisierung gewann dabei in dem Maße an Hebelkraft, in dem einzelne kritische Stimmen in den Medien einen wachsenden Resonanzraum erhielten, der den Rechtfertigungsdruck auf die Unternehmen erhöhte und regelmäßig zur demonstrativen Beauftragung von unabhängigen Historikern führte. Die Auseinandersetzung bei der Degussa stand dabei paradigmatisch für den Konflikt der späten neunziger Jahre zwischen »privater« Erinnerung und öffentlicher Gedenkkultur. »Ganz gewöhnliche Deutsche« sahen sich wie (nicht so) ganz gewöhnliche Unternehmen gezwungen, das eigene historische Selbstbild mit den Erwartungshaltungen und Maßstäben der öffentlichen Vergangenheitsdiskurse abzugleichen. Während die geschichtskulturellen Rahmenbedingungen für individuelle Biografien dabei stets die Rückzugsnischen der persönlichen Erinnerung bereithielten, mussten sich »korporative Biografien« wie die der Degussa jedoch verbindlicher an die öffentlichen Anforderungen anpassen und suchten dafür die Autorität der Geschichtswissenschaft. Die wissenschaftlichen Studien hatten dabei einen ähnlichen Authentifizierungseffekt auf die Aufarbeitungs- und Erinnerungsleistungen deutscher Konzerne, wie das Signum der Zeitzeugenschaft individuelle Biografien legitimierte. Individuelle Lebensgeschichten erfuhren im Zeitzeugenboom der neunziger Jahre eine auratische Aufwertung – für die NS-Konzerngeschichte der Degussa war hingegen ab dem Jahr 1997 klar, dass die Zeit der autobiografischen Selbstbeschreibung vorbei war.

Der Fall des Eisernen Vorhangs hatte für deutsche Unternehmen auch handfeste wirtschaftliche Bedeutung. Mit der Vereinigung Deutschlands war das Londoner Schuldenabkommen in Frage gestellt, und damit bröckelte die juristische Verteidigungslinie, hinter der sich die Unternehmen jahrzehntelang verschanzt hatten. Neue Entschädigungsforderungen ehemaliger Zwangsarbeiter aus Osteuropa und neue Zugänge zu Archivbeständen über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne fielen für die Unternehmen zusammen mit der Erweiterung ihrer Geschäftsfelder auf neuen Märkten und dem Aufstieg eines neuen Finanzkapitalismus. Dem Umstand, dass sich die Clinton-Regierung zum maßgeblichen Protagonisten eines »globalisierten Wiedergutmachungs- und Anerkennungsdiskurses«[339] entwickelte, konnten sich jene deutschen Unternehmen nicht entziehen, die energisch auf den US-Markt drängten und

339 Goschler, Vertrauenskapital, S. 166.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
von internationalen Kapitalgebern abhängig waren. Schließlich machten die US-Sammelklagen von NS-Verfolgten deutlich, welche ökonomischen Folgen brisante und lange vernachlässigte Aspekte der Firmenvergangenheit haben konnten. Den deutschen Unternehmen drohten milliardenhohe Schadensersatzklagen, Einschränkungen ihrer Geschäftstätigkeiten und mögliche Verbraucherboykotte in den USA. Was dabei für die Degussa galt, sollte sich auch für die Mehrzahl der großen Konzerne Ende der neunziger Jahre bewähren. Auf den öffentlichen und politischen Druck reagierten die in der Kritik stehenden Unternehmen mit zwei Verhaltensweisen: Erstens bemühten sich die Unternehmen durch die öffentlichkeitswirksame Vergabe von Forschungsaufträgen, Transparenz im Umgang mit der Geschichte zu signalisieren und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Zweitens versuchten sie hinsichtlich des Problems der Zwangsarbeiterentschädigung, die unternehmensspezifischen Klagen auf Individualentschädigung in eine gemeinsam gestaltete, einmalige Pauschallösung zu überführen. Der Weg der deutschen Unternehmen zu einer kollektiven Verhandlungslösung der Zwangsarbeiterentschädigung war dabei von bemerkenswerten Brüchen im Umgang mit der eigenen NS-Vergangenheit, aber auch von den Kontinuitäten tiefsitzender Deutungsmuster bestimmt. Während die bis dato ignorierten Zwangsarbeiter tatsächlich Zahlungen erhielten, eröffnete die Formulierung von der »freiwilligen, humanitären Leistung« den Unternehmen die Möglichkeit, den drohenden Imageschaden abzuwenden und auf die Kläger zuzugehen, ohne vollkommenen das Gesicht zu verlieren. Der Lösungsansatz trug dabei den geschichtskulturellen Rahmenbedingungen einer sich etablierenden opferzentrierten Erinnerungskultur Rechnung und wirkte zudem integrativ in den Reihen der deutschen Unternehmen. Das Lösungsmodell einer »Solidaraktion der deutschen Wirtschaft« entkoppelte die symbolischen Zahlungen von konkreten historischen Fakten und tradierte durch die betonte Trennung von juristischer und moralischer Verantwortung das latente Narrativ, letztlich »im Auftrag des Staates« gehandelt zu haben.

Das Ende des Ost-West-Konflikts veränderte auch die Unternehmensgeschichtsschreibung in Deutschland. Die Frage nach der Rolle der Wirtschaft im Nationalsozialismus konnte fortan unter weniger ideologischem Ballast diskutiert werden. Zugleich katapultierte der öffentlich ausgetragene Streit um die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne das Orchideenfach der Unternehmensgeschichte ins Zentrum der internationalen Aufmerksamkeit, in der auch Historiker ihre Rolle erst finden mussten. Öffentliche Kontroversen auf der einen und innovative Forschungsimpulse einer mikroökonomischen Wirtschaftsgeschichte auf der anderen Seite führten schließlich zu neuen Fragestellungen nach Handlungsspielräumen der Unternehmen in der NS-Wirtschaft. Die unternehmensfinanzierten Forschungsaufträge wurden damit verstärkender Teil eines größeren Forschungstrends, der letztlich in einer »Sonderkonjunktur«[340] der NS-Unternehmensgeschichte gipfelte. Die quel-

340 Banken, Nationalsozialismus.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
lengesättigten, umfangreichen Studien ergaben ein erweitertes, differenziertes Bild der Unternehmen im »Dritten Reich«, das dennoch durchzogen blieb von alten Schlüsselbegriffen und der Diskussion um den Zwangscharakter des NS-Wirtschaftssystems. Während sich für die unternehmensfinanzierte Auftragsforschung zunehmend ein Standard hinsichtlich des Quellenumgangs und der Unabhängigkeit etablierte, ist für die untersuchten Konzerne festzuhalten, dass die Forschungsergebnisse und das Aufarbeitungs-Engagement der Unternehmen in unterschiedlichem Maße in ihre Selbstbilder und ihre Unternehmenskultur integriert worden sind. Bei allen Bekenntnissen zur eigenen NS-Vergangenheit erglimmen in den Eigennarrativen der Unternehmen bisweilen Versatzstücke der alten Deutungsmuster, die jedoch an die größeren Strömungen der deutschen Geschichtskultur anschlussfähig zu sein scheinen.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

6 Fazit: Deutsche Konzerne als Objekte und Akteure der deutschen Geschichtskultur

6.1 Narrative und Zäsuren

Die Geschichte des Umgangs deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit beschreibt die wechselhafte Entwicklung an Verhaltensweisen und Selbstbeschreibungen von Unternehmen und zeigt, dass Unternehmen sowohl Subjekte als auch Objekte der Vergangenheitsdiskurse in Deutschland seit 1945 gewesen sind. Der lange, vielschichtige Prozess der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Deutschland und der damit verbundene geschichtskulturelle Paradigmenwandel drückte sich auch in den Veränderungen des Umgangs deutscher Unternehmen mit der NS-Zeit aus: von einer ersten Phase der Selbstbehauptung in der unmittelbaren Nachkriegszeit über nahezu drei Jahrzehnte der einmütigen Entlastung bis hin zu einer Phase der umstrittenen Bewältigung in den achtziger Jahren und schließlich der verstärkten, demonstrativen Aufarbeitung ab 1990. Diese Entwicklung war nicht bei allen Unternehmen gleichermaßen stark ausgeprägt, und doch lässt sich zusammenfassend festhalten, dass die Veränderungen der geschichtskulturellen Rahmenbedingungen langfristig die Unternehmen in ähnlicher Weise beeinflussten und die Unternehmen sich aktiv in die Vergangenheitsdiskurse einbrachten, die ihre NS-Vergangenheit zum Thema machten. Die Unternehmen folgten damit einem übergreifenden geschichtskulturellen Perspektivenwechsel nach 1945, der sich als Umbruch von der »Heroisierung« zur »Viktimisierung« fassen lässt und sich als opferzentrierte Erinnerungskultur in der Gegenwart manifestiert hat. Der Generationenwandel und das damit einhergehende Verblassen der NS-Zeitgenossenschaft hat nicht nur die Institutionalisierung des Holocaust-Gedenkens in der Bundesrepublik beschleunigt, sondern auch in den Unternehmen einer jüngeren Managergeneration neue Umgangsweisen mit der Konzerngeschichte eröffnet. Im Zuge des Aufstiegs der Erinnerung zum geschichtskulturellen Leitbegriff und in der Folge der Etablierung der Opferorientierung zur erinnerungspolitischen Norm haben sich auch Konzerne in den Erinnerungskonsens der Vergangenheitsaufarbeitung eingereiht. Überspitzt ließe sich formulieren: Der Umgang deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit drückt sich aus in dem Wandel vom Beharren auf einem fleckenlos reinen Selbstbild hin zum demonstrativen Bekenntnis zu den dunklen Kapiteln der Firmengeschichte.

Der Weg der vier untersuchten Konzerne war dabei alles andere als gradlinig und einheitlich. Die Brüche und Wendepunkte im unternehmerischen

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Umgang mit der Vergangenheit verdeutlichen jedoch die langfristig ähnlichen Verhaltensweisen und verbinden sich mit entsprechenden Narrativen, Rollenmustern und Geschichtsbildern in den Konzernen. So bedeutete das Kriegsende für die deutsche Wirtschaftselite eine tiefe Zäsur der Verunsicherung, und die von den Alliierten forcierte erste Phase der Vergangenheitsbearbeitung konfrontierte die Unternehmen sowie ihre Verantwortlichen in existentieller Weise mit der unmittelbaren NS-Vergangenheit. Das Beispiel der IG Farben zeigt, wie der Nürnberger Gerichtssaal zum konstitutiven Ort und wirkungsmächtigen Resonanzraum für die Selbstbehauptung der Spitzen der deutschen Wirtschaft wurde. In den Verteidigungsplädoyers und Zeugenaussagen entfaltete sich das zentrale Narrativ der unternehmerischen Vergangenheitsvergewisserung nach dem verlorenen Krieg, das über die Gründung der Bundesrepublik bis in die späten siebziger Jahre prägend bleiben sollte. Mit dem Opfernarrativ vom ehrbaren Kaufmann bzw. unpolitischen Forscher, dessen friedensliebende Kräfte nolens volens in eine Kriegswirtschaft gezwungen worden seien, schufen die angeklagten Industriellen ein Rollenmuster, mit dem sie sich später im vergangenheitspolitischen Gründungskonsens der Bundesrepublik rehabilitieren konnten. Das unternehmerische Selbstbild vom unpolitischen Opfer war anschlussfähig an den gesamtgesellschaftlichen Opferdiskurs der Nachkriegszeit in seiner doppelten Selbstviktimisierung, wurde begünstigt durch den beginnenden Kalten Krieg und führte über in den breiten Entlastungskonsens der fünfziger Jahre, in dem auch die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne in den Hintergrund trat. Industrielle konnten sich nun als Teil des deutschen Wirtschaftswundermythos stilisieren, innerhalb dessen die Privatunternehmen als zuverlässige Stützen der demokratisch-kapitalistischen Bundesrepublik wahrgenommen wurden. Die staatliche Wiedergutmachungspolitik der Bundesregierung bewirkte zudem, dass sich deutsche Unternehmen, von Einzelfällen abgesehen, kaum mit Restitutions- und Entschädigungsforderungen konfrontiert sahen bzw. sich dieser schnell entledigen konnten. Das Londoner Schuldenabkommen war der Schutzschild, mit dem Unternehmen juristische Ansprüche abwehrten und sich, wenn überhaupt, zu einer »moralischen Verantwortung« und »Gesten des guten Willens« bereiterklärten wie etwa die IG Farben.

Während sich ab dem Ende der fünfziger Jahre das gesellschaftspolitische und damit auch das geschichtskulturelle Klima in der Bundesrepublik langsam zu verändern begann, überstanden deutsche Unternehmen und ihre Leitungen die Kritik an ihrer NS-Vergangenheit ohne größere Kratzer am eigenen Image. Der Kalte Krieg und die ideologisch überformte Blockkonfrontation erlaubte es Unternehmen in der Bundesrepublik, sich auf der Seite des kapitalistischen Westens nahezu schadenfrei gegenüber tatsächlich oder vermeintlich kommunistischer Propaganda zu halten und eine ausgeprägte Wagenburg-Mentalität zu kultivieren. In dem kritischen Bild, das die geschichtspolitischen Kampagnen der SED und die in der Empirie fundierten Studien der ostdeutschen Geschichtswissenschaft von deutschen Konzernen zeichneten, konnten und wollten weder das Gros der westdeutschen Öffentlichkeit noch die Unterneh-

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
men sich selbst erkennen. Die orthodox-marxistische Grundierung des Bildes passte nicht zum kapitalistischen Selbstverständnis der Bundesrepublik. Der Frankfurter Auschwitz-Prozess und mehr noch der Prozess der Deutschen Bank gegen den DDR-Historiker Czichon verdeutlichten jedoch, dass die Unternehmen im Gerichtssaal und in der Öffentlichkeit alles daransetzten, die Deutungshoheit über ihre Geschichte zu behalten. Wie resilient und selbstverständlich die tradierten Deutungsmuster im Diskurs über die NS-Vergangenheit deutscher Unternehmen waren, verdeutlichte unter anderem in der Frage der »Arisierungen« die positivistische Rechtsauffassung (im Sinne des »gutgläubigen Erwerbers«), die über den Deutsche Bank-Prozess hinaus fortgeschrieben wurde.

Die dynamischen Zeiten der sechziger Jahre waren jedoch die Initialzündung für einen Prozess der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit, der in den achtziger Jahren in einem hochemotionalen, geschichtspolitisch aufgeladenen Diskurs der »Vergangenheitsbewältigung« gipfelte. Erst in diesem polarisierenden, öffentlichen Streit gerieten das alte Selbstbild und das bisherige Verhalten der Unternehmen in zunehmenden Maße in Spannung zu einer Gegenöffentlichkeit, die für die »vergessenen Opfer« und insbesondere die ehemaligen Zwangsarbeiter der deutschen Industrie eintrat. Daimler-Benz geriet mit seinen Jubiläumsfeierlichkeiten in diese geschichtskulturelle Übergangszeit und sah sich mit seinen Versuchen, die NS-Zeit erstmalig von Historikern untersuchen und darstellen zu lassen, heftiger Kritik ausgesetzt, weil Form und Inhalt der Darstellung in Teilen der Öffentlichkeit als ungenügend empfunden wurden. Die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit deutscher Konzerne verlagerte sich nun endgültig vom Gerichtssaal in die medial strukturierte Öffentlichkeit – und wies auch der Geschichtswissenschaft eine neue Rolle zu. Bei Daimler-Benz lässt sich dabei ein allmählicher pragmatischer Lernprozess identifizieren: Anstelle sich auf die alten Topoi des Entlastungsnarrativs zurückzuziehen, die auch die erste Auftragsstudie noch tradiert hatte, vollzog die Konzernleitung den beginnenden geschichtskulturellen Wandel hin zu einer opferzentrierten Erinnerungskultur nach. Symbolhafte Zahlungen und weitere Forschungsaufträge trugen dem neuen gesellschaftlichen Fokus auf die Opfer Rechnung und ermöglichten es Daimler-Benz dennoch, auf alten Standpunkten wie der Trennung von moralischer und juristischer Verantwortung zu beharren. Dabei kam der inzwischen eingetretenen zeitlichen Distanz zum Kriegsende und dementsprechenden Generationswechsel eine wichtige Bedeutung zu. Die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit wurde in dem Maße auch in Unternehmen möglich, in dem die NS-Vergangenheit der Konzerne nicht mehr in eins fiel mit der NS-Vergangenheit ihrer Leitungen. Das Auseinanderfallen von institutioneller und individueller Vergangenheit erleichterte es zunehmend einer jüngeren Managergeneration, die NS-Vergangenheit des eigenen Unternehmens zu thematisieren, auch wenn in vielen Fällen die langgepflegten Loyalitäten gegenüber den verehrten Grandseigneurs der deutschen Wirtschaft ein kritisches Anpacken noch bis in die neunziger Jahre

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
verhinderten. Für die Gesamtheit der deutschen Unternehmen und die Lösung der Entschädigungsfrage war der Aufbruch von Daimler-Benz daher auch nicht repräsentativ. Die Mehrzahl der deutschen Unternehmen hielt weiterhin an ihren alten Selbstbildern fest. Dennoch war es diese Übergangsphase der achtziger Jahre und das paradigmatische Verhalten von Daimler-Benz, die den Weg bereiteten für einen sich ab den neunziger Jahren verstärkenden Wandel der deutschen Unternehmen im Umgang mit ihrer NS-Vergangenheit.

Mit der Zäsur des Jahres 1989/90 setzten sich im Vergangenheitsdiskurs der neunziger Jahre die Leitbegriffe »Erinnerung« und »Aufarbeitung« durch, die fortan für die Absicht standen, sich mit der NS-Geschichte kontinuierlich auseinanderzusetzen. Das Bestreben, die Vergangenheit zu »bewältigen«, also erfolgreich mit ihr abzuschließen, verlor zunehmend an Kraft gegenüber einer sich etablierenden Erinnerungskultur, die auch für die deutsche Wirtschaft zentrale Bedeutung gewann. Das Zusammenspiel verschiedener Faktoren – das Ende des Ost-West-Konflikts, die Rückkehr der Wiedergutmachungsfrage, die Institutionalisierung und Universalisierung des Holocaust-Gedenkens mit all seinen strittigen Debatten – rückte ein deutsches Großunternehmen nach dem anderen in den Fokus eines kontroversen Aufarbeitungsdiskurses, der moralische, rechtliche, politische und nicht zuletzt ökonomische Aspekte verband. Die zunehmende Globalisierung und ein neuer Finanzkapitalismus hatten die international agierenden Konzerne abhängiger gemacht von ausländischen Kapitalgebern und Öffentlichkeiten, was sich insbesondere in den USA und spätestens mit den dortigen Sammelklagen zeigen sollte. Was Unternehmen wie Daimler-Benz in den späten achtziger Jahren vorgemacht hatten, kopierten die nun unter Druck geratenen Unternehmen ihrerseits, um den Schaden der jahrzehntelang unter ferner liefen behandelten Fragen zur eigenen NS-Vergangenheit zu begrenzen. Der medialen Skandalisierung ihrer NS-Geschichte in der Raubgold- bzw. Zwangsarbeiter-Debatte versuchten die Unternehmen zu begegnen, indem sie Forschungsaufträge an Historiker vergaben und ihre Archive öffneten. Parallel dazu bemühten sich die Unternehmen, die unternehmensspezifischen Sammelklagen und Forderungen ehemaliger NS-Verfolgter, in einem kollektiven Verhandlungsprozess und einer gemeinsamen Pauschallösung zu bündeln. Transparenz und Glaubwürdigkeit im Umgang mit der eigenen Geschichte wurden für die Unternehmen zu elementaren Zielen einer Unternehmensgeschichtspolitik, die die drohenden ökonomischen Schäden aufzufangen und das Image der Unternehmen aufzuwerten versprach. Die sich in den neunziger Jahren etablierende opferzentrierte Erinnerungskultur, die im Zeichen von Katharsis und Erlösung stand, eröffnete den Unternehmen die Möglichkeit, sich mittels symbolischer Gesten als geläuterte Protagonisten der Epoche der Aufarbeitung zu präsentieren. Die neue emphatische Opferperspektive überlagerte dabei aber auch eine selbstkritische Täterperspektive. Semantiken vom »humanitären Beitrag« oder von der »Solidaraktion der deutschen Wirtschaft« legten die Abstrahierung von konkreten historischen Zusammenhängen nahe und tradierten ältere latente Deutungsmuster, letzt-

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
lich »im Auftrag des Staates« gehandelt zu haben. Die Frage nach juristischer Schuld wurde so in einen moralischen Akt aller Unternehmen umgewandelt und etwaige »moralische Verantwortung« blieb diffus, wenn sie nicht einzelnen Managern zugeschoben wurde, die in der Regel schon gestorben waren.

Über den Zeitraum von sieben Jahrzehnten lassen sich somit für die untersuchten vier Konzerne sich wandelnde Umgangsweisen mit der NS-Vergangenheit feststellen. Der unternehmerische Modus der Vergangenheitsbearbeitung war dabei Indikator und Faktor der jeweiligen Vergangenheitsdiskurse in Deutschland und hat die Entwicklungsphasen der deutschen Geschichtskultur – von Fall zu Fall mit unterschiedlicher Verzögerung – nachvollzogen bzw. mitbestimmt. War das mehrheitliche Sprechen über die NS-Vergangenheit zunächst explizit apologetisch, dann tendenziell aus- und überblendend, wurde es später relativierend bis vorsichtig selbstkritisch, um zuletzt offensiv bekennend zu sein. Dieser sich verändernde Umgang verband sich stets mit bestimmten Narrativen, die mitunter eine subtile Kontinuität auszeichnete. Argumentationsmuster, dramaturgische Erzählbögen, wiederkehrende Strukturelemente, spezifische Metaphern und Schlüsselwörter – diese Merkmale lassen sich zu Typen von Erzählungen und Rollenzuschreibungen zusammenfassen. Die Erzählmuster etwa vom »anständigen« bzw. »ehrbaren Kaufmann«, vom unpolitischen »genialen Erfinder« oder vom »Werkzeug« bzw. »Opfer« der NS-Politik sind bis in die Gegenwart zum Teil verblasst, unterlegen zum Teil aber immer noch in Versatzstücken die Selbstbilder der Konzerne. Die Erzähl- und Deutungsmuster der Unternehmen waren dabei stets und nicht zuletzt Reaktionen auf mächtige Gegenerzählungen: Von den US-Anklagebehörden in Nürnberg über die geschichtspolitischen Kampagnen der SED und die wachsenden Neuen Sozialen Bewegungen bis zu den Sammelklagen ehemaliger NS-Verfolgter. Die Geschichte des Umgangs deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit ist somit auch eine Geschichte der Kontinuitäten und Brüche von Selbstbeschreibungen – und ihrer Gegennarrative.

6.2 Unternehmensgeschichtsschreibung und Historische Wissenschaft

Die Unternehmensgeschichtsschreibung in Deutschland ist stets geprägt gewesen von einem markanten Spannungsverhältnis zwischen Öffentlichkeitsarbeit und Wissenschaft. Der Umgang deutscher Unternehmen mit ihrer NS-Zeit drückte sich in den verschiedenen Phasen der Auseinandersetzung auch immer in den Formen und Inhalten ihrer historischen Darstellungen aus. Firmenchroniken, Festschriften oder Jubiläumsansprachen waren zum einen aufschlussreiche Indikatoren und zum anderen verstärkende Faktoren des Diskurses über die NS-Vergangenheit deutscher Konzerne. Ob Journalisten, Schriftsteller, Unternehmensangehörige oder Historiker – Unternehmensgeschichtsschreibung wurde in Deutschland von einer Vielzahl unterschiedlicher

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Akteure bestimmt, wobei lange Zeit galt: Historische Darstellungen über Unternehmen wurden vor allem von Unternehmen selbst geschrieben oder in enger Rücksprache mit ihnen bzw. in ihrem Auftrag verfasst.

Nach der tiefen Verunsicherung, die das Kriegsende und alliierte Prozesse für die Unternehmen bedeutet hatten, waren die fünfziger Jahre für die deutschen Unternehmen eine Zeit, in der sie sich wirtschaftlich, politisch und gesellschaftlich rehabilitieren konnten – und die eigene Firmengeschichte war dabei ein zentrales Instrument der Selbstdarstellung nach außen und der Selbstversicherung nach innen. Während anlässlich von Jubiläen in der unmittelbaren Nachkriegszeit die nahe NS-Vergangenheit mit ihren noch allgegenwärtigen Folgen durchaus thematisiert wurde und bisweilen auch die eigene Rolle im »Dritten Reich« explizit verteidigt wurde, so verblasste die NS-Zeit in unternehmerischen Selbstdarstellungen in den folgenden Jahren in dem Maße, in dem die sich etablierende Marktwirtschaft mit ihren spektakulären Wachstumszahlen und die nachlassende Konfrontation zwischen Kapital und Arbeit den Rechtfertigungsdruck sinken ließen. Wenn überhaupt, wurden Unternehmen als Opfer und Werkzeug des NS-Regimes dargestellt; Rollenmuster vom ehrbaren Kaufmann und unpolitischen Forscher überblendeten konkrete historische Zusammenhänge. Entkonkretisieren, Auslassen, Umdeuten – von den Unternehmenswurzeln im 19. Jahrhundert wurde der Bogen gespannt bis in die Nachkriegszeit, in der man sich gegen Not und Elend behauptet und aus den zerstörten Werken wieder leistungsstarke Betriebe gebaut habe. Das »Dritte Reich« war in dieser Erzählung der zeitweilige Einschnitt einer kontinuierlichen Aufstiegsgeschichte, der erfolgreich überstanden worden war. Dem wirtschaftlichen Wachstum entsprechend wurden die Publikationen auch in der Form und Ausgestaltung immer aufwendiger. All diese Eigenschaften prägten den Ruf der »Firmengeschichte« als unkritische Jubelschriften mit hagiografischem Charakter über Jahrzehnte.

Daran änderten auch die Anfänge der akademischen Beschäftigung mit Unternehmensgeschichte wenig, die insbesondere von Wilhelm Treue und der von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Tradition* bestimmt wurden. Die »wissenschaftliche Firmengeschichte«, wie sie Treue im Unterschied zur »populären Firmengeschichte« verstanden haben wollte, zeichnete sich zumeist durch eine thematische und methodische Beliebigkeit ohne nennenswerten Theoriebezug aus. Außerdem tradierten auch jene Unternehmensdarstellungen, die Historiker im Auftrag von Unternehmen selbst verfassten, noch bis in die siebziger Jahre dieselben unternehmerischen Interpretationslinien und Selbstbilder. Die wissenschaftlichen Erzählmuster reproduzierten nicht nur konkret zur NS-Zeit die Topoi »Zwangswirtschaft« und »Notstand«. Mit ihrem affirmativen Fokus auf Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft bestärkten die Untersuchungen auch das unternehmerische Selbstbild als willensstarke und innovative Charakterköpfe – und bekräftigen damit im Ergebnis den konsensuellen Entlastungsdiskurs in den Reihen der westdeutschen Unternehmen, die die NS-Zeit als integre Kaufleute, Ingenieure und Forscher überstanden zu haben meinten.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Die Ausrichtung der Unternehmensgeschichtsschreibung ist dabei einzuordnen in den politischen Kontext und die übergeordneten wissenschaftlichen Diskurse dieser Zeit. Der politisch-ideologische Konflikt des Kalten Krieges überlagerte auch in der west- und ostdeutschen Geschichtswissenschaft lange eine differenziertere Auseinandersetzung mit den Fragen nach der Rolle der Unternehmen im »Dritten Reich« und dem Charakter des NS-Wirtschaftssystems. Die Extrempositionen, »Faschismus-« bzw. »Agententheorie« auf der einen, »Totalitarismustheorie« auf der anderen Seite, führten in den sechziger Jahren zu einer schematischen Primat-Debatte als Stellvertreterstreit der deutsch-deutschen Geschichtspolitik um historische Legitimität und als Verlängerung der Schuld-Frage. Primat der Wirtschaft oder Primat der Politik – war der »staatsmonopolistische Kapitalismus« durch seine Vertreter der Großkonzerne richtungsweisend und damit verantwortlich für die NS-Diktatur und deren Verbrechen oder hatte die allmächtige NS-Herrschaft die Privatunternehmen einer »Zwangs-« bzw. »Lenkungswirtschaft« ohne Handlungsspielräume unterworfen? Erst in den siebziger Jahren gewannen erste Stimmen in der Geschichtswissenschaft an Raum, die jenseits der schematischen Dichotomie von »Staat« und »Wirtschaft« eben jene spezifische Interessenkongruenz von NS-Führung und Großindustrie betonten, die die Grenzen zwischen staatlicher Wirtschaftsverwaltung und Privatwirtschaft immer weiter verwischt habe.

Im Feld der Unternehmensgeschichtsschreibung dominierten jedoch weiterhin die eindeutigen Entlastungsnarrative, und die Unternehmen vermieden den Blick unter die glänzende Oberfläche ihrer historischen Selbstbilder. Die sechziger und siebziger Jahre boten dabei diverse Anlässe, runde Firmengeburtstage zu feiern, und die Unternehmen scheuten keine Kosten, ihre Geschichte im festlichen Rahmen vor Honoratioren aus den Bereichen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur zu inszenieren. In Festschriften und Jubiläumsreden wurde dabei ein breites Spektrum im Umgang mit der NS-Vergangenheit abgedeckt, das von ausdrücklichen Verteidigungen bis hin zum großflächigen Aussparen des »Dritten Reiches« reichte. Aber die explizit apologetischen, oftmals literarischen Werke (wie die eines Gert von Klass) wurden weniger. Vielmehr setzte man wie bei Bayer auf nüchterne Sachlichkeit: Technik- und Produktgeschichten jenseits der großen Chronologie ermöglichten das weitestgehende Ausblenden der NS-Zeit, zu denen auch Historiker wie Treue ihre wohlformulierten, affirmierenden Abhandlungen beitrugen. Grundsätzlich wurden die Kapitel zur NS-Firmengeschichte weder von der Mehrzahl der großen Konzerne geschrieben, noch wurden sie von einer westdeutschen Öffentlichkeit eingefordert. Diese Seiten passten nicht in die westdeutsche Erfolgsgeschichte von Wiederaufbau und Wiedererstarkung, zu deren konstituierenden marktwirtschaftlichen Kräften sich die Privatunternehmen zählten. Auch wenn der Blick auf die NS-Zeit in den siebziger Jahren wieder etwas konkreter wurde, so blieb er doch wie beispielsweise bei der Deutschen Bank ein wohlwollender ohne Schärfe. Geschichte blieb vorerst einer Semantik der Tradition verhaftet, die wie etwa bei Bayer nach außen als Wer-

 Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
bemittel den Markenkern stärken sollte (»100 Jahre Bayer-Forschung«) und der im Unternehmen identitätsstiftende Funktion zukam (»Bayerfamilie«).

Kritik kam hingegen aus einer anderen Richtung, und die sorgte in deutschen Vorstandsetagen durchaus für Kopfzerbrechen. Die geschichtspolitischen Kampagnen der SED und die intensivierte Forschung der ostdeutschen Betriebs- bzw. Wirtschaftsgeschichte thematisierten regelmäßig die NS-Vergangenheit der westdeutschen Unternehmen und ihrer Leitungen. Die Deutsche Bank und Hermann J. Abs setzten sich gar in einem eigenständigen Zivilprozess gegen die Angriffe aus dem Osten zur Wehr. Grundsätzlich wähnten sich die Unternehmen in der westdeutschen Öffentlichkeit in ein falsches Licht gerückt. Vor diesem Hintergrund suchten die Deutsche Bank und ein kleiner Kreis von Großunternehmen das Bündnis mit prominenten Vertretern der akademischen Unternehmens- bzw. Wirtschaftsgeschichte, um ein institutionelles Gegengewicht zu etablieren, das die Forschungsleistungen bündeln und das Image der Unternehmen verbessern sollte. Die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, die 1976 gegründet wurde und rasch an Mitgliedern wuchs, hatte zum Ziel, das Geschichtsbewusstsein in der deutschen Wirtschaft zu fördern und das öffentliche Bild von Unternehmen als unverzichtbare Stützen der freiheitlich-demokratischen, marktwirtschaftlichen Bundesrepublik zu stärken bzw. gegen vergangenheitsbezogene Kritik zu verteidigen.

Der Lackmustest für die neue »Gemeinschaftseinrichtung von Wissenschaft und Wirtschaft« war kurze Zeit später der Auftrag von Daimler-Benz. Die erste Dokumentation der GUG und das als Gegenerzählung entstandene *Daimler-Benz-Buch* reproduzierten noch einmal die Deutungsmuster der Primat-Debatte, die in ihren Grundzügen bereits in den Nürnberger Wirtschaftsprozessen angeklungen und im Abs-Czichon-Prozess zur vollen Entfaltung gekommen waren. Während die erste GUG-Studie noch zum Bumerang für Daimler-Benz wurde, passte sich das Unternehmen in der Folge an die öffentlichen Erwartungshaltungen an und kam mit der zweiten GUG-Studie den veränderten geschichtskulturellen Rahmenbedingungen nach. Auch für die GUG bedeuteten die beiden Studien einen beginnenden Generationswechsel und eine allmähliche Ablösung älterer Deutungsmuster. Für Unternehmen, die hinsichtlich ihrer NS-Zeit in die öffentliche Kritik gerieten, sollten Historiker fortan eine zunehmend wichtige Rolle spielen, indem sie versuchten, das Urteil über die eigene Geschichte an die Wissenschaft zu deligieren und damit die Diskussion um ihre NS-Vergangenheit in den wissenschaftlichen Diskurs auszulagern. Im Streit um Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiter stellten die Forschungsaufträge einen kurzfristigen Zeitgewinn für die Unternehmen dar und waren langfristig ein wichtiges Instrument der Versachlichung gegen die Skandalisierung ihrer NS-Zeit in den Medien.

Unternehmen wie Daimler-Benz waren Ende der achtziger Jahre jedoch noch eine Ausnahme. Die breite Masse an Unternehmen stand mit ihrer NS-Vergangenheit nicht im öffentlichen Brennpunkt, und dementsprechend hielt man an den alten Gewohnheiten fest. Die Zeit des Nationalsozialismus wurde

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
zwar im Allgemeinen stärker thematisiert, die eigene Rolle wurde jedoch immer wieder geschönt und relativiert. Die selbst verfassten Publikationen griffen auf die etablierten Rechtfertigungsmuster zurück und sparten besonders fragwürdige Aspekte ihrer Geschichte einfach aus. Da machte es bisweilen auch kaum einen Unterschied aus, ob Journalisten oder Historiker die Firmenchroniken verfassten.

Das Ende des Ost-West-Konflikts bedeutete für die Unternehmensgeschichtsschreibung in vielfacher Hinsicht eine nachhaltige Veränderung. Durch den schlagartigen Bedeutungsverlust der sowjetmarxistischen Deutungsmuster konnten in den neunziger Jahren Fragen nach dem Charakter des NS-Wirtschaftssystems unter weniger ideologischen Vorzeichen diskutiert werden. Zwar dominierten in der wirtschaftsgeschichtlichen Forschung vorerst noch die makroökonomischen und wirtschaftspolitischen Betrachtungen. Es war aber dann der Aufstieg der Unternehmensgeschichte, der ab dem Ende der achtziger Jahre neue Perspektiven eröffnete und frische Forschungsimpulse gab. Die Gründung des AKKU und die Annäherung an internationale Forschungstrends, die sich nicht allein auf die NS-Zeit beschränkten, standen beispielhaft für diese Entwicklung. Die »unternehmenshistorische Wende« der Wirtschaftsgeschichtsschreibung der NS-Zeit führte dazu, dass zum einen das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Politik im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftssteuerung nuancierter ausgeleuchtet wurde. Zum anderen wurden neue Fragestellungen etwa nach Handlungsspielräumen der Unternehmen im »Dritten Reich« entwickelt, die nicht zuletzt durch die öffentliche Diskussion bedingt waren und maßgeblich zum Boom der NS-Unternehmensgeschichte selbst beitrugen. Die öffentliche Debatte um Raubgold und Zwangsarbeit katapultierte das lange überschaubare Fach der Unternehmensgeschichte aus seinem akademischen Nischendasein mitten in den politischen Brennpunkt internationaler Aufmerksamkeit, und den Unternehmenshistorikern selbst wurde nun die Funktion des Richters angetragen. Für viele Unternehmen entwickelten sich die »Historikerkommissionen« zu einer wichtigen Beglaubigungsinstanz ihres Willens zur öffentlich eingeforderten Aufarbeitung, und die Forschungsergebnisse wurden zu einer wichtigen Legitimationsressource der Unternehmenskommunikation. Die diversen Forschungsaufträge und die GUG-Tagung des Jahres 1997 waren aber auch für das Fach der Unternehmensgeschichte beschleunigende Momente einer Selbstvergewisserungsdebatte, die nicht nur intensiv über Methoden und Theorien geführt wurde, sondern in der auch über grundsätzliche Fragen gestritten wurde, etwa welchen Status die akademische Unternehmensgeschichte gegenüber den Unternehmen einnehmen und welcher Grad an Unabhängigkeit ihr eigen sein sollte.

Führten die Ergebnisse der Forschungskonjunktur zur NS-Unternehmensgeschichte zu einer enormen Verbreiterung des empirischen Wissens (nicht zuletzt in den Unternehmen selbst) und zu einer differenzierten Beurteilung von Unternehmen und Branchen im »Dritten Reich«, so ist doch auffällig, über welch lange Zeiträume historische Details brisant und Grundsatzfragen kon-

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
trovers geblieben sind. Der Streit um die Geschichte der IG Farben beispielsweise wurde und wird bis in die Gegenwart von jenen Argumentationslinien grundiert, die bereits im Nürnberger Gerichtssaal aufeinandergetroffen waren. Die von der amerikanischen Anklagebehörde zusammengetragene Dokumentensammlung und die von der Verteidigung eingebrachten Materialien bilden bis heute den zentralen Quellenfundus der zeithistorischen Forschung. War die NS-Zeit der IG Farben in den sechziger Jahren ein erster Kulminationspunkt der Auseinandersetzung zwischen west- und ostdeutscher Geschichtswissenschaft, so war sie Mitte der achtziger Jahre Gegenstand zweier umfangreicher Monographien und bot noch über die Jahrtausendwende hinaus Anlass, über den Charakter des NS-Wirtschaftssystems intensiv zu streiten (»Hayes-Buchheim/Scherner-Debatte«).

Darüber hinaus lässt sich die Diskussion um Forschungsaufträge einordnen in einen Diskurs der Unternehmensgeschichtsschreibung, der stets von den Schlagworten »unabhängig« und »wissenschaftlich« geprägt worden ist. »Forschungsaufträge« im weitesten Sinne waren auch schon in den fünfziger Jahren an Journalisten, Schriftsteller und Historiker vergeben worden, und die Unternehmen hatten sich bei Jubiläumsfeiern für die selbstkritische Beauftragung von »unabhängigen Historikern« beglückwünscht. Die Darstellungen Wilhelm Treues galten bis in die siebziger Jahre als wissenschaftliche Standardwerke der Unternehmensgeschichtsschreibung. Auch die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte wollte von ihrem Selbstverständnis her unabhängige Forschung jenseits der Hagiographie betreiben. In dem Maße jedoch, in dem seit den achtziger Jahren in der öffentlichen Diskussion über die NS-Vergangenheit gestritten wurde, veränderten sich auch die selbstgesteckten Ansprüche und das Verständnis von Wissenschaft. Auch wenn die Institutionalisierung der Unternehmensgeschichte mit der GUG zunächst noch die Fortsetzung ihrer Instrumentalisierung bedeutete – bereits Ende der achtziger Jahre begann sich das akademische Fach der Unternehmensgeschichte zu emanzipieren und entwickelte in den neunziger Jahren allmählich Standards in der Ausgestaltung von Forschungsaufträgen bezüglich des Quellenzugangs und des Mitspracherechts durch die auftraggebenden Unternehmen.[1] »Unabhängigkeit« wurde nach und nach zu einem transparenten Kriterium, an dem Wissenschaft wie Wirtschaft gleichermaßen interessiert waren. Zu diesem Wandel mögen der abgeschlossene Generationenwechsel und der Umstand, dass sich etablierte Zeithistoriker für die Unternehmensgeschichtsschreibung zu interessieren begannen, unterstützend beigetragen haben. Sicherlich wurde über die Konsequenzen der Auftragsforschung für die Geschichtswissenschaft auch weiterhin heftig diskutiert. Der oftmals gemachte Vorwurf, die Ergebnisse der Forschung und die Darstellungen selbst seien durch die Nähe der Wissenschaftler zu den Auftraggebern geschönt, hat sich in der überwiegenden Mehrzahl jedoch nicht bewahrheitet. Bis in die Gegenwart hinein hat es nur noch wenige echte

1 Für ein jüngeres Beispiel vgl. Bähr/Erker, Bosch, S. 11 f.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Ausreißer im Stile älterer hagiographischer Firmengeschichten gegeben, die dann auch meist rasch im wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs heftig kritisiert worden sind.[2]

Dennoch hinterlässt der Boom der Auftragsforschung einen zwiespältigen Eindruck. Auch wenn es inzwischen kaum mehr ernsthaft bestritten werden kann, dass sich die unternehmensfinanzierte Auftragsforschung seit den neunziger Jahren in ihren Ergebnissen fundamental von älteren in Auftrag gegebenen Jubelschriften unterschieden hat, so war der intendierte Effekt mitunter derselbe: ein werbewirksamer Imagegewinn für die Unternehmen. Es war dabei durchaus eine Win-win-Situation für beide Seiten: neue Quellen und vertiefende empirische Studien für die Wissenschaft; gute Forschungsergebnisse als Selbstaufklärung und Auszeichnungen für die Wirtschaft. Bei allen Vorteilen für den Fortschritt der Forschung konnten die Unternehmen die Studien gerade aufgrund ihrer verbrieften Unabhängigkeit als Imagefaktor nutzen. Somit bleibt eine gewisse Konstante festzuhalten: Von den Nürnberger Wirtschaftsverfahren und dem Abs-Czichon-Prozess über die Gründung der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte bis hin zum Boom der NS-Auftragsforschung – die historische Wissenschaft hat im Diskurs über die NS-Geschichte deutscher Konzerne stets eine wichtige Legitimierungsfunktion für die Unternehmen eingenommen.

Darüber hinaus sind geäußerte Bedenken ernst zu nehmen, dass die Unternehmensaufträge langfristig zu einer subtilen Normierung der Forschungsagenda geführt hätten.[3] Die Studien zur Zwangsarbeit beispielsweise, die ab dem Ende der achtziger Jahre entstanden, zeichneten sich durch ähnliche Fragestellungen aus, die durch die politische Diskussion geprägt und in Teilen im Angesicht öffentlicher Erwartungen zugeschnitten waren.[4] Methodische und konzeptionelle Innovationen konnten von vielen Auftragsstudien kaum erwartet werden, da sich die Vertragspartner am Status quo orientierten. Auch wenn später die auftraggebenden Unternehmen sich komplett aus der Konzeption der Studien heraushielten, zeugt ein Blick auf die Forschungsliteratur davon, dass Einzelstudien bei weitem überwiegen und vergleichende Studien oder Branchenvergleiche die Ausnahme bilden. Allerdings ist insgesamt auch eine größere Bereitschaft bei Unternehmen festzustellen, wissenschaftliche Forschung zu finanzieren, die über den zeitlichen Fokus auf das »Dritte Reich« hinausgeht. Nicht zuletzt gilt jedoch auch für die Zukunft: Die Entscheidung, welche Wissenschaftler überhaupt beauftragt werden, verbleibt in den Händen derjenigen Unternehmen, die die Quellen besitzen.

2 Vgl. zuletzt etwa Schanetzky, Mitläuferfabrik. Dazu auch Banken, »Verschweigen«.

3 Vgl. Gregor, History; Hachtmann, Wissenschaftsgeschichte. Dazu ebenfalls die Wortmeldungen von Frank Bösch und Bernd Weisbrod im Anschluss an die Podiumsdiskussion des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, 12.1.2012, in Mentel, Bericht.

4 Vgl. Borggräfe, Zwangsarbeiterentschädigung, S. 217 ff.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

6.3 Geschichte und Gewinn

Deutsche Konzerne sind Teil einer Geschichte der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, wie sie die gesamte deutsche Gesellschaft betroffen hat. Aber die Geschichte deutscher Unternehmen ist von Eigentümlichkeiten geprägt, die sie unterscheidet von der Geschichte der Soldaten, Juristen oder Politiker. Auch für Unternehmen existiert die grundsätzliche Kluft zwischen Vergangenheitssensibilität und Zukunftsorientierung, die die individuelle Auseinandersetzung so spannungsreich macht – von den Fragebögen der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zu den letzten juristischen Verfahren gegen KZ-Wachpersonal in der Gegenwart. Für Unternehmen als Institutionen gibt es jedoch keinen Schuldspruch oder endgültigen Freispruch, sondern eine fallweise wiederkehrende Bewährung am Markt – und in der Öffentlichkeit. Die Geschichte des Umgangs deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit zeigt dabei, dass das Verhältnis zwischen ökonomischer Rationalität und geschichtskulturellen Faktoren zu verschiedenen Zeitpunkten unterschiedlich ausgeprägt gewesen ist. Die Untersuchung der vier Fallbeispiele ergibt ein breites Spektrum an unternehmerischen Verhaltensweisen, die auch, aber nicht nur aus ökonomischen Gründen auf die geschichtskulturellen Rahmenbedingungen reagierten und sie auch selbst beeinflussten.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war es existentiell für die deutsche Wirtschaft, eine eigene Deutung der Vergangenheit gegenüber der alliierten Entnazifizierungspolitik und ein neues Selbstbild in der Öffentlichkeit zu etablieren. Den ehemals kriegswichtigen Unternehmen drohte Demontage und Zerschlagung, ihren Leitungen drohte Gefängnis. Die Eigennarrative, wie sie paradigmatisch im Nürnberger Prozess ausgearbeitet und verteidigt worden waren, wirkten zudem verstärkend auf die Geschichtskultur der frühen Bundesrepublik und ihren breit etablierten Entlastungsdiskurs, wo Unternehmen zu den tragenden Säulen des Wirtschaftswundermythos wurden. Im Fall der Deutschen Bank und ihrer Klage gegen Eberhard Czichon war ein im Grunde unbedeutender Geschäftsvorgang der Anlass für den Rechtsstreit. Jedoch war es Hermann J. Abs und der Deutschen Bank wichtig, die Deutungshoheit über die NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit zu behalten und ihren Anspruch, wenn nötig, auch mit allen juristischen Mitteln umzusetzen. Die wahrgenommene Gefahr eines verzerrten Bilds von Unternehmen in der Öffentlichkeit war es auch, die einen kleinen Kreis an Unternehmen um die Deutsche Bank dazu brachte, die Gesellschaft für Unternehmensgeschichte zu gründen, die kurz darauf eine entscheidende Rolle für Daimler-Benz spielen sollte. War die Bearbeitung der eigenen NS-Zeit zunächst nur als ein kleiner Teil der größeren Jubiläumsfeier geplant, so bewirkte der Bewältigungsversuch bei Daimler-Benz einen massiven Bumerangeffekt. Auch wenn der drohende Imageschaden sich nicht unmittelbar auf wichtige Absatzmärkte auswirkte, so stand der Konzern doch im Mittelpunkt einer geschichtskulturellen Transformationsphase, der sich der Konzern letztlich nicht entzog. Die symbolischen Zahlungen in der

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Frage der Zwangsarbeiterentschädigung waren dabei in ihrer Größenordnung kein Schaden für die üppige Bilanz des Automobilkonzerns. In den Reihen der deutschen Wirtschaft überwogen jedoch die Befürchtungen, eine Lawine an Entschädigungsforderungen in Millionenhöhe loszutreten. Die entscheidenden ökonomischen Konsequenzen aus lange vernachlässigten Fragen der NS-Vergangenheit deutscher Konzerne drohten jedoch erst ab Mitte der neunziger Jahre, als deutsche Unternehmen verstärkt auf den US-Markt drängten und von internationalen Kapitalgebern abhängig wurden.

In diesem Zusammenhang ist es aufschlussreich, sich noch einmal die Worte Werner Plumpes in Erinnerung zu rufen, dass Unternehmen den Zweck erfüllen, »bestandserhaltene Entscheidungen durch routinisierte Erwartungsbildung zu ermöglichen« und dass »im Interesse der Bestandserhaltung höchstwahrscheinlich Entscheidungen präferiert werden, die ein geringeres Maß an Unsicherheit besitzen.«[5] Wenn Unternehmen und ihre Leitungen durch die externe Thematisierung ihrer NS-Vergangenen herausgefordert wurden – ob im Gerichtssaal oder in der Öffentlichkeit –, drohte dies mitunter drastische Konsequenzen zu haben. Oftmals reagierten die Unternehmen, wie sie es gewohnt waren zu reagieren. Zunächst sich offensiv verteidigend, später beschwichtigend bis beschönigend. Aber spätestens dann, wenn der hauseigene Umgang mit der NS-Firmengeschichte und seine Narrative in ein zu spannungsreiches Missverhältnis zu den geschichtskulturellen Rahmenbedingungen des Unternehmens geriet und daraus ökonomische Konsequenzen drohten, kam es zu größeren Veränderungen auf Seiten der Unternehmen. Mit anderen Worten: Wenn der Widerspruch zwischen der unternehmensinternen Erwartungsbildung und den öffentlichen Erwartungshaltungen zu groß wurde, kam es in Unternehmen zu Anpassungen, wie es anschaulich bei Daimler-Benz in den achtziger Jahren nachzuvollziehen ist. Das Beispiel Daimler-Benz verdeutlicht dabei zugleich, dass der Wandel der Unternehmen auch immer von ihren Mitarbeitern abhing, die offen für die geschichtskulturellen Veränderungen in der Bundesrepublik waren – sei es von Mitarbeitern im Konzernarchiv bis hin zu einer neuen Generation von Managern in den Vorstandsetagen. Nicht zuletzt zeigt der Blick auf Daimler-Benz, dass die beschriebene Öffnung deutscher Konzerne tendenziell nur für die NS-Zeit gilt: Das Bekenntnis zur NS-Vergangenheit gehört inzwischen zum guten Ton, schließt aber nicht alle dunklen Kapitel der Firmengeschichte ein, wie etwa bei Daimler-Benz die Aktivitäten zur Zeit des Apartheid-Regimes in Südafrika oder der rechten Diktaturen in Südamerika. Jüngste Diskussionen um Zwangsarbeit in der DDR oder NS-Raubkunst zeigen zudem, dass die Vergangenheit immer wieder für Unternehmen zur unerwarteten Belastung werden kann.[6]

5 W. Plumpe, Zwischenbilanz, S. 260.

6 Vgl. etwa Süddeutsche Zeitung (»Wie West-Firmen von der DDR-Zwangsarbeit profitierten«), 16.6.2014.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Die Veränderungen im Umgang mit den hässlichen Kapiteln der Firmengeschichte als intentionale Managementstrategien anzusehen, deckt dabei nur einen Teil des Phänomens ab. Eine Darstellung, die den Wandel in Unternehmen mit ihrer NS-Vergangenheit allein auf die ökonomische Rationalität, das heißt auf die bewusste Instrumentalisierung von Geschichte zu Zwecken der Gewinnmaximierung zurückführt, greift zu kurz. Ein Blick in die Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse beispielsweise bei Daimler-Benz in den achtziger Jahren zeigt, wie bisweilen zufällig Entscheidungen auf oberster Unternehmensebene getroffen wurden und unterschiedliche Interessen innerhalb des Konzerns gegeneinanderliefen. Ausgebuffte Strategien und klare Motive von Entscheidungsträgern, die Unternehmen als vermeintlich monolithischen, teleologisch ausgerichteten Organisationen insbesondere in der Frage des Umgangs mit ihrer NS-Vergangenheit oftmals unterstellt werden, schrumpfen in dieser Perspektive zu einer Scheinrationalität von Unternehmensführung. In der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit von Daimler-Benz und Entschädigungszahlungen lässt sich vielmehr ein kontingenter Prozess von *trial and error* nachvollziehen, in dem die Beteiligten mit ihren biografischen Dispositionen ebenso stark von größeren Dynamiken der deutschen Geschichtskultur beeinflusst waren und auf zufällige Ereignisse sowie unternehmensinterne Impulse reagierten, wie sie eben auch selbst versuchten, als Akteure des Vergangenheitsdiskurses der achtziger Jahre die Position des Unternehmens zu bestimmen und auf die gesellschaftliche und politische Diskussion einzuwirken. Kurzum: Die Vergangenheitsbearbeitung sozialer Gruppen ist auch in Großkonzernen entgegen der oftmals Unternehmen unterstellten Hyperrationalität weniger von den strategischen Handlungen ihrer Mitglieder geprägt, als von der Kraft der vergangenheitsbezogenen Sinnwelten, in denen sie leben.

Viel spricht daher dafür, dass auch Unternehmen sich den allgemeinen Trends der Geschichtskultur nicht entziehen können – und es letztlich auch nicht in ihrem Interesse ist, weil ihre Existenz nicht zuletzt von der Kommunikation mit der Außenwelt abhängig ist. Waren seit den fünfziger Jahren in der Regel nur einzelne Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit konfrontiert gewesen, entpuppte sich die NS-Zeit in den neunziger Jahren für eine Vielzahl deutscher Konzerne als massives Problem, das die Geschäftsaktivitäten auf wichtigen Märkten wie in den USA ernsthaft in Frage stellte. Die Forschungsaufträge und die Beteiligung an der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft etablierten sich dabei als die zentralen Reaktionsmuster deutscher Unternehmen, die die in den Vorstandsetagen als Krise erlebte Unsicherheit reduzierten und zugleich den geschichtskulturellen Veränderungen in Deutschland Rechnung trugen. Die Forschungsaufträge waren eine wichtige Legitimationsressource im Aufarbeitungsdiskurs ab Mitte der neunziger Jahre, um Transparenz im Umgang mit der Geschichte zu signalisieren und verloren geglaubte Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Der offene Umgang mit der NS-Vergangenheit mag einzelnen Mitarbeitern tatsächlich ein aufrichtiges Bedürfnis gewesen sein, wichtiger für die Unternehmen war jedoch der Authentizitätseffekt, den

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
es mit einem öffentlichkeitswirksamen Bekenntnis zu den dunklen Seiten der eigenen Firmengeschichte erzielte. Das Modell der Stiftungsinitiative ermöglichte es, im Sinne der sich etablierenden opferzentrierten Erinnerungskultur auf die NS-Verfolgten zuzugehen und symbolhafte Zahlungen zu leisten, ohne alte Deutungsmuster gänzlich aufgeben zu müssen.

Auch wenn sich, wie gezeigt, die Unternehmenspublikationen nach der Hochphase der Auseinandersetzung in unterschiedlichem Maße verändert und unternehmerische Eigennarrative mal stärker, mal schwächer Forschungsergebnisse und Stiftungsbeteiligung integriert haben, so lässt sich doch festhalten, dass vordergründig die NS-Vergangenheit für die meisten Konzerne zu einem demonstrativen Bestandteil der Unternehmensidentität geworden ist. Ein komplettes Ausblenden der NS-Vergangenheit kann sich kaum ein großes Unternehmen mehr leisten, dessen Beteiligung an NS-Unrecht einmal im Fokus der Öffentlichkeit gestanden hat. Im Gegenteil, Hinweise auf die Beteiligung an der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« und auf vorhandene Forschungsprojekte sind bei den meisten Unternehmen leicht zu finden. Die großen, global agierenden Konzerne präsentieren die Aufarbeitung ihrer NS-Vergangenheit als Teil ihres Selbstverständnis als »corporate citizen« und Aspekt ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, deren verbindliche Einhaltung von Mitarbeitern, Aktionären und Kunden honoriert zu werden verspricht. Die Erfüllung von gesellschaftlichen Erwartungshaltungen, sei es im Punkt Umweltschutz, Korruption oder eben Vergangenheitsbearbeitung, verheißt Integrität und Akzeptanz – und damit auch einen wirtschaftlichen Nutzen.

Auch wenn die Grenzen dieser Arbeit mit ihrem Fokus auf Großunternehmen nur bedingt Aussagen über die breite Masse an kleineren und mittelständische Unternehmen zulassen, so lässt sich doch eine Tendenz erkennen: Je größer und prominenter das Unternehmen, desto expliziter das Bekenntnis zur eigenen NS-Vergangenheit. Es scheint nichtsdestotrotz übertrieben zu sein, im Falle der Großunternehmen von Vereinheitlichungstendenzen im Umgang mit der NS-Vergangenheit im Sinne einer intendierten, gesetzten Normierung zu sprechen. Es gibt keine etablierte *best practice* und auch keine deutsche Industrienorm der Vergangenheitsbearbeitung in den Reihen der Konzerne. Sicherlich: Es gibt Beispiele für die bewusste Indienstnahme von Geschichte, die gezielte Funktionalisierung der Geschichtswissenschaft und die Instrumentalisierung von Geschichtsbildern. Wichtiger jedoch als die vermeintlichen strategischen Motive der Unternehmensangehörigen sind die größeren geschichtskulturellen Trends, die ihr Verständnis für den Umgang mit Geschichte erst prägen. Es sind diese latenten Normalitätsstandards der Vergangenheitsvergegenwärtigung, auf deren Grundlage sich die ökonomische Rationalität und die »Vergangenheitsbewirtschaftung« unternehmerischer Akteure erschließt. Unternehmen sind eben auch in diesem Punkt opportunistische Organisationen, die sich veränderten Umweltbedingungen anpassen müssen – nicht nur den Marktbedingungen. Vor dem Hintergrund des Unternehmenszwecks der Bestandserhaltung scheint es wahrscheinlich, dass

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
die Unternehmen auch die negativen Aspekte ihrer Firmengeschichte so lange präsent halten und zum Bestandteil ihres *History Marketing* machen werden, wie es sich für sie ökonomisch auszahlt. Und es wird sich für die Unternehmen so lange betriebswirtschaftlich rechnen, wie sie Teil einer vergangenheitszugewandten Gesellschaft und damit einer Geschichtskultur sind, deren prägendes Paradigma die vergangenheitsbewahrende Aufarbeitung ist. Die Geschichte des Umgangs deutscher Konzerne mit ihrer NS-Vergangenheit ist somit eine Geschichte, die auch in der Gegenwart keinen Abschluss findet, sondern weiterhin von zeitgenössischen Bewertungsmaßstäben – moralischen, politischen wie wissenschaftlichen – abhängig bleiben wird.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Dank

Das vorliegende Buch ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 2015 von der Philosophischen Fakultät I der Humboldt-Universität zu Berlin angenommen wurde. Für den erfolgreichen Verlauf und Abschluss meiner Forschungsarbeit habe ich vielen zu danken: zuerst meinem Doktorvater Martin Sabrow, der mich zusammen mit den Mitarbeitern des HU-Lehrstuhls für Neueste Geschichte ermutigte, mich von meiner ursprünglichen Idee, das Werk von Günter Grass als Seismograph der deutschen Geschichtskultur zu lesen, ab- und bislang unerforschten Protagonisten der deutschen Erinnerungslandschaft zuzuwenden. Sein kontinuierliches Interesse an meiner Arbeit und sein Vertrauen in meine Arbeitsdisziplin haben zusammen mit den vielen intensiven Gesprächen den idealen Rahmen für meine Forschungsarbeit geschaffen und mich stets aufs Neue motiviert. Zudem gilt mein Dank Michael Wildt, der freundlicherweise das Zweitgutachten übernommen hat und dessen Forschungskolloquium für mich ein wichtiger Ort der methodischen und inhaltlichen Reflexion war. Für hilfreiche Anregungen und wertvolle Hinweise habe ich zu danken Ralf Banken, Henning Borggräfe, Neil Gregor, Manfred Grieger, Peter Hayes, Jörg Osterloh, Kim Christian Priemel und Tim Schanetzky. Besonders bedanken möchte ich mich bei Ralf Ahrens, der von Beginn an meine Arbeit mit Ratschlägen sowie Kritik begleitet und mich immer wieder an die Spezifika von Unternehmen erinnert hat. Im Zeitraum der Arbeit entstanden außerdem anregende Diskussionen im Doktorandenkolloquium bzw. in den Abteilungssitzungen des Zentrums für Zeithistorische Forschung, im Forschungskolloquium von Martin Sabrow an der Humboldt-Universität und im Rahmen des Walther-Rathenau-Kollegs Potsdam.

Mein besonderer Dank gilt all denen, die mir das Material zugänglich gemacht haben, auf dem diese Arbeit basiert. Das waren vor allem die stets aufgeschlossenen Mitarbeiter in den vier für diese Arbeit wichtigen Unternehmensarchiven, insbesondere Rüdiger Borstel, Andrea Hohmeyer, Martin L. Müller und Wolfgang Rabus, sowie in verschiedenen anderen Archiven unter anderem Volger Kucher, Joachim Ott, Astrid Rose, Ulrike Schmelzer, Andrea H. Schneider und Martin Zahl. Zudem haben sich freundlicherweise für Gespräche zur Verfügung gestellt Helmuth Bauer, Hersch Fischler, Manfred Gentz, Michael Jansen, Thomas Kuczynski, Edzard Reuter, Karl Heinz Roth, Lothar Ulsamer und Gerd Woriescheck, die mir zum Teil mit privaten Unterlagen weitergeholfen haben.

Gleichfalls möchte ich mich sehr für die ideelle und finanzielle Förderung durch die Friedrich-Naumann-Stiftung und die Moses-Mendelssohn-Stiftung bedanken. Hinsichtlich der Publikation möchte ich mich bedanken bei der Geschwister Boehringer Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften für die Unterstützung der Drucklegung, bei Annelie Ramsbrock (ZZF) und Hajo

 Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Gevers (Wallstein Verlag) für die Betreuung der Publikation und nicht zuletzt bei Frank Bösch und Martin Sabrow für die Aufnahme des Buches in die Reihe »Geschichte der Gegenwart«.

Eine besondere Dankesschuld verbindet mich mit meiner Frau Karen für ihre Liebe, Kraft und Geduld – nicht zuletzt weil diese Arbeit in einer turbulenten, aufregenden Zeit entstanden ist, in der wir schrittweise dreifache Eltern wurden. Diese Arbeit sei daher unseren Kindern gewidmet: Gustav, Hanna und Luise.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Abkürzungen

ADE	Ausschuss für Deutsche Einheit
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft
AHK	Alliierte Hohe Kommission
AKKU	Arbeitskreis für Kritische Unternehmens- und Industriegeschichte
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ASGB	Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bremen
BAB	Bundesarchiv Berlin
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BAL	Bayer AG: Corporate History & Archives, Leverkusen
BASF	Badische Anilin- und Sodafabrik
BBFC	Benjamin B. Ferencz Collection
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BIFCO	Bipartite IG Farben Control Office
BMF	Bundesfinanzministerium
BMW	Bayrische Motorenwerke
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVV	Bezirksverordnetenversammlung
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
DASA	Deutsche Aerospace Aktiengesellschaft
DBAG	Daimler-Benz AG
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DI	Deutsches Industrieinstitut
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DWI	Deutsches Wirtschaftsinstitut Berlin
EKA	Evonik Industries AG Konzernarchiv, Hanau
FARDIP	Bizonal IG Farben Dispersal Panel
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
GBR	Gesamtbetriebsrat
GUG	Gesellschaft für Unternehmensgeschichte
HADB	Historisches Archiv der Deutschen Bank, Frankfurt am Main
HSG	Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
hr	Hessischer Rundfunk
IAK	Internationales Auschwitz Komitee
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Interessengemeinschaft
IG i. L.	IG Farben in Liquidation
IG Metall	Industriegewerkschaft Metall
IHK	Industrie- und Handelskammer

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

IMT	International Military Tribunal
JCC	Conference on Jewish Material Claims Against Germany
KGB	Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR
KZ	Konzentrationslager
LANRW	Landesarchiv NRW, Abteilung Rheinland, Duisburg
LG	Landgericht
LSA	Londoner Schuldenabkommen
MBB	Messerschmitt-Bölkow-Blohm
MBCA	Mercedes-Benz Classic, Archive, Stuttgart-Untertürkheim
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NARA	National Archives and Record Administration
NMT	Nuremberg Military Tribunal
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
ORB	Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg
RAG	Ruhrkohle AG
RWWA	Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv
SA	Sturmabteilung
SAPMO-BAB	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StAN	Staatsarchiv Nürnberg
Stiftung EVZ	Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«
taz	die tageszeitung
TEA	Technischer Ausschuss
ThULB	Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek
USHMMA	United States Holocaust Memorial Museum Archive, Washington
UVW	Unternehmensarchiv der Volkswagen AG
VDWW	Vereinigung deutscher Werks- und Wirtschaftsarchivare
VEB	Volkseigener Betrieb
VEBA	Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VIAG	Vereinigte Industrieunternehmungen AG
VSt	Vereinigte Stahlwerke
VVN-BdA	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten
VW	Volkswagen
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WJC	World Jewish Congress
ZK	Zentralkomitee
ZUG	Zeitschrift für Unternehmensgeschichte

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Quellen und Literatur

Unveröffentlichte Quellen

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)

Bestand IG Metall

Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte im 20. Jahrhundert, Bremen (ASGB)

Bestand Daimler-Benz
Bestand Deutsche Bank
Bestand Raubgold

Bayer AG*: Corporate History & Archives, Leverkusen (BAL)*

1 Geschichtliche Entwicklung Bayer
92 Filme
205 Demontage
206 Besatzung
207 IG-Prozess
208 IG-Prozess
302 Kurt Hansen
315 Sekretariat Silcher
374 WLB Uerdingen
563 Direktionsabteilung

Bundesarchiv, Koblenz (BAK)

ALLPROZ 1 Nürnberger Prozesse: Verhandlungsakten der Einzelprozesse
ALLPROZ 3 Nürnberger Prozesse: Handakten von Rechtsanwälten und Angeklagten
B 102 Bundesministerium für Wirtschaft
B 136 Bundeskanzleramt

Bundesarchiv, Berlin-Lichterfeld (BAB)

BY 5 Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Sekretariat der britischen Besatzungszone
DP 3 Generalstaatsanwalt der DDR
N 2503 Nachlass Friedrich Karl Kaul

Bundesarchiv Berlin, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO-BAB)

DY 6 Nationalrat der Nationalen Front
DY 30 Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
NY 4238 Nachlass Friedrich Karl Kaul

Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin (BStU)

HA IX Untersuchungsorgan
HA XVIII Sicherung der Volkswirtschaft
HA XX Staatsapparat, Blockparteien, Kirchen, Kultur, »politischer Untergrund«

Evonik Industries AG*, Konzernarchiv Hanau (EKA)*

Sammlung Druckschriften
Sammlung Presseartikel (1996-2003)

 Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, Frankfurt am Main (GUG)

G1 Gründung
C1 Vorstand 1976-1983
F1 Wissenschaftlicher Beirat
K1 Kuratorium

Historisches Archiv der Deutschen Bank, Frankfurt am Main (HADB)

V 1 Büro Hermann J. Abs
ZA 3 Deutsche Bank Zentrale Frankfurt, Presseabteilung
ZA 4 Deutsche Bank Zentrale Frankfurt, Generalsekretariat
ZA 17 Deutsche Bank Zentrale Frankfurt, Historisches Institut

Landesarchiv NRW*, Abteilung Rheinland, Duisburg (LANRW)*

Entnazifizierungsakten

Mercedes-Benz Classic, Archive, Stuttgart-Untertürkheim (MBCA)

Bestand Auto-Jubiläum (1986)
Bestand GUG
Bestand Jubiläum (1961)
Bestand Woriescheck

National Archives and Record Administration, College Park, MD (NARA)

T301 Records of the Office of the United States Chief of Counsel for War Crimes
M892 Records of the U. S. Nuernberg War Crime Trials, United States of America vs. Carl Krauch et al. (Case VI)

Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv, Köln (RWWA)

Festschriftensammlung

Staatsarchiv Nürnberg (StAN)

Rep. 501 Kriegsverbrecherprozesse, Fall 6
Rep. 502 Kriegsverbrecherprozesse, Anklage
Rep. 502A Kriegsverbrecherprozesse, Verteidigung

United States Holocaust Memorial Museum Archive, Washington, D. C. (USHMMA) bzw. Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek (ThULB)

RG 12 Benjamin B. Ferencz Collection (BBFC)

Unternehmensarchiv der Volkswagen AG*, Wolfsburg (UVW)*

Z 300 Presse

VVN-BdA Baden-Württemberg, Stuttgart (VVN-BdA BW)

D 2302 Abs
D 2308 Holocaust
L 17 Daimler-Benz Presse
L 19 IG Farben
L 22 VW
L 32 Raubgold
ZA 19 Allianz
ZA 20 Klagen
ZA 42-44 Daimler-Benz Presse
ZA 48 Siemens

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Interviews

Ralf Banken (17.3.2012)
Helmuth Bauer (5.9.2013)
Rüdiger Borstel (27.7.2012)
Hersch Fischler (17.8.2015)
Manfred Gentz (5.12.2013)
Manfred Grieger (31.3.2011)
Peter Hayes (25.3.2012)
Andrea Hohmeyer (10.8.2011)
Michael Jansen (12.3.2012)
Thomas Kuczynski (22.5.2014)
Martin L. Müller (26.9.2011)
Edzard Reuter (12.11.2013)
Karl Heinz Roth (21.3.2014)
Andrea Schneider (11.8.2011)
Lothar Ulsamer (30.9.2012)
Gerd Woriescheck (20.2.2014)

Periodika und Fachzeitschriften

1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts
Akkumulation
Blätter für deutsche und internationale Politik
Der Spiegel
Der Tagesspiegel
Die Gegenwart
die tageszeitung
Die Tat
Die Zeit
Financial Times
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
Neue Juristische Wochenschrift
Neues Deutschland
New York Times
Spandauer Volksblatt
Stuttgarter Zeitung
Süddeutsche Zeitung
Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie
Tribüne
Zeitschrift für Unternehmensgeschichte

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Gedruckte Quellen und Literatur

Abelshauser, Werner: *Kriegswirtschaft* und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999), H. 4, S. 503-538.

Abelshauser, Werner (Hg.): Die *BASF*. Eine Unternehmensgeschichte, München 2002.

Abelshauser, Werner: Die BASF seit der *Neugründung* von 1952, in: Werner Abelshauser (Hg.): Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte, München 2002, S. 359-640.

Abelshauser, Werner: Deutsche *Wirtschaftsgeschichte* seit 1945, München 2004.

Abelshauser, Werner: *Rüstungsschmiede* der Nation? Der Krupp-Konzern im Dritten Reich und in der Nachkriegszeit 1933 bis 1951, in: Lothar Gall (Hg.): Krupp im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung, Berlin 2002, S. 267-473.

Abelshauser, Werner/Hesse, Jan-Otmar/Plumpe, Werner: Wirtschaftsordnung und Unternehmen im Nationalsozialismus. *Neuere Forschungen* zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Werner Abelshauser/Jan-Ottmar Hesse/Werner Plumpe (Hg.): Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, Essen 2003, 9-16.

Abraham, David: The *Collapse* of the Weimar Republic. Political Economy and Crisis, Princeton 1981.

Abs, Hermann J.: *Entscheidungen* 1949-1953. Die Entstehung des Londoner Schuldenabkommens, München 1991.

Adamheit, Ulrich: »Jetzt wird die deutsche Wirtschaft von ihrer Geschichte eingeholt«. Die Diskussion um die *Entschädigung* ehemaliger Zwangsarbeiter am Ende des 20. Jahrhunderts, Berlin 2004.

Ahrens, Ralf: Der *Exempelkandidat*. Die Dresdner Bank und der Nürnberger Prozess gegen Karl Rasche, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 52 (2004), H. 4, S. 637-670.

Ahrens, Ralf: Die *Dresdner Bank* 1945-1957. Konsequenzen und Kontinuitäten nach dem Ende des NS-Regimes, München 2007.

Ahrens, Ralf: Von der *»Säuberung«* zum Generalpardon: Die Entnazifizierung der westdeutschen Wirtschaft, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 51 (2010) H. 2, S. 25-46.

Ahrens, Ralf: Die nationalsozialistische Raubwirtschaft im *Wilhelmstraßen-Prozess*, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): *NMT*. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 353-375.

Allianz (Hg.): *Fünfzig Jahre Allianz*. Ein Beitrag zur Geschichte der Deutschen Privatversicherung, verfasst von Wilhelm Kisch, München 1940.

Allianz (Hg.): *100 Jahre Allianz*, Text von Peter Borscheid, München 1990.

Amos, Heike: Die *Westpolitik* der SED 1948/49-1961. »Arbeit nach Westdeutschland« durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit, Berlin 1999.

Anders, Karl: Im Nürnberger *Irrgarten*, Nürnberg 1948.

Arbeitsgemeinschaft Chemische Industrie des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (Hg.): Das *Urteil* im IG Farben Prozess, Oktober 1948.

Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Anit-Apartheid-Bewegung Stuttgart, der Plakat-Gruppe Daimler-Benz Untertürkheim und der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Landesverband Baden-Württemberg) (Hg.): *Kein Grund zum Feiern!* 100 Jahre Daimler-Benz, Stuttgart 1986.

Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik und dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.): *IG Farben – Auschwitz – Massenmord*. Über die Blutschuld der IG Farben. Dokumente zum Auschwitz-Prozess, Berlin 1964.

Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik und dem Nationalrat der

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.): *IG Farben – Auschwitz – Experimente*. Über die Blutschuld der IG Farben. Dokumente zum Auschwitz-Prozess, Berlin 1965.
Arbeitsgruppe der ehemaligen Häftlinge des KZ Auschwitz beim Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der Deutschen Demokratischen Republik und dem Nationalrat der Nationalen Front des demokratischen Deutschland (Hg.): Auschwitz-Prozeß Frankfurt am Main. *Schlußvortrag* und Erwiderung des Prof. Dr. Friedrich Karl Kaul, Prozeßvertreter der in der Deutschen Demokratischen Republik ansässigen Nebenkläger im Strafverfahren gegen Mulka u. a. vor dem Schwurgericht beim Landgericht Frankfurt am Main, Berlin 1965.
Arbeitsgruppe »Hundert Jahre Bosch« (Hg.): Halt dei Gosch, du schaffsch beim *Bosch*. 100 Jahre Bosch, Stuttgart 1986.
Ash, Timothy Garton, *Mesomnesie*. Plädoyer für ein mittleres Erinnern, in: Transit 22 (2001/02), S. 32-48.
Assmann, Aleida/Frevert, Ute: *Geschichtsvergessenheit* – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999.
Assmann, Aleida: Persönliche *Erinnerung* und kollektives Gedächtnis in Deutschland nach 1945, in: Hans Erler (Hg.): Erinnern und Verstehen. Der Völkermord an den Juden im politischen Gedächtnis der Deutschen, Frankfurt am Main 2003, S. 126-138.
Assmann, Aleida: Der lange *Schatten* der Vergangenheit. Erinnerungskultur und Geschichtspolitik, Bonn 2007.
Assmann, Aleida: *Geschichte* im Gedächtnis. Von der individuellen Erfahrung zur öffentlichen Inszenierung, München 2007.
Assmann, Aleida: Das neue *Unbehagen* an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2013.
Assmann, Jan: *Moses* der Ägypter. Entzifferung einer Gedächtnisspur, Darmstadt 1998.
Assmann, Jan: Das kulturelle *Gedächtnis*. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen, München 1999.
Augstein, Rudolf (Hg.): *»Historikerstreit«*. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987.
Ausschuss für Deutsche Einheit (Hg.): *IG Farben* 1960 – mächtiger und gefährlicher denn je, Berlin 1960.
Baar, Lothar/Karlsch, Rainer/Matschke, Werner: *Kriegsfolgen* und Kriegslasten Deutschlands. Zerstörungen, Demontagen und Reparationen, Berlin 1993.
Bajohr, Frank: *»Arisierung«* in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmen 1933-1945, Hamburg 1997.
Bajohr, Frank/Wildt, Michael (Hg.): *Volksgemeinschaft*. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009.
Balke, S.: Der *IG Farben-Prozess* in Nürnberg, in: Chemische Technik 21 (1949), H. 1/2, S. 33-37.
Banken, Ralf: Der *Nationalsozialismus* in der Unternehmensgeschichte. Hinterlässt die Sonderkonjunktur Spuren?, in: Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte 20 (2004), S. 1-18.
Banken, Ralf: *Edelmetallmangel* und Großraubwirtschaft. Die Entwicklung des deutschen Edelmetallsektors im »Dritten Reich« 1933-1945, Berlin 2009.
Banken, Ralf: Vom *»Verschweigen«* über die »Sonderkonjunktur« hin zur »Normalität«?. Der Nationalsozialismus in der Unternehmensgeschichte der Bundesrepublik, in: Zeitgeschichte-online, Dezember 2012, URL: http://www.zeitgeschichte-online.de/themen/vom-verschweigen-ueber-die-sonderkonjunktur-hin-zur-normalitaet (zuletzt abgerufen 1.5.2015).
Banken, Ralf: »*Vergangenheitsbewältigung*« im Degussa-Konzern. Der lange Weg von der Verdrängung zur vollständigen Aufarbeitung, in: Jörg Osterloh/Harald Wixforth (Hg.): Unternehmer und NS-Verbrechen. Wirtschaftseliten im »Dritten Reich« und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 2014, S. 143-154.
Bähr, Johannes: Der *Goldhandel* der Dresdner Bank im Zweiten Weltkrieg, Leipzig 1999.
Bähr, Johannes: Die *Dresdner Bank* in der Wirtschaft des Dritten Reiches, München 2006.
Bähr, Johannes/Banken, Ralf/Flemming, Thomas: Die *MAN*. Eine deutsche Industriegeschichte, München 2008.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Bähr, Johannes/Drecoll, Axel/Gotto, Bernhard/Priemel, Kim C./Wixforth, Harald: Der *Flick*-Konzern im Dritten Reich, München 2008.
Bähr, Johannes/Erker, Paul: *Bosch*. Geschichte eines Weltunternehmens, München 2013.
Barkai, Avraham: Das *Wirtschaftssystem* des Nationalsozialismus. Ideologie, Theorie, Politik 1933-1945, Frankfurt am Main 1988.
Barkai, Avraham: Oscar *Wassermann* und die Deutsche Bank. Bankier in schwieriger Zeit, München 2005.
Barkai, Avraham: *Review* of Hayes, Peter, From Cooperation to Complicity: Degussa in the Third Reich, in: H-German, H-Net Reviews. January, 2006. URL: http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=11365 (zuletzt abgerufen 1.5.2015).
Bartmann, Wilhelm/Plumpe, Werner: *Gebrochene Kontinuitäten?* Anmerkungen zu den Vorständen der I. G.-Farbenindustrie AG-Nachfolgegesellschaft 1952-1990, in: Volker Berghahn/Dieter Ziegler/Stefan Unger (Hg.): Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität, Essen 2003, S. 153-186.
Bartov, Omer/Brink, Cornelia/Hirschfeld, Gerhard/Kahlenberg, Friedrich P./Messerschmidt, Manfred/Rürup, Reinhard/Streit, Christian/Thamer, Hans-Ulrich: *Bericht* der Kommission zur Überprüfung der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«, URL: http://www.his-online.de//fileadmin/user_upload/pdf/veranstaltungen/Ausstellungen/Kommissionsbericht.pdf (zuletzt abgerufen 14.3.2014).
BASF AG (Hg.): *125 Jahre BASF*. Stationen ihrer Geschichte, Ludwigshafen 1990.
Bästlein, Klaus: »*Nazi-Blutrichter* als Stützen des Adenauer-Regimes«, in: Helge Grabitz/Klaus Bästlein/Johannes Tuchel (Hg.): Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Berlin 1994, S. 408-443.
Baudis, Dieter: Gesicht und Hintergrund der »*Tradition*«, in: Jahrbuch für Geschichtswissenschaft 1 (1960), H. 1, S. 189-202.
Bauer, Helmuth: Innere *Bilder* wird man nicht los. Die Frauen im KZ-Außenlager Daimler-Benz Genshagen, Berlin 2011.
Bauer, Otto/Abendroth, Wolfgang (Hg.): *Faschismus* und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und Funktionen des Faschismus, Frankfurt am Main 1967.
Bayer AG (Hg.): Geschichte des Werkes *Uerdingen* der Farbenfabriken Bayer Aktiengesellschaft, Uerdingen 1956.
Bayer AG (Hg.): *Jahrhundertfeier* in Wort und Bild, Leverkusen 1963.
Bayer AG (Hg.): Beiträge zur hundertjährigen *Firmengeschichte* 1863-1963, Leverkusen 1964.
Bayer AG (Hg.): *Meilensteine*. 125 Jahre Bayer 1863-1988, Leverkusen 1988.
Bayer AG (Hg.): Das *Erfinder-Unternehmen*. 150 Jahre – tausende Innovationen – 150 Geschichten. Das Jubiläumsbuch 2013, Leverkusen 2013.
Bayer AG (Hg.): *150 Jahre Bayer*. Das Jubiläumsjahr 2013, Leverkusen 2013.
Behrend, Manfred: *Abs-Prozeß* und »Abteilung 70«, in: antifa (1990), H. 11, S. 18-19.
Bender, Peter: *Zweimal Deutschland*. Eine ungeteilte Nachkriegsgeschichte 1945-1990, München 2009.
Benz, Wolfgang: Der *Wollheim-Prozeß*. Zwangsarbeit für die IG Farben in Auschwitz, in: Ludolf Herbst/Constantin Goschler (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 303-326.
Berg, Nicolas: Der *Holocaust* und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003.
Berg, Nicolas: »Phantasie der Bürokratie«. Raul Hilbergs *Pionierstudie* zur Vernichtung der europäischen Juden, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen 2007, S. 71-75.
Berger, Francoise/Joly, Hervé: »*Fall 13*«: Das Rasttatter Röchling-Verfahren, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 364-390.
Berghahn, Volker/Ziegler, Dieter/Unger, Stefan (Hg.): Die deutsche *Wirtschaftselite* im 20. Jahrhundert. Kontinuität und Mentalität, Essen 2003.
Berghoff, Hartmut: Moderne *Unternehmensgeschichte*. Eine themen- und theorieorientierte Einführung, Paderborn 2004.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Bergmann, Werner: Die *Reaktionen* auf den Holocaust in Westdeutschland von 1945 bis 1989, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 43 (1992), H. 6, S. 327-350.
Bergmann, Werner: Die *Bitburg-Affäre* in der deutschen Presse. Rechtskonservative und linksliberale Interpretationen, in: Werner Bergmann (Hg.): Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der BRD, Frankfurt am Main 1995, S. 402-428.
Bernhard, Henry (Hg.): »Ich habe nur noch den Wunsch, Scharfrichter oder Henker zu werden«. *Briefe* an Justice Jackson zum Nürnberger Prozess, Halle 2006.
Bernsheimer, Ernst: Unter der *Hitlerregierung*, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 3 (1958), H. 4, S. 207-211.
Bertelsmann AG (Hg.): *150 Jahre Bertelsmann*. 1835-1985. Die Geschichte des Verlagsunternehmens in Texten, Bildern und Dokumenten, München 1985.
Bertelsmann AG (Hg.): *175 Jahre Bertelsmann*. 1835-2010. Eine Zukunftsgeschichte, München 2010.
Best, Heinrich: The *Formation* of Socialist Elites in the GDR: Continuities with National Socialist Germany, in: Historical Social Research 35 (2010), H. 3, S. 36-46.
Bialas, Wolfgang: *Antifaschismus* als Sinnstiftung. Konturen eines ostdeutschen Konzeptes, in: Wolfgang Bergem (Hg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S. 151-170.
Biddiscombe, Perry: The *Denazification* of Germany. A History 1945-1950, Stroud 2007.
Bloxham, Donald: *Genocide* on Trial. War Crimes Trials and the Formation of Holocaust History and Memory, Oxford 2005.
Boch, Rudolf: *Kriegswirtschaft* und Arbeitseinsatz bei der Auto Union AG Chemnitz im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 2014.
Bode, Peter M./Hamberger, Sylvia/Zängel, Wolfgang (Hg.): *Alptraum Auto.* Eine hundertjährige Erfindung und ihre Folgen, Stuttgart 1986.
Bodemann, Y. Michael: *Gedächtnistheater.* Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung, Berlin 1996.
Boldorf, Marcel: *Kollaboration* und der Wechsel der europäischen Wirtschaftseliten nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 51 (2010), H. 2, S. 9-24.
Boll, Bernd: Fall 6: Der *IG-Farben-Prozeß*, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.): Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952, Frankfurt am Main 1999, S. 133-142.
Borggräfe, Henning: *Zwangsarbeiterentschädigung.* Vom Streit um »vergessene Opfer« zur Selbstaussöhnung der Deutschen, Göttingen 2014.
Borkin, Joseph/Welsh, Charles A.: *Germany's master plan*, New York 1943.
Borkin, Joseph: Die unheilige *Allianz* der IG Farben. Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich, Frankfurt am Main 1979.
Born, Karl Erich: *Rezension* von: Hans G. Meyen: 120 Jahre Dresdner Bank, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 40 (1995), H. 3, S. 190-191.
Borscheid, Peter: Der ökonomische *Kern* der Unternehmensgeschichte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 46 (2001), H. 1, S. 5-10.
Bosch AG (Hg.): *75 Jahre* Bosch 1886-1961. Ein geschichtlicher Rückblick, Stuttgart 1961.
Bösch, Frank: *Film*, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft. Von »Holocaust« zu »Der Untergang«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (2007), H. 1, S. 1-32.
Bösch, Frank/Goschler, Constantin (Hg.): *Public History*. Öffentliche Darstellungen des Nationalsozialismus jenseits der Geschichtswissenschaft, Frankfurt am Main 2009.
Boylan, John: Sequel to the *Apocalypse*. The Uncensored Story. How your Dimes and Quarters helped pay for Hitlers War, New York 1942.
Bracher, Karl Dietrich: Die deutsche *Diktatur*. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1969.
Brandt, Susanne: »Wenig *Anschauung*?«. Die Ausstrahlung des Films »Holocaust« im westdeutschen Fernsehen (1978/79), in: Christoph Cornelißen/Lutz Klinkhammer/Wolfgang Schwentker (Hg.): Erinnerungskulturen. Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2004, S. 257-268.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Brelie-Lewien, Doris von der/Laurien, Ingrid: Zur politischen *Kultur* im Nachkriegsdeutschland. Politisch-kulturelle Zeitschriften 1945-1949, in: Politische Vierteljahresschrift 24 (1983), S. 407-427.

Brink, Cornelia: *Ikonen* der Vernichtung. Öffentlicher Gebrauch von Fotografien aus nationalsozialistischen Konzentrationslagern nach 1945, Berlin 1998.

Brochhagen, Ulrich: Nach *Nürnberg*. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994.

Broszat, Martin: *Plädoyer* für eine Historisierung des Nationalsozialismus, in: Merkur 39 (1985), H. 5, S. 373-385.

Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hg.): Von *Stalingrad* zur Währungsunion. Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988.

Browning, Christopher R.: Ganz normale *Männer*. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die »Endlösung« in Polen, Hamburg 1993.

Brünger, Sebastian: *Kriege* der Erinnerung. Deutsche Erinnerungskultur zwischen Literatur und Geschichtswissenschaft anhand Günter Grass' Novelle *Im Krebsgang*, Mannheimer sozialwissenschaftliche Abschlussarbeiten, Nr. 4/2006, URL: https://ub-madoc.bib.uni-mannheim.de/1350/1/Magisterarbeit_Bruenger.pdf (zuletzt abgerufen am 1.5.2015).

Brünger, Sebastian: Der *Vergangenheit* eine Form geben. Mentale Kontinuitäten nach 1945 am Beispiel des IG-Farben-Prozesses und Fritz ter Meers, in: Jörg Osterloh/Harald Wixforth (Hg.): Unternehmer und NS-Verbrechen. Wirtschaftseliten im »Dritten Reich« und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 2014, S. 183-216.

Brüninghaus, Beate: *Gesellschaft* für Unternehmensgeschichte – Geschichte ihrer Gründung, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 31 (1986), H. 1, S. 1-4.

Buchheim, Christoph: Die *Wirtschaftsentwicklung* im Dritten Reich – mehr Desaster als Wunder. Eine Erwiderung auf Werner Abelshauser, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 49 (2001), H. 4, S. 653-664.

Buchheim, Christoph/Scherner, Jonas: *Anmerkungen* zum Wirtschaftssystem des »Dritten Reichs«, in: Werner Abelshauser/Jan-Otmar Hesse/Werner Plumpe (Hg.): Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neuere Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, Essen 2003, S. 81-98.

Buchheim, Christoph: *Unternehmen* in Deutschland und NS-Regime 1933-1945. Versuch einer Synthese, in: Historische Zeitschrift 282 (2006), H. 2, S. 351-390.

Buchheim, Christoph/Scherner, Jonas: Corporate Freedom of Action in Nazi Germany: A *Response* to Peter Hayes, in: Bulletin of the German Historical Institute 45 (2009), S. 43-50.

Budrass, Lutz: Ein *Lehrstuhl* für die Geschichte der Zukunft, in: Iris Kwiatkowski/Michael Oberweis (Hg.): Recht, Religion, Gesellschaft und Kultur im Wandel der Geschichte. Ferculum de cibis spiritualibus. Festschrift für Dieter Scheler, Hamburg 2008, S. 483-508.

Buhr, Manfred/Kosing, Alfred: Kleines *Wörterbuch* der marxistisch-leninistischen Philosophie, Berlin 1966.

Chandler, Alfred D., Jr.: *Strategy and Structure.* Chapters in the History of the American Industrial Enterprise, Cambridge, 1962.

Chandler, Alfred D., Jr.: The *Visible Hand*, The Managerial Revolution in American Business, Cambridge 1977.

Chandler, Alfred D., Jr.: *Scale and Scope.* The Dynamics of Industrial Capitalism, Cambridge 1990.

Classen, Christoph: *Was bleibt* vom »Dritten Reich«? Der Umgang mit dem Nationalsozialismus im geteilten Nachkriegsdeutschland, in: Dietmar Süß/Winfried Süß (Hg.): Das »Dritte Reich«. Eine Einführung, München 2008, S. 311-332.

Commerzbank AG (Hg.): 1870-1970. *100 Jahre* Commerzbank, Frankfurt am Main 1970.

Continental AG (Hg.): Ein *Jahrhundert* Fortschritt und Leistung, Hannover 1971.

Coordination gegen BAYER-Gefahren (Hg.): *Bayer* macht Kasse. Berichte über die Geschäfte des Bayer-Konzerns, Stuttgart 1991.

Coordination gegen Bayer-Gefahren (Hg.): Von Anilin bis Zwangsarbeit. Zur *Geschichte* von BASF, Bayer, Hoechst und anderen deutschen Chemie-Konzernen, Stuttgart 1995.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Cornelißen, Christoph: Was heißt *Erinnerungskultur*? Begriff – Methoden – Perspektiven, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 54 (2003), H. 10, S. 548-563.
Cornelißen, Christoph/Klinkhammer, Lutz/Schwentker, Wolfgang (Hg.): *Erinnerungskulturen.* Deutschland, Italien und Japan seit 1945, Frankfurt am Main 2003.
Czichon, Eberhard: Hermann Josef *Abs*. Bankier und Politiker (I), in: Blätter für deutsche und internationale Politik (1967), H. 7, S. 687-703.
Czichon, Eberhard: Hermann Josef *Abs*. Bankier und Politiker (II), in: Blätter für deutsche und internationale Politik (1967), H. 9, S. 908-929.
Czichon, Eberhard: Wer verhalf *Hitler* zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1967.
Czichon, Eberhard: Der *Primat der Industrie* im Kartell der nationalsozialistischen Macht, in: Das Argument 10 (1968), H. 3, S. 168-192.
Czichon, Eberhard: Ein *Beispiel*: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker, in: facit – Zeitschrift marxistischer Studenten (1969), H. 16, S. 21-27.
Czichon, Eberhard: Hermann Josef Abs. Porträt eines *Kreuzritters* des Kapitals, Berlin 1969.
Czichon, Eberhard: Der *Bankier* und die Macht. Hermann Josef Abs in der deutschen Politik, Köln 1970.
Czichon, Eberhard: *Die Bank und die Macht.* Hermann Josef Abs, die Deutsche Bank und die Politik, Köln 1995.
Czichon, Eberhard: *Deutsche Bank.* Macht – Politik. Faschismus, Krieg und Bundesrepublik, Köln 2001.
Daimler AG (Hg.): *Chronik*, Stuttgart 2011.
DaimlerChrysler AG (Hg.): *Chronik* 1883-1998, Stuttgart 1998.
DaimlerChrysler AG (Hg.): 100 Jahre DaimlerChrysler Werk *Berlin*. Chronik 1902-2002, Berlin 2002.
DaimlerChrysler AG (Hg.): Das *Mercedes-Benz-Museum*, Konstanz 2006.
Daimler-Benz AG (Hg.): Chronik der Mercedes-Benz *Fahrzeuge und Motoren*, Stuttgart 1956.
Daimler-Benz AG (Hg.): *75 Jahre* Motorisierung des Verkehrs, Stuttgart 1961.
Daimler-Benz AG (Hg.): 75 Jahre des Werks *Untertürkheim* der Daimler-Benz AG, Stuttgart 1979.
Daimler-Benz AG (Hg.): *Hundert Jahre* Daimler-Benz. Band 1: Das Unternehmen, Mainz 1986.
Daimler-Benz AG (Hg.): *Daimler-Benz-Museum*, Stuttgart 1987.
Daimler-Benz AG (Hg.): Daimler-Benz-Motoren GmbH *Genshagen*. Ein Flugmotorenwerk bei Berlin. Mitteilungen aus dem Mercedes-Benz-Archiv, Stuttgart 1990.
Daimler-Motoren-Gesellschaft (Hg.): *Zum 25-jährigen Bestehen* der Daimler-Motoren-Gesellschaft, 1890-1915, Berlin 1915.
Danyel, Jürgen (Hg.): Die *geteilte Vergangenheit*. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995.
Danyel, Jürgen: Die Opfer- und *Verfolgtenperspektive* als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR, in: Jürgen Danyel (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 31-46.
Degussa AG (Hg.): *Werden und Wesen* der Degussa 1873-1948. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen chemischen Industrie von Dr. Hermann Pinnow, Frankfurt am Main 1948.
Degussa AG (Hg.): *Reden* und Ansprachen zum 75jährigen Jubiläum der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt vormals Roessler, gehalten am 30. und 31.1.1948 in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1948.
Degussa AG (Hg.): *Werden und Wachsen* der Degussa, Frankfurt am Main 1961.
Degussa AG (Hg.): Hermann *Schlosser*. Ein halbes Jahrhundert Geschichte der Degussa. Reden anlässlich zu seinem 50jährigen Jubiläum, Frankfurt am Main 1965.
Degussa AG (Hg.): Aller *Anfang* ist schwer. Bilder zur hundertjährigen Geschichte der Degussa, Frankfurt am Main 1973.
Degussa AG (Hg.): Der tiefe Wandel der Gesellschaft. Die *Degussa-Rede* von Golo Mann, Düsseldorf 1973.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Degussa AG (Hg.): Von Frankfurt in die Welt. Aus der *Geschichte* der Degussa AG, Frankfurt am Main 1988.

Degussa AG (Hg.): Im Zeichen von *Sonne und Mond*. Von der Frankfurter Münzscheiderei zum Weltunternehmen Degussa AG, Text und Redaktion Mechthild Wolf, Frankfurt am Main 1993.

Degussa AG (Hg.): Immer eine *Idee* besser. Die Forscher und Erfinder der Degussa, Frankfurt am Main 1998.

Degussa AG (Hg.): Gründung, Expansion, Zukunft. *100 Jahre Degussa in Wesseling*, Düsseldorf 2005.

Degussa AG (Hg.): *Bewegte Zeiten.* 1837-2006. Die Geschichte der Degussa und ihrer Vorgängergesellschaften, Düsseldorf 2006.

Delius, Friedrich Christian: Wir *Unternehmer*. Über Arbeitgeber, Pinscher und das Volksganze. Eine Dokumentar-Polemik, Berlin 1966.

Delius, Friedrich Christian: Unsere *Siemens-Welt*. Eine Festschrift zum 125jährigen Bestehen des Hauses S., Erweiterte Neuausgabe mit einem Anhang über den Prozeß, über die Kunst der Satire, die Menschenwürde des Konzerns, Bierpreise und den verlorenen Kredit des Hauses S., Berlin 1976.

Demantowsky, Marko: Der *Zusammenhang* und die Differenzen von »Erinnerungskultur« und »Geschichtskultur«, in: Alfred Loesdau (Hg.): Erinnerungskultur in unserer Zeit – Zur Verantwortung des Historikers, Berlin 2005, S. 43-62.

Deutsche Bank AG (Hg.): Franz *Urbig*, verf. von Maximilian Müller-Jabusch, Düsseldorf 1954.

Deutsche Bank AG (Hg.): *Männer* der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft, verf. von Ernst Wilhelm Schmidt, Düsseldorf 1957.

Deutsches Wirtschaftsinstitut (Hg.): Die neue *Konzentration* der Großbanken in Westdeutschland, in: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts 6 (1955), Heft 10, S. 3-20.

Deutsches Wirtschaftsinstitut (Hg.): Die *Deutsche Bank* – Zentrum des deutschen Finanzkapitals, in: Berichte des Deutschen Wirtschaftsinstituts 12 (1961), Heft 15, S. 1-22.

Dienel, Hans-Luidger: Die *Linde* AG. Geschichte eines Technologiekonzerns 1879-2004, München 2004.

Dirks, Christian: *Selekteure* als Lebensretter. Die Verteidigungsstrategie des Rechtsanwaltes Dr. Hans Laternser, in: Irmtrud Wojak (Hg.): »Gerichtstag halten über uns selbst …«. Geschichte und Wirkung des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Frankfurt am Main 2001, S. 163-192.

Dirks, Christian: »Die *Verbrechen* der Anderen«. Auschwitz und der Auschwitz-Prozess der DDR: Das Verfahren gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer, Paderborn 2006.

Dirks, Christian: »*Vergangenheitsbewältigung*« in der DDR. Zur Rezeption des Prozesses gegen den KZ-Arzt Dr. Horst Fischer 1966 in Ost-Berlin, in: Jörg Osterloh/Clemens Vollnhals (Hg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S. 363-374.

Dix, Hellmuth: Die *Urteile* in den Nürnberger Wirtschaftsprozessen, in: Neue Juristische Wochenschrift 2 (1949), H. 17, S. 652.

Doering-Manteuffel, Anselm: *Westernisierung.* Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 311-341.

Domschke, Wolfgang/Scholl, Armin: Grundlagen der *Betriebswirtschaftslehre*: Eine Einführung aus entscheidungsorientierter Sicht, Berlin 2008.

Doßmann, Axel/Niethammer, Lutz: Kollektive *Identität*. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur, Hamburg 2000.

Drecoll, Axel: Der *Auftakt* der Industrieprozesse: Der Fall 5 gegen die Manager des Flick-Konzerns, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 376-404.

Dresdner Bank AG (Hg.): Aus der *Geschichte* der Dresdner Bank 1872-1969, Frankfurt am Main 1969.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Dresdner Bank AG (Hg.): *Chiffren einer Epoche.* 100 Jahre – 100 Kontraste, Frankfurt am Main 1972.
Dresdner Bank AG (Hg.): *120 Jahre Dresdner Bank.* Unternehmens-Chronik 1872-1992, verfasst von Hans G. Meyen, Frankfurt am Main 1992.
Dresdner Bank AG (Hg.): *Werte.* 125 Jahre Dresdner Bank, gestaltet von Rolf Müller, München 1997.
Dresdner Bank AG (Hg.): *125 Jahre Dresdner Bank* 1872-1997, Frankfurt am Main 1997.
Dresdner Bank AG (Hg.): *Kleine Chronik*, Frankfurt am Main 2006.
Drobisch, Klaus: Dokumente zur direkten Zusammenarbeit zwischen *Flick-Konzern* und Gestapo bei der Unterdrückung der Arbeiter, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4 (1963), H. 3, S. 211-225.
DuBois, Josiah: The *Devil's Chemists*. 24 Conspirators of the International Farben Cartel who Manufactur Wars, Boston 1952.
DuBois, Josiah E.: *Generals* in Grey Suits. The Directors of the International IG Farben Cartel, their Conspiracy and Trial at Nuremberg, London 1953.
Duisberg, Curt: Nur ein *Sohn*. Ein Leben mit der Großchemie, Stuttgart 1981.
Dykerhoff (Hg.): Weit spannt sich der *Bogen*. Die Geschichte der Bauunternehmung Dykerhoff & Widmann K.G, Darmstadt 1955.
Ebbinghaus, Angelika: Zwischen *Politik* und Wissenschaft. Eine kommentierte Bibliographie, in: Karsten Linne/Thomas Wohlleben (Hg.): Patient Geschichte. Für Karl Heinz Roth, Frankfurt am Main 1993, S. 25-49.
Echternkamp, Jörg: Nach dem *Krieg*. Alltagsnot, Neuorientierung und die Last der Vergangenheit 1945-1949, Zürich 2003.
Edelmann, Heidrun: Heinrich *Nordhoff* und Volkswagen. Ein deutscher Unternehmer im amerikanischen Jahrhundert, Göttingen 2003.
Eder, Franz X.: Historische *Diskursanalyse* und ihre Folgen – eine Einleitung, in: Franz X. Eder (Hg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden 2006, S. 9-23.
Eggenkämper, Barbara/Modert, Gert: *Die Allianz.* Geschichte des Unternehmens 1890-2015, München 2015.
Eichholtz, Dietrich: Bericht über die *Konstituierung* des Arbeitskreises »Wirtschaftshistorische Probleme des Faschismus (1933-1945)«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (1961), H. 1, S. 231-236.
Eichholtz, Dietrich: Probleme einer *Wirtschaftsgeschichte* des Faschismus in Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4 (1963) H. 3, S. 97-127.
Eichholtz, Dietrich/Gossweiler, Kurt: Noch einmal: *Politik und Wirtschaft* 1933-1945, in: Das Argument 10 (1968), H. 3, S. 210-227.
Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen *Kriegswirtschaft* 1939-1941, Band I, Berlin 1969.
Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen *Kriegswirtschaft* 1941-1943, Band II, Berlin 1985.
Eichholtz, Dietrich: *Rezension* von: Mommsen, Hans/Grieger, Manfred: Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), H. 1, S. 215-219.
Eichmüller, Andreas: Die strafrechtliche *Verfolgung* von NS-Verbrechen und die Öffentlichkeit in der frühen Bundesrepublik Deutschland 1949-195, in: Jörg Osterloh/Clemens Vollnhals (Hg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S. 53-73.
Eichmüller, Andreas: Keine *Generalamnestie*. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik, München 2012.
Eitz, Thorsten/Stötzel, Georg: *Wörterbuch* der »Vergangenheitsbewältigung«. Die NS-Vergangenheit im öffentlichen Sprachgebrauch, Band 1, Hildesheim 2007.
Eizenstat, Stuart E.: Unvollkommene *Gerechtigkeit*. Der Streit um die Entschädigung der Opfer von Zwangsarbeit und Enteignung, München 2003.
Endlich, Stefanie: *Orte* des Erinnerns – Mahnmale und Gedenkstätten, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hg.): Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009, S. 350-377.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Enzensberger, Hans Magnus: Europa in *Ruinen*. Augenzeugenberichte aus den Jahren 1944-1948, Frankfurt am Main 1990.
Erker, Paul: *Aufbruch* zu neuen Paradigmen. Unternehmensgeschichte zwischen sozialgeschichtlicher und betriebswirtschaftlicher Erweiterung, in: Archiv für Sozialgeschichte 37 (1997), S. 321-365.
Erker, Paul: »A *New Business History?*« Neuere Ansätze und Entwicklungen in der Unternehmensgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 42 (2002), S. 557-601.
Erll, Astrid: *Kollektives Gedächtnis* und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart 2005.
Faulenbach, Bernd: Geschichte der *Übergangszeit*. Zur historischen Bedeutung geschichtspolitischer Gegensätze und Debatten während der 1980er Jahre, in: Ursula Bitzegeio/Anja Kruke/Meik Woyke (Hg.): Solidargemeinschaft und Erinnerungskultur im 20. Jahrhundert, Bonn 2009, S. 417-428.
Faulenbach, Bernd: Eine neue *Konstellation*? Der Umgang mit zwei Vergangenheiten in Deutschland nach 1989, in: Katrin Hammerstein/Ulrich Mählert/Julie Trappe/Edgar Wolfrum (Hg.): Aufarbeitung der Diktatur – Diktatur der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, Göttingen 2009, S. 37-47.
Feldenkirchen, Wilfried: *Siemens 1918-1945*, München 1995.
Feldenkirchen, Wilfried: *Siemens*. Von der Werkstatt zum Weltunternehmen, München 1997.
Feldenkirchen, Wilfried: *Vom Guten das Beste.* Von Daimler und Benz zur DaimlerChrysler AG, Band 1: Die ersten 100 Jahre 1883-1993, München 2003.
Feldenkirchen, Wilfried: DaimlerChrysler Werk *Untertürkheim*, Stuttgart 2004.
Feldman, Gerald D.: *Unternehmensgeschichte* im Dritten Reich und die Verantwortung der Historiker. Raubgold und Versicherungen, Arisierung und Zwangsarbeit, in: Norbert Frei/Dirk von Laak/Michael Stolleis (Hg.): Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit, München 2000, S. 103-129.
Feldman, Gerald D.: Die *Allianz* und die deutsche Versicherungswirtschaft 1933-1945, München 2001.
Feldman, Gerald D.: *Holocaust Assets* and German Business History: Beginning or End?, in: German Studies Review 25 (2002), S. 23-34.
Feldman, Gerald D.: *Wer spinnt?*, in: German Politics and Society 20 (2002), H. 3, S. 40-55.
Feldman, Gerald D.: Historische Vergangenheitsbearbeitung. Wirtschaft und Wissenschaft im Vergleich, Berlin 2003.
Ferencz, Benjamin B.: *Lohn* des Grauens. Die Entschädigung jüdischer Zwangsarbeiter. Ein offenes Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte, Frankfurt am Main 1986.
Finger, Jürgen/Keller, Sven/Wirsching, Andreas: *Dr. Oetker* und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933-1945, München 2013.
Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hg.): *Lexikon* der »Vergangenheitsbewältigung« in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, Bielefeld 2009.
Fischler, Heinz: Das *Totengold* der europäischen Juden und die deutschen Großbanken, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), H. 1, S. 146-173
Förster, Andreas: *Schatzräuber.* Die Suche der Stasi nach dem Gold der Nazizeit, Berlin 2014.
Foucault, Michel: *Schriften* in vier Bänden. Dits et Ecrits. Bd. 1: 1954-1969, hrsg. von Daniel Defert/Francois Ewald, Frankfurt am Main 2001.
Franzen, K. Erik: In der neuen Mitte der *Erinnerung*. Anmerkungen zur Funktion des Opferdiskurses, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 51 (2003), H. 1, S. 49-53.
Frei, Norbert: *NS-Vergangenheit* unter Ulbricht und Adenauer. Gesichtspunkte einer »vergleichenden Bewältigungsforschung«, in: Jürgen Danyel (Hg.): Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 125-132.
Frei, Norbert: Die *Rückkehr* des Rechts. Justiz und Zeitgeschichte nach dem Holocaust – eine Zwischenbilanz, in: Arnd Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990, Bonn 1998, S. 417-431.
Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik in den *fünfziger Jahren*, in: Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek
Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
(Hg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt am Main 1998, S. 79-92.
Frei, Norbert: *Abschied* von der Zeitgenossenschaft. Der Nationalsozialismus und seine Erforschung auf dem Weg in die Geschichte, in: WerkstattGeschichte 7 (1998), H. 20, S. 69-84.
Frei, Norbert: *Vergangenheitspolitik*. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1999.
Frei, Norbert/van Laak, Dirk/Stolleis, Michael (Hg.): *Geschichte vor Gericht.* Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit, München 2000.
Frei, Norbert: *Goldhagen*, die Deutschen und die Historiker. Über die Repräsentation des Holocaust im Zeitalter der Visualisierung, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/ Klaus Große Kracht (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 138-151.
Frei, Norbert: *1945 und wir.* Die Gegenwart der Vergangenheit, in: Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 22-37.
Frei, Norbert: *Epochenjahr* 1933. Der 30. Januar entschwindet dem historischen Bewusstsein, in: Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 98-111.
Frei, Norbert: Von deutscher *Erfindungskraft*. Oder: Die Kollektivschuldthese in der Nachkriegszeit, in: Norbert Frei: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 159-169.
Frei, Norbert/Ahrens, Ralf/Osterloh, Jörg/Schanetzky, Tim: *Flick.* Der Konzern. Die Familie. Die Macht, München 2009.
Frei, Norbert/Brunner, José/Goschler, Constantin (Hg.): Die Praxis der *Wiedergutmachung*. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel, Göttingen 2009.
Frei, Norbert/Schanetzky, Tim (Hg.): *Unternehmen* im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur, Göttingen 2010.
Frevert, Ute: Geschichtsvergessenheit und Geschichtsversessenheit revisited. Der jüngste *Erinnerungsboom* in der Kritik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 53 (2003), H. 40/41, S. 6-13.
Friedländer, Saul/Frei, Norbert/Rendtorff, Trutz/Wittmann, Reinhard: *Bertelsmann* im Dritten Reich, München 2002.
Friedrich, Carl J.: The Unique *Character* of Totalitarian Society, in: Carl J. Friedrich (Hg.): Totalitarianism. Proceedings of a conference held at the American Academy of Arts and Sciences March 1953, Cambridge 1954, S. 47-59.
Friedrich, Carl J.: Totalitäre *Diktatur*, Stuttgart 1957.
Fröhlich, Claudia/Heinrich, Horst-Alfred (Hg.): *Geschichtspolitik.* Wer sind ihre Akteure, wer sind ihre Rezipienten?, Stuttgart 2004.
Fröhlich, Claudia: *Rückkehr* zur Demokratie – Wandel der politischen Kultur in der Bundesrepublik, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hg.): Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009, S. 105-126.
Frölich, Margit/Jureit, Ulrike/Schneider, Christian (Hg.): Das *Unbehagen* an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt am Main 2012.
Gall, Lothar/Feldman, Gerald D./James, Harold/Holtfrerich, Carl-Ludwig/Büschgen, Hans E.: Die *Deutsche Bank*. 1870-1995, München 1995.
Gall, Lothar: A *man* for all seasons? Hermann Josef Abs im Dritten Reich, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 43 (1998), H. 2, S. 123-175.
Gall, Lothar/ Pohl, Manfred (Hg.): *Unternehmen* im Nationalsozialismus, München 1998.
Gall, Lothar (Hg.): *Krupp* im 20. Jahrhundert. Die Geschichte des Unternehmens vom Ersten Weltkrieg bis zur Gründung der Stiftung, Berlin 2002.
Gall, Lothar: Der *Bankier*. Hermann Josef Abs. Eine Biographie, München 2004.
Gattineau, Heinrich: Durch die *Klippen* des 20. Jahrhunderts. Erinnerungen zur Zeit- und Wirtschaftsgeschichte, Stuttgart 1983.
Gehlen, Boris: *Rezension* von: Ralf Banken: Edelmetallmangel und Großraubwirtschaft. Die Entwicklung des deutschen Edelmetallsektors im »Dritten Reich« 1933-1945, in: Historische Zeitschrift 292 (2011), Nr. 2, S. 556.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Gentz, Manfred: Die *Verstrickung* von Unternehmen in Unrechtsstaaten. Zur Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, in Jürgen Lillteicher (Hg.): Profiteure des NS-Systems? Deutsche Unternehmen und das Dritte Reich, Berlin 2006, S. 200-215.

Gereke, Günther: Ich war königlich-preußischer *Landrat*, Berlin 1970.

Geyer, Klaus (Hg.): Porsche und Dr. Körbel und Kirche in Wolfsburg, *Dokumentation* einer Diskussion 1985/86 über WOB im Faschismus, Arbeitskreis Kirchlicher Mitarbeiter, Wolfsburg 1986.

Gilbert, Gustave M.: Nürnberger *Tagebuch*. Ehemaliger Gerichts-Psychologe beim Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher, Frankfurt am Main 1962.

Glaser, Hermann: *1945.* Beginn einer Zukunft. Bericht und Dokumentation, Frankfurt am Main 1995.

Goertz, Hans-Jürgen: *Unsichere Geschichte.* Zur Theorie historischer Referentialität, Stuttgart 2001.

Goldhagen, Daniel J.: Hitlers willige *Vollstrecker*. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

Goschler, Constantin: Die Politik der *Rückerstattung* in Westdeutschland, in: Constantin Goschler/Jürgen Lillteicher (Hg.): »Arisierung« und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 99-125.

Goschler, Constantin/Lillteicher, Jürgen (Hg.): »*Arisierung*« und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002.

Goschler, Constantin/Ther, Philipp (Hg.): *Raub* und Restitution. »Arisierung« und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa, Frankfurt am Main 2003.

Goschler, Constantin: *Vertrauenskapital* und Vergangenheitspolitik. Die Auseinandersetzung der deutschen Wirtschaft mit »Arisierung« und Zwangsarbeit, in: Jürgen Lillteicher (Hg.): Profiteure des NS-Systems? Deutsche Unternehmen und das Dritte Reich, Berlin 2006, S. 154-173.

Goschler, Constantin: *Schuld* und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945, Göttingen 2008.

Goschler, Constantin: *Wiedergutmachungspolitik* – Schulden, Schuld und Entschädigung, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hg.): Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009, S. 62-84.

Goschler, Constantin (Hg.): Die *Entschädigung* von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts, Band 1-4, Göttingen 2012.

Gregor, Neil: Stern und Hakenkreuz. *Daimler-Benz* im Dritten Reich, Berlin 1997.

Gregor, Neil: *Wissenschaft*, Politik, Hegemonie. Zum Boom der NS-Unternehmensgeschichte, in: Norbert Frei/Tim Schanetzky (Hg.): Unternehmen im Nationalsozialismus, Göttingen 2010, S. 79-93.

Gregor, Neil: *History* to Order? Commissioned Research, Contained Pluralism and the Limits of Criticism, in: Zeitgeschichte-online, Dezember 2012, URL: http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/history-order (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

Greiner, Bernd: Die *Morgenthau-Legende*. Zur Geschichte eines umstrittenen Plans, Hamburg 1995.

Greve, Michael: Der justizielle und rechtspolitische Umgang mit den *NS-Gewaltverbrechen* in den sechziger Jahren, Frankfurt am Main 2001.

Grieger, Manfred: *Schriftstellerarbeit* am Volkswagen-Mythos. Der Tatsachenroman »Die Autostadt« von Horst Mönnich aus dem Jahre 1951, in: Non Fiktion. Arsenal der anderen Gattungen 5 (2010), H. 1/2, S. 159-166.

Grieger, Manfred: Zur *Hybridisierung* der Unternehmensgeschichte durch Verwissenschaftlichung, Marketingisierung und Eventisierung: das Beispiel Volkswagen, in: Christoph Kühberger/Andreas Pudlat (Hg.): Vergangenheitsbewirtschaftung. Public History zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Innsbruck 2012, S. 96-119.

Grobe, Frank: Zwischen *Tradition* und Aufbruch, in: dresdner banker 276 (2009), S. 48-75.

Grohmann, Peter (Hg.): *Plakat*. 10 Jahre Betriebsarbeit bei Daimler-Benz, Berlin 1979.

Gross, Johannes: Die *Begründung* der Berliner Republik. Deutschland am Ende des 20. Jahrhunderts, Stuttgart 1995.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Gross, Raphel/Renz, Werner (Hg.): Der *Frankfurter Auschwitz-Prozess* (1963-1965). Kommentierte Quellenedition, zwei Bände, Frankfurt am Main 2013.
Große-Börger, Julia: Die *Erfindung* des Automobils. Unternehmens- und Automobilkultur im Spiegel der Jubiläen der Daimler-Benz AG, Dissertation, Universität Bremen, im Erscheinen.
Große Kracht, Klaus: »An das gute Gewissen der Deutschen ist eine Mine gelegt«. Fritz *Fischer* und die Kontinuitäten deutscher Geschichte, in: Jürgen Danyel/Jan-Holger Kirsch/Martin Sabrow (Hg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen 2007, S. 66-70.
Grunow-Osswald, Elfriede: Die *Internationalisierung* eines Konzerns: Daimler-Benz 1908-1997, Bielefeld 2006.
Habermas, Jürgen: Die neue *Unübersichtlichkeit*, Frankfurt am Main 1985.
Hachtmann, Rüdiger: Interessengeleitete *Wissenschaftsgeschichte*? Auftragsforschung für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, in: Zeitgeschichte-online, Dezember 2012, URL: http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/interessengeleitete-wissenschaftsgeschichte (zuletzt abgerufen 1.5.2015).
Halbwachs, Maurice: Das *Gedächtnis* und seine sozialen Bedingungen, Frankfurt am Main 1985 (franz. Original: Les cadres sociaux de la mémoire, Paris 1925).
Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): *Verbrechen* der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944. Ausstellungskatalog, Hamburg 2002.
Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (Hg.): Das *Daimler-Benz-Buch*. Ein Rüstungskonzern im »Tausendjährigen Reich«, Nördlingen 1987.
Hammerstein, Katrin/Mählert, Ulrich/Trappe, Julie/Wolfrum, Edgar (Hg.): *Aufarbeitung* der Diktatur – Diktatur der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, Göttingen 2009.
Handke, Horst: Zur Rolle der *Volkswagenpläne* bei der faschistischen Kriegsvorbereitung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 3 (1962), H. 1, S. 22-68.
Hardach, Karl: *Wirtschaftsgeschichte* Deutschlands im 20. Jahrhundert, Göttingen 1993.
Hardach, Gerd: *Krise und Reform* der Sozialen Marktwirtschaft. Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik der 50er und 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers: Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 197-217.
Hardtwig, Wolfgang: *Alltagsgeschichte* heute. Eine kritische Bilanz, in: Winfried Schulze (Hg.): Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie, Göttingen 1994, S. 19-32.
Hardtwig, Wolfgang/Schug, Alexander (Hg.): *History sells!* Angewandte Geschichte als Wissenschaft und Markt, Stuttgart 2009.
Hardtwig, Wolfgang: Deutsche *Geschichtskultur* im 19. und 20. Jahrhundert, München 2013.
Hartig, Sandra: Von der »Tradition« zur Innovation. Die *Gründung* der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 46 (2001), H. 2, S. 221-236.
Hartmann, Christian (Hg.): *Verbrechen* der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte, München 2005.
Hartung, Alfred: *Porsche-Verehrung* und Rezeption nach 1945 – »Die kleinen dunkeln Schatten in seinem Lebenslauf«, in: Stephan Krull (Hg.): 75 Jahre »Stadt des KdF-Wagens«, Wolfsburg, Hannover 2013, S. 113-126.
Hausman, William: *Business History* in the United States at the End of the Century, in: Franco Amatori/Geoffrey Jones (Hg.): Business History around the World, Cambridge 2003, S. 83-110.
Hayes, Peter: *Industry* and Ideology. IG Farben in the Nazi Era, Cambridge 1987.
Hayes, Peter: *Industrie* und Ideologie: Die IG Farben in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 32 (1987), H. 2, S. 124-136.
Hayes, Peter: *Zur umstrittenen Geschichte* der IG Farbenindustrie, in: Geschichte und Gesellschaft 18 (1992), H. 3, S. 405-417.
Hayes, Peter: Die *Degussa* im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, München 2004.
Hayes, Peter: Die *Verstrickung* der Degussa, in: Jürgen Lillteicher (Hg.): Profiteure des NS-Systems? Deutsche Unternehmen und das Dritte Reich, Berlin 2006, S. 30-43.
Hayes, Peter: *Corporate Freedom* of Action in Nazi Germany, in: Bulletin of the German Historical Institute 45 (2009), S. 29-42.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Hayes, Peter: *Rejoinder*, in: Bulletin of the German Historical Institute 45 (2009), S. 52-55.
Hayes, Peter: *Review* of: Ralf Banken: Edelmetallmangel und Großraubwirtschaft. Die Entwicklung des deutschen Edelmetallsektors im »Dritten Reich« 1933-1945, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 56 (2011), Nr. 2, S. 108-109.
Heer, Hannes/Ullrich, Volker (Hg.): *Geschichte* entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung, Hamburg 1985.
Heil, Johannes/Erb, Rainer (Hg.): *Geschichtswissenschaft* und Öffentlichkeit. Der Streit um Daniel J. Goldhagen, Frankfurt am Main 1998.
Heine, Jens Ulrich: *Verstand* und Schicksal. Die Männer der IG Farbenindustrie AG in 161 Kurzbiographien, Weinheim 1990.
Heinelt, Peer: »*PR-Päpste*«. Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger, Berlin 2003.
Heinelt, Peer: Die *Entflechtung* und Nachkriegsgeschichte der IG Farbenindustrie AG, Frankfurt am Main 2008, URL: http://www.wollheim-memorial.de/files/994/original/pdf_Peer_Heinelt_Die_Entflechtung_und_Nachkriegsgeschichte_der_IG_Farbenindustrie_AG.pdf (zuletzt abgerufen am 21.11.2014).
Heintzeler, Wolfgang: Was war mit *IG Farben*? Der Nürnberger Prozess und der Fernsehfilm »Väter und Söhne«, Herford 1987.
Helbich, Wolfgang: 25 Jahre Geschichtswissenschaft in Bochum – eine *Bestandsaufnahme*. Broschüre zum Deutschen Historikertag 1990 in Bochum.
Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische *Besetzung* Deutschlands, München 1995.
Henke, Klaus-Dietmar: Die *Dresdner Bank* 1933-1945. Ökonomische Rationalität, Regimenähe, Mittäterschaft, München 2006.
Henkel (Hg.): *Menschen* und Marken. 125 Jahre Henkel 1876-2001. Verf. von Wilfried Feldenkirchen und Susanne Hilger, Düsseldorf 2001.
Hentschel, Volker: *Rezension* von: Hans Pohl u. a.: Die Daimler-Benz-AG in den Jahren 1933-1945, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 74, (1987), H. 3, S. 386-387.
Hentschel, Volker: *Daimler-Benz* im Dritten Reich. Zu Inhalt und Methode zweier Bücher zum gleichen Thema, in: Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 75 (1988), H. 1, S. 74-100.
Herbert, Ulrich: »Die guten und die schlechten Zeiten«. *Überlegungen* zur diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews, in: Lutz Niethammer (Hg.): »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet (Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, 1), Berlin 1983, S. 67-96.
Herbert, Ulrich: *Fremdarbeiter*. Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Berlin 1985.
Herbert, Ulrich: Nicht entschädigungsfähig? Die *Wiedergutmachungsansprüche* der Ausländer, in: Ludolf Herbst/Constantin Goschler (Hg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik, München 1989, S. 273-302.
Herbert, Ulrich: Der Holocaust in der *Geschichtsschreibung* der Bundesrepublik Deutschland, in: Ulrich Herbert/Olaf Groehler: Zweierlei Bewältigung. Vier Beiträge über den Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten, Hamburg 1992, S. 67-86.
Herbert, Ulrich: *Best.* Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.
Herbert, Ulrich/Schildt, Axel: *Kriegsende* in Europa, in: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hg.): Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944-1948, Essen 1998, S. 7-34.
Herbert, Ulrich: Der *Historikerstreit*. Politische, wissenschaftliche, biographische Aspekte, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 94-113.
Herbert, Ulrich: *Geschichte* Deutschlands im 20. Jahrhundert, München 2014.
Herbst, Ludolf: *Der totale Krieg* und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945, Stuttgart 1982.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Herbst, Ludolf/Weihe, Thomas (Hg.): Die *Commerzbank* und die Juden 1933-1945, München 2004.
Herbst, Ludolf: *Rezension* von: Peter Hayes: Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, in: sehepunkte 4 (2004), Nr. 11 [15.11.2004], URL: http://www.sehepunkte.de/2004/11/7277.html (zuletzt abgerufen 1.5.2015).
Herdt, Hans Konradin: *Bosch* 1886-1986. Portrait eines Unternehmens, Stuttgart 1986.
Herf, Jeffrey: *Zweierlei Erinnerung.* Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland, Berlin 1998.
Herhaus, Ernst/Schröder, Jörg: *Siegfried*, Frankfurt am Main 1972.
Heuss, Theodor: Robert *Bosch*. Leben und Leistung, Tübingen 1946.
Heuss, Theodor: *150 Jahre Krupp.* Gedenkrede zu Essen am 20. November 1961, Tübingen 1962.
Hildebrand, Klaus: *Das Dritte Reich*, Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Band 19, München 2003.
Hirthe, Gustav: *Ergebnisse* und Erkenntnisse des zweiten Auschwitz-Prozesses, in: Neue Justiz (1966), S. 729-732.
Historische Gesellschaft der Deutschen Bank (Hg.): *Calendarium Deutsche Bank 1870-1992*, Frankfurt am Main 1993.
Historische Gesellschaft der Deutschen Bank (Hg.): *Deutsche Bank.* Eine Geschichte in Bildern, München 2007.
Historische Gesellschaft der Deutschen Bank (Hg.): 100 Jahre *Deutsche Bank in Istanbul*, München 2009.
Historische Gesellschaft der Deutschen Bank (Hg.): *Deutsche Bank 1870-2010*, München 2011.
Hockerts, Hans Günter: *Zugänge* zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 51 (2001), Nr. 28, S. 17-30.
Hockerts, Hans Günter/Moisel, Claudia/Winstel, Tobias (Hg.): Grenzen der *Wiedergutmachung*. Die Entschädigung für NS-Verfolgte in West- und Osteuropa 1945-2000, Göttingen 2006.
Hoechst (Hg.): *Hundert Jahre* Hoechst. Ein Bericht über die Feier zum hundertjährigen Jubiläum der Farbwerke Hoechst AG in Frankfurt-Hoechst am 11. Januar 1963, Frankfurt am Main 1963.
Hofmann, Birgit/Wezel, Katja/Hammerstein, Katrin/Fritz, Regina (Hg.): *Diktaturüberwindung* in Europa. Neue nationale und transnationale Perspektiven, Heidelberg 2010.
Hohmeyer, Andrea: *Schlosser*, August Hermann, in: Neue Deutsche Biographie 23 (2007), S. 105.
Hohnsbein, Hartwig/Brose, Sebastian: *Entschädigung* ehemaliger NS-Zwangsarbeiter, Dokumentation über Entschädigung für Zwangsarbeiter in Wolfsburg, Arbeitskreis Kirchlicher Mitarbeiter, Wolfsburg 1991.
Hopmann, Barbara/Spoerer, Mark/Weitz, Birgit/Brüninghaus, Beate: *Zwangsarbeit* bei Daimler-Benz, Stuttgart 1994.
Horn, Sabine (Hg.): *Geschichte* und Öffentlichkeit. Orte, Medien, Institutionen, Göttingen 2009.
Hoss, Willi: »Komm ins Offene, Freund«, *Autobiographie*, Münster 2004.
IG Farben AG/Pinnow, Hermann: *Werksgeschichte.* 1863-1938. Der Gefolgschaft der Werke Leverkusen, Elberfeld und Dormagen zur Erinnerung an die 75. Wiederkehr des Gründungstages der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. gewidmet von der I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, München 1938.
Ilseder Hütte (Hg.): Die *Geschichte* der Ilseder Hütte 1858-1958. Anlässlich ihres 100-jährigen Bestehens, verfasst von Wilhelm Treue, Peine 1960.
Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (Hg.): Das *Urteil*. Eine Dokumentation zum 30. Jahrestag des Urteilsspruchs im Nürnberger Prozeß gegen die nazistischen Hauptkriegsverbrecher, Berlin 1965.
Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.): Der *Nürnberger Prozess* gegen die Hauptkriegsverbrecher vom 14. November 1945 bis 1. Oktober 1946, Band 8, Nürnberg 2001 (1947).
Jaeger, Hans: *Unternehmensgeschichte* in Deutschland seit 1945. Schwerpunkte – Tendenzen – Ergebnisse, in: Geschichte und Gesellschaft 18 (1992), H. 1, S. 107-132.
Jäger, Siegfried: *Diskursive Vergangenheit.* Rassismus und Antisemitismus als Effekte von aktuellen und historischen Diskursverschränkungen, in: Franz X. Eder (Hg.): Historische Diskursanalysen. Genealogie, Theorie, Anwendungen, Wiesbaden 2006, S. 239-252.

 Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
James, Harold: Die *Bergier-Kommission* als Wahrheits-Kommission, in: Norbert Frei/Dirk van Laak/Michael Stolleis (Hg.): Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit, München 2000, S. 130-140.
James, Harold: Die Deutsche Bank und die »*Arisierung*«, München 2001.
James, Harold: Die *Deutsche Bank* im Dritten Reich, München 2003.
Jansen, Michael/Saathoff, Günter/Hennig, Kai: *Abschlussbericht* zu den Auszahlungsprogrammen der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, in: Michael Jansen/Günter Saathof (Hg.): »Gemeinsame Verantwortung und moralische Pflicht«. Abschlussbericht zu den Auszahlungsprogrammen der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Göttingen 2007, S. 85-150.
Jarausch, Konrad H.: Der nationale *Tabubruch*. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 20-40.
Jarausch, Konrad H.: *Critical Memory* and Civil Society. The Impact of the 1960s on the German Debates about the Past, in: Philipp Gassert/Alan E. Steinwegs (Hg.): Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955-1975, New York 2006, S. 11-30.
Jaspers, Karl: Die *Schuldfrage*, Heidelberg 1946.
Jeismann, Michael: Auf Wiedersehen *Gestern*. Die deutsche Vergangenheit und die Politik von morgen, Stuttgart, München 2001.
Jelpke Ulla/Lötzer, Rüdiger: Geblieben ist der *Skandal* – ein Gesetz zum Schutz der deutschen Wirtschaft, in: Ulrike Winkler (Hg.): Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, Köln 2000, S. 235-250.
Joly, Hervé: *Kontinuität* und Diskontinuität der industriellen Elite nach 1945, in: Dieter Ziegler (Hg.): Großbürger und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, Göttingen 2000, S. 54-72.
Jung, Susanne: Die *Rechtsprobleme* der Nürnberger Prozesse. Dargestellt am Verfahren gegen Friedrich Flick, Tübingen 1992.
Jungbluth, Rüdiger: Die *Quandts*. Ihr leiser Aufstieg zur mächtigsten Wirtschaftsdynastie Deutschlands, Frankfurt am Main 2002.
Jureit, Ulrike/Schneider, Christian: *Gefühlte Opfer*. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010.
Kämper, Heidrun: Opfer – Täter – Nichttäter. Ein Wörterbuch zum *Schulddiskurs* 1945-1955, Berlin 2007.
Kannapin, Hans-Eckhardt: *Wirtschaft* unter Zwang, Köln 1966.
Kannapin, Hans-Eckhardt: Wirtschaft und Weimarer Demokratie. *Kritische Bemerkungen* zu Eberhard Czichon »Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimerar Republik«, in: Berichte des Deutschen Industrieinstituts zur Politik 1 (1967), H. 3, S. 2-19.
Karlsch, Rainer/Laufer, Jochen (Hg.): Sowjetische *Demontagen* in Deutschland 1944-1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen, Berlin 2002.
Kershaw, Ian: Der *NS-Staat*. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1999.
Käppner, Joachim: Erstarrte *Geschichte*. Faschismus und Holocaust im Spiegel der Geschichtswissenschaft und Geschichtspropaganda der DDR, Hamburg 1999.
Keilbach, Judith: *Geschichtsbilder* und Zeitzeugen. Zur Darstellung des Nationalsozialismus im bundesdeutschen Fernsehen, Münster 2008.
Kielmansegg, Peter Graf: Lange *Schatten*. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, Berlin 1989.
Kielmansegg, Peter Graf: Nach der *Katastrophe*. Eine Geschichte des geteilten Deutschlands, Berlin 2000.
Klass, Gert von: Die *drei Ringe*. Lebensgeschichte eines Industrieunternehmens, Tübingen 1953.
Klass, Gert von: Albert *Vögler*. Einer der Großen des Ruhrreviers, Tübingen 1957.
Klass, Gert von: Aus *Schutt und Asche*. Krupp nach fünf Menschenaltern, Tübingen 1961.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Klee, Ernst: *Personenlexikon* zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 2003.
Klein, Ernst: *Rezension* »100 Jahre Deutsche Bank«, in: Das historisch-politische Buch 21 (1973), H. 5, S. 144-145.
Kleinschmidt, Christian: Von der *Autarkie* zur Weltwirtschaft. »Werbung um öffentliches Vertrauen« am Beispiel von IG Farben-Nachfolgeunternehmen, in: Werner Abelshauser/Jan-Otmar Hesse/Werner Plumpe (Hg.): Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neuere Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, Essen 2003, S. 205-220.
Kleinschmidt, Christian: Festvortrag »*20 Jahre AKKU*«, in Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte 29 (2010), S. 1-6.
Kleßmann, Christoph: Die doppelte *Staatsgründung*. Deutsche Geschichte 1945-1955, Bonn 1991.
Kling, Willi: Kleine Geschichte der *IG Farben*, der Großfabrikanten des Todes, Berlin 1957.
Kluge, Arnd: *Betriebsgeschichte* in der DDR – ein Rückblick, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 38 (1993), H. 1, S. 49-62.
Knabe, Susanne: *Firmenjubiläen*. Geschichtsbewußtsein deutscher Unternehmen 1846 bis 1997, Dissertation, LMU München 2005, URL: http://edoc.ub.uni-muenchen.de/4268/ (zuletzt abgerufen 1.5.2015).
Knieriem, August von: *Nürnberg*. Rechtliche und menschliche Probleme, Stuttgart 1953.
Knigge, Volkhard: Zur *Zukunft* der Erinnerung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 60 (2010), H. 25/26, S. 10-16.
Knigge, Volkhard (Hg.): *Arbeit* am europäischen Gedächtnis. Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung, Köln 2011.
Koch, Peter-Ferdinand: Die *Geldgeschäfte* der SS, Hamburg 2000.
Köchling, Martina: *Demontagepolitik* und Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen, Essen 1995.
Kocka, Jürgen: Deutsche *Unternehmenskultur* in historischer Perspektive, in: Manfred Pohl (Hg.): Unternehmenskulturen. Deutschland und USA im Vergleich, Frankfurt am Main 2003, S. 21-36.
Kocks, Klaus/ Uhl, Hans-Jürgen: »Aus der Geschichte lernen«. *Anmerkungen* zur Auseinandersetzung von Belegschaft, Arbeitnehmervertretung, Management und Unternehmensleitung bei Volkswagen mit der Zwangsarbeit im Dritten Reich, Wolfsburg 1999.
Koebel-Tusk, Eberhard: *AEG*. Energie – Profit – Verbrechen, Berlin 1958.
Kogon, Eugen: Der *SS-Staat*. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1946.
Köhler, Otto: ... und heute die ganze Welt. Die Geschichte der *IG Farben* und ihrer Väter, Hamburg 1986.
Köllmann, Wolfgang: Was bedeuten *Festschriften* für die Wissenschaft?, in: Klaus Kunkel (Hg.): Vom Hofbericht zur Pop-Broschüre. Über Firmenfestschriften, Unternehmerbiographien und Selbstdarstellungen, Köln 1971, S. 16-27.
Kopper, Christopher: Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. *Bankenpolitik* im »Dritten Reich« 1933-1939, Bonn 1995.
Kopper, Christopher: *Rezension* von: Harold James: Die Deutsche Bank im Dritten Reich, München 2003, in: sehepunkte 4 (2004), Nr. 5, 15.5.2004, URL: http://www.sehepunkte.de/2004/05/5202.html (zuletzt abgerufen am 1.5.2015).
Kopper, Christopher: *Bankiers* unterm Hakenkreuz, München 2005.
Koselleck, Reinhart: Die *Transformation* der politischen Totenmale im 20. Jahrhundert. Vorbemerkungen zur Debatte über den politischen Memorialkult, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/Klaus Große Kracht (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 205-228.
Koselleck, Reinhart: Gibt es ein kollektives *Gedächtnis*?, in: Divinatio 19 (2004), S. 1-6.
Kranzbühler, Otto: *Rückblick* auf Nürnberg, Hamburg 1949.
Kreikamp, Hans-Dieter: Die *Entflechtung* der IG-Farbenindustrie AG 1945-1952, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25 (1977), H. 2, S. 220-251.
Krohn, Claus-Dieter (Hg.): *Rückkehr* und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Leben Nachkriegsdeutschlands, Marburg 1997.
Krösche, Heike: Abseits der Vergangenheit. Das Interesse der deutschen *Nachkriegsöffentlichkeit* am Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher 1945/46, in: Jörg Osterloh/Clemens

 Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Vollnhals (Hg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S. 93-106.
Krupp AG (Hg.): *125 Jahre Krupp* 1811-1936. Zeitschrift der Kruppschen Betriebsgemeinschaft 28 (1936), H. 4.
Kubisch, Lutz-Ulrich: Ohne *Blitz* kein »Blitzkrieg«. Heinrich Nordhoff und seine Karriere vom Opel-Rüstungsmanger zum Wolfsburger Käfer-König, in: Museum für Technik und Verkehr (Hg.): Ich diente nur der Technik. Sieben Karrieren zwischen 1940 und 1950, Berlin 1995, S. 41-52.
Kuczynski, Jürgen: Westdeutsche *Unternehmensgeschichte* über den Wiederaufbau der Firmen in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4 (1963) H. 2, S. 145-200.
Kuczynski, Thomas: *Brosamen* vom Herrentisch. Hintergründe der Entschädigungszahlungen an die im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeitskräfte, Berlin 2004.
Kühberger, Christoph/Pudlat, Andreas (Hg.): *Vergangenheitsbewirtschaftung*. Public History zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, Innsbruck 2012.
Kühnl, Reinhard: *Rezension* von: Eberhard Czichon: »Wer verhalf Hitler zur Macht? Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik«, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (1968), H. 8, S. 508-509.
Kühnl, Reinhard: Formen bürgerlicher *Herrschaft*. Liberalismus – Faschismus, Hamburg 1971.
Kunkel, Klaus (Hg.): Vom Hofbericht zur Pop-Broschüre. Über Firmenfestschriften, Unternehmerbiographien und Selbstdarstellungen, Köln 1971.
Laak, Dirk van: *Alltagsgeschichte*, in: Michael Maurer (Hg.): Aufriss der Historischen Wissenschaften, Band 7, Stuttgart 2003, S. 14-80.
Landwehr, Achim: Historische *Diskursanalyse*, Frankfurt am Main 2008.
Langbein, Hermann: Der *Auschwitz-Prozess*. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main 1965.
Laternser, Hans: *Verteidigung* deutscher Soldaten. Plädoyers vor alliierten Gerichten, Bonn 1950.
Laternser, Hans: Die *andere Seite* im Auschwitz-Prozess 1963/65, Stuttgart 1966.
Leggewie, Claus/Meyer, Erik: »Ein Ort, an den man gerne geht«. Das *Holocaust-Mahnmal* und die deutsche Geschichtspolitik nach 1989, München 2005.
Leide, Henry: *NS-Verbrecher* und Staatssicherheit. Die geheime Vergangenheitspolitik der DDR, Göttingen 2005.
Lehmann, Jana/Schatz, Marion: *Leuna* zwischen Wiederaufbau und Wendezeit. 1945-1990, Erfurt 2006.
Lemke, Michael: *Kampagnen* gegen Bonn. Die Systemkrise der DDR und die West-Propaganda der SED 1960-1963, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 41 (1993), H. 2, S. 153-174.
Lemke, Michael: Instrumentalisierter *Antifaschismus* und SED-Kampagnenpolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960-1968, in: Jürgen Danyel (Hg.): Die geteilte Erinnerung. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, Berlin 1995, S. 61-86.
Levy, Daniel C./Sznaider, Natan: *Erinnerung* im globalen Zeitalter. Der Holocaust, Frankfurt am Main 2001.
Lewis, Jeffrey: *Review* of: Peter Hayes: From Cooperation to Complicity. Degussa in the Third Reich, in: Business History Review 79 (2005) Nr. 2, S. 442-444.
Lillteicher, Jürgen: *Rechtstaatlichkeit* und Verfolgungserfahrung. »Arisierung« und fiskalische Ausplünderung vor Gericht, in: Constatin Goschler/Jürgen Lillteicher (Hg.): »Arisierung« und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in Deutschland und Österreich nach 1945 und 1989, Göttingen 2002, S. 127-159.
Lillteicher, Jürgen: Die *Rückerstattung* in Westdeutschland. Ein Kapitel deutscher Vergangenheitspolitik?, in: Hans Günter Hockerts/Christiane Kuller (Hg.): Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland?, Göttingen 2003, S. 61-77.
Lillteicher, Jürgen: Westdeutschland und die *Restitution* jüdischen Eigentums in Europa, in: Constantin Goschler/Philipp Ther (Hg.): Raub und Restitution. »Arisierung« und Rückerstattung des jüdischen Eigentums in Europa, Frankfurt am Main 2003, S. 92-107.
Lillteicher, Jürgen: *Raub*, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2007.
Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Lindenberger, Thomas/Blaive, Muriel: *Zeitgeschichte* und Erinnerungskonflikte in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 62 (2012), Nr. 1-3, S. 21-27.
Lindner, Stephan H.: *Hoechst.* Ein IG Farben Werk im Dritten Reich, München 2005.
Lindner, Stephan H.: Das *Urteil* im I. G.-Farben-Prozess, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 405-433.
Lindner, Stephan H.: *Schatten* der Vergangenheit oder personeller Neubeginn. Die Farbwerke Hoechst nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jörg Osterloh/Harald Wixforth (Hg.): Unternehmer und NS-Verbrechen. Wirtschaftseliten im »Dritten Reich« und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 2014, S. 155-181.
Littmann, Friederike: Vom *Notstand* eines Haupttäters – Zwangsarbeit im Flick-Konzern, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 1 (1986) H. 1, S. 4-43.
Lochner, Louis: Die Mächtigen und der *Tyrann*. Die deutsche Industrie von Hitler bis Adenauer, Darmstadt 1955.
Loose, Ingo: *Kredite* für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939-1945, München 2007.
Lorentz, Bernhard/Erker, Paul: *Chemie* und Politik. Die Geschichte der Chemischen Werke Hüls 1938-1979, München 2003.
Lübbe, Hermann: Zur *Identitätspräsentationsfunktion* von Historie, in: Odo Marquard/Karlheinz Stierle (Hg.): Identität, München 1979, S. 277-292.
Lübbe, Hermann: Der Nationalsozialismus im *Bewusstsein* der deutschen Gegenwart, in: Hermann Lübbe: Die Aufdringlichkeit der Geschichte. Herausforderungen der Moderne vom Historismus bis zum Nationalsozialismus, Graz 1989, S. 334-351.
Maddox, Robert Franklin: The Senatorial Career of Harley Martin *Kilgore*, New York 1981.
Maissen, Thomas: Verweigerte *Erinnerung*. Nachrichtenlose Vermögen und Schweizer Weltkriegsdebatte 1989-2004, Zürich 2005.
Malycha, Andreas/Winters, Peter Jochen: Die *SED*. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009.
Manke, Sabine: Die *Bilderwelt* der Goldhagen-Debatte. Kulturwissenschaftliche Perspektiven auf eine Kontroverse um Geschichte, Marburg 2004.
Mansfeld, Wolfgang: Die *Gründung*, in: Deutsches Industrieinstitut (Hg.): Fünfzehn Jahre Deutsches Industrieinstitut, Köln 1966, S. 13-21.
Markus, Sandra: »*Schreiben* heißt: sich selber lesen«. Geschichtsschreibung als erinnernde Sinnkonstruktion, in: Clemens Wischermann (Hg.): Vom kollektiven Gedächtnis zur Individualisierung der Erinnerung, Stuttgart 2002, S. 159-184.
Marshall, Brigitte: Politisches *Theater* nach 1950, Wien, Köln, Weimar 2010.
Martin, James Stewart: All honorable *Men*, Boston 1950.
Marx, Karl: Der achtzehnte *Brumaire* des Louis Bonaparte, 2. Auflage, Hamburg 1869.
Mason, Timothy W.: Der *Primat der Politik* – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus, in: Das Argument 8 (1966), H. 6, S. 473-494.
Mason, Timothy W.: Der *Primat der Industrie*? – Eine Erwiderung, in: Das Argument 10 (1968), H. 3, S. 193-209.
Mason, Timothy W.: Zur politischen Relevanz historischer Theorien. Die *Imperialismus-Diskussion* im Schatten des Kalten Krieges, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 22 (1972), H. 20, S. 33-42.
Mausbach, Wilfried: Zwischen *Morgenthau und Marshall*. Das wirtschaftspolitische Deutschlandkonzept der USA 1944-1947, Düsseldorf 1996.
Meenzen, Sandra: »Gutes *Klassenbewusstsein*, Parteiverbundenheit und Prinzipienfestigkeit«: SED-Sekretäre mit NSDAP-Vergangenheit in Thüringen, in: Historical Social Research 35 (2010), H. 3, S. 47-78.
Meier, Christian: Das *Gebot* zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit, München 2010.
Meinecke, Friedrich: Die deutsche *Katastrophe*. Betrachtungen und Erinnerungen, 2. Auflage, Wiesbaden 1946.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Menne, Bernhard: *Krupp.* Deutschlands Kanonenkönige, Zürich 1937.
Mentel, Christian: *Bericht* über die Podiumsdiskussion »Quo vadis, zeitgeschichtliche Auftragsforschung?«, in: Zeitgeschichte-online, März 2012, URL: http://www.zeitgeschichte-online.de/kommentar/bericht-quo-vadis-zeitgeschichtliche-auftragsforschung (zuletzt abgerufen 1.5.2015).
Merseburger, Peter: Theodor *Heuss*. Der Bürger als Präsident, München 2012.
Meusch, Matthias: Von der Diktatur zur Demokratie. Fritz *Bauer* und die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in Hessen (1956-1968), Wiesbaden 2001.
Mills, Sara: Der *Diskurs*. Begriff, Theorie, Praxis, Tübingen 2007.
Moeller, Robert G.: *War Stories.* The Search for a Usable Past in the Federal Republic of Germany, Berkeley 2001.
Moller, Sabine: Die *Entkonkretisierung* der NS-Herrschaft in der Ära Kohl, Hannover 1998.
Moller, Sabine: *Erinnerung* und Gedächtnis. Version 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 12.4.2010, URL: http://docupedia.de/zg/Erinnerung_und_Gedächtnis (zuletzt abgerufen 13.1.2015).
Mommsen, Hans: *Geschichte* des Volkswagenwerks im Dritten Reich, Forschungsergebnisse, Bochum 1991.
Mommsen, Hans/Grieger, Manfred: Das *Volkswagenwerk* und seine Arbeiter im Dritten Reich, Düsseldorf 1996.
Mönnich, Horst: Die *Autostadt*, München 1951.
Mönnich, Horst: *Aufbruch* ins Revier. Hoesch 1871-1961, München 1961.
Mönnich, Horst: *Labyrinthe* der Macht. Drei Geschichten vom Kapital. Stinnes, Thyssen, Flick, Frankfurt am Main 1975.
Mönnich, Horst: *BMW.* Eine deutsche Geschichte, Wien 1989.
Morgenthau, Henry: *Germany* is our Problem, New York 1945.
Müller, Armin: Konkurrierende *Netzwerke*. SED und alte Intelligenz in Unternehmen der DDR-Industrie, in: Historical Social Research 35 (2010), H. 3, S. 134-162.
Müller, Martin L.: Die Bank, ihre Akten und der Kalte Krieg. Die *Überlieferung* der Berliner Zentrale der Deutschen Bank, in: Hartmut Berghoff/Jürgen Kocka/Dieter Ziegler (Hg.): Wirtschaft im Zeitalter der Extreme, München 2000, S. 394-409.
Munzinger-Archiv: *Munzinger Online/Personen* – Internationales Biographisches Archiv, URL: http://www.munzinger.de/search/query?query.id=query-00 (zuletzt abgerufen 14.4.2014).
Musial, Bogdan: Stalins *Beutezug*. Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht, München 2010.
Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der Staatlichen Archivverwaltung der DDR (Hg.): *Braunbuch*. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft, Dritte Auflage, Berlin 1968.
Naumann, Bernd: *Auschwitz.* Bericht über die Strafsache gegen Mulka u. a. vor dem Schwurgericht Frankfurt am Main 1963-1965, Frankfurt am Main 1965.
Naumann, Klaus: *Einleitung*, in: Klaus Naumann (Hg.): Nachkrieg in Deutschland. Hamburg 2001, S. 9-28.
Naumann, Klaus: Institutionalisierte *Ambivalenz*. Deutsche Erinnerungspolitik und Gedenkkultur nach 1945, in: Mittelweg 36 (2004), H. 4/5, S. 64-75.
Nelson, Walter H.: Die *Volkswagen-Story*, Biographie eines Autos, München 1966.
Neumann, Franz: *Behemoth.* The Structure and Practice of National Socialism, 1933-1944, New York 1944.
Nieberding, Anne/Wischermann, Clemens: *Unternehmensgeschichte* im institutionellen Paradigma, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 43 (1998), H. 2, S. 35-48.
Niemann, Harry/Feldenkrichen, Wilfried/Hermann, Armin (Hg.): Die *Geschichte des Rennsports.* Wissenschaftliche Schriftenreihe des DaimlerChrysler Konzernarchivs, Band 5, Stuttgart 2002.
Niethammer, Lutz: Die *Mitläuferfabrik*. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns, Berlin 1982.
Niethammer, Lutz (Hg.): »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. *Faschismuserfahrungen* im Ruhrgebiet, Berlin 1983.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Niethammer, Lutz: *Ego-Histoire*? Und andere Erinnerungsversuche, Wien 2002.
Niethammer, Lutz: Von der *Zwangsarbeit* im Dritten Reich zur Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, in: Jansen, Michael/Saathoff, Günter (Hg.): »Gemeinsame Verantwortung und moralische Pflicht«. Abschlussbericht zu den Auszahlungsprogrammen der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft«, Göttingen 2007, S. 13-84.
Norden, Albert: Westdeutsche *Finanzoligarchen*, in: Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Wissenschaftlichen Sozialismus, 6 (1951), H. 17, S. 1235-1245.
Norden, Albert: Fünf Jahrzehnte im Dienst seiner Klasse. Ausgewählte *Aufsätze* und Reden 1922-1974, Berlin 1974.
Norden, Albert: *Ereignisse* und Erlebtes, Berlin 1981.
Nordhoff, Heinrich: *Reden* und Aufsätze. Zeugnisse einer Ära, hrsg. von Heidrun Edelmann, Düsseldorf 1992.
OMGUS: Ermittlungen gegen die *Deutsche Bank* – 1946/47, hrsg. von Hans Magnus Enzensberger, übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg, Nördlingen 1985.
OMGUS: Ermittlungen gegen die *IG Farbenindustrie* AG – September 1945, hrsg. von Hans Magnus Enzensberger, übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg, Nördlingen 1986.
OMGUS: Ermittlungen gegen die *Dresdner Bank* AG – 1946, hrsg. von Hans Magnus Enzensberger, übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg, Nördlingen 1986.
Oppong, Marvin: *Verdeckte PR* in Wikipedia. Das Weltwissen im Visier von Unternehmen. Eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung, Frankfurt am Main 2014.
Osterloh, Jörg: »Diese Angeklagten sind die *Hauptkriegsverbrecher*.« Die KPD/SED und die Nürnberger Industriellen-Prozesse 1947/48, in: Jörg Osterloh/Clemens Vollnhals (Hg.): NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011, S. 107-130.
Osterloh, Jörg/Vollnhals, Clemens (Hg.): *NS-Prozesse* und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR, Göttingen 2011.
Osterhammel Jürgen/Petersson, Niels P.: Geschichte der *Globalisierung*. Dimensionen, Prozesse, Epochen, München 2003.
Oswalt, Vadim/Pandel, Hans-Jürgen (Hg.): *Geschichtskultur*. Die Anwesenheit von Vergangenheit in der Gegenwart, Schwalbach am Taunus 2009.
Overy, Richard: *War* and Economy in the Third Reich, New York 1994.
Padover, Saul K.: *Lügendetektor*. Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45, München 2001.
Pampel, Bert: Was bedeutet »*Aufarbeitung* der Vergangenheit«? Kann man aus der »Verganheitsbewältigung« nach 1945 für die »Aufarbeitung« nach 1989 Lehren ziehen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 45 (1995), H. 1/2, S. 27-38.
Pendas, Devin O.: The *Frankfurt Auschwitz Trial*, 1963-1965. Genocide, History, and the Limits of the Law, New York 2006.
Petzina, Dieter: *Autarkiepolitik* im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, München 1968.
Petzina, Dietmar: Zwischen Neuordnung und Krise. Zur *Entwicklung* der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Ottfried Dascher/Christian Kleinschmidt (Hg.): Die Eisen- und Stahlindustrie im Dortmunder Raum. Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Strukturen und technologischer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert, Dortmund 1992, S. 525-549.
Petzina, Dietmar/Plumpe, Werner: Unternehmensethik – *Unternehmenskultur*: Herausforderungen für die Unternehmensgeschichte?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 34 (1993), H. 2, 9-20.
Peukert, Detlev: *Volksgenossen* und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.
Pierenkemper, Toni: Was kann eine *moderne Unternehmensgeschichte* leisten? Und was sollte sie tunlichst vermeiden, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999), Nr. 1, S. 15-31.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Pierenkemper, Toni: *Sechs Thesen* zum gegenwärtigen Stand der deutschen Unternehmensgeschichtsschreibung. Eine Entgegnung auf Manfred Pohl, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 45 (2000), Nr. 2, S. 158-166.

Pierenkemper, Toni: *Unternehmensgeschichte*. Eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse, Stuttgart 2000.

Pierenkemper, Toni: »*Moderne*« *Unternehmensgeschichte* auf vertrauten (Irr-)Wegen?, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 57 (2012), H. 1, S. 70-85.

Plato, Alexander von: *Lebenswelten* und politische Orientierung im Revier. Zur Struktur politischen Bewusstseins bei Arbeitern und Unternehmern im Ruhrgebiet, in: Ottfried Dascher/Christian Kleinschmidt (Hg.): Die Eisen- und Stahlindustrie im Dortmunder Raum. Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Strukturen und technologischer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert, Dortmund 1992, S. 283-304.

Plato, Alexander von: *Wirtschaftskapitäne*. Zum Selbstbild von Unternehmern der Nachkriegszeit, in: Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 377-391.

Plumpe, Gottfried: Die *IG Farbenindustrie* AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945, Berlin 1990.

Plumpe, Gottfried: *Antwort* auf Peter Hayes. Zur umstrittenen Geschichte der IG Farbenindustrie, in: Geschichte und Gesellschaft 18 (1992), H. 4, S. 526-532.

Plumpe, Werner: Statt einer Einleitung. *Stichworte* zur Unternehmensgeschichtsschreibung, in: Werner Plume/Christian Kleinschmidt (Hg.): Unternehmen zwischen Markt und Macht. Aspekte deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte, Essen 1992, S. 9-12.

Plumpe, Werner: Unternehmen als *soziale Organisationen* – Thesen zu einer erneuerten historischen Unternehmensforschung, in: Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte 11 (1998), S. 1-7.

Plumpe, Werner: Unternehmen im Nationalsozialismus. Eine *Zwischenbilanz*, in: Werner Abelshauser/Jan-Otmar Hesse/Werner Plumpe (Hg.): Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neuere Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, Essen 2003, S. 243-266.

Plumpe, Werner: Die *Unwahrscheinlichkeit* des Jubiläums, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 44 (2003), Nr. 1, S. 143-156.

Plumpe, Werner: Perspektiven der *Unternehmensgeschichte*, in: Günter Schulz/Christoph Buchheim/Gerhard Fouquet/Rainer Gömmel/Friedrich-Wilhelm Henning/Karl Heinrich Kaufhold/Hans Pohl (Hg.): Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Arbeitsgebiete – Probleme – Perspektiven, München 2004, S. 403-425.

Plumpe, Werner: *Unternehmen*, in: Gerald Ambrosius/Dietmar Petzina/Werner Plumpe (Hg.): Moderne Wirtschaftsgeschichte. Eine Einführung für Historiker und Ökonomen, München 2006, S. 61-94.

Pogarell, Hans-Hermann: Hundert Jahre historisches *Unternehmensarchiv* der Bayer AG – ein Beitrag zur Unternehmenskultur, in: Archiv und Wirtschaft 40 (2007), H. 3, S. 121-130.

Pohl, Hans/Habeth, Stefanie/Brüninghaus, Beate: Die *Daimler-Benz AG* in den Jahren 1933-1945, Beiheft zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte Nr. 47, Köln 1986.

Pohl, Hans: Die *Daimler-Benz AG* in den Jahren 1933-1945, in: Mercedes-Benz in aller Welt. Zeitschrift für die Freunde des Hauses Daimler-Benz 31 (1986), H. 19, S. 31-35.

Pohl, Manfred: Gegenwart und Zukunft der *Bankengeschichte*, in: Bank-Betrieb 6 (1973), S. 227-229.

Pohl, Manfred: *Unternehmensgeschichte* – Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit, in: Die Industrie (1977), H. 20, S. 18-20.

Pohl, Manfred: Hermann J. Abs. Eine *Bildbiographie*, Mainz 1981.

Pohl, Manfred: *Unternehmen* und Geschichte, Mainz 1992.

Pohl, Manfred: *Bayernwerk* 1921-1996, München 1996.

Pohl, Manfred/Raab-Rebentisch, Angelika: *Calendarium Deutsche Bank 1870-1997*, München 1997.

Pohl, Manfred: Die *Deutsche Bank in Hamburg*, München 1997.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Pohl, Manfred: *VIAG* Aktiengesellschaft 1923-1998. Vom Staatsunternehmen zum internationalen Konzern, München 1998.
Pohl, Manfred: Die *Strabag* 1923 bis 1998, München 1998.
Pohl, Manfred: Philipp *Holzmann*. Geschichte eines Bauunternehmens. 1849-1999, München 1999.
Pohl, Manfred: Die *Deutsche Bank in Stuttgart*, München 1999.
Pohl, Manfred: Zwischen *Weihrauch* und Wissenschaft? Zum Standort der Unternehmensgeschichte. Eine Replik auf Toni Pierenkemper, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 44 (1999), H. 2, S. 150-163.
Pohl, Manfred: *Hochtief* und seine Geschichte. Von den Brüdern Helfmann bis ins 21. Jahrhundert, München 2000.
Pohl, Manfred: Die Geschichte der *Südzucker* AG. 1926-2001, München 2001.
Pohl, Manfred/Raab-Rebentisch, Angelika: *Calendarium Deutsche Bank 1870-2002*, München 2002.
Pohl, Manfred: Die *Deutsche Bank in Mannheim* 1929-2004, München 2004.
Pollak, Alexander: Kritische *Diskursanalyse* – ein Forschungsansatz an der Schnittstelle von Linguistik und Ideologiekritik, in: Zeitschrift für Angewandte Linguistik 36 (2002), H. 2, S. 33-48.
Pothmann, Ute: *Tagungsbericht*: Angewandte Unternehmensgeschichte – Perspektiven, Potentiale, Präsentationen, 14.11.2013-15.11.2013 Wolfsburg, in: H-Soz-Kult, 23.1.2014, URL: http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-5189.
Priballa, Max S. J.: Das Verhalten der Unternehmer im Dritten Reich. Moraltheologisches *Gutachten*. Sonderdruck Stimmen der Zeit (1948), H. 3.
Priemel, Kim C.: *Gekaufte Geschichte.* Der »Freundeskreis Albert Vögler«, Gert von Klass und die Entwicklung der historischen Unternehmensforschung nach 1945, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, 52 (2007), H. 2, S. 177-202.
Priemel, Kim C.: *Flick.* Eine Konzerngeschichte vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, Göttingen 2008.
Priemel, Kim C.: Der *Sonderweg* vor Gericht. Angewandte Geschichte im Nürnberger Krupp-Prozess, in: Historische Zeitschrift, 294 (2012), H. 2, S. 391-426.
Priemel, Kim C.: *Tales* of Totalitarianism. Conflicting Narratives in the Industrialist at Nuremberg, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): Reassessing the Nuremberg Military Tribunals: Transitional Justice, Trial Narratives, and Historiography, New York 2012, S. 161-193.
Priemel, Kim C., »A *Story of Betrayal*«: Conceptualizing Variants of Capitalism in the Nuremberg War Crimes Trials, in: The Journal of Modern History 85 (2013), H. 1, S. 69-108.
Priemel, Kim Christian: *Tradition* und Notstand. Interpretations- und Konfrontationslinien im Fall Krupp, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 434-463.
Priemel, Kim C./Stiller, Alexa: Wo »*Nürnberg*« liegt. Zur historischen Verortung der Nürnberger Militärtribunale, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 28-57.
Priemel, Kim C./Stiller, Alexa (Hg.): *NMT.* Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013.
Pritzkoleit, Kurt: *Männer* Mächte Monopole. Hinter den Türen der westdeutschen Wirtschaft, Düsseldorf 1953.
Pritzkoleit, Kurt: *Bosse* Banken Börsen. Herren über Geld und Wirtschaft, München 1954.
Pritzkoleit, Kurt: Die neuen *Herren*. Die Mächtigen in Staat und Wirtschaft, München 1955.
Pritzkoleit, Kurt: Wem gehört *Deutschland*. Eine Chronik von Besitz und Macht, München 1957.
Probst, Lothar: Der *Holocaust* – eine neue Zivilreligion für Europa?, in: Wolfgang Bergem (Hg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Wiesbaden 2003, S. 227-238.
Prollius, Michael von: *Rezension* von: Peter Hayes: Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005), Nr. 1, S. 84-85.
Puchert, Berthold: Aus der Praxis der *IG Farben* in Auschwitz-Monowitz, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4 (1963), H. 2, S. 203-211.

 Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Pudor, Fritz: Aus vielfältiger *Erfahrung*, in: Klaus Kunkel (Hg.): Vom Hofbericht zur Pop-Broschüre. Über Firmenfestschriften, Unternehmerbiographien und Selbstdarstellungen, Köln 1971, S. 106-117.

Radandt, Hans: *Bemerkungen* zum gedruckt vorliegenden Referat, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2 (1961), H. 2, S. 43-46.

Radandt, Hans: Aus dem Leben eines *IG-Farben-Monopolisten*, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 3 (1962), H. 3, S. 147-174.

Radandt, Hans: *100 Jahre Deutsche Bank* – eine typische Konzerngeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 13 (1972), H. 3, S. 37-62.

Radandt, Irmgard: Wie muss sich in einer *Betriebsgeschichte* die führende Rolle der Partei widerspiegeln? Dargestellt am Beispiel der »Festschrift zum neunzigjährigen Bestehen des Reichsbahnausbesserungswerkes, Berlin, Warschauer Straße, am 1. Oktober 1957, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4 (1963), H. 1, S. 165-183.

Rasch, Manfred: Von *Festschrift* und Hagiographie zur theorie- und methodengeleiteten Darstellung? Unternehmens- und Unternehmergeschichtsschreibung zur Stahlindustrie im Ruhrgebiet in den letzten hundert Jahren, in: Ferrum. Nachrichten aus der Eisenbibliothek 74 (2002), S. 15-48.

Rauh-Kühne, Cornelia: *Hitlers Hehler?* Unternehmerprofite und Zwangsarbeiterlöhne, in: Historische Zeitschrift 275 (2002), H. 1, S. 1-55.

Rauh, Cornelia: »*Angewandte Geschichte*« als Apologetik-Agentur? Wie man an der Universität Erlangen-Nürnberg Unternehmensgeschichte »kapitalisiert«, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 56 (2011), H. 1, S. 102-115.

Redlich, Fritz: The *Beginnings* and Developments of German Business History, Supplement to the Bulletin of the Business Historical Society, September 1952.

Redlich, Fritz: *Anfänge* und Entwicklung der Firmengeschichte und Unternehmerbiographie. Das deutsche Geschäftsleben in der Geschichtsschreibung, Beiheft 1 der Tradition, Baden-Baden 1959.

Rehling, Andrea: Die deutschen *Wirtschaftseliten* in der öffentlichen Wahrnehmung am Beispiel von »Spiegel«, »Stern« und »Quick«, in: Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte 18 (2003), S. 1-13.

Reichel, Peter: *Politik* mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt am Main 1999.

Reichel, Peter: *Vergangenheitsbewältigung* in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute, München 2001.

Reichel, Peter: *Erfundene Erinnerung*. Weltkrieg und Judenmord in Film und Theater, Wien 2004.

Reichel, Peter/Schmid, Harald/Steinbach, Peter: Die »*zweite Geschichte*« der Hitler-Diktatur. Zur Einführung, in: Peter Reichel/Harald Schmid/Peter Steinbach (Hg.): Der Nationalsozialismus – die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009, S. 7-21.

Reichel, Peter/Schmid, Harald/Steinbach, Peter (Hg.): Der *Nationalsozialismus* – die zweite Geschichte. Überwindung – Deutung – Erinnerung, Bonn 2009.

Reichelt, Werner-Otto: Das Erbe der *IG Farben*. Unter Mitwirkung von Dr. Manfred Zapp, mit einer Einleitung von Dr. Franz Reuter, Düsseldorf 1956.

Remy, Dietmar: Beargwöhnt und unentbehrlich. Die *Funktionselite* des »Dritten Reiches« als Aufbauhelfer der DDR. Eine Fallstudie zum Zeiss-Betriebsleiter Rudolf Müller, in: Deutschland Archiv 43 (2010), H. 2, S. 232-237.

Renz, Werner: Das *KZ Buna/Monowitz* in den Frankfurter Auschwitz-Prozessen. Frankfurt am Main 2008, URL: http://www.wollheim-memorial.de/files/997/original/pdf_Werner_Renz_Das_KZ_BunaMonowitz_in_den_Frankfurter_Auschwitz-Prozessen.pdf (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

Requate, Jörg: *Öffentlichkeit* und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), H. 1, S. 5-32.

Reuter, Edzard: Schein und Wirklichkeit. *Erinnerungen*, Berlin 1998.

Robinson, Hans J.: Ein *Versuch* sich zu behaupten, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 3 (1958), H. 4, S. 197-206.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Röhm GmbH (Hg.): *100 Jahre Zukunft.* Die Röhm GmbH von 1907 bis 2007, München 2007.
Rosskopf, Annette: *Anwalt* antifaschistischer Offensiven. Der DDR-Nebenklagevertreter Friedrich Karl Kaul, in: Irmtrud Wojak (Hg.): »Gerichtstag halten über uns selbst …«. Geschichte und Wirkung des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Frankfurt am Main 2001, S. 141-161.
Rosskopf, Annette: Friedrich Karl *Kaul*. Anwalt im geteilten Deutschland (1906-1981), Berlin 2002.
Roth, Karl Heinz: *Anmerkungen* des Bearbeiters, in: OMGUS: Ermittlungen gegen die *IG Farbenindustrie* AG September 1945, hrsg. von Hans Magnus Enzensberger, übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Politik Hamburg, Nördlingen 1986, S. XIII–LXX.
Roth, Karl Heinz: Ein neues Werk der *Weißwäscher GmbH*, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987), H. 1, S. 4-7.
Roth, Karl Heinz: Väter und Söhne. Ein *Fernsehereignis* [Interview mit Karl Heinz Roth und Bernhard Sinkel], in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987), H. 1, S. 123-129.
Roth, Karl Heinz/Schmidt, Michael/Fröbe, Rainer (Hg.): Die Daimler-Benz-AG 1926-1948. *Schlüsseldokumente* zur Konzerngeschichte, Nördlingen 1987.
Roth, Karl Heinz: Ein *Spezialunternehmen* für Verbrennungskreisläufe. Konzernskizze Degussa, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 3 (1988), H. 2, S. 8-45.
Roth, Karl Heinz: *Hehler* des Holocaust: Degussa und die Deutsche Bank, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 13 (1998), H. 2, S. 137-144.
Roth, Karl Heinz: *Rezension* von: Lothar Gall: Der Bankier. Hermann Josef Abs. Eine Biographie. München 2004, in: Sozial. Geschichte 22 (2007), H. 3, S. 174-176.
Rumpf, Joachim Robert: Der Fall *Wollheim* gegen die I. G. Farbenindustrie AG in Liquidation. Die erste Musterklage eines ehemaligen Zwangsarbeiters in der Bundesrepublik Deutschland – Prozess, Politik und Presse, Frankfurt am Main u. a. 2010.
Rüsen, Jörn: Die fünf Dimensionen der *Geschichtskultur*, in: Jacqueline Nießer/Juliane Tomann (Hg.): Angewandte Geschichte. Neue Perspektiven auf Geschichte und Öffentlichkeit, Paderborn 2014, S. 47-57.
Rusinek, Bernd-A.: Von der Entdeckung der NS-Vergangenheit zum generellen Faschismus-Verdacht – *akademische Diskurse* in der Bundesrepublik der 60er Jahre, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg, 2000, S. 114-147.
Sabrow, Martin: Das *Diktat* des Konsenses. Geschichtswissenschaft in der DDR 1949-1969, München 2001.
Sabrow, Martin: »*Bewältigung*« vs. »Aufarbeitung«. Vom Umgang mit historischen Lasten in Deutschland, in: Martin Sabrow (Hg.): Heilung durch Wahrheit?, Leipzig 2002, S. 43-66.
Sabrow, Martin/Jessen, Ralph/Große Kracht, Klaus (Hg.): Zeitgeschichte als *Streitgeschichte*. Große Kontroversen seit 1945, München 2003.
Sabrow, Martin: Erinnerung als *Pathosformel* der Gegenwart, in: Martin Sabrow (Hg.): Der Streit um die Erinnerung, Leipzig 2008, S. 9-24.
Sabrow, Martin: »*Erinnerung*« und »Aufarbeitung« – zwei Leitbegriffe deutscher Geschichtskultur in der Gegenwart, in: psychozial, 31 (2008), H. 114, S. 89-97.
Sabrow, Martin: Das *Unbehagen* an der Aufarbeitung. Zur Engführung von Wissenschaft, Moral und Politik in der Zeitgeschichte, in: Thomas Schaarschmidt (Hg.), Historisches Erinnern und Gedenken im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 2008, S. 11-20.
Sabrow, Martin: Den Zweiten *Weltkrieg* erinnern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (2009), H. 36-37, S. 14-20,
Sabrow, Martin: Die *Zeit* der Zeitgeschichte, Göttingen 2012.
Sabrow, Martin: Der *Zeitzeuge* als Wanderer zwischen zwei Welten, in: Martin Sabrow (Hg.): Die Geburt des Zeitzeugen nach 1945, Göttingen 2012, S. 13-32.
Sabrow, Martin: *Held und Opfer.* Zum Subjektwandel deutscher Vergangenheitsverständigung im 20. Jahrhundert, in: Margit Frölich/Ulrike Jureit/Christian Schneider (Hg.): Das Unbeha-

 Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
gen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt am Main 2012, S. 37-54.
Sabrow, Martin: »*Vergangenheitsaufarbeitung*« als Epochenbegriff, in: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 67 (2013) H. 6, S. 1-13.
Sachse, Carola: *Siemens*, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Eine Untersuchung zur sozialen Rationalisierung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Hamburg 1990.
Sachse, Carola: *Revisited*: Primat der Politik, Primat der Wirtschaft, in: Norbert Frei/Tim Schanetzky (Hg.): Unternehmen im Nationalsozialismus, Göttingen 2010, S. 48-66.
Sandkühler, Thomas/Schmuhl, Hans-Walter: Noch einmal: Die *IG Farben* und Auschwitz, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), H. 2, S. 259-267.
Sarasin, Philipp: Geschichtswissenschaft und *Diskursanalyse*, Frankfurt am Main 2003.
Sasuly, Richard: *IG Farben*, New York 1947.
Schacht, Hjalmar: *Abrechung* mit Hitler, Berlin 1949.
Schanetzky, Tim: *Unternehmer*. Profiteure des Unrechts in: Norbert Frei (Hg.): Hitlers Eliten nach 1945, München 2004.
Schanetzky, Tim: *Jubiläen* und Skandale. Die »lebhafte Kampfsituation« der achtziger Jahre, in: Norbert Frei/Tim Schanetzky (Hg.): Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur, Göttingen 2010, S. 68-78.
Schanetzky, Tim: Die *Mitläuferfabrik*. Erlanger Zugänge zur »modernen Unternehmensgeschichte«, in: Akkumulation. Informationen des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte 31 (2011), S. 3-10.
Schanetzky, Tim: *Distanzierung*, Verunsicherung, Entschädigung. Die deutsche Wirtschaft und die Globalisierung der Wiedergutmachung, in: Brunner, José/Goschler, Constantin/Frei, Norbert (Hg.): Die Globalisierung der Wiedergutmachung. Politik, Moral, Moralpolitik, Göttingen 2013, S. 105-149.
Schenzinger, Karl Aloys: *Anilin*, Berlin 1937.
Schenzinger, Karl Aloys: Bei *I. G. Farben*, München 1953.
Schering AG (Hg.): *15 Jahre Wiederaufbau*, Berlin 1960.
Scherner, Jonas: Das *Verhältnis* zwischen NS-Regime und Industrieunternehmen – Zwang oder Kooperation, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 51 (2006), H. 2, S. 166-190.
Scherner, Jonas: Die *Logik* der Industriepolitik im Dritten Reich. Die Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsindustrie und ihre staatliche Förderung, Stuttgart 2008.
Schilling, Klaus von: Die *Gegenwart* der Vergangenheit auf dem Theater. Die Kultur der Bewältigung und ihr Scheitern im politischen Drama von Max Frisch bis Thomas Bernhard, Tübingen 2011.
Schirrmacher, Frank (Hg.): Die *Walser-Bubis-Debatte*. Eine Dokumentation, Frankfurt am Main 1999.
Schmaltz, Florian: Das historische *Gutachten* Jürgen Kuczynskis zur Rolle der IG Farben und des KZ Monowitz im ersten Frankfurter Auschwitz-Prozess, in: Irmtrud Wojak (Hg.): »Gerichtstag halten über uns selbst …«. Geschichte und Wirkung des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Frankfurt am Main 2001, S. 117-140.
Schmid, Harald: Die »*Stunde der Wahrheit*« und ihre Voraussetzungen. Zum geschichtskulturellen Wirkungskontext von »Holocaust«, in: Zeitgeschichte-online, März 2004, URL: http://www.zeitgeschichte-online.de/thema/die-stunde-der-wahrheit-und-ihre-voraussetzungen (zuletzt abgerufen 12.11.2014).
Schmid, Harald: Geschichtspolitik. Vom publizistischen Kampfbegriff zum *Forschungskonzept*, in: Harald Schmid (Hg.): Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis: Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen 2009, S. 53-75.
Schmid, Harald (Hg.): *Geschichtspolitik* und kollektives Gedächtnis: Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen 2009.
Schmid, Harald: Von der »*Vergangenheitsbewältigung*« zur »Erinnerungskultur«. Zum öffentlichen Umgang mit dem Nationalsozialismus seit Ende der 1970er Jahre, in: Gerhard Paul/Bernhard Schoßig (Hg.): Öffentliche Erinnerung und Medialisierung des Nationalsozialismus. Eine Bilanz der letzten dreißig Jahre, Göttingen 2010, S. 171-202.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Schmid, Harald: Das *Unbehagen* an der Erinnerungskultur. Eine Annäherung an aktuelle Deutungsmuster, in: Margit Frölich/Ulrike Jureit/Christian Schneider (Hg.): Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt am Main 2012, S. 162-181.

Schmidt, Eberhard: Die verhinderte *Neuordnung*. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1970.

Schmidtke, Michael: The *New German Left* and National Socialism, in: Philipp Gassert/Alan E. Steinwegs (Hg.): Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955-1975, New York 2006, S. 176-193.

Schneider, Gerhard: *Alltagsgeschichte*, Oral History und »Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten«, in: Jürgen John/Dirk van Laak/Joachim von Puttkammer (Hg.): Zeit-Geschichten. Miniaturen in Lutz Niethammers Manier, Essen 2005, S. 249-254.

Schneider, Michael C.: Rüstung, »Arisierung«, Expansion. *Wirtschaft* und Unternehmen, in: Dietmar Süß/Winfried Süß (Hg.): Das »Dritte Reich«. Eine Einführung, München 2008, S. 185-203.

Schöllgen, Gregor: *Geschichte* als Kapital. Entstehung, Arbeitsweise und Profil des Zentrums für Angewandte Geschichte (ZAG), URL: http://www.zag.uni-erlangen.de/media/directory/uploads/geschichtealskapital.pdf (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

Scholtyseck, Joachim: Der Aufstieg der *Quandts*. Eine deutsche Unternehmerdynastie, München 2011.

Schönemann, Bernd: *Erinnerungskultur* oder Geschichtskultur?, in: Eugen Kotte (Hg.): Kulturwissenschaften und Geschichtsdidaktik, München 2011, S. 53-72.

Schönhoven, Klaus: *Aufbruch* in die sozial-liberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), H. 1, S. 123-145.

Schönhoven, Klaus: Die *Goldhagen-Rezeption* in Deutschland. Über die öffentliche Resonanz der Holocaust-Forschung, in: Hans-Jochen Vogel/Michael Ruck (Hg.): Klaus Schönhoven. Arbeiterbewegung und soziale Demokratie in Deutschland. Ausgewählte Beitrage, Bonn 2002, S. 460-470.

Schornstheimer, Michael: Die leuchtenden Augen der *Frontsoldaten*. Nationalsozialismus und Krieg in den Illustriertenromanen der fünfziger Jahre, Berlin 1995.

Schreyer, Hermann: Der *IG Farben-Konzern*, seine Vorgänger und Nachfolger. Ein Beitrag zur Organisationsgeschichte der deutschen Chemieindustrie, in: Archivmitteilungen. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Archivwesens 16 (1966), H. 4, S. 148-158.

Schreyögg, Georg: *Unternehmenskultur*: Zur Unternehmenskulturdiskussion in der Betriebswirtschaftslehre und einige Querverbindungen zur Unternehmensgeschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 34 (1993), H. 2, S. 21-36.

Schröter, Harm G.: Die *Institutionalisierung* der Unternehmensgeschichte im deutschen Sprachraum, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 45 (2000), H. 1, S. 30-48.

Schüle, Annegret: *Industrie* und Holocaust. Topf & Söhne. Die Ofenbauer von Auschwitz, Göttingen 2010.

Schütz, Erhard: Der *Volkswagen*, in: Francois Etienne/Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Band I, München 2001, S. 352-369.

Schwinge, Erich: Zur *Verantwortung* des Bibliothekdirektors. Die Behandlung von Schmähschriften, Köln 1973.

Seeliger, Rolf: *Braune Universität.* Deutsche Hochschullehrer gestern und heute. Eine Dokumentation, 6 Bände, München 1964-1968.

Seidenzahl, Fritz: *100 Jahre Deutsche Bank* 1870-1970, Frankfurt am Main 1970.

Senfft, Heinrich: Wie unabhängig sind *Historiker*?, in: Sozial.Geschichte 15 (2000), H. 2, S. 7-10.

Siegfried, Klaus-Jörg: *Rüstungsproduktion* und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt am Main 1986.

Siegfried, Klaus-Jörg: Das Leben der *Zwangsarbeiter* im Volkswagenwerk 1939-1945, Frankfurt am Main 1988.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Siegfried, Klaus-Jörg: Die »*Autostadt*«. Zur Selbstdarstellung Wolfsburgs in der Nordhoff-Ära, in: Rosemarie Beier (Hg.): Aufbau West – Aufbau Ost. Die Planstädte Wolfsburg und Eisenhüttenstadt in der Nachkriegszeit, Buch zur Ausstellung 16. Mai bis 12. August 1997, Ostfildern-Ruit 1997, S. 239-247.

Siegfried, Detlef: Zwischen *Aufarbeitung* und Schlussstrich. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit in den beiden deutschen Staaten 1958 bis 1969, in: Axel Schildt/Detlef Siegfried/Karl Christian Lammers (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 77-113.

Siemens (Hg.): Siemens-Mitteilungen. *50 Jahre Schuckert*, München 1953.

Simpson, Christopher: *War Crimes* of the Deutsche Bank and Dresdner Bank. Office of Military Government (U. S.) Reports, New York 2001.

Simpson, Christopher: *Letter* to the Editor. Clash over Corporate Accountability and the Holocaust, in: German Politics and Society 20 (2002), H. 3, S. 132-141.

Sinkel, Bernhard: *Väter und Söhne*. Eine deutsche Tragödie, Frankfurt am Main 1986.

Smith, Bradley: The *Road* to Nuremberg, New York 1981.

Spiliotis, Susanne-Sophia: *Verantwortung* und Rechtsfrieden. Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, Frankfurt am Main 2003.

Spoerer, Mark: Profitierten Unternehmen von *KZ-Arbeit*? Eine kritische Analyse der Literatur, in: Historische Zeitschrift 268 (1999), H. 1, S. 61-95.

Spoerer, Mark: *Zwangsarbeit* unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-1945, München 2001.

Spoerer, Mark: *Moralische Geste* oder Angst vor Boykott? Welche Großunternehmen beteiligen sich aus welchen Gründen an der Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter, in: Perspektiven der Wirtschaftspolitik 3 (2002), H. 1, S. 37-48.

Staadt, Jochen: Die geheime *Westpolitik* der SED 1960-1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993.

Steinbach, Peter: Nationalsozialistische *Gewalttaten*. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945, Berlin 1981.

Steinbach, Peter: Der *Nürnberger Prozess* gegen die Hauptkriegsverbrecher, in: Gerd R. Ueberschär (Hg.): Der Nationalsozialismus vor Gericht. Die alliierten Prozesse gegen Kriegsverbrecher und Soldaten 1943-1952, Frankfurt am Main 1999, S. 32-44.

Steinberg, Jonathan: Die *Deutsche Bank* und ihre Goldtransaktionen während des Zweiten Weltkrieges, München 1999.

Steinke, Ronen: Fritz *Bauer* oder Auschwitz vor Gericht, München 2013.

Stengel, Katharina/Konitzer, Werner (Hg.): *Opfer* als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit, Frankfurt am Main 2008.

Stengel, Katharina: Hermann *Langbein*. Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit, Frankfurt am Main 2012.

Stokes, Raymond G.: *Divide* and Prosper. The Heirs of IG Farben under Allied Authority 1945-1951, Berkeley 1988.

Stokes, Raymond G.: Von der IG Farbenindustrie AG bis zur Neugründung der *BASF* (1925-1952), in: Werner Abelshauser (Hg.): Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte, München 2002, S. 221-358.

Stolleis, Michael: Der *Historiker* als Richter – der Richter als Historiker, in: Norbert Frei/Dirk van Laak/Michael Stolleis (Hg.): Geschichte vor Gericht. Historiker, Richter und die Suche nach Gerechtigkeit, München 2000, S. 173-182.

Streb, Jochen: *Review* of: Ralf Banken: Edelmetallmangel und Großraubwirtschaft, in H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. November, 2009. URL: http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=26155 (zuletzt abgerufen 1.5.2015).

Stremmel, Ralf: *Zeitgeschichte* im Fernsehen. Die preisgekrönte Dokumentation »Das Schweigen der Quandts« als fragwürdiges Paradigma, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 58 (2010), H. 4, S. 455-481.

Taylor, Telford: The Nuremberg *War Crime Trials*, in: International Conciliation, April 1949, S. 243-371.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Taylor, Telford: Die Nürnberger Prozesse. *Kriegsverbrechen* und Völkerrecht, Zürich 1950.
Taylor, Telford: Die *Nürnberger Prozesse*. Hintergründe, Analysen und Erkenntnisse aus heutiger Sicht, München 1994.
Telefunken (Hg.): *Festschrift* zum 50jährigen Jubiläum der Telefunken Gesellschaft für Drahtlose Telegraphie m. b.H., Berlin 1953.
Teppe, Karl: Das deutsche *Identitätsproblem*. Eine historisch-politische Provokation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 26 (1976), H. 20/21, S. 29-39
Ter Meer, Fritz: Die *I. G.-Farben*-Industrie-Aktiengesellschaft. Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung, Düsseldorf 1953.
Tessloff Verlag (Hg.): Die *Mercedes Story*. Wie Erfolge gemacht werden, Nürnberg 1998.
Teuteberg, Hans-Jürgen: Wilhelm Treue als *Nestor* der Unternehmensgeschichte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 47 (2002), H. 2, S. 123-157.
Thamer, Hans-Ulrich: Vom *Tabubruch* zur Historisierung? Die Auseinandersetzung um die »Wehrmachtsausstellung«, in: Martin Sabrow/Ralph Jessen/ Klaus Große Kracht (Hg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945, München 2003, S. 171-187.
Theisen, Manuel René: Der *Konzern*. Betriebswirtschaftliche und rechtliche Grundlagen der Konzernunternehmung, Stuttgart 2000.
Tode, Sven/Paetrow, Stephan/Lüpke-Schwarz, Marc von: Mercedes-Benz Werk *Hamburg*. 75 Jahre im Zeichen der Mobilität 1935-2010, Hamburg 2010.
Tooze, Adam: *Ökonomie* der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007.
Treue, Wilhelm: Eine *Zeitschrift* für Unternehmensgeschichte und Unternehmerbiographie, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 1 (1956), H. 1, S. 1-12.
Treue, Wilhelm: Die *Juden* in der deutschen Wirtschaft. Vorbemerkung des Herausgebers, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 3 (1958), H. 4, S. 193-196.
Treue, Wilhelm: Eugen Langen und Nicolaus August Otto. Zum *Verhältnis* von Unternehmer und Erfinder, Ingenieur und Kaufmann, Beiheft 3 der Tradition, München 1963.
Treue, Wilhelm: *Erfinder* und Unternehmer, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 8 (1963), H. 6, S. 255-271.
Treue, Wilhelm: Der *Sinn* des Firmenjubiläums, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 8 (1963), H. 2, S. 49-64.
Treue, Wilhelm/Uebbing, Helmut: Die *Feuer* verlöschen nie. August Thyssen-Hütte 1926-1966, Düsseldorf 1969.
Treue, Wilhelm: Zur jüngeren *Wirtschaftsgeschichtsschreibung* in der DDR über den »deutschen Imperialismus«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (1971), H. 33, S. 3-31.
Treue, Wilhelm: Ein Fall von »*Arisierung*« im Dritten Reich und heute, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 16 (1971), H. 5/6, S. 288-301.
Treue, Wilhelm: Mason, Czichon und die *historische Wahrheit*, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 22 (1972), H. 20, S. 43-47.
Treue, Wilhelm: Wirtschaftsgeschichte und *Rechtsprechung*. Zur Geschichte der Deutschen Bank, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 60 (1973), H. 4, S. 490-497.
Triebel, Florian/Seidl, Jürgen: Ein *Analyserahmen* für das Fach Unternehmensgeschichte, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 46 (2001), H. 1, S. 11-28.
Turner, Henry Ashby: *Big Business* and the Rise of Hitler, in: The American Historical Review 75 (1969), H. 1, S. 56-70.
Turner, Henry Ashby: *Faschismus* und Kapitalismus in Deutschland, Göttingen 1972.
Turner, Henry Ashby: Die *Großunternehmen* und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985.
Turner, Henry Ashby: *Unternehmen* unter dem Hakenkreuz, in: Lothar Gall/Manfred Pohl (Hg.): Unternehmen im Nationalsozialismus, München 1998, S. 15-24.
Ulsamer, Lothar: DaimlerChrysler AG – *Lehren* aus der Vergangenheit ziehen, in: Hans Erler (Hg.): Erinnern und Verstehen. Der Völkermord an den Juden im politischen Gedächtnis der Deutschen, Frankfurt am Main 2003, S. 267-272.
Unger, Stefan: Die »*Herren aus dem Westen*« in den Jahren 1933 und 1945. Die personellen Konsequenzen der Errichtung und des Untergangs der nationalsozialistischen Diktatur für die

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Wirtschaftselite des Ruhrgebiets, in: Werner Abelshauser/Jan-Otmar Hesse/Werner Plumpe (Hg.): Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neuere Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, Essen 2003, S. 321-338.

Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hg.): Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg. *Schlussbericht*, Zürich 2002.

Urban, Markus: Kollektivschuld durch die Hintertür? Die *Wahrnehmung* der NMT in der westdeutschen Öffentlichkeit 1946-1951, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 684-718.

Vaupel, Dieter: *Zwangsarbeiterinnen* für die Dynamit AG, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 2 (1987), H. 1, S. 50-86.

Verband der Chemischen Industrie (Hg.): *75 Jahre Chemieverband*. Ein Beitrag zur Industriegeschichte und wirtschaftspolitischen Meinungsbildung in einer erzählenden Darstellung mit ausgewählten Dokumentenzitaten, Frankfurt am Main 1952.

Vogel, Rolf: Ein *Weg* aus der Vergangenheit. Eine Dokumentation zur Verjährungsfrage und zu den NS-Prozessen, Berlin 1969.

Volkmann, Hans-Erich: *Politik*, Wirtschaft und Aufrüstung unter dem Nationalsozialismus, in: Manfred Funke (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte, Düsseldorf 1978, S. 269-291.

Volkswagen AG (Hg.): *Kleine Chronik*, Wolfsburg 1979.

Volkswagen AG (Hg.): Das *Buch* vom Volkswagen 1938-1988, Wolfsburg 1988.

Volkswagen AG (Hg.): Volkswagen *Chronik*. Der Weg zum Global Player. Historische Notate 7, Wolfsburg 2008.

Vollnhals, Clemens: Politische *Säuberung* als Herrschaftsinstrument. Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945-1955, Dresden 2001, S. 127-138.

Wächtler, Eberhard: Zur *Geschichte* der Erforschung der Fabriken und Werke durch Angehörige sozialistischer Produktionsbetriebe, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 4 (1963), H. 3, S. 136-153.

Walser, Martin: Ein springender *Brunnen*, Frankfurt am Main 1998.

Wagner, Bernd C.: *IG Auschwitz*. Zwangsarbeit und Vernichtung von Häftlingen des Lagers Monowitz 1941-1945, München 2000.

Weber, Hermann: Die *DDR* 1945-1990, München 2006.

Weigl, Michael: *Europa* neu denken? Zur historischen Umorientierung europäischer Identitätspolitik, in: Katrin Hammerstein/Ulrich Mählert/Julie Trappe/Edgar Wolfrum (Hg.): Aufarbeitung der Diktatur – Diktatur der Aufarbeitung? Normierungsprozesse beim Umgang mit diktatorischer Vergangenheit, Göttingen 2009, S. 177-188.

Weinke, Annette: Die *Verfolgung* von NS-Tätern im geteilten Deutschland. Vergangenheitsbewältigung 1949-1969. Oder: Eine deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte im Kalten Krieg, Paderborn 2002.

Weinke, Annette: *Nürnberger Prozesse*, München 2006.

Weinke, Annette: Eine *Gesellschaft* ermittelt gegen sich selbst. Die Geschichte der Zentralen Stelle Ludwigsburg 1958-2008, Darmstadt 2009.

Weizsäcker, Richard von: Der *8. Mai 1945* – 40 Jahre danach, in: Weizsäcker, Richard von: Von Deutschland aus. Reden des Bundespräsidenten, Berlin 1985.

Wellskopp, Thomas: *Unternehmenskulturen* im internationalen Vergleich – oder integrale Unternehmensgeschichte in typisierender Absicht?, in: Hartmut Berghoff/Jakob Vogel (Hg.): Wirtschafttsgeschichte als Kulturgeschichte. Dimensionen eines Perspektivenwechsels, Frankfurt am Main 2004, S. 265-294.

Welzer, Harald: Von der Täter- zur *Opfergesellschaft*. Zum Umbau der deutschen Erinnerungskultur, in: Hans Erler (Hg.): Erinnern und Verstehen. Der Völkermord an den Juden im politischen Gedächtnis der Deutschen, Frankfurt am Main 2003, S. 100-108.

Welzer, Harald: *Täter*. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt am Main 2005.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Wenzel, Karl Egbert: *Haftung* des Bibliothekars als Verbreiter, in: Neue Juristische Wochenschrift, 26 (1973), H. 14, S. 603-605.
Wenzel, Karl Egbert: *Rechtliche Erfordernisse* bei unzulässigen Darstellungen, in: Zeitschrift für Bibliothekswesen und Bibliographie, 20 (1973), S. 319-329.
Wenzel, Karl Egbert: *Rechtliche Erfordernisse* bei unzulässigen Darstellungen, Frankfurt am Main 1973.
Werle, Gerhard/Wandres, Thomas: *Auschwitz* vor Gericht. Völkermord und bundesdeutsche Strafjustiz, München 1995.
Wickel, Helmut: *I.-G. Deutschland*. Ein Staat im Staate, Berlin 1932.
Wieland, Günter: Die deutsch-deutschen *Rechtsbeziehungen* zur Ahndung von NS-Verbrechen zwischen Mauerbau und Wiedervereinigung, in: Helge Grabitz/Klaus Bästlein/Johannes Tuchel (Hg.): Die Normalität des Verbrechens. Bilanz und Perspektiven der Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, Berlin 1994, S. 386-407.
Wiesen, S. Jonathan: *Overcoming Nazism*. Big Business, Public Relations, and the Politics of Memory 1945-1950, in: Central European History 29 (1996), S. 201-226.
Wiesen, S. Jonathan: *West German Industry* and the Challenge of the Nazi Past, 1945-1955, Chapel Hill 2001.
Wiesen, S. Jonathan: *Public Relations* as a Site of Memory. The Case of West German Industry and National Socialism, in: Alon Confino/Peter Fritzsche (Hg.): The work of Memory. New Directions in the Study of German Society and Culture, Urbana 2002, S. 196-213.
Wiesen, S. Jonathan: *Germany's PR Man.* Julius Klein and the Making of Translantic Memory, in: Philipp Gassert/Alan E. Steinwegs (Hg.): Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955-1975, New York 2006, S. 294-308.
Wiesen, S. Jonathan: Die *Verteidigung* der deutschen Wirtschaft: Nürnberg, das Industriebüro und die Herausbildung des Neuen Industriellen. In: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 630-652.
Wildt, Michael: *Generation* des Unbedingten. Das Führungschorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.
Wildt, Michael: *Volksgemeinschaft* als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919-1939, Hamburg 2007.
Wilmowsky, Tilo Freiherr von: *Warum wurde Krupp verurteilt?* Legende und Justizirrtum, Stuttgart 1950.
Wilmowsky, Tilo Freiherr von: *Rückblickend* möchte ich sagen … An der Schwelle des 150jährigen Krupp-Jubiläums, Oldenburg 1961.
Windolf, Paul (Hg.): *Finanzmarkt-Kapitalismus.* Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 45 (2005).
Winnacker, Karl: Nie den *Mut* verlieren. Erinnerungen an Schicksalsjahre der deutschen Chemie, Düsseldorf 1971.
Wirsching, Andreas: *Abschied* vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982-1990, München 2006.
Wischermann, Clemens: *Unternehmensgeschichte* als Geschichte der Unternehmenskommunikation: Von der Koordination zur Kooperation, in: Clemens Wischermann/Peter Borscheid/Karl-Peter Ellerbrock (Hg.): Unternehmenskommunikation im 19. und 20. Jahrhundert. Neue Wege der Unternehmensgeschichte, Dortmund 2000, S. 31-42.
Wischermann, Clemens/Borscheid, Peter/Ellerbrock, Karl-Peter (Hg.): *Unternehmenskommunikation* im 19. und 20. Jahrhundert. Neue Wege der Unternehmensgeschichte, Dortmund 2000.
Wischermann, Clemens: *Kollektive*, Generationen oder das Individuum als Grundlage von Sinnkonstruktion durch Geschichte. Einleitende Überlegungen, in: Clemens Wischermann (Hg.): Vom kollektiven Gedächtnis zur Individualisierung der Erinnerung, Stuttgart 2002, S. 9-24.
Wixforth, Harald: Die *Expansion* der Dresdner Bank in Europa, München 2006.
Wixforth, Harald: A man for all seasons revisited? *Anmerkungen* zu Hermann J. Abs und seiner Rolle während und nach der NS-Zeit, in: Jörg Osterloh/Harald Wixforth (Hg.): Unterneh-

 Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
mer und NS-Verbrechen. Wirtschaftseliten im »Dritten Reich« und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 2014, S. 299-327.

Wojak, Irmtrud (Hg.): »*Gerichtstag* halten über uns selbst …«. Geschichte und Wirkung des ersten Frankfurter Auschwitz-Prozesses, Frankfurt am Main 2001.

Wojak, Irmtrud: Fritz *Bauer* 1903-1968. Eine Biographie, München 2009.

Wolffsohn, Michael: Von der verordneten zur freiwilligen »*Vergangenheitsbewältigung*«? Eine Skizze der bundesdeutschen Entwicklung 1955-1965, in: German Review Studies 12 (1989), H. 1, S. 111-137.

Wolfrum, Edgar: *Geschichtspolitik* in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999.

Wolfrum, Edgar: *Geschichte* als Waffe. Vom Kaiserreich bis zur Wiedervereinigung, Göttingen 2001.

Zapf, Wolfgang: *Wandlungen* der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919-1961, München 1965.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands: *Aufruf an das deutsche Volk* zum Aufbau eines antifaschistisch-demokratischen Deutschlands vom 11. Juni 1945, in: Tausend Schlüsseldokumente zur deutschen Geschichte im 20 Jahrhundert, URL: www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0009_ant&object=facsimile&st=&l=de (zuletzt abgerufen 13.1.2015).

Ziegler, Dieter (Hg.): *Großbürger* und Unternehmer. Die deutsche Wirtschaftselite im 20. Jahrhundert, Göttingen 2000.

Ziegler, Dieter: Die *Dresdner Bank* und die deutschen Juden, München 2006.

Zitelmann, Rainer/Prinz, Michael: *Nationalsozialismus* und Modernisierung, Darmstadt 1991.

Zumpe, Lotte: *Wirtschaft* und Staat in Deutschland 1933 bis 1945. Band 3 der Reihe Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, hrsg. von Helga Nussbaum und Lotte Zumpe, Berlin 1980.

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354

Personenregister

Kursive Seitenzahlen verweisen auf Erwähnungen ausschließlich in den Fußnoten.

Abs, Hermann J. 37, 99, 103, 106, 111, 115, 118, 144-147, 149, 163-199, 208, 210 f., 214-216, 261, 310, 357 f., 362 f., 383 f., 401, 404 f.
Adenauer, Konrad *51*, 96 f., 99, 101, 103, 105, 118, 134, 143-145, 167, 220, 311
Adorno, Theodor W. 135
Ambros, Otto *70*, *101*, 109, 147, 154
Aschenauer, Rudolf *74*, 151, 153
Assmann, Aleida 19 f., 302
Assmann, Jan *18*, 19, 302
Augstein, Franziska 344
Augstein, Josef *173*, *175*, 194, *195*, 196
Augstein, Rudolf *175*, 340, 344

Banken, Ralf 323 f., 380
Barkai, Avraham 250, 361 f.
Bauer, Fritz *47*, 141, 150-152
Bauer, Helmuth 233, 235, 240, 242, 245 f., 248, 253, 271
Becker, Gert 322 f.
Berg, Fritz 56, 201
Bergier, Jean-François 315
Bernau, Ernst 124
Berndt, Erich 111 f.
Bernstein, Bernard 64 f., 113
Blessing, Karl 150
Borchardt, Knut *355*, 358
Borggräfe, Henning 17 f., 238, 278, 351
Borkin, Joseph 283-285
Brandt, Willy *47*, 178, 219, *223*
Brecht, Gustav 99
Breidbach, H.-J. 213
Breitschwerdt, Werner 232, 236, 247-249, 254-256, 259 f., 265
Breschnew, Leonid 178
Breuer, Rolf-Ernst 339, 341
Bronfman, Edgar 315
Broszat, Martin 152, 224
Browning, Christopher 305
Brüggemann, Max *70*
Brüninghaus, Beate 236, 269
Bubis, Ignatz 305 f., 323, 340, *378*
Buchheim, Christoph 373 f., 403
Bufe, Ernst-Uwe 323, 326, *335*
Bürgin, Ernst *70*
Bütefisch, Heinrich *70*, *80*, *101*, 147, 153

Chandler, Alfred 292, 295
Christopher, Warren 331
Chruschtschow, Nikita 141
Clay, Lucius D. 93, 187
Clinton, Bill 312, 315, 331, 347, 391
Cromme, Gerhard 341
Czichon, Eberhard 40, 159-199, 208, 210, 214 f., 357 f., 362, 396, 401, 404 f.

D'Amato, Alfonse 315
Delius, Friedrich Christian 198, 208 f.
Dix, Hellmuth 92
Dix, Rudolf 65, 73, 80, 83, 92
Dönhoff, Marion Gräfin 108
Draper, William H. 64
Dregger, Alfred 219
DuBois, Josiah E. 65, 70, 72, 85
Duisberg, Curt 62, 284, 388
Dürrfeld, Walter *70*, *74*, 93, *101*, 107 f., 154, 158

Eichholtz, Dietrich 161, 179, 186, 235
Eichmann, Adolf *87*, 136, 143, 151
Eizenstat, Stuart 312, 315, 319, 322, 325, 337, 340, 342, 344, 346, 348
Enzensberger, Hans Magnus 234, 245
Erhard, Ludwig 100, *202*, *208*
Evers, Lothar 259

Fagan, Edward 333 f., 345
Felcht, Utz-Hellmuth *378*, 379
Feldenkirchen, Wilfried 355, 385 f.
Feldman, Gerald D. 324, 356, 359, *360*, 361, 364, 367 f.
Ferencz, Benjamin B. 235, 238, 258
Fischer, Fritz 137, 198
Fischer, Horst 156-158
Fischer, Joschka 345
Fischler, Hersch 317-322, *323*, 325, *364*
Fishel, Henry David 332 f.
Flick, Friedrich 20 f., 36, 49, 55, 59-61, 65 f.,

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
72 f., 79-81, 83, 85, 87, 90-93, 102, 105, *110*, 116, 127, 132, 139, 144, 147, *148*, 149, 237 f., 253, 369
Fränkel, Wolfgang 143
Frei, Norbert 32, 97, *364*
Frerk, Peter 276
Friedländer, Saul 224, *364*
Friedrich, Carl 131
Friedrich, Jörg 307

Gajewski, Fritz *70*, *101*
Gall, Lothar *194*, 356, 361-363
Gattineau, Heinrich *70*, 284
Gaus, Günther 173
Gellhorn, Martha 45
Gentz, Manfred 231, 236, 254 f., 261, 264-267, 297, 330, 337-340, *341*, 342-344, 348
Gerhardt, Oswald 89, *114*
Gerlach, Walther 205
Gibowski, Wolfgang 343 f., 346
Globke, Hans 143
Göring, Hermann 80, *291*
Goldhagen, Daniel J. 304 f., 316, 326, 340, 379
Goldschmidt, Theo 94, 112
Gottschalk, Bernd 232, 239, 242, 251, 254, 265
Grass, Günter 136, *223*, 307
Gregor, Neil 365
Grieger, Manfred *360*
Gutenberg, Erich 29

Haberland, Ulrich 100, *101*, 204
Habermas, Jürgen 225
Häflinger, Paul *70*
Hahn, Carl 273, 276, 282
Hallgarten, George W. F. 167, 198
Hansen, Kurt 204
Hausser, Alfred 241, 259
Hayes, Peter 288 f., 294, 324, *360*, 361, 364, 374, 379-381, 387, 403
Heinemann, Gustav 219, 223
Heinrichsbauer, August 91
Henkel, Hans Olaf 340
Hentschel, Volker 250 f.
Herbert, Ulrich 233, 235, 248, 261, 270, 293 f.
Herrhausen, Alfred 235 f., 355
Herzog, Roman 302
Heuss, Theodor 201 f., 206, 223
Heyde, Erich von der *70*
Hilberg, Raul 222
Hildebrandt, Klaus 225
Hiller, Walter 275
Hillgruber, Andreas 225
Hitler, Adolf 9, 44, 46, 54, 64, 68, 71-73, 77 f., 83, 87, 89, 93, *115*, 116, 130, 138, 142, 144-147, 149, 155, 161-163, 166, 169, 188, 206, 212, 219, *221*, 223, 243, 246, 250, 272 f., 275, 281, 285 f., *288*, 304, 309, 316, 352, 379, 385
Hochhuth, Rolf 136, *156*, 199, 220
Hohmeyer, Andrea 376 f., 379
Holtfrerich, Carl-Ludwig *356*, *360*
Hombach, Bodo *339*, 340, 343, 346
Honecker, Erich 178, 186
Hörlein, Heinrich *70*, *101*
Hoss, Willi *233*
Houdremont, Edouard 55, *66*
Hundhausen, Carl 120

Ilgner, Max *70*

Jackson, Robert H. 44, 58
Jaeger, Hans 292
Jähne, Friedrich *70*, 101
James, Harold 324, 356-358, *360*, 361-364, 374, 382-384
Jansen, Michael 318-320, 322-326, 337-339, 342, 344, 348, 360, 378
Jaspers, Karl 47
Jureit, Ulrike 307

Kagan, Saul 266
Kannapin, Hans-Eckhardt 155, 163-165, 182
Karnowski, Rainer 232
Kaul, Friedrich Karl 151-153, 156, 158, 172, *173*, *176*, 178-188, 190 f., 194-196, 198, 209
Kehrl, Hans *60*
Kein, Julius 118
Keppler, Wilhelm *60*, 163
Kilgore, Harley M. 63, 65
Klasen, Karl 170
Klass, Gert von 102, 126-128, 204, 400
Knieriem, August von *70*, *101*, 108 f.
Kocka, Jürgen 359
Kogon, Eugen 46 f.
Kohl, Helmut 219 f., 223 f., 251, 311, 327, 331, 338
Köhler, Otto 278, 285, 289
Kopper, Hilmar 355, 358
Kornblum, John 340
Körner, Paul *60*

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Koselleck, Reinhart 19
Kranzbühler, Otto 65, *66*, 83, 91
Krauch, Carl 69 f., 80, 82, 86, *101*, 109, 154, 283, 285, 287, *288*, 291
Kruk, Max 280
Krupp, Georg 175
Krupp von Bohlen und Halbach, Alfried 53, 58-61, *66*, 83 f., 91 f., 115, 201
Krupp von Bohlen und Halbach, Gustav 58, 127
Kuczynski, Jürgen 148, 152 f., 163
Kuczynski, Thomas 179
Kugler, Hans *70*
Kühne, Hans *70*, 90

Lambsdorff, Otto Graf 346, 348
Landwehr, Achim 26
Langbein, Hermann 229, *231*
Laternser, Hermann 151
Lautenschläger, Carl *70*
Leisler Kiep, Walther 339
Lekschas, John 186
Lillteicher, Jürgen 216
Lingnau, Gerold 280
Loehr, Oskar *75*, 99
Löffler, Martin 175, 195, *197*
Losacker, Ludwig 155
Lübbe, Herrmann 134, 219 f.
Lübke, Heinrich 143

Mackenrodt, Heinrich 184
Mann, Golo 207, *310*
Mann, Wilhelm *70*
Marx, Karl 28
Mason, Tim 161 f., 196
Matern, Hermann 178 f., 185
McCloy, John J. 97, 101
Meer, Fritz ter 9, 66-70, 72, 74-78, 80 f., 83-86, 88 f., 92, *93*, 94, 99, 101, 109, 113-115, 119, 133, 147, 153, 205, 284 f., 288, 387
Meinecke, Friedrich 44, *130*
Mendelssohn, Robert von 192, 362(?)
Menne, Alexander 94
Meyer-Dohm, Peter 276
Meyer-Wegelin, Heinz 206 f.
Middelhoff, Thomas *364*
Mielke, Erich 165, 179, 186
Miller, Israel 259, 276
Mitterand, François 223
Mommsen, Hans 250 f., 265, 275-278, 282, 291, 294 f., 320, 345, 354, 360 f., 366
Mönnich, Horst 273
Morgenthau, Henry 63-65, 85, 345

Nachmann, Werner 255, 264
Nelson, Walter H. 282
Neuhöfer, Paul 162 f., 165
Neumann, Franz L. 60, 293
Niethammer, Lutz 226, 337, 343, 348
Nipperdey, Thomas 356
Nixon, Richard 178
Nolte, Ernst *155*, 225
Norden, Albert 116, 141-143, 145 f., 178 f., 185 f., 194
Nordhoff, Heinrich 272-274

Oberländer, Theodor 143
Oeckl, Albert 120
Osswald, Gerhard *231*
Oster, Heinrich *70*

Pein, Max Gerrit von 232
Peters, Gerhard 111 f.
Petschek, William 189 f.
Petzina, Dietmar 295
Peukert, Detlev 226
Pierenkemper, Toni 323
Pierer, Heinrich von 341
Pinnow, Hermann 122, *123*
Pinto-Duschinsky, Michael 367
Pleiger, Paul 59, *60*
Plumpe, Gottfried 287, 289, 291, 387 f.
Plumpe, Werner 29 f., 371, *378*, 389, 406
Poensgen, Ernst 55, 139
Pohl, Hans 212 f., 236, 238 f., 248-252, 258, 269
Pohl, Manfred 210-213, 355, 363, 369, 382
Pohle, Wolfgang 54
Porsche, Ferdinand *130*, 273-275, 278
Pötschke, Günter 179, 185
Priemel, Kim Christian 21, 126
Princz, Hugo 313, 329-333
Prinz, Gerhard 232
Pritzkoleit, Fritz 115
Puhl, Emil *60*

Radandt, Hans 148 f., 163, 179, 198
Radkau, Joachim 198
Rasche, Karl *60*, 61, 84

Copyright (c) Clio-online und Autor

https://doi.org/10.14765/zzf.dok-2354
Rau, Johannes 347
Redlich, Fritz 129
Reemtsma, Jan Philipp 245
Reuter, Edzard 231, 235, 265-267, 271, 297
Ritter, Gerhard 206
Röchling, Hermann 59, *66*, 139
Rohland, Walter 53, 127
Rosh, Lea 235
Roth, Karl Heinz 245 f., 248 f., 251, 292, 322
Rothfels, Hans 130

Saathoff, Günter 259
Sachse, Carola 355
Sasuly, Richard 116
Schacht, Hjalmar 58 f., 65
Schanetzky, Tim 21, 291, 328 f.
Scheel, Walter 219
Schenzinger, Aloys 115
Scherf, Heinz 207
Scherner, Jonas 373 f., 403
Schiller, Karl 170
Schirrmeister, Casper 179
Schleyer, Hanns Martin 202, 231, 237
Schlosser, Hermann 56, 112, 126, 207, 309 f., 323, 334
Schmid, Harald 33
Schmidt, Heinz 164 f., 213, 229
Schmidt, Helmut 219
Schmidt, Walter 109
Schmitz, Hermann 59, 65, *66* f., 70, 73, *101*
Schneider, Christian (IG-Farben-Manager) *70*, *101*
Schneider, Christian (Kulturwissenschaftler) 307
Schöllgen, Gregor *374*
Schröder, Gerhard 302 f., 338 f., 341, 347-349
Schröder, Jörg 195
Schröder, Kurt von 59
Schumpeter, Josef 29
Schwarz, Walter 226 f.
Seidenzahl, Fritz 164, 167-169, 171, 173, 175, 182, 203, 210, 362, 384
Siegfried, Klaus-Jörg 274 f., 277, 282, 293, 294
Siemens, Peter von 213
Siemers, Walter 65, *66*, 72, 83
Silcher, Friedrich 75 f., 77, 82, 107, 109, 113, 153 f., 288
Simpson, Christopher 368
Sinkel, Bernhard 285 f.
Speidel, Hans 143
Spielberg, Steven *221*, 304, 312
Spiliotis, Susanne-Sophia *337*
Spoerer, Mark *360*
Staudte, Wolfgang 136
Stauß, Emil Georg von 356
Steinberg, Jonathan 361 f., 383
Steinkühler, Franz *240*
Stern, Fritz 231
Sternberger, Dolf 44
Stinnes, Hugo jr. 53, 127
Stürmer, Michael 225, 251

Taylor, Telford 59, 61, 65, 70-72, 91, 146
Thierse, Wolfgang 377
Todenhöfer, Tilman 337 f.
Treue, Wilhelm 129, *148*, 171, 182 f., 189 f., 196 f., 204, 208, 210, 212 f., 216, 375, 399 f., 403
Turner, Henry A. 250, 259, 360 f.

Ulbricht, Walter 178, 186
Ulrich, Franz Heinrich 170, 194
Ulsamer, Lothar 10, 387

Vallenthin, Wilhelm 173
Vogel, Rolf 182, 193, 198
Vögler, Albert 102, 127
Volcker, Paul 315

Walser, Martin 173 f., 177, 305 f., 340, 344, 378
Wassermann, Oscar 362
Weber, Walther 173
Weiss, Melvyn 334, 343 f.
Weiss, Peter 136, 156
Weizsäcker, Richard von 223 f., 237, 251, 262, 268, 299
Wenzel, Karl Egbert *175*, *197*
Westernhagen, Dörte von 227
Wiesen, Jonathan S. 20 f., 53, 120, 132, 214
Winnacker, Karl 100 f., 107, 113
Wolf, Mechthild 211, 317-319, 324
Wolfrum, Edgar 32 f.
Wollheim, Norbert 106-111, 119, 154, 254, 267
Woriescheck, Gerd 255, 271
Wurster, Karl *70*, 100, *101*

Zumpe, Ingrid 190

Copyright (c) Clio-online und Autor